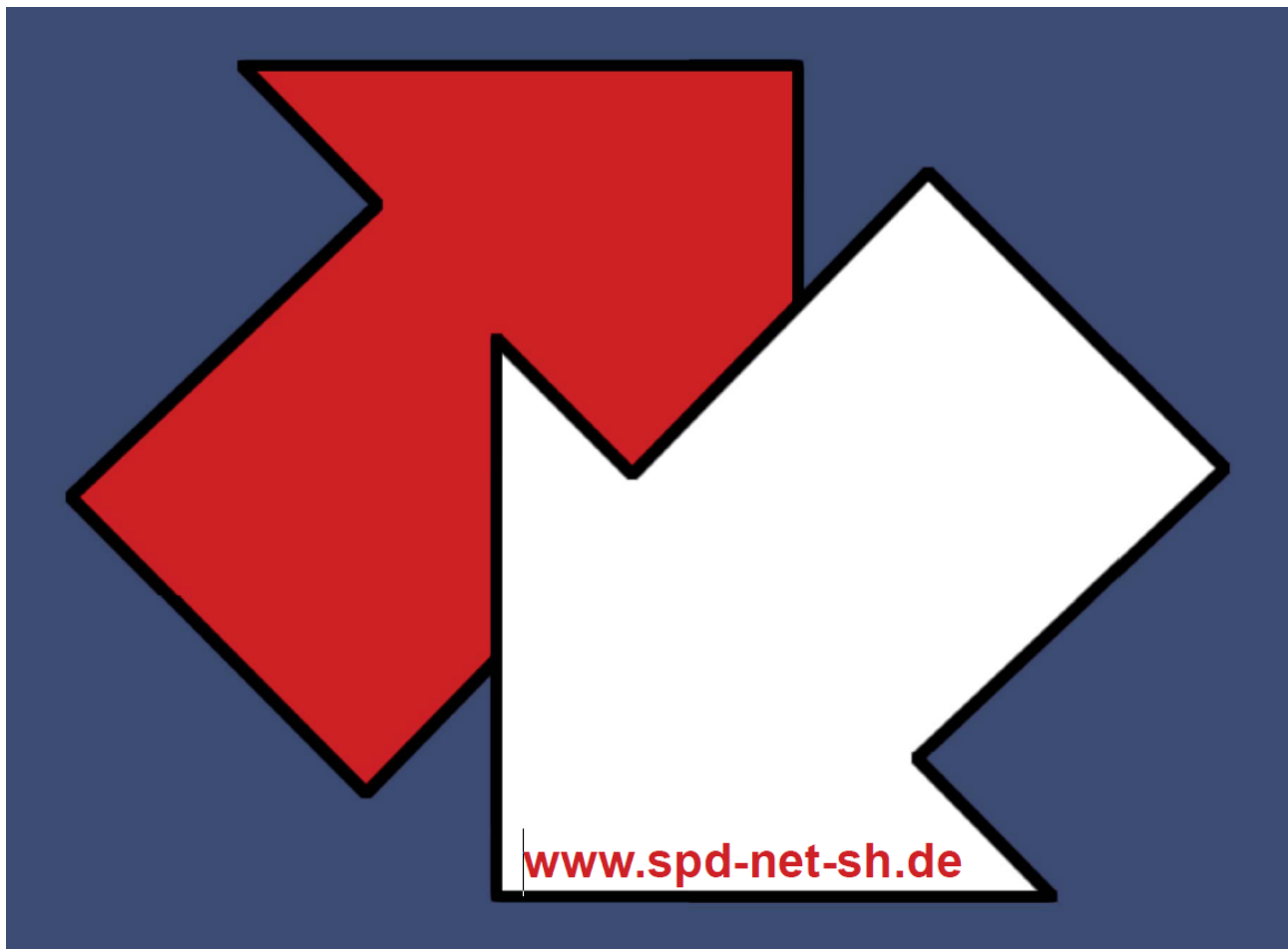


**SPD-NET-SH**

**Die Internetkooperative der  
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



## **Artikelarchiv 2011, Juli bis September**

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.  
Norderstedt, im Dezember 2017

### **Beschluß des Kreisparteitages zum Einkaufszentrum Innenstadt**

Der Kreisparteitag hat am 17.06.2011 folgenden Antrag der Ortsvereine Einfeld, West, Süd, Tungendorf, Schwale und dem Juso-Kreisverband mit keiner Gegenstimme und 4 Enthaltungen angenommen.

Antrag zum Einkaufszentrum Innenstadt für den Kreisparteitag am 17.06.11

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1.) Die SPD Neumünster begrüßt den Baubeginn des DOCs als ersten wesentlichen Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Stadt Neumünster.
- 2.) Die SPD Neumünster begrüßt grundsätzlich das Engagement der Investorengemeinschaft HBB/ECE für den Standort Neumünster.
- 3.) Der SPD-Kreisverband Neumünster steht wie schon in der Vergangenheit voll hinter dem Projekt, in der Innenstadt ein Einkaufszentrum zu errichten. Die von der SPD initiierte Einwohnerversammlung hat sich in einem eindeutigen Votum für den auch von der SPD im Vorwege favorisierten Standort Großflecken ausgesprochen.
- 4.) Die neu entstandene Situation, dass nur das Gebiet zwischen Gänsemarkt und Hauptbahnhof als Standort in Frage kommt, ist aus Sicht der SPD Neumünster noch nicht hinreichend begründet.
- 5.) Die Mitgliederversammlung des SPD-Kreisverbandes Neumünster fordert die Mitglieder der SPD-Rathausfraktion auf, einem Bebauungsplan zur Errichtung eines Einkaufszentrums zwischen Gänsemarkt und Hauptbahnhof noch nicht zuzustimmen. Vielmehr sieht die SPD Neumünster noch Klärungsbedarf hinsichtlich der Realisierungsfähigkeit. Dieser soll von der SPD-Rathausfraktion in Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand, den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften in einem Fragenkatalog zusammengefasst werden. Dieser Fragenkatalog soll allen zuständigen Stellen zur Beantwortung übersendet werden. Hierbei geht es auch um die Frage, warum frühere potentielle Investoren von einem Engagement in Neumünster zurückgetreten sind.
- 6.) Ferner sind die konkreten städtebaulichen Auswirkungen, die Umsetzung der verkehrstechnischen Planung aber auch den Anteil der kommunalen Finanzierungslast zu ermitteln. Ziel muss sein, dass der Großflecken und der Kuhberg nicht noch weiter verkehrlichen Mehrbelastungen ausgesetzt wird.
- 7.) Wir fordern in diesem Zusammenhang auch, die bereits ortsansässigen Unternehmen (beispielsweise die Firma Nortex) endlich in ihren Erweiterungsplänen zu unterstützen, um sie wettbewerbsfähig zu halten. Es ist inakzeptabel, langjährig am Standort vertretene Unternehmen in ihrer Entwicklung auszubremsen.
- 8.) Vor endgültiger Beschlussfassung durch die Ratsversammlung wird der Kreisvorstand aufgefordert auf einer weiteren Kreismitgliederversammlung ein entsprechendes Votum der Partei einzuholen.

Beschlossen ohne Gegenstimme bei 4 Enthaltungen

**Keine Kommentare**

**Bildung muss gebührenfrei sein!**

*Zum Vorschlag der Landesrektorenkonferenz, nachgelagerte Studiengebühren einzuführen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*



Wir bleiben bei unserer Haltung, dass das Erststudium einschließlich Materabschluss gebührenfrei bleiben muss. Auch nachgelagerte Studiengebühren sind keine Lösung. Es geht nicht darum, künftige Spitzenverdiener finanziell zu begünstigen, sondern wir brauchen in Deutschland mehr Hochschulabsolventen.

Ein absehbarer Schuldenberg in fünfstelliger Höhe ist für Studierwillige und Studierfähige gerade aus finanziell schwach gestellten Familien ein Grund, nach dem Abitur direkt in eine Berufsausbildung einzusteigen statt ein Hochschulstudium aufzunehmen. Das können wir uns nicht leisten.

Deshalb bleibt es gesellschaftliches Ziel der Sozialdemokraten, künftig die vorschulische Bildung, die Schule und die Hochschule gleichermaßen gebührenfrei für die Eltern bzw. die Studierenden zu gestalten. Dieses Ziel muss auch unter sehr schwierigen Haushaltsbedingungen im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden erreichbar sein.

Zu überlegen ist allerdings, das Kooperationsverbot aufzuheben, damit sich der Bund an der Hochschulfinanzierung beteiligen kann.

**Keine Kommentare**

**Feuerlöschschiff "Kiel": Rat wird Resolution an Landesregierung richten**

SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung werden zur nächsten Sitzung der Ratsversammlung im August 2011 einen Antrag einbringen, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Kündigung des mit der Stadt vor 25 Jahren geschlossenen Bereederungsvertrages für das Feuerlöschschiff "Kiel" wieder zurückzunehmen.

Wir bieten allen anderen Fraktionen in der Ratsversammlung an, diesen Resolutionsantrag gemeinsam mit uns zu erarbeiten und zu beschließen. In dieser wichtigen Angelegenheit fordern wir über die Parteigrenzen hinweg in der Stadt zur Einigkeit auf. Insbesondere der Kieler CDU-Ratsfraktion rufen wir zu: Erst die Stadt, dann die Partei!

Die finanzielle Entlastung des Landes geht einher mit einem deutlich verminderten Sicherheits-

standard, der darauf baut, dass keine Großschadenslage eintritt. Eine solche Risikobereitschaft ist unverantwortlich und hat mit Vernunft nichts mehr zu tun. Es geht um die öffentliche Sicherheit, um die Abwehr von Brandgefahr und von Schadstoffunfällen, z.B. bei auslaufendem Öl. Es muss das Interesse der Stadt wie auch des Landes sein, an den Vorteilen der bisherigen Zusammenarbeit zwischen Kieler Berufsfeuerwehr und den staatlichen Stellen festzuhalten. Die Zuständigkeiten haben sich auf beiden Seiten nicht verändert. Deshalb macht der seit 25 Jahren gültige Vertrag Sinn und sollte weiter erfüllt werden.

Kiel ist nicht nur Hafenstadt in der Kieler Förde, sondern liegt auch unmittelbar am Nord-Ostsee-Kanal, einer Bundesschiffahrtsstraße. Die Stadt Kiel trägt die Verantwortung für den Brandschutz in ihrem Hafen und kann diesen z.B. mit den Schleppern der Schlepp- und Fährgesellschaft (SFK), die mit Löschkanonen ausgerüstet sind, und den Feuerwehrfahrzeugen auf den Kaianlagen gut bewerkstelligen. Die Verantwortung an Bundesschiffahrtsstraßen, wie dem Nord-Ostsee-Kanal, trägt das bundesbehördliche Wasser- und Schifffahrtsamt Kiel-Holtenau und das Havariekommando in Cuxhaven - eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer. Die Gefahrenabwehr auf dem Kanalabschnitt in Kiel-Holtenau und in der Kanalschleuse ist hierüber zu leisten. Und für die Kieler Förde ist das bundesbehördliche Wasser- und Schifffahrtsamt Lübeck mit der Verkehrszentrale Travemünde zuständig. Für diese schwierige Lage in einem sicherheitstechnisch als Einheit zu begreifenden Gebiet bietet das Feuerwehrschiiff eine ausgezeichnete Lösung.

Scheinheilig ist, wer einerseits erklärt, dass das Feuerwehrschiiff für die Brandbekämpfung im Kieler Hafen nicht erforderlich ist und andererseits kritisiert, dass die Stadt sich um den Weiterbetrieb des Schiffes nicht beworben hätte. Die Stadt Kiel steht zu dem seit 25 Jahren bestehenden Vertrag, und es ist nicht ihre Aufgabe, im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge in einen Wettbewerb um Aufgaben einzutreten, die nicht die ihren sind. Ein Wettbewerb, der bei Beibehaltung des bisherigen Standards der Stadt Kiel Lasten aufbürden würde, während sich das Land entlastet.

Dies erklärten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, die feuerwehrpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.07.2011, 14:09 Uhr - 1905 Clicks - Nr. 677

**Dank an die "Heißen Feger" von ABK und Stadt für "saubere Kieler Woche"!**

Auch in diesem Jahr hat die Kieler Woche die Müllabfuhr und die Straßenreinigung des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) wie auch die anderen städtischen Ämter herausgefordert.

SPD, Grüne und SSW danken den Beschäftigten des ABK und allen anderen für die tagtägliche

"saubere Arbeit": Jeden Morgen nach einem "Kieler-Woche-Tag" sind die Abfälle gründlich entsorgt und die Straßen und Grünanlagen gesäubert. Es ist schön, dass dieser herausragende Einsatz durch einen humorvollen Kurzfilm ("Heiße Feger im Morgengrauen") allen Besucherinnen und Besuchern der Kieler Woche 2011 und schon davor im Internet sichtbar gemacht wurde. Und wir danken Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) dafür, dass es auf der Kieler Woche 2011 eine besondere Premiere gegeben hat: Dass nämlich am letzten Tag der Kieler Woche auf der Rathausbühne am Nachmittag öffentlich durch den Oberbürgermeister im Namen aller Kielerinnen und Kieler den anwesenden über 40 Frauen und Männern von der Straßenreinigung - gut erkennbar in der orangefarbenen Arbeitskluft - gedankt wurde für ihren unermüdlichen Einsatz im Interesse von uns allen.

Dass Kiel auch in der Kieler Woche jeden Morgen wieder sauber ist, das ist nur durch Überstunden der Beschäftigten möglich, und das trotz der ohnehin schon hohen Überstundenlast nach einem auch in diesem Jahr wieder harten Winter und dem fordernden Winterdienst auf den Kieler Straßen. Dieser engagierte Einsatz wird von vielen Kielerinnen und Kielern und von den Gästen der Kieler Woche gewürdigt. Darüber freuen wir uns sehr."

Dies erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 01.07.2011, 16:37 Uhr - 6749 Clicks - Nr. 678

#### **10 Jahre Einheitspreis**

Zum zehnten und letzten Mal vergibt die Bundeszentrale für politische Bildung in diesem Jahr den „einheitspreis – Bürgerpreis zur Deutschen Einheit“ 2011. Bürgerinnen und Bürger, Projekte und Initiativen, die mit kreativen Ideen und engagierten Beiträgen den deutschen und den europäischen Ost-West-Einigungsprozess fördern, sind aufgerufen, sich zu bewerben. Darauf weist der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat hin.



Martin Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag Lehrer für Deutsch, Politik und Geschichte, sagt: „Die deutsch-deutsche Grenze war das Sinnbild für die ideologische Spaltung Europas. Die deutsche Wiedervereinigung ist nun das Symbol für dessen Zusammenwachsen. Ich würde mich freuen, wenn Initiativen aus Stormarn sich an dieser letzten Runde des Einheitspreises beteiligen.“ Möglich sei es, sich selbst zu bewerben oder andere vorzuschlagen.

Der Vorsitzende der unabhängigen Jury ist Joachim Gauck, die Preisverleihung wird im Rahmen der zentralen Feiern zum Tag der deutschen Einheit in Bonn stattfinden. Die Gewinnerinnen und Gewinner in den drei Kategorien „Menschen“, „Kultur“ und „Jugend“ werden nach Bonn eingeladen und erhalten jeweils ein Preisgeld von 2.500 Euro, insgesamt ist der Preis mit 15.000 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2011. Mehr Informationen gib es unter [www.einheitspreis.de](http://www.einheitspreis.de).

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 01.07.2011, 18:22 Uhr - 5423 Clicks - Nr. 679

#### **Glückwunsch zum Silber, R.SH!**

*Zum 25jährigen Bestehen von Radio Schleswig-Holstein erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, und der medienpolitische Sprecher Peter Eichstädt:*



"RSH hat seinen Sendebetrieb vor 25 Jahren mit dem Schleswig-Holstein-Lied gestartet. Das war das klare Signal der Radiomacher: Wir sind der Schleswig-Holstein-Sender!

Diesem Anspruch ist RSH bis heute treu geblieben und ist damit ein wichtiges Element einer vielfältigen, regional geprägten Rundfunklandschaft.

Alles dreht sich um Schleswig-Holstein, als wäre das Land der Nabel der Welt! Die Nachrichten und Neuigkeiten aus dem ganzen Lande sind eingebettet in eine bunte Mischung aus Musik, Unterhaltung und Information. Dabei wird klar: Die RSH-Leute lieben unser Land und seine Leute.

Die SPD-Landtagsfraktion wünscht den Machern weiterhin ein glückliches Händchen bei der Programmgestaltung und viele weitere gute Ideen, wie man spannendes Radio macht!"

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 01.07.2011, 19:33 Uhr - 12113 Clicks - Nr. 680

#### **Lebhafter Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg in Satrup**

Trotz des schönen Sommerwetters folgten viele Delegierte aus den Ortsvereinen der Einladung zum Kreisparteitag am 28. Juni 2011 in Satrup. Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel berichtete in der Eröffnungsrede über seine vielen Besuche bei den Ortsvereinen und besonders die erfolgreiche Kandidatenvorstellung im Februar dieses Jahres hervor, die in Tarp stattgefunden hat, und hob die erfolgreiche Einbindung der Mitglieder bei der Wahl des Spitzenkandidaten hervor:



„Die Mitgliederbefragung war ein großer Erfolg und hat viele zur Mitarbeit angeregt.“

Mit Spannung wurde die Rede des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl Torsten Albig erwartet. Unter dem Motto „Schleswig-Holstein braucht den Wechsel“ erläuterte Albig in seiner Rede, aus welchen Gründen die Menschen in Schleswig-Holstein einen Regierungswechsel verdient haben. Die SPD in Person Torsten Albig will Verantwortung für die Menschen übernehmen und die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ernst nehmen. „Wir kämpfen für die richtigen Antworten“, so Albig. Schleswig-Holstein benötigt den Wechsel, da die negativen Auswirkungen der schwarz/gelben Regierung wie „Mehltau über Schleswig-Holstein“ liegen. Albig sieht seine Schwerpunkte in einem ausgeglichenen Haushalt, sichere und verlässliche Bildungspolitik, Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein mit Schwerpunkt erneuerbare Energien und vor allen Dingen will er den Dialog mit den Menschen führen, auch nach der Wahl. In den nächsten Monaten werden Zukunftsgespräche in den Kreisverbänden geführt, woran alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können. Im Kreis SL-FL finden die zukunftsweisenden Gespräche am 20. August in Schleswig statt.

Im Anschluss an die Ausführungen von Torsten Albig nutzten viele die Gelegenheit Fragen an den Spitzenkandidaten zu stellen. Die angesprochen Themen mit Schwerpunkten Versprechen der Politik und Umsetzung nach der Wahl einlösen, Politikmüdigkeit, Bildungspolitik, Zusammenarbeit mit den Grünen und nach Visionen des Spitzenkandidaten wurden von Torsten Albig ausführlich beantwortet.

Auf dem Kreisparteitag wurden außerdem 15 Delegierte und genügend Ersatzdelegierte zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl gewählt. Die Landesdelegiertenkonferenz findet Anfang Februar 2012 in Lübeck statt.

Der Kreisparteitag behandelte einen Initiativantrag zum Thema „Husum – internationaler Messestandort für erneuerbare Energien erhalten“ und stimmte diesem Antrag einstimmig zu. Ein weiterer Initiativantrag zum Thema „Parteireform – die SPD erneuert sich“ des SPD-Bundespartei Vorstandes regte zu einer lebhaften Diskussion über die geplante Parteiöffnung für Nicht-Mitglieder an. Die Reform soll auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 verabschiedet werden. Es wurde beschlossen, dass den Ortsvereinen das 25seitige Papier zur Verfügung gestellt wird, um eine breit angelegte Basiseinbeziehung zu erzielen. Das Thema wird dann abschließend auf dem Kreisparteitag im Herbst 2011 behandelt.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 01.07.2011, 22:16 Uhr - 5281 Clicks - Nr. 681

#### **Europauniversität Flensburg?**

Bildet eine europäische Hochschule der Zukunft in der Breite oder eine Elite? Dient sie demokratischen Interessen oder dem Unternehmertum? Bevorzugen wir große Einheiten oder kleine? Diese und andere Fragen diskutierten die Hochschulexperten der SPD-Bundestags- und der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ernst Dieter Rossmann und Martin Habersaat, mit interessierten Studentinnen und Studenten im Rahmen einer



Veranstaltung der Juso-Hochschulgruppe: „Wege zur Europauniversität Flensburg?!“

Einleitend stellte Rossmann fest: „Eine so enge Zusammenarbeit mit einem Nachbarland, wie hier mit Dänemark, gibt es in Deutschland nur selten. Außerdem ist der Standort an der Grenze prädestiniert, sich mit Minderheitenfragen auseinander zu setzen.“ Im weiteren Verlauf entwickelte er den möglichen ideologischen Überbau einer Europauniversität Flensburg und spannte einen Bogen von der ersten Gründung einer Universität auf europäischem Boden (Bologna 1088) über Aufklärung, Demokratie und Menschenrechte zum europäischen Einigungsprozess unserer Tage. Rossmann: „Es sollte uns doch gelingen, vor dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee eine gemeinsame europäische Hochschulidee zu entwickeln.“

In der lebhaften Runde diskutierte man die Entwicklung eines „europäischen Kerncurriculums“, das sich auf die Vielfalt Europas beziehen müsse, die Friedensmacht Europa und die Bildung europäischer Netzwerke. Politiker und Studenten wünschten sich eine gesteigerte Mobilität, die Möglichkeit von Europasemestern und den Austausch von Hochschullehrern. Rossmann entwickelte die Idee einer „Einstein-Professur“ als Ergänzung der bisherigen Erasmus-Programme. Die europäische Qualität Flensburgs, befanden Rossmann und Habersaat, müsse auch der Aus- und Fortbildung von Lehrern zugute kommen: „Hier ein gutes Profil zu haben, ‚Europalehrer‘ auszubilden, hieße, deutschlandweit Pionier zu sein“, befanden die beiden.

<http://www.uni-flensburg.de/>

<http://www.ernst-dieter-rossmann.de/>

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 01.07.2011, 22:36 Uhr - 6329 Clicks - Nr. 682

#### **Die Europäische Rolle rückwärts**

Pünktlich 10 Jahre nach Umsetzung des

Schengenabkommens plant die dänische Regierung die Wiedereinführung von permanenten Zollkontrollen in Form von stationiertem Personal unterstützt von Scanner- und Videoüberwachung. Selbstverständlich sollten wir die tatsächlich vorhandenen Ängste unserer dänischen Nachbarn wegen einer zunehmenden Kriminalität ernst nehmen.

Aber in den letzten Jahren wurde diese Forderung nach Grenzkontrollen immer mal wieder laut: erst wegen Terrorgefahr, dann wegen Dosenpfand, aber eigentlich meint die an dieser Stelle die wortführende rechtspopulistische Dansk Folkeparti eigentlich etwas anderes:

Zitat der Parteivorsitzenden Pia Kjærsgård:

„Die Einführung der Grenzkontrollen diene der Verteidigung der dänischen Identität, ein Land ist nur dann ein Land wenn es Grenzen hat.“

Dieser Satz ist aussagekräftig genug um zu erkennen, dass einige demokratische Parteien in Dänemark auf Grund von einer parallel geführten Rentendebatte sich der

Unterstützung der Dansk Folkeparti sicher sein wollen und einen entsprechenden politischen Kniefall vor den Rechtspopulisten machen.

Denn genau das ist das Gegenteil des europäischen Gedanken und reiht sich leider nahtlos ein in die Argumentation der anderen Rechtspopulisten die in Europa unterwegs sind z.B. die wahren Finnen, Ungarns Neo Pfeilkreuzer, Wilders in Belgien.

Sie haben schon immer jede Gelegenheit genutzt, die europäische Union nieder zu reden. Hier hätte ich mir europäischen Mut der demokratischen Parteien an dieser Stelle gewünscht.

Die Europakritiker jubeln, alle anderen sind verdächtig still. Europa ist eben doch für viele weit weg und wird hauptsächlich mit Negativmeldungen in Verbindung gebracht. Die Auswirkungen sind noch nicht erkennbar.

Aber klar ist:

Die Freizügigkeit der Pendler wird eingeschränkt. Dem bislang sehr guten Image der deutsch dänischen Wirtschaftsregion schaden die permanenten Grenzkontrollen.

Die positiven Entwicklungen haben besonders in den letzten 10 Jahren seit Umsetzung des Schengenabkommens an Fahrt aufgenommen. Es ist ein kontraproduktives Signal gegenüber weiterer Entwicklung,

das bestätigen jetzt auch dänische Wirtschaftsverbände. 60% des deutsch dänischen Güterverkehrs läuft über die Grenze, ca. 5000 LKW täglich, die praktische Handhabung ist noch fraglich. 12900 Pendler kreuzen die Grenze regelmäßig. In den letzten Jahren hat sich Dank vieler Akteure, z.B. die Minderheiten, Gewerkschaften, Wirtschaft, IHK usw. etwas Wunderbares etabliert.

Eine friedliche, offene Region mit einer wachsenden Wirtschaft und vielen guten Arbeitsplätzen, die wir hier in unserer ansonsten strukturarmen Region dringend brauchen, besonders im Bereich Ernährungswirtschaft, den Energie- und Gesundheits- und Tourismusbranchen. Hier waren wir auf einem wirklich guten Weg, der europaweit Vorbildcharakter genießt.

Die Bewerbung Sønderborgs als Kulturhauptstadt 2017 ist deshalb so aussichtsvoll. weil man sich als grenzenlose Region bewirbt.

Auf einer Veranstaltung der KV SL FL und FL zu dem Thema machten die Vertreter von Zoll und Polizei deutlich, dass diese Planung auch inhaltlich nicht richtig sei, es müssten die bereits vorhandenen mobilen Einsatzkräfte, die besonders im Hinterland agieren personell verstärkt werden, auf permanente Grenzkontrollen könne sich jeder „einstellen“ hiess es. Das ist auch die Meinung der Sozialdemokraten im Folketing, wie Benny Engelbrecht aus Sønderborg berichtete und wie wir es im Landtag auch gefordert haben.

Rechtspopulismus ist das absolute Gegenteil von Europa, jegliche Bewegung oder Zugeständnis in diese Richtung ist ein Wegbewegen von Europa! Deshalb sollten wir uns weiter einsetzen für eine

offene Grenze, für die Wachstumsregion Sønderjylland /Schleswig, für gute Arbeitsplätze in der Region und eine gute fruchtbare Nachbarschaft auch im sozialen und kulturellen Bereichen. Dazu gehört auch, dass die Stellungnahmen der nördlichen Kreise und Städte zur geplanten Dänemarkstrategie der Landesregierung respektvoll berücksichtigt werden und in die Planungen zur Zusammenarbeit mit Dänemark einfließen, damit wir eine starke Region trotz fester Fehmarnbeltquerung bleiben.

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 02.07.2011, 18:14 Uhr - 43152 Clicks - Nr. 683

**Für eine effektive, rechtssichere Energiewende!**

**Dr. Ralf Stegner am 23. Juni 2011 im Landtag in Kiel**

„Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen“. Dieser Satz von Herbert Wehner passt wie kein anderer zu einem Tag, an dem zu gleicher Stunde in Berlin der Deutsche Bundestag den endgültigen Atomausstieg in Deutschland endlich beschließt. Und deswegen sage ich auch mit Stolz, es ist ein Tag, an dem Wirklichkeit wird, wofür Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein seit 35 Jahren gekämpft haben.



Auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein 1975 in Bad Oldesloe stellten die Jusos einen Initiativantrag, in dem sie ein Moratorium bei der Atomenergie forderten. Nach einer Fachkonferenz zur Atomenergie folgte der Ausstiegsbeschluss des Landesvorstandes der Nord-SPD am 1. November 1976. In diese Zeit fiel auch der Baubeginn Brokdorfs, dessen erste Teilerrichtungsgenehmigung das CDU-geführte Sozialministerium erteilte und den Sofortvollzug anordnete.

Klaus Matthiesen, Gerd Walter und Günther Jansen, der in wenigen Tagen 75 Jahre alt wird: Sie stehen für die Ablehnung der Atomenergie durch die SPD Schleswig-Holstein nach intensiver Diskussion und der konkreten Erfahrung, wie das Atomkraftwerk Brokdorf gegen den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung unter massivem Einsatz der Wasserwerfer des Herrn Stoltenberg durchgesetzt wurde. Das war übrigens anders als am Kaiserstuhl, zu dem ich als Jugendlicher an den mich sehr prägenden Protesten gegen das Atomkraftwerk Wyhl teilgenommen habe, vor denen die Regierung Filbinger kapitulieren musste. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren aktiv an den Demonstrationen gegen den Bau des AKW Brokdorf beteiligt.

Es dauerte etwas, bis auch die Bundespartei überzeugt war, aber 1986 forderte Hans-Jochen Vogel nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl im Bundestag die Abkehr von der Atomenergie. „Ich glaube“, sagte er damals, „nach Tschernobyl ist nichts mehr so, wie es vorher war.“ „Lächerlich“ sei das, hieß es von den Abgeordneten von CDU und CSU damals, und „unseriös“. Nur wenige Monate nach Tschernobyl ließ die CDU-Regierung das Atomkraftwerk Brokdorf ans Netz gehen. Wir haben also als SPD Schleswig-Holstein Pionierarbeit für den Atomausstieg geleistet. Bald kamen der SSW, später die Grünen, viel später die Nord-FDP und seit ein paar Wochen sogar die Nord-CDU als Unterstützer dieses Ziels hinzu.

Als die Sozialdemokratie dann 1988 endlich Regierungsverantwortung hier übernehmen konnte, haben wir den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv befördert. Björn Engholm sagte damals: „Unser Ziel ist es, in 25 Jahren den Anteil der erneuerbaren Energien von derzeit 0,05 % auf 20 % zu steigern.“ Er wurde verlacht. Es hieß aus Ihren Reihen, die Lichter gingen aus. Nach 17 Jahren erfolgreicher sozialdemokratischer und rot-grüner Regierungspolitik waren wir bereits bei 40 % Anteil der erneuerbaren Energien angekommen.

Günther Jansen und Claus Möller waren die Väter vieler Windparks hier in Schleswig-Holstein, der Biogasanlagen und der Blockheizkraftwerke, EEG und Ökosteuer - finanzielle Schlüssel zum Ausbau der Erneuerbaren - tragen die Handschrift der SPD Schleswig-Holstein und wir standen dafür in harscher Kritik der beiden Fraktionen, die sich jetzt den Atomausstieg auf die schwarz gelben Fahnen schreiben möchten. Es war doch Herr Austermann, Ihr Wirtschaftsminister, Herr Carstensen, der geradezu als Atom-Fundamentalist bezeichnet werden kann.

2001 beschloss die rot-grüne Bundesregierung den Atomausstieg in Deutschland, der den gesellschaftlichen Konsens in dieser das Land im wahrsten Sinne des Wortes spaltenden Frage hergestellt hat. Weitere 10 Jahre später wurde dieser ohne jede Not von Schwarz-Gelb wieder aufgekündigt. Frau Merkel nannte das eine energiepolitische Revolution und dieser Ausstieg aus dem Ausstieg wurde zumindest von der hiesigen CDU und von Ihnen, Herr Ministerpräsident, vehement verteidigt.

Ein Jahr später und leider vor allem einen furchtbaren Atomunfall später vollzieht Schwarz-Gelb den Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg. Sie halten Wort, erklären Sie großartig, Herr Ministerpräsident, immerhin schon seit März dieses Jahres - dies ist schon an sich lächerlich, angesichts der Konstanz der SPD SH jedoch geradezu grotesk. Die neuen Fakten, der neue Erkenntnisgewinn, ihn gibt es nur bei jenen, die lange Zeit und vor allem im letzten Jahr die wahren Ideologen waren.

Ein Ausstieg aus der Atomenergie - so schnell und so sicher wie möglich, war schon vor Fukushima nötig und möglich Sie haben Zeit vertan, Sie haben nötige Gesetze blockiert und öffentliche wie private Gelder in falsche Energien gelenkt. Allein Ihr - erwarteter - Ausstieg aus dem Atomkonsens hat die Energieunternehmen veranlasst, Investitionen in erneuerbare Energien nicht vorzunehmen. Und Ihr Rückbezug auf Tschernobyl, wo der Ausstieg angeblich nicht möglich gewesen wäre, wäre zumindest etwas glaubhafter, wenn Sie die gleiche Argumentation nicht erst im letzten Jahr schon einmal verwendet hätten. Noch 2010 war der Ausstieg aus der Atomenergie angeblich nicht möglich, die Brückentechnologie noch lange nötig und die erneuerbaren Energien einfach noch nicht so weit - und alle, die das Gegenteil behaupteten, waren im besten Falle Träumer und im schlechtesten Fall Spinner.

Ich bin froh - und wohl alle in der SPD-Fraktion und in meiner Partei -, dass der atomfreundliche Kurs von CDU in Bund und Land und der Bundes-FDP endlich zu Ende ist. Ihre scheinbar alternativlose - zu Recht das Unwort des Jahres -, auf angebliche Fakten gründende Atompolitik haben Sie vollständig einkassiert. Ich hoffe sehr, dass die unnötige Laufzeitverlängerung durch Schwarz-

Gelb im letzten Jahr nicht noch ein teures Nachspiel haben wird. Der Atomdeal von Frau Merkel mit den 4 großen Atomkonzernen lässt da leider einiges befürchten.

Ihre Kehrtwende war spät, aber man sagt ja, nur dem, der irrt, wird verziehen werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute wieder in der Ihnen eigenen Art manchen klugen Satz vorgelesen, den man Ihnen aufgeschrieben hat, so wie Sie zuvor noch vor kurzem das Gegenteil vorgelesen haben. Doch glaubwürdig, meine Damen und Herren von der Union, ist wirklich etwas anderes. Gute Politik ist politische Überzeugung und Kompetenz, ist Leidenschaft und Beharrlichkeit, so wie wir das bei diesem Thema gegen viele Widerstände, gegen Verleumdung und Häme bewiesen und durchgehalten haben.

Ihre Glaubwürdigkeit wäre ja nun allein Ihr Problem, wenn es bei der Energiewende nicht an der Umsetzung hapern würde. Kein Wunder, dass die SPD-Bundestagsfraktion nur dem einen Ausstiegsgesetz zustimmen wird - allen andere schlechten Hopplahopp-Gesetzen aber nicht und für die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen gilt ja wohl dasselbe.

Kaum eine Anregung für die Energiewende wurde aufgegriffen. Immerhin aber haben Sie die bevorzugte Förderung von Offshore gegenüber Onshore wieder aufgegeben. Das ist auch gut so, denn Offshore braucht großes Kapital, das nur Großkonzerne aufbringen können und uns im mittelständisch geprägten Schleswig-Holstein wenig nützen wird.

Doch wie sieht es mit den anderen Elementen aus?

- Umwidmung der Forschungsgelder für Atomenergie hin zu zukunftssträchtiger Energieforschung? Fehlanzeige!
- Erhöhung der Gelder für die Energetische Wohnraumsanierung? Fehlanzeige! Kein Cent mehr - stattdessen erleichtern Sie die Belastung von Mieterinnen und Mietern. Das ist ein gravierender Fehler. Denn bei der energetischen Sanierung gibt es nur Gewinner: das Handwerk, das Arbeit hat, die Mieter, die Energiekosten sparen und der Klimaschutz.

Energiewende funktioniert nur, wenn wir den Dreiklang aus Energiesparen (das ist die Energiequelle Nr. 1), Energieeffizienz und konsequentem Umstieg auf erneuerbare Energien durchsetzen.

Geben Sie es doch zu, meine Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hauses, Sie mögen mehr Wendeerfahrung haben, aber mit der Energiewende kennen wir uns nun wirklich besser aus. Bei uns ist das nämlich Einsicht und Überzeugung und nicht nur - wie bei Ihnen, besonders von der Union - Kapitulation vor dem nach Fukushima Unvermeidlichen. Dass Ihnen Ihre Wählerinnen und Wähler das nicht abnehmen, konnten wir ja gerade in Baden-Württemberg verfolgen.

Wir wollen eine Energiewende mit sicherer Energieversorgung für unsere Industriegesellschaft, eine Energiewende die sich alle leisten können und bei der Schleswig-Holstein mit Wertschöpfung und vielen guten Arbeitsplätzen vor Ort profitiert. Dies alles ist machbar, jedenfalls dann, wenn eine Landesregierung das konsequent zur Politik macht, aber dazu wird es wohl einer rot-grünen Regierung in Schleswig-Holstein bedürfen, mit der ja selbst die Wirtschaft in diesem Land schon fest rechnet.

Die Energiewende ist machbar

- mit mehr Energieeffizienz. Das heißt vor allem, dass wir den Ausbau der Kraftwärmekopplung massiv vorantreiben und die Stadt- und Gemeindewerke bei dezentraler und meist effektiverer Energiegewinnung unterstützen. Der Propaganda der Netzmonopolisten über bevorstehende Blackouts dürfen wir nicht auf den Leim gehen, auch wenn der Netzausbau schwierige Herausforderungen an uns alle stellen wird.

Die Energiewende ist machbar

- mit einer Offensive Richtung Energieeinsparung. Das betrifft vor allem die Wärmedämmung bei Häusern und Wohnungen. Mit dem Klimapakt haben Lothar Hay und ich als Innenminister die richtigen Weichen dafür gestellt. Diese gilt es zu stärken und zu stützen. So können wir die zweite Miete senken, obwohl vielleicht die reinen Energiekosten steigen.

Die Energiewende ist machbar

mit vehementer Forschung im Bereich der Speichertechnologie. Denn hierdurch ist ein hohes Maß an Sicherheit erreichbar. Hier sollten wir Weltmarktführer werden wollen, nicht als Glücksspiel-Oase. Wir haben so viele kluge Forscher, tüchtige Ingenieure und innovative Unternehmen.

Hinzukommt die Förderung der vielfältigen erneuerbaren Energien - in einem vernünftigen Rahmen, der auch zum Beispiel an die Folgen in anderen Ländern denkt.

Wichtig ist dabei, die Menschen mitzunehmen. Das ist gerade beim Netzausbau und beim massiven Ausbau der Windenergie nach wie vor schwer. Sankt Florian ist überall. Aber es ist notwendig: Bürgerbeteiligung ja, konsequente Energiewende aber auch. Drei Jahre müssen reichen für Planung und Umsetzung eines Leitungsprojekts. Es geht natürlich einfacher, wenn man nicht immer wieder auch noch die eigene Wendehalsigkeit begründen muss, der bei Ihnen ja nicht mal die überzeugtesten Parteifreunde folgen können. Es geht vor allem dann, wenn diese Energiewende kein Eliteprojekt der Besserverdienenden ist - das sage ich in alle politischen Richtungen - sondern alle davon profitieren.

Es geht dann, wenn ich gerade jene Maßnahmen fördere, die hohe Beschäftigungseffekte haben.

Es geht dann, wenn die Kommunen davon profitieren, weil die Wertschöpfung bei ihnen steigt - vielleicht sind sich FDP und Grüne ja bei diesem Punkt auch über die positive Wirkung für den Wohlstand einig.

Die Energiewende kann und muss ein Konjunkturprogramm für die heimische Wirtschaft werden. Die Energiewende kann und muss die Wohnqualität deutlich verbessern und bezahlbaren Wohnraum erhalten.

Viel ist möglich, wenn wir die vorhandenen Programme nicht abbauen sondern aus- und ggf. umbauen. Geothermie, Luft-Wärme-Pumpen usw. - viel ist möglich, viel zu wenig wird gemacht. Große Einigkeit scheint allüberall, allein es fehlt ein wenig der Glaube, dass Ihre Worte, Herr Ministerpräsident, eben nicht nur wieder Worte gewesen sind. Zu waghalsig sind Ihre Pirouetten. Pro

und contra Atom, Pro und contra CCS und, sehr geehrter Herr Kollege von Boetticher, wie wir gestern mit Staunen gelesen haben, selbst beim Spitzensteuersatz - nein, Ihre Wendigkeit hat schon fast FDP-Qualität, ist atemberaubend und vielleicht doch ein bisschen zu schnell für die bodenständigen Schleswig-Holsteiner.

Der von SPD und GRÜNEN umgesetzte Atomausstieg war rechtssicher, verfassungsfest, frei von Entschädigungsleistungen und wurde nicht beklagt. Er folgte dem überwiegenden Willen in der deutschen Bevölkerung. Auch die amtierende Merkel-Rösler-Seehofer-Koalition hat erklärt, die 13. Änderung des Atomgesetzes; sei rechtssicher und verfassungsfest ausgestaltet und Entschädigungsansprüche seien ausgeschlossen. Selbstlob bleibt die Disziplin, die bei Ihnen immer noch am besten klappt. Die Bundesregierung muss sich in dieser Frage aber an dem Ausstiegsbeschluss von Rot-Grün messen lassen.

Ihre Wende, Herr Ministerpräsident, werden wir Ihnen nicht vorwerfen, denn niemand soll daran gehindert werden, klüger zu werden, erst recht nicht, wenn er denen folgt, die er jahrelang mit Vehemenz bekämpft hat - ein wenig mehr Demut hätte Ihnen bei dieser Sachlage allerdings schon gut zu Gesicht gestanden.

Wir werden die Bürgerinnen und Bürger daran erinnern, wer hier jahrzehntelang die Bausteine für die Energiewende gelegt hat - und wer sie seit Jahrzehnten vehement bekämpft hat. Die Bürgerinnen und Bürger kennen Schwarz-Gelb als die Farbe der Warnschilder vor Radioaktivität.

Wie sagte Frank-Walter Steinmeier im Bundestag so schön: „Was Sie dem Bundestag vorlegen, ist eben nicht ein Gesetz zur Energiewende, sondern es ist Ihr Irrtumsbereinigungsgesetz, das Sie jetzt auf den Weg bringen müssen. Aber es geht eben nicht um diese Regierung, es geht um mehr. Es geht um die Wiederherstellung von Vertrauen - auch in der Energiepolitik. Es geht um die Wiederherstellung eines energiepolitischen Grundkonsenses, den diese Regierung in der Vergangenheit ohne jede Not zerstört hat.“

Während des Landtagswahlkampfes 1979 sagte Günther Jansen: „Die Wähler in diesem Land sollen wissen und sich darauf verlassen können, dass eine SPD-geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein den Bau von Atomkraftwerken in diesem Land verhindern wird.“ Ich kann heute nur sagen: Die Wählerinnen und Wähler können sich darauf verlassen, dass eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsam mit den Grünen und sicher unterstützt vom SSW den Ausstieg aus der Atomenergie stützen, vorantreiben und vor allem durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien flankieren wird. Bei anderen wäre ich mir nicht so sicher.

Noch einen Irrtum können wir uns auch nicht leisten. „Oh glücklich, wer noch hoffen kann aus diesem Meer des Irrtum: aufzutauchen“, heißt es in Goethes Faust. Am 6. Mai 2012 wird Schleswig-Holstein nicht nur energiepolitisch wieder auftauchen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 02.07.2011, 19:01 Uhr - 6323 Clicks - Nr. 684

#### **GLÜCKSBURG „Skate 4 fun**

Eine Veranstaltung des Stadtjugendringes, der Stadtjugendpflege, des DRK und der Feuerwehr Glücksburg.

Der SPD Ortsverein sponsorte den professionellen Sprayer !

Mit dem Sportmobil der Sportpiraten Flensburg konnten die Kinder und Jugendlichen BMX Räder kostenlos ausleihen und auf der Jugendaktionsfläche Glücksburg ihre Fahrkünste ausprobieren. Aktuelle Disc Musik , heiße Wüstchen und gute Getränke gewährleisteten einen guten Verlauf der Veranstaltung

**Keine Kommentare**

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 02.07.2011, 20:38 Uhr - 24732 Clicks - Nr. 685

#### **SPD gratuliert Firma Scheer in Wöhrden**

Am 1.7.2011 wurde der Preis "Land der Ideen - Besondere Orte" in Wöhrden an die Firma Scheer verliehen.

Dass dies wirklich ein besonderer Ort ist, zeigte die Geschäftsführerin Nicole Schroeter eindrucksvoll.

Das Thema Inklusion wird sehr wichtig genommen und vorbildlich umgesetzt: Ein hoher Anteil der Mitarbeiter sind Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung, ältere Menschen und ehemalige Arbeitslose. Sie bekommen eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt. Mit ihnen stellt



das Unternehmen innovative Produkte auf höchstem Niveau her. Für dieses soziale Engagement wurde das Unternehmen nun ausgezeichnet. Für die SPD Dithmarschen gratulierten der stellvertretende Kreisvorsitzende Thomas Bultjer und das Mitglied der Kreistagsfraktion Heinz-Jürgen Templin (Wöhrden). Weitere Mitglieder des SPD-Ortsvereins waren vor Ort. Thomas Bultjer lobte Frau Schroeter für das Engagement des Unternehmens: „Es freut uns, dass gerade in unserer Region, die besonders von dem demografischen Wandel betroffen ist, ein innovatives Unternehmen mit starkem sozialen Engagement erfolgreich ist.“ Er betonte dabei die Bedeutung der Inklusion und die Vorteile älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Perspektiven zu bieten und auf deren Erfahrungsschatz zurück zu greifen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.07.2011, 22:30 Uhr - 6017 Clicks - Nr. 686

#### **Mit dem Fahrrad durch Oststeinbeks Nordosten**

Zu einer Radtour durch das nördliche Oststeinbek trafen sich Mitglieder und Freunde der SPD Oststeinbek. Dabei führte die Tour auch über die Grenzen des Orts hinaus, durch Teile Willinghusens radelte man ebenso wie durch Glinde, wo der Weg an der Glinde Au und der Kupfermühle entlang führte. Günter Weigt hatte eine Route ausgearbeitet, die zu Naturschönheiten, vergessenen Schleichwegen und historisch interessanten Stätten der Region führte.



Aus seinem reichen Wissen über die Heimatgeschichte konnte Peter Hartmann schöpfen, der ebenfalls mitradelte und die Teilnehmer mit Geschichten „rechts und links der Strecke“ versorgte, etwa zum Oststeinbeker Hünengrab.

Mit dabei war auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der viel Neues über seinen Wahlkreis lernte: „Die Rampen zu alten Autobahnbrücken aus der NS-Zeit kannte ich, den alten Bahndamm auch. Aber dass Oststeinbek mal ein Freibad mit Kiosk hatte, wo viele der älteren Oststeinbekerinnen und Oststeinbeker noch das Schwimmen gelernt haben, habe ich das erste Mal gehört.“ Am Ziel, dem EKZ, angekommen, gab es für die Teilnehmer einen verdienten Eisbecher. SPD-Fraktionschefin Irene Kastner freute sich über einen gelungenen Nachmittag im Kreise einer netten Gruppe.

Für den Spätsommer plant Peter Hartmann eine Tour in den Nordwesten - mit Feldmark, Golfplatz, Gewerbegebiet, Öjendorfer Park und Friedhof.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.07.2011, 22:49 Uhr - 6257 Clicks - Nr. 687

#### **Universität Flensburg - praktisch, ökologisch, europäisch**

Alle politischen Ebenen habe er bei einem Gedankenaustausch zur Zukunft der Universität Flensburg verbinden wollen, berichtet Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Deshalb besuchte er die Hochschule nun gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, dem Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, und Helmut Trost, dem SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Flensburgs.



Gemeinsam diskutierten die drei mit dem Präsidium und machten einen Rundgang über den Campus mit einem ausgiebigen Zwischenstopp in der Zentralen Hochschulbibliothek.

Die Landesregierung hat, nachdem das Vorhaben auf Eis gelegt wurde, die Wirtschaftswissenschaften in Flensburg einzustellen, in den vergangenen Monaten nichts von sich hören lassen. Habersaat sagte, er erwarte eine Entscheidung in dieser Frage nach der Sommerpause. Nach dem Gespräch mit Präsidentin Wara Wende und den Vizepräsidenten Werner Reinhart und Stephan Panther zeigte er sich erfreut: „Es ist gut, vom Präsidium zu hören, dass man auf den Fall wegfallender Mittel, es geht um 1,7 Millionen Euro in zehn Jahren, vorbereitet wäre und die Universität ihre Stärken trotzdem weiter ausbauen kann.“ Er nahm die deutliche Erkenntnis mit, dass es zur nachhaltigen Entwicklung einer Universität und zum Ausbau von Kooperationen verlässliche Rahmenbedingungen und ein Bekenntnis des Landes zu seiner Universität braucht, damit diese auch Dritten gegenüber verlässlich auftreten kann.

Erfreut zeigte sich auch Ernst Dieter Rossmann, der betonte, ein „agiles, vor Ideen strotzendes“ Präsidium erlebt zu haben. Ein altes Zitat von Björn Engholm, „Wer klein ist, muss Ideen haben“, belegt, dass eben diese Ideen erforderlich sind, um die Zukunft der Universität zu gestalten. Positive Entwicklungen gibt es im Bereich der Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft, der Rückkopplung von Wissenschaft und Praxis und der Implementierung des Nachhaltigkeitsgedankens in allen Fachbereichen, in der Stärkung der Lehrerbildung und bei Plänen zu einer verstärkten Europäisierung und Internationalisierung der Hochschule. Helmut Trost warb dafür, Stadt und Universität gemeinsam zu entwickeln und auf diesen Grundlagen eine gemeinsame Marketingidee zu entwickeln.

Um eine Besichtigung der Bibliothek hatte Martin Habersaat gebeten. „In Gesprächen mit Studentinnen und Studenten habe ich oft von fehlenden Gruppenräumen und geringer Ausstattung gehört.“ Er sei beruhigt, nun erfahren zu haben, dass gerade neue Räume für Gruppenarbeiten zur Verfügung gestellt werden konnten und der vergleichsweise geringen Zahl von präsenten Büchern durch Online-Rechercheöglichkeiten und geringe Gebühren für Fernleihen begegnet werde.“  
V.L.: Panther, Reinhart, Wende, Trost, Habersaat, Rossmann

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.07.2011, 23:14 Uhr - 6263 Clicks - Nr. 688

#### **CCS-Gesetz: Kieler CDU/FDP vom Tiger zum Bettvorleger**

Direkt nach der vor über drei Wochen erfolgten Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CCS), hatte die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein bereits das Votum fast aller Experten öffentlich gemacht: Die Länderklausel in der von Schwarz-Gelb vorgesehenen Form ist offenbar ein „Fake“ und in der gewählten Formulierung wirkungslos. Bettina Hagedorn, MdB:

„Anstatt die unzureichende Länderklausel nachzubessern, will Schwarz-Gelb die Regelung nun gleich ganz aus dem CCS-Gesetz streichen. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung und ein harter Schlag ins Kontor für



Schleswig-Holstein.“

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein habe sich schon immer für eine Länderklausel samt Vetorecht eingesetzt, die diesen Namen auch verdiene. Im Gegensatz dazu sei die bisherige von CDU und FDP entworfene „Länderklausel“ schlicht nichts wert!“ Fast alle Sachverständigen, auch diejenigen die die Koalition selbst eingeladen hat, haben dies in der Anhörung so gesagt. Ganz offensichtlich benutzt Schwarz-Gelb in Berlin dies jetzt als Vorwand, um das Länderveto endgültig zu kippen. Wenn es so kommt, hat sich die Bundes-FDP mit ihrer Klientel-Politik zugunsten der Energiemonopolisten leider einmal mehr durchgesetzt - dann ist auch bewiesen, dass Herr Kubicki und Herr Koppelin in ihrem eigenen Laden bundesweit offenbar keinerlei Einfluss haben.

Hagedorn: „Damit ist auch klar: das ständige Hin und Her von Schwarz-Gelb war eine reine ‚Shownummer‘ und diente nur der Gesichtswahrung des CDU-Ministerpräsidenten Carstensen, der aber - wie auch sein Kollege Kubicki -, wenn es hart auf hart kommt, in Berlin nichts zu melden hat. - Folge: Außer absoluter Rechtsunsicherheit ist für die betroffenen Menschen vor Ort, Behörden und Betreiber immer noch nichts gewonnen. Die bisherigen Aussagen des Ministerpräsidenten aus Schleswig-Holstein sind endgültig als Beruhigungsspillen für besorgte Wähler entlarvt.“

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit schon bekräftigt, dass wir lediglich ein zeitlich befristetes CCS-Gesetz befürworten, das den Weg nur für Forschungsprojekte und Modellvorhaben frei macht, unter der Voraussetzung einer wasserdichten Länderklausel mit wirksamem Veto. Die Anhörung hat zusätzlich ergeben, dass ein verantwortbares CCS-Gesetz einhergehen muss mit einem gesetzlichen Rahmen für eine „Raumordnung unter der Erde“, weil sonst die Gefahr besteht, dass sich die Großkonzerne alle Optionen auf CCS-Speicherkapazitäten sichern und damit konkurrierende Nutzungen für die Energiewende – wie die Geothermie und für aus regenerativen Ressourcen gewonnene Speicherkapazitäten – mutwillig blockieren. Außerdem hat uns die Anhörung auch darin bestätigt, dass die CCS-Forschung keinesfalls das Ziel verfolgen darf, Kohlekraftwerke „ökologisch salonfähig“ zu machen, sondern dass man vorrangig zukünftigen Generationen nicht die Chance auf negative CO2-Bilanzen verbauen darf.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.07.2011, 11:28 Uhr - 8671 Clicks - Nr. 689

#### **Entscheidung des Städtischen Krankenhauses Kiel wird begrüßt**

SPD und DGB erklären: „Wir begrüßen die Entscheidung des Städtischen Krankenhauses Kiel, dass die Auslagerung der Pflegeschule nicht Realität wird. Dies ist deshalb eine gute Entscheidung, weil damit in bewährter Weise die Qualität von Ausbildung und Arbeit gesichert wird.

Dieser hohe Standard ist gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für unsere zentrale Aufgabe: Wir wollen die Kiel-Region zu einem führenden Gesundheitsstandort machen.



Dazu gehören auch hohe Qualitätsstandards. Die Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik sind eine Chance für die ganze Region“, so der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der Vorsitzende der DGB-Region KERN, Ralph Müller-Beck.

**Keine Kommentare**

[SPD-Osterröfeld](#) - veröffentlicht am 03.07.2011, 16:55 Uhr - 5430 Clicks - Nr. 690

#### **Großes Interesse an Sicherheitsveranstaltung der SPD Osterröfeld**

Die von der SPD Osterröfeld organisierte öffentliche Sicherheitsveranstaltung am 29. Juni 2011 in Kühl's Gasthof war gut besucht. Die Osterröfelderinnen und Osterröfelder zeigten sich sehr interessiert an den Tipps von Kriminalhauptkommissar Dietmar Benz, dem auch für Osterröfeld zuständigen Leiter der Präventionsstelle der Polizeidirektion Neumünster.



Dieser informierte ausführlich darüber, wie man sein Haus oder seine Wohnung vor Einbrechern schützt, welche Maschen die Trickbetrüger zurzeit anwenden und was man beim Geldabheben an Geldautomaten zwingend beachten sollte.

Die Tipps von Herrn Benz waren ebenso einfach wie einleuchtend: Die Bürgerinnen und Bürger sollten gegenseitig mehr auf sich achten und bei ungewöhnlichen Beobachtungen lieber einmal mehr als einmal zu wenig den zentralen Notruf 110 wählen. Die Polizei nimmt jeden Anruf ernst und unternimmt somit alles, um die Bürgerinnen und Bürger vor Schaden zu bewahren. Einig zeigte man sich in diesem Zusammenhang, dass eine aktive und wachsame Nachbarschaft vieles verhindern kann und so waren die mitgebrachten Hinweisschilder „Vorsicht – Wachsamer Nachbar!“ schnell vergriffen. Im Anschluss an den informativen Vortragsteil nutzten die Osterröfelderinnen und Osterröfelder die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen und eigene Erfahrungen zu schildern.

Detlef Strufe, der Vorsitzende der SPD Osterröfeld, äußerte sich äußerst zufrieden mit der Veranstaltung: "In Osterröfeld gab es zuletzt eine Reihe von Straftaten. Aus diesem Grunde hat die SPD Osterröfeld schnell reagiert, mit Herrn Benz einen namhaften Referenten gefunden und den Osterröfelderinnen und Osterröfeldern eine kostenlose Sicherheitsveranstaltung geboten. Das rege Interesse an dem Infoabend hat uns gefreut. Wir hoffen, dass dadurch die Prävention von Verbrechen in Osterröfeld ein wenig verbessert wurde, konnten doch wirklich viele nützliche Tipps für das alltägliche Leben mitgenommen werden." --

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 04.07.2011, 10:21 Uhr - 17378 Clicks - Nr. 691

#### **FDP – Totengräber des öffentlichen Schienennahverkehrs**

der SPD-Kreisverband Segeberg ist erschüttert über den erneuten Versuch der FDP, die

Landesanteile der AKN zu verkaufen, und appelliert eindringlich an die FDP-Landtagsfraktion, dieses Ziel nicht weiter zu verfolgen.

Ein Verkauf – so der SPD-Kreisvorstand - würde zwar einen einmaligen Erlös erbringen und den Haushalt einmalig und kurzfristig entlasten. Dieses Einnahmeplus steht aber in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der durch den Wegfall des politischen Einflusses entstehen würde.

Das Aufsichtsratsmandat der Landrätin des Kreises Segeberg würde zwangsläufig enden und damit auch der direkte Einfluss des Kreises Segeberg.

Der immer wieder – besonders durch die FDP-Landtags- und Kreistagsabgeordnete Katharina Loedige - vermittelte Eindruck, nach einem Verkauf wäre das Land alle Sorgen in Bezug auf die AKN los, ist falsch.

Die Kreis-SPD erinnert daran, dass das Land für den Schienenpersonennahverkehr zuständig ist, d.h. die bestellte Verkehrsleistung müsste auch nach einem Verkauf von den beiden Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein finanziert werden. Im Übrigen hatte auch der Kreis Segeberg in die Infrastruktur investiert – kreditfinanziert.

Die FDP spielt wieder einmal ein Doppelspiel: Im Kreistag stimmt sie mit viel Enthusiasmus („sittlich wertvolle Resolution“) einer Resolution gegen den Verkauf der AKN zu, im Land drängt sie auf den Verkauf. In der einstimmig verabschiedeten Kreistagsresolution heißt es korrekterweise, dass eine enge Kooperation zwischen der AKN und den Verkehrsbetrieben in der Metropolregion die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens sichern könne.

Dazu der verkehrspolitische Sprecher der Kreis-SPD, Jürgen Sass-Olker: „Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag der Haushaltsstrukturkommission, mit der AKN einen Verkehrsvertrag und eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Wahrung der verkehrs- und finanzpolitischen Interessen abzuschließen. Es reicht aber nicht aus, immer wieder diesen Schritt anzukündigen – er muss nun endlich vollzogen werden.“

Die SPD im Kreis Segeberg setzt sich im Interesse der Mitarbeiter der AKN für den Erhalt der Arbeitsplätze, die bei einem Verkauf als gefährdet angesehen werden müssen, ein. Die FDP solle endlich damit aufhören, die Betroffenen in regelmäßigen Abständen zu verunsichern. Die Landesregierung sollte sich ihrer sozialen Verantwortung für die Beschäftigten bewusst werden und nicht den Plänen der FDP folgen.

Seit Jahren befördert die AKN ihre Fahrgäste zuverlässig und pünktlich auf den Strecken der A1, A2, A3 und als Beteiligte an der Nordbahn in Fahrzeugen, die in Landesfarben gehalten sind. Einen derartigen Werbeträger verkauft man nicht aus kurzfristigen Haushaltsüberlegungen.

Der Landesregierung kann die Zukunft des Schienenpersonennahverkehrs und auch ihres eigenen Unternehmens nicht gleichgültig sein! Die Forderung der FDP ist rückwärtsgewandt, kurzfristig und steht gegen die Interessen der Menschen auf den Entwicklungsachsen.

Die Kreis-SPD erinnert letztlich an ihre häufig gestellte Forderung für einen nachhaltigen Schienenpersonenverkehr: eine S-Bahn-Anbindung vom Hauptbahnhof Hamburg bis nach Kaltenkirchen – natürlich durchgeführt durch die AKN.

**Keine Kommentare**

**Deutsch-Russische Visapraxis zügig erleichtern**

**Interfraktionelle Arbeitsgruppe für eine parlamentarische Initiative zur Liberalisierung startet Arbeit**



Anlässlich der 1. Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Visa-Liberalisierung mit Russland, die am 29. Juni 2011 unter seiner Leitung stattgefunden hat, erklärt der Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Russland, Franz Thönnies:

Die Entwicklung einer gemeinsamen fraktionsübergreifenden Initiative aus dem Deutschen Bundestag, die zu Erleichterungen und zu einer Liberalisierung der bisherigen Visapraxis mit Russland führt, ist das Ziel einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die am 29. Juni 2011 erstmals im deutschen Parlament tagte. Sie ist das Resultat einer Vielzahl von Kritiken von Russland-Reisenden und Gesprächen sowie Erfahrungen von internationalen Zusammenkünften von Parlamentariern. Wechselseitig wird sie vom außenpolitischen Sprecher der CDD/CSU-Fraktion, Philipp Mißfelder, sowie dem Berichterstatter für Russland der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss, Franz Thönnies, geleitet.

Ebenfalls zur Bildung der Arbeitsgruppe hat ein Informationsgespräch mit dem Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Rainer Lindner im Mai dieses Jahres mit Abgeordneten aller Parteien beigetragen. Dabei wurde deutlich darauf hingewiesen, welche Belastungen und Hindernisse durch die derzeitigen Visaregelungen auf deutscher und russischer Seite für gegenseitige Besuche bestehen. Dies sei auch durch eine Umfrage des Ost-Ausschusses bei rund 200 deutschen Firmen, die am 7. Juli 2011 veröffentlicht werden soll, zu belegen.

Die intensiven Beziehungen zwischen beiden Ländern sind nicht nur durch die Tätigkeit von gut über 6.500 deutschen Unternehmen in Russland, sondern auch durch eine Vielzahl von Städtepartnerschaften, Kooperationen und Austauschprojekten im gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich geprägt. Unterstrichen wird dies durch die enge Zusammenarbeit im Energiesektor und der deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft. Russland ist neben seiner Bedeutung als Energie- und Rohstofflieferant einer der wichtigsten Zukunftsmärkte für Produkte aus Deutschland und dem EU-Raum. Die Modernisierung des Gesundheitswesens, der Infrastruktur und der Industrie sind gemeinsame Zukunftsprojekte, bei denen die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen noch weiter ausgebaut werden können.

Eine Liberalisierung der Visapraxis bis hin zu einer generellen Visafreiheit kann erheblich zu einem Ausbau des Handelsvolumens, aber auch zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Kontakte sowie der menschlichen Begegnungen beitragen.

Unter Mitwirkung von Abgeordneten aller Fraktionen aus dem Bereichen Außen- und Innen- und Wirtschaftspolitik wird sich die Arbeitsgruppe mit den Erfahrungen der bisherigen Visapraxis sowie den Einschätzungen von Betroffenen befassen. Dazu werden Dialoge mit Vertretern der Wirtschaft,

von Nichtregierungsorganisationen, des Sports, der Tourismusbranche sowie von politischen und gesellschaftlichen Stiftungen gehören. Ebenso sollen die Einschätzungen von Botschaften sowie die Entwicklungen auf europäischer Ebene einbezogen werden. Beabsichtigt ist gleichfalls, eine Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss im Deutschen Bundestag zur Visapraaxis durchzuführen.

Mit der jetzigen Initiative werden die Aktivitäten der EU-Kommission sowie der EU-Mitgliedsstaaten zur Verabredung einer Liste „Gemeinsamer Schritte“ in Richtung Visafreiheit nicht nur unterstützt, sondern es ist die klare Absicht, sie auch von deutscher Seite aus dem Parlament heraus zügiger voranzutreiben, denn die Visa-Verfahren dürfen nicht zu einem Bremsklotz der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland werden.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 04.07.2011, 12:47 Uhr - 13116 Clicks - Nr. 693

**Ausbildungsprojekt „FBQ“ - Fehmarnbeltquerung:**

**Thönnnes erhält Unterstützung von dänischer Regierung**

„Mit dieser Entscheidung sind wir ein großes Stück weiter“, so SPD-MdB Franz Thönnnes, nachdem der dänische Verkehrsminister Hans Christian Schmidt gestern vor den „Freunden der Festen Fehmarnbeltquerung“ und in Anwesenheit von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer im Rahmen des Sommerempfangs in der Residenz des dänischen Botschafters in



Berlin erklärte, dass Femern A/S bei den nun vorzunehmenden Ausschreibungen für die feste Fehmarnbeltquerung auch prüfen sollte, wie Konditionen mit aufgenommen werden könnten, die vorsehen, dass die beteiligten Unternehmen auch junge Menschen während der Bauphase des Tunnels ausbilden.

Thönnnes hatte bereits 2009 vorgeschlagen im Rahmen des Baus der Fehmarnbeltquerung ein Ausbildungsprojekt „FBQ – Fördern – Bilden – Qualifizieren“ zu integrieren, denn schließlich würde mit der festen Verbindung auch ein neuer grenzüberschreitender Arbeitsmarkt entstehen. Zentraler Teil des Projektes ist die gemeinsame Berufsausbildung von dänischen und deutschen Jugendlichen nach dem Ausbildungsrecht beider Länder inklusive der Vermittlung der zwei Sprachen sowie Englisch beim Bau der Fehmarnbeltquerung. Dabei regt der SPD-Politiker an, dass die Ausbildung durch eine für diesen Zweck zu gründende Ausbildungs- und Qualifizierungsgesellschaft in den beteiligten Unternehmen während der Bauphase organisiert wird. Ziel ist eine Prüfung nach deutschem und dänischem Recht abzulegen um beidseitig der Grenze zu anerkannten Lehrzertifikaten zu kommen.

Bei dem zu erwartenden Einsatz von ca. 7.000 Beschäftigten während der Bauphase, schlägt Thönnnes, der Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages ist, vor, zwischen 600 – 800 junge Dänen und Deutsche beim Bau der Querung auszubilden. Hinzukommen könnte

eine gewisse Zahl Jugendlicher auch aus anderen Ostsee-Anrainerstaaten.

Im Rahmen eines Delegationsbesuches der schleswig-holsteinischen SPD in Kopenhagen im Februar dieses Jahres hatte Thönnnes sein Projekt Verkehrsminister Schmidt und den Mitgliedern des Verkehrsausschusses im Folketing vorgestellt. Bereits dabei fand er große Zustimmung. „Nun aber gibt es die offizielle Zusage, dass das Thema Berufsausbildung bei den Ausschreibungen eine Rolle spielen soll“, freut sich Thönnnes. Inzwischen hatte der SPD-Politiker auch intensive Kontakte zu CELF (Center for Erherv og Uddannelse) auf Sjælland geknüpft. Dieses Zentrum für Wirtschaft und Ausbildung ist eine der größten Ausbildungsinstitutionen der Region Sjælland mit ungefähr 2.700 Jahresschülern und 400 Mitarbeitern.

Auch hier ist sein Vorhaben auf großes Interesse und Unterstützung gestoßen. Nun wird der SPD-Politiker Ende August nach Kopenhagen reisen um mit Vertretern von Femern A/S und Femern Belt Development über weitere Umsetzungsschritte zu sprechen.

„Die Verwirklichung dieses Ausbildungsprojektes wäre ein Unikat in Europa und ein hervorragendes Beispiel guter Ostsee-Kooperation. Ebenso würde es dazu beitragen, das bereits feste Fundament der deutsch-dänischen Beziehungen mit einer beispielhaften Perspektive für junge Menschen weiter zu stärken“, so Thönnnes.

**Bildunterschrift: Franz Thönnnes dankt dem dänischen Verkehrsminister Hans Christian Schmidt**

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 04.07.2011, 17:41 Uhr - 5810 Clicks - Nr. 694

#### **Einladung Europaseminar**

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem erfolgreichen Europaseminar für Sozialdemokrat/innen im vergangenen Jahr führen Ulrike Rodust und das EuropaForum der SPD Schleswig-Holstein das Seminar fort.



Unter dem Titel EUphorie widmet sich das Seminar am 2. und 3. September vor allem im Workshopteil den nachhaltigen Aspekten der Europapolitik: "Global denken - europäisch handeln"  
Die Teilnahme im vergangenen Jahr ist keine Voraussetzung für die Teilnahme in diesem Jahr!

Das ausführliche Programm findet Ihr in der Anlage.

Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 20 Euro pro Person. An- und Abfahrt müssen ebenfalls selber gezahlt werden. Die Zusage für die Teilnahme richtet sich nach dem Eingang der Anmeldungen.

Auf Eure Anmeldungen freuen sich

Ulrike Rodust und Martin Tretbar-Endres

Mit freundlichen Grüßen  
Gesa Grube

---

Europabüro Ulrike Rodust  
Kleiner Kuhberg 28-30  
24103 Kiel

Telefon: 0431 90 60 622  
Fax: 0431 90 60 641  
info@ulrike-rodust.eu  
www.ulrike-rodust.eu

[Anmeldeformular](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 04.07.2011, 17:49 Uhr - 3316 Clicks - Nr. 695

#### **Ehrenpreis der Gemeinde Barsbüttel**

Zum zweiten Mal wurde im Jahr 2011 der Ehrenpreis der Gemeinde Barsbüttel verliehen. Nach Jutta Bahnsen 2010 konnten sich dieses Mal gleich drei Preisträger freuen, von Bürgervorsteher Jörg Kiencke und Bürgermeister Thomas Schreitmüller ausgezeichnet zu werden: Das Barsbütteler Ehepaar Ina und Jörn Ahlrichs für ihr Engagement in zahlreichen Vereinen, die Stemwarder Triathletin Charlotte Bauer und die langjährige Kommunalpolitikerin Ursula Wurst aus Willinghusen.



Die Preisverleihung fand vor etwa 100 Gästen in der Aula der Erich Kästner Gemeinschaftsschule statt. Zum Gratulieren dabei war auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.

Der Preis wird verliehen für besonderen Einsatz im Ehrenamt und an Menschen, die „den Namen Barsbüttels im positiven Sinne in die Welt hinaustragen“, erläuterte Bürgervorsteher Jörg Kiencke: „Alle heute ausgezeichneten haben für die Gemeinschaft Wirkung entfaltet. Wenn wir genauer hinsehen, können wir viele Menschen entdecken, die in diesem Sinne wirken. Der Ehrenpreis soll helfen, genauer hinzusehen.“ Charlotte Bauer trägt den Namen Barsbüttels hinaus in die Welt. Die 20jährige Stemwarderin gilt als großes Talent im Triathlon über die olympische Distanz. Ihr größtes

Ziel ist denn auch nach zahlreichen sportlichen Erfolgen die Teilnahme an den Olympischen Spielen. Sie bedankte sich nach der Verleihung bei allen, die ihr die Ausübung ihres Sports ermöglichen.

„Wären wir bei der Oscar-Verleihung, kämen wir jetzt zum Oscar für das Lebenswerk“, so begann Bürgermeister Thomas Schreitmüller seine Laudatio auf Ursula Wurst. Diese kam 1946 als Flüchtling nach Willinghusen und lernte dort ihren Mann, den späteren Willinghusener Bürgermeister Gerhard Wurst kennen. In den folgenden Jahrzehnten engagierte sie sich in den Vorständen des Willinghusener SC, des Sozialverbands und der SPD Barsbüttel. Von 1974 - 2003 gehörte sie der Gemeindevertretung an, noch länger dem Ortsbeirat Willinghusen, als dessen Vorsitzende sie viele Jahre die Seniorenweihnachtsfeiern in Willinghusen organisierte. Martin Habersaat freute sich mit seiner Parteigenossen, mit der ihn viele Jahre Arbeit in Ortsvereinsvorstand und Fraktion verbinden: „Ursel Wurst war immer so etwas wie eine Willinghusener Institution, immer zuverlässig und dabei. Bei ihren Geburtstagen war der halbe Ort zum Gratulieren da“, erinnert er sich.

Rolf und Ina Ahlrichs engagieren sich seit über 30 Jahren in verschiedenen Vereinen und Initiativen für die Gemeinde Barsbüttel, beispielsweise im Bürgerverein und in der Pflege der internationalen Partnerschaften Barsbüttels. Auch der Nikolaus und der Osterhase bekommen durch die beiden in der Gemeinde jährlich entscheidende Unterstützung, so Bürgervorsteher Jörg Kiencke in seiner Laudatio: „Sie sind ein gutes Beispiel“, schloss er unter großem Applaus der Anwesenden. Die beiden bedankten sich für den Preis, aber auch bei ihren vielen Helfern: „Das ist für uns ein Ansporn, weiterzumachen!“

Auch 2012 wird wieder der Ehrenpreis an bis zu drei Preisträger verliehen. Vorschlagsberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger Barsbüttels, die Auswahl trifft der Hauptausschuss der Gemeinde Barsbüttel in nichtöffentlicher Sitzung.

Artikel mit mehr Bildern:

<http://www.oton-aktuell.de/content/view/113/1/>

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 04.07.2011, 17:52 Uhr - 3069 Clicks - Nr. 696

#### **Ehrenpreis 2011 - Eröffnungsrede des Bürgervorstehers Jörg Kiencke**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
ich möchte gleich zu Beginn etwas in Erinnerung rufen: der Ehrenpreis der Gemeinde Barsbüttel soll 1) den Einsatz im Ehrenamt positiv hervorheben, er soll 2) couragiertes Handeln fördern und er soll 3) Dank für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Barsbüttel sein, die den Namen unserer Gemeinde mit Ihrer besonderen Leistung in die Welt tragen. Mit diesem Handeln tragen so geehrten Menschen dazu bei,

dass mit Ihrem persönlichen Einsatz das Gemeinwohl gestärkt und unsere Gesellschaft verbessert



wird.

Warum ist das so?

Welche Wirkung begründen, entfalten und fördern diese Menschen?

Was bedeutet dies für uns, für deren Mitmenschen?

Unsere Gesellschaft ist die Gesamtheit der Menschen, die hier zusammen leben. Trotz allem guten multinationalen und grenzüberschreitenden Einfluss, trotz der unaufhaltsamen Globalisierung der real materiellen als auch der digital medialen Welt gestalten wir hier unsere Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen stetig neu. Tag für Tag, teilweise unverhofft rasant, teilweise unbemerkt schleichend. Jeder Mensch befindet sich in den unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft.

Welche Ebenen gibt es?

Z:B: In Partnerschaften, in Freundschaften, in Vereinen, in Glaubensgemeinschaften, im Kollegenkreis. Und es gäbe für jeden von uns weitere Gruppen und Gemeinschaften zu nennen, in denen wir uns befinden. In diesen Gemeinschaften entwickeln wir uns. Wie erfolgt diese Entwicklung? Wir treffen auf Menschen, mit denen wir uns gegenseitig austauschen. Wir lernen hinzu und geben unsere Erfahrungen weiter. Wir stehen in dieser Gemeinschaft in steter Entwicklung, gemeint ist damit unsere persönliche Entwicklung und mit unserem unmittelbaren oder mittelbaren Einfluss auch die Entwicklung der Gemeinschaft. So auch unsere Gesellschaft. Und doch stellen sich auch bei allen Menschen Zeitpunkte ein in denen sich Einsamkeit breit macht. Bei einigen Menschen weniger, bei einigen Menschen leider oft und anhaltend. Einsamkeit bedeutet eine Situation, in der jede Entwicklung gehemmt wird oder zum Stillstand kommt, weil der Austausch fehlt und unmöglich ist.

Haben wir nicht alle schon mal Einsamkeit gespürt?

Und was haben wir empfunden als ein Mensch kam, der diese Einsamkeit beendete?

Wir alle, so vermute ich, haben schon dieses unsagbar schöne Gefühl gespürt, wenn wir die eine besondere Aufmerksamkeit erhielten. Z:B:, als Kind erkennen wir die Aufmerksamkeit der eigenen Mutter als unendlich ehrliche Liebe. Ein gutes Gefühl. Das Lob und die Beförderung als Auszeichnung sehr gut geleisteter Arbeit. Ein gutes Gefühl. Das „Aufgenommenwerden“ in eine Gemeinschaft. Ein gutes Gefühl. Diese Befreiung aus einer gefühlten oder tatsächlichen Einsamkeit kann sicherlich bei vielen Menschen aus eigener Initiative erfolgen. Jedoch auch nur, wenn die Situation erkannt wird. Aber oft sind wir blind für viele Bereiche. Weil wir uns über so viele Bereiche gar keine Gedanken machen, bevor wir nicht direkt damit in Berührung kommen.

Aber in vielen dieser für uns unbekanntem Bereiche gibt es so viele Menschen, die für uns bereit stehen. Die uns etwas geben möchten: Hilfe, Austausch, Ergänzung, Aufmerksamkeit. Menschen die sich kümmern wollen - um die anderen - um uns.

Wo steht hier die Verbindung zur Stärkung des Gemeinwohls?, möge man einer fragen...

Die Menschen, die ich meine, sind all die Frauen und Männer, die hinsehen, die helfen, die anpacken. Ob durch bewundernswertes, couragiertes Handeln oder durch den Einsatz in den vielen ehrenamtlichen Möglichkeiten. Menschen, die eben in den Bereichen tätig sind, die vielleicht von uns übersehen werden. Der Sporttrainer, der Kommunalpolitiker, der Feuerwehrmann, das langjährige aktive Mitglied im Bürgerverein usw. usw. Diese Menschen holen mit ihren Aktivitäten andere, so auch die einsamen Menschen in neue Gemeinschaften. Sie sind im Großen und im

Kleinen die Katalysatoren des Austausches zwischen den Menschen, damit Katalysatoren für ihre Entwicklung und für das Wohlfühlen in der Gemeinschaft – das gemeine Wohl – das Gemeinwohl.

Und wenn wir genauer hinschauen, dann erkennen wir einen unmessbaren positiven Wert in der Leistung dieser Menschen.

Aber wenn wir doch mit einer gewissen Blindheit geschlagen sind, brauchen wir dann nicht vielleicht auch mal eine Hilfe um genauer hinzuschauen?

Was soll und kann für uns solch eine Hilfe sein?

Der Ehrenpreis der Gemeinde Barsbüttel ist eine solche Hilfe um genauer hinzusehen.

Erkennen wir damit besser, was diese tüchtigen und engagierten Menschen tun?

Sollten wir nicht auch in Zukunft mit diesem Ehrenpreis das Licht der Öffentlichkeit auf diese Menschen richten?

So lassen Sie uns nun heute die Menschen ehren, die uns helfen oder geholfen haben, dass Leben besser zu gestalten oder lebenswerter zu machen und die mit Ihrer Leistung helfen unsere Heimat Barsbüttel in der Welt bekannt zu machen und zu repräsentieren.

Doch bevor wir zu der Preisvergabe schreiten, wollen wir uns an der Musik zweier Künstler erfreuen, die unseren heutigen Festakt begleiten.

**Keine Kommentare**

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 04.07.2011, 21:36 Uhr - 4970 Clicks - Nr. 697

#### **85 SPD-Mitgliedschaft**

103 Jahre jung und 85 Jahre in der SPD.

Dieses seltene Jubiläum konnte im Mai Irma Schueler aus Neumünster feiern.

Herzliche Glückwünsche überbrachte in einer kleinen privaten Feierstunde auf besonderen Wunsch der Jubilarin der langjährige ehemalige Ortsvereinsvorsitzende des SPD-Ortsvereins Neumünster Süd, Uwe Holtz. Neben einem persönlichen Brief des SPD-Bundesvorsitzenden, Siegmund Gabriel, gab es natürlich auch ihre Lieblingsschokolade als kleines Dankeschön von ihrer SPD.

Ehre wem Ehre gebührt! Bereits zum 75- und 80jährigen Parteijubiläum hatten ihr die damaligen Bundesvorsitzenden Franz Müntefering und Kurt Beck persönlich in Neumünster gratuliert. Bis vor kurzem hat Irma Schueler noch mit regem Interesse am politischen Geschehen teilgenommen.

Als gelernte Bürokauffrau in einer Baufirma hat sie sich ihr Leben lang für die Belange der Arbeitnehmer eingesetzt. So war sie damals die erste Betriebsrätin in ihrer Firma

**Keine Kommentare**

### **SPD Stormarn: Fahrplan zur Landtagswahl steht fest**

Der Kreisvorstand der SPD Stormarn hat den Fahrplan zur Landtagswahl beschlossen, die am 6. Mai 2012 stattfinden wird. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender, berichtet: „Wir werden unsere Landtagskandidaten erstmals im Rahmen von Mitgliederkonferenzen nominieren. Das heißt: Alle SPD-Mitglieder, die in einem Wahlkreis wohnen, können im September ihren Kandidaten mit aufstellen. Wir erhoffen uns dadurch eine starke Mobilisierung der Mitglieder.“



Auch passe das zu dem basisdemokratischen und

vielgelobten Weg, auf dem man den Spitzenkandidaten Torsten Albig nominiert habe.

Den Anfang macht am 2. September der Wahlkreis 30, Stormarn-Mitte. Dort beginnt die Nominierungsveranstaltung um 19.00 Uhr im Peter-Rantzau-Haus in Ahrensburg. Einziger Bewerber ist bislang Tobias von Pein (25, Lütjensee). Der gelernte Groß- und Außenhandelskaufmann studierte auf dem zweiten Bildungsweg Sozialökonomie und ist in der Fort- und Weiterbildung tätig.

Es folgt am 9. September der Wahlkreis 29, Stormarn-Nord (19.30 Uhr, Bürgerhaus Bad Oldesloe). Hier hat sich bisher die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier (54) aus Bargtheide beworben. Die Erziehungswissenschaftlerin ist seit 1996 Leiterin einer Erziehungsberatungsstelle in Bad Segeberg und wäre die erste Nachrückerin der SPD im aktuellen Landtag.

Am 23. September treffen sich die SPD-Mitglieder des Wahlkreises Stormarn-Süd, der um die Gemeinde Wentorf (Herzogtum Lauenburg) erweitert wurde. Los geht es um 19.00 Uhr im Rathaus Reinbek. Erneut um einen Platz im Landesparlament bewirbt sich hier Martin Habersaat (34, Barsbüttel). Habersaat, der bis zu seinem Einzug in den Landtag 2009 Gymnasiallehrer war (Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW /Politik-Gesellschaft-Wirtschaft), rückte 2011 zum bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion auf und ist Mitglied der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“.

Reinhard Niegengerd, stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender aus Großhansdorf, erklärt: „Weitere Kandidaturen sind bis zum Abend der Nominierungsveranstaltung zulässig. Der Kreisvorstand bittet allerdings darum, Kandidaturen bis zum 29. Juli 2011 im Kreisbüro bekannt zu geben. Nur so ist gewährleistet, dass die Bewerber sich überall vorstellen können.“

Weitere Termine auf dem Weg zur Landtagswahl sind der 12. November 2011, wo ein Kreisparteitag Stormarner Wünsche für das Landtagswahlprogramm diskutieren wird. Beschlossen

wird dieses Wahlprogramm auf einem Landesparteitag am 3. und 4. Februar in Lübeck, auf dem gleichfalls die Landesliste aufgestellt wird.

Foto: Die drei Bewerber trafen sich auf dem SPD-Familiensommer im Erlebniswald Trappenkamp und fanden "bärige" Unterstützung (v.l.: Tobias von Pein, Susanne Danhier, Martin Habersaat)

**Keine Kommentare**

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 05.07.2011, 00:00 Uhr - 3963 Clicks - Nr. 699

#### **Betriebsräte in Berlin**

Nur mit einer Bürgerversicherung wird ein solidarisches Gesundheitssystem erreicht.

Mädel: Nur mit einer Bürgerversicherung wird ein solidarisches Gesundheitssystem erreicht.

Neun Schleswig-Holsteiner

Betriebsräte/Personalräte und AfA Funktionäre nahmen an der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD Bundestagsfraktion am 29.06. 2011 in Berlin teil



Hintergrund der Konferenz war die ständige

Verteuerung des Gesundheitssystems durch die Politik der Bundesregierung für die gesetzlich Versicherten, ohne spürbare Verbesserungen. „Bisher trugen starke Schultern mehr als schwache. Künftig aber müssen Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen überproportional die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen tragen, denn die Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren. Die Kopfpauschale wird steigen und die Finanzierung des Sozialausgleichs ist ungeklärt. Die angekündigte Vorkasse beim Arzt führt zu einer Dreiklassenmedizin und die CDU/CSU/FDP-Koalition beendet die Solidarität im Gesundheitssystem“, so AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädel.

Neben der Darstellung der gesundheitspolitischen SPD-Positionen diente die Konferenz insbesondere dem Austausch zwischen den über 250 Betriebs- und Personalräten als Experten vor Ort und den SPD-Gesundheitspolitikern.

Die Schleswig-Holsteiner waren sich einig, dass im Landtagswahlkampf die Gesundheitspolitik eine wichtige inhaltliche Rolle spielen muss.

Hier müssen wir jetzt gemeinsam für Mehrheiten werben und mit den Gegnern streiten, so Wolfgang Mädel.

von links nach rechts: Norbert Vahl, Jürgen Müller, Inke Marie Jaschinski, Wolfgang Mädel, Bernd Friedrich, Franz Thönnies, MdB. Es fehlen auf dem Bild Betriebsräte aus Heide und Lübeck.

**Keine Kommentare**

**Kai Dolgner und Thomas Rother: Kommunale Selbstverwaltung stärken!**

Vor dem Hintergrund des Landesverfassungsgerichtsurteils zur Amtsordnung haben Kai Dolgner und Thomas Rother für die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung von Amts-, Gemeinde- und Kreisordnung sowie des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes erarbeitet. Die SPD-Fraktion hat nach vielen Gesprächen mit der kommunalen Familie die Vorschläge übernommen, die uns richtig und wichtig erscheinen, aber auch eigene Vorschläge erarbeitet.

Kerngedanke unserer Überlegungen ist dabei sowohl die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als auch die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Die wichtigsten Eckpunkte unseres umfassenden Änderungsentwurfes sind:

**Bürgerbeteiligung:** Die Beiräte sind ein wichtiges ständiges Bindeglied zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern. Deshalb müssen sie auch landeseinheitlich geregelt bleiben. Hauptamtlich geführte Verwaltungen sollten neben einem Kinder- und Jugendbeirat auch einen Seniorenbeirat haben. Wir wollen es auch ehrenamtlichen Initiativen erleichtern, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen. Hierzu sieht unser Gesetzentwurf eine unentgeltliche Beratung, verlängerte Fristen, eine Unterschriftenstaffelung nach Einwohnerzahlen, Streichung der Beschränkung auf wichtige Aufgaben und ein Anhörungsrecht im Gemeinderat vor.

**Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung:** Wir wollen, dass im Sinn des Urteils des Landesverfassungsgerichts über wichtige Aufgaben, wie z. B. Planungsaufgaben, in den direkt gewählten Gemeinderäten in öffentlicher Sitzung beschlossen wird und nicht in indirekt besetzten Amtsausschüssen. Erst recht lehnen wir die Schliesche Hintertür über amtsinterne Zweckverbände ab, die noch weniger der direkten demokratischen Kontrolle unterliegen. Das würde im Ergebnis zu einem weiteren Demokratieverlust führen. Nach den Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes ist vielmehr ein Aufgabenkatalog zu definieren sowie qualitative und quantitative Grenzen bei der Übertragung von Aufgaben an den Amtsausschuss. Dem wird unsere Gesetzesvorlage durch eine Begrenzung auf fünf Aufgabenbereiche gerecht. Das ist für eine Gemeinde gut handhabbar. Somit geben wir den Gemeinden und Ämtern nicht nur die erforderliche Rechtssicherheit, sondern durch eine Revisionsklausel auch die notwendige Flexibilität für die Erledigung neu hinzukommender Aufgaben.

Des Weiteren wollen wir

- die Kontrollrechte der Gemeindevertreter gegenüber kommunalen Betrieben und Beteiligungen stärken,
- die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft als Alternative zur Zwangseinamtung stärken,
- mit der Einführung der großen kreisangehörigen Stadt ab 25.000 Einwohnern bürgernahe und

effiziente Aufgabenerfüllung ermöglichen,

- die Möglichkeit, in Gemeinden von 4.000 bis 8.000 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister direkt zu wählen

Auch im kommunalen Wahlrecht halten wir rechtzeitige Anpassungen vor der Kandidatenaufstellung zur Kommunalwahl für notwendig: Ein ungleiches Verhältnis von Listen- zu Direktmandaten erhöht das Risiko von Überhangmandaten. Im vorliegenden Entwurf wird deshalb die Zahl der Wahlkreise entsprechend reduziert. Die von der Regierung vorgeschlagene Verkleinerung der Sollzahlen um bis zu 25 % löst das Problem der Überhangmandate nicht. Den nur geringen Einsparungen bei den Aufwandsentschädigungen steht eine deutliche Schwächung der ehrenamtlichen Selbstverwaltung gegenüber: geringere Vertretungsdichte der Einwohnerinnen und Einwohner, weniger Chancen auf Vertretung in der Selbstverwaltung gerade für neue Gruppierungen, deutliche Arbeitsmehrbelastung der verbleibenden Gemeindevertreter.

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 05.07.2011, 09:44 Uhr - 5950 Clicks - Nr. 701

**Ja zu Grenzkontrollen: Enttäuschendes europäisches Signal**

Zur Entscheidung des dänischen Folketing, verschärfte Kontrollen an den Grenzen einzuführen, erklären der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer und die Sprecherin für grenzüberschreitende Kooperation und Minderheiten, Birte Pauls:

„Diese Entscheidung kommt nicht überraschend, ist aber trotzdem enttäuschend. Hier wurde ein Symbol der europäischen Identität, nämlich die Reisefreiheit, zugunsten einer innenpolitischen Entscheidung beschädigt. Dass sich die rechtspopulistische und europafeindliche DVP durchsetzt, ist ein trauriges Beispiel, das hoffentlich nicht Schule macht.“

Die sachlichen Argumente von Polizei und Zoll, die mobilen Einsätze zu stärken, werden leider weiterhin ignoriert. Genauso wie die Warnungen der überregionalen Wirtschaftsverbände vor negativen Auswirkungen auf die Entwicklung des grenzüberschreitenden Arbeits- und Wirtschaftsmarktes.

Es ist jetzt Aufgabe aller Europäer, dafür zu sorgen, dass diese Politik keine Nachahmer findet. Da schon die Finanz- und Wirtschaftskrise die europäische Identität erschüttert, hätte ein Abbau europäischer Freiheiten fatale Folgen für alle Bürgerinnen und Bürger.

**Keine Kommentare**

### **Den Pflegeberuf attraktiv gestalten!**

Seien sie doch so freundlich und bemühen Sie heute Morgen einmal Ihre Phantasie. Sie stehen in der Situation, dass Sie sich nach dem Abschluss der Schule oder als Umschüler für einen Beruf entscheiden müssen. Und Sie entscheiden sich ganz bewusst für die Alten- oder Krankenpflege. Was ist die Motivation für diese Berufswahl? Sie werden wahrscheinlich sagen, ich möchte kranken und pflegebedürftigen Menschen helfen, diese begleiten, ich möchte in einem Team arbeiten, Pflege, medizinische Behandlungen, Ernährung interessieren mich sehr. Keiner wird spontan antworten: Ich möchte in die Pflege, weil ich gerne am Schreibtisch sitze.

Fakt ist aber, dass bis zu einem Drittel der Arbeitszeit von Pflegefachkräften für die Dokumentation verwendet wird. Das sind durchschnittlich ca. 20 Minuten pro Stunde. Können Sie sich vorstellen, wie kostbar diese Zeit ist, wenn sie den Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen würde, wenn diese wieder zur Selbstständigkeit mobilisiert werden sollen oder wenn die Lebenszeit kürzer wird?

Das in einer sehr umfangreichen Ausbildung Erlernte kann oft nicht umgesetzt werden, weil immer mehr Zeit für die Dokumentation und die häufig nicht abgestimmten Kontrollmechanismen bereitgestellt werden muss. Der Personalschlüssel ist aber parallel nicht erhöht worden. Immer mehr berufsuntypische Aufgaben, immer weniger Pflegezeit. Das ist uns auch in den Pflegepraktika, die unsere Fraktion im Mai gemacht hat, immer wieder bestätigt worden. Und das ist einer der Gründe, warum so viele den Pflegeberuf sehr früh wieder verlassen.

Ich möchte absolut nicht missverstanden werden: Dokumentation ist wichtig, sehr wichtig. Sie sichert auch im Sinne des Verbraucherschutzes Qualität und Transparenz zwischen Patient und allen Beteiligten sowie der der Kostenträger. Sie gibt dem Pflegepersonal Aufschluss über Entwicklungen und bietet Sicherheit. Aber die Ausmaße sind einfach zu groß, besonders in einer Zeit, wo wir händeringend nach Fachpersonal in der Pflege suchen und Pflegezeit wertvoll ist.

Pflegekräfte durch unangemessene Rahmenbedingungen zu frustrieren, können wir uns als Gesellschaft nicht leisten. Wir wollen keine Abschaffung der Dokumentation, sondern wir wünschen uns eine Reduzierung auf ein sinnvolles Maß, das Sicherheit, Transparenz und Qualität auch weiter gewährleistet. Und eine Form der Dokumentation und Kontrollen, die die Profession Pflege nicht immer in Frage stellt, abgestimmt mit allen Akteuren.

Wir brauchen für die Pflege gute motivierte Menschen, denen müssen wir Rahmenbedingungen bieten, die es ihnen physisch, psychisch und organisatorisch ermöglichen, diesen anspruchsvollen Beruf möglichst lange auszuüben. Dazu gehören feste, verlässliche Arbeitszeiten, die mit Familien vereinbar sind, ein Gehalt, von dem man leben kann, organisatorische Rahmenbedingungen, in denen die eigentliche Pflege die Hauptrolle spielt, das Gelernte umgesetzt werden kann.

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, deshalb muss der Pflegebedürftigkeitsbegriff dringend geändert werden, weg von der Minutenpflege hin zur

patientenorientierten Pflege. Dazu gehört aber auch eine kostenlose Ausbildung. Bis 2020 fehlen uns deutschlandweit 300.000 Pflegefachkräfte. 1.200 landesgeförderte Ausbildungsplätze in der Altenpflege sind nicht ausreichend.

Wer zu spät kommt, muss warten oder aber selbst das Schulgeld bezahlen. Und wer nicht warten will oder zahlen kann, sucht sich einen anderen Beruf und kehrt der Pflege den Rücken. In einem Land, wo wir kostenfrei Medizin studieren können, sollte auch die Altenpflegeausbildung kostenfrei sei.

Deshalb hatte es schon im Herbst letzten Jahres einen Antrag von der Opposition zur finanziellen Sicherstellung des 3. Ausbildungsjahres bei Umschülern in Pflegeberufen gegeben. Die bislang dafür zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Konjunkturpaket II laufen Ende 2011 aus. Der Antrag wurde zurückgenommen, weil gleichzeitig der Bundesrat beschlossen hatte, dass diesbezüglich Geld wieder zur Verfügung gestellt werden soll. Ein weiser Beschluss, Umsetzung bis heute: mal wieder Fehlanzeige!

In Niedersachsen z.B. hat man die Situation erkannt und vor allem auch gehandelt und die Kosten für das 3. Umschulungsjahr finanziert. Aber die für diesen Bereich zuständige FDP in Bund und Land handelt nicht, ist mit dem Personalwechsel überfordert, Pflege wird wieder mal verschoben. Stattdessen gibt es im selbstausgerufenen Jahr der Pflege Runde Tische noch und nöcher, auch hier wird gerade wieder ein Versorgungsgipfel vorbereitet.

Ich finde den Austausch mit den Fachleuten immer gut und wichtig, aber sämtliche Erkenntnisse, die den Bereich Pflege zukunftssicher machen können, liegen bereits auf dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein wirkliches Handlungsdefizit. Herr Minister Garg, setzen Sie ihre Grußworte endlich in Handeln um!

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 05.07.2011, 11:21 Uhr - 6367 Clicks - Nr. 703

#### **Schulsozialarbeit - Beschluss des Kreistages nur drittbeste Lösung**

„Letztendlich haben wir den Beschluss zur Schulsozialarbeit im Kreis mitgetragen, damit der langen Forderung der SPD-Kreistagsfraktion, dass sich der Kreis endlich bei diesem Thema engagiert, Rechnung getragen wird“. So kommentiert die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion Gitta Neemann-Guenter die letzte Kreistagssitzung.



Gunar Schlage, Vorsitzender der Fraktion ergänzt: „Aber - und dies muss deutlich gesagt werden.

Es handelt sich nur um die drittbeste Lösung. Aus unserer Sicht ist es ein Unding, Geld, welches der Gesetzgeber für konkrete Schulsozialarbeit vor Ort zur Verfügung gestellt hat, zu einem großen Teil auf CDU- und Verwaltungsinitiative ersteinmal für die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle“ bei der Verwaltung selbst auszugeben. Das Geld fehlt dann für die Arbeit vor Ort. Seit langer Zeit hat uns die Verwaltung erzählt, sie ist bei Planung und Koordinierung „am Ball“ - jetzt nimmt man für Verwaltungstätigkeiten „einen Schluck aus der Berliner Zuschusspulle“ und entlastet durch Nichtbesetzung einer ähnlichen Stelle den eigenen Haushalt“.

Die Kreistagsmehrheit aus CDU und FDP hat noch nicht einmal die Kraft gehabt, auf den SPD-Vorschlag einer hälftigen Finanzierung einzugehen, also die Mittelzurverfügungstellung durch Berlin nicht dazu zu nutzen, selbst Personalkosten zu sparen. Schlage: „Das hat ein Geschmäcke und ist sicherlich nicht im Sinne des Erfinders. Dieses Geld war für die Arbeit vor Ort gedacht und schwächt die Schulträger im Kreis, die sich zum Teil selbst seit langer Zeit bei der Schulsozialarbeit engagieren“

Gitta Neemann-Guentner: „Geld für die Verwaltung und nicht für die Arbeit vor Ort. Das war sicherlich anders gedacht. Bedenklich ist aber auch, wenn CDU- und FDP-Abgeordnete im Kreistag diese Vorgehensweise vor Ort kritisieren - sich im Kreistag dazu aber nicht melden“.

Neemann-Guentner und Schlage abschließend: „Irgendwie können wir gar nicht glauben, dass eine solche Selbstbedienung des Kreises zulässig ist. Wir werden über unsere Abgeordneten in Berlin und Kiel diese Vorgehensweise überprüfen lassen. Eventuell ist das Ergebnis ja eine klare Vorgabe, die Mittel tatsächlich für Sozialarbeit einzusetzen und nicht zur Entlastung des Kreishaushaltes und zur drittfinanzierten Stellenerhöhung“.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 05.07.2011, 17:14 Uhr - 12013 Clicks - Nr. 704

## **2. Deutsch-Russische Politikwerkstatt zu Gast in Bad Segeberg Thönnnes diskutierte mit jungen Erwachsenen über die Zukunftsperspektiven der deutsch-russischen Beziehungen**

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung war vom 1. – 3. Juli 2011 mit ihrer 2. Deutsch-Russischen Politikwerkstatt und jeweils 10 politisch engagierten, jungen Menschen aus beiden Ländern zu Gast bei der JugendAkademie in Bad Segeberg.



Der Aufenthalt in der Kreisstadt ist der letzte Abschnitt in der einwöchigen Zusammenkunft, die die Teilnehmer von Berlin, über Brandenburg und Rendsburg sowie Flensburg in den Kreis Segeberg führt. SPD-MdB Franz Thönnnes, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, hatte die Schirmherrschaft für die Politikwerkstatt 2011 mit dem Thema „Minderheiten in der Demokratie“ übernommen.

Die Politikwerkstatt ist ein Forum für politisch engagierte junge Erwachsene, das jährlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und Berlin organisiert wird. Ziel ist neben der inhaltlichen Bearbeitung eines Rahmenthemas die Vermittlung von Ideen und Anregungen für vielfältige Formen des demokratischen Engagements in den Heimatorten der Teilnehmer sowie die Vernetzung zwischen den politischen Nachwuchskräften aus beiden Ländern und die Anregung weiterer bilateraler Projekte.

Während der Diskussion mit dem Segeberger Bundestagsabgeordneten ging es um Fragen der zukünftigen Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen. Thönnnes unterstrich dabei, dass neben den inzwischen engen wirtschaftlichen Verflechtungen durch das Engagement von gut über 6.500 deutschen Unternehmen in Russland auch die Bande im gesellschaftlichen Bereich immer enger geworden sind. So besteht seit 2006 die Stiftung „Deutsch-Russischer Jugendaustausch“ über die inzwischen 40.000 Schüler und Fachkräfte beider Länder an Austauschprojekten teilgenommen haben. Zwischen 300 Schulen bestehen ebenso wie zwischen 100 deutschen und russischen Städten Partnerschaften.

Bei der dreistündigen Diskussion in den Räumen der JugendAkademie in Bad Segeberg mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten standen Fragen der demokratischen Entwicklung in Russland, der Pressefreiheit und der Liberalisierung der Visa-Regelungen im Mittelpunkt. Thönnnes verwies dabei auf die inzwischen engen politischen Kontakte auf Regierungs- und Parlamentsebene, an denen er selbst häufig teilnimmt. „Das ist über die Jahre ein guter offener und auch kollegial-kritischer Gedankenaustausch geworden“, so der SPD-Politiker. Man bespreche eine Vielzahl von gemeinsamen Interessen, sei aber auch deutlich, wenn es um Korruption und die Freiheit der Medien ginge. Und um die die Visa-Regelungen zügiger zu erleichtern sei gerade erst im Deutschen Bundestag eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet worden, die er gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher der Union leite. Für den weiteren Austausch zwischen jungen Deutschen und Russen regte Thönnnes gegenüber den Werkstattteilnehmern an, den Kontakt zwischen den politischen Jugendorganisation auszubauen und auch den gegenseitige Praktika von jungen Journalisten bei deutschen und russischen Medien zu fördern.

Am Ende der Politikwerkstatt gab es nur positive Einschätzungen über ihren Verlauf. Beispielhaft meinte Anna Svochina (28), junge Journalistin aus Wolgograd: „Diese Werkstatt war sehr interessant für uns. Sie hat uns einen guten Einblick in die gesellschaftliche Situation von Minderheiten in Deutschland und den Umgang damit gegeben. Ich habe sehr viel dazu gelernt“

Und René Marquardt (23), Politik- und Soziologiestudent aus Kaltenkirchen und aktiver Juso, der bereits bei der 1. Politikwerkstatt in Russland mit dabei war ergänzte: „Mir hat gefallen, dass wir unsere Diskussion vom letzten Jahr fortsetzen konnten. Man bekommt zunehmend ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen in Russland und Deutschland. Die Zusammenarbeit muss auf jeden Fall weiter ausgebaut werden.“

Und auch der Schirmherr der Politikwerkstatt, SPD-MdB Franz Thönnnes zeigte sich erfreut: „Wir haben gerade in der letzten Woche des Überfalls von Hitler-Deutschland auf Russland vor 40 Jahren am 22. Juni 1941 mit eine Debatte gedacht. Wenn man dann heute sieht, wie junge Deutsche und

Russen nun gemeinsam ihre Zukunft diskutieren, dann ist das ein gutes und Mut machendes Zeichen für eine friedliche Entwicklung in Europa.“

## **Teilnehmer der 2. Deutsch-Russischen Politikwerkstatt mit SPD-MdB Franz Thönnies in der Bildmitte vor der JugendAkademie in Bad Segeberg**

**Keine Kommentare**

[SPD-Flintbek](#) - veröffentlicht am 05.07.2011, 19:25 Uhr - 6247 Clicks - Nr. 705

### **SPD-Chef Wulf Briegle jetzt auch Mitglied der Gemeindevertretung Flintbek**

In der Sitzung der Gemeindevertretung Flintbek am 30.06.2011 ist Wulf Briegle, Vorsitzender der SPD Flintbek, als neuer Gemeindevertreter nachgerückt. Vorher war Dr. Dieter Rave zurückgetreten, dessen gute Arbeit in den Ausschüssen bei der Verabschiedung vor Beginn der Sitzung vom Bürgervorsteher Heinz Kühl besonders gewürdigt wurde. Kühl nahm Wulf Briegle anschließend die erforderliche Verpflichtung ab, um ihm dann seinen neuen Sitz im Gemeindepament zuzuweisen.

Durch den Wechsel in der Gemeindevertretung mussten auch die Ausschüsse zum Teil neu besetzt werden. Wulf Briegle will sich in der Kommunalpolitik gerne noch weiter einbringen. So wird er Mitglied im Bau- und

Verkehrsausschuss und vertretendes Mitglied im Hauptausschuss sowie im Umwelt- und Entsorgungsausschuss. Im Ausschuss für Bildung, Jugend, Kultur und Soziales bleiben Wulf Briegle vertretendes Mitglied und Susanne Sörensen (SPD) weiterhin Vorsitzende. Sörensen übernimmt zusätzlich im Amtsausschuss die Vertretung von Hans Joachim Thiem (SPD-Fraktionsvorsitzender in der Gemeindevertretung Flintbek). Wie alle anderen Entscheidungen an diesem Tag beschloss die Gemeindevertretung auch diese Änderungen einstimmig.



**Keine Kommentare**

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 10:33 Uhr - 5200 Clicks - Nr. 706

### **Zukunft der Innenstadt**

Wir wollen die Fragen/Meinungen der Bürger/innen von Neumünster zum Thema Gestaltung der Innenstadt wissen.

Nachdem der letzte Kreisparteitag einen Beschluss zum weiteren Verfahren hinsichtlich eines beabsichtigten Einkaufszentrums in der Innenstadt gefasst hat, haben die antragstellenden Ortsvereine Einfeld, Tungendorf, West und Süd sowie der Kreisverband der Jungsozialisten nun die weiteren Schritte geplant.

Wie im Antrag beschlossen, sieht die SPD Klärungsbedarf hinsichtlich der Realisierungsfähigkeit

beim derzeit geplanten Einkaufszentrum. Die Entscheidung für das Sager-Viertel erscheint auch gegenüber der Bevölkerung noch nicht hinreichend begründet.

Zunächst möchte die SPD nun wissen welche Fragen und Anregungen die Bevölkerung zum geplanten Einkaufszentrum hat.

Dazu werden folgende Möglichkeiten der Beteiligung angeboten:

- Bürgersprechstunde in den nächsten 7 Wochen freitags in der Zeit von 10.00-12.00 Uhr im SPD-Büro, Großflecken 75
- In dieser Zeit besteht auch die Möglichkeit anzurufen. Tel.: 04321 929830
- Schreiben an: Bernd Delfs, SPD-Ortsverein Süd, Rubensstr. 17, 24539 Neumünster
- Mailen an: Zukunft-der-Innenstadt@spd-neumuenster.de

Anschließend wird ein Fragenkatalog an die zuständigen Stellen gesandt.

Für die erste Bürgersprechstunde am 08.07.11 stehen die Ratsherren Ingo Nötges und Bernd Delfs, sowie Holger Hammerich von der Arbeitsgemeinschaft 60+ zur Verfügung.

Bernd Delfs

SPD-Ortsverein Süd

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 11:36 Uhr - 94973 Clicks - Nr. 707

**Verbraucherwille findet Mehrheit im EP**

**Mitgliedstaaten dürfen Anbau gentechnisch veränderter Organismen verbieten**

Straßburg: Das Europäische Parlament hat am Dienstag über einen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission abgestimmt, der den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gibt, den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf ihrem Gebiet zu verbieten.

„Gentechnisch veränderte Organismen gehören meiner Ansicht nach nicht auf europäische Äcker, deshalb wäre es mir natürlich am liebsten, wir könnten Europa zur GVO-freien Zone erklären“, kommentierte die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten, Ulrike Rodust, das Ergebnis der Plenarabstimmung in Straßburg.

„Ich begrüße den jetzt verabschiedeten Bericht des Umweltausschusses, der den Mitgliedsstaaten viele Möglichkeiten der Begründung an die Hand gibt, den Anbau von GVOs auf ihrem Territorium verbieten zu dürfen“, so Rodust.

Jetzt wünsche sie sich von allen Mitgliedsstaaten, dass sie sich gegen den GVO Anbau entschieden, erklärte die SPD-Politikerin: „Es gibt viel zu viele bisher nicht einschätzbare Risiken, die mit der Grünen Gentechnik zusammenhängen. Das wollen und können wir den Bürgerinnen und Bürgern Europas nicht zumuten.“



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 14:26 Uhr - 4690 Clicks - Nr. 708

### **Schulfrieden - ernst gemeint oder Wahlkampflyrik?**

Zum Interview des CDU-Politikers Christian von Boetticher in der heutigen Stormarn-Ausgabe des Hamburger Abendblatts („Wir brauchen einen Schulfrieden“) sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:



2007 wurde in Schleswig-Holstein mit großer Mehrheit ein neues Schulgesetz beschlossen. 2010 haben CDU und FDP diesen Konsens mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit aufgekündigt, hauptsächlich zu Lasten der Gemeinschaftsschulen.

Wenn Herr von Boetticher jetzt von Schulfrieden spricht, der ihm 2010 angeboten wurde und den er ausgeschlagen hat, weckt das Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit.

Wahrscheinlich macht sich das Wort ‚Schulfrieden‘ im Wahlkampf ebenso gut wie die platte Forderung, kriminelle Jugendliche wegzusperren.

Keine Zweifel am Stil lassen die Angriffe auf Mitarbeiter des Bildungsministeriums, denen alle schwarz-gelben Pannen im Bildungsbereich in die Schuhe geschoben werden. Solche öffentlichen Angriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich selbst nicht öffentlich wehren dürfen, zeugen von schlechtem Stil.

**Keine Kommentare**

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 15:14 Uhr - 6081 Clicks - Nr. 709

### **SPD bietet CDU Gespräche über Verwaltungsumbau an**

Nach den weitreichenden Vorschlägen der Norderstedter Sozialdemokraten zu einem Umbau der Verwaltungsstruktur der Stadt, bietet die SPD den Christdemokraten jetzt Gespräche über die Details und den Zeitplan der Veränderungen an.

Zu der von der SPD ins Gespräch gebrachten Bündelung des Gebäudemanagements und EDV-Betreuung unter Regie der Stadtwerke, spielt die Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden Henstedt-Ulzburg und Kaltenkirchen eine Schlüsselrolle beim geplanten Verwaltungsumbau.

„Für uns ist die Zusammenarbeit mit unseren unmittelbaren Nachbarn die logische Konsequenz aus der angespannten Haushaltslage der Stadt. Die Zusammenarbeit bei Personalverwaltung, Rechtsamt und Rechnungsprüfungsamt ist dabei unser Hauptanliegen, von dem wir uns am meisten versprechen. Deshalb ist es für uns umso wichtiger auch die CDU für diese Planungen ins Boot zu holen. Bei der CDU dürften die dramatischen Steuererhöhungen niemandem leicht gefallen sein. Auch wenn wir den Bürgern nicht so stark in die Tasche gegriffen hätten und daher unsere

Zustimmung zu den Erhöhungen verweigert haben, bleibt am Ende des Tages ein Handlungszwang für alle politisch Verantwortlichen in der Stadt.

Wir haben daher mit unseren Vorschlägen den Anfang gemacht und laden die CDU zu Gesprächen über das weitere Vorgehen ein. Nur eine breite politische Mehrheit kann sicherstellen, dass die notwendigen Veränderungen bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2013 Wirklichkeit werden.“, so die SPD-Vorsitzende Katrin Fedrowitz abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 15:16 Uhr - 6843 Clicks - Nr. 710

#### **Norderstedter SPD schickt Vorsitzende in das Rennen um Landtagskandidatur**

In der Mitgliederversammlung am 29.06.2011 haben die Genossinnen und Genossen einstimmig dafür votiert, dass Katrin Fedrowitz als Norderstedter Kandidatin in der Wahlkreisversammlung für den Wahlkreis 28 antreten soll.



Auch die in der Mitgliederversammlung anwesende Fraktionsspitze hat ihrer Ortsvereinsvorsitzenden die Unterstützung im Wahlkampf zugesichert.

Zum Wahlkreis 28 gehören neben Norderstedt auch die Gemeinden Tangstedt, Kattendorf, Kisdorf, Oersdorf, Wakendorf II und Winsen.

In der Wahlkreisversammlung am 17.08.2011 werden diese Kommunen dann ihren gemeinsamen Landtagskandidaten küren.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 15:44 Uhr - 6088 Clicks - Nr. 711

#### **Zukunftsgespräche mit Torsten Albig**

##### **Am 13. Juli ab 19.30 Uhr im Schloss Reinbek.**

Zum Jahreswechsel 2010/11 tourten die Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur zur nächsten Landtagswahl durch alle Kreise und stellten sich vor. In einer Urabstimmung wählten die SPD-Mitglieder mit großer Mehrheit den Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig (48) als ihren Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bei der Landtagswahl am 6. Mai 2012. Nun ist er wieder unterwegs - und führt in allen Kreisen Zukunftsgespräche.



Torsten Albig: „Monologe halten kann jeder. Ich wünsche mir einen Dialog mit den Menschen im Land.“

Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, mit Torsten Albig und anderen Vertretern der SPD über ihre Vorstellungen für unser Schleswig-Holstein zu sprechen. Torsten Albig: „Was ist Ihnen besonders wichtig? Was freut Sie, was ärgert Sie, was sollte die nächste Regierung wissen? Die wichtigsten Impulse werde ich in unsere Programm-Diskussion aufnehmen.“

Beteiligt an der Programm-Diskussion und am 13. Juli ab 19.30 Uhr im Hofsaal des Reinbeker Schlosses (Schlossstr. 5, 21465 Reinbek) dabei ist auch Martin Habersaat (34), Vorsitzender der SPD-Stormarn und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Er freut sich über die Veranstaltungsreihe: „Torsten Albig interessiert sich für den Dialog und andere Sichtweisen. Das ist eine gute Eigenschaft für einen zukünftigen Ministerpräsidenten.“

Wer es am 13. Juli nicht nach Reinbek schafft, kann die Veranstaltung auch in den Nachbarkreisen besuchen:

30. Juli, 13.30 Uhr, Hans Ralfs Haus in Neustadt (Ostholstein)

13. August, 11.30 Uhr, Nordport-Towers in Norderstedt (Segeberg)

6. September, 19.30 Uhr, Schröders Hotel in Schwarzenbek (Herzogtum Lauenburg)

17. September, 18.00 Uhr, Eventhaus Hoffnung in Lübeck

Mehr Informationen gibt es unter [www.demokratiesommer.de](http://www.demokratiesommer.de)

**Keine Kommentare**

[AG60plus Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 16:09 Uhr - 6912 Clicks - Nr. 712

**Dr. Carola Reimann in RD-Eckernförde**

"Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform: Risiken und Nebenwirkungen"

6. Juli 2011 |

"Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform: Risiken und Nebenwirkungen" war der Titel einer Informationsveranstaltung, zu der die "AG 60 plus" im SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde nach Nortorf eingeladen hatte. Carola Reimann, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, referierte über das Gegenmodell der SPD in dieser Frage, die Bürgerversicherung.

Vertreter der IG-Metall-Senioren, Seniorenbeirat Nortorf und Kreissenorenbeirat, Landesvorstand der "AG 60 plus", Vorstände von SPD-Ortsvereinen aus der Umgebung, Vertreterinnen und Vertreter von Krankenkassen und Interessenten mit oder ohne Parteibuch verfolgten mit großem Interesse dem Vortrag der Gesundheitsexpertin.

Mit der Einführung der Kopfpauschale und dem Ende der Parität habe die Bundesregierung den solidarischen Weg im Gesundheitswesen verlassen, erklärte Reimann. Alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen gingen zukünftig allein zu Lasten der Versicherten.

Der so hoch gelobte Sozialausgleich aus Steuermitteln habe sich als Mogelpackung entpuppt, sagte

die Bundestagsabgeordnete und nannte ein Beispiel: Bei einer Rente von 800 Euro und 20 Euro Kopfpauschale gebe es vier Euro Sozialausgleich. Das bedeute also eine Rentenkürzung durch die Hintertür.

Die SPD strebe in der Gesundheitspolitik einen anderen Weg an - keine "Drei-Klassen-Medizin", wie Reimann sagte. Die Bürgerversicherung biete ein einheitliches und transparentes Krankenversicherungssystem und beteilige die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen an den Beiträgen. Durch zusätzliche Steuermittel würden alle solidarisch an den Kosten beteiligt.

Die Zuhörer gaben den Politikern viele Fragen mit auf dem Weg und hatten allesamt eine Bitte: Macht die Flyer für die Info-Stände so, dass die Bürger sie auch verstehen. "Es war eine gelungene Veranstaltung", sagte der Kreisvorsitzende von "AG 60 plus", Hans Peter Robin, "wir werden weiterhin für die Bürgerversicherung werben."

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.07.2011, 21:04 Uhr - 6126 Clicks - Nr. 713

#### **1,37 Mio. Euro Bundeshilfe für Denkmalprojekte in Schleswig-Holstein**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein, Haushaltsausschussmitglied in Berlin, freut sich: in seiner heutigen Sitzung hat der Haushaltsausschuss aus dem insgesamt mit 27 Mio. Euro dotierten „Bundesfördertopf“ für nationale bedeutsame Kulturinvestitionen 1,37 Mio. Euro für Investitionsmaßnahmen an Kulturdenkmälern in Schleswig-Holstein freigegeben.



Insgesamt vier Vorhaben der 97 Projekte umfassenden Förderliste können nun mit einer bis zu 50%igen Unterstützung ihrer Investition rechnen: das Buddenbrookhaus in Lübeck kann sich über 300.000 Euro freuen, die ebenfalls in Lübeck ansässige Gaedertz-Stiftung erhält 320.000 Euro. Außerdem werden 600.000 Euro für das Schloss Gottorf in Schleswig überwiesen; weitere 150.000 Euro werden zugunsten des Schlosses Glücksburg freigegeben.

Hagedorn: „Das ist eine gute Investition von Bundesmitteln zur Unterstützung von wertvollen Kulturvorhaben in unserem Land. Damit können endlich dringend erforderliche Sanierungsarbeiten erledigt werden, um den Wert der Bausubstanz dieser vier bedeutsamen Wahrzeichen bei uns im Norden erhalten zu können.“

Aus dem Denkmalschutzprogramm, welches beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien angesiedelt ist, können seit 2007 Maßnahmen durch Bundeszuschüsse in Höhe von maximal 50 Prozent gefördert werden, die der Substanzerhaltung und Restaurierung im Sinne der Denkmalpflege dienen. Voraussetzung ist die Kofinanzierung durch Länder, Kommunen und private Träger.

Bereits 2008 gelang es Bettina Hagedorn, aus dem damaligen Fördertopf insgesamt 1,135 Mio. Euro für Schleswig-Holstein zu erhalten. 85.000 Euro davon flossen an die historisch bedeutsame KZ-Gedenkstätte Ahrensböök, die damit vor dem drohenden baulichen Zerfall gerettet werden konnte. 2009 erhielt als einziges Projekt in Schleswig-Holstein die Feldsteinkirche Ratekau 800.000 Euro aus dem Gebäudesanierungsprogramm des Konjunkturpakets II.

Hagedorn: „Ich hoffe sehr, dass die erforderliche Kofinanzierung durch Land, Kommunen, Träger und Stiftungen schnell gewährleistet wird und die Bauaufträge in den jeweiligen Kommunen verlässlich an das regionale Handwerk vergeben werden können.“

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 07.07.2011, 10:54 Uhr - 13194 Clicks - Nr. 714

**Berlin-Fahrt für Jedermann mit Franz Thönnnes**

**9. - 11. September 2011**

Seit 2008 bietet Franz Thönnnes, SPD-Bundestagsabgeordneter für die Kreise Segeberg und Stormarn, mit großem Erfolg Selbstzahlerfahrten nach Berlin an.

Die diesjährige Fahrt findet vom 9. bis zum 11. September 2011 statt und kostet 181,- Euro pro Person im Doppelzimmer (EZ + € 50). In diesem Preis ist neben dem Bustransfer und zwei Übernachtungen mit Frühstück im Hotel Ludwig van Beethoven auch das folgende Programm enthalten:



geführter Rundgang durch das Berliner Parlamentsviertel, Besuch im Reichstag einschl. eines Treffens mit Franz Thönnnes, eine Stadtrundfahrt und eine Führung durch das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, Besuch und Führung durch das Schloss Charlottenburg und die Besichtigung des entstehenden Potsdamer Stadtschlusses als künftiger Sitz des Brandenburger Landtages.

Die selbst organisierten Fahrten sind notwendig geworden, weil es für Berlin-Fahrten auf Einladung des Bundespresseamtes inzwischen deutlich mehr Interessenten und Anmeldungen gibt als zur Verfügung stehende Plätze.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger melden sich bitte bis **spätestens 17.7.2011** beim Bürgerbüro von Franz Thönnnes, Tel. 04551-968383 oder [buergerbuero@thoennes.de](mailto:buergerbuero@thoennes.de) an.

**Keine Kommentare**

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 07.07.2011, 12:22 Uhr - 4227 Clicks - Nr. 715

#### **Dänemark-Strategie muss erweitert werden**

Zur Abschlussdiskussion zur Dänemarkstrategie der Landesregierung erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

Die Diskussionsbeiträge haben noch einmal deutlich gemacht, dass die an sich positive Dänemarkstrategie der Landesregierung erweitert werden muss. Die besonders betonte wirtschaftliche Orientierung wird allein nicht weiter helfen. Wir unterstützen die Akteure aus der Region Süddänemark und den nordwestlichen Landesteilen Schleswig-Holsteins in ihrer Forderung, auch den nördlichen Landesteil gleichberechtigt zu unterstützen.

Besonders herauszustellen ist aber ein anderer Aspekt. Die starke Betonung der beiden Grenzregionen führt zwangsläufig dazu, dass die Mitte Schleswig-Holsteins zur Verliererin der Strategie wird. Die großen Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie die Stadt Kiel geraten in die jeweilige Peripherie dieser Regionen. Die Fehmarnbeltregion wird sich auf Hamburg ausrichten, die Nordregion auf Dänemark. Modellprojekte in der Hochschulzusammenarbeit, in der Verkehrspolitik und auf dem Arbeitsmarkt stehen dort zur Umsetzung an. Eine solche Fokussierung muss sich negativ auf die Mitte Schleswig-Holsteins auswirken. Sichtbar wird dies in der INTERREG-Förderung, die ihren Schwerpunkt in der engeren Grenzregion findet. Damit werden es Projekte aus der ehemaligen K.E.R.N.-Region schwerer haben, sich durchzusetzen. Dieser Aspekt wird bisher in der Strategie ausgeblendet. Das ist nicht akzeptabel.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.07.2011, 14:07 Uhr - 5715 Clicks - Nr. 716

#### **Kultur-Tour stoppt in Hoisdorf**

„Schleswig-Holstein braucht die Kultur!“ - So das Motto der Sommertour 2011 des SPD- Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner. Kultur sei ein wichtiger Faktor für die Entfaltung menschlicher Kreativität und die Entwicklung der Fähigkeiten, auch unkonventionelle Wege zu beschreiten. Neben den „kulturellen Leuchttürmen“ wie dem S-H Musikfestival und den Nordischen Filmtage gebe es auch viele kleinere Projekte und Institutionen, die die Vielfalt von Kultur im Land ausmachen.



Zu diesen zählt das Stormarnsche Dorfmuseum in Hoisdorf, das Stegner nun gemeinsam mit Hans Müller, dem kulturpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und dem Stormarner SPD-Landtagsgeordneten Martin Habersaat besuchte.

Museumsleiter Klaus Bustorf, sein Stellvertreter Wolfgang Knaack und Hoisdorfs Bürgermeister Dieter Schippmann ließen es sich nicht nehmen, die Gäste persönlich durch die Ausstellungsräume

zu führen und beiläufig die Herkunft zahlreicher Redewendungen zu erklären - vom ‚Fettnäpfchen‘ über die ‚hohe Kante‘ bis hin zur ‚Tuchföhlung‘. Später nahmen die Abgeordneten auf den historischen Schulbänken Platz, fachsimpelten über die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Bedeutung von Dorfschulen und stießen schließlich auf ein altes Harmonium, dem Stegner spontan Wohlklänge entlocken konnte. „Ich habe früher mit meiner Familie gemeinsam viel musiziert“, erzählte er den staunenden Zuhörern.

Martin Habersaat, seit Jahresbeginn Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, berichtete den Kollegen während des Rundgangs auch von der Arbeit der Kulturstiftung Stormarn, deren Arbeit zu einem späteren Zeitpunkt Ziel einer Kreisbereisung werden soll. Stegner und Müller waren sich einig: „Es ist gut zu sehen, dass es solche Perlen in Stormarn gibt, und noch besser, dass sich Menschen aktiv mit großem Einsatz um sie kümmern.“

Foto: Martin Habersaat, Dr. Ralf Stegner, Hans Müller

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.07.2011, 14:36 Uhr - 1782 Clicks - Nr. 717

#### **Altersarmut bekämpfen!**

Wir bedauern, dass der Wirtschaftsaufschwung an vielen älteren Menschen vorbeigeht. Um es auf den Punkt zu bringen: es geht hier um Altersarmut.

Seit 2001 müssen die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland einen realen Einkommensverlust von 7 % hinnehmen und jedes Jahr beantragen mehrere zehntausend Seniorinnen und Senioren mehr staatliche Hilfen, um über die Runden zu kommen.

So belegen neue Dokumente des Arbeitsministeriums, dass die Renten durchschnittlich um 0,99 Prozent steigen. Demgegenüber steht aber eine Inflationsrate von derzeit 2,3 Prozent.

Diese Problematik ist uns durchaus bewusst. Diesen Trend belegt auch der Sozialbericht 2010 der LH Kiel eindeutig. So stieg beispielsweise die Zahl von Leistungsberechtigten mit Grundsicherung im Alter bei 65jährigen von 1775 in 2005 auf 2245 Personen in 2009. Deshalb hat die Kieler Ratsversammlung auf Initiative der Kooperation einen Antrag (Drucksache 0111/2011 vom 17.02.2011) beschlossen, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, noch im Jahr 2011 ein öffentliches sozialpolitisches Hearing, das sich speziell mit dem Phänomen und den Gegenstrategien von Altersarmut auseinandersetzt, durchzuführen. Wir erhoffen uns, dass wir als kommunale Selbstverwaltung hieraus Impulse und Lösungsansätze erhalten werden. Denn eines ist klar: alle von Armut bedrohten oder betroffenen älteren Menschen leben in einer Kommune, die aufgefordert ist, sich diesem Problem zu stellen.

Dies erklären der seniorenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Thomas Wehner, und der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim, zur sinkenden Kaufkraft bei älteren Menschen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 07.07.2011, 15:58 Uhr - 18063 Clicks - Nr. 718

**Preiswerte Wohnungen sind Mangelware im Hamburger Umland!**

MdL Bernd Schröder widerspricht Prognose von Innenminister Schlie

Preiswerte Wohnungen sind Mangelware im Hamburger Umland!

Zur „Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2025“ sagt der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Schröder:

„Die Aussagen von Innenminister Schlie, wonach die Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein weitgehend ausgeglichen seien und es wegen eines insgesamt preisgünstigen Mietwohnungsbestandes keine größeren Versorgungsprobleme gäbe, können nicht widerspruchsfrei hingenommen werden. Nach Feststellung der schleswig-holsteinischen Mietervereine gibt es erhebliche Probleme auf den Teilmärkten. Im Hamburger Umland, hier besonders im Kreis Pinneberg, aber auch in Kiel, Lübeck und Flensburg sind preiswerte Wohnungen Mangelware. Grund dafür ist, dass die Neubauleistung im Mietwohnungsbau auf einem extrem niedrigen Niveau angelangt. 1997 wurden landesweit noch 20.870 Wohnungen fertig gestellt gegenüber 6.262 in 2009. In den letzten vier Jahren wurden etwa doppelt so viele Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern gebaut wie in Mehrfamilienhäusern. Gleichzeitig konzentrieren sich die Bezüge von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld in hohem Maße in den Ober- und Mittelzentren des Landes. Gerade auf dem Teilmarkt für einkommensschwache Haushalte gibt es einen ausgeprägten Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, fortfallende Sozialbindungen vollständig zu ersetzen und mit Rücksicht auf die immer noch zunehmende Zahl einkommensschwacher Haushalte den Bestand gebundener Wohnungen sukzessive wieder aufzustocken.

Neben dem Bau von Wohnungen ist aber das Programm „Soziale Stadt“ unverzichtbar für die Schaffung eines funktionierenden, guten sozialen Zusammenhalts in den Wohnquartieren. Die Sparbeschlüsse des Bundes gefährden das Programm massiv. Die Landesregierung muss hier aktiv werden, um die Bundesmittel wieder auf den Stand von 2010 zu heben und die Beschränkung auf nur investive Maßnahmen aufzuheben. Nur wenn der soziale Wohnungsbau und das Programm „Soziale Stadt“ gemeinsam und auf hohem Niveau durchgeführt werden, kann ein gutes soziales Umfeld mit einem für alle Menschen erschwinglichem Mietniveau gesichert werden“.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 07.07.2011, 18:06 Uhr - 5551 Clicks - Nr. 719

**SPD-Kreisvorstand hat sich konstituiert**

Pressemitteilung v. 7.07.2011

Der auf dem letzten Parteitag gewählte Kreisvorstand hat sich gestern in Ascheberg zu seiner ersten Arbeitstagung getroffen:

[SPD-Kreisvorstand hat sich konstituiert](#)

**Keine Kommentare**

### **Regierung ohne Konzept in der Lehrerbildung**

*Zur Vorstellung der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrkräfte durch Bildungsminister Dr. Klug erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*



Die Landesregierung ist nach wie vor außer Stande, ein schlüssiges Konzept für die Reform der Lehrerbildung vorzulegen. Gemäß dem Schulgesetz von 2007 gibt es heute keine Haupt-, Real- und Gesamtschulen mehr in Schleswig-Holstein.

Nahe liegend wäre es daher gewesen, dies in der Ausbildung von Lehrern zu berücksichtigen und ein Gesamtkonzept vorzulegen, das sowohl die erste Ausbildungsphase, also das Studium, als auch die zweite Phase, also das Referendariat, an den neuen Strukturen ausrichtet. Jeder Lehrer sollte für den Unterricht in der Sekundarstufe I, ergänzt entweder durch die Lehrbefähigung für die Primarstufe oder für die Sekundarstufe II (Oberstufe), ausgebildet werden.

Stattdessen wird nach 2009 schon wieder allein an der zweiten Ausbildungsphase herumgedoktert, ohne dass der Minister in der Lage gewesen wäre, die Frage nach der Neugestaltung des Lehramtsstudiums zu beantworten. Ein bloßer Hinweis auf die Verantwortung des Wissenschaftsministers reicht da nicht. Reden die Herren nicht mehr miteinander? Nur ein grundlegend reformiertes Lehramtsstudium wäre eine solide Basis für die Verkürzung des Referendariats für alle Schularten von zwei auf eineinhalb Jahre.

Leidtragende sind dabei nicht nur die Schulen, die wieder Zeitkapazitäten in vermehrte Beratungen durch die Studienleiter investieren müssen, es besteht darüber hinaus die große Wahrscheinlichkeit, dass Zeitverkürzung ohne reduzierte Arbeitsbelastung für viele Lehrkräfte in Ausbildung nicht mehr zu bewältigen sein wird. Das Bildungsministerium verstößt hier gegen seine eigene Argumentation in der Frage von G8 und G9.

Wir werden uns die Auswirkungen dieser neuen Verordnung, die bereits in wenigen Wochen in Kraft tritt, sehr genau ansehen. Gespannt warten wir ab, zu welchen regionalen Unwuchten in der Lehrerversorgung es führt, wenn in „kleinen Fächern“ nur in „ausgewählten Regionen“ ausgebildet wird.

Nach einem Regierungswechsel werden wir auftretende Schwierigkeiten beseitigen und eine Lehrerausbildung ‚aus einem Guss‘ realisieren.

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 08.07.2011, 00:02 Uhr - 5711 Clicks - Nr. 721

**Peter Eichstädt: Der Flop Zensus 2011 - hoffentlich zum letzten Mal**

*Zur Kritik an der Durchführung des Zensus 2011 durch den Abgeordneten Kalinka sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Peter Eichstädt:*



"Leider können wir die Feststellungen des Kollegen Kalinka nur bestätigen. Viele Bürgerinnen und Bürger berichten uns über fehlerhafte Anfragen unterschiedlichster Art.

Besonders ärgerlich ist dabei, dass das System offensichtlich nicht lernfähig ist. Falsch adressierte Anfragen werden trotz Hinweisen auf ihre Fehlerhaftigkeit mehrfach wiederholt und sogar mit dem Hinweis auf Sanktionen versehen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich aber auf die sachgerechte und weitgehend fehlerfreie Durchführung eines Gesetzes verlassen können. Sonst führt dies zu Vertrauensverlust in staatliches Handeln.

Besonders schwierig wird dies zusätzlich dann, wenn die Erhebungsbeauftragten an der Haustür klingeln und dort Angaben abfragen, die sich z. B. gar nicht auf das jeweilige Objekt beziehen. Hier wird es sehr schwer, noch auf die Zuverlässigkeit der Volkszähler zu vertrauen.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Kritik an einem solchen Erhebungsverfahren kann man nur hoffen, dass dies die letzte Volkszählung dieser Art war."

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 08.07.2011, 00:04 Uhr - 5726 Clicks - Nr. 722

**Eichstädt: Ein vernünftiges Nachjustieren bei der Bäderregelung wäre möglich**

*Zum Scheitern der Verhandlungen zwischen den beiden großen Kirchen und der Landesregierung über eine einvernehmliche Bäderregelung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Peter Eichstädt:*



"Das Scheitern der Verhandlungen ist ein schlechtes Signal für den Fortbestand der Bäderregelung. Offensichtlich hat die Landesregierung es nicht verstanden, einen naheliegenden Kompromiss auszuhandeln. Auch das können sie nicht.

Noch Ende 2010 hatte die Landesregierung im Landtag Optimismus verbreitet, dass eine Einigung möglich sein wird. Eine jetzt anstehende Entscheidung durch das Gericht ist der schlechteste Weg.

Die SPD hatte der Landesregierung geraten, sich bei der Neuregelung an dem in Mecklenburg-Vorpommern orientierten Kompromiss zu orientieren. Die jetzige Erklärung der Kirchen zum Scheitern der Verhandlungen lässt erkennen, dass genau diese Regelung auch in Schleswig-Holstein

von ihnen akzeptiert worden wäre.

Vor dem Hintergrund des Regel-Ausnahme-Prinzips müssen nach Auffassung der SPD vor allem vier Punkte der Bäderregelung einvernehmlich nachjustiert werden:

1. Die Anzahl der Orte, für die die Bäderregelung gilt.
2. Anfangs- und Endzeiten der Sonntagsöffnung gemäß Bäderregelung.
3. Definition der Warengruppen, die angeboten werden dürfen.
4. Die wohl wichtigste Frage: In wie vielen und welchen Wochen sollen die Geschäfte sonntags geöffnet werden dürfen?

Nun ist zu befürchten, dass an die Stelle eines breiten gesellschaftlich-politischen Konsenses wieder einmal die Entscheidung eines Gerichts tritt. Das wäre nicht nötig gewesen."

**Keine Kommentare**

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 08.07.2011, 08:14 Uhr - 5041 Clicks - Nr. 723

#### **SPD-Ortsverein Süd radelte ins Grüne**

Trocken, nicht zu warm und kaum Wind! Eigentlich das ideale Wetter für eine Fahrradtour. Diese Ansicht teilten alle Teilnehmer der vom SPD-Ortsverein Süd veranstalteten Fahrradtour. Da es auf der vom Ortsvereinsvorsitzenden Bernd Delfs ausgearbeiteten Strecke zudem kaum Steigungen oder unbefestigte Wegabschnitte gab, konnten alle Teilnehmer problemlos die 25 Kilometer bewältigen. Schließlich bekam man bei einer Rast auf halber Strecke in Willingrade zur Stärkung noch Kaffee, Kuchen und belegte Brote gereicht.



An der Endstation in der Hans-Sass-Kolonie wurden die rund 30 Teilnehmer dann von Klaus Leschkus mit leckerem Fleisch und Wurst vom Grill verwöhnt.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 08.07.2011, 08:17 Uhr - 6599 Clicks - Nr. 724

#### **Union auf dem Tiefpunkt**

ARD-DeutschlandTrend

Union auf dem Tiefpunkt

Die Bundesregierung hat sich mit den Steuersenkungsplänen keinen Gefallen getan: Sie finden bei den Bürgern kaum Unterstützung. Das ergab der aktuelle DeutschlandTrend. Die CDU fällt auf ihr Jahrestief. Kanzlerin Merkel verliert im



direkten Vergleich mit dem SPD-Politiker Steinbrück haushoch.

[Union auf dem Tiefpunkt](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 08.07.2011, 12:46 Uhr - 12905 Clicks - Nr. 725

#### **Unverantwortliche Entscheidung im Bundestag**

Der Bundestag hat am 7. Juli 2011 dem umstrittenen Gesetz zur Erprobung der Speicherung von Kohlendioxid, der so genannten CCS-Technologie gegen die Stimmen der Opposition zugestimmt. Ende September 2011 wird der Bundesrat über dieses Gesetz beraten. Viele Bürger fürchten durch ein unkontrolliertes Entweichen des Gases Schäden für Umwelt, Tiere und Menschen.

Die SPD lehnt das Gesetz ab, weil die Frage der Haftung für eine mögliche Leckage nicht ausreichend geklärt ist. Es fehlen im Gesetz auch juristische Regelungen zur möglichen Trinkwasserbelastung und zum Pipeline-Bau.

Betroffen von dem Gesetz ist auch Schleswig-Holstein. Bundesländer können nun Flächen ausweisen, auf denen die Erforschung der Technologie explizit erlaubt oder explizit verboten ist. Schleswig-Holstein ist bereits dabei, ein entsprechendes Landesgesetz vorzubereiten.

Das CCS-Gesetz geht auf eine Richtlinie der Europäischen Union zurück: Alle EU-Länder müssen ein Gesetz zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid vorlegen und bis Mitte 2011 umsetzen. Die Richtlinie sieht allerdings auch die Möglichkeit vor, mittels Gesetz die CO<sub>2</sub>-Verpressung zu verbieten. Im Dezember hatten auch Bürgerinitiativen bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Die Bundesregierung aber will die Technologie erproben lassen. Kohlendioxid, das beispielsweise bei der Produktion von Strom aus Kohlekraftwerken entsteht, könnte abgespalten und unterirdisch verpresst werden, um weniger des schädlichen Gases in die Atmosphäre zu entlassen. In Deutschland wird diese Technologie vermutlich nie großflächig bei der Energieherstellung eingesetzt, da sie zu teuer ist und Deutschland stattdessen in erneuerbare Energien investiert. Die Wirtschaft erhofft sich allerdings einen Export der Technologie beispielsweise nach China.

In unserer Region protestieren zahlreiche Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen gegen die CO<sub>2</sub>-Lagerung. Sie fürchten, dass das Gas ausströmen könnte, dass durch den Überdruck in den salinen Schichten unter der Erde Salzwasser ins Trinkwasser gelangen könnte und dass sie für Bohrungen und wegen unzureichender Sicherheit ihre Häuser verlassen müssen.

In den nächsten Monaten werden weitere Proteste erwartet. Der Kreisverband Schleswig-Flensburg unterstützt seit Jahren die Bürgerinitiative in Schafflund und wird sich massiv gegen die Speicherung von CO<sub>2</sub> einsetzen.

Nach der Sommerpause will die schwarz-gelbe Landesregierung ein Gesetz im Kieler Landtag einbringen, wo ein Verbot der Speicherung von Kohlendioxid verankert werden soll.

Wir werden die Entwicklung zu diesem Verbot aktiv begleiten und den Versprechen des Ministerpräsidenten messen, der gegen die Speicherung von CO<sub>2</sub> ist. Interessant ist das Abstimmungsverhalten des CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen. Er hat dem Gesetz am 7. Juli 2011 im Bundestag zugestimmt. Hier die namentliche Abstimmung:

[CCS Abstimmung Bundestag](#)

**Keine Kommentare**

### **Zukunftsinvestitionen sichern trotz Haushaltserlass**

Die Begrenzung der Kreditlinie für Investitionsmaßnahmen des laufenden Haushaltes der Landeshauptstadt Kiel von 55 Mio. auf 30 Mio. Euro und die zugleich angekündigten Restriktionen durch das Innenministerium für die kommenden Jahre, werden natürlich nicht ohne Folgen für bereits konkret ins Auge gefassten Vorhaben bleiben.

Dies ist umso schmerzhafter, da der Schwerpunkt der erforderlichen Maßnahmen im Schul- und Kitabereich liegt und Verzögerungen zu Lasten der Bildung gehen werden.

Das Land agiert schlicht doppelzünftig, da es einerseits gerade bei Kindertagesstätten und Schulen die Landeshauptstadt Kiel zu größeren Investitionen anhält - etwa um die Betreuungsplatzquote für unter 3-jährige zu erreichen und Mensen zu bauen - und andererseits den finanziellen Spielraum der Stadt hierfür deutlich einschränkt.

Die Landeshauptstadt Kiel braucht leistungsfähige Schulen, um dem sich verändernden Bildungsauftrag auch zukünftig in vollem Umfang gerecht werden zu können.

Durch dieses Vorgehen des Innenministers befinden wir uns in einer Situation, dass selbst konkrete Vorhaben, die bereits im Haushalt ihren Niederschlag gefunden haben, aber auch darüber hinaus angedachte Projekte sorgfältig auf ihre mögliche Realisierung in dem vom Land vorgegebenen engen Rahmen geprüft und abgewogen werden müssen. Dies gilt auch für den zentralen Bereich des Kita- und Schulausbaus. Die Vorstellung der Verwaltung, die wir nach der Sommerpause erwarten, werden wir sorgfältig und zügig beraten und im Nachtragshaushalt in der September-Ratsversammlung beschließen.

Sicher ist, nicht alles kann so zügig, wie von der Ratsversammlung gewünscht und mit dem Haushalt beschlossen, umgesetzt werden, denn Kürzungen in einer Größenordnung von 25 Mio. Euro werden in Kiel schmerzhaft und spürbar sein. Dafür steht der Innenminister des Landes! Dies erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt und die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, Zur aktuellen Diskussion zu den Auswirkungen des Haushaltserlasses des Innenministeriums.

**Keine Kommentare**

### **Umfrage bestätigt: Liberalisierung der deutsch-russischen Visa-Praxis nötig**

„Die Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft belegt eindrucksvoll, dass die Visa-Praxis mit Russland und anderen Ländern möglichst bald liberalisiert werden muss.

Die Umfrageergebnisse bei 200 Unternehmen untermauern die Notwendigkeit der im Juni 2011 gebildeten interfraktionellen Arbeitsgruppe, die von mir als Berichterstatter der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss für Russland zusammen mit dem außenpolitischen Sprecher der CDD/CSU-Fraktion, Philipp Mißfelder, geleitet wird“, so SPD-MdB Franz Thönnnes.

Die bestehenden engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland sind von



zentraler Bedeutung für die Volkswirtschaften beider Länder. So sind die Exporte Deutschlands nach Russland von 2009 bis 2010 um 29 Prozent auf 26,4, Mrd. € gestiegen. Auch die Importe Russlands haben sich um 28 Prozent auf 31,8 Mrd. € erhöht. Insbesondere in den Bereichen des Gesundheitswesens, der Infrastruktur und der Industrie gibt es mit gemeinsamen Zukunftsprojekten noch erheblichen Raum für den weiteren Ausbau. Die hohe Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen wird auch durch eine Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft aus dem November 2010 unterstrichen, nach der 87 Prozent der befragten Betriebe an eine positive Entwicklung der russischen Wirtschaft glauben und 43 Prozent 2011 in Russland investieren wollen.

Die aktuelle Umfrage zur Visa-Praxis verdient politische Aufmerksamkeit, da sie deutlich macht, welchen hohen Stellenwert die Visa-Regelungen für die Wirtschaft haben. So wird geschätzt, dass die gegenseitige Beantragung von Visa Deutsche und Russen jährlich schätzungsweise 162 Millionen € kostet. Bei 83 Prozent der befragten 200 Unternehmen ist die Abschaffung der Visapflicht mit Russland ein wichtiges Thema für ihre weitere Geschäftsentwicklung. Immerhin 56 Prozent würden bei vollkommener Visa-Freiheit mehr in Russland und/oder der EU investieren. Jetzt gilt es sich intensiv mit den einzelnen Ergebnissen der Umfrage zu befassen. Eine der nächsten Möglichkeiten hierzu besteht im Rahmen des 11. Petersburger Dialogs, der am 17./18. Juli 2011 in Wolfsburg und Hannover stattfindet. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe im Deutschen Bundestag wird dies in der 2. Jahreshälfte fortsetzen über Dialoge mit Vertretern der Wirtschaft, von Nichtregierungsorganisationen, des Sports, der Tourismusbranche, sowie von politischen und gesellschaftlichen Stiftungen. Auch die Einschätzungen von Botschaften sowie die Entwicklungen auf europäischer Ebene werden einbezogen.

Für den 28. September 2011 ist eine Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages zur Visa-Praxis mit Experten vorgesehen. Dabei werden wir genau hinterfragen, inwieweit die jetzigen Visa-Regelungen ein Investitionshemmnis sind und möglicherweise auch zu Wettbewerbsnachteilen beitragen. Ebenso ist zu klären, welchen hindernden Einfluss sie auf den Ausbau der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen haben.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.07.2011, 23:40 Uhr - 6647 Clicks - Nr. 728

### **Sozialarbeit ohne Zivildienst?**

Wie kann Sozialarbeit nach dem Wegfall des Zivildienstes organisiert werden? Das fragten sich die Seniorenbeiräte Südstormarns und hatten kompetente Gäste eingeladen. Im Anschluss an den letzten Sitzungstag vor der Sommerpause kamen die Bundestagsabgeordneten Norbert Brackmann (CDU), Christel Happach-Kasan (FDP), Konstantin v. Notz (Grüne) und Sönke Rix (SPD) ins Glinder Bürgerhaus. Peter Hartmann aus Oststeinbek moderierte, der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat war interessierter Gast.



Das Problem ist schnell beschrieben: Mit dem Wegfall der Wehrpflicht, über den sich alle

Fraktionen einig waren, entfiel auch der Zivildienst. Der Bundesfreiwilligendienst musste in sehr kurzer Zeit „aus dem Boden“ gestampft werden und nun fehlen vor Ort die Menschen, auf die die Sozialarbeit angewiesen ist. „Woher sollen die Freiwilligen kommen?“, fragte das DRK Oststeinbek. „Und wer ist Ansprechpartner, wenn wir Fragen haben?“, wollte ein Seniorenbeirat aus Reinbek wissen. „Undurchdacht und zu überhastet“ sei die Reform gekommen, fanden die Oppositionsabgeordneten. Die Vertreter der Regierungskoalition sahen das natürlich anders. Einig waren sich die Bundestagsabgeordneten darin, dass eine über Jahrzehnte gewachsene Struktur wie die des Zivildienstes nicht über Nacht ersetzt werden könne. Sönke Rix forderte deshalb einen Dreiklang aus Verbesserungen im Bundesfreiwilligendienst, Stärkung ehrenamtlicher Arbeit und Ausbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Sozialbereich. „Die Bundesregierung hätte den Wegfall des Zivildienstes nicht allein als Sparbeitrag für den Bundeshaushalt nutzen dürfen“, kritisierte er.

Diese Probleme konnten im Laufe einer lebhaft geführten Diskussion, an der auch Oststeinbecks Bürgermeisterin Martina Denecke teilnahm, teilweise nur angerissen werden. Deutlich wurde aber zweierlei: Die Bundestagsabgeordneten nahmen den Wunsch nach besserer Information und Verbesserungen im neuen System mit, den Seniorenbeiräten und ihren Gästen wurde klar, dass es einen gleichwertigen Ersatz für den Zivildienst nicht geben wird, weil künftig eben auf Freiwilligkeit gesetzt wird und die Gesellschaft heute viele Anforderungen an junge Menschen stellt.

Martin Habersaat brachte Anregungen mit Blick auf die Situation vor Ort: Zum Einen bat die Seniorenbeiräte zu dokumentieren, wo nun helfende Hände fehlten und wo Sozialarbeit nicht mehr wie bisher geleistet werden könne. Habersaat: „Unsere Städte und Gemeinden organisieren das Zusammenleben vor Ort. Möglicherweise werden sie hier einspringen müssen.“ Barsbüttel tut dies beispielsweise bereits jetzt, indem die Gemeinde einen Fahrdienst finanziert. Zum Anderen sollten alle Beteiligten daran denken, dass benötigte Freiwillige nur aus der eigenen Nachbarschaft kommen können. „Die zuständigen Ausschüsse werden sich darum kümmern müssen, wie wir die Probleme lösen.“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.07.2011, 00:25 Uhr - 5365 Clicks - Nr. 729

S/Swedish Design Award

Politik ermöglicht spannende Bekanntschaften und interessante Einblicke. Diese Erfahrung machte einmal mehr der Stormarner SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, als er einer Einladung zur Ausstellungseröffnung des S/Swedish Design Awards folgte. Im Billstedt Center fanden sich zahlreiche spannende Ausstellungsstücke und interessante Gäste zu dem unter der Schirmherrschaft des schwedischen Generalkonsuls, Leif A. Larsson, stehenden Nachmittag.



Birgit Kassovic ist vielen Mitgliedern der SPD Stormarn bekannt durch ihren Einsatz für den Olof Palme Friedenspreis. Mit eben so viel Einsatz war sie nun an der Organisation dieser Ausstellung beteiligt, die unter den Leitgedanken Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und Designstrategie 31 Objekte zeigte, die mit Schwedens bedeutendstem Staatspreis für kreatives und innovatives Design ausgezeichnet wurden. Martin Habersaat: „Dieser Bekanntschaft verdanke ich diese spannende Einladung. Vielen Dank.“ Ein internationales Publikum mit verschiedenen Mitgliedern des konsularischen Korps in Hamburg war im Billstedt-Center zusammengekommen, um beispielsweise ein speziell auf den weiblichen Körper abgestimmtes elektrisch betriebenes Motorrad zu bestaunen. Die Ausstellung wird in den kommenden Monaten in verschiedenen Hamburger Einkaufszentren zu besichtigen sein.

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.07.2011, 14:03 Uhr - 2798 Clicks - Nr. 730

#### **Bunter Grill-Nachmittag**

18 Gäste hatten sich zum bunten Grill-Nachmittag der Stormarner AG 60plus in Delingsdorf eingefunden. Neben dem Grillen standen auch kurze Texte von Kurt Tucholsky auf dem Programm. „Immer noch aktuell!“, staunten manche. Auch wurden unbekannte Märchen erzählt und sogar die Gitarre gezückt...

Zu den bunten Nachmittagen und allen anderen Veranstaltungen der Stormarner AG 60plus ist jeder eingeladen, der daran Interesse hat. Ankündigungen in der Presse und im Internet.



**Keine Kommentare**

[Ag60plus - Segeberg \(Kreis\)](#) - veröffentlicht am 11.07.2011, 08:28 Uhr - 5842 Clicks - Nr. 731

#### **Senkung der Ausgaben - Mogelpackung der Regierung**

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus hat mit Bedauern die Dreistigkeit der Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Ab 01. Januar 2012 wird die arbeitende Bevölkerung um 0,8 Prozent bei den

Beiträgen zur Rentenversicherung entlastet.

Was heißt das aber bei genauer Betrachtung?

Die Grundlage der Rentenberechnung im Alter wird um die Entlastungssumme gekürzt. Je nach Einzahlungszeit kann dieses bis zu EURO 100,-- weniger Rente bedeuten.

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus hat mit Bedauern die Dreistigkeit der Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Ab 01. Januar 2012 wird die arbeitende Bevölkerung um 0,8 Prozent bei den Beiträgen zur Rentenversicherung entlastet.

Was heißt das aber bei genauer Betrachtung?

Die Grundlage der Rentenberechnung im Alter wird um die Entlastungssumme gekürzt. Je nach Einzahlungszeit kann dieses bis zu EURO 100,-- weniger Rente bedeuten.

Sowohl EUROSTAT als auch das Statistische Bundesamt weisen in den Untersuchungen zur Armut in Deutschland auf eine gravierende Steigerung der Anzahl der betroffenen Personen hin.

Zudem kommen immer mehr Personen, die von ihrem Einkommen ohne zusätzliche Unterstützung nicht mehr einträglich leben können. Die Kreditinstitute halten Personen mit einem Monatseinkommen von 1.000,-- EURO für nicht kreditwürdig.

Aufgrund der vorangegangenen Punkte fordern wir die Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf die Regierung zur Umkehr zu bewegen.

Wir fordern mit den Sozialverbänden eine Mindestrente ohne besonderen Antrag einzuführen analog der Steigerung der Grundsicherung. Nach heutigem Stand wären das EURO 1.000,-- mindestens.

Um eine auskömmliche Rente garantieren zu können, muß zudem für alle Branchen ein Mindestlohn eingeführt und eine gleiche Bezahlung für Leiharbeiter gesetzlich eingeführt werden. Wir unterstützen hierbei den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften bei ihren Forderungen.

Die angekündigte Steuersenkung hat sich nach unseren Berechnungen als Geschenk für die mittleren Einkommen mit Kindern herausgestellt. Untere Einkommen sind ausgeschlossen. Alleinerziehende und Einzelpersonen werden mit geringen Beträgen unter 100 EURO abgespeist. Dieses wird umso drastischer, weil gleichzeitig für die gesetzlich Versicherten der Krankenkassenbeitrag steigt. Die Mehreinnahmen auf der Steuerseite sollten deshalb sinnvoller Weise zur Schuldentilgung eingesetzt werden, damit wir in Zukunft unseren Bedürftigen und Rentnern einen ausgeglichenen Alltag gewähren können.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 11.07.2011, 11:19 Uhr - 12214 Clicks - Nr. 732

**Kommunalpolitiker und Bürger aus Segeberg und Stormarn in Berlin  
Blick hinter die politischen Kulissen bei SPD-MdB Franz  
Thönnnes**

Am 1. Juli 2011 konnte Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär a.D., 48 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Nord im Berliner Reichstagsgebäude begrüßen. Nach dem Besuch im Plenarsaal nahm



sich Thönnnes Zeit, mit seinen Gästen aktuelle politische Themen zu diskutieren. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen dabei die Griechenlandkrise und die Solidarität Europas sowie die Bildungspolitik. Ebenso aber wollten die Teilnehmer wissen, wie der tägliche Arbeitsablauf eines Bundestagsabgeordneten aussieht.

Ein weiterer Programmpunkt der dreitägigen Fahrt vom 29.Juni bis zum 1.Juli 2011 war der Besuch des Auswärtigen Amtes. Hier ging es vor allem um die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik. Im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale, diskutierte man mit der Büroleiterin der stellvertreten Parteivorsitzenden Manuela Schwesig über den aktuellen Reformprozess der SPD. Und im Bundesrat gab es umfassende Informationen zum Föderalismus und zur Mitwirkung der Bundesländer an der Gesetzgebung. Ergänzt wurde das Programm durch den Besuch des Denkmals der ermordeten Juden Europas, ein Informationsgespräch in der Landesvertretung Schleswig-Holstein und eine Stadtrundfahrt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten in Berlin.

Mehrmals im Jahr lädt Thönnnes Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einem interessanten Mix aus Politik und Kultur nach Berlin ein. Organisiert werden die Fahrten durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

„Ich habe viele interessante Eindrücke rund um die Bundespolitik mit nach Hause nehmen können. Von der Vielfalt der politischen und kulturellen Prägung Berlins bin ich sehr beeindruckt“, so Carla Rieke aus Bad Segeberg.

„Diese Fahrten geben den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis einen guten Überblick darüber, was es ausmacht, Politik zu machen. Und sie werden gleichzeitig zu Multiplikatoren der Demokratiebildung ausgebildet und können für unsere Arbeit in Berlin werben“, so Thönnnes abschließend.

**Bildunterschrift: Franz Thönnnes mit seinen Gästen aus den Kreisen Segeberg und Stormarn vor der Kuppel des Reichstagsgebäudes**

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.07.2011, 12:07 Uhr - 1572 Clicks - Nr. 733

**Parteisoldat sticht Stadtinteressen!**

Selten hat sich ein Parteisoldat so entlarvt wie nun Herr Kruber von der CDU.

Nach der Kürzung der Kreditlinie für Investitionen von 55 Mio. auf 30 Mio. Euro durch den CDU-Innenminister Schlie läuft nun sein neuester Gesetzesvorschlag darauf hinaus, dass der Stadt Kiel in jedem Fall weitere 6 bzw. 7 Mio. Euro Einnahmen durch das Land genommen werden sollen. Hauptsache der Stadt Kiel wird geschadet, scheint das Motto der CDU zu sein.

Anstatt sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt einzusetzen und sich mit vereinten Kräften gegen die einseitigen landespolitische Vorhaben zu Lasten der Landeshausstadt - sei es im Haushaltsbereich oder bei dem Feuerweherschiff- zur Wehr zu setzen, schlägt sich Herr Kruber, Fraktionsvorsitzender der CDU, auf die Seite seines CDU-Parteifreundes auf Landesebene. Da gilt wohl: Erst die Partei, dann die Partei und noch mal die Partei. Solche Interessenvertreter brauchen die Kielerinnen und Kieler nicht!

Dies erklären zu den Äußerungen des Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, Stefan Kruber, in den Kieler Nachrichten vom 9. Juli 2011 die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, die Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.07.2011, 14:09 Uhr - 6870 Clicks - Nr. 734

#### **5. Familiensommer der SPD Schleswig-Holstein**

Das Wetter war mäßig, die Stimmung dafür umso besser. Zum 5. Mal lud die SPD Schleswig-Holstein in diesem Jahr Familien aus dem ganzen Land zum Familiensommer in den Erlebniswald Trappenkamp ein. Eine feste Größe im Spaßprogramm ist inzwischen ein Stormarner: Hektor der Gaukler aus Grönwohld. Aber auch viele andere Stormarnerinnen und Stormarner waren unter den etwa 1500 Teilnehmern, gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies hatte der SPD-Kreisvorstand einen Bus gechartert, um vielen Familien die Teilnahme zu ermöglichen.



Neben den zahlreichen Spiel-Angeboten gab es auch eine Menge zu lernen und zu entdecken: Den Wald und seine Tiere, die Falknerei und ihre Greifvögel und viele Landtags- und Bundestagsabgeordnete mal ohne Anzug und Krawatte. Dabei war auch Torsten Albig, der Spitzenkandidat der SPD bei der nächsten Landtagswahl. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter, war von „seinem“ Spitzenkandidaten angetan: „Er geht auf die Menschen zu, sucht das Gespräch. Insofern war der Familiensommer auch ein guter Auftakt für die Zukunftsgespräche, die Albig jetzt in allen Kreisen führen wird.“

Die Hambergerin Gesa Tralau organisiert das Fest gemeinsam mit dem Forum Familie. Sie sagt: „Der Familiensommer ist mittlerweile zu einer Tradition der SPD Schleswig-Holstein geworden und ich freue mich schon jetzt darauf, im nächsten Jahr wieder dabei zu sein.“

Foto: Torsten Albig, Martin Habersaat, Susanne Danhier, Tobias von Pein, Delara Burkhardt

**Keine Kommentare**

### **Verwaltung arbeitet schlecht**

Die Kommunalpolitiker in Brande-Hörnerkirchen sind mit der Arbeit der Verwaltung der Stadt Barmstedt unzufrieden. Immer wieder kommen Vorlagen, Satzungen usw. nicht rechtzeitig an, damit sie form- und fristgerecht bearbeitet werden können.

Chaotische Vorbereitung zur Gemeinderatssitzung am 01.07.2011.

Bis zum letzten Donnerstag haben wir von der SPD-Fraktion im Gemeinderat von Brande-Hörnerkirchen uns nicht vorstellen können, dass so etwas überhaupt möglich sein würde.

Was war geschehen? Die turnusmäßige Gemeinderatssitzung war für den 30. Juni 2011 vorgesehen.

Kurzfristig wurde sie von unserem Bürgermeister Herrn Siegfried Winter um 1 Woche auf den 7.

Juli verschoben. Der Grund offenbarte sich in 2 Tagesordnung-Punkten (TOP). Zum einen war

unter TOP 7 der Satzungsbeschluss über die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes (FPlan)

vorgesehen und unter TOP 12 die Genehmigung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 11 (BPlan)

geplant. Was der Einladung leider nicht bei lag waren die entsprechenden Unterlagen. Die wurden

dann später nachgeliefert: Den Entwurf des B-Planes erhielten wir 5 Tage vor der

Gemeinderatssitzung, die Unterlagen zur F-Plan-Änderung erhielten einige gar nicht, die anderen

erst bei der Sitzung des Bau- und Wegeausschusses. Dieser war sehr kurzfristig von seinem

Vorsitzenden Jens Fischer einberufen und dann gleich wieder um 1 Tag verschoben worden und nun

sollten nur 1 Stunde vor der Gemeinderatssitzung die umfangreichen Unterlagen in 60 Minuten

sorgfältig durchgearbeitet werden. Den Umweltausschuss hatte sein Vorsitzender Harald Behncke

erst gar nicht mehr einberufen. Auch der Finanzausschuss in seiner Eigenschaft als Hauptausschuss

war übergangen worden.

Zur Erklärung, warum die SPD-Fraktion über den Vorgang so empört ist, muss man wissen, dass

beide TOP sich mit dem Sondergebiet "NETTO-Markt" Ecke Rosentwiete/Lindenstraße (gegenüber der Gaststätte "Zur Tankstelle") befassen.

Gegen diese Änderungen hatten viele Einwohner und Einwohnerinnen von Brande-Hörnerkirchen

Einspruch eingelegt. Die SPD Hörnerkirchen ist gegen die bevorzugte Behandlung des NETTO-

Marktes an dieser Örtlichkeit, weil sie befürchtet, dass dieser Discounter dem jetzigen Vollversorger EDEKA-Boost das "Wasser abgraben wird".

Weiter muss man wissen, dass es für die Einladung zur Gemeinderatssitzung Vorschriften gibt, die

in der "Hauptsatzung" und in der "Geschäftsordnung" der Gemeinde festgelegt sind. Diese

Vorschriften wurden nach der letzten Wahl von CDU- und SPD-Fraktion gemeinsam beschlossen.

Bei dieser Einladung zur Sitzung am 7. Juli wurden beide gänzlich außeracht gelassen.

Wir wollen hier an dieser Stelle keine Schuldzuweisung treffen, wir können aber ohne weiteres

feststellen, dass die Zuarbeit durch die Verwaltung in Barmstedt nicht funktioniert hat. Sie hätte die

Pflicht gehabt, die Unterlagen fristgerecht fertig zu stellen und wenn das nicht möglich war, den

ehrenamtlichen Bürgermeister darauf hinzuweisen, dass er sich mit seiner Einladung zur

Gemeinderatssitzung ohne gleichzeitige Zusendung der Unterlagen zu allen TOP und ohne

Beratung in den betroffenen Ausschüssen außerhalb der geltenden Vorschriften bewegt.

Abschließend stellen wir fest, dass die SPD-Fraktion an der Abstimmung über die TOP 7 und 12

nicht teilgenommen hätte falls die CDU-Fraktion nicht von der Abstimmung über diese TOP

Abstand genommen hätte. Außerdem hatten wir wegen der Verletzung von Vorschriften die

Einschaltung der Kommunalaufsicht erwogen.

Es ist leider nicht das erste Mal, dass Satzungen usw. nicht rechtzeitig zugestellt wurden. Diesen Zustand bemängeln beide Fraktionen schon seit über einem Jahr und es wurde auch jeweils protokolliert, nur geändert sich bisher wenig.

Die neuen Termine für die Ausschuss-Sitzungen und die nächste Gemeinderatssitzung können sie ebenfalls auf unsere Internetseite unter "Termine" finden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.07.2011, 18:03 Uhr - 1786 Clicks - Nr. 736

#### **Fischbrötchen an der Kiellinie: Das macht Lust auf 'Meer'!**

Das macht Lust auf 'Meer' - in der Fördestadt Kiel können die Kielerinnen und Kieler und ihre Gäste jetzt Fisch und Fischbrötchen direkt am Wasser genießen, so wie in anderen Hafenstädten und Bäderorten in Schleswig-Holstein auch.

Hier gibt es Angebote für den kleinen Hunger zum kleinen Preis. Das ist gute kommunale Tourismuspolitik. SPD, Grüne und SSW freuen sich, dass die Stadtverwaltung hier einen Fischhändler gefunden hat, der dieses Angebot unterbreitet und damit Kiels maritime Atmosphäre noch bestärkt. Wir unterstützen die Verwaltung auch darin, ein einheitliches, hochwertiges und kieltypisches Design für eine "Kieler Bude" ins Auge zu fassen. Hier bieten sich gute Formen der Zusammenarbeit mit den Hochschulen an. Es zeigt sich: Das Kieler Rathaus verwirklicht auf vielen Wegen das Ziel der 'Kreativen Stadt'.

Dies erklären zum Fischbrötchenverkauf an der Kiellinie der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 12.07.2011, 08:02 Uhr - 5942 Clicks - Nr. 737

#### **Demokratiesommer**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Demokratiesommer hat begonnen und ihr seid dabei!

Unter <http://demokratiesommer.de> seid ihr gefragt: diskutiert mit! Erzählt Freunden, Bekannten und Verwandten davon und ladet sie per Mail ein. Wir brauchen die besten Ideen für ein sozialdemokratisches Schleswig-Holstein.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Voß



Online-/Social-Media-Referent

[Demokratiesommer](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 12.07.2011, 13:05 Uhr - 3891 Clicks - Nr. 738

#### **Martin Habersaat besucht Diskussionstreff 60plus**

Am 14. Juli um 15.00 Uhr trifft sich wieder der Glinde Diskussionsstreff 60plus. Die Senioren um die Organisatorin Marietta Exner haben diesmal den Stormarner SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Martin Habersaat eingeladen, im Bürgerhaus bei Kaffee und Kuchen über Politik zu diskutieren. Vor allem soll Martin Habersaat über seine neuen Aufgaben in Kiel berichten.



Martin Habersaat (34, Barsbüttel) gehört seit 2009 dem Landtag an. Als hochschulpolitischer Sprecher ist er Mitglied des Bildungsausschusses. Seit Mai diesen Jahres ist er zudem bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und als Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur auch Mitglied des Fraktionsvorstands.

Foto: Mariette Exner und Marin Habersaat

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 12.07.2011, 14:27 Uhr - 96913 Clicks - Nr. 739

#### **Gut für Fisch und Fischer**

#### **Vorschläge zur Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik**

Brüssel: Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust geht davon aus, dass EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki am Mittwoch in Brüssel eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik vorstellen wird. Rodust erwartet ein Gesetespaket, das die bisherige Praxis des Rückwurfs von Beifängen verbietet, die Zentralisierung von Entscheidungen in Brüssel beendet und neue Wege bei der Zuteilung von Fangquoten an Fischereibetriebe geht. „Frau Damanaki hat bereits im Vorfeld bewiesen, dass sie sich von den Gegnern einer nachhaltigen Fischereipolitik nicht vom Kurs abbringen lässt“, zeigt sich die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament zuversichtlich angesichts der zu erwartenden Vorschläge der griechischen EU-Kommissarin. „Jedes Jahr werden weltweit 7,3 Millionen Tonnen Fisch ins Meer zurückgeworfen. Der größte Teil stirbt. Es ist höchste Zeit, dass wir der skandalösen Verschwendung von essbarem Fisch ein Ende bereiten“, begrüßt Rodust das geplante Rückwurfverbot. „Für Sonderfälle wie die Nordseekrabbenfischerei, deren Beifang zum größten Teil den Rückwurf überlebt, werden wir allerdings über Ausnahmeregeln reden müssen.“ Auf große Zustimmung bei der Sozialdemokratin stoßen auch Damanakis bereits angekündigte



Ideen zur Regionalisierung: „Wichtig ist ein Mentalitätswechsel auf allen Ebenen. Die EU-Kommission hat begriffen, dass nicht jede Netzmaschenweite, jedes Fisch-Mindestmaß und jedes Schutzgebiet in Brüsseler Bürotürmen festgelegt werden kann“, so Rodust. Es sei an der Zeit, dass Regierungen und Behörden nachziehen und begreifen, dass ohne Investitionen in wissenschaftliche Daten die Fischerei langfristig verloren sei. „Auch einige Fischer müssen noch begreifen, dass sie sich wirtschaftlich ihr eigenes Grab schaufelten, wenn sie nicht mithelfen, Überfischung zu beenden, so Rodust weiter.

Den geplanten und bereits heftig im Vorfeld umstrittenen Vorschlägen zu handelbaren Fischereiquoten sieht Rodust mit gemischten Gefühlen entgegen: „Es ist richtig, dass es einerseits an vielen südeuropäischen Küsten zu viele Fischer gibt. Handelbare Quoten würden es ihnen erlauben, mit einer Entschädigung aus ihrem Beruf aussteigen zu können. Aber wir müssen andererseits aufpassen, dass wir unsere Kleinfischerei nicht kaputt machen. Ich gehe davon aus, dass wir an dieser Stelle nachbessern werden müssen“, kündigt die Sozialdemokratin an.

Abschließend macht Rodust deutlich: „Eine gute Fischereipolitik wird es nur geben, wenn wir alle an einem Tampen ziehen. Politik und Verwaltung müssen die Fischer ins Boot holen. Denn wir machen diese Reform, damit die Europäische Fischerei eine Überlebenschance hat!“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.07.2011, 15:26 Uhr - 5915 Clicks - Nr. 740

#### **Besuch beim UKSH in Lübeck**

Spannende Zeiten für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein: In den vergangenen Wochen ist die Frage um die Zukunft des fusionierten Klinikums mit Standorten in Kiel und Lübeck neu gestellt worden, im klinischen Bereich gab es mit EHEC eine große Herausforderung zu bewältigen. Grund genug für die Lübecker Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch und Hans Müller, sich gemeinsam mit ihrem Stormarner Kollegen Martin Habersaat (Hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion)



auf den Weg zur Uni und zum UKSH in Lübeck zu machen.

Auf dem Programm stand zunächst ein Gedankenaustausch mit Mitgliedern des Präsidiums. Dabei betonten die drei Landtagsabgeordneten die Grundsatzposition der SPD: „Wir sehen weder einen sachlichen Grund für eine Defusionierung noch für eine Privatisierung des Klinikums.“

Krankenversorgung, Forschung und Lehre könnten im Rahmen eines Asset-Modells weiterentwickelt werden. Wichtig sei vor allem, jetzt schnell an die Umsetzung zu gehen und nicht noch weiter abzuwarten. Den Wunsch der Lübecker Hochschule nach einer Umwandlung in eine Stiftungsuniversität wird man in den zuständigen Gremien weiter beraten.

Anschließend ging es „in die Praxis“: Man besuchte das Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene und dessen Direktor, Prof. Dr. med. Werner Solbach. Hier besprach man die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Qualität in Wissenschaft, Forschung und Ausbildung sowie einer planungssicheren Sanierung des Gebäudebestandes. Auf einem Rundgang durch das Institut informierte Solbach die Abgeordneten über Verlauf und Bewältigung der EHEC-Krise in Norddeutschland.

Fazit der Abgeordneten: „Das UKSH verfügt an seinen beiden Standorten Kiel und Lübeck über eine starke und wettbewerbsfähige Forschung. Diese zu erhalten ist eine wichtige Aufgabe, wenn Schleswig-Holstein sich positiv weiter entwickeln soll.“ Dabei gehe es um den Erhalt und die Weiterentwicklung sowohl der Krankenversorgung, als auch des Hochschulwesens und der Wirtschaftskraft des Landes.

**Keine Kommentare**

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 12.07.2011, 16:40 Uhr - 18864 Clicks - Nr. 741

#### **SPD fordert unbefristete Arbeitsverträge**

Hans-Peter Stahl fordert faires und qualifiziertes Auswahlverfahren.

SPD fordert unbefristete Arbeitsverträge für das Personal des Kreises Pinneberg im Jobcenter.

Hans-Peter Stahl: Faires und qualifiziertes Auswahlverfahren.

Für die 73 befristet beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kreises Pinneberg im Jobcenter muss –so Hannes Birke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion ein transparentes und schlüssiges Personalkonzept auf die Beine gestellt werden. So sein Fazit eines Gespräches der SPD-Fraktion mit dem Personalrat des Jobcenter.

Anlass für das Gespräch war die seit dem letzten Jahr bestehende Unsicherheit über die Weiterbeschäftigung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die Im Zuge der Neuorganisation der Jobcenter im Kreis Pinneberg vom Kreis befristet für ein Jahr übernommen wurden. Die Befristung war notwendig, weil zum damaligen Zeitpunkt noch nicht klar war, wie viele Stellen der Kreis Pinneberg für die Arbeit im Jobcenter letztlich zur Verfügung zu stellen hatte.

Nach den bislang bekannten Informationen wird der Kreis entsprechend seiner vertraglichen Verpflichtungen ab 2012 ein Kontingent von ca. 50 Stellen zu besetzen haben. Da bereits 12 Mitarbeiter/innen einen unbefristeten Vertrag haben, bleiben rechnerisch 38 Stellen übrig, die ab 2012 in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis überführt werden können.

Zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung mit gut eingearbeiteten und erfahrenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist es –so Hans-Peter Stahl -sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion- notwendig, schnell und umfassend für Klarheit bei den Mitarbeiter/innen des Kreises Pinneberg zu sorgen. Wenn besonders qualifizierte Beschäftigte keinen unbefristeten Arbeitsplatz erhalten, so

besteht die Gefahr, dass sie sich weg bewerben, befürchtet Stahl.

SPD und Personalrat waren sich einig, dass die Personalauswahl nicht im „stillen Kämmerlein“ erfolgen darf. Sie fordern, dass die befristet beschäftigten Mitarbeiter/innen rechtzeitig und umfassend über die Personalentwicklung beim Jobcenter Kreis Pinneberg informiert werden, über die weiteren Verfahrensschritte zu informieren sind, ein qualifiziertes Auswahlverfahren nach festen Kriterien unter Beteiligung des Personalrates stattfindet und zusätzlich zu den 50 Stellen ein entsprechender Personalpuffer für freiwerdende Stellen im Rahmen von Personalfluktuations mit einzuplanen ist.

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.07.2011, 17:10 Uhr - 1719 Clicks - Nr. 742

#### **SPD-Ratsfraktion informiert sich bei HDW über aktuelle Entwicklungen**

Auf Initiative der Fraktionsvorsitzenden, Ratsfrau Gesa Langfeldt, hat sich eine Delegation der SPD-Ratsfraktion Kiel ein Bild vor Ort von der aktuellen Entwicklung bei HDW gemacht. Gemeinsam mit Ratsfrau Ingrid Lietzow und Ratsherr Karschau hat ein intensives Gespräch mit fünf HDW-Betriebsräten, unter ihnen der Betriebsratsvorsitzende Ernst August Kiel, stattgefunden. Der Rückblick zum Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutlicht, wie schwierig die Situation auch für HDW war. Fast zwei Jahre hat es Kurzarbeit gegeben. Mit Abu Dhabi Mar ist Ende 2009 ein Partner gefunden worden, der nachhaltige Beschäftigung fördern und zukunftsweisende Investitionen tätigen will. Mittlerweile ist der Vertrag zwischen HDW und Abu Dhabi für den zivilen Überwasserschiffbau abgeschlossen, obwohl das Geschäft mit Blohm + Voss den militärischen Überwasserschiffbau betreffend letztendlich nicht zustande gekommen ist. Auch der Kernbereich von HDW, der U-Boot-Bau mit über 2.200 Beschäftigten, ist von der Finanzkrise betroffen. Erstmals gab es im Konstruktionsbereich Kurzarbeit. Mittlerweile ist die Auftragslage nicht besorgniserregend, es wird mittelfristig mit über 2.000 Beschäftigten gerechnet. Nach wie vor steht bei HDW die Ausbildung hoch im Kurs. Sowohl im technisch-gewerblichen als auch im studentischen Bereich befinden sich ca. 100 junge Menschen derzeit in ihrer Vorbereitung auf das Berufsleben. Gleichwohl liegt der Altersschnitt bei ca. 45 Jahren.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 13.07.2011, 10:32 Uhr - 14892 Clicks - Nr. 743

#### **Thönnies wirbt für den „Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen“**

#### **Gemeinsam behinderte und nicht behinderte junge Menschen beschulen:**

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen schreibt bereits zum dritten Mal gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung und der deutschen UNESCO-Kommission den Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen aus.



Um ein gemeinsames lernen behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler zu

ermöglichen, sind gute Beispiele die besten Argumente, denn sie zeigen: Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung stärkt die Bildungschancen aller Kinder.

„Professor Jakob Muth (1927 - 1993) setzte sich intensiv für die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern ein. Er war als engagierter Pädagoge davon überzeugt, dass jedes gute Beispiel Früchte trägt. In diesem Sinne soll der Preis die Schulen darin bestärken, den Weg der Inklusion konsequent weiterzugehen und möglichst viele dabei mitzunehmen“, erläutert Franz Thönnies.

In Schleswig-Holstein werden inzwischen mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Allerdings gibt es nach wie vor Unterschiede in den verschiedenen Landkreisen. So haben die Kreise Segeberg, Nordfriesland und Dithmarschen eine hohe Inklusionsquote, wohingegen Flensburg und Lübeck eine eher niedrige haben. „Ziel muss es sein, alle Kreise auf ein gleichermaßen hohes Niveau zu bringen“, meint Thönnies.

Ein gutes Beispiel für Inklusion ist das Städtische Gymnasium in Bad Segeberg. Dort wird seit Jahren ein integratives Unterrichtskonzept verfolgt, das Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung oder Lernbehinderung einschließt. Mit deren Einbeziehung haben sich neue, offene Unterrichtsformen wie Stationsarbeit, Wochenplanarbeit und Projektarbeit entwickelt. Es hat sich auch dort gezeigt, dass eine inklusive Beschulung nicht nur einen Vorteil für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf darstellt, sondern dass die anderen Kinder und Jugendlichen davon genauso profitieren.

Deshalb wünscht sich der SPD-Bundestagsabgeordnete eine besonders große Beteiligung aus den Kreisen Segeberg und Stormarn: „Ich bin davon überzeugt, dass von diesem Konzept alle Kinder profitieren. Sie werden individuell gefördert, erlernen soziale Kompetenz und den natürlichen Umgang mit menschlicher Vielfalt. Dies ist von unerlässlicher Bedeutung für eine qualitativ hochwertige und human geprägte Persönlichkeitsentwicklung.“

Bundesweit kann man sich bis zum **15.9.2011** bewerben. Die drei Preise, in Höhe von jeweils 3000 Euro, werden 2012 in Berlin verliehen. Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen findet man auf der Seite:

[www.jakobmuthpreis.de](http://www.jakobmuthpreis.de).

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.07.2011, 12:14 Uhr - 2850 Clicks - Nr. 744

#### **AG 60plus auf Elb-Fahrt mit der „Kaiser-Wilhelm“**

Die AG 60plus des SPD-Kreisverbandes Stormarn lädt zu einer

Nostalgie-Fahrt auf der Elbe ein. Am Sonntag, dem 31. Juli fährt es mit dem Bummelzug zunächst von Bad Oldesloe über Ratzeburg, Mölln und Büchen durch die schöne Sommerlandschaft Schleswig-Holsteins zur Schifferstadt Lauenburg. Dort wird das Elb-Schiffahrts-Museum besucht.

Dann geht es für eine zweisündige Rundfahrt auf der Elbe an Bord auf den im Jahr 1900 gebauten Rad-Dampfer „Kaiser-Wilhelm“.



„Das ist kein nachgebautes Nostalgie-Schiff, sondern alles ist Original Baujahr 1900. Nur die Prüfurkunde der aktuellen Dampfkessel-Abnahme ist neu.“ So Jürgen Schneider, Vorsitzender der AG 60plus des SPD-Kreisverbandes Stormarn. „Der Erhalt dieses technischen Denkmals ist nur möglich, weil die Mitglieder des Fördervereins hunderte von Arbeitsstunden dafür opfern. Durch unseren Besuch wollen wir auch diese enorme Arbeitsleistung anerkennen.“

Die Teilnahme an diesem Ausflug kostet 20 Euro. Treffen ist um 12:15 Uhr in der Bahnhofshalle in Bad Oldesloe. Rückkehr gegen 20:30 Uhr. Anmeldung erforderlich: 04531/84603 (AB) oder [juergen.schneider@spd-badoldesloe.de](mailto:juergen.schneider@spd-badoldesloe.de)

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.07.2011, 23:36 Uhr - 5974 Clicks - Nr. 745

#### **Sommerbrief von Sigmar Gabriel**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,

die parlamentarische Sommerpause hat begonnen, und trotzdem wird es in der Bundespolitik unruhig bleiben: Ob Euro-Krise, Schuldenmisere, Steuerdebatte, Panzer-Deal, Bildungsprobleme, Altersarmut, Pflegenotstand oder manch andere Themen – diese Bundesregierung lässt alles ungelöst. Stattdessen wird die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP auch in der Sommerzeit unentwegt und ohne Ergebnis streiten.



Die wahre Ursache für diese Unfähigkeit zu regieren, ist die völlige Ziel- und Richtungslosigkeit von Kanzlerin Merkel. Was gestern noch galt, wird heute über Bord geworfen, und was morgen

kommen wird, ist völlig unklar.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind längst ernüchtert auf der Suche nach einer Alternative. Dabei geht es nicht nur um einzelne Gesetzesinitiativen oder Einzelforderungen. Die Menschen suchen nach Orientierung und nach einer Idee, wie es in unserem Land und in Europa weitergehen soll. Dafür haben wir Sozialdemokraten viel anzubieten: Unsere Idee einer sozialen Gesellschaft. Wir brauchen in Deutschland und Europa einen neuen Aufbruch und neuen Fortschritt für diese Idee einer sozialen Gesellschaft, die unserem Gemeinwesen Inhalt, Zusammenhalt und Richtung gibt.

Deutschland wird schlecht regiert.

„Die können es einfach nicht“ – wäre das zur Mitte der Wahlperiode nur das Urteil der SPD- Opposition über die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP, die Kanzlerin Angela Merkel könnte beruhigt in die Sommerfrische abreisen. Es ist aber längst auch das Urteil der Mehrheit der Deutschen. Nie zuvor waren sich selbst konservative Unternehmer und Journalisten in ihrem Urteil über eine Bundesregierung so einig. Was könnte Union und FDP, die sich stets als „natürliche“ Regierungsparteien sehen, härter treffen? Die Gründe dafür sind bekannt: Es fehlt an politischer Führung, es fehlt an Mut und klarer Prioritätensetzung und an Erklärungskraft durch die Regierenden. Die Bundesregierung tut nicht, wofür sie gewählt wurde: nämlich ordentlich regieren. Unternehmer und Wissenschaftler sind einig: Die jetzige gute wirtschaftliche Entwicklung ist ein Aufschwung nicht „wegen“, sondern „trotz“ der antriebs- und führungslosen Koalition aus Union und FDP.

Politik erscheint nur noch als zynisches Machtspiel – Nirgendwo geht es mehr um die Sache.

Auch die Bürgerinnen und Bürger – enttäuscht und ermüdet vom ständigen Streit und den Sticheleien zwischen den Koalitionären – wenden sich mit Grausen ab. Ob Euro-Krise, Energiewende, UN-Sicherheitsrat oder die immer wieder kehrende Steuersenkungsdebatte – längst hat sich die Koalition in eine Dauertalksendung ohne Moderation verwandelt. Eine Dauerwerbeseinblendung für Politik ist dieser Zustand indes nicht. Angela Merkels rücksichtslose Kehrtwenden gegenüber allem, was sie noch kurz zuvor mit allem ihr zur Verfügung stehendem Pathos als „alternativlos“ oder „zwingend“ bezeichnet hat, ermöglicht keinerlei Orientierung mehr. Schon seit langem haben viele Menschen das Gefühl, Politik habe keinerlei Sachbezug mehr, sondern sei nur ein zynisches Spiel um Macht und Machterhalt. Die aktuelle CDU/CSU/FDP-Regierung liefert dafür jeden Tag einen neuen Beleg.

Die Herausforderungen für unser Land wachsen – und die Spaltung nimmt zu.

Dabei gibt es genug zu tun: Die wachsende Staatsverschuldung macht den Bürgerinnen und Bürgern heute viel Sorge. Die Regierungen Europas schnüren immer neue Rettungspakete, finden aber keinen Weg aus der Euro-Krise. Nach wie vor fürchten Menschen trotz guter Wirtschaftslage um ihren Arbeitsplatz oder haben einen völlig unzureichenden Lohn. Der demographische Wandel ist nicht allein ein universitäres Seminarthema, sondern wird längst von vielen Menschen in ihrem

eigenen familiären Umfeld erlebt, etwa bei der Pflege von Angehörigen. Die mangelnde Handlungsfähigkeit unserer Kommunen ist kein Klagelied der Kämmerer, sondern in Stadtteilen und Kiezen mit Händen zu greifen. Ebenso der erbarmungswürdige Zustand unserer Bildungseinrichtungen. Und wer einmal seinen Nachbarn beim Sammeln von Pfandflaschen sehen musste, braucht nicht den Armutsbericht der Bundesregierung, um zu wissen: Einkommen und Vermögen entwickeln sich in Deutschland rasant auseinander. Während selbst in der zurück liegenden Krise die Zahl der Vermögensmillionäre auf 860.000 gewachsen ist, besitzt etwa die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung überhaupt kein Vermögen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft nimmt weiter zu.

Mehr Demokratie wagen – das ist auch heute die richtige Antwort.

Die Demokratie lebt aber davon, dass Menschen ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern nicht nur etwas abfordern, sondern auch etwas zutrauen. Die größten Gefahren für unsere Demokratie sind Ohnmacht, Apathie und Politikverachtung. Es kommt deshalb vor allem darauf an, Menschen wieder Mut zur eigenen Beteiligung und Einflussnahme zu machen. Auch in Bürgerinitiativen und in den Organisationen der Zivilgesellschaft. Aber eben nicht nur da. Denn am Ende braucht Deutschland (und Europa) auch demokratisch legitimierte Entscheidungen. Neben der dringend notwendigen Erweiterung unserer Verfassung für Volksabstimmungen auch auf Bundesebene, werden das Parlament und die dort gewählte Regierung der wichtigste Ort dieser Entscheidungen bleiben. „Mehr Demokratie wagen“ – dieser Ausruf Willy Brandts von 1969 - steht deshalb für die SPD heute wieder im Mittelpunkt ihrer Politik.

Die entscheidende Voraussetzung für diese „Ermächtigung“ der Bürgerinnen und Bürger, wie es Joachim Gauck genannt hat, ist eine Idee von Deutschland (und Europa), die uns nicht länger dazu verpflichtet, immer nur darüber zu reden, wie wir angeblich wegen des Drucks der Ökonomie oder der Globalisierung leben müssen. Es muss wieder darum gehen, wie wir leben wollen! Miteinander in einer sozial verantwortlichen Welt statt als Einzelkämpfer auf den Märkten. Selbstbestimmt und individuell, aber verbunden mit Verantwortung für andere. Als Deutsche mit einem vielfältigeren, bunteren und manchmal auch konfliktreicheren „Deutschsein“. Aber mehr denn je in einem gemeinsamen Europa, das mehr sein muss als ein gemeinsamer Markt. Wir haben als SPD daher gemeinsam mit unserer Schwesterpartei in Frankreich eine Initiative zur Einführung einer europäischen Transaktionsteuer auf Finanzprodukte gestartet. Damit die Verursacher der Krise endlich an deren Bewältigung beteiligt werden.

Nur die soziale Gesellschaft schafft das moderne Deutschland.

Es geht also um die Wiederentdeckung und die Wiederstärkung der sozialen Gesellschaft. Aus dem eigenen Leben etwas zu machen und trotzdem nicht zu vergessen, dass wir Verantwortung auch für andere haben. Die soziale Gesellschaft ist das Gegenmodell zu der seit 20 oder 30 Jahren vorherrschende Ideologie, jeder habe sich nur um sich selbst zu kümmern. Wettbewerb um jeden Preis lautete das Motto. Das Ergebnis dieses hemmungslosen Wettbewerbs war die gewaltige Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir bis heute nicht überstanden haben. Dieser Irrweg ist in Deutschland, Europa und weltweit gescheitert.

Die soziale Gesellschaft will Freiheit und Verantwortung wieder miteinander verbinden. In ihr wird wirtschaftlicher Erfolg und Wettbewerb nicht als alleiniges Ziel absolut gesetzt, sondern wird verbunden mit sozialem Fortschritt. Erfolgreiche Gesellschaften entspringen der gemeinsamen Anstrengung und der gemeinsamer Verantwortung aller für einander. Mit Wirtschaft und Wettbewerb allein sind ein modernes Deutschland und ein starkes Europa nicht zu erreichen. Diese Ziele erreichen wir nur, wenn Wirtschaft und Wettbewerb mit Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen, sozialer und ökologischer Verantwortung für einander und kultureller Vielfalt verbunden werden.“.

In der sozialen Gesellschaft sollen die Spaltungen in unserer Gesellschaft überbrückt und überwunden werden. Die Spaltungen zwischen Wirtschaft und sozialer Sicherheit, zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Jungen und Alten, Männern und Frauen, Deutschen und Zugewanderten, Gesunden und Kranken und auch zwischen Vermögenden und Nicht-Vermögenden. Diese soziale Gesellschaft ist zugleich das Leitbild für Europa und unser europäisches Angebot in der Welt. Dafür müssen sich verantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen, Wirtschaft, Gewerkschaften und auch die Politik gemeinschaftlich einsetzen.

Die soziale Gesellschaft bringt Fortschritt für Menschen.

Die soziale Gesellschaft will wirtschaftlichen und technischen Fortschritt mit dem Fortschritt für das kulturelle, soziale und ökologische Zusammenleben verbinden. Fortschritt war für die SPD nie nur etwas Technisches oder Wirtschaftliches, sondern sollte immer Fortschritt für die Entwicklung jedes Einzelnen und der ganzen Gesellschaft bedeuten.

Natürlich brauchen wir für die Umsetzung diese Idee einer sozialen Gesellschaft auch konkrete Instrumente. Ein paar Dinge liegen dabei auf der Hand: Die Schulden müssen runter – Innovation müssen rauf. Industrie und produzierendes Gewerbe müssen Wachstumsmotor bleiben und dafür braucht es Planbarkeit und Berechenbarkeit in den Rahmenbedingungen – vor allem bei der Energie. Europa braucht besseres Regieren, vor allem aber Investitionen in seine Zukunft und mehr statt weniger Zusammenarbeit und Demokratie. Das Schuften ohne fairen Lohn muss ein Ende haben. Wenn Top-Manager 20 Prozent mehr verdienen, dann sind 2 Prozent Lohnerhöhung viel zu wenig. Das zügellose Kapital braucht robuste europäische (besser noch: internationale) Regeln. Deutschland muss endlich auch bei Bildung und Betreuung an die Weltspitze. Unsere Städte und Gemeinden müssen wieder Heimat werden: lebenswert, sicher, sozial und kulturell interessant – für Junge ebenso wie für Alte. Und nicht zuletzt: Qualität in der Medizin für alle durch die Einführung einer Bürgerversicherung für alle ist das Alternativmodell gegen die Zwei-Klassen-Medizin. Und noch etwas gehört für uns zu einer sozialen Gesellschaft: ein menschlich anständiger Umgang mit Pflegebedürftigen. Das heißt auch: Eine anständige Bezahlung für Pflegerinnen und Pfleger. Dass dies alles aber nicht mit Steuersenkungen und auch nicht auf Pump geht, liegt auf der Hand. Einsparungen, Subventionsabbau und auch etwas höhere Steuern auf große Vermögen und Einkommen sind dafür notwendig. Auch das gehört zum Fortschritt in einer sozialen Gesellschaft.

Fortschritt für eine soziale Gesellschaft: eine Erfolgsgeschichte.

Wir haben allen Grund zum Optimismus, denn diese Idee einer sozialen Gesellschaft hat ja gerade im Wettbewerb gegen andere gewonnen. Es waren doch die sozialen Rahmenbedingungen und die Sozialpartnerschaft von Unternehmen und Gewerkschaften, die Deutschland besser durch die Finanzkrise gebracht haben als Staaten wie Großbritannien oder die USA.

Über diese Erfolgsgeschichte des Fortschritts in einer sozialen Gesellschaft lohnt es, zu sprechen. Nicht in abstrakten Sonntagsreden, sondern im Alltag, im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen, Nachbarn und Freunden. Der zentrale Unterschied zwischen der heutigen Regierung unter „Führung“ der Union und der künftigen unter der Führung der SPD wird sein, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern zumuten und zutrauen, über das zu sprechen, was gut für das Ganze ist - statt immer nur an ihren Egoismus und ihre Einzelinteressen zu appellieren. Deshalb müssen wir auch für unser besseres Modell einer sozialen Gesellschaft bei den Menschen werben.

Lasst uns also darüber reden, diskutieren und vor allem dafür mutig streiten. Dann werden wir nicht nur Wahlen gewinnen, sondern vor allem besser regieren.

Mit allen guten Wünschen für die Sommerzeit

Euer Sigmar Gabriel

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 16.07.2011, 18:57 Uhr - 16091 Clicks - Nr. 746

#### **Ein Sommermärchen in Trappenkamp**

*Zur Frauen-Fußball-WM bot der SPD-Kreisverband ein Torwand-Schießen an*

Die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen in Deutschland nahm der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde zum Anlass zum diesjährigen traditionellen Familiensommer der SPD Schleswig-Holstein im Erlebniswald Trappenkamp ein Torwand-Schießen anzubieten.

Zu den erfolgreichen Torschützen gehörten auch die Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli und Kai Dolgner sowie der Landesvorsitzende Ralf Stegner und Spitzenkandidat Torsten Albig.



Der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix, Bundestagsabgeordneter im Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, freute sich über die rege Beteiligung. „Der Familiensommer des SPD-Landesverbandes ist mittlerweile eine traditionelle Veranstaltung, die sich großer Beliebtheit erfreut. Der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde hat dieses Jahr auch erstmals eine Gruppe Eckernförder Familien nach Trappenkamp eingeladen.“

**Keine Kommentare**

### **Sommertour - Albig hört zu**

Als zweite Station des Demokratiesommers von war nun der Kreis Stormarn dran. Nach dem Auftakt in Kiel hatten sich knapp 100 Gäste aus Stormarn und umliegenden Kreisen im Reinbeker Schloss eingefunden, um Torsten Albig mitzugeben, was ihnen für die Zukunft des Landes wichtig ist. Neugierig sei er und am Dialog interessiert, sagte er. „Man sollte damit rechnen, klüger aus diesen Veranstaltungen herauszukommen, als man hineingegangen ist“, fasste Albig seine Erwartungen zusammen.



In einer kurzen Startrunde plauderte Albig mit Moderator Carsten Kock und stellte sich und die Idee des Demokratiesommers vor. Unter den Gästen befanden sich zahlreiche Vereins- und Verbandsvorsitzende wie der Stormarner DGB-Vorsitzende Uwe Teut, SPD-Mitglieder und aktive Politiker - darunter der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies, der ehemalige Reinbeker Bürgermeister Detlef Palm und der amtierende, Axel Barendorf. Aber auch Bürgerinnen und Bürger, die politisch nicht aktiv und in keiner Partei sind, waren gekommen, um Torsten Albig einmal aus der Nähe kennenzulernen. „Steht Albig drauf und Stegner ist drin?“ So lautete eine der Fragen, die diesem Kennenlernen dienten. Albig hatte darauf eine einfache Antwort: „Wo Stegner oder Albig draufsteht, ist immer SPD drin.“

Dann ging es zur Sache. Ob per Textbotschaft, Video, Bild, Foto oder im Gespräch: Die Besucherinnen und Besucher waren aufgefordert, Albig ihre Wünsche für die Zukunft Schleswig-Holsteins mitzugeben. Beruf und Familie, Bildung, Infrastruktur, norddeutsche Zusammenarbeit und andere - es waren viele Themen, die da aufs Trapez kamen. „Die Ergebnisse aller dieser Zukunftsgespräche werden gesammelt, aufbereitet und auf einem ‚Bürgerparteitag‘ zur Diskussion gestellt“, erklärt Martin Habersaat. Der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete hatte die Station mit den Textbotschaften an Albig betreut und dort für viele Gespräche zur Verfügung gestanden. „Anschließend fließen die Themen dann ist das Regierungsprogramm der SPD ein.“

In einer abschließenden Gesprächsrunde hatten alle Gäste die Möglichkeit, neben Albig Platz zu nehmen und Fragen an den Mann zu richten, der wahrscheinlich der nächste Ministerpräsident Schleswig-Holsteins wird. Das ging gleich zu Beginn in die Tiefe: Wie Albig es verhindern wolle, dass Politik und Bevölkerung durch eine Wand getrennt seien, wollte Peter Kastner aus Oststeinbek wissen. Albig nutzte die Frage, um sein Verständnis von Politik zu erläutern. Zwar gebe es „das Raumschiff Berlin“, auch in Kiel und in jedem Rathaus gebe es diese Tendenz. Wenn der Bundesfinanzminister 20 Stunden am Tag versuche, den Euro zu retten, habe das mit dem Alltag in Stormarn eben wenig zu tun. Aber einer Entfremdung könne man entgegenwirken, indem man Orte der Begegnung schaffe. Albig: „Meine Grundthese ist, dass die Menschen sich für Politik interessieren. Und mit diesen Menschen möchte ich kontinuierlich so in Kontakt treten, wie wir das

nun begonnen haben. Eine Regierung muss sich die Bereitschaft zum Diskurs erhalten."

Wer es am 13. Juli nicht nach Reinbek geschafft hat, kann die Veranstaltung auch in den Nachbarkreisen besuchen:

30. Juli, 13.30 Uhr, Hans Ralfs Haus in Neustadt (Ostholstein)

13. August, 11.30 Uhr, Nordport-Towers in Norderstedt (Segeberg)

6. September, 19.30 Uhr, Schröders Hotel in Schwarzenbek (Herzogtum Lauenburg)

17. September, 18.00 Uhr, Eventhaus Hoffnung in Lübeck

Der Bürgerparteitag wird auch online vorbereitet: Unter [www.demokratiesommer.de](http://www.demokratiesommer.de) kann sich jeder über die Ergebnisse der Zukunftsgespräche informieren, eigene Thesen hinterlassen oder die Thesen anderer kommentieren.

**Keine Kommentare**

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 17.07.2011, 18:05 Uhr - 2467 Clicks - Nr. 748

**Ortsvereinszeitung Nr. 104**

Der SPD-Ortsverein hat eine neue Ausgabe ihrer Zeitung herausgebracht.

[Die letzten PDF-Ausgaben findet ihr hier.](#)

Mehr gibts nicht zu sagen :-)

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 17.07.2011, 20:46 Uhr - 8139 Clicks - Nr. 749

**Trauer um Heinz Reincke – Straßen- oder Platzbenennung wäre gut!**

"Heinz Reincke, dessen große Schauspielkunst und dessen so typische Stimme unvergessen sein wird, war und blieb immer ein Kieler Jung`! Er gehört eindeutig in die Reihe von Hans Söhnker, Bernhard Minetti und auch Ernst Busch, die aus unserer Stadt kamen. Deshalb schlagen wir eine Platz- oder Straßenbenennung vor, die dann ständig an Heinz Reincke erinnert.

Er hat so ein starkes von Sympathie getragenes Signal verdient. Damit würdigt die Stadt einen Künstler, dem es eindrucksvoll gelang, gerade die „einfachen Menschen“ in allen ihren Facetten so großartig darzustellen", so SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

**Keine Kommentare**

### **Wentorfs Wälder wandernd wahrnehmen**

2011 ist das Jahr der Wälder. Ein schöner Anlass für die SPD Wentorf um die Vorsitzende Marlies Rothländer und ihre Stellvertreterin Irmtraut Zilles, eine Führung durch den „Wentorfer Busch“ zu organisieren. Das Gelände, vielen bekannt als „Petersen-Park“ liegt auf Wentorfer Gebiet, gehört aber zur Försterei Bergedorf. Försterin Christine Franke führte viele interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Wentorf und Umgebung nun durch den Wald. Dabei war auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



Christine Franke ging bei der Führung auf Themen wie nachhaltige Fortwirtschaft und die Tiere des Waldes ein, wusste aber auch viele Anekdoten aus der Geschichte des Waldes zu erzählen. Gemeinsam bestaunte man 200jährige Buchen, den alten Grenzwall zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein und die Fundamente eines alten Torhauses, das aus der Zeit stammt, in dem der heutige Wald noch als Park genutzt wurde. Dabei führte Franke die Gruppe über zahlreiche Schleich- und Trampelpfade, so dass selbst Ortskundige sich nicht sicher waren, die Strecke allein nachvollziehen zu können. „Schön, auf diese Weise etwas über die Heimatregion zu erfahren“, fand eine Teilnehmerin.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum "Internationalen Jahr der Wälder" erklärt. Damit soll auf die besondere Bedeutung des Waldes und einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung hingewiesen werden. Martin Habersaat: „Anlässlich des Jahres der Wälder habe ich in diesem Jahr verschiedene Wälder in Schleswig-Holstein besucht. Es ist interessant, auch einmal Themen abseits der eigenen Fachbereiche kennenzulernen.“ Martin Habersaat ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Der zweite Arbeitsschwerpunkt des 34jährigen Abgeordneten ist die Metropolregion Hamburg.

Martin Habersaat (l.) und Christine Franke (v.r.)

**Keine Kommentare**

### **Über 30 Gäste bei 60plus**

Sommerpause? Nicht für den Diskussionsstreff 60plus in Glinde, wo fast die Torte nicht gereicht hätte: Mehr als 30 interessierte Gäste konnte Organisatorin Marietta Exner zum Juli-Treffen begrüßen. Alle waren gekommen, um sich vom Landtagsabgeordneten Martin Habersaat etwas über dessen neue Aufgaben in der Landtagsfraktion erzählen zu lassen. Seit Mai 2011 ist der 34jährige Barsbüttler bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes.



Aber auch zahlreiche andere Themen wurden angerissen - von der Integration über die Pflege bis zu den zahlreich aufliegenden Doktor-Mogeleien.

Martin Habersaat nahm sein Aufrücken in den Fraktionsvorstand zum Anlass, die Arbeitsweise der Landtagsfraktion zu erläutern, deren inhaltliche Arbeit in verschiedenen Arbeitskreisen organisiert ist. Jeden Dienstag trifft sich erst der Fraktionsvorstand, bevor um 14.00 Uhr die gesamte Fraktion in ihrem Kieler Sitzungssaal zusammentritt. Der Arbeitskreis für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, dem Habersaat vorsitzt, tagt jeden Donnerstag. Immer freitags werden Termine im Land wahrgenommen und beispielsweise Universitäten, Fachhochschulen und andere Einrichtungen besucht. Montags ist der Abgeordnete für die Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ in der Landeshauptstadt.

Habersaat berichtete auch von der Arbeit seiner Fraktionskollegen, etwa von Birte Pauls, die sich für Verbesserungen im Bereich der Pflege einsetzt und Serpil Midyatli, die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. In der anschließenden Fragerunde ging es dann um Habersaats Schwerpunkt, die Bildungspolitik, um das Problem der wegfallenden Zivildienstleistenden und die Frage, wie eigentlich so viele Menschen beim Erstellen ihrer Doktorarbeit mogeln konnten. Habersaat erläuterte die Arbeitsweise der Universitäten und stellte fest: „Ein ist sicher, wer heute seine Doktorarbeit schreibt, der hat es so schwer wie seine Vorgänger seit Jahren nicht.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.07.2011, 12:48 Uhr - 4337 Clicks - Nr. 752

#### **Arbeit für Alle – SPD-Ratsfraktion zu Besuch bei den Werkstätten am Drachensee**

Am 13. Juli 2011 besuchte die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Kiel, Ratsfrau Gesa Langfeldt, gemeinsam mit Ratsfrau Antje Danker, SSW, und SPD-Ratsherrn Thomas Wehner, Sprecher für Menschen mit Behinderung, die Werkstätten am Drachensee.



Neben dem Stiftungsvorstand Klaus Teske, dem Qualitätsbeauftragten Sönke Lintzen, dem Werkstättenleiter Hansjörg Fischenbek haben auch die Vorsitzende des Angehörigenbeirates Christa Gehl und der Vorsitzender des Werkstatrates Friedrich Rabe, seit über 30 Jahren Mitarbeiter am Drachensee, teilgenommen.

Eindrucksvoll beim Besuch in den Werkstätten ist neben der sichtbaren Präzision der ausgeführten Tätigkeiten und der professionellen Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem, dass es gelingt, einerseits Menschen mit unterschiedlichem Unterstützungsbedarf individuell zu fördern und andererseits produktive Beschäftigung zu organisieren.

Die Stiftung begleitet mehr als 600 Menschen in ihrem Berufsleben. Fast 200 Menschen leben in den 11 Wohnhäusern am Drachensee.

Die Themen, mit denen sich die Stiftung derzeit beschäftigt, sind zum einen der anstehende Generationenwechsel bei Beschäftigten sowohl mit als auch ohne Behinderung. Zum anderen gibt es die permanente Diskussion über die Inhalte von Inklusion.

Sozialpolitisch ist festzuhalten, dass das Angebot in Werkstätten auch zukünftig im bisherigen Umfang nicht wegzudenken sein wird. Gleichzeitig muss gefragt werden, ob es Möglichkeiten geben kann, den Anteil der Menschen mit Behinderung, die nach ihrer Schulzeit außerhalb einer Werkstatt ins Berufsleben starten, zu erhöhen. Uns kommt es darauf an, dass jeder Mensch nach seinen Fähigkeiten optimale berufliche Chancen bekommt. Wer geeignet für den 1. Arbeitsmarkt ist, sollte dort eine Chance bekommen. Die Werkstätten sind für uns wichtige Partner in der Diskussion. So könnte dem gesellschaftlichen Ziel der Inklusion ein Stück näher gekommen werden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 18.07.2011, 12:54 Uhr - 20348 Clicks - Nr. 753

**„Kreis Pinneberg atomstromfrei!“**

SPD-Kreisverband sammelt Ideen für die Energiewende vor Ort

Wenn es nach den Sozialdemokraten geht, soll der Kreis Pinneberg beim Ausstieg aus dem Atomstrom eine Vorreiterrolle übernehmen. „Wir freuen uns, dass der Ausstieg in Berlin jetzt unter Dach und Fach ist. Aber wir wollen mehr: Unsere Region soll so schnell wie möglich atomstromfrei werden“, fasst der SPD-Kreischef Hans-Helmut Birke eine Initiative seines Vorstandes zusammen.

Die Sozialdemokraten haben sich daher bereits eingehend damit auseinandergesetzt, mit welchen Maßnahmen auf Kreis- und Ortsebene sowie in den Privathaushalten vor Ort Schwung in die Energiewende gebracht werden kann. Birke: „Dazu können Bürgersolaranlagen gehören, wie es sie schon in einigen Orten gibt, örtliche Energiekonzepte für Gebäude – und natürlich der Anbieterwechsel weg vom Atomstrom“.

Mit verschiedenen Infobesuchen will die SPD jetzt den Sommer über weitere Informationen sammeln und die Werbetrommel für den Ausstieg vor Ort rühren. „Dabei wissen wir natürlich, dass wir im Kreis Pinneberg nicht bei Null anfangen“, macht Birke deutlich. „Denn es gibt bereits zahlreiche Ideen und Initiativen. Weil aber noch viel mehr möglich wäre, geht es jetzt vor allem darum, diese Konzepte und Gedanken zu sammeln, darüber zu informieren und natürlich über die Kommunalpolitik aktiv zu werden. So wollen wir die Energiewende voran bringen!“

In einem Flyer haben die Sozialdemokraten ihre eigenen Ansätze zu Papier gebracht. „Wir würden uns freuen, wenn noch viele Ideen dazu kommen“, wirbt Birke um weitere Vorschläge, die der Kreisverband unter [kv-pinneberg@spd.de](mailto:kv-pinneberg@spd.de) oder an den SPD-Kreisverband Pinneberg, Am Drosteipark 5, 25421 Pinneberg, entgegen nimmt.

Am Montag, dem 18. Juli startet die Kreis-SPD indessen mit ihrer Info-Tour: Der stellvertretende Kreisvorsitzende Thomas Hölck wird gemeinsam mit MdB Ernst Dieter Rossmann den Windpark

Uetersen besuchen und sich im Gespräch mit der Geschäftsführerin der Betreiberfirma, Rosemarie Rübsamen, und dem Uetersener Stadtwerkechef Manfred Tietje über ein mögliches Repowering am Standort und das seit dem 1. Juli laufende Konzept der Grünstrom-Direktvermarktung informieren.

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.07.2011, 10:17 Uhr - 4896 Clicks - Nr. 754

#### **Datenkrake ELENA gekippt – Erfolg für die AfA**

Auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) vom 16. bis 18. April 2010 in Potsdam haben die Delegierten für einen unverzüglichen Stopp vom „Elektronischen Einkommensnachweis = ELENA“ gestimmt. Wir als AfA haben empfohlen, gegen diese sensible Speicherung von Daten Einspruch zu erheben.

Nun hat die Bundesregierung dieses umstrittene Projekt zum Erheben der Arbeitnehmerdaten von Millionen Arbeitnehmern aus „Datenschutzgründen“ eingestellt.

Von Anfang an haben Datenschützer, Gewerkschaften und die AfA gegen diese arbeitnehmerfeindliche Datenflut protestiert. ELENA würde zum Missbrauch sensibler Arbeitnehmerdaten wie zum Beispiel bei Streikteilnahmen und Fehlzeiten führen.

Wir empfehlen nun allen betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, deren Daten in ELENA gespeichert wurden, ihre Arbeitgeber aufzufordern, die bislang gespeicherten Daten zu löschen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 19.07.2011, 12:57 Uhr - 8513 Clicks - Nr. 755

#### **Wohnsituation für Studierende verbessern!**

#### **Zu dem befürchteten Wohnungsmangel für Studierende in Kiel im kommenden**

#### **Wintersemester:**

„Die Kieler SPD stellt sich einer für die Stadt wichtigen Herausforderung. Das von Union und FDP beschlossene Ende der Wehrpflicht und die gleichzeitigen Abiturjahrgänge (G8/G9) haben zu dem für die Kieler SPD nicht überraschenden Anwachsen der Studienbewerberzahlen an den Kieler Hochschulen geführt. Das hat sozialpolitische Folgen: Die Wohnsituation für Studierende muss verbessert werden.

Ein wichtiges Ziel der Wohnungspolitik der Kieler SPD ist es, preisgünstigen Wohnraum für Studierende in der Stadt zu organisieren, besonders in der Nähe der Universität und der Fachhochschule. So wird es bereits im einstimmig von der Ratsversammlung beschlossenen Kieler Wohnungsmarktkonzept festgelegt.

Was wir wollen:

- Preisgünstigen Wohnraum für Studierende verwirklicht man durch den Bau weiterer

Studentenwohnheime. Bauherr wäre nicht die Stadt, sondern das Studentenwerk Schleswig-Holstein - aber die Stadt könnte auf ihrem Gebiet für eine entsprechende Bauleitplanung sorgen, z.B. in der Innenstadt. Junge Menschen, die in solchen Häusern wohnen, würden dann gleichzeitig ein Quartier beleben, in dem nach Geschäftsschluss zu oft "die Bürgersteige hochgeklappt werden". Die Kieler SPD ermuntert dazu, in dieser Richtung Gespräche aufzunehmen und sowohl für Studierende als auch für die Innenstadt eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Wir fordern die Landesregierung auf, das Studentenwerk Schleswig-Holstein finanziell entsprechend auszustatten, dass es zusätzlichen Wohnraum schaffen kann.

- Eine weitere Verbesserung der Wohnsituation lässt sich durch das Projekt "Wohnen für Hilfe - Wohnpartnerschaften zwischen den Generationen" erreichen. In diesem Projekt stellen Senioren, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung, die einen eigenen Haushalt führen und sich Gesellschaft, Unterstützung und Sicherheit durch eine Studierende oder einen Studierenden wünschen, eine Wohnung zur Verfügung. Im Gegenzug unterstützt dann die/der Studierende den Wohnraumanbieter bei der Verrichtung alltäglicher Dinge (z.B. Hilfen im Haushalt, Gartenarbeit, Einkaufen, Tierpflege, Spaziergänge, Gesellschaft leisten, Kinderbetreuung etc.). Medizinische Pflegeleistungen jeglicher Art sind jedoch von den Unterstützungsleistungen ausgeschlossen. Zwischen den Wohnpartnern wird – nach einer Phase des Probewohnens – ein Vertrag (Wohnraumüberlassungsvertrag) geschlossen, in dem die jeweiligen Unterstützungsleistungen vereinbart werden. Das Probewohnen kann bis zu zwei Wochen dauern und dient der Sicherheit, dass beide die richtige Entscheidung bezüglich des Wohnpartners getroffen zu haben. Vor allem Art und Umfang der Unterstützung sowie die Höhe der Nebenkosten finden in dem Vertrag Berücksichtigung. Beide Seiten profitieren innerhalb der Wohnpartnerschaft durch ein Geben und Nehmen. Das Prinzip „Wohnen für Hilfe“ ist einfach. Die Faustregel lautet: Pro Quadratmeter überlassenen Wohnraum leisten die Studierenden eine Stunde Hilfe im Monat; die Nebenkosten, wie Strom, Heizung und Wasser, tragen die Studierenden. Die individuelle Vereinbarung regelt dies im Detail.

Mit dem Projekt "Wohnen für Hilfe - Wohnpartnerschaften zwischen den Generationen" werden einfach und unkompliziert Menschen zusammengeführt, die sich sonst nicht begegnet wären. Auf der Vermieterseite

- Ältere Menschen, die den früher genutzten Wohnraum oftmals infolge von Auszug der Kinder, Tod des Partners etc. nicht mehr vollständig nutzen, die aber gerne in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben möchten und kleine Hilfen im Alltag wünschen.
- Familien und Alleinerziehende, die bei der Betreuung der Kinder oder im Haushalt Unterstützung benötigen.
- Menschen mit Behinderung, die selbständig und eigenverantwortlich in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus wohnen bleiben möchten, jedoch Hilfen im Alltag gut gebrauchen können.
- Menschen, die neugierig auf den Kontakt zu jungen Menschen sind und in Gesellschaft sein möchten

und auf der Seite der wohnungssuchenden Studierenden junge Menschen, die gerne anderen Menschen zur Hand gehen und daran interessiert, mit anderen zusammenzuleben. Das ist nicht etwas für jeden, aber doch für viele. Mit der aktiven Förderung des Zusammenlebens von Älteren und Jüngeren kann die Stadt zum einen auf die schwierige Wohnsituation für Studierende reagieren,

zum anderen kann sie die Lebensqualität für eine Vielzahl von älteren Menschen und Alleinlebenden verbessern, die Hilfe im Alltag benötigen und sich über die Gesellschaft junger Menschen freuen. Durch eine Kooperation der Landeshauptstadt Kiel mit den Hochschulen sowie dem Studentenwerk und eine kontinuierliche und solide Vermittlungsarbeit kann ein wichtiges Zeichen der sozialen Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit gesetzt werden. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ wird bereits in vielen deutschen Universitätsstädten, z.B. Aachen, Düsseldorf, Freiburg u.a., umgesetzt.

Die Kieler SPD fordert die Landesregierung auf, die Hochschulen bei der Herstellung guter Lehr- und Lernbedingungen finanziell zu unterstützen. Das Angebot des Kieler Oberbürgermeisters Torsten Albig (SPD), mit Vorlesungen und Seminaren auch in das Rathaus auszuweichen, wird von uns unterstützt - darf aber nicht der Normalfall der schleswig-holsteinischen Studienbedingungen werden", so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der stellv. Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.07.2011, 13:45 Uhr - 5083 Clicks - Nr. 756

**Feierabend kommt erst, wenn die Arbeit getan ist**

*Zur Forderung der FDP, die Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ solle Feierabend machen, erklärt Martin Habersaat, SPD-Mitglied dieser Kommission:*

„Es war von vornherein klar, dass die Enquete-Kommission ‚Norddeutsche Zusammenarbeit‘ in erster Linie eine schleswig-holsteinische Veranstaltung sein würde. Gleichwohl haben wir auch Anzuhörende aus den Nachbarländern begrüßen können. Die entscheidende Frage ist doch: Was machen wir mit den Ergebnissen?



Negieren wir sie wie Frau Brand-Hückstädt oder nehmen wir sie als Grundlage für einen vertieften Dialog mit den anderen Ländern, beispielsweise durch die Einrichtung eines länderübergreifenden Ausschusses? ‚Feierabend‘ sollten wir jedenfalls erst machen, wenn die Arbeit getan ist.

Frau Brandt-Hückstädt konnte an vielen Sitzungen der Kommission wegen ihrer Verpflichtungen im Untersuchungsausschuss nicht teilnehmen, das werfe ich ihr nicht vor. Andere FDP-Vertreter haben in den Sitzungen vorgefertigte Erklärungen verlesen und parallel als Pressemitteilung verschickt, das finde ich schon problematischer. Aber diese Kommission, die gerade am Abschlussbericht arbeitet, nun auf der Zielgeraden zu Fall bringen zu wollen, das ist destruktiv und soll wohl nur im Sommerloch für eine Schlagzeile sorgen.

Die Kommission hat Ergebnisse zutage gebracht. Diese werden sich im Abschlussbericht finden und mit diesen wird zumindest die SPD weiterarbeiten. Ich bin gespannt, ob die Auffassung, ein Bericht der Regierung reiche doch völlig aus, um zentrale Herausforderungen für die Zukunft unseres Landes anzupacken, sich bei der FDP auch nach dem nächsten Regierungswechsel halten wird."

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.07.2011, 17:32 Uhr - 1729 Clicks - Nr. 757

#### **Beschlossene Investitionen umsetzen – Kiel stärken und nicht schwächen**

Alle von der Rathauskooperation aus SPD, Grünen und SSW bereits in den vergangenen Haushalten beschlossenen, noch nicht umgesetzten Investitionen werden wir auch verwirklichen. Allerdings werden einige nicht im angestrebten Zeithorizont realisierbar sein. Alle von uns beschlossenen Investitionen sind sinnvoll und dienen dem Ziel, die Landeshauptstadt Kiel zukunftsfähiger zu machen. Sie sind klug durchdacht, sozial motiviert und dienen der wirtschaftlichen Weiterentwicklung unserer Stadt. Dies gilt nicht zuletzt für die Stadtreionalbahn.

Auch im Jahr 2011 werden für die Menschen in der Landeshauptstadt Kiel deutlich erkennbare Investitionstätigkeiten umgesetzt. Bereits zu den Haushaltsbeschlüssen der vergangenen Jahre haben wir den Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, d.h. in die Schulen, Kindertagesstätten und in die Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ), Priorität gegeben: Der "Vorrang für Bildung" ist Leitprinzip der rot-grün-dänischen Zusammenarbeit im Rathaus. Dazu gehört, dass es haushaltspolitisch sinnvoll ist, in ein neues Sport- und Freizeitbad an der Hörn zu investieren. Es ist sowohl für den Schul- als auch den Vereinssport und nicht zuletzt auch aus touristischen Gesichtspunkten für Kiel wichtig.

SPD, Grüne und SSW unterstützen den Oberbürgermeister, den Kämmerer und die Verwaltung bei den notwendigen Schritten zur Konsolidierung des Haushaltes. Dies gilt für die kommenden Haushalte ebenso wie für die bereits beschlossenen. Dabei kämpft unsere Stadt gegen das Ungleichgewicht von zu geringen Einnahmen und notwendigen hohen Ausgaben an. Dies zwingt uns, Investitionen statt aus eigenen Mitteln über Kredite und andere Fremdfinanzierungen zu bezahlen – mit dem Ergebnis, dass die Verschuldung der Stadt ebenso wie die anderer Gemeinden und Gemeindeverbände in Schleswig-Holstein seit dem Jahr 1980 immer weiter ansteigt (siehe Kommunalbericht 2011 des Landesrechnungshof Schleswig-Holstein (S. 17)).

Gleichzeitig nehmen wir die Verantwortung wahr, notwendige Ausgaben für unsere Stadt zu verantworten. Das gilt u.a. für die gern kritisierten Zuwendungen. Ein hervorragendes Beispiel bietet der Bericht des Kämmerers, Stadtrat Gert Meyer (CDU), vom September 2010 über die für das Haushaltsjahr 2009 gewährten Zuwendungen (Drs. 0702/2010). Der Bericht legt offen, dass fast 90% (89,43%) der Zuwendungen in Höhe von 36,9 Mio. Euro für Pflichtaufgaben verwendet werden mussten! Den bei weitem größten Anteil haben dabei Zuwendungen an

Kindertagesstätteneinrichtungen zur Erfüllung des Betreuungsanspruchs. Hätte die Stadt also nicht externe Träger mit der Erledigung jener Pflichtaufgaben betraut und ihnen dafür eine Zuwendung gezahlt, dann hätte die Stadtverwaltung die Aufgabe in eigener Regie erledigen müssen. Nur rund 10% (10,57%) der Aufgaben waren solche kommunalen Aufgaben, über deren Wahrnehmung die Ratsversammlung selbst entschieden hatte, ohne gesetzlich dazu verpflichtet zu sein - sie kosteten insgesamt 4,3 Mio. Euro, und es handelte sich um Maßnahmen wie das Begrüßungsgeld für Studierende. Die FDP-Ratsfraktion wollte dieses streichen. Sie musste sich erklären lassen, dass die Auszahlung des Begrüßungsgeldes an Studierende gegen deren melderechtliche Ummeldung nach Kiel aufgrund steuer- und finanzrechtlicher Tatbestände im Saldo jährlich hunderttausende Euro mehr an Einnahmen für die Stadtkasse bedeuten. Wer einen Haushalt konsolidieren will, muss weiter denken als der einfache Griff zum Rotstift erfordert.

Bund und Land haben die Aufgabe, für eine den Aufgaben entsprechende Finanzierung der Kommunen zu sorgen. Dieser Aufgabe verweigern Bund und Land sich aktuell. Für die Landeshauptstadt Kiel ist es besonders wichtig, dass sie nicht gegenüber anderen Städten benachteiligt wird und ihre erkennbaren deutlichen Konsolidierungsbemühungen vom Land erkannt und auch berücksichtigt werden.

Die Unwucht im Kommunalen Finanzausgleich, über dessen Ausgestaltung der Landesgesetzgeber bestimmt und in dem seit dem Jahr 2007 die Finanzausgleichsmasse pro Jahr um 120 Millionen Euro zum Nachteil der Kommunen verringert wird (was die Stadt Kiel mindestens 10 Millionen Euro an Einnahmen kostet), muss beseitigt werden. Eine Altschuldenhilfe, die nicht bei der Beseitigung von Defiziten (d.h. bei der Differenz von Erträgen und Aufwendungen) stehen bleibt, sondern tatsächlich den aufgelaufenen Schuldenberg abzutragen beginnen hilft, ist vonnöten. Es ist auch die Verantwortung des Landes, die eigene Landeshauptstadt zu stärken!

Dies erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.07.2011, 14:30 Uhr - 1771 Clicks - Nr. 758

**Studierende sind im Rathaus willkommen!**

Wir begrüßen die Initiative des Oberbürgermeisters, den Ratssaal für Vorlesungen der CAU zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein prägendes Beispiel für die gute und enge Kooperation zwischen den Kieler Hochschulen und der Stadt Kiel. Das Land sollte von Kiel lernen. Anstatt Bedenken vor sich her zu tragen oder lange Konzepte zu fordern, wird so gemeinsam ein praktischer Weg beschritten, um dem Ansturm von Studentinnen und Studenten lokal begegnen zu können. Besser kann die praktische Zusammenarbeit zwischen Kommune und Hochschule nicht sein. Und wir im Rathaus freuen uns, wenn das Rathaus für viele Menschen und Neukielerinnen und -kieler offen ist.

Wir hoffen, dass auch Schulaulen zur Verfügung gestellt werden können. Wenn hier geeignete

Zeitfenster gefunden werden, könnten etwa Vorlesungen für Anfängerinnen und Anfänger in Geschichte, Politik, Philosophie oder anderen Fächern – gleichsam als „Bonus“ – ein interessantes Zusatzangebot für die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule sein.

Dies erklären der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Lars Juister, und die hochschulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 20.07.2011, 20:00 Uhr - 6440 Clicks - Nr. 759

#### **Es gibt kein Erkenntnisproblem sondern ein Handlungsdefizit in der Pflegepolitik**

Zu den Äußerungen über den Fachkräftemangel und die Ausbildungsprobleme in der Pflege des Arbeitsagentur-Regionalchefs Jürgen Goecke erklärt die pflegepolitische Sprecherin Birte Pauls: Nachdem nun die Arbeitsagentur auch auf die Probleme des Fachkräftemangels in der Pflege aufmerksam macht, hoffe ich, dass die Landesregierung vielleicht jetzt aktiv wird. In den vergangenen Monaten hat die SPD auf ihre vielen Pflegeinitiativen nur warme Worte des Sozialministers gehört, aber nichts ist passiert.

Um den Bedarf an Pflegefachkräften aktuell und in der Zukunft zu decken, brauchen wir mehr Ausbildungsplätze und die Ausbildung für Pflegeberufe muss genauso wie ein Medizinstudium kostenlos sein. Die landesgeförderten Ausbildungsplätze in der Altenpflege reichen nicht aus und ein Schulgeld schreckt viele junge Menschen ab. Eine umlagefinanzierte Ausbildung, an der sich alle Pflegeanbieter beteiligen, wäre der richtige Schritt. Das unterstützen wir voll und ganz.

Dazu gehört aber auch, dass die Ausbildung zur Pflegefachkraft von Umschülern vollständig übernommen wird. Hier fehlt bisher eine Nachfolgeregelung zum Konjunkturpaket II des Bundes und so müssen Umschüler das dritte Ausbildungsjahr aktuell wieder eigenständig finanzieren. Neben der Finanzierung muss die Ausbildung flexibel im Modulsystem in einer gemeinsamen Ausbildung von Kranken- und Altenpflege organisiert werden. Modellprojekte gibt es hierzu. Die Bundesregierung muss nun aktiv werden. Doch sie hat dieses Vorhaben und auch die dringend benötigte und für dieses Jahr groß angekündigte Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs wieder einmal auf die lange Bank geschoben und Aktivitäten erst für 2012 signalisiert.

Und damit Pflegekräfte nach einer guten Ausbildung ihrem Beruf lange treu bleiben, müssen die Arbeits- und Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Feste und verlässliche Arbeitszeiten, die vereinbar mit Bedürfnissen von Familien sind, sowie die Möglichkeit, Pflegekompetenz von Fachkräften so anzuwenden, wie sie benötigt wird und nicht wie Minuten es vorschreiben, sind nur zwei Faktoren, die die Attraktivität des Berufes steigern. Die jetzigen Mindestlöhne in der Pflege von 7,50 € Ost und 8,50 € West können nur eine absolute Untergrenze sein.

Bedauerlicherweise werden sämtliche SPD-Anträge, die das Ziel einer Verbesserung in und für die Pflege haben, von der CDU und FDP abgelehnt. So bleibt festzuhalten, dass wir kein Erkenntnisproblem, sondern ein wirkliches politisches Handlungsdefizit bei der Bundes- und Landesregierung haben.

**Keine Kommentare**

### Kreis-SPD eröffnet Nominierungsverfahren für Landtagskandidaturen

Die Bewerberinnen und Bewerber um die Kandidaturen in den drei Landtagswahlkreisen im Kreis Rendsburg-Eckernförde stehen fest. Im Wahlkreis 09 (Eckernförde) möchten gleich drei Frauen für die SPD ins Rennen gehen: Sabrina Jacob, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Schacht-Audorf und Beisitzerin im SPD-Kreisvorstand, Elén Jochens, SPD-Mitglied in Kiel-Wik und Serpil Midyatli aus Kiel-Gaarden, die bereits Landtagsabgeordnete der SPD ist und dem SPD -Landesvorstand angehört.



**Serpil Midyatli**

**Elén Jochens**

**Sabrina Jacob**



**Ralf Stegner**

**Kai Dolgner**

Im Wahlkreis 10 (Rendsburg-Ost) tritt der Amtsinhaber Ralf Stegner aus Bordesholm, der auch SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender ist, an. Gegenkandidaten gibt es bisher nicht. Ebenso, wie im Wahlkreis 11 (Rendsburg), wo Kai Dolgner aus Osterrönfeld, Landtagsabgeordneter und Kreistagsfraktionsvorsitzender, sich wieder um die Kandidatur bewirbt.

„Die Ortsvereine haben nun Gelegenheit, vor Ort Diskussionen mit den Kandidierenden zu organisieren. Auf diesem Wege können alle Mitglieder vor Ort an dem Verfahren zur Auswahl der Landtagskandidat\_innen beteiligt werden“, erklärt Schriftführer Götz Borchert.

Nominiert werden die Kandidaten dann auf drei Wahlkreis-Konferenzen im September:

WK 09 (Eckernförde), 15.09.2011, Stadthallenrestaurant, Eckernförde

WK 10 (Rendsburg-Ost), 12.09.2011, Hotel "Alter Landkrug", Nortorf

WK 11 (Rendsburg), 13.09.2011, Hotel Hansen, Rendsburg

„Formal sind Kandidaturen noch bis zum jeweiligen Wahlgang auf den Wahlkreis-Konferenzen möglich“, so der SPD Kreisvorsitzende Sönke Rix. „Der Kreisvorstand hat jedoch eine Frist gesetzt, um auf diese Weise ein faires Verfahren unter Beteiligung aller Mitglieder im Kreis zu ermöglichen.“

**Keine Kommentare**

## **Regierung reagiert auf Druck der Opposition mit Aktionsprogramm II SPD-MdB Thönnnes zu Mehrgenerationenhäuser:**

Ende 2012 läuft das jetzige Aktionsprogramm I

„Mehrgenerationenhäuser“ aus. MdB Franz Thönnnes hatte bereits in der Vergangenheit kritisiert, dass sich die CDU-geführte Bundesregierung nicht ausreichend für den Fortbestand dieser guten und erfolgreichen Einrichtungen eingesetzt hat.

Zwischenzeitlich hatte die SPD-Bundestagsfraktion eine Kleine

Anfrage „Weiterförderung der Mehrgenerationenhäuser“ und einen Antrag

„Mehrgenerationenhäuser erhalten und weiterentwickeln –Prävention stärker fördern“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.



SPD-MdB Franz Thönnnes: „Dieses Vorgehen hat geholfen, nun für etwas mehr Klarheit zu sorgen, denn hier im Kreis Segeberg leisten die Mehrgenerationenhäuser „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und das Familienzentrum in Henstedt-Ulzburg wertvolle Arbeit und nun gibt es endlich ein Aktionsprogramm II.“

Die Bedingungen hierfür wurden nun neu ausgeschrieben und die Träger der Häuser müssen sich neu bewerben. Thönnnes kritisiert jedoch, dass das zweite Programm nur drei statt fünf Jahre läuft und nur noch 450 statt 500 Häuser gefördert werden. Auch solle nur noch ein Haus pro Kreis unterstützt werden. Der SPD-Politiker hofft daher, dass dem Kreis Segeberg eine Ausnahme zugute kommen könnte, wonach es in Metropolregionen auch eventuell mehr Häuser sein könnten. „Das wäre sehr gut, denn in Kaltenkirchen und in Henstedt-Ulzburg werden passgenaue Angebote wie Familienbildung, Kinderbetreuung oder Seniorenarbeit für verschiedene Generationen angeboten. Wir wollen, dass die Generationen füreinander einstehen und damit Orte des Zusammenhalts entstehen und erhalten bleiben“, so Thönnnes.

Seit dem 04. Juli ist das Bewerbungsportal der Bundesregierung online, so dass Mehrgenerationenhäuser bis zum 12. August Zeit haben, unter [www.mehrgenerationenhaeuser.de](http://www.mehrgenerationenhaeuser.de) ihr Interesse an einer Förderung zu bekunden. Dort findet man Informationen zum Ablauf der Bewerbung und einen Link zum Bewerbungsportal. Nach Beendigung des Interessenbekundungsverfahrens wird das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend eine Auswahlentscheidung treffen. Erst im Herbst werden die ausgewählten Häuser dann einen Zuwendungsantrag stellen können.

**Quelle: Dieter Schütz / pixelio.de**

**Keine Kommentare**

### **Dauerbaustelle Kanaltunnel – Homepage informiert**

Bald ist es soweit. Was immer wieder angekündigt, doch immer wieder verschoben wurde, soll jetzt nun bald gestartet werden: die dringend erforderliche Sanierung des Kanaltunnels. Rund 50.000 Autos jeden Tag haben über die Jahre dem jetzt genau 50 Jahre alten Kanaltunnel unter dem Nord-Ostsee-Kanal stark zugesetzt. Daher wird nun die Sanierung des Kanaltunnels erforderlich. Für viele beginnt eine zweijährige Dauerbelastung...



Vielen Autofahrern, für die der Kanaltunnel neben Fähren und Rader Hochbrücke eine der wichtigsten Querungsmöglichkeiten am Kanal ist, graut es bereits aufgrund der massiven Verkehrsbehinderungen, die während der rund zweijährigen Bauphase zu erwarten sind. Über die Hintergründe sowie den genauen Bauablauf soll jetzt eine eigens dafür eingerichtet Internetseite liefern. Unter [www.kanaltunnel-rd.de](http://www.kanaltunnel-rd.de) erhalten Interessierte seit einigen Tagen erste Infos zu der Baumaßnahme.

Nach Angaben des zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Kiel-Holtenau soll die Sanierung des Kanaltunnels nach jetzigem Planungsstand ab dem 22. August 2011 mit den ersten Straßensperrungen beginnen. Davor wird die Baustelle bereits eingerichtet, dies allerdings noch ohne Sperrung von Fahrstreifen im Kanaltunnel.

Insgesamt soll die zweijährige Sanierung in drei Bauphasen ablaufen. In einem ersten Schritt sollen die Betriebsgänge und Fluchtwege überarbeitet werden, die eine Sperrung der jeweiligen Überholstreifen pro Tunnelröhre mitsichbringt. Während der zweiten Phase wird die Oströhre für die anstehenden Arbeiten gesperrt. In der letzten Bausphase ist dann die Weströhre dran. Neben altersbedingten Sanierungsvorhaben soll die Sicherheit im Kanaltunnel auf den neusten Stand gebracht werden, u. a. soll der Brandschutz verbessert sowie die Fluchtwege überarbeitet werden. Aufgrund der für die Sanierung notwendigen Straßensperrungen wird es rund um den Kanaltunnel über die zweijährige Bauzeit zu massiven Verkehrsproblemen kommen. Wirkliche Alternativen zum Kanaltunnel, mit denen man einem Stau sicher entkommen kann, gibt es leider nicht. Auch wenn die Rader Hochbrücke als Einzige für die 50.000 Fahrzeuge pro Tag eine realistische Ausweichroute ist und auch die Ampelschaltungen in Büdelsdorf optimiert werden sollen, werden Staus wohl unausweichlich bleiben. So wird dann jeder selbst die für sich beste Variante suchen müssen, sich mit der Dauerbaustelle zu arrangieren. Ob nun Fahrgemeinschaften, Vermeidung von Hauptverkehrszeiten oder auch nach Möglichkeit das Umsteigen aufs Fahrrad sind nur einige mögliche Alternativen. Auch die Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder werden auf dem Weg nach Rendsburg durch die jetzt bevorstehenden Arbeiten massiv beeinträchtigt werden. Es bleibt zu hoffen, dass es dann doch nicht so schlimm wird, wie befürchtet. Man kann nur versuchen, das Beste draus zu machen, zumal der Tunnel nach Ende der Sanierung wieder belastungsfähig und vor allem sicherer ist...

Weitere Infos unter [www.kanaltunnel-rd.de](http://www.kanaltunnel-rd.de)!

--

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.07.2011, 09:10 Uhr - 1767 Clicks - Nr. 763

### **Land privatisiert die "Kiel" - Stadt wird jetzt für Brandschutz im Hafen sorgen!**

Die Landesregierung Schleswig-Holstein privatisiert die "Kiel" - SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung kritisieren diese Entscheidung auf das schärfste, denn jetzt wird die Einsatzzeit des Schiffes von einer halben Stunde auf zwei Stunden verlängert. Das ist nicht akzeptabel. Da tröstet uns auch der Verbleib der Brandbekämpfungskapazitäten an Bord der "Kiel" nicht, wenn sie viel zu spät zu einem künftigem Schiffsbrand im Kieler Hafen käme.

Und die Erklärung des zuständigen Umweltministeriums, die Brandbekämpfung auf See würde weiterhin durch die großen Mehrzweckschiffe des Bundes abgedeckt, veranlasst uns zu der kritischen Frage: Wer hat eigentlich die Ostseefähre "Lisco Gloria" gelöscht? Und den brennenden Holzfrachter "Pallas" vor Amrum? Das war nämlich das Feuerlöschschiff Kiel mit der Kieler Berufsfeuerwehr und nicht etwa ein Mehrzweckschiff des Bundes! Wir fragen - auch als Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein - : Warum werden hier Synergien zwischen Stadt und Land aufgegeben?

Nachdem die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land auf dem Ölwehr- und Feuerlöschschiff beendet hat, werden wir als verantwortungsbewusste Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker jetzt mit Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD), der Kieler Berufsfeuerwehr und mit der Kieler Schlepp- und Fährgesellschaft und ihren Fahrzeugen im Kieler Hafen für besseren Brandschutz sorgen. Dafür tragen wir die Verantwortung, der wir auch gerecht werden.

Dies erklären anlässlich des heute (21. Juli 2011) verkündeten Abschluss des Bereederungsvertrages für das kombinierte Ölwehr- und Feuerlöschschiff mit mehreren privaten Reedereien der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, die feuerwehrpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.07.2011, 13:44 Uhr - 5081 Clicks - Nr. 764

### **Es lohnt sich, an Norddeutschland zu arbeiten**

*Martin Habersaat, Kommissionsmitglied und in der SPD-Landtagsfraktion zuständig für die Metropolregion und den Hamburger Nachbarschaftsraum, zur bisherigen Arbeit der Enquetekommission und Perspektiven für Norddeutschland:*

### **Enquetekommission**

Die Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ hat in bisher 18 öffentlichen Sitzungen mit zahlreichen angehört Personen und Verbänden ein breites



Spektrum erfolgter und möglicher Kooperationen abgearbeitet.

Wer wollte, konnte hören. Und wer will, kann mit dem Gehörten weiterarbeiten.

Niemand bestreitet ernsthaft, dass Globalisierung und Wettbewerb der Regionen politische Strategien erfordern, die sich nicht am administrativen Zuschnitt, sondern an zusammengehörigen Wirtschafts- und Lebensräumen orientieren. Die Herausforderungen der nächsten Jahre → demografischer Wandel, verschärfter Wettbewerb um die am besten Qualifizierten, Urbanisierung, Neuordnung der Energieversorgung, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte → verlangen eine engere Zusammenarbeit als bisher.

Die stetig wiederkehrende Debatte um einen „Nordstaat“ hat keinen Mehrwert erzeugt. Eine solche Placebo-Diskussion ist nicht zielführend. Kaum hilfreicher sind allzu kleinteilige Kooperationen oder solche, die trotzdem bei allen Beteiligten den Status Quo erhalten. Eine sehr viel engere Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg ist besonders naheliegend, denn schon jetzt bilden beide Länder einen besonders eng verflochtenen Wirtschafts- und Lebensraum, zu dem südlich der Elbe auch das westliche Mecklenburg und das nördliche Niedersachsen gehören.

Wir können unsere besonderen Stärken zusammenführen: die starken Wirtschaftsbranchen wie Medizintechnik, maritime Wirtschaft, Erneuerbare Energien, Logistik, Ernährung oder Tourismus, die Lage zur Nord- und Ostsee mit den leistungsfähigen Häfen und den Verkehrsbrücken nach Skandinavien oder auch unsere Vorteile bei der Standort- und Lebensqualität. Bei richtiger Ausgestaltung nützt ein engerer Verbund im Norden ganz direkt den Bürgerinnen und Bürgern: etwa durch angepasste Schulsysteme und Kindergartenversorgung, einen erweiterten Nahverkehrsverbund oder ein gemeinsames Baustellenmanagement für weniger Staus.

## **Handlungsfelder**

### Bildung und berufliche Qualifizierung

Hilfreich wäre die Entwicklung eines länderübergreifenden Hochschulkonzepts mit der Schaffung der Möglichkeit einer gemeinsamen Hochschulträgerschaft. Ferner eine länderübergreifende Schulentwicklungsplanung in der Metropolregion, die in der Zusammenarbeit deutlich über das peinliche Schauspiel zum ‚Gastschulabkommen‘ hinausginge, ein Netz von beruflichen Schulen mit abgestimmten Angeboten, generell die Kompatibilität von Bildungsangeboten und in diesem Zuge die Angleichung der Lehreraus- und Weiterbildung.

### Regionalplanung und Wirtschaftsförderung

Die Metropolregion Hamburg hat mit der ersten gemeinsamen Gewerbeflächen-Konzeption für die gesamte Region eine Grundlage für eine übergreifende Regionalplanung geschaffen. Diese Planung sollte „grenzüberschreitend“ erfolgen. Auch für andere Nutzungsarten wurden in den Enqueteanhörungen länderübergreifende Flächenkonzepte gefordert.

Wichtige Schritte wären zudem die Einrichtung länderübergreifender Gewerbegebiete, eine Vereinheitlichung der Förderstrukturen und eine enge Verzahnung der Institutionen, die sich um Technologietransfer und Existenzgründungsförderung kümmern.

Ausgewählte Cluster sollten länderübergreifend ausgebaut werden. Norddeutsche Stärken liegen beispielweise in der Medizinwirtschaft und bei den erneuerbaren Energien, wo überregionale Forschungsvorhaben gestärkt werden sollten.

### Verkehrsinfrastruktur

Auf der „Ahrensburger Liste“ wurden additiv wichtige Projekte für die Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland gesammelt. Eine gemeinsame Festlegung von Prioritäten und deren Abarbeitung wäre ein sinnvoller nächster Schritt.

Weitere Handlungsfelder sind gemeinsame Strategien zur Bewältigung von demographischem Wandel und Fachkräftemangel, die Zusammenlegung von Institutionen und Behörden, bei denen Ortsnähe nicht entscheidend ist und einige mehr.

### Nächste Schritte

Die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft werden im Rahmen einer gemeinsamen Fraktionssitzung am 26. September 2011 in Hamburg auch die bisherigen Ergebnisse der Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ besprechen und konkrete Projekte anschließend in gemeinsamen Arbeitskreisen angehen.

Bereits im November 2010 haben die Sozialdemokraten in der Metropolregion Hamburg einen Metropolrat gegründet, in dem Mitglieder der SPD-Landtagsfraktionen von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen vertreten sind, ferner die SPD-Fraktionen aus den Kreistagen, Bezirksversammlungen und Stadtvertretungen in der Metropolregion. Hier werden gemeinsam Projekte entwickelt, die die Metropolregion Hamburg von der Verwaltungseinheit zur erlebbaren Gemeinschaft weiterentwickeln.

Notwendig ist auf Länderebene eine zügige Verständigung auf eine gemeinsam getragene Kooperationsstrategie. Diese sollte Ziele, Schwerpunktbereiche, Umsetzungsschritte und Managementstrukturen für den Umsetzungsprozess definieren. Zahlreiche Vorarbeiten, auch aus der Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“, bieten eine gute Grundlage. Kern der Allianz sollten Schleswig-Holstein und Hamburg sein, weil hier an zahlreiche Kooperationen angeknüpft werden kann. Themenweise muss zusätzlich der Schulterschluss mit Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen gesucht werden.

Auf Bundesebene ist eine Föderalismuskommission III erforderlich. Hürden für den

Zusammenschluss von Bundesländern sollten, auch im Zuge der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, abgebaut werden. Zu prüfen ist ein Finanzausgleich, in dem der Zuschuss der Länder kein Kriterium ist.

„Ob wir als Politiker ernst genommen werden, entscheidet sich an der Ernsthaftigkeit, mit der wir unsere jeweilige Aufgabe angehen.“

Olaf Scholz, Regierungserklärung vom 23.3.2011

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.07.2011, 14:58 Uhr - 1908 Clicks - Nr. 765

#### **Parteiübergreifender Protest gegen Privatisierung der "Kiel"!**

Sowohl die Kieler Rathauskooperation von SPD, Grünen und SSW als auch die Kieler FDP-Ratsfraktion protestieren gegen die von der Landesregierung ausgesprochene Kündigung des Bereederungsvertrages für das Feuerlöschschiff "Kiel". Mit der nun vollzogenen Beauftragung privater Reedereien wird die "Kiel" in ein reines Ölbekämpfungsschiff umgewandelt, das erst zwei Stunden nach Alarmierung in den Einsatz gehen kann.

Heute ist es ein kombiniertes Ölwehr- und Feuerlöschschiff und kann bei Schiffsbränden deutlich früher, nämlich bereits nach einer halben Stunde ablegen - mit Einsatzkräften der Kieler Berufsfeuerwehr an Bord. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft möglich ist. Aber dafür muss die Landesregierung zum bisherigen Vertrag mit der Stadt Kiel, wie er vor der Kündigung durch das Land Bestand hatte, zurückkehren. Der Kieler Hafen, die Kieler Förde und die Ostsee sind ein verbundener See- und Gefahrenraum, für die ein Schiff mit kombinierten Einsatzfähigkeiten wie die "Kiel" die richtige Lösung ist. Wir sind verantwortungsbewusste Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und deshalb dazu bereit, für den städtischen Anteil - auch finanziell - an dem kombinierten Ölwehr- und Feuerlöschschiff "Kiel" den notwendigen Beitrag zu leisten. Wir denken über die Hafengrenze hinaus, auch wenn dies teurer ist als die feuerwehrtechnische Aufrüstung eines Hafenschleppers, der den Brandschutz im eigenen Kieler Hafen allein gewährleisten kann.

Deshalb werden wir - SPD, Grüne, SSW und FDP in der Kieler Ratsversammlung - in der August-Sitzung der Ratsversammlung mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag, der bereits bei der Stadtpräsidentin eingereicht ist, die Landesregierung auffordern, zum bewährten Bereederungsvertrages mit der Stadt zurückzukehren. Wir appellieren an alle anderen Fraktionen in der Kieler Ratsversammlung, die sich bislang dieser Entschließung noch nicht angeschlossen haben, dies in der Sitzung der Ratsversammlung zu tun.

Dies erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der innen-politische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, die feuerwehrpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, Ratsfrau Antje Danker (SSW), und der innenpolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Ratsherr Wolf-Dietmar Brandtner.

**Keine Kommentare**

### **Kein Angebot für Frauen im Arriba in Norderstedt?**

SPD-Vorsitzende im Gespräch mit Manager Ruud Swaen

Ein Artikel in der Regionalausgabe des Hamburger Abendblatts zur Einführung von Badestunden für muslimische Frauen im Schwimmbad der Stadt Pinneberg zog die besondere Aufmerksamkeit der Norderstedter SPD-Vorsitzenden Katrin Fedrowitz auf sich.



„Auch wenn ich gesonderte Badestunden für Musliminnen in öffentlichen Schwimmbädern mit Blick auf die Integrationsbemühungen für problematisch halte, ist der Satz, mit dem der Arriba-Manager Ruud Swaen als Reaktion auf diesen Vorschlag zitiert wird, für mich Grund genug gewesen ihn umgehend selbst zum Thema zu befragen.“, sagt Katrin Fedrowitz.

Swaen soll auf die Frage des Redakteurs nach Schwimmstunden für muslimische Frauen mit den Worten: "Wir machen ja auch keine Schwulen- oder Lesben-Tage." geantwortet haben.

„Da ich den zitierten Satz als unangemessen und respektlos empfunden habe, bin ich mit Herrn Swaen direkt in Kontakt getreten. Er hat mir versichert, dass er falsch zitiert worden ist und der Satz von Seiten eines Arriba-Gastes im Zusammenhang mit gewünschten Schwimmstunden für Hunde gefallen sei.

Ich bin sehr froh, dass dieses Missverständnis aufgeklärt werden konnte - gerade wenn man bedenkt, dass die Belästigungen von Frauen in unserer Gesellschaft zunehmen und es viele Frauen gibt, denen es unangenehm ist, im Beisein von Männern ihren Körper nur wenig bedeckt zu zeigen. Dazu gehören zum Beispiel Frauen nach einer Brustkrebs-Operation.“

Während die Geschäftsführer der Erlebnisbäder in Ahrensburg, Wedel und Lüneburg bereits seit längerer Zeit Frauen insgesamt als besondere Kundengruppe erkannt haben und spezielle Angebote vorhalten, gibt es im Arriba solche Angebote aktuell nicht.

Die SPD-Vorsitzende begrüßt daher den Modellversuch der Wedeler Stadtwerke mit ihrem Tochterunternehmen Badebucht. In den Sommerferien ist dort jeden Montag von 18 bis 22 Uhr „Mädelsabend“. Unter Ausschluss der Männer dürfen dann junge Frauen zum Festpreis Wellness genießen und in der Sauna entspannen. Die Idee ist im Jugendbeirat der Stadt Wedel entwickelt worden.

„Ich halte diese Idee für so gut, dass ich mit Herr Swaen darüber ins Gespräch gekommen bin. Seine Reaktion war sehr positiv und er kann sich vorstellen an einem bestimmten Wochentag vormittags den Sauna- und Wellnessbereich nur für Frauen zu öffnen. So ein Angebot kann dazu beitragen, dass für viele Frauen eine große Hemmschwelle zum Besuch des Arriba abgebaut wird.“, so Fedrowitz abschließend.

**Keine Kommentare**

### **Gegenseitiges Kennenlernen in Wentorf**

Seine jährliche Sommertour zu den örtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern führte den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat (34, Barsbüttel) erstmals auch nach Wentorf. Hintergrund ist der Neuschnitt der Landtagswahlkreise: Bei der Wahl am 6. Mai 2012 wird Wentorf dem Wahlkreis 31 angehören, zusammen mit Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek, die Habersaat seit 2009 für die SPD im Landtag vertritt. Nun kam er ins Wentorfer Rathaus,



um sich vorzustellen und von Bürgermeister Matthias Heidelberg etwas über aktuelle Vorhaben und Herausforderungen Wentorfs zu erfahren. Matthias Heidelberg hatte für seinen Gast einen Übersichtsplan über die Gemeinde Wentorf herausgelegt und begann das Gespräch mit einem Überblick über die Entwicklung der Gemeinde in den vergangenen Jahren - vom Umgang mit den ehemaligen Bundeswehrflächen, bis 1994 war Wentorf Garnisonsgemeinde, über das Gewerbegebiet am Südring bis hin zu den anstehenden Baugebieten (Langer Asper und Bauernvogtkoppel) und Bauvorhaben. Heidelberg lobte die Entscheidungsträger der 1990er Jahre: „Was Wentorf durch den Abzug der Bundeswehr verloren hat, wurde durch den klugen Umgang mit den frei werdenden Flächen mehr als wettgemacht.“ Thema waren auch die Institutionen und Projekte, die bereits heute eine Klammer zwischen Wentorf und den Südstormarner Kommunen darstellen: Das gemeinsame Mittelzentrum beispielsweise. Matthias Heidelberg: „Nach anfänglicher Euphorie traten erste Probleme auf, die sind aber gelöst und jetzt befinden wir uns auf einem guten Weg.“ Oder die AWSH, die Abfallwirtschaft Südholstein GmbH, die von den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn mit der Aufgabe der Abfallentsorgung beauftragt ist. Habersaat: „Ein sehr erfreuliches Beispiel für ein kreisübergreifendes Gemeinschaftsprojekt.“ In die gleiche Kategorie ordneten Heidelberg und Habersaat auch das E-Werk Sachsenwald ein. Besonders interessiert ist Martin Habersaat, der bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ist, immer an den regionalen Bildungslandschaften. Hier gibt es in Wentorf viel zu erzählen, die Gemeinde wird in den kommenden Jahren mit einem „Kinderzentrum“ ein Vorzeigeprojekt realisieren: drei U3-Gruppen, vier Kita-Gruppen und eine fünfzügige Grundschule werden neu gebaut. Auch Regionalschule und Gymnasium entwickeln sich weiter.

Letztes Thema des Gesprächs war die Metropolregion Hamburg und deren Wahrnehmung aus Kieler Sicht: Abgeordneter und Bürgermeister teilen die Einschätzung, dass der wirtschaftliche starke Hamburger Rand von Kiel aus zu oft als „Randgebiet“ wahrgenommen werde und zu selten als das, was er ist: ein wirtschaftlicher Motor für ganz Schleswig-Holstein. Fazit der beiden: „Auf diesen Aspekt werden wir auf unterschiedlichen Ebenen weiter hinweisen, bis er im Bewusstsein der Landeshauptstadt verankert ist.“

Foto: Martin Habersaat und Matthias Heidelberg

**Keine Kommentare**

### Grillen mit den Jusos

Sommerzeit ist Grillzeit. Das dachten sich auch die Reinbeker Jusos und ihre Kollegen aus dem restlichen Stormarn um die neue Juso-Kreisvorsitzende Delara Burkhardt - und luden Jusos aus dem ganzen Land zum Grillen ins Reinbeker C-Haus ein. Mit dabei war auch Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Stormarn. Der freute sich: „In diesem Jahr darf ich sogar noch als Juso dabei sein.“



Hintergrund: Mitglied der SPD-Jugendorganisation kann nur sein, wer das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Martin Habersaat ist 1977 geboren und erreicht diese Grenze im nächsten Jahr.

Das sommerliche Grillen sollte dem allgemeinen Gedankenaustausch dienen und einfach auch mal eine Spaß-Veranstaltung für die sein, die sich ehrenamtlich für die Jusos engagieren und viel Freizeit in die politische Arbeit stecken. Delara Burkhardt: „Politik darf auch mal Spaß machen. Und mit den Gästen aus Rendsburg-Eckernförde, Bad Segeberg und Kiel kann man bei dieser Gelegenheit Ideen austauschen und gemeinsame Projekte planen.“

Ein solches Projekt ist zum Beispiel das seit einigen Jahren von den Kreisverbänden gemeinsam durchgeführte Seminar in JHB Lütjensee, bei dem aktuelle, aber auch partei-historische Inhalte, aufgearbeitet wäre. Dieses Jahr wollen sich die Jusos voraussichtlich mit dem "Arabischen Frühling" beschäftigen. Bei Interesse, auch Nicht-Mitglieder sind willkommen, können Informationen zur inhaltlichen Arbeit bei der Kreisvorsitzenden eingeholt werden unter [jusos-stormarn@gmx.de](mailto:jusos-stormarn@gmx.de).

Fotoalbum: [hier](#).

**Keine Kommentare**

### Anschläge in Norwegen

#### **Franz Thönnies, MdB, Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe, erklärt zu den Anschlägen in Norwegen:**

"Wir sind tief betroffen über die grausamen Anschläge von Utøya und Oslo. Sie galten der Demokratie und der Zukunft Norwegens. Unser Mitgefühl ist bei den Verletzten, den Opfern und deren Familien.



Das Entsetzen über diese unfassbare Tat und ihre noch unabsehbaren Folgen muss und wird der Einsicht weichen, dass wir zusammen in der Pflicht stehen, für die demokratischen Ideale der jungen Menschen, die sich auf Utøya getroffen haben weiter zu streiten. Sie sind auch die Ideale deutscher Sozialdemokraten, deren Geschichte nie frei von Rückschlägen war. Für sie stehen wir weiter in gemeinsamer Verantwortung. Norwegen ist nicht allein."

**Bildquelle: SPD / Stephan Schweitzer**

**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 23.07.2011, 22:38 Uhr - 21278 Clicks - Nr. 770

#### **Demokratiesommer**

Einladung zur Veranstaltung: Demokratiesommer auf Alsen  
am 26.7.2011 um 19.00 Uhr

Torsten Albig stellt sich den WählerInnen vor und fragt ab, was für sie wichtig ist in der Landespolitik. Die Ergebnisse des [Demokratiesommers](#) sollen in das Regierungsprogramm einfließen. Eine intensive Beteiligung kann sich also lohnen. Dieser neue Weg der Bürgerbeteiligung ist das Markenzeichen von Torsten Albig, der unser nächster Ministerpräsident werden soll.

**Keine Kommentare**

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 24.07.2011, 10:53 Uhr - 8163 Clicks - Nr. 771

#### **Jusos Kiel trauern mit den norwegischen JungsozialistInnen**

Wir alle sind geschockt von den Ereignissen in Norwegen. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Die feigen Anschläge in Norwegen sprengen unsere Vorstellungskraft. Niemals hätten wir eine solchen Tat für möglich gehalten. Unsere Genossinnen und Genossen von der AUF in Norwegen sind offenbar direktes Ziel geworden, weil sie für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft gekämpft haben.



Die norwegische Sozialdemokratie weiß uns und unsere Solidarität in dieser schwierigen Zeit auf ihrer Seite ! Mit der AUF verbindet uns eine starke gemeinsame Geschichte. Lasst uns den norwegischen Genossinnen und Genossen gerade jetzt zeigen, dass wir bei ihnen sind. Ihr könnt eurer Trauer zum Beispiel im virtuellen Kondolenzbuch des Juso-Bundesverbands und über das Pic-Badge der AUF für die sozialen Netzwerke Ausdruck verleihen.

Dieser Anschlag traf uns in der Woche vor dem IUSY-Festival am Attersee in Österreich. Dort wollten wir mit rund 3000 Genossinnen und Genossen aus der ganzen Welt ein deutliches Zeichen für internationale Solidarität und gegen Hass setzen. Das Festival wird nun überschattet sein von den schrecklichen Ereignissen in Norwegen. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir nächste Woche

zusammen kommen. Lasst uns beim IUSY-Festival ein deutliches Zeichen für Toleranz, für Demokratie und gegen den Terrorismus setzen. Unser Ziel ist die friedliche, soziale und demokratische Welt. Niemand, auch keine Terroristen, werden uns so einschüchtern können, dass wir von diesem Ziel ablassen. Lasst uns gemeinsam zeigen: Unsere Idee ist stärker als ihre Gewalt!

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.07.2011, 17:56 Uhr - 5370 Clicks - Nr. 772

#### **Fridtjof-Nansen-Schule Flensburg**

Besuch bei der nördlichsten Gemeinschaftsschule Deutschlands: Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, war nach Flensburg gekommen, um sich gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Trost und Jochen Haut, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Sport, ein Bild über die Arbeit der Fridtjof-Nansen-Schule (FNS) zu machen. Dabei sprachen sie mit Schulleiter Dirk Lossack über aktuelle Herausforderungen und machten einen Rundgang durch die Schule.



Die FNS, die 1992 als Integrierte Gesamtschule Flensburg (IGS) gegründet worden war, hat ein ambitioniertes Schulprofil entwickelt, das auf verschiedenen Grundpfeilern ruht: „Bei differenzierten Bildungswegen niemanden zurücklassen.“ „Länger gemeinsam lernen in festen sozialen Bezügen.“ „Den Einzelnen stärken, fördern und fordern.“ Der Schulleiter Dirk Lossack informierte über das projektorientierte Lernen (POL) und über die umfangreichen Baumaßnahmen an der FNS, die insbesondere im Rahmen des Konjunkturförderprogramms möglich geworden waren. Helmut Trost konnte berichten, dass 3,95 Mio. Euro an der FNS investiert wurden. Jeweils knapp 500.000 Euro trugen die Stadt Flensburg und das Land Schleswig-Holstein bei, dazu kamen 2,9 Mio. Euro nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz.

Der Rundgang über das Schulgelände zeigte, dass das sehr gut investierte Mittel sind – für bessere Bildung und für mehr Chancengerechtigkeit.

Foto: Helmut Trost, Martin Habersaat

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.07.2011, 18:11 Uhr - 6493 Clicks - Nr. 773

#### **Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in Norwegen**

Die Jusos Stormarn verurteilen die Anschläge auf das Sommercamp der norwegischen JungsozialistInnen (AUF) auf Utoya und auf das Regierungsviertel und sind in Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen.

Wir, als Jungsozialistinnen und Jungsozialistinnen, sind der Meinung, dass jegliche Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Konflikte verwerflich ist und bedauern das Ausmaß der wahrscheinlich rechtsextrem motivierten Tat in Norwegen. Viele junge Menschen wurden Opfer unkontrollierten Hasses, wir fühlen tiefes Mitgefühl für unsere Genossinnen und Genossen der AUF.

"Unsere Antwort auf Gewalt ist: Noch mehr Demokratie, noch mehr Offenheit" - Beeindruckende Worte des Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.07.2011, 19:05 Uhr - 5375 Clicks - Nr. 774

#### **Besuch beim Reinbeker Bürgermeister**

Die politische Sommerpause nutzt der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat in jedem Jahr auch, um die Bürgermeister der Städte und Gemeinden seines Wahlkreises zu besuchen, um regionale Vorhaben und Probleme zu besprechen und sich über Politik und Region auszutauschen. Dabei ging es natürlich auch in die Hamburger Straße zum Reinbeker Bürgermeister, Axel Barendorf. Die beiden sprachen vor allem über Stadtwerke, Bildungspolitik und die vom Innenministerium geplante neue Gemeindeordnung.



Das E-Werk Reinbek-Wentorf, seit Kurzem in E-Werk Sachsenwald umbenannt, macht dem Reinbeker Bürgermeister viel Freude: „Das Werk ist nachhaltig gewachsen, durch das Hinzukommen von Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek ist ein arrondiertes Netz entstanden.“ Stadtwerke werden im Rahmen der Energiewende eine wichtige Rolle spielen, weil es eine Entwicklung hin zu dezentralen Strukturen gibt. Martin Habersaat ergänzte: „’Unser’ Stadtwerk ist auch ein Beispiel für ein gut funktionierendes gemeinsames Projekt in Südstormarn und Teilen des Nachbarkreises. Ich hoffe, dass es weiteren den Weg erleichtert.“

Im Bereich der Kinderbetreuung ist vor allem der Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren (U3) eine Herausforderung. Der Bundestag hatte beschlossen, dass für 35% der U3-Kinder ein Platz vorhanden sein soll. Gleichzeitig sollen aber alle Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Platz erhalten. Das Problem liegt auf der Hand: Gerade in städtischen Bereichen werden 35% da nicht reichen. Für Reinbek prognostizierte Barendorf einen Bedarf von etwa 50%. Habersaat berichtete von den Plänen Torsten Albig, im Falle eines Sieges bei der Landtagswahl den Kommunen beim Ausbau zu helfen: „Als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt kennt Torsten Albig das Problem und wird zu einer nachhaltigen Lösung beitragen.“

Auch andere Bereiche der Bildungspolitik wurden angesprochen. Dabei hatte Martin Habersaat ein

doppeltes Interesse: Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion hat von 2004-2006 sein Referendariat an der Sachsenwaldschule absolviert. Deutlich wurde, dass die Mittel, die Bund und Land für Sozialpädagogen bereitstellen, nur zu einem so geringen Teil in Reinbek ankommen werden, dass es nicht einmal für eine halbe Stelle reicht. „Die Richtung stimmt, aber die Weite noch nicht“, waren sich beide einig.

Schließlich ging es um die geplante Novellierung der Gemeindeordnung. Hier bestand Einvernehmen, dass die Regionalplanung aus den Händen des Landes in örtliche Zuständigkeit übergehen sollte. Möglichst mit Städten, Kreisen und dem Nachbarn Hamburg an einem Tisch. Habersaat: "Für mich sind diese Gespräche mit den Bürgermeistern sehr hilfreich für die Einschätzung der Situation der Kommunen. Ortskenntnisse helfen auch bei vielen Diskussionen in Kiel.“ Axel Barendorf nutzte die Gelegenheit, um dem Abgeordneten auf kurzem Dienstweg die Reinbeker Sicht mit auf den Weg zu geben. „Gerade in der Metropolregion sollten wir uns verstärkt um einen besseren Austausch auch über die Landesgrenzen hinaus bemühen. Das betrifft im Wesentlichen Gewerbeansiedlungen, das Bildungswesen und die Regelungen zur Kinderbetreuung. In diesen Bereichen muss ein Austausch mit den angrenzenden Stadtteilen von Hamburg möglich sein."

Foto: Axel Barendorf, Martin Habersaat

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 25.07.2011, 09:27 Uhr - 2922 Clicks - Nr. 775

**Herzlich willkommen, Möbel Kraft!**

Wir begrüßen die Absicht von Möbel Kraft, in Kiel ein Möbelhaus zu errichten, außerordentlich. Es bahnt sich eine große bedeutende Investition am Wirtschaftsstandort Kiel an: 250 bis 300 neue Arbeitsplätze wären ein großartiger Erfolg für Kiel. Die guten Kontakte des Oberbürgermeisters in die Wirtschaft zahlen sich offensichtlich aus.

Wir erwarten, dass es zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Kleingärtnern kommt, deren Kleingärten für die Ansiedlung von Möbel Kraft weichen müssten.

Hinzu kommt, dass unser Weg richtig war, ein umfangreiches Einzelhandelskonzept auf den Weg zu bringen. So werden im Einzelhandelskonzept insbesondere für die Branche Möbel „absatzwirtschaftliche Entwicklungsspielräume“ (Seite 16) gesehen. So funktioniert die Stadtentwicklung der Kooperation in Kiel: sorgfältig die Situation analysieren, Potenziale erkennen, enge Kontakte zu den entsprechenden Branchen pflegen und dann Projekte realisieren. So klappt es dann auch mit der Entwicklung der Landeshauptstadt Kiel.

Dies erklären zur Ansiedlungsabsicht von Möbel Kraft in Kiel die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr

Dirk Scheelje, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Kommentar von [Uwe Kern](#) vom 29.07.2011, 17:04 Uhr:

**RE: Herzlich willkommen, Möbel Kraft!**

*Ich stimme ihrer Einschätzung bezüglich einer Neuansiedlung von Möbel Kraft Kiel in einigen Punkten zu. Wenn man von versprochenen Arbeitsplätzen spricht sollte man genau hinhören und die bisherigen Versprechungen des zweitgrößten deutschen Möbelkonzerns Möbel Höffner, (zudem MK gehört) mit Vorsicht genießen. Ich empfehle hier eine saubere Recherche in vergleichbaren Fällen. Es sollte hier immer deutlich die Rede von versicherungspflichtigen Vollzeitarbeitsplätzen sein. Nur diese sind für den „Stadtsäckel“ richtig interessant. 400 €- Jobs kämen die Stadt mittelfristig sogar teurer, wenn hier später „ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt“ gezahlt werden müsste. Einem Investor entgegen zu kommen ist unstrittig der richtige Ansatz. Für den Fall von Gewerbeansiedlung hat die Stadt bereits viel Geld in die Hand genommen und die bekannten Gebiete wie Beispielsweise Wellsee sehr gut erschlossen. Leider zu klein für ein Möbelhaus dieser Größe. Und genau hier entsteht ein Konfliktpotential, das ich aus meiner Sicht in wenigen Punkten darstellen möchte. 1- Es gibt kein Stadtentwicklungskonzept, das eine Industrieansiedlung in dieser Größe (30-40.000 m<sup>2</sup>) berücksichtigt hat. Im Einzelhandelskonzept ist für die Branche Möbel sicher ein finanzwirtschaftlicher Entwicklungsspielraum auszumachen, der Preis dafür darf aber nicht eine 40.000 m<sup>2</sup> große Grünfläche im Kieler Stadtbereich sein. Zum Sonderstandort IKEA wird sogar nur eine maßvoll dimensionierte Erweiterung und Ergänzung mit nicht-zentrenrelevanten Angeboten für möglich gehalten. Meine weiteren Punkte: 2- Der Wert der städtischen Grünflächen wird extrem unterbewertet. 3- Das Konfliktpotential wird nicht annähernd richtig eingeschätzt. 4- Der Dialog mit der Bevölkerung wird nicht rechtzeitig geführt. 5- Die eigenen Zielsetzungen der „Klimaschutzstadt Kiel“ werden nicht beachtet ( effizienter Umgang mit Ressourcen). 6- Transparenz auch in den Vertragsvereinbarungen mit dem Unternehmen über die Ansiedlung! Mein dringender Wunsch an Sie, führen Sie einen ehrlichen und breiten Dialog mit uns als betroffene Bürger dieser Stadt. Denken Sie ernsthaft über alternative Ansiedlungsflächen nach. Wägen sie die langfristigen Folgen (Abhängigkeit von Gewerbesteuererhöhungen durch einige große Unternehmen) genau ab. Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Biodiversitätskonvention (1992; BRD 2007, nationale Strategie). Zitat: „Mehr grün erhöht die Attraktivität der Städte und hat positive Wirkung auf das Stadtklima, die Luftqualität und den Wasserhaushalt. Deshalb gilt es, nicht nur die noch vorhandenen Freiflächen gegen Umwandlung in Siedlungs und Verkehrsflächen zu schützen und die privaten und öffentlichen Grünflächen einschließlich des wohnungsnahen Grüns zu erhalten, sondern den Grünanteil systematisch zu erhöhen.“ Zitat ende (aus Zukunftsfähiges Deutschland, Wuppertal Institut 2008, Seite 543) Um den Wert dieses Grünareals einschätzen zu können, empfehle ich Ihnen, gehen sie einmal an einem schönen Tag durch dieses Gelände und führen Sie ihren inneren Dialog. Mit freundlichen Grüßen Uwe Kern*

### **Die SPD Stormarn trauert um Alfred Schulz**

Am 25. Juli 2011 ist im Alter von 82 Jahren der SPD-Politiker Alfred Schulz verstorben. Schulz, geboren am 23. Dezember 1928 in Altona, war von 1968 - 1980 Vorsitzender der SPD Stormarn und von 1971 - 1992 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags, 1988 - 1992 als dessen Vizepräsident. Von 1980 -1988 war er Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport.

Von 1966 bis 1978 gehörte Schulz der Stadtverordnetenversammlung von Reinbek an,

wo er von 1970 bis 1974 Bürgervorsteher war. Daneben war er von 1966 bis 1971 Abgeordneter im Kreistag des Kreises Stormarn. Alfred Schulz trat 1954 als Lehrer in den Schuldienst des Landes Schleswig-Holstein ein und unterrichtete die Fächer Deutsch und Geschichte, zuletzt am Otto-Hahn-Gymnasium in Geesthacht.

Alfred Schulz war ebenfalls Mitglied der Synode der Nordelbischen Kirche sowie Mitglied im Sprecherkreis "Christen für die Abrüstung" in der Nordelbischen Kirche. „Alfred Schulz hat aus seiner Glaubensüberzeugung ein deutliches Engagement in Politik und Gesellschaft gezeigt und sich konsequent zu den Schwachen der Gesellschaft gewandt.“ - Mit dieser Begründung wurde Alfred Schulz Anfang 2010 im Hamburger Michel von Bischöfin Maria Jepsen die Bugenhagenmedaille verliehen, die höchste Auszeichnung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche. Alfred Schulz war auch Träger der Freiherr-vom-Stein-Medaille, einer Auszeichnung, die Schleswig-Holstein an Bürger verleiht, die sich insbesondere um die Kommunalpolitik verdient gemacht haben.

Martin Habersaat, heute SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter: „Alfred Schulz wusste, dass es zu Ende geht. Noch in der vergangenen Woche ließ er ausrichten, wir mögen ihn als ‚Sozialisten und Christen‘ in Erinnerung behalten. Das werden wir tun. Vor allem in Erinnerung bleiben wird sein großes Engagement für die Schwachen der Gesellschaft, für Flüchtlinge und Minderheiten, das ihm mit seinem klaren moralischen Kompass bis zuletzt ein Anliegen war.“ 1967 hatte Alfred Schulz gemeinsam mit Freunden und Weggefährten den Verein „Tribüne e.V. Vereinigung zur Diskussion der Probleme der modernen demokratischen Gesellschaft“ gegründet. Martin Habersaat hofft, diesen Verein mit anderen gemeinsam weiterführen zu können. Bis zu einer Mitgliederversammlung im Herbst will er MitstreiterInnen suchen.

**Keine Kommentare**

### **SPD Reinbek trauert um Alfred Schulz**

"Die SPD Reinbek verliert mit Alfred Schulz einen Sozialdemokraten der ersten Stunde, der die Grundwerte der Partei Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur politisch vertreten, sondern gelebt hat."



Mit diesen Worten würdigt Reinbeks SPD-Vorsitzender Klaus-Peter Puls "das Wirken des Verstorbenen für eine menschliche und friedliche Gesellschaft". Schulz war aktives Mitglied des SPD-Ortsvereins seit 1952, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Reinbek und des SPD-Kreisverbandes Stormarn, langjähriger Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter, Vizepräsident des Landtages und Bürgervorsteher in Reinbek. Klaus-Peter Puls: "Alfred Schulz hat Jahrzehnte lang Verantwortung in einer Vielzahl hervorgehobener partei- und staatspolitischer Ämter wahrgenommen und hat sich dabei zeitlebens nicht nur als Amtsinhaber und Funktionsträger, sondern ganz persönlich - als überzeugter Sozialdemokrat und bekennender Christ - für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft eingesetzt. Unermüdlich war sein Engagement für die Integration von Minderheiten und für die freundliche und menschenwürdige Aufnahme zugewanderter und zu uns geflüchteter Menschen. Die SPD Reinbek wird Alfred Schulz in dankbarer Erinnerung behalten."

**Keine Kommentare**

[SPD-Schilksee](#) - veröffentlicht am 25.07.2011, 19:10 Uhr - 2988 Clicks - Nr. 778

**Fischer/Stück: „Kritik an Plattform ohne Aussicht!“**

Die Ergebnisse der Ortsbegehung, die der SPD-Ortsverein und der Kreisvorsitzende und Nord-MdL Rolf Fischer vor wenigen Tagen in Schilksee durchgeführt haben, liegen jetzt vor. Über 40 Teilnehmer (!) fanden sich an der Promenade ein, um an unserem Gang durch den Stadtteil teilzunehmen. Insbesondere Fragen der Bebauung standen auf der Tagesordnung. Dazu erklärten Gesine Stück, SPD-OV-Vorsitzende Schilksee, und SPD-Kreischef Rolf Fischer: „Wir freuen uns, dass der Rundgang so viele Teilnehmer hatte und auf so großes Interesse vor Ort gestoßen ist. Es wurde eine Reihe von Kritikpunkten, aber auch von Verbesserungsvorschlägen deutlich. So entstand ein 'Plan für Schilksee', der die folgenden Schwerpunkte umfasst:

Die Situation an der Promenade für Fußgänger und Radfahrer muss durch die **Rückschneidung des Bewuchses** verbessert werden. So entsteht mehr Platz für beide Gruppen, und das Gefahrenpotential wird reduziert. Denn machen wir uns nichts vor: Trotz des Fahrverbots nutzen Radfahrer mangels Alternativen immer wieder die Promenade.

Großer Unmut besteht weiterhin über die Situation Möwenweg/Promenade. Die von der Stadt neu erstellte **Aussichtsplattform ist viel zu klein und erlaubt durch den Verkauf und hohen Bewuchs des daneben liegenden Grundstückes keine Sicht** mehr auf weite Teile der Förde. Zudem fehlen Bänke, die eine Rast möglich machen. Deshalb wird das Gelände häufig als Fahrradständer missbraucht. Wir teilen die Kritik an dieser Maßnahme. Dass der Verkauf und die Finanzierung nicht im Ortbeirat vorab besprochen wurden, war ein Fehler. Dies werden wir noch einmal deutlich machen.

Die Meinungen über eine Bebauung des Grundstücks an der Ecke Möwenweg/Langenhof in Kirchennähe gehen auseinander. Angemerkt wurde, dass auf jeden Fall die alten Bäume erhalten werden sollten.

Dem Gerücht, dass auch der Kurpark bebaut werden soll, sind wir nachgegangen. Die Stadt konnte dies nicht bestätigen. **Der Kurpark soll Kurpark bleiben.**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich am Ankerplatz Dienstleistungen rund um die Gesundheit konzentrieren und dort ein "**Medizinisches Zentrum**" bilden. Ein Gespräch mit dem Apotheker Herrn Dr. Saphir (Apotheke Schilksee) hat gezeigt, dass dieser Vorschlag auf Zustimmung stößt. Die Ausgangsposition mit den bestehenden Einrichtungen ist gut. Für die Schilkseerinnen und Schilkseer ist ein solches Zentrum ein Gewinn.

Auf der Wiese hinter dem Ankerplatz sollen mehr große Müllbehälter aufgestellt werden. Die Wiese wird vor allem am Wochenende für Picknicks und Grillabende genutzt.

Das **ehemalige Gebäude der Funkstelle** an der Steilküste steht leer. Dieser Ort muss aufgewertet werden. Wir werden die Zukunft des Gebäudes im Ortsbeirat ansprechen. Vorschläge für eine Nutzung waren ein Seniorenwohnanlage oder eine Jugendherberge oder eine gastronomische Nutzung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Stadtteilspaziergangs haben darauf hingewiesen, dass in Schilksee ein **Boule-Platz** fehlt. Dieser Sport, der an einigen Plätzen in Kiel bereits gespielt wird, wäre eine wertvolle Bereicherung für die älteren, aber aktiven Bewohner des Stadtteils. Wir unterstützen diese Idee und werden sie auch im Ortbeirat thematisieren.

Wir planen eine **Fortsetzung des Rundgangs** im Dorf Schilksee einschließlich der Hans-Kock-Stiftung auf Gut Seekamp.

**In Schilksee scheint es zurzeit an Transparenz bei den Planungen zu mangeln** sowohl von städtischer Seite als auch vom Ortsbeirat. Dies wollen wir ändern.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 25.07.2011, 21:01 Uhr - 8344 Clicks - Nr. 779

#### **Wir trauern mit Norwegen**

Anlässlich der Anschläge in Norwegen am Freitag erklären der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der jugendpolitische Sprecher der Kieler SPD, Benjamin Raschke:

„Mit ungläubigem Entsetzen und schwer erschüttert haben wir am Freitag die Nachrichten von den Attentaten in Oslo und auf ein sozialdemokratischer Jugendlager verfolgt. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen.

Wir trauern mit den Menschen in Norwegen, zu denen wir als Kielerinnen und Kieler eine besonders enge Bindung haben.

Der kaltblütige Anschlag auf ein Zeltlager von jungen, politisch engagierten Menschen sprengt unsere Vorstellungskraft und lässt uns in Gedanken bei unseren Freundinnen und Freunden der norwegischen Sozialdemokratie sein.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 25.07.2011, 21:11 Uhr - 8933 Clicks - Nr. 780

#### **Schweigeminute und Trauerkundgebung für Norwegen**

Anlässlich der Anschläge in Norwegen hat die Kieler SPD am 25.07.2011 um 18:00 Uhr vor dem Kieler Rathaus eine Trauerkundgebung abgehalten. Auf der Kundgebung sprach Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig und der Honorarkonsul Norwegens, Carl-Christian Ehlers.

Die mehr als 100 Anwesenden schwiegen eine Minute lang im Angedenken der Opfer und legten Rosen nieder. Anschließend trugen sich viele ins Kondolenzbuch der Landeshauptstadt Kiel ein.



Für die Kieler SPD sprach Benjamin Raschke:

„Die Nachrichten von den unfassbaren Gewalttaten in Norwegen haben uns in den letzten Tagen unendlich traurig gemacht. Den Opfern in Oslo und im Jugendlager auf Utøya und ihren Angehörigen gilt unser tief empfundenes Mitgefühl!

Hier in Kiel, dem Tor nach Skandinavien, ist uns Norwegen besonders nah. Den Menschen in Norwegen wollen wir heute zeigen, dass wir in diesen schweren Stunden bei ihnen stehen. Erschüttert hat uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Hass und die Brutalität, denen viele junge, politisch engagierte Menschen zum Opfer gefallen sind. Unsere Genossinnen und Genossen haben am Freitag Freunde und Gefährtinnen auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft verloren.“

Kommentar von [Michael R.](#) vom 26.07.2011, 08:58 Uhr:

#### **RE: Schweigeminute und Trauerkundgebung für Norwegen**

*Eine sehr würdevolle, sehr schöne Demonstration! Die öffentliche Trauerbekundung war auch mir ein Anliegen, wiewohl nicht als Sozialdemokrat sondern als Kieler. Vielen Dank, dass Sie das ermöglicht haben!*

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 25.07.2011, 21:20 Uhr - 6934 Clicks - Nr. 781

#### **Kreis Herzogtum Lauenburg bei Schülerbeförderungskosten isoliert**

„Selbst die von Innenminister Schlie im Nachbarkreis Stormarn im Wege einer Ersatz-vornahme vorgenommene Einführung einer Eigenbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten ist deutlich moderater und familienfreundlicher als die von CDU und FDP durchgepeitschte Regelung im Kreis Herzogtum Lauenburg.



Zumindest für ein Jahr sind Eltern mit schulpflichtigen Kindern im Kreis Herzogtum Lauenburg im unmittelbaren Vergleich die Leittragenden.“ So kommentiert SPD-Fraktionsvorsitzender Gunar Schlage die jetzt bekannt gewordene Regelung im Kreis Stormarn.

Innenminister Schlie hat für den Kreis Stormarn festgelegt, dass dort die Eigenbeteiligung 20 % für

das erste Kind beträgt. Für das zweite und jedes weitere Kind entfällt die Elternbeteiligung. Es entstehen Beträge von monatlich 5,40 Euro bis 8,30 Euro.“

Schlage: „Im Kreis Herzogtum Lauenburg, also in unmittelbarer Nachbarschaft, ist nicht nur die Eigenbeteiligung selbst deutlich höher (bis zu 35 % und bis zu 17,00 Euro mtl. je Kind). Als ein sehr fragwürdiges „Alleinstellungsmerkmal“ hat man sich für dieses Schuljahr einer Geschwisterregelung verweigert. Dies bedeutet im Klartext: Im nächsten Schuljahr zahlt im Kreis Herzogtum Lauenburg eine Familie mit vier Fahrkindern über 800 Euro im Jahr, während eine Vergleichsfamilie im Nachbarkreis Stormarn für diese Kinder noch nicht einmal 100 Euro im Jahr zahlt, weil es eine Geschwisterregelung gibt. Die Ersatzvornahme des Innenministers im Nachbarkreis Stormarn bei der Gesetzesausfüllung ist somit deutlich familienfreundlicher, als die CDU/FDP-Regelung im Herzogtum Lauenburg. Selbst der eigene Innenminister geht auf Distanz.“

„Dies ist schon wieder eine sehr gewöhnungsbedürftige „Standortinitiative“ von CDU und FDP im Lauenburgischen Kreistag! Und wenn die FDP in der letzten Kreistagssitzung erkannt hat, dass sie bei der Beschlussfassung einen gravierenden Fehler gemacht hat und künftig eine Geschwisterregelung einführen will, die dann ab dem Schuljahr 2012/2013 Gültigkeit haben soll, stellt sich die Frage, wieso man dann bereit war, die Familien im Kreis Herzogtum Lauenburg zumindest für ein Jahr finanziell drastisch abzustrafen.“

„Ein Blick auf die Situation in Schleswig-Holstein zeigt, dass das Herzogtum Lauenburg ziemlich isoliert dasteht. Natürlich ist jeder Kreis aufgrund der Rechtslage autonom, eine Satzung zu verabschieden. Meine Vorstellungen von Erfüllung des Gleichheitsgrundsatzes in unserer Region sehen jedoch etwas anders aus.“

**Keine Kommentare**

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 26.07.2011, 00:48 Uhr - 8067 Clicks - Nr. 782

**Ein Schock für Europa - wir trauern mit den Angehörigen!**

Ein Schock für Europa - wir trauern mit den Angehörigen!

Angesichts der schrecklichen Ereignisse fühlen wir Jusos in Steinburg mit den Angehörigen der Opfer in Norwegen und sprechen unser tiefstes Beileid aus.

Es ist erschreckend, dass so viele Genossinnen und Genossen unseres norwegischen Schwesterverbands AUF ihr Leben lassen mussten. Wir solidarisieren uns mit der norwegischen Sozialdemokratie in dieser schweren Stunde. Unser gemeinsamer Wille, für eine tolerante, offene, soziale und demokratische Gesellschaft zu kämpfen, bleibt ungebrochen!



Der Juso-Kreisvorstand

[Homepage der Jusos Steinburg](#)

**Keine Kommentare**

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 26.07.2011, 00:51 Uhr - 9160 Clicks - Nr. 783

#### **Grundgesetztag 2011**

Zum zweiten Mal begingen die Jusos Steinburg dieses Jahr feierlich den Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes am 23. Mai 1949.

In diesem Jahr stand die Veranstaltung im Zeichen des europäischen Grundgedankens, den das Grundgesetz entscheidend mitgeprägt hat. Der Landtagsabgeordnete Rolf Fischer aus Kiel fand in seiner Rede vor dem historischen Rathaus Itzehoes die treffenden Worte: Er betonte - angesichts der Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der dänischen Grenze - die Notwendigkeit, Europa als gemeinsame Wertegemeinschaft für Menschenrechte, Bürgerrechte, Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität wieder bewusster zu leben.

Auch das Wetter schien trotz der schlechten Großwetterlage für ein gemeinsames Europa zu plädieren und schenkte uns ausreichend regenfreie Zeit für unsere Veranstaltung, die mit der Niederlegung eines Kranzes am Mahnmahl Malzmüllerwiesen endete. Somit setzten die Jusos auch in diesem Jahr die Jahrzehnte alte Tradition in Gedenken derjenigen fort, die die friedliche, weltoffene Entwicklung Deutschlands nach dem Krieg nicht mehr miterleben konnten.

[Homepage der Jusos Steinburg](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.07.2011, 09:57 Uhr - 1672 Clicks - Nr. 784

#### **We grieve with Norway - Wir trauern mit Norwegen**

I would like to express on behalf of the social democratic parliamentary group in the city council in Kiel our sense of shock at the violence in Norway.

The city of Kiel in Northern Germany as the gateway to the north has a particular closeness to Norway, not only due to the ferry connections to Oslo. Many people from Kiel spend their holidays in Norway and have made friends there.

Our thoughts and condolences are with the victims, their loved ones and our social democratic comrades.

sgd. Councilor Falk Stadelmann

Deputy Chairman

Im Namen der SPD-Ratsfraktion Kiel möchte ich unser Entsetzen anlässlich der Gewalttaten in Norwegen ausdrücken.

Die Stadt Kiel als Tor zum Norden fühlt sich besonders verbunden mit Norwegen, nicht nur wegen der Fährverbindungen nach Oslo. Viele Kielerinnen und Kieler verbringen ihren Urlaub in Norwegen und haben Freundschaften geschlossen.

Wir sind in Gedanken bei den Opfern, ihren Angehörigen und unseren sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen.

gez. Ratsherr Falk Stadelmann  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

**Keine Kommentare**

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 26.07.2011, 16:13 Uhr - 6489 Clicks - Nr. 785

#### **Land gefährdet Weltkulturerbe-Titel in SH**

Seit einiger Zeit bemüht sich die Region Rendsburg unter Federführung des Rendsburger Bürgermeisters, Andreas Breitner (SPD), um die Anerkennung der Osterrönfelder/Rendsburger Schwebefähre am Nord-Ostsee-Kanal als Weltkulturerbe. Was bisher gute Aussicht auf Erfolg hatte, scheint nun durch eine Neuausrichtung des Landes-Denkmalschutzes gefährdet zu werden. Breitner appelliert daher an die schwarz-gelbe Landesregierung, die Welterbetitel im Land nicht aufs Spiel zu setzen.

In Gefahr scheint dabei nicht nur der UNESCO-Titel für die Schwebefähre samt Eisenbahnhochbrücke, sondern auch die Anerkennung der Lübecker Altstadt sowie des Dannewerks als Weltkulturerbe. Pikant ist zudem, dass auch die weiteren Schwebefähren-Bewerbungen als Weltkulturerbe damit gefährdet zu sein scheinen, handelt es sich doch um eine Sammelbewerbung der weltweit sieben Schwebefähren. Betroffen wäre damit auch die zweite deutsche Schwebefähre in der Osterrönfelder Partnergemeinde Osten (Niedersachsen).



Anlass für Breitners Befürchtung ist die Stellungnahme der UNESCO-Welterbebeauftragten der Kultusministerkonferenz, Dr. Birgitta Ringbeck, die die nationalen Interessen Deutschlands beim Weltkulturerbekomitee in Paris vertritt. Diese erklärte aufgrund der geplanten Änderung des Denkmalschutzgesetzes in Schleswig-Holstein, dass der Erhalt bestehender und potentieller Welterbestätten in Bestand und Wertigkeit durch das neue Gesetz nicht mehr gewährleistet sei. Und das trotz eines "Welterbe-Passus" im neuen Denkmalschutzgesetz. Dazu heißt es weiter in einer Pressemitteilung: "Die Aufnahme des Welterbeschutzes in das Gesetz scheint mir vor diesem Hintergrund reine Makulatur zu sein, da entsprechende Regelungen für einen tatsächlich wirksamen Schutz fehlen. Auf dem Ordnungswege wird dieser Mangel kaum zu beheben sein. Die Fachbehörde wird derart geschwächt, dass mit dieser Novellierung in der Tat nicht der in § 5 der Welterbekonvention formulierten Aufforderung Rechnung getragen wird."

Rendsburgs Bürgermeister Breitner schlägt daher Alarm: "Schleswig-Holstein muss aufpassen, dass der Welterbestatus von der Unesco nicht aberkannt bzw. weitere Anträge abgelehnt werden. Das hätte gravierende touristische und damit auch negative wirtschaftliche Folgen für unser Land. Das neue Denkmalschutzgesetz muss noch vor seiner Verabschiedung dringend auf Unesco-Tauglichkeit

geprüft werden. Wir sollten nicht den Dresdner Weg gehen und damit riskieren, uns international lächerlich zu machen", fügt Breitner unter Hinweis auf die 2009 ergangene Unesco-Entscheidung, das Dresdner Elbtal wegen des Baus der umstrittenen Waldschlößchenbrücke von der Liste der Weltkulturerbestätten zu streichen.

Geteilt werden die Befürchtungen des Bürgermeisters vom Vorsitzenden der gemeinnützigen Arbeitsgemeinschaft Osteland e. V., Jochen Bölsche (Osten/Oste), der mit Breitner und anderen Kommunalpolitikern aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen dem Arbeitskreis Deutsche Schwebefähren angehört. Aufgrund der Kieler Pläne drohe ein "schwerer Rückschlag" für die Bemühungen, die Schwebefähre über dem Elbnebenfluss Oste, das Wahrzeichen des Ostelandes, weiter zu einer Touristenattraktion von nationalem und internationalem Rang aufzuwerten.

Weltweit existieren nur noch acht Schwebefähren, die in einem 2003 gegründeten Weltverband unter der Schirmherrschaft des spanischen Königs Juan Carlos I. zusammenarbeiten. Die weltälteste Schwebefähre im spanischen Bilbao wurde 2006 zum Weltkulturerbe erhoben. Der Schwebefähre Osten - Hemmoor verlieh der Verein Deutscher Ingenieure im Herbst 2009 den Titel "Historisches Wahrzeichen der Ingenieurbaukunst". Die Schwebefähren über der Oste und dem Nord-Ostsee-Kanal sind die Wahrzeichen der 2004 eröffneten Deutschen Fährstraße Bremervörde - Kiel.

Weitere Infos zur Bewerbung der Schwebefähre als Weltkulturerbe können Sie hier nachlesen [[mehr](#)]. Die Pressemitteilung von Andreas Breitner lesen Sie hier [[mehr](#)]. --

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.07.2011, 23:21 Uhr - 6645 Clicks - Nr. 786

#### **CSD 2011 in Lübeck**

Zum 10. Mal fand in diesem Jahr eine CSD-Parade in Lübeck statt. Veranstalter ist der Lübecker CSD e.V. Der Christopher Street Day (CSD) ist ein Fest- und Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern. Gefeiert und demonstriert wird für die Rechte dieser Gruppen sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Der CSD erinnert an einen Aufstand 1969 von Homosexuellen und anderen sexuellen Minderheiten gegen die Polizeiwillkür in der New Yorker Christopher Street.



Die ersten Paraden in Deutschland fanden 1979 in Berlin und Bremen statt.

In der SPD gibt es den Arbeitskreis der Lesben und Schwulen in der SPD (AK Schwusos). Die Lübecker Schwusos um Daniel Simon Brodersen haben 2011 die Teilnahme der SPD am CSD organisiert. Unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt“ waren auf dem Wagen auch die

Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm, der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und der Landtagskandidat Wolfgang Kruse an Bord. Der Lübecker Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch war am SPD-Stand auf dem abschließenden Fest dabei und sprach auf der Kundgebung, die auf den Umzug folgte.

Bei herbstlichem Wetter und Regen nahmen etwa 700 Menschen an der Parade teil. Fotos von der Veranstaltung finden sich [hier](#).

Foto: Martin Habersaat, Gabriele Hiller-Ohm, Wolfgang Kruse

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.07.2011, 23:29 Uhr - 5963 Clicks - Nr. 787

#### **Besuch beim Barsbüttler Bürgermeister**

Auch das Rathaus seiner Heimatgemeinde Barsbüttel ist ein Ziel der Sommertour des SPD-Landtagsabgeordneten Martin Habersaat. Die politisch ruhigeren Sommermonate nutzt er regelmäßig für Gespräche mit den Bürgermeistern seines Wahlkreises. Nun besuchte er Barsbüttels Bürgermeister Thomas Schreitmüller in seinem Amtszimmer. Beide nutzten die Möglichkeit, sich in Ruhe über aktuelle politische Entwicklungen und Vorhaben auszutauschen. Dabei ging es vor allem um die Gemeindefinanzen, die Zusammenarbe



Dabei ging es vor allem um die Gemeindefinanzen, die Zusammenarbeit mit Hamburg und den Bildungsbereich.

Thomas Schreitmüller, auch Vorsitzender des Stormarner Gemeindetags, befasste sich gerade mit dem vom Land geplanten Haushaltskonsolidierungsgesetz. Das Innenministerium des Landes hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der allerdings nicht mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt war. Thomas Schreitmüller: „Der Gedanke, besonders bedürftigen Gemeinden bei der Konsolidierung ihrer Finanzen zu helfen, ist richtig. Das sollte aber nicht dazu führen, dass andere Gemeinden schlechter dastehen als bisher.“ Hintergrund: Die Kommunen sollen laut Gesetzesentwurf einen doppelten Solidarbeitrag leisten, zum einen durch „ihren“ Anteil an den Steuermehreinnahmen durch die erhöhte Grunderwerbssteuer, zum anderen sollen pauschal 15 Millionen Euro aus der Schlüsselmasse entnommen werden, die auf alle Gemeinden verteilt werden würde.

Martin Habersaat berichtete von seiner Arbeit in Kiel, wo er unter anderem der Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ angehört. Seine Hoffnung ist es, in den nächsten Jahren eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg zu erreichen, in der die Schulen im Hamburger Rand im Zusammenhang betrachtet werden und „Worte wie ‚Gastschulabkommen‘ der Vergangenheit angehören.“ Ebenso gehe es in der Kommission über länderübergreifende

Gewerbegebiete, auch ein Übergang der Regionalplanung von Kiel an die betroffenen Regionen ist für Barsbüttel von Bedeutung. Dies hatten zuletzt die Arbeiten am neuen Flächennutzungsplan der Gemeinde gezeigt. Habersaat: „Auf der einen Seite sagen alle Experten, dass Barsbüttel entlang der A1 ein begehrter Standort für neue Gewerbeflächen ist, auf der anderen Seite bremst Kiel das aus - das passt nicht zusammen.“ Künftig sollen die betroffenen Kreise miteinander ihre Regionalplanung entwickeln können; im September wird der Wirtschaftsausschuss des Kreises dieses Thema behandeln.

Der Bürgermeister hofft, für Barsbüttel in den kommenden Jahren einen Anteil an den Geldern erreichen zu können, die das Land für Sozialpädagogen an Schulen zur Verfügung stellt. Im kommenden Schuljahr wurden zunächst nur ‚Soziale Brennpunkte‘ berücksichtigt, zu denen Barsbüttel - glücklicherweise - nicht zählt. Da künftig auch Bundesmittel für diese Aufgaben zur Verfügung stehen, sei die Einrichtung einer halben Stelle für sozialpädagogische Arbeit an den beiden Grundschulen der Gemeinde vorstellbar. Noch gibt der Arbeitsmarkt Sozialpädagogen her - kritischer werde die Lage bei Erzieherinnen, berichtete Schreitmüller, der aber auch eine gute Nachricht hatte: Gerade konnte er die ersten zwei Verträge für „Bufdis“ unterschreiben - über den Bundesfreiwilligendienst kann das Projekt der Schulbusbegleitung in der Gemeinde Barsbüttel fortgesetzt werden.

Abschließend warfen Bürgermeister und Abgeordneter einen Blick auf das Haus, in dem sie saßen: Um die Sanierung des Rathauses gab es in den vergangenen Wochen viel Aufregung. Habersaat begrüßte den Beschluss des Planungsausschusses, der „Bürgerinitiative Ortsmitte“ über einen eigenen Gutachter eine Überprüfung des Sanierungsbedarfs des Rathauses zu ermöglichen. Dann sollen in einer öffentlichen Veranstaltung alle Gutachter zu Wort kommen. Habersaat und Schreitmüller: „Niemand in Barsbüttel rechnet Sanierungskosten künstlich hoch. Wichtig ist, mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern in einen konstruktiven Dialog zu kommen und gemeinsam eine Lösung zu entwickeln.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 27.07.2011, 07:40 Uhr - 6505 Clicks - Nr. 788

#### **Heimatbund Norderstedt zu Gast beim Ortsverein**

In der Sitzung am 25.07.2011 begrüßte der Ortsverein Norderstedt den Heimatbund Norderstedt e.V., vertreten durch seinen ersten Vorsitzenden Peter Reimann und seine zweite Vorsitzende Gisela Wagenführ.

Der aus dem Heimatverein entstandene und im Jahr 1995 als Heimatbund Norderstedt gegründete Verein trägt jedes Jahr die historisch relevanten Ereignisse in einem Jahrbuch zusammen. In diesem Jahr wird die 15. Chronik erscheinen. Die Nachschlagewerke erfreuen sich großer Beliebtheit und können u.a. auch den Norderstedter Büchereien ausgeliehen werden.



Als Kulturträger unserer Stadt hat der Heimatbund unter anderem den Geschichtspfad in Friedrichsgabe begründet und plant jetzt eine ähnliche Einrichtung auch für den Ortsteil Glashütte.

Noch heute ist die vor einigen Jahren erstellte DVD des Vereins über die Entwicklung der Dörfer von 1900 bis 2000 sehr gefragt.

Daneben bietet der Verein z.B. Diavorträge über das südliche Norderstedt (14. September, um 15.30 Uhr in den Räumen K130/131 des Rathauses) an und plant langfristig ein Buch über die Geschichte von ganz Norderstedt.

Nähere Informationen über den Heimatbund Norderstedt unter [www.heimatbund-norderstedt.de](http://www.heimatbund-norderstedt.de).

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 27.07.2011, 23:42 Uhr - 9323 Clicks - Nr. 789

#### **Zukunft der Marinearsenalbetriebe**

Wir, Rolf Fischer, Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Kiel und Frank Hornschu, Gewerkschaft ver.di, nehmen gemeinsam Bezug auf die Berichterstattung zu den Marinearsenalbetrieben in Wilhelmshaven und Kiel:

„Die Sicherheit Deutschlands als größte Industrie- und Handelsnation Europas besitzt eine wichtige maritime Dimension. Die Sicherheit im 21. Jahrhundert ist angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen und zunehmender Marktverflechtungen aller Lebensbereiche global angelegt. Unser Globus ist zu 7/10 mit Wasser bedeckt und bildet daher die gewaltige, alles umfassende und unzerstörbare maritime Rollbahn zur Projektion wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Einflussnahme.

Die Bedarfe, Erfordernisse und Herausforderungen der Marine durch die Beschlüsse der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages, deren sicherheits- und verteidigungspolitische Einbindung in der Europäischen Union und der Nato, sind hinreichend bekannt. Zur Bewältigung dieser Bedarfe und Erfordernisse sowie zur Überwindung der Herausforderungen braucht die Marine eine hoch kompetente und zuverlässige Dienstleistung. Diese Dienstleistung stellen und erbringen die Marinearsenalbetriebe an Nord- und Ostsee. Zur vollständigen und umfassenden Erfüllung der Garantenstellung, u. a. für die im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten, muss die Vermeidung weiterer Fähigkeitslücken und unnötiger Zusatzkosten höchste Priorität haben. Ein Marinearsenal, welches ausschließlich nur die Vergabe organisiert, ist kein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung – im Gegenteil: der sogenannte „gewährleistende, heißt privatisierte Betrieb“ wird für die Steuerzahler/innen um ein vielfaches teurer. Deshalb ist der operative Bereich in den Dienststellen unverzüglich personell und materiell umfassend in öffentlicher Hand des Bundes zu sichern. Damit sprechen wir direkt das technische Personal an, welches unmittelbar für die Erprobung, Instandsetzung, Forschung und Technik an Bord der Schiffe für Sicherheit und Einsatzfähigkeit tätig ist. Die Strukturen, Aufgaben, Sollfähigkeiten und das Know-how dieser betreffenden Dienstleistungen müssen gewährleistet bleiben. Sie sind, dies belegen viele Untersuchungen, zudem stets kostengünstiger. Die Marinearsenalbetriebe Kiel und Wilhelmshaven

an Nord- und Ostsee können zukunftsfest und überlebensfähig in öffentlicher Hand gesichert werden.“

#### Hintergrund:

*Seit über 15 Jahren wird ohne eine sachlich und objektive Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik vor allem im operativen Bereich das technisch tätige Personal reduziert. Das Durchschnittsalter beträgt mittlerweile 53 Jahre. Das Wissen geht immer mehr verloren und zugleich werden gut ausgebildete Frauen und Männer seit Jahren nicht übernommen. Improvisation wird so zunehmend zur Regel und bleibt keine Ausnahme. Seit Jahren versuchen unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Arbeitnehmervertretungen engagieren, darauf aufmerksam zu machen – leider ohne Erfolg. Dieser Umstand lässt u. a. die Vermutung entstehen, dass dem Bundesminister der Verteidigung wesentliche Informationen vorenthalten bleiben.*

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.07.2011, 11:07 Uhr - 2533 Clicks - Nr. 790

#### **Rathauskooperation: Perspektive für die Sky-Markt-Szene in Gaarden**

Die Stadtverwaltung setzt mit der angekündigten Aufstockung der Streetworkerstunden um 19,5 Wochenstunden die bereits bei den Haushaltsberatungen im Dezember 2010 von SPD, Grünen und SSW finanziell abgesicherten zusätzlichen Hilfen für die Drogen- und Trinkerszene in Gaarden um. Der von SPD, Grünen, SSW und der Fraktion "Die Linke" im März abgelehnte CDU-Antrag sah lediglich eine Ausweitung der bereits vorhandenen Streetworker-Arbeit vor.

Das nunmehr von der Stadtverwaltung vorgestellte Konzept sieht die Stundenaufstockung ausschließlich für ein niedrighschwelliges Beschäftigungsangebot an die Szene-Mitglieder vor. Auf freiwilliger Basis soll dadurch der verwilderte Kleingarten an der Mühlenstraße kultiviert werden. Daneben werden wie bisher auch weitere sozialpolitische Maßnahmen wie Vermittlung in andere niedrighschwellige Beschäftigungsangebote, Gesundheitsaufklärung, Gewinnung von Multiplikatoren angeboten. Dadurch kann eine Atmosphäre geschaffen werden, in der sich Betroffene mit der eigenen Situation befassen und das eigene Leben verändern können.

Allein eine verstärkte Arbeit der Streetworker ohne ein tragbares Konzept am derzeitigen Aufenthaltsort der Straßenszene würde von der Szene als „verfolgende Sozialarbeit" aufgefasst werden, zumal sie keine nachhaltige Lebensperspektive für die Betroffenen hätte bieten können.

„Wir bedanken uns bei der Verwaltung für ein Konzept, das in die richtige Richtung weist. Das unter streng einzuhaltenden Regeln und Auflagen stehende Beschäftigungsangebot kann zusammen mit anderen sinnvollen sozialen Maßnahmen dazu beitragen, einen Verhaltenskodex für die gesamte Szene zu erreichen und damit die Aufenthaltsqualität auch am jetzigen Standort der Szene zu verbessern“, so Schmalz, Schulz, Rahim und Danker abschließend.

Diese erklären zur gestrigen Gesprächsrunde zum Thema Sky-Markt-Szene in Gaarden die Gaardener Ratsherren der SPD-Ratsfraktion, der sozialpolitische Sprecher Michael Schmalz und

der wohnungs- und migrationspolitische Sprecher Wolfgang Schulz sowie der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim, und Ratsfrau Antje Danker, SSW.

Kommentar von [Michael Schmalz](#) vom 28.07.2011, 15:31 Uhr:

**RE: Rathauskooperation: Perspektive für die Sky-Markt-Szene**

*'tschuldigung. Der Sozialausschuss im August findet bereits am Mittwoch, d. 24.08.2011 statt.*

Kommentar von [Michael Schmalz](#) vom 28.07.2011, 15:27 Uhr:

**RE: Rathauskooperation: Perspektive für die Sky-Markt-Szene**

*Das Konzept ist noch ein verwaltungsinternes Papier. Es wurde vorab den sozialpolitischen Sprechern aller Ratsfraktionen am 13.07.2011 vorgestellt und von allen zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Eckpunkte des Konzepts wurden am 26.07.2011 im Mehrgenerationenhaus am Vinetaplatz öffentlich vorgestellt und diskutiert. Der Ortsbeirat Gaarden wird sich in seiner nächsten Sitzung am 10.08.2011 das Konzept vorstellen lassen. Auch dort wird es wieder eine öffentliche Diskussion geben. Nach diesen beiden Beteiligungsrounden wird die Verwaltung eine Vorlage für den nächsten Sozialausschuss am 25.08.2011 fertigen und die Freigabe der Mittel beantragen.*

Kommentar von [Thilo P.](#) vom 28.07.2011, 13:43 Uhr:

**RE: Rathauskooperation: Perspektive für die Sky-Markt-Szene**

*Und wo kann man dieses "Konzept" finden?*

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 28.07.2011, 12:11 Uhr - 13385 Clicks - Nr. 791

**Heinz-Westphal-Preis für jungendliches Engagement**

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verleiht der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) den Heinz-Westphal-Preis an Gruppen, Initiativen, Verbände und Organisationen aus dem Jugendbereich.



Drei Projekte werden in diesem Jahr ausgezeichnet, dabei werden Preisgelder in Höhe von insgesamt 15.000 Euro ausgelobt. Hinzu kommt ein Sonderpreis der Stiftung „Jugend macht Demokratie“, der mit 2.500 Euro dotiert ist. Gesucht werden Gruppen aus Jugendverbänden, Jugendringen und Institutionen der Jugendarbeit, deren ehrenamtliches Engagement neuartig, einzigartig, oder modellhaft ist.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies hofft auf zahlreiche Bewerbungen aus den Kreisen Segeberg und Stormarn: „Ehrenamtliches Engagement, gerade von Jugendlichen, ist einer der Grundfeiler unserer Gesellschaft und kann deshalb nicht hoch genug geschätzt werden. Deswegen ist es so wichtig, dass Preise wie dieser die Bemühungen der Jugendlichen würdigen.“

Einsendeschluss für den Heinz-Westphal-Preis ist der 2. September 2011. Die Bewerbungen können über die Internetseite [www.heinz-westphal-preis.de](http://www.heinz-westphal-preis.de) eingereicht werden. Dort findet man auch

weitere Informationen.

Die von einer prominent besetzten Jury gekürten Sieger werden im Rahmen des Parlamentarischen Abends des Deutschen Bundesjugendringes in Berlin prämiert. Der Namensgeber des Preises ist der SPD-Politiker und Mitbegründer des Bundesjugendringes, Heinz Westphal.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.07.2011, 15:55 Uhr - 5359 Clicks - Nr. 792

### **Reform der Lehrerbildung**

*Zur Debatte über die Reform der Lehrerausbildung erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Wir brauchen ein schlüssiges Konzept für die Reform der Lehrerbildung. Gemäß dem Schulgesetz von 2007 gibt es heute keine Haupt-, Real- und Gesamtschulen mehr in Schleswig-Holstein. 2011 ist es nun höchste Zeit, diese Entwicklung auch in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern abzubilden.



Dabei sollte Schleswig-Holstein auf dem Weg der Umstellung der Studiengänge zu Bachelor- und Master-Abschlüssen weiter vorangehen. Berechtigte Kritik von Studierenden und Lehrenden muss aufgenommen werden und in eine Verbesserung des Systems einfließen, ohne dieses grundsätzlich in Frage zu stellen.

Aus Sicht der SPD gibt es einige Bedingungen, die eine Reform der Lehrerausbildung erfüllen müsste:

Unser Ziel muss eine gleichwertige Ausbildung für alle Schularten sein.

- Jeder Lehrer sollte für den Unterricht in der Sekundarstufe I, ergänzt entweder durch die Lehrbefähigung für die Primarstufe oder für die Sekundarstufe II (Oberstufe), ausgebildet werden.
- Potentiellen Lehrerinnen und Lehrern muss im Rahmen ihrer Ausbildung früh die Möglichkeit gegeben werden, in einer umfangreichen Praxisphase ihre Eignung für ihren Berufswunsch zu überprüfen.
- Diese Ausbildung muss dann aber auch ermöglichen, einen anderen Weg einzuschlagen, wenn diese Eignung nicht festgestellt wird.
- Ein Weg, der Schleswig-Holstein oder gar nur die Universität Flensburg zum Sonderfall in der Republik macht, ist abzulehnen.

Anfang des Monats stellte das Bildungsministerium ein Herumdoktern an der zweiten Ausbildungsphase, dem Referendariat, vor. Die Frage nach der Neugestaltung des Lehramtsstudiums wusste Dr. Klug damals nicht zu beantworten. Ein bloßer Hinweis auf die

Verantwortung des Wissenschaftsministers reichte schon damals nicht. ‚Reden die Herren nicht mehr miteinander?‘, habe ich damals gefragt. Nun wissen wir: Sie tun es offenbar nicht.

**Keine Kommentare**

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 28.07.2011, 16:56 Uhr - 115646 Clicks - Nr. 793

#### **demokratiesommer.de lädt zur Beteiligung ein**

Es ist Demokratiesommer! 15 Zukunftsgespräche finden im ganzen Land statt, bei denen sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem Spitzenkandidaten Torsten Albig über die Zukunft des Landes unterhalten. Parallel kann unter [demokratiesommer.de](#) weiter diskutiert werden.



"Wir brauchen die besten Ideen dieses Landes," findet Torsten Albig, "und demokratiesommer.de ist die Plattform dafür."

Der Demokratiesommer ist der erste, breite Versuch in Deutschland, Online-Diskussionen und Veranstaltungen zusammen zu bringen, um Beteiligung für alle zu ermöglichen - ob sie nun fit sind im Internet oder mehr Zeit und Lust zu Veranstaltungen vor Ort haben. Die Ergebnisse der Veranstaltungen werden in die Online-Plattform eingepflegt und können auch nach Ende der Veranstaltung weiter diskutiert werden.

Mach Sie mit und erzählen Sie es weiter!

#### **Links**

- [demokratiesommer.de](#)

Kommentar von [Günther](#) vom 07.08.2011, 12:03 Uhr:

#### **RE: demokratiesommer.de lädt zur Beteiligung ein**

*Ich stelle fest, dass auf Demokratiesommer. de kaum noch Bewegung ist. Demokratiesommer.de ist eine erstklassige Seite um Ideen und Anregungen für Schleswig Holstein hier einzubringen. Ich kann mir kaum vorstellen das die Ideen schon ausgegangen sind.*

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 29.07.2011, 14:19 Uhr - 4681 Clicks - Nr. 794

#### **Dänemark-Strategie muss erweitert werden**

Zur Abschlussdiskussion zur Dänemarkstrategie der Landesregierung erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

Die Diskussionsbeiträge haben noch einmal deutlich gemacht, dass die an sich positive Dänemarkstrategie der Landesregierung erweitert werden muss. Die besonders betonte wirtschaftliche Orientierung wird allein nicht weiter helfen. Wir unterstützen die Akteure aus der Region Süddänemark und den nordwestlichen Landesteilen Schleswig-Holsteins in ihrer Forderung,

auch den nördlichen Landesteil gleichberechtigt zu unterstützen.

Besonders herauszustellen ist aber ein anderer Aspekt. Die starke Betonung der beiden Grenzregionen führt zwangsläufig dazu, dass die Mitte Schleswig-Holsteins zur Verliererin der Strategie wird. Die großen Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie die Stadt Kiel geraten in die jeweilige Peripherie dieser Regionen. Die Fehmarnbeltregion wird sich auf Hamburg ausrichten, die Nordregion auf Dänemark. Modellprojekte in der Hochschulzusammenarbeit, in der Verkehrspolitik und auf dem Arbeitsmarkt stehen dort zur Umsetzung an. Eine solche Fokussierung muss sich negativ auf die Mitte Schleswig-Holsteins auswirken. Sichtbar wird dies in der INTERREG-Förderung, die ihren Schwerpunkt in der engeren Grenzregion findet. Damit werden es Projekte aus der ehemaligen K.E.R.N.-Region schwerer haben, sich durchzusetzen. Dieser Aspekt wird bisher in der Strategie ausgeblendet. Das ist nicht akzeptabel.

**Keine Kommentare**

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 29.07.2011, 22:22 Uhr - 21305 Clicks - Nr. 795

#### **Kutterregatta in Friedrichskoog**

Am 17.Juli fand die 78. Kutterregatta in Friedrichskoog statt. Unser Landtagsabgeordneter Detlef Buder und die Europaabgeordnete Ulrike Rodust durften mit teilnehmen, auch ich konnte meine erste Kutterregatta erleben. Das Wetter war hervorragend geeignet, Sonne und nicht zuviel Wind. Die Friedrichsköger hatten sich enorm viel Mühe gemacht, diese Veranstaltung zu organisieren. Die Schiffe waren imposant geschmückt, der Hafen gut mit Ausstellern besetzt und alles musikalisch untermalt. Ein attraktives Angebot, das auch von zahlreichen Gästen genutzt wurde. Leider ist es ja so, dass die Zukunft des Hafens Friedrichskoog nicht gesichert ist. Der Hafen soll nach Ansinnen der schwarz-gelben Landesregierung geschlossen werden, es sei denn, Friedrichskoog übernimmt selber den Hafen. Dazu allerdings muss die Gemeinde eine beträchtliche Summe aufbringen, die wiederum aus Windkraftanlagen finanziert werden könnte. Aber auch hier stellen sich die zuständigen Ministerien noch quer. Gefordert sind das Umweltministerium, das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium, alle in der Hand der CDU. Große Versprechungen - kein Folgen.

Um so mehr faszinierte mich der Auftritt des CDU Landtagsabgeordneten Jens Magnussen, der ein Friedrichskoog-Hafen-Rettungs-T-Shirt trug. Er hat aber dem Landeshaushalt im Landtag zugestimmt. Wie verträgt sich denn seine zur Schau getragene Meinung auf dem Bauch mit seinem Abstimmungsverhalten?

Nun denn, es war eine gelungene Regatta mit gutem interessanten Gesprächsaustausch an Bord. Den Veranstaltern gebührt Dank.

Ulrike Rodust, Detlef Buder und ich waren einhellig der Meinung, dass dieser Hafen erhalten bleiben muss, damit auch weiterhin eine Kutterregatta stattfinden kann.

Ihre Angelika Hansen  
Kreisvorsitzende

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 31.07.2011, 12:35 Uhr - 3142 Clicks - Nr. 796

#### **Antrag der SPD-Fraktion Reinfelds**

Das SPD-Fraktionsmitglied Petra Gehrke beantragte vor kurzem eine Namensänderung des Seniorenbeirates in Senioren- und Behindertenbeirat.

Bei der nächsten Sitzung des Sozial- Kinder- und Jugendausschusses, solle die Umbenennung beschlossen werden.

Eine Namensänderung hätte nicht nur eine Aufwertung des Seniorenbeirates zur Folge, sondern würde ihn sowohl für neue Bewerbergruppen öffnen als auch seine Tätigkeiten passender beschreiben. Schon heute kümmern sich die Mitglieder des Seniorenbeirates um die Belange behinderter Menschen, daher ist es nur fair, dieses sich im Namen widerspiegeln zu lassen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Wentorf](#) - veröffentlicht am 02.08.2011, 12:51 Uhr - 3680 Clicks - Nr. 797

#### **Bergedorfs neuer "Bürgermeister" ist ein Wentorfer**

Warum veröffentlichen wir das in Wentorf? Weil er erstens aus Wentorf kommt und hier in der SPD Mitglied ist und weil er kein „Bürgermeister“ sondern als Bezirksamtsleiter von Senator Peter Tschentscher auf sechs Jahre ernannt wurde.

Arne Dornquast , 47 Jahre wurde heute im Spiegelsaal des Rathauses in Bergedorf als Chef der Verwaltung ernannt. Mit dabei waren Staatsrat Christof Krupp, (sein Vorgänger im Amt ), Senatoren Tschentscher und Rabe, die Spitzen aus Verwaltung, Politik , Handwerk und Wirtschaft sowie sowie die Parteivorsitzende aus Wentorf Marlies Rothländer und ihre Stellvertreterin Irmtraut Zilles.

Neben Glückwünschen, Blumen, Büchern, erbaulichen Schlucken nahm Arne Dornquast auch eine Torte mit dem Wentorfer Wappen entgegen ( von Marlies gebacken) die ihn an seine politische Heimat erinnern sollte. Am Abschluss des Vormittags nahm er an seinem Amtschreibtisch statt.

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 02.08.2011, 19:50 Uhr - 6407 Clicks - Nr. 798

#### **Gewöhnungsbedürftige Argumentation bei der CDU in Sachen Schülerbeförderung**

Der CDU-Kreistagsabgeordnete Sauerland hat der SPD-Kreistagsfraktion eine Argumentation mit völlig falschen Zahlen vorgeworfen.

Dazu die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion Gitta Neemann-Guentner: „Ich mische mich nicht in die Angelegenheiten der CDU ein, allerdings empfehle ich der Fraktionsführung eine gewisse Qualitätssicherung der Aussagen des Abgeordneten Sauerland, bevor dieser an die Öffentlichkeit geht. Nicht zum ersten Mal wird es ziemlich schnell abstrus!



Dabei verdrängt Herr Sauerland völlig, dass es sich um ein bildungspolitisches Thema handelt. Es geht darum, ob Bildung im Kreis unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglicht wird oder nicht – gerade bei Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern.“

Neemann-Guentner im Detail:

1. Herr Sauerland bagatellisiert die Eigenbeteiligung von 17 Euro monatlich je Kind für eine Gesamtbereichskarte. Noch vor wenigen Wochen hat er genau diese Summe selbst angeführt. 17 Euro pro Kind sind 17 Euro – was hat dies mit einem Vergleich von Äpfeln mit Birnen zu tun?. Jeder kann selbst ausrechnen, welche Summen bei mehreren Kindern ohne Geschwisterregelung auf Familien zukommen.

2. Herr Sauerland behauptet, die Familie bei gleicher Konstellation müsste im Kreis Stormarn 600 Euro bezahlen und nicht 100 Euro. Da hilft ein Blick in die Schülerbeförderungssatzung des Kreises Stormarn, die Innenminister Schlie in Wege einer Ersatzvornahme vorgenommen hat und die auch Herrn Sauerland über das Internet zugänglich ist. § 10 der dortigen: Die Eigenbeteiligung beträgt 20 %. Für das zweite und jedes weitere Kind entfällt die Eigenbeteiligung. Die höchste Eigenbeteiligung im Kreis Stormarn beträgt 8,30 Euro (8,30 Euro x 12 Monate = 99,60 Euro). Ab dem zweiten Kind gilt im Kreis Stormarn die Geschwisterregelung. Inwieweit dies unsauber und unsachlich ist, dürfte das Geheimnis der Sauerland'schen Wahrnehmung bleiben.

3. Herr Sauerland behauptet:“ Unser vergleichbarer Nachbarkreis Segeberg erhebt z. B. 30 %Eigenbeteiligung auf die Schülerfahrkarten“. Unabhängig davon, dass der Kreis Segeberg kein Nachbarkreis des Herzogtums Lauenburg ist, ist dies zutreffend. Anders als die CDU-Regelung im Kreis Herzogtum Lauenburg, die auch eine deutlich höhere Eigenbeteiligung für bestimmte Schülergruppen bis 35 % vorsieht, sieht hier die Schülerbeförderungssatzung im § 9 folgendes vor (auch hier hilft ein Blick auf die Seite des Kreises Segeberg im Internet) : Die Eigenbeteiligung beträgt 30 %. Die Eigenbeteiligung reduziert sich für das zweite und die folgenden Kinder um die Hälfte. Also auch hier gibt es eine also eine Geschwisterregelung, die die CDU im Kreis verhindert hat. Merkwürdig, dass Herr Sauerland auch hier diesen Hinweis unterlässt. Das Alles muss dem Kollegen Sauerland bekannt sein. Bei sorgsamer Vorbereitung auf die Beschlussfassung, wie die SPD-Fraktion es getan hat, hätte er sicherlich die Übersicht des schleswig-holsteinischen Landkreistages zum Thema Schülerbeförderung zur Hand genommen, um sich ein Bild über die anderen Kreise zu verschaffen. Vermutlich hat er nur irrtümlich das eine oder andere überlesen.“

Gunar Schlage abschließend: „Wir erwarten keine Entschuldigung von Sauerland für seine abstrusen Vorwürfe und Halbwahrheiten. Ich denke, es reicht, wenn die Eltern im Herzogtum Lauenburg zur Kenntnis genommen haben, wie die CDU, und gerade er, mit diesem Thema umgegangen ist.“

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 03.08.2011, 16:50 Uhr - 6313 Clicks - Nr. 799

#### **Sommer-Wochenmarkt-Tour**

Im Rahmen meiner Sommer-Wochenmarkt-Tour besuche ich Wochenmärkte im Kreisgebiet. Ich stehe für Gespräche rund um die Landespolitik zur Verfügung. Gemeinsam mit Vertretern der örtlichen SPD können auch kommunalpolitische Themen angesprochen und diskutiert werden.

Hier die Termine:

- 1) Donnerstag, den 11. August von 10:00 bis 12:00 Uhr in Kappeln
- 2) Freitag, den 12. August von 10:00 bis 12:00 Uhr in Kropp
- 3) Freitag, den 12. August von 14:00 bis 16:00 Uhr in Süderbrarup
- 4) Samstag, den 13. August von 09:00 bis 11:00 Uhr in Schleswig.



**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.08.2011, 16:08 Uhr - 2400 Clicks - Nr. 800

#### **Kieler SPD-Ratsfraktion besucht Einsatzflottille 1**

Am 01. August 2011 haben Mitglieder des Arbeitskreises Bundeswehr der SPD-Ratsfraktion und der Kieler SPD die in Kiel stationierte Einsatzflottille 1 besucht. "Wir waren zu Gast auf dem nicht nur in der Deutschen Marine einzigartigen Marinetaucher-Einsatzboot Rottweil und haben mit den Soldatinnen und Soldaten über die Situation im Dienst und im Marinestützpunkt gesprochen", erklärten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der bundeswehrpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Rüdiger Karschau. Der Chef des Stabes der Einsatzflottille 1, Kapitän zur See Jan Kaack, hob besonders hervor, dass zwischen der Stadt Kiel und der Bundeswehr ein "Klima des Möglichmachens" gepflegt werde, welches die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Stadt vereinfache.

Die beiden Ratsleute erklärten weiter: "Aus den Gesprächen heben wir drei besonders wichtige Aspekte hervor, die wir weiter verfolgen werden: Erstens werden wir dem Ausbau der Kindertagesstätten und der Tagespflege weiterhin vorderste Priorität geben - schon heute, in der Hälfte der im Juni 2008 begonnenen Kommunalwahlperiode, wurden mehr als dreimal soviel Kita-Plätze geschaffen wie in der Kommunalwahlperiode davor (2003-2008) -, und dabei die Versorgung der Soldatinnen und Soldaten und der Zivilbeschäftigten besonders im Auge behalten. Zum Beispiel wird die Kindertagesstätte "Fördewichtel" bereits gefördert. Zweitens sind wir darauf aufmerksam geworden, dass die private Versorgung der Soldatinnen und Soldaten mit Internetzugriffspunkten (sog. "Hot Spots"), über die mittels WLAN-Technologie ins Internet gelangt werden kann, unzureichend ist. Eine entsprechende Versorgung auf See ist und bleibt Angelegenheit der Bundeswehr, aber auf dem im Kieler Stadtgebiet gelegenen Stützpunktgelände besteht offenbar eine Angebotslücke, die für einen Telekommunikationsdienstleister und -versorger von Interesse sein müsste. Und drittens streben wir eine maritime Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bundeswehr auf allen Ebenen an."

Am Bundeswehrstandort Kiel arbeiten über 6.400 Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigte. Die SPD-Ratsfraktion wird auch in Zukunft den Kontakt zu ihnen halten und sich für den Standort Kiel einsetzen.

[Bilder des Besuches bei der Einsatzflottille 1](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.08.2011, 11:02 Uhr - 1866 Clicks - Nr. 801

**Cityfrequenz**

**Cityfrequenz: Matrix' Geschäftshaus richtig, Planung für Rathausgalerie fortsetzen**

SPD, Grüne und SSW haben die richtigen Entscheidungen für die Belebung der Kieler City getroffen: Mit der Entwicklung des aufgegebenen Karstadtgrundstücks am Alten Markt, dem dort nun begonnenen Neubau des Geschäftshauses "Nordlicht" durch den Projektentwickler MATRIX und dem Neubau des Parkhauses an der Eggerstedtstraße bekommt der Alte Markt ein neues Gesicht.

Das wird die Besucherzahlen in der Innenstadt wieder erhöhen. SPD, Grüne und SSW haben diese bau- und wirtschaftspolitisch richtigen Ziele gegen den Widerstand von CDU und FDP erfolgreich durchgesetzt. Deshalb freuen wir uns umso mehr, dass es der Rathauskooperation gelungen ist, bei dem Anschlussprojekt - der Fortsetzung der Planung für eine Rathausgalerie - den Widerstand von CDU und FDP gegen die Belebung der Innenstadt zu überwinden und sie von der Richtigkeit dieser Politik für das Gemeinwohl und die Stadtentwicklung zu überzeugen.

Dies erklären zum Rückgang der Besucherzahlen in der Kieler Innenstadt in der sog. "City-Frequenzanalyse" des Beratungsunternehmens Jones Lang LaSalle der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Kommentar von [Günther](#) vom 07.08.2011, 12:17 Uhr:

**RE: Cityfrequenz**

*Ich stimme obigen Kommentar der SPD Ratsfraktion zu, das die Entscheidungen zur Belebung der Kieler Innenstadt richtig sind. Wenn man nichts tut, passiert auch nichts. Ich bin auch der Überzeugung, wenn das Geschäftshaus auf dem Karstadtgelände, und das Parkhaus fertig ist, wird sich die Innenstadt wieder beleben. Aber eine Frage bleibt noch: Was geschieht mit dem Schiffahrtsmuseum? Darüber hätte ich gerne mal Klarheit!*

Kommentar von [Thilo P](#) vom 05.08.2011, 15:32 Uhr:

**RE: Cityfrequenz**

*Wieso sollte eine Rathausgalerie die Innenstadt beleben? Dies hat der Sophienhof auch nicht getan. Üblicherweise entziehen Galerien den Innenstädten Besucherströme. Siehe dazu auch NDR: ( <http://www.ndr.de/regional/ece193.html> ) . Demnach müsste man solche Zentren eher verhindern. Was MATRIX angeht, so denke ich auch, dass das ok geht, insbesondere, da die Kieler Innenstadt*

*mittlerweile kaum noch Unterhaltungselektronik zu bieten hat. Bin gespannt, wie das am Ende aussieht.*

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.08.2011, 16:11 Uhr - 3104 Clicks - Nr. 802

**Möbel Kraft**

### **"Möbel Kraft": Kooperation begrüßt Zusammenarbeit von Stadt, Unternehmen und Kleingartenverband**

Die Rathauskooperation von SPD, Grünen und SSW begrüßt die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Unternehmen und dem Kreisverband der Kleingärtner Kiel e.V. zum Wohl der Stadt.

Wir sind sehr zuversichtlich, dass durch diese Zusammenarbeit verträgliche Lösungen gefunden werden, bei denen den betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern Ersatzgärten, Abfindungen oder andere Formen des Ausgleichs angeboten werden.

Mit einem angekündigten Investitionsvolumen von 60 Mio. Euro und der Schaffung von 250 bis 300 Arbeitsplätzen sowie der Aussicht auf künftige Gewerbesteuereinnahmen stellt sich die Kooperation weiter hinter die begrüßenswerte Ansiedlung von "Möbel Kraft". Genauso wie die Arbeitsverwaltung halten SPD, Grüne und SSW es für wichtig, dass bei der Schaffung der künftigen Arbeitsplätze besonders auf Arbeitssuchende in der Landeshauptstadt geachtet und so früh wie möglich Spielräume für Qualifizierungen genutzt werden. In einem großen Möbelhaus arbeiten nicht nur Möbelfachverkäufer, sondern auch Buchhalterinnen, Lageristen, Kassiererinnen oder andere Berufe des Einzelhandels. Hier können berufliche Qualifizierungen, auch mit Förderungen öffentlichen Träger, zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Kiel sinnvoll sein und sind zu prüfen.

Wie das von der Ratsversammlung erst vor wenigen Monaten (im Januar 2011) beschlossene Einzelhandelskonzept nachweist, fehlen in Kiel nicht nur Möbelmärkte, deren Ansiedlung dringend empfohlen und nun umgesetzt wird. Es fehlen auch Arbeitsplätze im Bereich des Einzelhandels. Mit Stand Frühjahr 2011 sind fast 3.000 Menschen mit beruflicher Ausbildung aus dem Einzelhandel ohne Beschäftigung, die einen Arbeitsplatz suchen. Dem standen im Jahr 2010 nur rd. 500 Arbeitsangebote gegenüber, die der Agentur für Arbeit Kiel von den hiesigen Einzelhandelsbetrieben gemeldet wurden.

Dies erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der kleingartenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, der stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Kommentar von [Regina Petersen](#) vom 11.12.2011, 20:20 Uhr:

**RE: Möbel Kraft**

*Wie harmlos sind Ihre Genossen in der Fraktion und wie kurz gedacht ist diese Entscheidung, wertvolles Grün gegen ein Möbelhaus einzutauschen.... Die Schaffung der Arbeitsplätze wird dem*

Bürger ( der es der Politik auch leider immer wieder gern abnimmt..) als wichtiger Entscheidungsgrund genannt. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass die Arbeitsplätze meist nur verschoben werden. Mitarbeiter aus Bad Segeberg werden nach Kiel fahren müssen und hauptsächlich werden Minijobs geschaffen. Was wird aus den Mitarbeitern der bestehenden Kieler Möbelhäuser, die durch die große Konkurrenz ihre Arbeitsplätze verlieren werden. All dieses ist bekannt und trotzdem ist der Geldbatzen, der durch den Verkauf des Grundstücks an Möbelkraft klamme Kieler Kassen auffüllen soll, nur zu verlockend. Dieses Geld ist schnell verbraucht (auch die zu erwartenden Steuereinnahmen) wenn später die Folgen der Bebauung, Probleme durch Flächenversiegelung, Lärm, Luftverschmutzung, etc. bewältigt werden müssen. Hier noch ein paar gesammelte Fakten: Kleingärten werden immer beliebter. Seit einigen Jahren haben immer mehr Familien mit Kindern Interesse an einem Grundstück im Grünen. Dies dokumentiert eine Studie des Bundesbauministeriums aus dem Jahr 2008. Die Autoren dieser Studie appellieren an die Kommunen, „Flächen für kleingärtnerische Nutzungen planungsrechtlich zu sichern“ und neue Anlagen nicht nur in Stadtrandbereichen, sondern „auch in innerstädtischen und wohnortnahen Lagen“ auszuweisen. „Familie, das Zuhause und Freunde stehen wieder höher im Kurs als noch vor Jahren. Der Garten dient als Ort der Ruhe, Gelassenheit und der Kreativität, ist beliebig oft erreichbar und eine Alternative zu teuren Ferienreisen“, sagt die Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde. Zitat aus dem Jahrbuch „Grün in Städten“ 2011: „Grün schafft Lebensqualität. In grünen Städten und Gemeinden lebt und arbeitet es sich schöner, besser und gesünder.“ „Obwohl das Grün in der Stadt ganz wesentliche Funktionen wahrnimmt, die weit über ästhetische Aspekte hinaus gehen, konzentriert sich die öffentliche Diskussion bei Investitionen in Grün vielfach auf den Kostenaspekt. Es ist offensichtlich ein weiterer intensiver Diskurs notwendig, um das Grün stärker in das Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit zu rücken.“ Fragt sich doch wirklich, ob die Entscheidung Kleingärten zu Bauland zu machen, eine nachhaltige zukunftsweisende ist oder ob es sich dabei nicht um eine "Milchmädchen-Rechnung" handelt. Von einer Entante Florale Goldmedaille aus dem Jahr 2006 kann man nicht zu lange zehren, vor allem weil diese ja sogar aus einer anderen Regierungsperiode stammt. Regina Petersen-Lemke Kronshagen

Kommentar von [Björn Sander](#) vom 09.09.2011, 10:54 Uhr:

**RE: Möbel Kraft**

Den Kommentar von Jakob B. kann ich nicht nachvollziehen, denn die Grünen behindern das Projekt keinesfalls, sie sind für die Ansiedlung von Möbel Kraft und sehen hier eine Chance für mehr Arbeitsplätze. Vermutlich wird von den Grünen einfach erwartet, dass sie sich gegen Projekte dieser Art stellen? Um Herrn Jakob B. nicht so ganz zu enttäuschen kann ich ihn und alle anderen Grünen-Hasser etwas beruhigen, denn tatsächlich gibt es in Kiel auch einen (als Zahl: 1) Grünen, der bedauert, dass bei den künftigen Planungen zudem jetztigen Standort auch ein weiterer (also ein alternativer) Standort geprüft wird. Und da es sich bei der jetzt ins Auge gefassten Fläche um eine 1A-Gewerbefläche handelt, wäre es doch sinnvoll hier gleich ein Mc Donalds oder Bürger King mitzuplanen. Ein Lidl wäre auch nicht schlecht, von den 17 ha braucht der Kraft ja nur 10 ha, ist also noch Platz für andere Arbeitsplätze! Björn Sander, Mitglied der Grünen Ratsfraktion

Kommentar von [Jakob B.](#) vom 15.08.2011, 09:24 Uhr:

**RE: Möbel Kraft**

*Tut mir leid, ich kann es nicht mehr hören: Kiel ist eine der grünsten Städte, die ich kenne mit sehr großen Grünflächen in der Stadtmitte (Schrevenpark, Düsternbrooker Gehölz, Schützenpark, Morteichwiese, ...) Da muss man drauf achten, dass nicht zuviel davon in nächster Zeit ohne guten Grund platt gemacht wird (Beispiel Pastor-Husfeld-Park), aber eine Entwicklung der Stadt darf auch nicht behindert werden. Ich bin arbeitslos und seit langem auf der Suche - ich freue mich, wenn ein neuer, großer Arbeitgeber nach Kiel kommt und mit ihm auch ein Stück Wohlstand. Da spreche ich wohl für viele wie mich: Ein Arbeitsplatz ist uns wichtiger als die Frage, ob ich 5 oder 10 Minuten bis zum nächsten Park gehen muss ... grüne Besitzstandswahrer sehen das wohl anders, aber dem muss eine kluge Politik auch mal Einhalt gebieten! Herr Stadelmann, lassen Sie sich bei der Wirtschaftsförderung nicht von den lähmenden Grünen vom Web abbringen!*

Kommentar von [Bettina Brekeller](#) vom 09.08.2011, 09:15 Uhr:

**RE: Möbel Kraft**

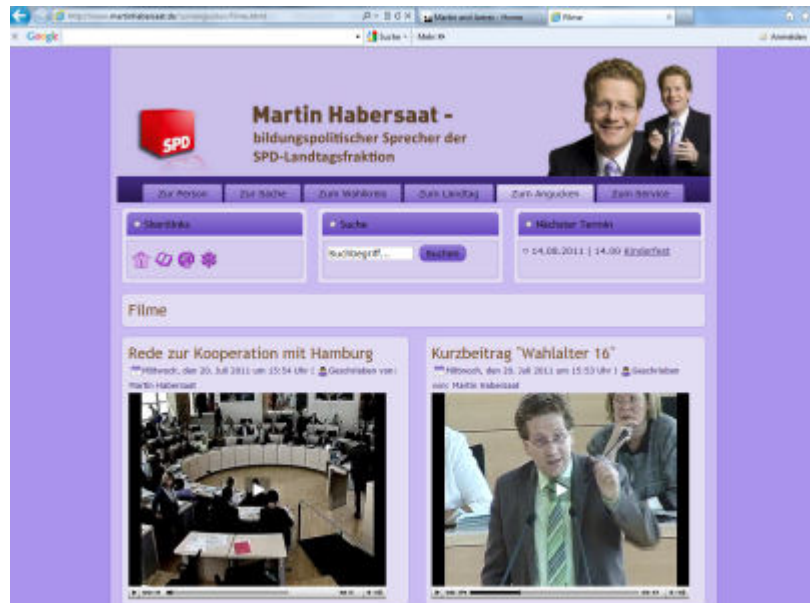
*mit Angst und Schrecken habe ich als Anwohner des Bereiches Westring zur Kenntnis genommen, dass nach den Bebauungen durch IKEA, CITTI, der B 76 und der Telekom unser liebstes Naherholungsgebiet, die Kleingärten zwischen Autobahn und Hasseldieksdammer Weg nun auch dem Konsum weichen sollen und in meinen Augen völlig deplaziert eine weitere riesige Gewerbeansiedlung (Möbel Kraft) in der Innenstadt entstehen soll. Grade die einkommensschwächeren Familien sind auf diese Kleingärten als Nah-Erholungsraum angewiesen. In diesem Gebiet joggen Studenten, gärtnern türkisch-stämmige Großfamilien neben deutschen Rentnern, spazieren alte Damen mit Ihren Hunden und junge Mütter mit ihrem Kinderwagen. Sie sind außerdem ein letzter städtischer Rückzugsort für viele Tiere und Pflanzen, die im Stadtgebiet sonst kaum eine Chance haben: Falter, viele Vogelarten, Insekten, vom Aussterben bedrohte Fledermäuse und Igel haben hier eine Zuflucht gefunden. Für die Menschen in der City ist dies die letzte grüne Lunge zwischen Mettenhof und Westring und ein wichtiger natürlicher Schutz vor Lärm und Abgasen der Autobahn. Hat sich die Stadt Kiel nicht auch dem Klimabündnis europäischer Städte mit dem Ziel angeschlossen, den CO2 Ausstoß zu verringern ? Das wird wohl kaum klappen, wenn man Grünflächen dieser Größenordnung zu betoniert und das Verkehrsaufkommen erhöht. Stattdessen sollte Kiel eigentlich um jeden Baum kämpfen und zusätzlich einige neue pflanzen! Ein Gewerbebetrieb dieser Größenordnung gehört einfach nicht in die City. Alleine das Verkehrsaufkommen ist innerstädtisch gar nicht zu bewältigen. Warum hier den Grüngürtel zerstören und langfristig jede Menge Probleme provozieren, wenn in Wellsee erschlossenes Bauland mit perfekter Verkehrsanbindung wartet? Ich bitte Sie hiermit, sich für den Erhalt der noch übrigen Kieler Kleingärten, der wenigen Kieler Grünflächen insgesamt und damit für die Lebensqualität der Menschen einzusetzen. Natur ist Lebensraum!*

Martin Habersaat stellt neue Webseiten vor

[www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de) - 1000

**Besucher im Monat und neue Aufgaben machten Überarbeitung notwendig**

Im Landtagswahlkampf 2009 präsentierte Martin Habersaat erstmals eigene Webseiten. Das ist nun über zwei Jahre her, inzwischen ist der SPD-Kreisvorsitzende nicht nur Landtagsabgeordneter, sondern auch bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion.



Die Seiten, stets aktuell und mit viel Liebe zum Detail erstellt, wuchsen mit und konnten bis zu 1000 Besucher im Monat verzeichnen. „Nun war es an der Zeit, den Internetauftritt grundlegend zu überarbeiten und neue technische Möglichkeiten einzubeziehen“, berichtet der 34jährige Barsbüttler. Für Texte, Bilder und Pflege der Seiten ist er selbst zuständig, für die technische Umsetzung hat er sich Unterstützung gesucht.

Noch immer gibt es viele Berichte über wahrgenommene Termine im Wahlkreis, neu sind Informationen über dessen geänderten Zuschnitt. Unter der Rubrik „Zur Sache“ finden sich aktuelle Artikel über die Themen, die Martin Habersaat bearbeitet, vor allem aus den Bereichen Bildung, Energie und Metropolregion Hamburg. Hinzu gekommen sind viele Einblicke in die Arbeit des Abgeordneten in Kiel. Arbeitsalltag und Einkünfte werden ebenso aufgezeigt wie Mitteilungen an die Landespresse. Neben der bewährten Dokumentation der Landtagsreden Habersaats in schriftlicher Form sind nun erstmals auch einige Reden als Video abrufbar, weitere sollen folgen. Auch gibt es einen Link zu den Live-Übertragungen aus dem Plenarsaal.

Neu sind auch die Verknüpfung mit den Twitter-Meldungen Habersaats, eine Verbindung zu Facebook und eine eigene Suchfunktion für die Webseiten. Die Fotoalben sind übersichtlicher sortiert und auch einem Hobby räumt der ehemalige Deutschlehrer Platz ein: Unter „Literarisches“ schreiben der Abgeordnete und Freunde kurze Rezensionen zu Sachbüchern und Romanen. Martin Habersaat: „Knapp 1000 Besucher im Monat sind ein Beleg dafür, dass mein Team und ich mit dieser Webseite auf einem guten Weg sind. Das Internet ist, wenn man es richtig nutzt, ein wichtiges Medium, um ausführlich über politische Arbeit zu berichten, Diskussionen anzustoßen und auch einmal ohne Platz- und Zeitnot Hintergründe aufzuarbeiten.“ Nicht alle Inhalte sind mit umgezogen, im Service-Bereich findet sich aber ein Link zu den alten Webseiten.

**Keine Kommentare**

**Hagedorn: Schwarz/Gelb kürzt 45 Mio. € bei Städtebauförderung!**

## **40. Jubiläum „Städtebauförderung im August - „Erfolgsstory“ vor dem Aus?**



Am 1. August wird das Erfolgsprogramm „Städtebauförderung“ 40 Jahre alt. 1971 von der Regierung Willy Brandt eingeführt, hat es seitdem wesentlich dazu beigetragen, Wohnviertel und Nachbarschaften in den Städten und Gemeinden baulich wie sozial zu stabilisieren und lebenswert zu machen. Doch seit der Regierungsübernahme von Schwarz/Gelb im Bund fällt dieser Erfolg nach und nach dem Rotstift zum Opfer.

Waren im letzten Bundeshaushalt der Großen Koalition unter Peer Steinbrück noch 686 Mio. € Fördermittel für die Kommunen vorgesehen, so wurde dieses Geld schon 2010 auf 600 Mio. € und 2011 auf nur noch 455 Mio. € zusammengestrichen - 2012 soll nach dem Willen von Schwarz-Gelb sogar erneut der Rotstift einen Kahlschlag von 45 Mio. € zu Lasten der Kommunen bringen.

Die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (SPD) warnt: „Damit wird ein historisch gewachsenes Instrument der Kommunalpolitik rigoros kaputt gespart. Seriöse Untersuchungen belegen: ein Euro Städtebauförderung des Bundes stößt bis zu acht Euro → größtenteils private - Investitionen an. Kein anderes öffentliches Förderprogramm schafft ähnlich erfolgreich wie dieses nachhaltig Arbeitsplätze in der Region. Die Förderstruktur und die Kriterien der letzten Jahrzehnte, die die ‚Soziale Stadt‘ und den ‚Stadtumbau West und Ost‘ nachweislich verbessert haben, sorgten nicht nur für den Erhalt von Bausubstanz und Wohnumfeld, sondern sie förderten auch den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. Gerade in Problemlagen wurde damit eine erfolgreiche Hilfe des Bundes gegen die Ghettoisierung in den Kommunen gefunden.“

2012 sinkt also die Fördersumme zu Gunsten der Kommunen nochmals auf 410 Mio. €. Aber es gibt eine Ausnahme: das Programm für „kleine Städte und Gemeinden“, das – pikanterweise - seit 2010 unter dem bayrischen CSU-Bundesbauminister Ramsauer stets aufgestockt wurde und von dem bislang zu einem Drittel (25 von 75 bislang in diesem Programm geförderten Kommunen!) ausschließlich Kommunen in Bayern profitierten.

Hagedorn: „Noch im November 2010 feierte der CDU-Abgeordnete Gädechens in einer Pressemitteilung damals die – angebliche – Erhöhung der Fördermittel für 2011 auf 455 Mio. € - was immerhin im Ergebnis ein Minus von satten 150 Mio. € gegenüber dem schon drastisch von Schwarz-Gelb gekürzten Ansatz von 2010 darstellte. Diese Kürzungen gingen fatalerweise weit überwiegend zulasten des erfolgreichen Programms ‚Soziale Stadt‘, das von 95 Mio. € auf 28,5 Mio. € zusammengestrichen wurde. Dieses als Erfolg zu verkaufen war schon damals der blanke Hohn gegenüber engagierten Kommunalpolitikern, Bürgerinnen und Bürgern – man darf gespannt sein wie Herr Gädechens diese erneute Kürzung zu Lasten der Kommunen etikettieren wird!“ Angesichts dieser „Kürzungswut“ haben SPD und Grüne aktuell gemeinsam einen Antrag auf den

Weg gebracht, in dem mit deutlichen Worten vor Investitionsstau und Arbeitsplatzabbau – v.a. in vom wirtschaftlichen und demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen – gewarnt wird. Um die bisherigen Erfolge nicht aufs Spiel zu setzen, müssen die Kürzungen von 2010 und 2011 zurückgenommen und die Bundesmittel perspektivisch entsprechend dem Förderbedarf auf 700 Mio. € jährlich aufgestockt werden. Eine vom Bundesverkehrsministerium selbst in Auftrag gegebene Studie war zu genau diesem Ergebnis gekommen.

Die SPD fordert zudem, das Programm „Soziales Stadt“ als Leitprogramm der Städtebauförderung wieder auf das Niveau von 2009 - auf 105 Mio. € - aufzustocken und auch Modellvorhaben im nicht-investiven Bereich wieder zuzulassen. Die bisherigen Kürzungen waren ein schwerer Schlag für das seit 1999 bestehende Bund-Länder-Programm. Hagedorn dazu: „Langfristige und ganzheitliche Strategien der Stadtteilentwicklung zahlen sich aus – nicht nur für den sozialen Zusammenhalt, sondern auch finanziell, da sich bspw. auch Einzelhändler oder Stiftungen in den Fördergebieten engagieren. Doch wir dürfen die Kommunen mit dieser großen Verantwortung nicht allein lassen. Kluge Stadtentwicklungspolitik braucht Verlässlichkeit durch zusätzliche Bundesmittel – ein finanzielles ‚Ausbluten‘ wäre ein fatales Signal für all jene Städte und Gemeinden, die sich bislang mit einem klugen Zusammenspiel aus baulichen und sozialintegrativen Maßnahmen präventiv engagiert und den Menschen eine echte Chance zur Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds gegeben haben.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 08.08.2011, 16:59 Uhr - 3630 Clicks - Nr. 805

**SPD fordert Verbesserungen beim BÜ Ellerau**

**PRESSEMITTEILUNG**

Karl-Heinz Marrek, Mitglied im Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen unterstreicht die SPD-Forderungen zum Themenbereich „Bahnhofszugang AKN-Bahnhof Ellerau, Fußgängertunnel Bahnstr. / L76" und fordert als Sofortmassnahme Verbesserungen im Bereich des Fußgängertunnels“

Die SPD Fraktion fordert, dass das Thema Bahnhofszugang AKN-Bahnhof Ellerau in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kommunale Dienstleitungen behandelt wird.

Die SPD hat die zahlreichen Anregungen aus der Bürgerdiskussion „SPD-VOR-ORT“ in einer Arbeitsgruppe diskutiert und in einen konkreten Antrag umgesetzt. „Wir begrüßen die bisher geführten Gespräche zwischen der Bürgerinitiative, der Gemeinde Ellerau und der Stadt Quickborn.

Nun ist es aber auch an der Zeit die politischen Gremien umfassend über die geführten Gespräche, die Ergebnisse und die bisher eingeleiteten Maßnahmen zu unterrichten“, sagt Karl-Heinz Marrek (SPD).

Die SPD Quickborn befürchtet, dass die Quickborner Verwaltung die notwendigen Maßnahmen nicht konsequent genug umsetzt. Sie will daher nicht nur unterrichtet werden, sondern fordert in ihrem Antrag die schnellstmögliche Umsetzung von konkreten Maßnahmen.

„Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf eine schnelle Klärung der Bedingungen für Wiedereröffnung des Bahnüberganges“, stellt Karl-Heinz Marrek (SPD) fest und erwartet daher eine aktivere Rolle der Stadt Quickborn in dieser Sache.

Für die SPD Quickborn ist es allerdings auch klar, dass eine Wiedereröffnung des Bahnüberganges nicht von heute auf morgen möglich ist. Aus diesem Grund fordert die SPD-Quickborn, den Zustand und die technischen Sicherheitseinrichtungen im Bereich des Fußgängertunnels Bahnstraße / L76 nachhaltig zu verbessern.

Hierzu gehören die Verbesserung der Sauberkeit, der Beleuchtung und eine Videoüberwachung im Tunnelbereiche. Darüber hinaus fordert die SPD-Quickborn eine regelmäßige Reinigung und einen anforderungsgerechten Winterdienst.

„Wir unterstützen die Forderungen der Bürger und Bürgerinnen im Bereich der Bahnstraßen für einen vernünftigen Zugang zum AKN-Bahnhof. Für die Zeit bis zu Neueröffnung muss aber der Zustand und die Sicherheit im Tunnelbereich nachhaltig verbessert werden, da eine wesentlich höhere Nutzungsdichte zwangsläufig auftreten wird“, begründet Karl-Heinz Marrek (SPD) den Antrag.

Nach Ansicht der SPD Quickborn muss jetzt die Politik durch verbindliche Beschlüsse die entsprechenden Weichen stellen und die Verwaltung zum Handeln bewegen. „Die Quickborner Bürger und Bürgerinnen an der Bahnstraße können sicher sein, dass die Quickborn SPD-Fraktion die notwendigen Maßnahmen aktiv voranbringen wird“, stellt der Fraktionsvorsitzende der SPD Quickborn Jens-Olaf Nuckel abschließend fest.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.08.2011, 18:27 Uhr - 7938 Clicks - Nr. 806

#### **Besuch bei Oststeinbeks Bürgermeisterin**

Zufällig genau an ihrem 100. Tag im Amt besuchte der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat im Rahmen seiner Sommertour nun die Oststeinbeker Bürgermeisterin Martina Denecke. Habersaat nutzt die Sommerpause in jedem Jahr, um mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern seines Wahlkreises ins Gespräch zu kommen. In Oststeinbek ging es nun vor allem darum, sich gegenseitig kennenzulernen, außerdem wurden Themenfelder besprochen, die Habersaat in Kiel bearbeitet



und die auch die Gemeinde Oststeinbek betreffen: Bildungspolitik und norddeutsche Zusammenarbeit.

Oststeinbek hat in den vergangenen Jahren viel in die Infrastruktur von Bildung und Betreuung investiert. Bereits 66% der Erstklässler Oststeinbeks nutzen in diesem Jahr das gemeindliche Hortangebot. 2009 wurde ein Hortneubau eröffnet, es gibt eine gut ausgestattete Grundschule und auf demselben Gelände auch einen gemeindlichen Kindergarten. Martina Denecke berichtete außerdem von verschiedenen Projekten, die die Gemeinde auf dem Gebiet der Jugend- und der Jugendsozialarbeit angestoßen hat. Ein Problem, von dem auch andere Bürgermeister berichteten, taucht auch in Oststeinbek auf. Martina Denecke: „Durch den Ausbau der Kinderbetreuung sind vielerorts neue Einrichtungen und Gruppen entstanden. Es wird schwerer, gute Erzieherinnen und Erzieher zu finden.“

Die Zusammenarbeit mit Hamburg ist ein Thema, das vor allem im Hamburger Nachbarschaftsraum von besonderer Bedeutung ist. Auch aus Oststeinbek besuchen einige Schülerinnen und Schüler Schulen in Hamburg, es gibt aber auch vereinzelt Hamburger in Oststeinbeker Einrichtungen. Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, berichtete von seinem Ziel, eine länderübergreifende Schulentwicklungsplanung in der Metropolregion zu erreichen. Die Landesgrenze sollte im Bildungsbereich kein Hindernis sein, befanden beide. Weitere länderübergreifende Projekte sollten aus Sicht des Abgeordneten, die Mitglied der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ ist, die Einrichtung gemeinsamer Gewerbegebiete und eine bessere Abstimmung bei Fragen der Verkehrsinfrastruktur sein. „Gegeneinander wird es nicht vorangehen“, ist sich Habersaat sicher.

Zwei Wünsche gab die Bürgermeisterin ihrem Gast mit auf den Weg: Neben einem soliden finanziellen Ausgleich für die Kommunen war dies die Schaffung von verlässlichen Ganztagschulen in gebundener Form, die mit einem qualitativ hochwertigen Angebot für die Schülerinnen und Schüler da sind und es beiden Elternteilen so ermöglichen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 09.08.2011, 13:42 Uhr - 5445 Clicks - Nr. 807

#### **Sommerprogramm: SPD-Kreistagsfraktion im Künstlerhaus in Lauenburg**

Als Abschluss des Sommerprogramms 2011 traf sich die SPD- Kreistagsfraktion mit Vertretern des Vorstandes vom Künstlerhaus in Lauenburg. Dabei ging es sowohl um die augenblickliche Situation der Mitarbeiter und Künstler in Lauenburg aber natürlich auch um die finanziellen Rahmenbedingungen der Kulturstätte.



Den Politikern wurde sehr schnell klar, wie groß das Engagement und wie ausgeprägt die Beziehung zu Kunst und Kultur beim Vorstand des Künstlerhauses sein muss, denn alle arbeiten auf ehrenamtlicher Basis.

Frau Mechau-Krasemann, Vorsitzende des Vereins, wies noch einmal auf das schwierige procedere der Landesstipendien hin, die es dann ermöglichen, dass Künstler aus dem Bereich z.B. der Malerei oder bildenden Kunst nach Lauenburg kommen und, ganz neu, auch aus der Komposition. Alle Künstler verpflichten sich zu einer eigenen Ausstellung bzw. Konzert innerhalb ihres 6-monatigen Stipendiums, müssen sich aber auch ansonsten in die Veranstaltungen und Aktivitäten des Vereins miteinbinden lassen. Und auch der Kontakt mit den Bürgern ist gewünscht, so konnte sich jeder in den vergangenen Tagen von der aktiven Gruppe MARTA in Lauenburg ein Bild machen. Für die Zukunft soll nach Wunsch des Künstlerhauses gerne auch ein engerer Kontakt mit den Schulen stattfinden, Interesse scheint bei den Kindern auf jeden Fall vorhanden zu sein, denn die Aktivitäten des Kinderateliers sind äußerst beliebt.

Festgestellt wurde aber auch, dass das Künstlerhaus überwiegend im Südkreis eine Rolle spielt, im Norden jedoch kaum bekannt ist. Um dem entgegenzuwirken, ist eine Tour durch den Kreis quasi als Wanderausstellung geplant, wünschenswert wäre hier eine Unterstützung durch die Kulturstiftung des Kreises Herzogtum Lauenburg.

„Alles in allem war dieses ein sehr interessanter und aufschlussreicher Besuch, der deutlich gemacht hat, wie wichtig es war, dass wir die Aktivitäten des Künstlerhauses in den vergangenen Jahren unterstützt haben,“ so äußerte sich Gitta Neemann-Güntner, kulturpolitische Sprecherin der SPD- Kreistagsfraktion. „Diese Kulturstätte ist eine kleine Perle an der Elbe und verdient es, weiter gefördert und unterstützt zu werden.“

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 09.08.2011, 22:23 Uhr - 5463 Clicks - Nr. 808

**Eichstädt: Keine Veröffentlichung persönlicher Daten durch Behörden!**

*Zur Presseerklärung des Innenministeriums über ein neues*

*Landesdatenschutzgesetz erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-*

*Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:*



"Wenn das Gesetz tatsächlich erlauben sollte, dass Behörden im Netz zu findende persönliche Daten erfassen und veröffentlichen dürfen, wie es die Presseerklärung sagt, wäre dies nicht zu akzeptieren.

Es würde eine systematische Datensammlung und Veröffentlichung durch öffentliche Verwaltungen ohne Zustimmung der Betroffenen bedeuten. Wir hoffen sehr, dass dies so nur in der Presseerklärung, nicht aber im Gesetz steht. Denn das ist nicht zulässig und darf auch nicht erlaubt werden!

Man kann nur wünschen, dass das Gesetz mehr Innovatives enthält, als die Presseerklärung vermuten lässt. Der Datenschutzbeauftragte hat im letzten Datenschutzbericht schon das

Notwendige dazu gesagt; nun muss dies sich im Gesetzestext auch wiederfinden. Dass es bei der Änderung nur um die Umsetzung der Europäischen Datenschutzrichtlinie geht, wäre zu wenig. Im Übrigen kommt sie nach der von der EU gesetzten Frist auch zu spät.

Das bisherige Landesdatenschutzgesetz ist veraltet und zu statisch. Deshalb ist der Schritt, statt Einzelschutzmaßnahmen zu benennen Datenschutzziele zu formulieren, wichtig und richtig."

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.08.2011, 15:06 Uhr - 6166 Clicks - Nr. 809

#### **Besuch bei Landrat Klaus Plöger**

Die jährliche Sommertour zu den Verwaltungschefs seines Wahlkreises fiel für den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat in diesem Jahr umfangreicher aus als bisher: Neben Matthias Heidelberg, den Bürgermeister der neu dem Wahlkreis zugeordneten Gemeinde Wentorf, besuchte Martin Habersaat in diesem auch Klaus Plöger, den Landrat des Kreises Stormarn. Mit dem Chef der Kreisverwaltung besprach Habersaat aktuelle Entwicklungen in der Metropolregion Hamburg, die Situation des Kreises



und Ideen für die Bildungspolitik.

Die Metropolregion Hamburg, ein Zusammenschluss der Hansestadt Hamburg mit ihren Randkreisen, wird in Kürze vermutlich wachsen: Auf schleswig-holsteinischer Seite sollen Lübeck, Neumünster und der Kreis Ostholstein mit aufgenommen werden. Dafür sprechen zwei Gründe: Zum einen kommt es im europaweiten Wettbewerb der Metropolregionen auf Größe an, zum anderen kann die Hafenstadt Hamburg nun über Lübeck und Ostholstein auch einen Zugang zur Ostsee zum Portfolio zählen. Klaus Plöger freut sich besonders über die Aufnahme Ostholsteins, sind dieser Kreis und Stormarn doch bereits über die erfolgreich arbeitende Sparkasse Holstein miteinander verbunden. Mit der Realisierung der festen Fehmarn-Belt-Querung werde Stormarn als Standort noch gefragter werden als bisher. Martin Habersaat: „Mit der Erweiterung würde mehr als die Hälfte aller Schleswig-Holsteiner in der Metropolregion wohnen; von deren Wachstumsimpulsen könnte das ganze Land profitieren.“

Ein weiteres Thema des Gesprächs war die Lage der öffentlichen Finanzen. Während es vielerorts schlechte Nachrichten dazu gibt, kann sich die Bilanz Stormarns sehen lassen: Während der Kreis noch vor 20 Jahren der Kreis im Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung war, wird man vermutlich zum Ende dieses Jahres den geringsten Wert aufweisen. „Das ist das Ergebnis von 20 Jahren vernünftiger Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik, bei unterschiedlichen politischen Mehrheiten. Eine gute Leistung des Kreises Stormarn“, befand Plöger. Weniger positive Worte fand

er über landes- und bundesgesetzliche Regelungen, die teilweise Gutes wollen, aber einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen, beispielsweise die Regelungen zur Sozialstaffel bei den Kita-Gebühren, die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten und die neu eingeführten Bildungsgutscheine für Geringverdiener.

Gerade der Bildungsbereich, waren sich Plöger und Habersaat einig, würde von einer Neuausrichtung profitieren: Weg von individuellen Leistungen für Einzelne, hin zu einer auskömmlichen Finanzierung der Bildungsinstitutionen. „Anstatt unter großem Aufwand Bildungsgutscheine zu erfinden und zu verwalten, hätte man das Geld den Schulen geben können, damit sie damit gute Angebote schaffen“, findet Habersaat. Das sogenannte „Kooperationsverbot“, dass es dem Bund verbietet, den Ländern Geld für ihre Bildungseinrichtungen zu geben, müsse schnellstmöglich abgeschafft werden. Plöger wünschte sich mehr Klarheit in den Strukturen und kritisierte Mischfinanzierungen, wie sie etwa bei den Schulen zu finden sind: Für das Gebäude ist der Schulträger zuständig, für die Lehrer das Land. Plöger: „Dann sollte das Land aber auch für das komplette pädagogische Personal sorgen und nicht den Schulträgern die Einstellung von Sozialpädagogen überlassen.“

Foto: Martin Habersaat und Klaus Plöger vor einem Gemälde der Reinbeker Künstlerin Ricky Winter

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 11.08.2011, 14:30 Uhr - 17711 Clicks - Nr. 810

#### **Kreis-SPD wählt Landtagskandidatin/-kandidaten für Landtagswahlkreis 28**

Am Mittwoch, den 17. August, fällt bei der SPD im Kreis Segeberg die erste Entscheidung in Richtung Landtagswahl am 6. Mai 2012. Um 19:30 Uhr findet im Margaretenhoff in Kisdorf die Wahlkreiskonferenz für den Landtagswahlkreis 28 – Norderstedt - statt.

Derzeit einzige Bewerberin zur Wahl der Landtagskandidatin ist Katrin Fedrowitz, Vorsitzende des größten SPD-Ortsvereins im Kreis Segeberg, Norderstedt.

Nach einer Vorstellungsrunde findet die Wahl durch die Delegierten der betroffenen Ortsvereine statt. Neben der Stadt Norderstedt gehören die Gemeinden Kattendorf, Kisdorf, Oersdorf, Winsen und die Gemeinde Tangstedt aus dem Kreis Stormarn zu dem Wahlkreis.

**Keine Kommentare**

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 11.08.2011, 16:04 Uhr - 17445 Clicks - Nr. 811

#### **Innenminister will Kommunen an die Kette legen.**

Aushöhlung der kommunalen Selbstverantwortung statt nachhaltiger Hilfe bei der Entschuldung der Kommunen, kritisiert Hannes Birke das 95 Mio-Programm des Innenministers.

Zum Jubeln gibt es keinen Anlass eher ist kritische Überprüfung notwendig. Die Ankündigung des Innenministers Klaus Schlie (CDU), finanzschwache Kommunen, zu denen auch der Kreis Pinneberg und die Städte Elmshorn, Pinneberg, und Uetersen gehören, bei der Entschuldung mit einem 95 Mio-Programm zu unterstützen bewertet



Hannes Birke –Vorsitzender der SPD-Kreisfraktion- eher als einen Versuch, die Kommunen an die finanzpolitische „Kette“ des Innenministers zu legen.

Die fast schon euphorische Zustimmung der CDU insbesondere der Politiker Abercorn (MdL) und Saborowski (Mitglied des Kreistages) haben wenig mit einer sachlicher Bewertung zu tun. „Diese beiden Politiker haben sich die parteipolitische Brille aufgesetzt und sind damit blind für die Folgen der Kommunalpolitik „vor Ort“, kritisiert Birke.

So sollen die Konsolidierungshilfen von verbindlichen und konkreten Kürzungen abhängig gemacht und rechtlich verbindlich festgelegt werden. Damit sichert sich Kiel den Einfluss auf kommunale Entscheidungen. Im Kern –so Birke –wird damit die Alleinverantwortlichkeit der Städte oder des Kreis z.B. für die Sportförderung, die Zuschüsse für Familienbildungsstätten oder die Jugendarbeit in den Vereinen und Verbänden „ausgehebelt“.

Als nahezu erpresserisches Vorgehen sind für Birke die Bedingungen mit denen der Innenminister die Kommunen mit besonderen Finanzproblemen in sein Programm zwingen will. Eine Ablehnung „bestraft“ der Innenminister. Er streicht den betroffenen Kommunen die Fehlbetragszuweisungen. Mit diesen Zuweisungen soll die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen teilweise ausgeglichen werden und ist an keine Vorgaben gebunden.

Mit dem 95 Mio- Euro Programm ist nicht mal ansatzweise eine Entschuldung der 18 Kommunen zu erreichen. Allein die Verschuldung des Kreises hat die 100,0 Mio Schuldengrenze erreicht. Für Birke ein weiteres Indiz, dass es Kiel nicht um die Entschuldung, sondern lediglich um die Einschränkung der kommunalen Unabhängigkeit geht.

Die Aushöhlung der kommunalen Selbstverantwortung ist für Birke kein Ausweg aus der Verschuldung der Kommunen. Das Land ist gefordert, für eine Finanzausstattung zu sorgen, die es den Kommunen wieder ermöglicht, ihren Aufgaben „vor Ort“ wieder gerecht werden zu können und dieser politischen Aufgabe wird der CDU-Innenminister nicht gerecht.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 12.08.2011, 08:43 Uhr - 6566 Clicks - Nr. 812

#### **SPD-Kinderfest: Hüpfburg und Spassmobil bei der SPD Stoltenberg**

Am 28.Juli 2011 trafen sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereines Schlesien/Stoltenberg/Fargau-Pratjau im Stoltenberger Gemeindehaus zur Mitgliederversammlung.

In seinem Rechenschaftsbericht ging der Vorsitzende Karl-Otto Knust insbesondere auf die wiederkehrenden Veranstaltungen ein, die der Ortsverein in den drei Orten durchführt, wie z.B. den Lumpenball für Kinder, Kinderfeste, Laternelaufen.

Auch im Herbst wird es noch zwei Veranstaltungen in Stoltenberg geben. Am 17.9.2011 wird das traditionelle Kinderfest mit Kindertaxi und Kinder-und Jugendspaßmobil und Hüpfburg auf dem Sportplatz stattfinden.

Für den 29. Oktober 2011 ist das diesjährige Weinfest mit Weinprobe im Dörpshus in Stoltenberg geplant. Hier wird ein Winzer wieder leckeren Wein zum verköstigen anbieten und sicher ein stimmungsvoller Abend begangen. Ausführlich wurden dann noch die Aktivitäten in den Gemeinden diskutiert. Gab es gemeinsame Themen, wie z.B. die Kindertagespflege oder die Kostenbeteiligung der Schülerbeförderung, so waren in Stoltenberg der Kauf des neuen Feuerwehrfahrzeuges, in Schlesien die Ausweisung des neuen Baugebietes und in Fargau-Pratzau die Übergabe der Abwasserleitungen an die ZVO die Themen.

Der Vorstand wurde in seinen Funktionen einstimmig wieder gewählt. Karl-Otto Knust bleibt für weitere zwei Jahre Vorsitzender, Sönke und Udo Voss sind seine Vertreter. Mit Helga Fahrenkrog (Schriftwart), Henning Schnack (Kassenwart) sowie Lutz Schlüsen, Bärbel Knust, Claudia Kiene und Horst Rauer wird der Vorstand komplettiert.

Einen besonderen Dank richtete Karl-Otto Knust an Henning Schnack, der bereits seit 35 Jahren die Kasse unter seiner Verantwortung hat und übergab ihm hierfür einen Blumenstrauß. Als Delegierte bei den Kreisparteitagen wurden Karl-Otto Knust und Lutz Schlüsen gewählt

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 12.08.2011, 11:08 Uhr - 5538 Clicks - Nr. 813

#### **SPD- Kreistagsfraktion sucht das Abenteuer im Kinderland in Wendtorf**

Die SPD-Kreistagsfraktion beginnt ihre Arbeit nach der Sommerpause in Wendtorf.

Gemeinsam mit Bürgermeister Otto Steffen und Mitglieder der SPD-Fraktion Wendtorf wird Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen mit seiner Fraktion am 22.8. 2011 um 18.00 Uhr im Kindergarten Wendtorf einen Besuch abstatten

Dort wird es um eine weitere Verbesserung des Angebotes für die Kinder gehen. In diesem Zusammenhang weist Lutz Schlüsen auf die gute Förderung des Kreises für die Kindertagesstätten hin. „Was gut ist, sollte ständig verbessert werden, damit für unsere Kinder optimale Bedingungen für den Start ins Leben erreicht werden“.

Auf den Spuren der Abenteurer besuchen die Gäste das Kinderabenteuerland und den Naturerlebnispfad. Beides sind einmalige Orte für die Familie mit kreativen Spielen und einmaliger Landschaftserlebnis.

Danach werden beide Fraktionen gemeinsam tagen und sich politische austauschen. U. a. anstehen die Wirtschaftsförderung, die Stadtreionalbahn auf der Tagesordnung. Abschließend wird der Abend mit einem gemütlichen Beisammensein und einem gemeinsamen kleinen Imbiß ausklingen, denn auch die Kommunikation und das gute Miteinander in der Fraktion soll gepflegt werden.

**Keine Kommentare**

### Vorstellungsrunde der SPD-Bewerber für den Wahlkreis Steinburg-West in Herzhorn

Am Dienstag, den 02.08., stellten sich die drei SPD-Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis Steinburg-West bei den Ortsvereinen im Amtsbereich Horst-Herzhorn vor.

Klaus-Dieter Fox, Ortsvereinsvorsitzender von Herzhorn, konnte knapp 20 interessierte Genossinnen und Genossen in der Gaststätte „Zur Linde“ begrüßen. Zunächst stellten sich die Kandidatin und die zwei Kandidaten kurz selbst vor.

Den Anfang machte Jürgen Klein aus Hohenlockstedt, Kreistagsmitglied und OV-Vorsitzender. Seine politischen Schwerpunkte liegen im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik. „Der demographische Wandel stellt vor allem den ländlichen Raum vor große Probleme, die durch eine durchdachte Strukturpolitik in Angriff genommen werden müssen. Um mehr Geld für solche Dinge zu bekommen, muss geprüft werden, wo sich

Verwaltungsstrukturen straffen und wo Subventionen eingespart werden können“, so Jürgen Klein.

Anschließend stellte sich Stefan Bolln aus Barmstedt vor, Mitglied im SPD-Landesvorstand und Kandidat bei der letzten Landtagswahl. Seine politischen Schwerpunkte sind die Energie- und Umweltpolitik und der Bereich ländliche Räume. „Die Energiewende und die Finanzdiskussionen werden die nächste Legislatur prägen. Dabei dürfen wir den ländlichen Raum nicht vergessen, so sind z.B. Fördermittel für Gebäudesanierungen gleichzeitig auch immer Fördermittel für das örtliche Handwerk“, so Stefan Bolln.

Als Drittes konnte Ilona Adamski aus Kremperheide, stellv. Kreispräsidentin und Mitglied im Kreistag und SPD-Kreisvorstand, für sich werben. Ihre politischen Schwerpunkte sind die Bildungs- und Sozialpolitik. „Die Gelder des Landeshaushaltes müssen sozialer verteilt werden“, fordert Ilona Adamski. Auch muss genug Geld für die wichtigen Infrastrukturprojekte, wie den Bau der A20 und die Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals bereitgestellt werden, da diese für die Wirtschaft an der Westküste immanent wichtig sind.

Im Anschluss an die Vorstellungsrunde wurde noch viele Fragen zu den Zielen und Arbeitsvorhaben gestellt, u.a. zum Thema Bildungspolitik und Schulchaos, Maßnahmen gegen das Ausbluten der ländlichen Räume, der ÖPNV-Versorgung und HVV-Beitritt des Kreises Steinburg, sowie zur möglichen, vom Land erzwungenen Kreisfusion, die alle drei Bewerber für nicht sinnvoll halten.

Große Einigkeit herrschte auch in Bezug auf die schwarz-gelben Pläne für Glücksspiel-Mekka Schleswig-Holstein. „Es ist unmoralisch sich an der Sucht anderer zu bereichern. Des Weiteren wird



ein Wettbewerb der Länder untereinander um die günstigsten Steuersätze für dieses Gewerbe eingeläutet; eine gemeinsame Linie zur Eindämmung des Glückspiels und seiner Gefahren ist wichtiger. Einem solchem Gesetzentwurf würden wir als Landtagsabgeordnete nicht zustimmen“, befanden Adamski, Bolln und Klein übereinstimmend.

Die Delegierten der Ortsvereine haben am 27.08. auf der Wahlkreiskonferenz die Wahl, wer der Drei ins Rennen um das Direktmandat im Wahlkreis Steinburg-West geht. Und es ist eine Wahl mit Auswahl.

**Keine Kommentare**

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 12.08.2011, 13:02 Uhr - 110152 Clicks - Nr. 815

#### **Nord-Ostsee-Kanal muss endlich Top-Thema für Schleswig-Holstein werden**

Zur heutigen Berichterstattung über den erneuten Ausfall einer Schleusenammer erklärt der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner gemeinsam mit SPD-Landesvorstandsmitglied Mathias Stein:

Die Lotsenbrüderschaften, die Makler und die Gewerkschaft ver.di haben recht, dass die Politik in Schleswig-Holstein sich viel zu wenig um die Lebensader Nord-Ostsee-Kanal kümmert. Der Investitionsstau an den Schleusenanlagen und den Kanalanlagen in Kiel und Brunsbüttel ist gewaltig. Seit Jahren wartet eine Schleusenammer in Kiel-Holtenau auf eine Sanierung, die Ausfälle der Schleusen häufen sich und es ist immer weniger Personal zur Unterhaltung vorhanden.

Der von der schwarz-gelben Bundesregierung verschobene Ausbau des Kanals wird immer weiter vertagt. Der Bau eines "Bypasses" 5. Kammer in Brunsbüttel wird immer wieder auf die lange Bank geschoben. Die Unternehmen und Betriebe am Kanal verlieren ihre Planungssicherheit. Diese verhindert nicht nur dringend benötigte Arbeitsplätze, sondern gefährdet auch bestehende Arbeitsplätze bei den Lotsen, in Maklerbetrieben, Hafenbetrieben und in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Der Bundesverkehrsminister besuchte zwar Ende Juni einen Kreisparteitag der CDU in Rendsburg halte es aber nicht für nötig, sich über die Probleme am Kanal sachkundig zu machen. Stattdessen nur ein eher liebloses Bekenntnis zum Kanal. Sein Ministerium plant weitere Einschnitte bei dringend benötigtem Unterhaltungs- und Wartungspersonal der Kanalverwaltung - auch und gerade am Nord-Ostsee-Kanal.

"Stattdessen verunsichert der Bundesverkehrsminister mit unüberlegten Reformansätzen die Beschäftigten der Kanalverwaltung, statt ihnen Respekt für ihre Arbeit zu zollen. „Die SPD steht dagegen an der Seite der Beschäftigten ", so Stegner.

Den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern ist ihr Kanal sehr wichtig, dies zeige sich auch bei den Gesprächen mit Torsten Albig ihm Rahmen des „Demokratiesommers“. Dort werde immer wieder ein zukunftsfähiger Nord-Ostsee-Kanal gefordert.

"Die Landesregierung verharrt beim Thema Nord-Ostsee-Kanal in Schockstarre und begrüßt sogar halbherzig die konzeptionslose Zusammenlegung der beiden Kanalämter. Dieses muss sich ändern", so Stein.

Der Kanal kann nicht auf die Entscheidungen nach den Wahlen warten. Aus diesem Grund wird sich die SPD Schleswig-Holstein dafür einsetzen, ein breites Bündnis für den Kanal zu schaffen. Es muss ein Thema bei Unternehmern, Gewerkschaften, anliegende Gemeinden sein. Hierzu wird die SPD in Kürze einladen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel-Süd](#) - veröffentlicht am 13.08.2011, 14:14 Uhr - 3966 Clicks - Nr. 816

**SPD-Ortsverein Kiel-Süd: Eingeschränktes Ja zu Möbel-Kraft!**

Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Kiel-Süd begrüßt die Entscheidung der Firma Möbel-Kraft, in Kiel ansässig zu werden und mit dem vorgesehenen Bau seiner hiesigen Niederlassung ein Investitionsvolumen von 60 Mio € auszulösen und 250 bis 300 Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Entscheidung für den Standort am Südfriedhof (bzw. auf dem Gelände der Kleingartenvereine Prüner Schlag und Brunsrade) wird vom Vorstand des Ortsvereins dagegen abgelehnt. Das Bauvorhaben würde dort mit der Vernichtung von circa 230 Kleingärten erkaufte werden, die für den Stadtteil ein unverzichtbares Naherholungsgebiet darstellen.

Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Kiel-Süd fordert die politischen Entscheidungsträger und die Firma Möbel-Kraft auf, unter Einbindung aller Betroffenen vor Ort eine alternative Standortwahl zu treffen. Dazu ist eine gründliche und transparente Prüfung potenziell möglicher Standorte vorzunehmen.

Die Firma Möbel-Kraft wird aufgefordert, offen zu legen, in welchem Maße die vorgesehenen Arbeitsplätze sozialversicherungspflichtig, vollzeitlich oder eventuell auch geringfügig vergütet sein werden. Außerdem ist von der Firma der Öffentlichkeit bekannt zu geben, welche Auswirkung die Einrichtung eines Kieler Möbelfachmarktes auf den betrieblichen Standort Bad Segeberg haben wird.

Kommentar von [Peele](#) vom 03.09.2012, 12:51 Uhr:

**RE: SPD-Ortsverein Kiel-Süd: Eingeschränktes Ja zu Möbel-Kra**

*Schön, dass der Ortsverein gegen die Vernichtung von Grünflächen ist! Die Firma Krieger sollte auch offen legen, was aus den Arbeitsplätzen in Segeberg wird, ob dort nicht eines Tages eingespart wird. 60 Mio für 200 Arbeitsplätze ist ein merkwürdiges Verhältnis... Wenn gleichzeitig Unternehmen wie KielNet das Ende droht. Wir haben im Süden Kiels unheimlich viele kleine Unternehmen über die Jahre verloren, kleine Hinterhoffirmen, Kaisers usw. Globalplayer werden meist nur 400 EUR Jobs verwirklichen. Familien sind so nicht zu ernähren - siehe Lidl und Sky... Vertritt der Ortsverein uns hier wirklich?*

Kommentar von [Manfred Berke](#) vom 14.08.2011, 09:21 Uhr:

**RE: SPD-Ortsverein Kiel-Süd: Eingeschränktes Ja zu Möbel-Kra**

*Es ist sicherlich berechtigt, auf die Bedürfnisse der Kleingärtner hinzuweisen. Es fehlt mir leider in dem Beschluss eine Alternative. Wo sollte denn ein Standort sein ? Auf der Grünen Wiese in Meimersdorf ? Dort ist doch offensichtlich nicht einmal die Umgehungstrasse machbar. Der jetzt gewählte Standort stärkt m.E. zusätzlich die Innenstadt. Jeder oder viele der auswärtigen Besucher werden dann die Landeshauptstadt (City/ museen etc.) aufsuchen, evtl. sogar das neu Freizeitbad an der Hörn nutzen. Dem wäre nicht so, wenn Kraft fern der City auf der grünen Wiese angesiedelt wird. Also: Verträgliche Lösung für die Schrebergärtner finden und zügig neue Arbeitsplätze in Kiel schaffen. Meiner Kenntnis nach, ist Kraft bzw. Krieger bisher ein sozialer Arbeitgeber und benötigt Fachkräfte. Die Befürchtung auf Minijobs in großer Zahl ist absurd. Manfred Berke*

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 14.08.2011, 14:30 Uhr - 40596 Clicks - Nr. 817

**15 Jahre umWeltforum**

Das umweltforum des SPD Schleswig-Holstein wird 2011 fünfzehn Jahre alt. Dieses Jubiläum wollen wir nicht ohne fröhliche Feierlichkeiten verstreichen lassen.

Wir laden deshalb alle ufo-Freaks

für Freitag, den 19. August, zu einem kleinen „Event“ nach Ahrensburg ein.

Wir haben uns folgende Tagesordnung ausgedacht:



1. Wanderung auf den Spuren der Eiszeit durch das Ahrensburger Tunneltal vom Dänenweg zum U-Bahnhof Ahrensburg Ost.

Bus ab Bahnhof Ahrensburg um 13:43 zum Dänenweg, Rückfahrt 16:02 ab U- Bahnhof Ahrensburg Ost zum DB-Bahnhof

Führung: Josef Niggemann, Ahrensburger NaturFreunde

2. Fröhliche Feierstunde ab 16:30 Uhr im Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Straße (fünf Minuten vom DB-Bahnhof)

bis ca. 19:30 Uhr (bei schönem Wetter auf der Terrasse)

- Festvortrag Wolfgang Vogel zum Thema Nachhaltigkeit und die Rolle der Politik
- Kabaretteinlagen mit Ulrike Mehl und Eckart Kuhlwein
- Ehrungen für die Pioniere der ersten Stunde
- Getränke und Häppchen

Zur Geschichte:

Das umweltforum wurde im Sommer 1996 gegründet, als die Umweltpartei SPD zusehen musste, wie das Umweltministerium in Kiel an die GRÜNEN weitergereicht wurde. Die Mütter und Väter der Initiative waren Ulrike Mehl, Konrad Nabel, Hans-Jörg Lüth, Marion Wecken, Eckart Kuhlwein, Jürgen Blucha, Wolfgang Vogel, Irene Schöne und Hans Ewers. Sie wollten mit dem „ufo“ die ökologische Kompetenz des Landesverbandes demonstrieren und weiterentwickeln und

die vielen ökologischen Themen nicht der grünen Konkurrenz überlassen.

Im November 1996 fand mit 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Kieler Legienhof der offizielle Gründungsakt statt. Heide Simonis hatte die Aufgabe zu begründen, warum die SPD in Schleswig-Holstein ein Umweltforum braucht. Hermann Scheer definierte die Umweltpolitik als Aufgabe der Demokratie.

Heute sind die Hauptakteure im ufo für den SPD-Landesvorstand Stefan Bolln, für die Landtagsfraktion Sandra Redmann und Olaf Schulze, Webmaster ist Jürgen Strack und Eckart Kuhlwein ist immer noch „Geschäftsführer“. Und viele Genossinnen und Genossen treffen sich regelmäßig in einer „Lenkungsgruppe“ um Konzepte und Vorlagen für die Umweltpolitik der Partei zu entwickeln. Aber auch um die ökologisch interessierte Öffentlichkeit in Konferenzen zu Rate zu ziehen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 14.08.2011, 15:24 Uhr - 17710 Clicks - Nr. 818

**Torsten Albig brachte den Demokratie-Sommer**

Der SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl diskutierte und hörte zu. Reger Gedankenaustausch zwischen Bürgern und Politik im Nordertstedter Nordport-Tower. Ein eher herbstlicher Nieselregen begrüßte die Gäste am 13. August. SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig hatte zum Demokratiesommer eingeladen. Rund 80 Interessierte fanden in dem modernen Konferenzraum der Bürotürme am Flughafenzubringer Platz. Nach zweieinhalb Stunden lachte auch draußen die Sonne. Der Demokratie-Sommer hatte die Wolken vertrieben.



Zukunftsgespräche wollte Torsten Albig führen. Und so wagten die Sozialdemokraten ein neues Konzept für politische Veranstaltungen. Keine Podiumsdiskussion mit Experten, die Gäste selber waren als Experten und Kenner der Wirklichkeit im Lande gefragt. Zunächst wurden Ideen gesammelt und phantasievoll dokumentiert. Als Text, als Video, als Zeichnung. Dann ging es ins Gespräch mit dem Spitzenpolitiker.

In stetem Wechsel setzen sich Teilnehmerrinnen und Teilnehmer der Runde in die Diskussionsrunde mit Torsten Albig. Bildung war dabei das Schwerpunktthema. Aber auch Energie- oder Verkehrspolitik, der Nordstaat und die Kreisgebietsreform oder die Zukunft der Demokratie wurden erörtert. Der Kandidat hörte zu nahm aber auch klar Stellung.

"Es stimmt nicht, dass Menschen kein Interesse mehr an Politik haben. Wenn Politik zuhört, zu den Menschen hinget, merkt man sofort, welche Begeisterung da ist, mitzudenken, mitzugestalten",

freute sich Torsten Albig nach der Veranstaltung. Und nach der gelebten Demokratie im Saal wurden die Teilnehmer mit ein paar Stunden echtem Sommer belohnt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 14.08.2011, 20:51 Uhr - 11765 Clicks - Nr. 819

### **ZUKUNFTsgespräch mit Torsten Albig**

Im Kreis Schleswig-Flensburg lädt Torsten Albig Bürgerinnen und Bürger zu einem Zukunftsgespräch am 20. August von 14.30 Uhr (Einlass 14.00 Uhr) bis 17.00 Uhr in das Hotel „Strandhalle“, Strandweg 2, in Schleswig ein.



Torsten Albig hat sich Sommer 2011 in der Zeit von Juli bis September viel vorgenommen: In 15 Kreisen finden 15 Zukunftsgespräche statt. Überall im Land wird Torsten Albig mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden, Kirchen und Unternehmern, Gewerkschaften und Initiativen und den Mitgliedern der SPD die besten Ideen für die Zukunft unseres Landes entwickeln.

7.000 persönliche Einladungskarten wurden an Bürgerinnen und Bürger geschickt; ähnlich viele Einladungen wurden zum Beispiel auch im Facebook veröffentlicht. Und nicht zuletzt wurden die 19.000 SPD Mitglieder eingeladen. Die Zukunftsgespräche sind offen für alle.

Die Leitfrage lautet: Was ist Ihnen wirklich wahnsinnig wichtig, wenn Sie an die Zukunft Schleswig-Holsteins denken? Wir wollen das kreative Potential, das in unserem Land steckt, wecken und zum Vorteil des Landes einsetzen.

Offen für alle und grafisch ansprechend – das ist das Konzept der eigens für die SPD Schleswig-Holstein entwickelten Internetseite. Sie ist daher auch ein attraktives Angebot für Internet-Nutzer mit bisher wenig Erfahrung in der politischen Diskussion im Netz.

Auf [www.demokratiesommer.de](http://www.demokratiesommer.de) werden von Torsten Albig, den Nutzerinnen und Nutzern selbst oder auch anderen Spitzenpolitikern der SPD Schleswig-Holstein Thesen zur Diskussion eingestellt. Mehr noch: Auf der Seite werden die Ergebnisse der der Zukunftsgespräche <http://www.torsten-albig.de/de/zukunftsgespraech> dokumentiert und als eigene Thesen zur fortführenden Diskussion eingestellt – als Text, Bild oder Video. Damit verbindet diese Seite auf einmalige Weise die on- und offline geführten Diskussionen an einer zentralen und für alle einsehbaren Stelle.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 15.08.2011, 14:47 Uhr - 5754 Clicks - Nr. 820

### **Keine Ängste schüren – Tagespflege im Kreis Plön in trockenen Tüchern**

15. 8. 2011

Keine Ängste schüren – Tagespflege im Kreis Plön in trockenen Tüchern

Die Pressemitteilung der Vorsitzenden des Frauenpolitischen Beirats des Kreises stößt bei der SPD-Kreistagsfraktion auf Unverständnis und löst die Sorge aus, dass darüber eine unnötige Verunsicherung von Tagespflegemüttern und Eltern sowie Gemeinden losgetreten wird.

Fakt ist, und dass sollte die Vorsitzende als Kreistagsabgeordnete auch wissen, dass es mit dem Kreistagsbeschluss im Juni in einem zweiten gemeinsamen Anlauf gelungen ist, die Finanzierung der Tagespflege für alle Beteiligten zufrieden stellend zu lösen, nachdem die Drittfinanzierung im ersten Anlauf nicht von allen Gemeinden mitgetragen wurde.

Einen großen Anteil an dem nun mit großer Mehrheit gefassten Beschluss hat die Interessengemeinschaft Kindertagespflege Kreis Plön beigetragen, die vor Ort an das soziale Verantwortungsgefühl der Gemeinden appelliert hat. Die überwiegende Anzahl der Gemeinden hat daraufhin eine Kostenbeteiligung beschlossen, so dass sich der Elternanteil an der Tagespflege nun in einem vergleichbaren Rahmen zum Kitabereich bewegt. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Tagespflege im Kreis Plön in trockenen Tüchern ist. Hier nun eine erneute Verunsicherung loszutreten, ist aus Sicht der Fraktion nicht zielführend, so die stellvertretende. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

Bei der Beschlussfassung im Junikreistag war allen Beteiligten bewusst, dass die Nachfrage der Tagespflegeplätze neben dem Ausbau der U3-Plätze weiter steigen wird und damit auch die Ausgaben des Kreises. Die Befürchtung der Vorsitzenden, dass Verträge mit Tagesmüttern gekündigt werden und mit Auswirkungen auf Kindern und Eltern zu rechnen ist, ist nicht nachzuvollziehen. Der Kreistagsbeschluss steht: Die Tagesmütter bekommen vom Kreis die beschlossenen 3,90 € pro Stunde, der Kreis übernimmt davon ein Euro, die Eltern zahlen ihren Beitrag an den Kreis und holen sich einen Anteil davon von ihren Gemeinden wieder. Diese paritätische Kostenbeteiligung bietet mittelfristig (bis zum Inkrafttretens des Rechtsanspruches am 01.08.2013) eine solide Grundlage für Eltern und Tagesmütter im Kreis Plön, der mit dieser Finanzierungsform eine Vorreiterrolle im Land übernommen hat.

Zu begrüßen ist, dass der Frauenpolitische Beirat mit seiner Initiative die Forderung des Kreistages an den Landesgesetzgeber unterstützt, sich an der Finanzierung der Tagespflege analog zur Kindertagesstättenförderung zu beteiligen. Das kürzlich vorgestellte Gutachten des Landkreistages zum Kinderbetreuungsbereich gibt Hoffnung, dass es zum Dialog mit der Landesregierung über die rechtlichen Grundlagen der Förderkulisse kommen wird und damit auch zu Veränderungen im Sinne der Kreise. Die Forderung des Beirates, dass nicht nur die bei einem Träger angestellten Tagesmütter vom Land bezuschusst werden, sondern auch die selbstständigen Tagesmütter, wird von der SPD-Fraktion unterstützt und muss im Zuge des Dialoges von Landkreistag und Land mit auf den Tisch.

15. 8. 2011

Helga Hohnheit  
Stellvertr. Fraktionsvors.  
Dorfstr. 16  
24220 Boksee  
04302 965955

**Keine Kommentare**

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 15.08.2011, 17:18 Uhr - 8454 Clicks - Nr. 821

**Torsten Albig zu Gast auf der Landesgartenschau  
Die Norderstedter SPD-Vorsitzende Katrin Fedrowitz,  
hatte eingeladen und Torsten Albig kam samt Familie  
nach Norderstedt zur Landesgartenschau.**

Getreu dem Motto: „Es gibt kein schlechtes Wetter, es gibt nur die falsche Kleidung“ besuchte der Kieler Oberbürgermeister und SPD-Spitzenkandidat für das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, Torsten Albig, in Begleitung seiner Ehefrau Gabriele und Tochter Hanna, am Montag die Landesgartenschau in Norderstedt.



Während des rund zweistündigen Besuchs, unter fachkundiger Leitung von LGS-Geschäftsführer Kai-Jörg Evers, präsentierte sich das Ausstellungsgelände zwar verregnet, aber nicht weniger attraktiv und erfreulich gut besucht. Neben Zahlen und Fakten rund um die Planung der LGS, vermittelte der Besuch der Hallenschau im Blütenwerk Torsten Albig einen ersten Blick in das spätere Kulturwerk am See und seine Nutzung als Spielort für Theatergruppen und Musikveranstaltungen.

Besonders beeindruckt zeigten sich der bekennende Gartenschau-Fan und seine Familie von der Vielfalt und dem Ideenreichtum der Themengärten rund um berühmte Filmklassiker. Mit Blick auf die Nachnutzung des LGS-Geländes interessierte sich Albig für die Kombination aus Angeboten zur Umweltbildung und Freizeitgestaltung. Zudem lobte er das große ehrenamtliche Engagement der Norderstedter Bürger für „ihre Gartenschau“ und äußerte die Hoffnung, dass „dieses Engagement auch über das Ende der Schau am 9. Oktober hinaus bestehen bleibt“.

Die Norderstedter SPD-Vorsitzende Katrin Fedrowitz, auf deren Einladung Torsten Albig samt Familie nach Norderstedt gekommen war, dankte Kai-Jörg Evers für die humorvolle und detailreiche Begleitung und wünschte ihm für die verbleibenden acht Wochen neben reichlich Sonnenschein „viele neue Besucher, die mindestens noch einmal nach Norderstedt kommen und dann ihre Freunde, Verwandten und Bekannten zur Gartenschau mitbringen.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 16.08.2011, 11:43 Uhr - 7192 Clicks - Nr. 822

**Familienfest mit Live-Musik, Spiel, Spaß und Politik**

Schon das 4. Jahr in Folge findet am kommenden **Samstag, 20. August 2011** das SPD Familienfest auf dem Großflecken statt. In der Zeit von **11 bis 14 Uhr** präsentieren die SPD Ortsvereine aus Neumünster gemeinsam mit dem SPD Kreisverband ein buntes Programm für die ganze Familie.

"Insbesondere Kinder kommen am Sonnabend auf Ihre Kosten, können

Stelzen basteln und diese gleich in einem Hindernisparcour unter Beweis stellen", freut sich der



stellvertretende Kreisvorsitzende Oliver Sundermann. "Ebenso gilt es am Klingeldraht eine ruhige Hand und beim Dosenwerfen Zielgenauigkeit zu demonstrieren", ergänzt Sundermann das spielerische Angebot.

Mit dem 22jährigen Singer-Songwriter Game Ove aus Hamburg und den Neumünsteraner Lokalmatadoren "Beatshock" verspricht das vom SPD Kreisverband organisierte Musikprogramm wieder fetzige Unterhaltung am Samstagmittag.

Ein Highlight wird eine kurzweilige Talkrunde mit dem SPD Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2012, Torsten Albig, sein, der sich innerhalb kürzester Zeit ein zweites Mal den Neumünsteranerinnen und Neumünsteranern präsentieren wird.

Ebenso ist wie in jedem Jahr für einen kleinen Imbiss und Getränken zu familienfreundlichen Preisen gesorgt.

"Wir freuen uns darauf, wieder zahlreiche Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner begrüßen zu können," so SPD Kreischef Andreas Hering, "denn neben unserem Spitzenkandidaten stehen natürlich auch die SPD-Ratsmitglieder für Fragen und Anregungen rund um die Kommunalpolitik zur Verfügung."

**Keine Kommentare**

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 16.08.2011, 12:17 Uhr - 111684 Clicks - Nr. 823

#### **Regeln für die Finanzmärkte müssen deutlich verschärft werden**

Zum heute vorgestellten Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses HSH Nordbank erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im PUA, Jürgen Weber:

Dem Untersuchungsausschuss ist es gelungen eine Reihe öffentlicher Vermutungen, Spekulationen und Vorwürfe sachlich klarzustellen.

Die 2008 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossene Rettung der HSH Nordbank mit 3 Mrd. Euro neuem Kapital sowie Garantien in Höhe von 10 Mrd. Euro war die beste Lösung für das Land Schleswig-Holstein. Wirtschaftlich und finanziell vernünftige Alternativen, die im Interesse des Landes liegen, gab es damals nicht. Jede der Alternativen, die es gegeben hätte, wäre äußerst nachteilig für Schleswig-Holstein gewesen: Ein Zusammenbruch der Bank hätte nicht nur weit höhere Zahlungsverpflichtungen für Schleswig-Holstein ebenso wie für die anderen Eigentümer bedeutet, sondern auch einen weiteren negativen Impuls für die Finanzmarktkrise bedeutet. Der Bund wäre – das konnte zweifelsfrei geklärt werden – nicht bereit gewesen, die Eigentümer aus der Verantwortung zu lassen. Für die so genannten Altlasten hätten immer auch die Alteigentümer einstehen müssen. Der Vertreter der Bankenaufsicht brachte es auf den Punkt: „Es gibt jede Menge Alternativen. Die halte ich aber alle für nicht empfehlenswert.“

Im Untersuchungsausschuss wurde eingehend geprüft, wie die Vertreter der Landesregierung im Aufsichtsrat und seinen Gremien agiert haben. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats sind Verfehlungen nicht nachzuweisen. Das betrifft die frühere Ministerpräsidentin und die Minister des Landes Schleswig-Holstein, es betrifft die Senatoren der Freien und Hansestadt Hamburg, es betrifft die Sparkassenvertreter und die anderen Vertreter, die dem Aufsichtsrat angehört haben. Nichts deutet darauf hin, dass die Vertreter der Landesregierung ungeeignet zur Ausübung der Aufsicht waren.

Auch wenn Minister Wiegard als letzten Vertreter der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat keine persönliche Schuld an der Krise der HSH Nordbank trifft, ist seine Informationspolitik zu kritisieren; sie lässt keine Kultur der kritischen Auseinandersetzung erkennen. Minister Wiegards Informationsverhalten gegenüber dem zweiten Aufsichtsratsmitglied des Landes, Minister Hay, war aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion unzureichend. Auch die Information des Parlaments im Finanzausschuss und im Beteiligungsausschuss erfolgte nur sporadisch, außerdem hatten die Informationen beschönigenden und beschwichtigenden Charakter. Letztlich konnte der Ausschuss nicht abschließend feststellen, ob Minister Wiegard selbst nicht ausreichend über die Situation der Bank informiert war oder ob er die Informationen lediglich dem Parlament vorenthielt.

Während der Untersuchungsausschuss die Rolle und die Tätigkeit von Mitgliedern des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse ausführlich untersucht und bewertet hat, gab es Grenzen bei der Untersuchung von Verfehlungen von Mitgliedern des Vorstands. Einige der ehemaligen Vorstandsmitglieder haben die Aussage abgelehnt, weil ein Strafverfahren (Untreue, Bilanzfälschung) gegen sie in Hamburg läuft und sie sich also selbst belasten könnten.

Die SPD-Landtagsfraktion vertritt die Auffassung, dass das Land Schleswig-Holstein wieder durch Ministerinnen und Minister im Aufsichtsrat vertreten werden muss. Die Beschlüsse des Parlaments müssen unmittelbar über die Willensbildung des Aufsichtsrats dem Vorstand zur Kenntnis gelangen. Das Parlament muss im Rahmen der gesetzlichen Regelungen Informationen zur Steuerung und Entwicklung der Bank erhalten, die zur Überwachung der Beteiligung notwendig sind. Die Bestellung von Dritten, mögen sie noch so kompetent sein, reicht dafür nicht aus.

Insgesamt scheint die HSH Nordbank sich zu stabilisieren: Die aktuellen Zahlen sehen gut aus, die Bank beginnt mit der Rückführung der Garantien.

Es muss jetzt darum gehen, die verbleibenden Geschäftsfelder zu konsolidieren. Die Bank wird ihre personelle Erneuerung abschließen, sie wird darauf hinarbeiten, zu einem späteren Zeitpunkt an die Börse zu gehen. Und schließlich steht auch bundesweit ein Prozess der Neuordnung des gesamten Landesbankensektors an, bei dem man sehen muss, ob und wie die HSH Nordbank mit ihrer Struktur und ihrem Geschäftsmodell hineinpasst.

Die SPD-Landtagsfraktion zieht aus der Krise der HSH-Nordbank, die untrennbar mit der Finanzmarktkrise verbunden ist, die Konsequenz, die Regeln für die Kontrolle und das Funktionieren der Finanzmärkte deutlich zu verschärfen. Die bisherigen Vorkehrungen reichen nicht aus.

Über die unmittelbar zu verändernden direkten Maßnahmen in den Aufsichtsgremien der Bank hinaus müssen auf nationaler und internationaler Ebene Regelungen durchgesetzt werden, mit denen gerade öffentliche Banken in die Pflicht genommen werden. Dazu gehört, dass eine unabhängige (europäische) Rating-Agentur eingerichtet wird, die kein Eigeninteresse an einer positiven Bewertung der Banken und Finanzinstitute hat. Die Finanzaufsicht muss mit mehr Rechten ausgestattet sein. Dazu hält die SPD-Landtagsfraktion international geltende gleiche Regeln für notwendig, die alle Institute und Instrumente erfassen.

Die Finanzmarktkrise hat auch gezeigt, dass es keineswegs zuviel Einfluss von Politik auf die Märkte gibt. Für die HSH Nordbank scheint, so sehen die aktuellen Zahlen aus, eine erfolgreiche Restrukturierung möglich. Umso wichtiger ist, dass wir jetzt die richtigen Maßnahmen ergreifen, die Macht des Kapitals zu begrenzen und politische Verantwortung wieder dort auszuüben, wo sie hingehört: in den Parlamenten.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 16.08.2011, 16:00 Uhr - 5961 Clicks - Nr. 824

#### **Zukunftsgespräch mit Torsten Albig**

Am 6. Mai 2012 wird in Schleswig-Holstein gewählt. Unser Land bekommt einen neuen Landtag und einen neuen Ministerpräsidenten.



Torsten Albig ist unser Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten; er wurde von den Mitgliedern der SPD klar zur Nummer eins für die Landtagswahl gewählt.

Torsten Albig und die SPD bereiten sich intensiv auf die Regierungsverantwortung vor. Im Mittelpunkt steht dabei zunächst das neue Regierungsprogramm für die neue Landesregierung. Dieses Programm werden die SPD und ihr Ministerpräsidentenkandidat im engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes entwickeln. Dies geschieht in diesem Sommer, dem Demokratiesommer, mit den von Torsten Albig initiierten Dialog-Foren, den Zukunftsgesprächen. Diese finden vom 9. Juli bis zum 17. September in allen 15 Kreisen des Landes statt.

Der Demokratiesommer kommt auch nach Plön mit einem

Zukunftsgespräch mit Torsten Albig

**am 19. August 2011 um 19:0**

**Kulturforum Schwimmhalle Schloss Plön**

**Schlossgebiet 1a**

**24306 Plön**

Ziel des Zukunftsgespräches mit Torsten Albig ist es, gemeinsam mit vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden und den Mitgliedern der SPD die besten Ideen für die Zukunft unseres Landes zu entwickeln. Damit dies gelingt, erprobt die SPD bei den Zukunftsgesprächen neue Beteiligungsformen. Wir machen so Politik jenseits der üblichen Pfade erfahrbar.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 16.08.2011, 22:00 Uhr - 7507 Clicks - Nr. 825

#### **NOK-Romantika mit besonderem Highlight in Osterrönfeld**

Was in den letzten Jahren zwischen 15000 und 20000 Menschen an den gesamten Nord-Ostsee-Kanal lockte, soll auch in diesem Jahr wieder ein großer Erfolg werden: die NOK-Romantika, das beeindruckende Lichterfest entlang der meist befahrenen Wasserstraße der Welt. In Osterrönfeld wartet dabei ein ganz besonderes Highlight auf die Besucher: am neuen Schwerlasthafen werden mehrere hundert Line Dancer mit musikalischer Unterstützung der NDR 1 Welle Nord auftreten.



Während der NOK-Romantika am 03. September wird der Kanal zur Dämmerung hin von Kiel bis Brunsbüttel wieder in ein romantisches Lichtermeer getaucht. Zusätzlich werden in diesem Jahr die „Hot Liners Damp“, die „American Line Dance“ Gruppe des VfL Damp Vogelsang mit einigen hundert ihrer Line Dancer auf dem neuen Osterrönfelder Hafenaerial in Sichtweite zur Eisenbahnhochbrücke zu Pop- und Country-Musik ihre Tanz-Choreografien vorführen. Ab 19:30 Uhr geht es am Neuen Hafen Kiel-Canal los. Wie in jedem Jahr warten die kulinarische Versorgung durch die Freiwillige Feuerwehr Osterrönfeld sowie der Fackelverkauf auf die Gäste von Nah und Fern. Im Anschluss an das offizielle Lichterfest geht es mit einer Open-Air-Feier weiter, auch hier musikalisch unterstützt durch einen DJ.

Also: 03. September ab 19:30 Uhr am Neuen Hafen Kiel-Canal in der Osterrönfelder [Albert-Betz-Straße](#) direkt am Nord-Ostsee-Kanal!

Weitere Infos zur NOK-Romantika unter [www.nok-romantika.de](http://www.nok-romantika.de).

--

Kommentar von [Rheider Liner](#) vom 03.09.2011, 11:30 Uhr:

RE: NOK-Romantika mit besonderem Highlight in Osterrönfeld  
*Die Rheider Liner (Linedancer)sind dabei!*

### **SPD Stormarn: Drei Bewerber zur Landtagswahl**

Zwei Kandidaten und eine Kandidatin, das ist die Ausgangslage bei der SPD Stormarn, die im September ihre Nominierungen für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 durchführen wird. Dabei stehen die Chancen gut, dass es für die Sozialdemokraten um ihren Spitzenkandidaten Torsten Albig im nächsten Jahr zur Regierungsübernahme reichen wird.



Im Wahlkreis Stormarn-Nord (Wk 29) bewirbt sich Susanne Danhier (53, Bargtheide), in Stormarn-Mitte Tobias von Pein (25, Lütjensee) und für Stormarn-Süd (Wk 31) möchte der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (34, Barsbüttel) erneut ins Parlament einziehen. Erstmals nominiert die SPD ihre Kandidaten im Rahmen von Mitgliederkonferenzen, zu denen alle SPD-Mitglieder eines Wahlkreises eingeladen sind.

Den Anfang macht am 2. September der Wahlkreis 30. Dort beginnt die Nominierungsveranstaltung um 19.00 Uhr im Peter-Rantzau-Haus in Ahrensburg mit dem Bewerber Tobias von Pein. Der langjährige Juso-Kreisvorsitzende ist Fraktionsvorsitzender der SPD in Lütjensee und Beisitzer im SPD-Kreisvorstand. Auf dem zweiten Bildungsweg studiert der gelernte Groß- und Außenhandelskaufmann Sozialökonomie, außerdem ist er in der Fort- und Weiterbildung des DGB als Seminarleiter tätig. Er möchte, „dass Politik wieder attraktiver und transparenter wird“ und schreibt in seiner Bewerbung über seinen politischen Kompass: „Ich möchte mich für eine Gesellschaft einsetzen, in der alle frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben können.“ Er will einen Arbeitsschwerpunkt in der Arbeits- und Beschäftigungspolitik setzen, Arbeitsbedingungen verbessern und Lohndumping bekämpfen.

Es folgt am 9. September der Wahlkreis 29 (19.30 Uhr, Bürgerhaus Bad Oldesloe) mit Susanne Danhier. Die Mutter zweier Töchter ist studierte Erziehungswissenschaftlerin und seit 1996 Leiterin einer Erziehungsberatungsstelle in Bad Segeberg, seit 2004 stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Stormarn, seit 2008 Vorsitzende der SPD Bargtheide und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Stadtmarketing in Bargtheide. Sie kandidierte bereits 2009 für den Landtag und wäre aktuell die erste Nachrückerin ihrer Partei. Sie schreibt in ihrer Bewerbung: „Als Landtagsabgeordnete möchte ich unsere Themen in die Landespolitik einbringen. Der Wirtschaftsraum der Metropolregion Hamburg ist eine der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Diese muss gemeinsam mit dem Umland weiter entwickelt werden, ohne unsere ländliche Struktur damit zu zerstören.“ Aus ihren beruflichen Erfahrungen heraus will sie sich zudem in der Bildungspolitik und gegen Kinderarmut engagieren.

Am 23. September treffen sich die SPD-Mitglieder des Wahlkreises 31 um 19.00 Uhr im Rathaus Reinbek. Erneut um einen Platz im Parlament bewirbt sich Martin Habersaat, SPD-

Kreisvorsitzender seit 2004, der bis zu seinem Einzug in den Landtag 2009 Gymnasiallehrer war (Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW /Politik-Gesellschaft-Wirtschaft). Seit diesem Jahr ist er bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, außerdem Mitglied der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“. Seine Bewerbung liest sich so: „Ich möchte mich einsetzen für eine Finanzpolitik, die Strukturen zum Besseren verändert und sich nicht auf jährliche Einsparrunden auf Kosten der Schwächsten beschränkt. Für eine Bildungspolitik, der die Entwicklung jedes einzelnen Kindes am Herzen liegt und die einer Leitidee folgt, nämlich der des „längeren gemeinsamen Lernens“. Und für eine gute Abstimmung mit unserem Nachbarn Hamburg - deren Bedeutung muss man in Kiel zuweilen in Erinnerung rufen.“

Reinhard Niegengerd, stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender aus Großhansdorf, erklärt: „Weitere Kandidaturen sind bis zum Ablauf der vom Kreisvorstand gesetzten Frist nicht eingegangen. Bis zum Abend der Nominierung sind aber weitere Bewerbungen möglich.“

Weitere Termine auf dem Weg zur Landtagswahl sind ein Bürgerparteitag der SPD am 24. September ins Rendsburg sowie ein Kreisparteitag am 12. November in Barsbüttel, auf dem es um Stormarner Wünsche für das Landtagswahlprogramm gehen wird. Beschlossen wird dieses Wahlprogramm auf einem Landesparteitag am 3. und 4. Februar in Lübeck, auf dem gleichfalls die Landesliste aufgestellt wird.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 17.08.2011, 16:08 Uhr - 6288 Clicks - Nr. 827

AG 60plus auf dem Raddampfer Kaiser Wilhelm  
„Das hätte ich nicht gedacht, dass so viele Teilnehmer bei dem Wetter mitkommen“, staunte die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende und Vorsitzende des Ortsvereins Bargtheide, Susanne Danhier, kürzlich über das große Interesse der Reisegäste. Sie war von der AG 60plus des SPD-Kreisverbandes eingeladen worden, um mit ihrer Erfahrung (Brüssel-Reisen) dazu zu kommen, die 150 Teilnehmer des Ausfluges mit dem historischen Raddampfer Kaiser Wilhelm zu begleiten.



Von Bad Oldesloe ging es zunächst nach Lübeck, Pünktlich kam die extra um einen Waggon verstärkte Regionalbahn nach Lüneburg. In Lauenburg führte der Weg die AG 60plus zunächst das Elb-Schiffahrts-Museum, wo besonders alte Werkzeuge und Schiffsmodelle die Besucher beeindruckten.

Dann ging es zum Anleger der „Kaiser-Wilhelm“, an der berühmten Rufer-Skulptur. Mit viel Dampf und einem eleganten Anlege-Manöver kam die Kaiser Wilhelm von der Vormittagsfahrt an den Anleger. Das Schiff lief im Jahr 1900 vom Stapel. „Von weitem sieht man gar nicht, dass es ein Rad-Dampfer ist“, so eine ältere Dame, „die Räder sind ja ganz elegant verkleidet!“  
Alles ist gepflegt und blitzsauber. Ein kleiner Verein wartet und fährt das Schiff ehrenamtlich. Man

spürt am zuvorkommenden Verhalten der sechs Mann starken Besatzung mit welcher Begeisterung sie dabei sind.

Kommandos schallen über das Vordeck. Mast und Schornstein müssen bei der Fahrt unter der Elbbrücke abgeklappt werden. „Wir geben jetzt ein Signal“, warnt Dr. Ernst Schmidt, der Betriebsführer des Vereins die Fahrgäste, damit sie ihre Ohren schützen können.

„Früher war es Sitte, dass die Lokomotiv-Führer auf der Elbbrücke ein Gruß-Signal gaben, wenn sie auf der Elbe ein Dampfschiff sahen. Und das wurde von der Kaiser Wilhelm erwidert“, erzählt Dr. Schmidt. „Und manchmal bekommen wir auch heute noch von den modernen Elektro-Loks einen Gruß.“

Natürlich wurde für das leibliche Wohl der Fahrgäste gesorgt. Die Ehefrauen der Besatzung verkauften selbstgebackenen, leckeren Butterkuchen und es gab Kaffee satt zu zivilen Preisen. Leider spielte das Wetter nicht mit. Doch gibt es bekanntlich kein schlechtes Wetter, sondern nur schlechte Kleidung. Die Senioren ertrugen den Dauerregen mit viel Geduld und Humor.

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 17.08.2011, 16:12 Uhr - 5640 Clicks - Nr. 828

**Peter Eichstädt: Kein Alkohol in einem Zug!**

*Zum Alkoholverbot im Hamburger öffentlichen Nahverkehr erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:*



"Keine Fahrt mit der Regionalbahn ist in Schleswig-Holstein so lang, dass das Warten auf Alkohol bis zum Zielort unzumutbar wäre. Es geht auch kaum um das Gläschen Sekt, das für Urlauber nach Ansicht des Sprechers des Kieler Wirtschaftsministeriums die Attraktivität von Bahnfahrten steigert.

Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus; offenbar kennt der Sprecher nicht die Situation in Regionalzügen, weil er meist im Dienstwagen unterwegs ist. Züge voller leerer Bierdosen sprechen eine andere Sprache.

Es geht darum, andere Fahrgäste vor alkoholisierten Personen zu schützen, die nicht selten bedrohlich auftreten.

Wir halten das Hamburger Vorgehen durchaus für einen sinnvollen Ansatz, den Alkoholkonsum insbesondere bei jungen Menschen einzudämmen. Schade, dass die Landesregierung nicht einmal in diesem Bereich eine Koordinierung mit Hamburg hinbekommt."

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 17.08.2011, 17:23 Uhr - 5982 Clicks - Nr. 829

Einladung zur Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema StadtRegionalBahn Region

KREIS PLÖN

DIE LANDRÄTIN

-Amt für Finanzen, Beteiligungen  
und wirtschaftliche Entwicklung-

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Kiel hat in den vergangenen Jahren zusammen mit den Umlandkreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und dem Land Schleswig-Holstein die Einführung einer StadtRegionalBahn (SRB) untersuchen lassen.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des ÖPNV in der KielRegion (Kreis Plön, Kreis Rendsburg-Eckernförde, Stadt Kiel) stellt die StadtRegionalBahn Kiel nach Erkenntnissen der Planer ein Schlüsselprojekt dar, um die Mobilität in der Region, u. a. auch in Hinsicht auf die demografische Entwicklung, insgesamt zu sichern und nachhaltig zu verbessern.

Zudem weisen die Befürworter der StadtRegionalBahn darauf hin, dass die SRB einen wichtigen Baustein für die Regionalentwicklung darstellt und damit eine notwendige, zukunftsweisende Entwicklung unserer Region in Anbetracht der immer stärker werdenden Konkurrenz der Nachbarregionen (A 1 – Achse, Fehmarnbelt – Achse) unterstützt.

Andererseits stellt sich aufgrund der Situation ihrer Haushalte den beteiligten Partnern die Frage nach der Finanzierung eines derartigen Projektes. Hier werden die zuständigen politischen Gremien ihre Entscheidung zu treffen haben.

In zwei zentralen Bürgerinformationsveranstaltungen soll allen Interessierten die Möglichkeit eröffnet werden, sich über Ziele, Planungen und Umsetzungen zum Thema StadtRegionalBahn Region Kiel zu informieren und konstruktiv zu diskutieren.

Die Informationsveranstaltungen finden

am Mittwoch, den 24. August 2011

in der Mensa der Wilhelminenschule im Hufenweg 5 in 24211 Preetz

und

am Mittwoch, den 14. September 2011

in der Mensa der Offenen Ganztagschule im Augustental 29 in 24232 Schönkirchen statt.

Veranstaltungsbeginn ist jeweils 19:00 Uhr

Ablauf:

- Begrüßung und Moderation

Klaus Blöcker, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Tourismus

- Die Stadtregionalbahn und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Region Kiel und Umland

Peter Todeskino, Bürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Kiel und MitarbeiterInnen

- Diskussion und Fazit

Die Veranstaltungen enden voraussichtlich um 21:00 Uhr.

Über eine Wahrnehmung der Termine Ihrerseits wäre ich sehr erfreut.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Blöcker

-

**Keine Kommentare**

### **Osterrönnfelder Street-Soccer-Platz fertiggestellt**

Was Kinder aus Osterrönnfeld bereits 2009 in einem Treffen mit den Osterrönnfelder Gemeindevertretern anregen, ist nun abgeschlossen: die Überarbeitung und teilweise Neuschaffung von Spielplätzen und Freizeitangeboten in der Gemeinde. So wurden die Spielplätze im Bargesch, in Ohldörp an der AWO-Kita und in der Danziger Straße bereits vor Monaten teilweise grundlegend erneuert. Nun wurde mit dem Street-Soccer-Platz am Bürgerzentrum (siehe Foto) die letzte Maßnahme dieses Projektes fertiggestellt.



Mussten Kinder und Jugendliche bisher am Bürgerzentrum auf dem Rasen Fußballspielen, was ihnen jedoch offiziell untersagt war, so können sie nun den neu geschaffenen Street-Soccer-Platz direkt neben dem „Alten Bahnhof“ nutzen. Außerdem ist auf diesem Areal auch das Basketballspielen möglich.

Osterrönnfeld schafft mit dem jetzt einsatzbereiten Street-Soccer-Platz in diesem Ortsteil eine gute Freizeitmöglichkeit für Kinder und Jugendliche, die sich nun auch hier sportlich betätigen können. Die jetzt noch nicht wieder fokussierten anderen Spielplätze im Ort bleiben dabei weiterhin beobachtet, damit diese wie alle Plätze im Ort stets auf Sicherheit und Zustand überprüft werden und ggf. ebenfalls überarbeitet werden können. Hier werden dann auch die bisher noch nicht realisierten Ideen und Vorschläge wieder auf die Agenda kommen, die die Kinder vor zwei Jahren mit eindrucksvollen, selbstgebauten Modellen vorgestellt hatten.

Hinweise zu den Spielplätzen sind immer hilfreich. Informieren Sie uns, wenn es irgendwo Handlungsbedarf gibt: [Kontakt](#). --

**Keine Kommentare**

### **Pflegenotstand**

Altenpflege: Ist der Pflegenotstand noch abzuwenden ?

Die "Zeitbombe" Pflegenotstand ist noch lange nicht entschärft und tickt unvermindert weiter.

Dieses gilt gleichermaßen für die ambulante Pflege (Pflegedienste für zuhause) und für die stationäre Pflege (Alten- und Pflegeheime).

Wenn sich hier mittelfristig in struktureller und finanzieller Hinsicht nichts ändert, haben wir den Pflegenotstand mit allen gesellschaftlichen Folgen.

In Verbindung mit dem demografischen Wandel ist die Pflegesituation kaum auszumalen.

Warum sollen junge Menschen einen Beruf ergreifen der schlecht bezahlt wird und in dem man immer mehr Arbeitsleistung bei ständiger Arbeitsverdichtung erbringen soll? Hinzu kommt, dass die Auszubildenden in der Altenpflege ihre Ausbildung selbst finanzieren müssen.

Auch die Öffnung des Arbeitsmarktes, die seit dem 1. Mai 2011 in Kraft ist, hat nichts gebracht. Gutes ausgebildete Pflegekräfte aus Polen und Osteuropa gehen lieber in die skandinavischen Länder oder in die Schweiz.

Da gibt es zur besseren Bezahlung noch wesentlich bessere Arbeitsbedingungen.

Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in diesen Ländern Konzepte, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.

Es wird Rücksicht auf junge Familien und alleinerziehende Mütter und Väter genommen.

Flexible Arbeitszeiten im Sinne der Mitarbeiter (m/w) und die Bereitstellung von betriebsinternen Kindergärten bewirken, dass man Pflegekräfte findet. Unter solchen Bedingungen macht das Arbeiten noch Spaß.

Wenn wir das Ruder noch rumreißen wollen, müssen wir folgende Bedingungen schaffen:

1. Überführung der Altenpflegeausbildung in das "Duale Bildungssystem" .  
(Betriebliche Ausbildung und Berufsschule)

Die Selbstfinanzierung muss wegfallen. Es muss eine Ausbildungsvergütung gezahlt werden.

2. Eine Bessere Bezahlung und berufliche Übergangsmöglichkeiten von der Altenpflege zur Krankenpflege, damit eine Altenpflegerin auch für die Arbeit im Krankenhaus qualifiziert ist und wechseln kann.

3. Altersgerechtes Arbeiten muss in den Einrichtungen der Pflege Berücksichtigung finden.

Ältere Mitarbeiter (m/w) müssen von körperlicher Arbeit weitgehend befreit werden und mit anderen Arbeiten (Leistungs- und Organisationsarbeiten) beauftragt werden.

Berufliche Erfahrungen Älterer müssen als wertvolles Potential erkannt und genutzt werden. Bezahlte Fort- und Weiterbildungen, sowie individuelle Karriereplanungen bis zur Rente.

4. Es treten mit zunehmenden Alter bei den Mitarbeitern in der Pflege berufsbedingte Schwerbehinderungen (u.a. durch jahrelanges schweres Tragen) auf.

Diese Pflegekräfte dürfen nicht selbst zum Pflegefall werden, sondern müssen

Teilhabe am Arbeitsleben haben. Sie müssen sinnvoll in den Arbeitsprozess integriert werden, sonst führt die Arbeit in der Altenpflege zur Arbeitslosigkeit mit den Folgen der Altersarmut in späteren Jahren.

5. Um die Altenpflege zukunftssicher und finanziell auszustatten müssen unsere Sozialsysteme besser und gerechter ausgestattet werden.

Wir müssen erreichen, dass die Kosten unseres Sozialsystems, wieder

auf vielen Schultern lastet.

Die Arbeitnehmer können dieses nicht allein finanzieren.

Die paritätische Finanzierung zu gleichen Teilen (Arbeitgeber/Arbeitnehmer) muss wieder hergestellt werden.

Keine Einführung einer Kopfpauschale.

Aus meiner Sicht ist die einzige Lösung die Bürgerversicherung.

Ich bin sicher dass sie kommen wird!

Norbert Vahl

AfA-Kreisvorsitzender Pinneberg

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 17.08.2011, 23:45 Uhr - 8725 Clicks - Nr. 832

**Kanalausbau unbedingt notwendig!**

Zur aktuellen Debatte über den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und zur Reparatur der Schleusen (zum Beispiel in Kiel-Holtenau):

„Nicht nur die Schleuse in Brunsbüttel muss saniert werden. Beide Schleusen – in Brunsbüttel und Holtenau – sind wichtige und notwendige Einrichtungen, um einen reibungslosen und gefahrfreien Verkehr auf dem Kanal zu garantieren. Wir erwarten deshalb, dass die Landesregierung, aber auch der Bundesverkehrsminister die versprochenen Mittel endlich freigeben.

Das Hin und Her um den Kanal ist unerträglich, insbesondere, weil die politische Perspektive nicht deutlich wird. Störungen häufen sich und die Situation des Verkehrs im Kanal selbst wird aufgrund der hohen Auslastung immer schwieriger. Dazu kommt, dass auch die Belastung der am Kanal Arbeitenden, wie zum Beispiel der Lotsen oder der Mitarbeiter in der Schifffahrtsverwaltung, durch diese Hängepartie immer höher wird. Die Politik in Bund und Land ist eine einzige Havarie. Wir erwarten von der Landesregierung aus Kiel schnellstens eine Perspektive. Die Schleuse in Holtenau ist nicht nur für den Kanal, sondern auch für den Kieler Hafen von Bedeutung. Ihre Funktionstüchtigkeit muss dauerhaft gesichert werden“, so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.



**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.08.2011, 15:11 Uhr - 1640 Clicks - Nr. 833

Nord-Ostsee-Kanal: Fraktionen fordern Bund zum Handeln auf

Mit Nachdruck unterstreichen wir die Forderung des Kieler Oberbürgermeisters Torsten Albig sowie der Verwaltungschefs von Brunsbüttel und Rendsburg nach dem Bau der fünften Schleusenkammer des Nord-Ostsee-Kanals in Brunsbüttel. Wir fordern die Bundesregierung auf,

die finanziellen Mittel für das Jahr 2012 bereitzustellen.

Der Bau der fünften Schleusenammer ist eine Investition in die Zukunft. Er ist zugleich Voraussetzung für die Sanierung der bestehenden Kammern. Es besteht jederzeit die Gefahr, dass die Kammern wegen eines technischen Defektes ausfallen. Dabei zeigt die Befahrungstatistik eindeutig, dass die nationale und internationale Schifffahrt den Nord-Ostsee-Kanal verstärkt nutzt. Insbesondere die Feederverkehre vom und zum Baltikum planen mit dem Nord-Ostsee-Kanal, wenn zwei betriebsklare große Schleusen in Nord- und Ostsee eine kalkulierbare Kanalpassage garantieren.

Der Sanierungsstau betrifft den kompletten Nord-Ostsee-Kanal – auch die Schleusenanlagen in Kiel-Holtenau. Allerdings brennt der Bau der fünften Schleuse in Brunsbüttel am meisten unter den Nägeln, damit Brunsbüttel nicht zum Nadelöhr des gesamten Kanals wird.

Es geht nicht um Horrorszenarien, sondern um die Abwendung eines realen wirtschaftlichen Desasters und eines Verlustes zahlreicher Arbeitsplätze. All dies hat der Bund selbst festgestellt und die Planungen für die Sanierungen dafür abgeschlossen. Nun ist Berlin gefragt, endlich auch die Finanzierung zu sichern und mit dem Bau zu beginnen. Im Interesse des Landes Schleswig-Holstein und der Landeshauptstadt Kiel muss die Bundesregierung dringend tätig werden, bevor es zu spät ist.

Dies erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Ratsherr Helmut Landsiedel, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum eingebrachten Antrag „5. Schleusenammer Brunsbüttel realisieren“ (Drs. 0653/2011, Ratsversammlung am 25.08.2011).

Kommentar von [Günther](#) vom 19.08.2011, 06:55 Uhr:

RE: Nord-Ostsee-Kanal: Fraktionen fordern Bund zum Handeln a

*Ich bin auch der Meinung, dass der Ausbau des NOK dringend erforderlich ist, daher schliesse ich mich den obigen Ausführungen an. Die Gelder müssen für den Ausbau des NOK bereitgestellt werden, statt für Steuersenkungen!*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.08.2011, 22:21 Uhr - 5334 Clicks - Nr. 834

Wentorf: Martin Habersaat stellt sich vor (24.8., 19.30 Uhr)

Am 6. Mai 2012 ist Landtagswahl - Wentorf wird dann erstmals einem neuen Wahlkreis angehören. Der Kreis Herzogtum Lauenburg hat seinen mittleren Wahlkreis verloren, der auf den Norden und den Süden des Kreises aufgeteilt wurde. Wentorf gehört künftig dem Landtagswahlkreis 31 an, der außerdem aus Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek besteht. Martin Habersaat (34, Barsbüttel) ist der SPD-Abgeordnete für diesen Wahlkreis.



Im Rahmen einer öffentlichen Mitgliederversammlung stellt er sich den Wentorferinnen und Wentorfern am 24. August vor. Die Versammlung beginnt um 19.30 Uhr im Café mit Herz, Stöckenhoop 19G.

Martin Habersaat gehört dem Landtag seit 2009 an, seit Mai 2011 ist er bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion und gehört dem Fraktionsvorstand an. Neben der Bildungspolitik kümmert sich Habersaat um die Metropolregion Hamburg und ist Mitglied der Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“. Über den Wahlkreis sagt er: „Es gehören nur fünf Städte und Gemeinden zum Wahlkreis, das ermöglicht mir, neben der Arbeit in Kiel auch viel vor Ort präsent zu sein. Wentorf und Südstormarn bilden einen Verdichtungsraum, der nicht zuletzt durch das gemeinsame Mittelzentrum neue Impulse erhalten wird. Dazu möchte ich gerne in den kommenden Jahren beitragen.“

Marlies Rothländer, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Wentorf: “Martin Habersaat kommt an diesem Tag extra von der Landtagssitzung in Kiel zu uns. Wir freuen uns auf einen Bericht aus Kiel und werden sicher viele Fragen zu seinen Arbeitsbereichen haben“. Eingeladen sind alle Wentorferinnen und Wentorfer, die sich für Landespolitik interessieren und den „neuen“ Wahlkreisabgeordneten gerne kennenlernen möchten.

*Keine Kommentare*

[Jusos Neumünster](#) - veröffentlicht am 19.08.2011, 11:56 Uhr - 11851 Clicks - Nr. 835

#### **JUSOS Neumünster unterstützen Andreas Hering**

Das JUSO-Kreisvorstandskollektiv und die bei unseren Projekten aktiven Jungsozialistinnen und Jungsozialisten der SPD begrüßen eine demokratische Entscheidung zwischen den drei verschiedenen Bewerben Kirsten Eickhoff-Weber, Gerd M. Achterberg und Andreas Hering um die Direktkandidatur zum Landtag. Im von Torsten Albig ausgerufenen „Demokratiesommer“ lebt die SPD Neumünster dieses beispielhaft vor.

Die JUSOs stellen sich nach der Vorstellungsrunde der Kandidaten in Gadeland am 10.08.2011 geschlossen hinter die Direktkandidatur Andreas Herings zum Landtag in Schleswig-Holstein. Unserer Meinung nach ist Andreas Hering von den bisherigen drei Kandidatinnen und Kandidaten derjenige mit der meisten politischen Erfahrung und dem größten Engagement hier in Neumünster. Die Jusos sehen in ihm die Chance einer großen Bereicherung der Landespolitik und einer starken und vor allem echten Repräsentanten für die Stadt Neumünster im Landtag. Zudem ist er der jüngste unter den Kandidaten und somit derjenige, der noch viel Potential zur Weiterentwicklung seiner politischen Ideen und Visionen besitzt.

Seit 17 Jahren ist Andreas Hering nun Mitglied der Rats-fraktion der SPD in Neumünster, seit 2000 ihr Fraktions-vorsitzender. In der Ratsversammlung war er stets einer der wenigen, der Torsten Geerds über Jahre die Stirn bieten konnte und auf Augenhöhe mit ihm agierte. Er hat zudem auch als Kreisvorsitzender eine Vielzahl an Gelegenheiten, die Probleme unserer Stadt genauestens

kennenzulernen und sie aktiv anzupacken.

Zudem besitzt er als Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) ein kompetentes Netzwerk und beste Kontakte auf Landesebene. In all diesen Jahren hat er oftmals auch unter schwierigen Bedingungen hier in Neumünster und innerhalb des Kreisverbandes der SPD stets diejenigen im Auge behalten, die der ein oder andere Amtsträger vergessen hat: die Menschen unserer Stadt! Dies machte Andreas Hering nochmals in der Vorstellungsrunde deutlich.

Wir können uns keinen bürgernäheren Kandidaten vorstellen, der die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, sowie die unserer Stadt, im Land besser vertreten kann.

Wir wollen einen fähigen und kompetenten Abgeordneten für Neumünster!

Wir wünschen Andreas Hering deshalb viel Erfolg bei der Wahl zum Direktkandidaten für Neumünster und Boostedt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 19.08.2011, 12:52 Uhr - 18921 Clicks - Nr. 836

**SPD-Landtagskandidatur: deutliches Votum für Katrin Fedrowitz**

Die erste Personalentscheidung in Richtung Landtagswahl 2012 haben die Segeberger Sozialdemokraten getroffen. Im Rahmen einer Wahlkreisokonferenz am 17. August in Kisdorf wurde die 38jährige Bürovorsteherin im Rechtsanwalts- und Notarfach Katrin Fedrowitz aus Norderstedt mit einem deutlichen Votum zur Kandidatin im Wahlkreis 28 – Norderstedt – gewählt. Politisch ist sie als Vorsitzende des Norderstedter SPD-Ortsvereins und als Stadtvertreterin aktiv.



Von den 40 wahlberechtigten Delegierten erhielt Katrin Fedrowitz mit 38 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung eine eindeutige Unterstützung für ihre Kandidatur.

In ihrer Vorstellungsrede ging Katrin Fedrowitz auf zwei politische Schwerpunkte ein.

Sie wies auf die politischen Entwicklungen im Arbeitsrecht hin und betonte, dass auf Bundesebene dringender Handlungsbedarf bestehe. Fedrowitz: „Dem übermäßigen Einsatz von Zeitarbeitskräften sowie der unkontrollierten Fortschreibung von befristeten Arbeitsverträgen muss Einhalt geboten werden. Arbeitnehmer müssen wieder von ihrem Arbeitslohn leben und eine Familie ernähren können.“ Die Einführung eines Mindestlohnes, aber auch die Festschreibung, dass Zeitarbeiter die

gleiche Entlohnung bekommen, wie die festangestellten Arbeitnehmer eines Betriebes wären erste Signale mit großer Wirkung.

Als schulpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion betonte sie, wie dringlich es landespolitisch sei, den Ausbau der offenen und gebundenen Ganztagesangebote weiter voranzutreiben. Dazu seien mehr Lehrerstellen an allen Schulen nötig. Ziel, so Fedrowitz, müsse es sein, dass kein Kind zurück gelassen werde und keine Jugendlichen mehr ohne Schulabschluss in das Leben entlassen werden.

Katrin Fedrowitz betonte abschließend, dass sich ihre Arbeit nicht nur auf Norderstedt fokussieren werde, sondern auf den ganzen Wahlkreis, zu dem auch die Gemeinden Kisdorf, Kattendorf, Winsen, Oersdorf sowie Tangstedt im Kreis Stormarn gehören. Sie wünsche sich sehr, mit den Vereinen, Verbänden und Institutionen in diesen Gemeinden ins Gespräch zu kommen.

Am 7. und 8. September fallen weitere Entscheidungen über die sozialdemokratischen Landtags-Kandidaten im Kreis Segeberg.

Foto: Kreisvorsitzender Andreas Beran überreichte Katrin Fedrowitz einen Blumenstrauß

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 19.08.2011, 17:20 Uhr - 6094 Clicks - Nr. 837

**Peter Eichstädt: Facebook – das "gefällt mir nicht"!**

*Zu der Enthüllung des Umgangs von Facebook mit persönlichen Daten durch das ULD erklärt der medienpolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:*



"Die Einwände des Landesdatenschutzbeauftragten sind ernst zu nehmen. Wir werden sie uns genau ansehen, sowohl für unsere Internet-Seiten als auch grundsätzlich.

Der Hinweis macht deutlich, dass man mit sozialen Netzwerken verantwortungsvoll umgehen muss, und wie schwierig insbesondere der Umgang mit Facebook ist. Statt mit hohen Geldstrafen zu drohen, würden wir allerdings zunächst auf Aufklärung und weitere Förderung der Medienkompetenz setzen. In der Regel werden Betreiber von Internet-Seiten diesen von Facebook verheimlichten Effekt nicht wollen und deshalb schnell reagieren.

Einmal mehr zeigt sich, dass Schleswig-Holstein mit seinem Datenschutzbeauftragten eine besonders sensible Instanz in Sachen Datenschutz hat. Das ist gut so!"

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 19.08.2011, 17:25 Uhr - 5830 Clicks - Nr. 838

#### **Anhaltende Debatte über die Schülerbeförderungskosten**

Das Thema "Schülerbeförderungskosten" und die "besondere" Regelung im Kreis Herzogtum Lauenburg beschäftigt weiter viele Eltern und Schüler. Die SPD-Kreistagsfraktion hat dazu einen Fragenkatalog an Landrat Krämer geschickt. Einen Tag nach der Anfrage ist seitens des Kreises die Mitteilung erfolgt, dass zumindest bis Ende August keine Kontrollen erfolgen (s. Fragen 4 und 5).



[Download des Schreibens an Landrat Krämer](#)

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 19.08.2011, 18:00 Uhr - 18082 Clicks - Nr. 839

#### **Torsten Albig lädt zum Zukunftsgespräch ein**

SPD-Spitzenkandidat kommt nach Ellerhoop

Was sollte die nächste Landesregierung auf jeden Fall wissen? Was darf nicht im Wahlprogramm fehlen? Und was ist erfreulich oder auch ärgerlich an der Politik? Das möchte SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig von den Kreis Pinnebergerinnen und Kreis Pinnebergern wissen. Im Rahmen seiner „Zukunftsgespräche“ kommt der Kieler Oberbürgermeister am Dienstag, dem 23. August um 19.30 Uhr ins Gartenbauzentrum Ellerhoop, um Ideen und Impulse für das Programm der SPD mitzunehmen.

„Ich möchte die Bürgerinnen und Bürger dazu einladen, mit mir über ihre Vorstellungen für unser Schleswig-Holstein zu sprechen“, betont der Politiker, der im Rahmen seines „Demokratiesommers“ nach seinem Elmshorn-Besuch Anfang August schon zum zweiten Mal in den Kreis Pinneberg kommt.

Interessierte sind herzlich eingeladen, ihre Anliegen und Vorschläge im Gespräch mit dem SPD-Spitzenkandidaten einzubringen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 21.08.2011, 09:42 Uhr - 6121 Clicks - Nr. 840

#### **SPD kritisiert den Beschluss zur weiteren Gaspreiserhöhung durch die CDU und FDP**

Deshalb ist es kein Wunder, dass Bürger diese weitere Erhöhung der Gaspreise mit der vom OB Grote angekündigten Übernahme der möglichen Verluste der Landesgartenschau durch die Stadtwerke in Verbindung bringen.

Am 28.6. beschloss die Stadtvertretung, nach umfassender Vorberatung im Stadtwerkeausschuss, eine Gaspreiserhöhung zum 1.10. 2011. Nur vier Wochen später wünscht OB Grote eine Sondersitzung der Stadtvertretung und beantragt, den Gaspreis zum 1.10. weiter zu erhöhen. Was ist

in diesen vier Wochen geschehen, was man bei einer seriösen Planung nicht schon hätte wissen können? – Nichts Wesentliches. Diese weitere Erhöhung ist darüber hinaus im Rahmen des gesamten Planungsansatzes als Einnahme marginal.

In einer halbstündigen Sitzung des Stadtwerkeausschusses, direkt vor der Stadtvertreterversammlung, wurde die Erhöhung mit kurzen Erläuterungen mit der Mehrheit von CDU/FDP durchgepeitscht (eine seriöse Beratung kann unter diesem Zeitdruck nicht stattfinden). In der Stadtvertretung wurde mit einer Zufallsmehrheit, 7 von 49 Stadtvertretern waren noch im Urlaub, der Antrag des OB Grote mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen.

Diese zweimalige Anhebung der Gaspreise war absolut überflüssig, besonders wenn man bedenkt, dass in der Vergangenheit die eingenommenen Gelder höher waren als die Planansätze. Auf Vorschlag des OB Grote wurde erst vor Kurzem in der Stadtvertretung die Grundsteuer B für alle Bürger extrem erhöht und diese damit über Gebühr belastet. Vor diesem Hintergrund fragt man sich, was den OB getrieben hat, diese weitere und absolut unnötige Erhöhung der Gaspreise zu fordern. Die Bürger sind durch Kostensteigerungen in allen Bereichen schon genug belastet. Es ist deshalb kein Wunder, dass Bürger diese weitere Erhöhung der Gaspreise mit der vom OB Grote angekündigten Übernahme der möglichen Verluste der Landesgartenschau durch die Stadtwerke in Verbindung bringen.

Diese Diskussion hätte Grote sich bei etwas mehr Überlegung ersparen können.

Für die SPD-Fraktion

Jürgen Lange

PS. Die Stadtwerke können keine eigenen Anträge für die Gremien stellen. Alle Anträge der Stadtwerke werden in der Verantwortung des und durch den Oberbürgermeister gestellt. Er kann diese Aufgabe an den zuständigen Dezernenten übertragen. Zuständiger Dezernent ist OB Grote.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 21.08.2011, 19:36 Uhr - 7614 Clicks - Nr. 841

Katrin Fedrowitz im Wahlkreis 28 nominiert

Am 6. Mai 2012 ist Landtagswahl. Eine erste Personalentscheidung haben die Stormarner Sozialdemokraten nun getroffen, wenn auch nur für einen Teil Stormarns: Die Gemeinde Tangstedt gehört zum Landtagswahlkreis Norderstedt (Wk 28). Im Rahmen einer Wahlkreiskonferenz in Kisdorf wurde nun die 38jährige Norderstedterin Katrin Fedrowitz nominiert. Mit ihr wollen die Sozialdemokraten der CDU den Wahlkreis in acht Monaten abnehmen.



40 wahlberechtigte Delegierte nahmen teil, von ihnen erhielt die Bürovorsteherin im Rechtsanwalts- und Notarfach 38 Stimmen (1 Nein , 1 Enthaltung). Politische Erfahrung sammelte Katrin Fedrowitz als

Vorsitzende des SPD-Ortsvereins und als Stadtvertreterin in Norderstedt. Ein bundespolitisches Ziel will sie von der Landesebene aus verfolgen: „Dem übermäßigen Einsatz von Zeitarbeitskräften sowie der unkontrollierten Fortschreibung von befristeten Arbeitsverträgen muss Einhalt geboten werden. Arbeitnehmer müssen wieder von ihrem Arbeitslohn leben und eine Familie ernähren können.“ Als schulpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion betonte sie, wie dringlich es landespolitisch sei, den Ausbau der offenen und gebundenen Ganztagesangebote weiter voranzutreiben. Ziel, so Fedrowitz, müsse es sein, dass kein Kind zurück gelassen werde und keine Jugendlichen mehr ohne Schulabschluss in das Leben entlassen werden.

Zum klaren Ergebnis gratulierten die Landtagsabgeordneten Andreas Beran und Martin Habersaat, Kreisvorsitzende der SPD-Kreisverbände Segeberg und Stormarn. Die Kandidatin hat sich vorgenommen, in den nächsten Monaten mit möglichst vielen Vereinen, Verbänden und Institutionen ihres Wahlkreises ins Gespräch zu kommen, der neben Norderstedt und Tangstedt auch die Gemeinden Kisdorf, Kattendorf, Winsen und Oersdorf umfasst.

Im Wahlkreis Stormarn-Nord (Wk 29) bewirbt sich Susanne Danhier (53, Bargtheide), in Stormarn-Mitte Tobias von Pein (25, Lütjensee) und für Stormarn-Süd (Wk 31) möchte der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (34, Barsbüttel) erneut ins Parlament einziehen. Die Nominierungen erfolgen am 2., 9., und 23. September. Erstmals nominiert die SPD Stormarn ihre Kandidaten im Rahmen von Mitgliederkonferenzen, zu denen alle SPD-Mitglieder eines Wahlkreises eingeladen sind. Martin Habersaat: „Wir nehmen den Schwung des tollen Verfahrens auf, in dem unser Spitzenkandidat Torsten Albig nominiert wurde. Neben den Aufstellungen bereiten wir uns natürlich auch inhaltlich gewissenhaft auf eine mögliche Regierungsübernahme vor.“

Foto: Martin Habersaat, Katrin Fedrowitz, Andreas Beran

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.08.2011, 20:19 Uhr - 4733 Clicks - Nr. 842

Pfeifen im Wald wird nicht reichen

*Zur Pressemitteilung des Bildungsministeriums zur Einschulung erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Modellrechnungen mit der Excel-Tabelle sind nicht genug, um die Herausforderungen des neuen Schuljahres zu bestehen. Bereits jetzt, zwei Tage nach Schuljahresbeginn, meldet sich eine Schule nach der anderen zu Wort, die mit den zur Verfügung stehenden Planstellen nicht auskommt.



Die Streichung von über 300 Stellen wird viele Schülerinnen und Schüler teuer zu stehen kommen,

was der Minister und seine Partei spätestens im Mai nächsten Jahres merken werden.

Der Stolz von Herrn Dr. Klug darauf, mit seinen G8-G9-Y-Modellen Schleswig-Holstein in ein bildungspolitisches Lummerland verwandelt zu haben, wird ebenfalls nicht anhalten. Die richtige Konsequenz aus der Überlastung vieler Schülerinnen und Schüler an den G8-Gymnasien wäre es gewesen, sich in der Kultusministerkonferenz für eine systematische Entlastung bei der Stundenzahl einzusetzen und die Schulen durch eine Überarbeitung der Rahmenpläne und eine Neugestaltung des Unterrichtsalltages zu unterstützen.

Die schnelle Ausbreitung der Gemeinschaftsschulen hat in nahezu allen Landesteilen eine klare Wahlalternative zwischen dem Abitur nach 9 Jahren an der Gemeinschaftsschule und nach 8 Jahren am Gymnasium geschaffen.

Sich immer nur selbst zu applaudieren, wird Minister Klug auf die Dauer nicht weiterhelfen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.08.2011, 20:22 Uhr - 5198 Clicks - Nr. 843

#### **NDR hilft bei der Stiftung norddeutscher Identität**

*Zur Sitzung der Enquete-Kommission zum Thema „Erfahrungen aus der länderübergreifenden Zusammenarbeit beim NDR und bei der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) erklärt der SPD-Abgeordnete Martin Habersaat, der Mitglied der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ ist:*



Dem Norddeutschen Rundfunk kommt eine wesentliche Aufgabe bei der Stiftung einer norddeutschen Identität zu.

Grundlage der Arbeit des NDR als gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts ist ein Staatsvertrag der Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2005.

Mit Sendungen wie den neuen Nachrichten um 21.45 Uhr, die Beiträge aus dem gesamten Sendegebiet aufgreifen, kann der NDR dazu beitragen, die Menschen über das Geschehen in Norddeutschland zu informieren und eine norddeutsche Identität zu stiften, die Grundlage für tiefer gehende Kooperationen der norddeutschen Länder sein muss.

Kontrolle und Aufsicht über den privaten Rundfunk durch die MA HSH ist erforderlich und durch die Fusion grundsätzlich verbessert worden; sie wird aber durch einen zu rigiden Sparkurs bei der Umsetzung behindert.

**Keine Kommentare**

### **Zukunftsgespräch am 20 August in Schleswig**

Im Rahmen des „Demokratiesommers“ führte der Weg vom Spitzenkandidaten für die Landtagswahl Torsten Albig im Rahmen seiner „Zukunftsgespräche“ am 20. August 2011 in den Kreis Schleswig-Flensburg. Trotz des strahlenden Sommerwetters folgten knapp 50 Gäste der Einladung von Torsten Albig in die Strandhalle Schleswig.

Schon bei Eintritt in den Saal bekamen die Besucher den Eindruck, dass sie hier auf vielfältiger Weise ihre Meinungen und Fragen äußern konnten. Die

Veranstaltung war in drei Teile gegliedert: Einem kurzen Interview folgte eine Phase der Äußerungen an verschiedene Stationen. Als Letztes gab es noch eine Diskussionsrunde.



In der Interview-Runde wurden drei Themen angesprochen:

- Es ist nicht verwunderlich, dass sich so viele Bürger von der Politik abwenden, denn Demokratie trifft auf abstoßende Politik. Die Politik präsentiert sich oft als Kampf Mensch gegen Mensch mit teilweise sehr unsauberen Mitteln. Sie versteht sich häufig nicht mehr als Kampf um die besseren Ideen. Es darf keine Schlacht sein, in der der Mitbewerber verletzt am Boden liegt. Die Ideen und Vorstellungen, wie die Zukunft gestaltet wird, müssen Vorrang haben.
- Die Autobrände in den Großstädten beunruhigen – besonders die Tumulte in England und seinerzeit in Frankreich. Es gibt in allen Ländern Menschen mit guten Chancen und Chancenarme. Dazwischen ist eine „Mauer“ entstanden. Aus Frust und Resignation ex-integrieren sie sich praktisch. In Deutschland muss darauf geachtet werden, dass die Chancenarmen nicht von der Teilhabe des öffentlichen und kulturellen Lebens abgeschnitten werden.
- Die Bundeswasserstraße Nord-Ostseekanal (NOK), der nicht nur für S-H ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, muss dringend saniert und erweitert werden. Kürzlich wurde bekannt, dass der NOK teilweise gesperrt werden muss, weil eine Baumaßnahme zurzeit wegen Geldmangels nicht möglich sei. Dies ist sehr kurzfristig gedacht, denn es betrifft die gesamte deutsche Wirtschaft. Es wird befürchtet, dass die Schifffahrt nach Rotterdam ausweicht.

In den nächsten drei Viertelstunden hatten die Besucher Gelegenheit, sich an den sieben verschiedenen Stationen zu äußern. Da gab es einen Dialogtisch, wo die Besucher Gelegenheit hatten sich zu unterhalten. Stichworte über die Themen wurden auf ein großes Papier geschrieben. Daneben stand eine Video-Kamera bereit, vor der Statements abgegeben wurden, die dann in einen Gesamtfilm von allen Zukunftsgesprächen zusammen geschnitten werden (natürlich nur mit Genehmigung desjenigen, der gefilmt wurde).

An der nächsten Station konnten sich Interessierte von einer Fotokamera mit einem selbst verfassten Plakat aufnehmen lassen. Weiterhin gab es die Möglichkeit, Ideen, Wünsche und

Projekte auf Kärtchen zu schreiben. Diese wurden dann nach Sachgebieten geordnet an eine Pinnwand gesteckt. Schließlich gab es noch zwei Zettelkästen - einen Meckerkasten und einen Zukunftskasten - in die Äußerungen auf Kärtchen anonym gelegt werden konnten nach dem nach dem www-Prinzip (was mir wahnsinnig wichtig ist und warum). Jede Station wurde von Helfern betreut. Alle Äußerungen von allen Stationen und von allen Zukunftsgesprächen werden gesammelt und fließen in den Bürgerparteitag am 24. September in Rendsburg ein. Es gibt auch die Möglichkeit in einem Blog im Internet unter [www.demokratiesommer.de](http://www.demokratiesommer.de) zu diskutieren.

In der anschließenden Diskussionsrunde war das Thema Bildung vorherrschend. Es wurden aber auch die Themen Integration von Migranten, Ausländerwahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft, Bundeswehrreform und Fehmarn-Belt-Querung angesprochen und diskutiert.

Als Schlusswort formulierte Albig sein Ziel für ein starkes Schleswig-Holstein, wozu es Ausdauer und einen langen Weg bedarf. Die Arbeit für dieses Ziel und mit dem Votum der Bürgerinnen und Bürger für die SPD beginnt gleich nach der Landtagswahl am 6. Mai 2012.

Hans-Christian Biermann  
Mitglied im Kreisvorstand

**Keine Kommentare**

[SPD NMS Faldera](#) - veröffentlicht am 23.08.2011, 08:11 Uhr - 4860 Clicks - Nr. 845

#### **Kandidatenvorstellung bei der SPD Faldera**

Am 24.08.2011 findet um 19:00 Uhr, in der Seniorenbegegnungstätte, Schleswiger Straße 3, die öffentliche Ortsvereinssitzung des SPD-Ortsvereins Neumünster-Faldera statt. Ein besonderer Tagesordnungspunkt wird die Vorstellung der SPD-Bewerber auf das Direktmandat für den Schleswig-Holsteinischen Landtag sein. Andreas Hering, Kirsten Eickhoff-Weber und Gerd M. Achterberg werden sich - nach einer Vorstellungsrunde - den Fragen der Anwesenden stellen. „Diese Veranstaltung fügt sich in die Reihe von öffentlichen Sitzungen der Neumünsteraner SPD-Ortsvereine ein und soll, Mitgliedern wie auch im besonderen Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben, den Bewerbern Fragen zu ihrer Person und ihren politischen Zielen zu stellen“, erläutert der Ortsvereinsvorsitzende Fred Brocksema. „Ich hoffe auf eine gute Bürgerbeteiligung und das den Bewerbern so richtig auf den Zahn gefühlt wird.“

Außerdem werden zur Sitzung die JUSOS Neumünster mit den Anwesenden über Ihre Vorstellungen zur zukünftigen Ausrichtung des SPD-Kreisverbandes diskutieren. „Gerade die Einbindung von jungen Menschen in die Kommunalpolitik sowie ein strukturell und organisatorisch modern aufgestellter SPD Kreisverband ist uns ein besonderes Anliegen“, so Christian Richter vom Vorstandskollektiv der JUSOS Neumünster.

**Keine Kommentare**

**Pastor Christian Stehr zu Gast im Ortsverein Norderstedt**

Vicelin-Schalom – Eine neue Kirche für Garstedt. Von der Politik erhofft sich Pastor Stehr eine wohlwollende Begleitung des Vorhabens.

Anlässlich der Ortsvereinsvorstandssitzung am 22.08.2011 stellte der Pastor der Kirchengemeinde Vicelin-Schalom, Christian Stehr, die Pläne für den Neubau der Schalom-Kirche vor. Das bisherige Gebäude entspreche nicht mehr den energetischen Anforderungen und würde in seiner heutigen Form auch nur eingeschränkt für die Zwecke der Kirche nutzbar sein, so dass man sich statt einer Sanierung für einen Neubau entschieden habe.



Die Kirche plane deshalb die Ausschreibung eines Wettbewerbs, an dem insgesamt sieben Architektenbüros teilnehmen werden. Innerhalb der von der Kirche festgelegten Vorgaben sollen die Teilnehmer ein neues Kirchengebäude entwerfen, das eine Bruttogeschossfläche von ca. 6.000 qm haben wird und in dem unter anderen auch die Institution Lichtblick sowie der Kinderladen wieder neue Räume für ihre Arbeit finden sollen. Als Erweiterung der Kindertagesstätte ist mindestens eine neue Krippengruppe angedacht. Daneben sollen weitere Mieter in den Gebäudekomplex aufgenommen werden, die das Angebot abrunden.

Von der Politik erhofft sich Pastor Stehr eine wohlwollende Begleitung des Vorhabens. Der Einladung des Ortsvereinsvorstands waren gut 25 Genossinnen und Genossen gefolgt, die das Konzept mit großem Interesse zur Kenntnis nahmen und im Rahmen der Diskussion Nachfragen und Anregungen an Herrn Stehr richteten.

Foto: Ortsvereinsvorsitzende und Landtagskandidatin für Norderstedt Katrin Fedrowitz.

**Keine Kommentare**

**„Nachhaltiges Reinfeld“ besucht Blumendorf**

Eine Besichtigung der Biogas-Anlage in Blumendorf steht auf dem Programm der SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“. Am Freitag, dem 09.09. um 17 Uhr beginnt der Informationsbesuch. Der Besuch wird sicherlich Gelegenheit geben, dem Für und Wider einer umstrittenen Technologie etwas detaillierter auf die Spur zu kommen.

Um eine möglichst genaue Teilnehmerzahl mitteilen zu können, sollen die Mitfahrer vorher feststehen und sich anmelden. Einige Plätze für Interessierte sind noch verfügbar. Wer mitfahren möchte, soll sich bis zum 01.09. bei Gerd Herrmann, Tel. 04533/1837 anmelden.

Fahrgemeinschaften sollen gebildet werden, nach Möglichkeit soll auch das Fahrrad benutzt werden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 23.08.2011, 20:18 Uhr - 7509 Clicks - Nr. 848

#### **Reges Treiben auf dem SPD-Familienfest am Wochenende**

Mehrere hundert Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner legten am vergangenen Wochenende einen Stopp auf dem 4. Familienfest der SPD Neumünster am Großflecken ein. Neben unterhaltsamer Live-Musik, zahlreichen Spiel-Aktionen für Kinder, Kaltgetränken und belegten Brötchen, genossen die Besucher bestes Wetter.



In einem kurzweiligen Talk wurden mit Torsten Albig, SPD Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2012 und Andreas Hering, Kreis- und Fraktionsvorsitzender der SPD Neumünster, zwei "Genossen" nach ihren Ideen und Vorstellungen für eine bürgernahe Politik befragt.

Dabei spielte die Veranstaltungsreihe Demokratiesommer, die von Torsten Albig initiiert wurde und im September in einen Bürgerparteitag enden wird, eine große Rolle.

"Dort wollen wir all die Ideen, Kritik und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zusammenführen und in unsere zukünftige Politik einfließen lassen." so Albig.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 24.08.2011, 20:39 Uhr - 15422 Clicks - Nr. 849

#### **Zentrale Einschulungsfeier in Hohenlockstedt**

Für 76 Schülerinnen und Schüler aus Hohenlockstedt war es soweit: Der erste Schultag stand vor der Tür.

Zur zentralen Einschulungsfeier des Kreises Steinburg, der traditionell an einer Grundschule des Kreises von der Verkehrswacht ausgerichtet wird, war viel Prominenz anwesend.

Zentrale Einschulungsfeier in Hohenlockstedt



Für 76 Schülerinnen und Schüler aus Hohenlockstedt war es soweit: Der erste Schultag stand vor der Tür.

Zur zentralen Einschulungsfeier des Kreises Steinburg, der traditionell an einer Grundschule des Kreises von der Verkehrswacht ausgerichtet wird, war viel Prominenz anwesend.

Auch die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen war dabei, um dieses für die Kinder große Ereignis mitzerleben.

Mit im Gepäck hatte sie ein großes Bild von ihrem Freund Max, dem Abenteurer.

„Max ist“, so Birgit Herdejürgen, „überall auf der Welt unterwegs um Abenteuer zu bestehen. Er

durchquert Wüsten, segelt über Ozeane und wandert durch die Berge.

Das ist oft wundervoll und spannend, aber auch schwer und mühevoll. Denn eine Wüste z.B. ist wunderschön und man kann viele Tiere und Pflanzen entdecken. Doch wenn man einige Stunden gewandert ist, tun einem die Füße weh und man ist sehr durstig. Am Ziel angekommen aber, ist man sehr froh, dass man es geschafft hat.

„Genau so ein großes Abenteuer ist die Schule“, versprach sie den Kindern, „viele was ihr lernt wird interessant sein und Spaß machen, bei vielen Dingen werdet ihr euch anstrengen müssen, um ans Ziel zu kommen. Aber das wisst ihr ja jetzt von meinem Freund Max: Anstrengung gehört zum Abenteuer dazu.“

Zum Abschluss überreichte die Landtagsabgeordnete den Kindern eine eigens gemalte Schatzkarte, auf der die frisch gebackenen Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Abenteuer, wie Pinsel, Bücher oder Matheaufgaben entdecken konnten.

„Viel Glück, Spaß und Erfolg in der Schule und ganz viele Abenteuer auf diesem Weg“, wünschte Birgit Herdejürgen abschließend, bevor die Erstklässlerinnen und Erstklässler mit ihren Lehrerinnen in die erste Unterrichtsstunde gingen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.08.2011, 23:34 Uhr - 4663 Clicks - Nr. 850

### **Bildungspolitik muss mehr sein als der kleinste gemeinsame Nenner**

Martin Habersaat; Landtagsrede vom 24. August 2011 zum Bildungsföderalismus

Für und Wider des Bildungsföderalismus kann man in fünf Minuten nicht umfassend diskutieren. Um Umfang und Komplexität des Themas anzudeuten, zitiere ich einen Historiker aus unseren Reihen (den Namen nenne ich im Anschluss auf Anfrage), der schrieb, der Bildungsföderalismus sei nicht weniger als die „systemische[n] Generalgrenze im deutschen politischen System“.

Ich möchte meine Zeit nutzen, um mit Ihnen aus der Sicht eines Historikers in 5 Stationen von 1946 bis 2006 einige Schlaglichter auf die Debatte zu werfen, und einige Schlussfolgerungen anbieten.

#### Station 1: Schleswig-Holstein 1946

Aus der Tatsache, dass das Land Schleswig-Holstein älter ist als die Bundesrepublik Deutschland, ergibt sich, dass wir eine Debatte über die Bildungshoheit von Bund oder Ländern ganz ruhig



führen können: Die Existenz des Landes hängt nicht von seiner Zuständigkeit für die Bildungspolitik ab. Wir können ohne Aufregung Vor- und Nachteile verschiedener Möglichkeiten gegeneinander abwägen.

#### Station 2: KMK 1948

Auch die Kultusministerkonferenz ist älter als die Bundesrepublik. Betrachtet man die Entwicklung Deutschlands und der Bildungspolitik in den vergangenen 63 Jahren, muss man feststellen, dass in Deutschland nicht alles schlecht gelaufen ist. Heute wegen eines diffusen Unbehagens allein der KMK Versagen vorzuwerfen, ist wohlfeil, aber nicht ganz zielführend. Die Kultusminister vertreten dort die politischen Standpunkte, die durch die jeweiligen Landtagsmehrheiten legitimiert sind. Möglicherweise lohnt es sich aber, über eine Reform der KMK zu sprechen, beispielsweise mit der Einführung von qualifizierten Mehrheiten statt des Einstimmigkeitsprinzips.

#### Station 3: Bildungsrat 1966 - 1975

Der Bildungsrat war eines von mehreren Gremien, mit dessen Hilfe Bund und Länder im Laufe der Jahre um Verbesserungen im Bildungsbereich bemüht waren. Ich weiß nicht, ob die Grünen gerade dieses Beispiel gewählt haben, weil ein Kieler namens Erdmann einst den Vorsitz hatte? Wichtige Impulse lieferte der Bildungsrat zu den Themenfeldern Gesamtschule und Ganztagschule. Allerdings müssen wir die Frage stellen: Sind heute wirklich fehlende Impulse das Problem? Mein Eindruck ist manchmal, es sind derer zu viele. Zu suchen ist ein Weg oder meinetwegen ein Rat, um die Legislativen von Bund und Ländern in einen Gleichklang zu bringen. Von parlamentarischem Selbstvertrauen würde es zeugen, einen solchen Rat auch Parlamentariern anzuvertrauen.

#### Station 4: Der Pisa-Schock 2001

Wir machen einen Sprung: Nachdem Deutschland jahrzehntelang nicht an internationalen Bildungsstudien teilgenommen hatte, brachten TIMSS 1995 und vor allem der vielzitierte „PISA-Schock“ 2001 Bewegung in die Bildungspolitik. Die Bildungslandschaft änderte sich, viele dieser Änderungen sind noch nicht abgeschlossen oder noch nicht von allen akzeptiert. Wichtig ist mir die Feststellung: Nicht jede Änderung ist negativ, nicht alles wäre in der Hand eines Bundesbildungsministers besser aufgehoben. Ein Beispiel sind die Gemeinschaftsschulen, die vielen Schülerinnen und Schülern durch längeres gemeinsames Lernen den Weg zum Abitur ermöglichen.

#### Station 5: Föderalismusreform 2006

Wir wissen nicht, was künftige Historiker als besondere Leistungen der Großen Koalition auf Bundesebene 2005–2009 hervorheben werden. Vermutlich wird es nicht die Föderalismusreform sein. Der schleswig-holsteinische Landtag hat jedenfalls in einem interfraktionellen Beschluss gefordert, dass sich künftig alle staatlichen Ebenen wieder für ein verbessertes Bildungswesen einsetzen dürfen sollen.

Die Beschlusslage vieler Parteien war auch früher eine deutlich andere; in den 1970er-Jahren forderte die SPD eine „Grundgesetzänderung für eine wirksame Vereinheitlichung der Bildungsplanung“, die FDP eine „Grundsatzkompetenz des Bundes für das gesamte Bildungswesen“ und die CDU etwas verschlungen, man solle „diejenigen Materien

bundeseinheitlich regeln, bei denen das aus sachlichen Gründen geboten ist“.

Nach der Rekonstruktion nun die Konstruktion - Ausblick

Bildungspolitik muss mehr sein als der kleinste gemeinsame Nenner, ja sogar mehr als die Summe von 16-Länder-Bildungspolitiken. Das Ziel ist klar: Wir wollen bessere Standards im Bildungsbereich, wir wollen den Menschen die Mobilität ermöglichen, die wir beispielsweise am Arbeitsmarkt von ihnen verlangen.

Aber mit welchen Mitteln um welchen Preis? Man kann Passagen des grünen Antrags so verstehen, als wäre die alte Dreigliedrigkeit des Schulsystems gut, wenn sie nur bundeseinheitlich wäre. Und wäre „alles neu ab 2017“ eine Lösung, die unseren Schulen in ihrer Arbeit hilft?

Da sind wir in Norddeutschland schon weiter und niemand hindert uns, zunächst hier für mehr Kooperation statt Konkurrenz zu arbeiten.

Wir wollen das Thema gerne im Bildungsausschuss weiter diskutieren und beantragen die Überweisung. Bei einer Abstimmung in der Sache würden wir uns enthalten.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 25.08.2011, 09:05 Uhr - 5521 Clicks - Nr. 851

**SPD- Kreistagsfraktion im Kinderabenteuerland in Wendtorf**

Pressemitteilung

SPD-Kreistagsfraktion

Plön

24.8.2011

24. 8. 2011



SPD- Kreistagsfraktion im Kinderabenteuerland in Wendtorf

Die SPD-Kreistagsfraktion begann ihre Arbeit nach der Sommerpause in Wendtorf.

Gemeinsam mit Bürgermeister Otto Steffen und Mitglieder der SPD-Fraktion Wendtorf besuchte die Fraktion am 22.8. 2011 um 18.00 Uhr den Kindergarten Wendtorf.

Die neue Planung in Wendtorf sieht vor, dass der Kindergarten in der Marina Wendtorf geschlossen wird und dafür der Kindergarten in Wendtorf erweitert wird. Dort werden mit einem großzügigen Anbau 8 Plätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen. Mit dieser vorbildlichen Einrichtung werden optimale Bedingungen für die Kinder in Wendtorf und Umgebung vorgehalten. In diesem Zusammenhang weist Lutz Schlünsen auf die gute Förderung es Kreises für die Kindertagesstätten hin. „Was gut ist, sollte ständig verbessert werden, damit für unsere Kinder optimale Bedingungen für den Start ins Leben erreicht werden“.

Auf den Spuren der Abenteurer besuchen die Gäste das Kinderabenteuerland und den

Naturerlebnispfad. Beides sind einmalige Orte für mit kreativen Spielmöglichkeiten und einmaligem Landschaftserlebnis. Geplant ist hier eine neue Anlage: Im Luftraum über dem Wasser im Bereich der 62000 Greifvögel wird man sich in Zukunft auf eine ganz besondere Art bewegen können. Die Spielerlebniswelten werden in einer sehr großzügigen und spannenden Weise erweitert. Dies ist ein Projekt der Aktivregion Ostseeküste und wird von dort unterstützt. Dazu sind Elemente im Themenkreis „Im Reich der Greifvögel – Der Luftraum über dem Wasser“ vorgesehen: Ein Adlerturm auf der einen Seite und ein Uhuturm auf der anderen Seite sind durch eine über einem Teich hängende Seilnetzbrücke verbunden.

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Wendtorf ist ein vorbildlicher Ort für Kinder und hier wird der Tourismus gefördert. Das Projekt „Spielerlebniswelten“ soll dazu beitragen, die AktivRegion Ostseeküste als besonders familien- und kinderfreundlich zu positionieren und eine Urlaubsentscheidung positiv zugunsten der Region zu beeinflussen“. Bei den anschließenden Beratungen der Fraktion wurde dafür plädiert, dass der Kreis Plön Mitglied der Aktivregion Ostseeküste und der Aktivregion Schwentine Holsteinische Schweiz wird. Die ist von großer Bedeutung, denn es geht darum, dabei zu sein und für die Region mitzuwirken bei Projektentscheidungen, Bürgernähe, Regionalentwicklung und Fördermittel. Die Förderinitiative AktivRegion übernimmt dabei strategisch eine wichtige Rolle, hier werden insgesamt Fördermittel von 240 Mio Euro für Schleswig-Holstein im Rahmen der EU Förderperiode 2007-2013 verteilt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 25.08.2011, 21:34 Uhr - 19864 Clicks - Nr. 852

#### **SPD Kreis Segeberg: Personalentscheidungen zur Landtagswahl 2012**

Auf zwei weiteren Kreiswahlkonferenzen wollen die Sozialdemokraten im Kreis Segeberg die letzten Personalentscheidungen zur Landtagswahl 2012 treffen.

Am 7. September um 19:00 Uhr fällt im Henstedt-Ulzburger Bürgerhaus die Entscheidung über die Landtagskandidatur im Wahlkreis 26, Segeberg West. Mit Dr. Andreas Achilles - Mitglied des Ortsvereins Hartenholm – , Tobias Köpke - langjähriger ehemaliger Kreistagsabgeordneter- und dem Sievershüttener Bürgermeister Stefan Weber gibt es derzeit drei Bewerber, die sich den Delegierten der Ortsvereine vorstellen werden.

Ebenfalls drei Sozialdemokraten suchen ihre Chance am 8. September um 19:00 Uhr in der Begegnungsstätte Wahlstedt. Diane Brüggemann – Kreistagsabgeordnete aus Oering -, Marc-André Ehlers, Kreistagsabgeordneter aus Nahe und Udo Fröhlich – ehemaliger Bürgermeister der Stadt Bad Segeberg – bewerben sich um die Landtagskandidatur für den Wahlkreis 27 Segeberg Ost und müssen dort den Delegierten Rede und Antwort stehen.

Im Wahlkreis 28 – Norderstedt – war bereits im August die Norderstedterin Katrin Fedrowitz zur Landtagskandidatin gewählt worden. Durch die jetzt anstehenden Wahlen wird der SPD-Kreisverband Segeberg sein personelles Angebot an die Wählerinnen und Wähler zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 komplettieren.

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.08.2011, 22:49 Uhr - 11364 Clicks - Nr. 853

#### **SPD-Kreisvorstand in Hollmühle**

Der SPD-Kreisvorstand wird am 28.08.2011 von 10.00 bis 16.00 Uhr mit einem Informationsstand auf dem Flohmarkt im Dörps- und Schüttenhus in Hollmühle vertreten sein.

Der Flohmarkt wird zu Gunsten der Jugendarbeit in Struxdorf ausgerichtet. Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel, MdL Birte Pauls und andere stehen für Fragen und Wünsche zur Verfügung.

**Keine Kommentare**

[SPD-Plön-Bösdorf](#) - veröffentlicht am 26.08.2011, 01:22 Uhr - 2212 Clicks - Nr. 854

#### **Das Imperium schlägt zurück!**

Zur Ankündigung der Fa. EON-Hanse AG, das Netzcenter Plön zu schließen, falls ihr nicht im Verfahren um die Übertragung der Nutzungsrechte für die öffentlichen Straßen und Wege der Zuschlag erteilt wird (KN / OHA v. 20.08.2011), erklärt die SPD-Fraktion in der Plöner Ratsversammlung:

Das Imperium schlägt zurück!

Nachfolgend der Text unserer Presseerklärung im Erweiterungsblock.

Wir betrachten die Erklärung der EON-Hanse AG, im Falle der Nichtberücksichtigung bei der Vergabe der Wege-Nutzungsverträge das Plöner Netzcenter zu schließen, als den Versuch, die Mitglieder der Plöner Ratsversammlung durch die öffentliche Drohung mit der Streichung von Arbeitsplätzen zu erpressen. Die Ratsversammlung soll offensichtlich dazu genötigt werden, eine Entscheidung außerhalb des Verfahrens zu treffen, zu dessen Einhaltung sich die EON-Tochter Schleswig-Holstein Netz AG gegenüber der Stadt Plön schriftlich verpflichtet hat. Hier zeigt sich EON-Hanse als denkbar schlechter Verlierer. Angesichts der vom EON-Konzern kürzlich bekannt gegebenen Pläne zu einem umfassenden Stellenabbau in Deutschland und dem angekündigten Rückzug aus der Fläche erscheint es kaum glaubhaft, dass eine Entscheidung der Plöner Ratsversammlung noch wesentlichen Einfluss auf möglicherweise längst getroffene Standortentscheidungen des Konzerns haben können.

Dieser respektlose Umgang mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Plön und demokratischen Entscheidungen lassen aus unserer Sicht Schlimmstes für den Fall befürchten, dass es im Falle eines Vertragsschlusses später zu Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten der Vertragserfüllung kommt. Dieses Verhalten stellt gewiss keine Empfehlung für eine weitere Zusammenarbeit dar.

Wir fordern zudem den Bürgermeister der Stadt Plön und Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Stadtwerke Plön AöR auf, dem durch Presseberichte entstandenen Eindruck einer angeblich fehlenden finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadtwerke entgegenzutreten um eine weitere Beschädigung des Unternehmens und dessen Benachteiligung im Wettbewerb zu verhindern

**Keine Kommentare**

**Willy-Brandt-Medaille an ein Schönberger SPD Urgestein verliehen: Leo Derrick**

Willy-Brandt-Medaille an ein Urgestein in der Schönberger SPD verliehen: Leo Derrick



Während einer kleinen Feierstunde hob die Landtagsabgeordnete Anette Langner in ihrer Laudatio hervor, dass sie sich besonders freut, einen Sozialdemokraten zu ehren, der sich in ganz besonderer Weise verdient gemacht hat.

Anette Langner: „Politik ist und war für Dein Leben, lieber Leo, von großer Bedeutung. An allen Lebensstationen deines bisherigen Lebens hast Du Politik gemacht, hast Du Politik gestaltet. Engagiert, streitbar, beharrlich.

Schon als Student in Leipzig, wo Du an der Uni bei Ernst Bloch Philosophie studiert hast, hast Du es nicht beim Philosophieren belassen, war es Dir nicht nur wichtig, die Welt zu erklären, obwohl Du das auch sehr gut kannst, sondern es war Dir wichtig, die Welt zum Besseren zu verändern. Du hast Dich für eine Demokratisierung des realen Sozialismus in der DDR engagiert, 1956, als Chruschtschow seiner Geheimrede auf dem 20. Parteitag mit dem Stalinismus abrechnete und in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei kritische Kräfte an Zustimmung gewannen.

Dein Engagement trug dir den Respekt mancher Genossen und Kommilitonen ein, aber auch mehr als ein Jahr Gefängnis wegen „Boykotthetze und konterrevolutionärer Umtriebe.“ So hieß das damals, wenn man den Text der Chruschtschow-Rede öffentlich verbreitete.

Perspektiven gab es danach nicht mehr für Dich in der DDR. Über Berlin kamst Du nach Frankfurt in den Westen. Da Du natürlich auch hier politisch arbeiten wolltest, bist du 1962 Mitglied der SPD geworden. Zu einer Zeit als auch in der SPD Vieles im Wandel war. 1959 mit dem Bad Godesberger Programm hat sich die SPD in ihrer Programmatik breiteren gesellschaftlichen Schichten geöffnet und damit den Weg hin zu einer modernen Volkspartei bereitet. Das muss für Dich Leo, einen klugen interessierten politischen Kopf, eine sehr spannende Zeit gewesen sein.

Um Politik ging es in der Zeit auch beruflich:

Studium der Politikwissenschaften, daneben journalistische Tätigkeit für den Hessischen Rundfunk und den Deutschlandfunk, politische Erwachsenenbildung für die IG Metall. Schließlich der Wechsel nach München als Geschäftsführer der Humanistischen Union, die damals eine wichtige Stimme im linken Spektrum der 60er und 70er Jahre der Bundesrepublik war. Dann der Sprung in den hohen Norden der Republik, nach Kiel als stellv. Leiter der VHS. Ein Jahr später fandest Du dann endgültig ein neues Zuhause mit Nora und Euren Kindern in Schönberg.

Auch in Schönberg führte dich Dein Weg sofort in die Politik und für den Ortsverein hier warst Du ein echter Glücksfall. Leidenschaftlich politisch, engagiert und voller Ideen wurdest Du sozusagen aus dem Stand Ortsvereinsvorsitzender. Und das warst Du auch seit 1988 auch wieder. Profitiert haben wir in Schönberg auch sehr von Deine journalistischen Neigungen und Fähigkeiten. Du hast die „Nachrichten für Schönberg“ ins Leben gerufen und viele Jahre betreut und sie somit zu einer Institution in Schönberg gemacht.

Von 1978 bis 1986 warst Du Gemeindevertreter, Fraktionsvorsitzender, von 1981 bis 1986 auch stellvertretender Bürgermeister. Finanzen und Wirtschaft als entscheidende Eckpfeiler der Politik auch vor Ort, sind Deine Domäne. Bis heute bist Du bürgerliches Mitglied im Finanzausschuss. Damit bist Du seit 33 Jahren in der kommunalen Selbstverwaltung aktiv!

Aber Du warst nicht nur auf Gemeindeebene aktiv! Auch auf Landesebene wurde Leo Derrick schon bald in die politische Arbeit eingebunden. Von 1986 bis 1986 war er Leiter der Grundsatzprogrammkommission beim Landesvorstand. Von 1981 bis 1999 Mitglied des Landesausschuss, also dem höchsten Gremium der Partei zwischen den Parteitagen und immerhin 12 Jahre dessen Vorsitzender.

Und als eine, die heute Mitglied in diesem Gremium ist, kann ich sagen, dass ein Genosse wie Leo mit seiner Leidenschaft für den politischen Diskurs dort genau an der richtigen Stelle war. Er war viele Male Landesparteitagsdelegierter und auch Delegierter für den Bundesparteitag.

Lieber Leo, die Willy Brandt Medaille wird für besondere Verdienst für die Partei verliehen. Und ich glaube, dass die politischen Stationen, die ich aus Deinem Leben nur streifen konnte, aber deutlich machen, dass dieses Kriterium in besonderem Maße für Dich gilt.

Du hast Dein Ziel, die Welt zu verändern, vielleicht nicht im Großen erreicht, aber Du hast es bestimmt an vielen kleinen Stellschrauben erreicht. Du hast in Schönberg und nicht nur hier durch Deine politische Arbeit, durch Dein kommunalpolitischen Engagement viel bewegt und hast durch Deine Diskussionsfreudigkeit, durch Deine klugen politischen Analysen in vielen Köpfen etwas bewegt. Lieber Leo, Du bist ein Charakterkopf, ein besonderer Sozialdemokrat, ein bisschen gegen den Strich gebürstet, unkonventionell und alles andere als stromlinienförmig. Du bist ein streitbarer Demokrat, der nie den Konflikt scheut und so lange diskutiert, bis alle Argumente ausgetauscht sind, aber dann auch die Fähigkeit hat, alles zu einem guten Kompromiss zusammenzufügen.

Danke für Dein Engagement für die SPD in Schönberg und die schleswig-holsteinische SPD. Ohne Menschen wie Dich sind unsere politischen Erfolge in diesem Land nicht dankbar. Herzlichen Glückwunsch!

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.08.2011, 14:48 Uhr - 5633 Clicks - Nr. 856

#### **Ein Umzug durch Stemwarde**

Mit einem Kinderwettkampf begann auch 2011 das jährliche Dorffest im Barsbüttler Ortsteil Stemwarde. Der Höhepunkt folgte dann am Nachmittag: Im Rahmen eines feierlichen Umzugs wurden die Königinnen und Könige des Vormittags zuhause abgeholt. Die Kapelle spielte einen Tusch, dann durften die Gewinner des Vogelschießens auf einem festlich geschmückten Wagen zur nächsten Station fahren. Beim Umzug dabei war dieses Mal auch der Landtagsabgeordnete Martin



Habersaat,  
der schon oft vom Vogelschießen gehört hatte und nun einmal selbst dabei sein wollte.

Habersaat: „Unterwegs wurde dann auch deutlich, welche Vorteile so ein Umzug mit sich bringt: Neben einem Spaziergang durch den Ort mit vielen netten Gesprächen sind dies nämlich die ‚Cateringstationen‘, für die die Eltern der Königinnen und Könige verantwortlich zeichnen: alle paarhundert Meter gab es eine Stärkung, vom Orangensaft und Schokolade über Sekt und Bier bis hin zu kleinen Gläsern für die Großen war alles dabei.“

Anschließend gab es im Dorfgemeinschaftshaus Preise für die Gewinner sowie Kaffee und Kuchen für alle, abends wurde dann auch noch der Grill angeworfen.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 28.08.2011, 16:22 Uhr - 14943 Clicks - Nr. 857

#### **Zukunftsgespräch mit Torsten Albig in Eckernförde**

Am 6. Mai 2012 wird in Schleswig-Holstein gewählt. Unser Land bekommt einen neuen Landtag und einen neuen Ministerpräsidenten. Torsten Albig ist der Kandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten; er wurde von den Mitgliedern der SPD klar zur Nummer eins für die Landtagswahl gewählt.

Torsten Albig und die SPD bereiten sich intensiv auf die Regierungsverantwortung vor. Im Mittelpunkt steht dabei zunächst das neue Regierungsprogramm für die neue Landesregierung. Dieses Programm werden die SPD und ihr Ministerpräsidentenkandidat im engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes entwickeln. Dies geschieht in diesem Sommer, dem Demokratiesommer, mit den von Torsten Albig initiierten Dialog-Foren, den Zukunftsgesprächen. Diese finden vom 9. Juli bis zum 17. September in allen 15 Kreisen des Landes statt. Das Zukunftsgespräch im Kreis Rendsburg-Eckernförde findet am Mittwoch, dem 31. August um 18.30 Uhr im Technik und Ökologiezentrum, Marienthaler Straße 17, 24340 Eckernförde

statt. Hierzu sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. Ziel des Zukunftsgesprächs mit Torsten Albig ist es, gemeinsam mit vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden und den Mitgliedern der SPD die besten Ideen für die Zukunft unseres Landes zu entwickeln. Damit dies gelingt, erprobt die SPD bei den Zukunftsgesprächen neue Beteiligungsformen. Zusätzlich bietet die SPD auf der Homepage [www.demokratiesommer.de](http://www.demokratiesommer.de) ein Dialogforum über die Zukunft des Landes im Internet an. Den Abschluss des Demokratiesommers bildet ein BürgerparteiTAG am 24. September im Hohen Arsenal in Rendsburg. Wir würden uns freuen, Sie bei dem Zukunftsgespräch begrüßen zu können!

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 28.08.2011, 16:51 Uhr - 39672 Clicks - Nr. 858

### Naturschutzgebiete an der Ostseeküste wirksam schützen!

Zu der von Umweltministerin Dr. Juliane Rumpf beim Bundesverkehrsministerium beantragten Befahrensregelung für Naturschutzgebiete an der Ostseeküste und der Reaktion der FDP-Landtagsfraktion darauf sagt die naturschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann:



Der Schutz der Naturschutzgebiete an der Ostseeküste vor Beeinträchtigungen durch Boote von Wassersportlern und Anglern muss verbessert werden.

Es ist grundsätzlich eine gute Nachricht, dass Ministerin Dr. Rumpf auf Basis eines Kompromisses mit den Wassersportlern und Anglern eine neue Befahrensregelung beim Bund beantragt hat. In der Sache dürfen allerdings die Ziele des Naturschutzes nicht zu kurz kommen.

Merkwürdig dünnhäutig ist die Reaktion der FDP-Fraktion auf das Handeln der Umweltministerin. Bevor irgendwelche Inhalte der neuen Befahrensregelung klar sind, meckern sie rum und rügen die Nichtbeteiligung eines Teils des Parlaments. Wahrscheinlich haben sich CDU und FDP im Vorfeld schon für die wirtschaftlichen Interessen in den Naturschutzgebieten zu weit aus dem Fenster gelehnt.

Wir unterstützen grundsätzlich das Vorgehen von Umweltministerin Dr. Rumpf und werden in der anstehenden Anhörung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung darauf achten, dass die Ziele des Naturschutzes nicht in einem politischen Kuhhandel unter die Räder kommen. Der Schutz für Naturschutzgebiete überall in Schleswig-Holstein sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

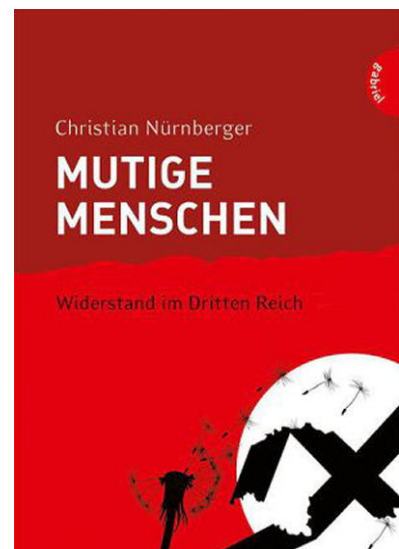
**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.08.2011, 16:56 Uhr - 5448 Clicks - Nr. 859

Gastrezension: Christian Nürnberger - Mutige Menschen.

Widerstand im Dritten Reich

Von Tomas Unglaube - Was veranlasst Menschen in einer Diktatur, nicht den einfachen Weg zu gehen und sich anzupassen oder gar mitzumachen, sondern – häufig unter Einsatz des eigenen Lebens - Widerstand zu leisten? Dieser über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus bis heute aktuellen Frage geht der Journalist und Autor Christian Nürnberger in seinem Jugendbuch „Mutige Menschen. Widerstand im Dritten Reich" nach.



Fortsetzung:

<http://www.martinhabersaat.de/zurperson/literarisches/406-gastrezension-christian-nuernberger-mutige-menschen-widerstand-im-dritten-reich.html>

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 28.08.2011, 19:00 Uhr - 3418 Clicks - Nr. 860

#### **Demo zur Gesundheitspolitik**

AfA Landesvorsitzender Wolfgang Mädler: "Gesundheit darf nicht wie eine Ware behandelt werden"

Zur Situation in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen haben mehr als 3.000 Beschäftigte landesweit in Kiel ihre Sorgen und Forderungen auf die Straße und an die Landespolitik gebracht. Die Landes AfA unterstützt die Demonstranten bei ihrer Forderung nach einer auskömmlichen Krankenhausfinanzierung und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Pflegesituation.



Die derzeitige Finanzierung der Krankenhäuser ist ungerecht: Sparsamkeit wird bestraft, Verschwendung belohnt. Das zeigt sich daran, dass z. B. Schleswig-Holstein bereits in den 90er Jahren damit begonnen hat, durch Effizienz zu Kostenreduzierungen bei den Krankenhäusern zu kommen. Da auf Basis der Kosten die Basisfallwerte festgelegt wurden, erhalten schleswig-holsteinische Krankenhäuser für einzelne Leistungen nun weniger Geld als diejenigen anderer Bundesländer. Das ist nicht akzeptabel; wir müssen zu einem bundesweit einheitlichen Basisfallwert kommen!

Statt gedeckelter Budgets brauchen wir neue Orientierungswerte – dies wird zu einer realistischen und auskömmlichen Krankenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein führen. Die Vorschläge des Bundesamtes für Statistik liegen vor, werden aber vom Bundesgesundheitsminister unter Verschluss gehalten.

Die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und Krankenhausbeschäftigten müssen dringend verbessert werden. Arbeitsverdichtung, Dauerstress, zu viel Bürokratie, die in unsinnigen Überstunden geleistet wird, zu wenig Zeit für verantwortungsvolle Pflege, zu wenig Personal – so sieht es in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aus. Kein Wunder, dass viele ihren Beruf frühzeitig verlassen – bis 2020 fehlen uns 300.000 Fachkräfte; die vorhandenen Ausbildungsplätze reichen nicht aus, um diese Lücke zu schließen.

Die Regierungen in Kiel und Berlin stehen dieser Situation hilflos gegenüber: Landesminister Garg ist bei Pflege sprachlos und lenkt ab – wie man bei der Kundgebung nach der Demonstration sehen konnte. Bundesminister Bahr nimmt die Pflege immer wieder von der Tagesordnung – außer, wenn es um Beitragserhöhungen für die Pflegeversicherung geht. Er könnte aktiv werden, indem er dafür sorgt, dass das Bundesprogramm für mehr Pflegefachkräfte fortgesetzt wird.

Initiativen der SPD, die auf Gesprächen mit und Empfehlungen aus Fachkreisen beruhen, werden mit schöner Regelmäßigkeit abgelehnt. Alternativen? Fehlanzeige!

Wir warnen davor, Ärzte und Pflegekräfte gegeneinander auszuspielen! Es geht vielmehr um eine gute und effektive Versorgung aller Patientinnen und Patienten. Dazu gehört, dass die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten attraktiv gestaltet werden und die Ausbildung modernisiert wird. Mit einer solidarischen Bürgerversicherung lässt sich gute Pflege auch finanzieren. Es gibt viel zu tun für die Gesundheitsminister!

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 29.08.2011, 14:11 Uhr - 4051 Clicks - Nr. 861

**MdL Heinemann an der Seite der AfA**

Voll auf Linie der AfA ist der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zum Thema Gesundheitspolitik

Bernd Heinemann: Schluss mit der einseitigen Verknappung!

Über 3.000 Menschen haben gerade auf der Straße auf eindrucksvolle Weise ihr Anliegen, stellvertretend für 35.000 Beschäftigte in der stationären Krankenversorgung, vorgebracht.

Gesundheitsminister Jansen war es, der in die Krankenhausplanung den

Begriff der Effizienz eingeführt hat. Die folgende Optimierung führte aber im Ergebnis zu den niedrigsten Basisfallwerten. Verschwendern ging es besser. Das wollte Ministerin Trauernicht schließlich gerade biegen.

Ein Oppositionsabgeordneter wollte 2008 die damalige Ministerin Trauernicht sogar zum Jagen tragen. Aber diese Einladung kam zu spät, denn sie hatte nur 14 Tage zuvor im Schloss Plön den einstimmig beschlossenen bundeseinheitlichen Basisfallwert ab 2015 in der Gesundheitsministerkonferenz in Plön bereits erkämpft. Diese Errungenschaft hat dann Schwarz-Gelb unter Führung ihrer FDP-Minister wieder gekippt und preist uns nun gar einen Rettungskorridor an. Das klingt tröstlich, nur stehen wir im Korridor mit anderen sparsamen Ländern hinten, weit weg von den Schatzkammern höherer Basisfallwerte, in denen sich andere Länder weiterhin bedienen können.

Das ist auch in einem begrenzten Raum weiterhin ungerecht. Ein Vorteil dieser einseitigen Verknappung ist weder für die Versicherten noch für die Bediensteten erkennbar. Wem, bitteschön, sollte eine drohende Insolvenzspirale denn auch nutzen? Und was das für unseren einzigen Maximalversorger bedeutet, ist klar. Wenn das UKSH in Mainz stehen würde, hätte es 85 Millionen Euro mehr in der Kasse.

So kann man das UKSH auf Dauer sicher sturmreif bekommen alles zu Lasten der Mitarbeitenden und der Infrastruktur. Die Privatisierung gibt der qualifizierten Versorgung und Ausbildung dann vielleicht noch den Rest. Das ist ein Rückschritt, aber der über die Löhne und Gehälter ausgetragene Dumpingwettbewerb ist als marktliberales Element ja gerade gewollt. Wir, die SPD-Fraktion, sagen: Das ist unsolidarisch, das ist auf Dauer teuer und es ist hochgefährlich für unsere Haushalte im Land und letztlich für den sozialen Frieden. Wir wollen statt eines ruinösen Preiswettbewerbes einen Ziel führenden Qualitätswettbewerb mit Kosten dämpfender Nachhaltigkeit.

Meine Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, für viele Beschäftigte ist es schon jetzt 5 nach 12. Sie leiden unter ihren zunehmenden physischen und psychischen Belastungen



in der stationären Arbeit derart, dass sie der Anforderung ihres schweren Berufes oft kaum noch gerecht werden. Fragen Sie die Beschäftigten, besuchen Sie zum Beispiel die Pflegekräfte am Arbeitsplatz, machen Sie wie die SPD-Fraktion im Juni ein Pflegepraktikum. Hören und sehen Sie gut zu. Wir haben deutlich vor Augen geführt bekommen, was Pflegearbeit bedeutet. Schließen Sie sich uns an und sehen Sie sich durch die Brille der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten die stationären Arbeitsbedingungen an.

Reine Begrüßungsformeln von Scheinlösungen oder einem Beschluss des Bundesrates, auch wenn er Rot-Grün dominiert wird, helfen bisher nicht weiter und als Claqueure stehen wir für Erfolge Dritter zu Lasten der Menschen in Schleswig-Holsteins nicht zur Verfügung.

Es ist uns nach wie vor unverständlich, warum die CDU die Gemeinsamkeiten der Großen Koalition so schnell preisgegeben hat. Nach wie vor sind mindestens 20 eingeplante Millionen im Rahmen der Konvergenzentwicklung futsch. Wir erwarten die Intervention direkt an der Wurzel im liberalen Gesundheitsministerium in Berlin. Das statistische Bundesamt hatte den Auftrag bekommen, Vorschläge für die Ermittlung von Orientierungswerten für die Realfinanzierung von Krankenhäusern zu finden. Sie haben den Auftrag erfüllt, aber nun halten die Minister Rösler und Bahr diese vielleicht weisen Erkenntnisse unter Verschluss. Was soll denn das?

Die große Koalition hatte auch noch mehr auf den Weg gebracht. Das Bundesprogramm für zusätzliche pflegerische Fachkräfte, gute Idee. Aber jetzt Ende mit Wende. Was fehlt, ist eine dauerhafte Regelung der Personalbemessung in der Pflege. Tragen Sie Ihren Bundeskollegen Bahr zum Jagen, Herr Minister.

Was wir noch brauchen, ist schlicht der Ausbau unserer solidarischen Krankenversicherung. Wir wollen eine moderne umfassende Bürgerversicherung mit umfassenden Spielräumen für die Überwindung von Sektorengrenzen mit echten Kooperationen für die Sicherstellung ambulanter medizinischer Versorgung. Im September mehr dazu.

Leider ist der Antrag der LINKEN eigentlich gar kein Antrag, sondern eine Stellungnahme mit Handlungsidee. Aber wir verstehen Ihr Anliegen und haben daraus einen Antrag gemacht. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Anträge wenigstens in den Sozial- und Gesundheitsausschuss überweisen, damit wir gemeinsam mit den Krankenhäusern und ihren Personalvertretungen nach Lösungswegen suchen. Oder lehnen Sie unsere Anträge auch gerne ab, damit wenigstens die Betroffenen da draußen wissen, wem sie am 6. Mai besser nicht ihr Vertrauen noch einmal schenken.

Viel Seegang, viel Wind, viel zu tun, guter Antrag, „klar zur Wende“.

**Keine Kommentare**

[SPD Kiel-Süd-West](#) - veröffentlicht am 29.08.2011, 16:38 Uhr - 3535 Clicks - Nr. 862

Fahrradtour durch den Kieler Süden

Der SPD Ortsverein Kiel Süd - West hat auch in diesem Jahr wieder eine Radtour durch den Kieler Süden gemacht. Am vergangenen Samstag fuhren die Mitglieder des Ortsvereins bei eher stürmischen Verhältnissen durch den Kieler Süden. Beginn war am Sportplatz in Wellsee, dort ging es dann über Wanderpfade in Richtung Neu Meimersdorf zur Kindertagesstätte „Einstein“.



Von dort aus sollte es zum Grillen nach Meimersdorf gehen, dieses musste aber aufgrund des schlechten Wetters leider ausfallen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 29.08.2011, 17:30 Uhr - 6498 Clicks - Nr. 863

#### **Verkehrsfreigabe zum neuen Schwerlasthafen Osterrönfeld**

Am heutigen Tag wurde die neue Anschlussstelle samt Brückenbauwerk vom neuen Osterrönfelder Schwerlasthafen an die B202 bzw. L255 offiziell freigegeben. Damit ist nun, rund zwei Monate früher als geplant, auch die verkehrliche Anbindung an den neuen Hafen am Nord-Ostsee-Kanal fertig gestellt worden. Die erste Probe aufs Exempel findet bereits am kommenden Wochenende zur Landwirtschaftsmesse „Norla“ statt, bei der die neue Verkehrsanbindung tausende Besucher der Messe abwickeln wird.



Die neue Verbindung zwischen Bundesstraße, Landesstraße und Hafengebiet wurde durch die Stadt Rendsburg sowie die Gemeinde Osterrönfeld partnerschaftlich geplant und realisiert. Beide Kommunen werden in Zukunft das neu zu erschließende Gewerbegebiet rund um die neue Verkehrsanbindung vorantreiben. Interessierte Unternehmen haben damit nicht nur die Möglichkeit, den öffentlichen Hafen zu nutzen, sondern auch freie Gewerbeflächen zu erwerben, um sich dort mit neuen Standorten niederzulassen. Der neue und in Schleswig-Holstein einzigartige Schwerlasthafen wird ebenfalls aus einer übergemeindlichen „Kooperation“ betrieben. Neben Rendsburg und Osterrönfeld ist hier auch der Kreis Rendsburg-Eckernförde als Teilhaber mit im Boot.

Insgesamt ermöglicht die nun freigegebene Verkehrsanbindung nicht nur den einwandfreien Verkehrsfluss in Richtung Schwerlasthafen und Gewerbegebiet, sondern auch in Richtung „Grüner Kamp“, an dem sich neben der Landwirtschaftsschule erst kürzlich die Landwirtschaftskammer sowie der Bauernverband niedergelassen haben.

Als nächsten Schritt wird nun südlich der B202 parallelverlaufend eine neue „Gemeindeverbindungsstraße“ gebaut, die das neue Gewerbegebiet mit dem neuen Brückenbauwerk über die B202 und den Kreisverkehr am Birkenhof verbinden soll. Anschließend wird damit begonnen, die alte Anschlussstelle „Osterrönfeld West“ stillzulegen. Zukünftig soll dieser Verkehr über die neue Anschlussstelle laufen. Derzeit passieren täglich über 22.500 Fahrzeuge den nun umgestalteten Bereich der B202. Im Jahr 2020 werden es nach Prognosen zuständiger Behörden mehr als 26.000 Fahrzeuge pro Tag sein.

Der ebenfalls an der Verkehrsfreigabe anwesende Osterrönfelder Gemeindevertreter, Jan-Niklas Potten (SPD), zeigte sich sehr angetan von dem guten Baufortschritt und ist optimistisch, was die

Zukunft des Hafensareals anbelangt: "Die enormen Standortvorteile rund um das neue Hafengebiet werden mit der nun freigegebenen Verkehrsanbindung an die B202 in Richtung A7 noch einmal unterstrichen und Unternehmen auf diesen Standort aufmerksam machen. Jetzt steht nicht nur demnächst ein hochleistungsfähiger Hafen zum Umschlag von Schwerlastgütern bereit, sondern auch eine unmittelbare Zuwegung an das Autobahnkreuz Rendsburg. Osterrönfeld wird seine ohnehin nicht unbedeutende Rolle als Logistikkreuz im Norden weiter ausbauen können. Osterrönfeld ist bereit, jetzt kann es losgehen".

Dabei ist für viele klar, dass die Bundesregierung dringend dafür sorgen muss, dass der Nord-Ostsee-Kanal für die Zukunft fit gemacht wird. Die Schleusen müssen dringend saniert, eine fünfte Schleuse wie geplant gebaut und der Kanal insgesamt - wie ebenfalls seit Jahren fokussiert - ausgebaut werden. Würde dies nicht geschehen, würde der Kanal als attraktive Route für Reedereien einbüßen und auch der neue Schwerlasthafen in Osterrönfeld samt anliegender Gewerbegebiete stark geschwächt werden.

Weitere Hintergrundinfos zum "Logistikkreuz" Osterrönfeld finden Sie hier [\[mehr\]](#). --

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 30.08.2011, 09:36 Uhr - 5624 Clicks - Nr. 864

#### **Ab sofort möglich: Führerschein für schwere Einsatzfahrzeuge**

Der Landtag hat durch die Aufhebung des  
Fahrerlaubnisgesetztes endlich den Weg frei gemacht  
für den „Feuerwehrrührerschein“. Bereits 2009 war der „kleine  
Feuerwehrrührerschein“ eingeführt worden, der das Führen von  
Einsatzfahrzeugen bis 4,75 t ermöglicht. Nun ist dies auf Fahrzeuge bis  
zu 7,5 Tonnen erweitert worden. Die Regelung gilt auch für die  
Rettungsdienste,  
das Technische Hilfswerk und andere Einrichtungen des  
Katastrophenschutzes. Darauf weist die SPD-Landtagsabgeordnete Birte  
Pauls hin.



"Ich begrüße diesen Beschluss ausdrücklich. Denn er bedeutet, dass  
durch ein vereinfachtes Verfahren

Mitglieder der Feuerwehren und anderer Hilfsorganisationen die Fahrerlaubnis für Fahrzeuge bis  
7,5 Tonnen erhalten können. Das für uns alle so wichtige Ehrenamt wird in seiner Arbeit gestärkt  
und für die Kommunen entstehen geringere Kosten. Seit 1999 gilt aufgrund EU-Rechts der  
PKW-Führerschein Klasse B nur noch für Fahrzeuge bis maximal 3,5 Tonnen zulässiger  
Gesamtmasse," erläutert Birte Pauls.

Eine Vielzahl von Einsatzfahrzeugen konnte seitdem nicht mehr mit dem PKW-Führerschein  
gefahren werden. Stattdessen musste dafür der – teure – LKW-Führerschein erworben werden. Mit  
der neuen Regelung wird die Lücke zwischen 4,75 und 7,5 Tonnen geschlossen. So wird

sichergestellt, dass in ausreichendem Maße Fahrerinnen und Fahrer bei den Freiwilligen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den technischen Hilfsdiensten zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Die Zuständigkeit und das Verfahren werden durch eine Fahrberechtigungsverordnung geregelt. Wer einen Antrag auf Fahrerlaubnis stellt, muss mindestens seit zwei Jahren einen gültigen Führerschein der Klasse B haben. Es bedarf einer intensiven Einweisung samt abschließender Prüfungsfahrt.

„Es ist gut, dass in einer Zeit, in der auch bei vielen Feuerwehren Personalmangel herrscht, Hürden abgebaut werden ohne auf Sicherheit zu verzichten“ so Pauls.

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 30.08.2011, 09:43 Uhr - 5793 Clicks - Nr. 865

**Es gibt viel zu tun für die Gesundheitsminister!**

Zur Demonstration verschiedener Krankenhäuser und Unterstützer am 26. August 2011 in Kiel, die auf die schwierige Situation aufmerksam machen wollen, erklären der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagfraktion, Bernd Heinemann, und die pflegepolitische Sprecherin Birte Pauls:

Wir unterstützen die Demonstranten bei ihrer Forderung nach einer auskömmlichen Krankenhausfinanzierung und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Pflegesituation. Die derzeitige Finanzierung der Krankenhäuser ist ungerecht: Sparsamkeit wird bestraft, Verschwendung belohnt."

Das zeigt sich daran, dass z. B. Schleswig-Holstein bereits in den 90er Jahren damit begonnen hat, durch Effizienz zu Kostenreduzierungen bei den Krankenhäusern zu kommen.

Da auf Basis der Kosten die Basisfallwerte festgelegt wurden, erhalten schleswig-holsteinische Krankenhäuser für einzelne Leistungen nun weniger Geld als diejenigen anderer Bundesländer.

Das ist nicht akzeptabel; wir müssen zu einem bundesweit einheitlichen Basisfallwert kommen! Statt gedeckelter Budgets brauchen wir neue Orientierungswerte – dies wird zu einer realistischen und auskömmlichen Krankenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein führen. Die Vorschläge des Bundesamtes für Statistik liegen vor, werden aber vom Bundesgesundheitsminister unter Verschluss

gehalten. Die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und Krankenhausbeschäftigten müssen dringend verbessert

werden. Arbeitsverdichtung, Dauerstress, zu viel Bürokratie, die in unsinnigen Überstunden geleistet wird, zu wenig Zeit für verantwortungsvolle Pflege, zu wenig Personal – so sieht es in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aus. Kein Wunder, dass viele ihren Beruf frühzeitig verlassen – bis 2020 fehlen uns 300.000 Fachkräfte; die vorhandenen Ausbildungsplätze reichen

nicht aus, um diese Lücke zu schließen.

Die Regierungen in Kiel und Berlin stehen dieser Situation hilflos gegenüber: Landesminister Garg ist bei Pflege sprachlos und lenkt ab – wie man bei der Kundgebung nach der Demonstration sehen konnte. Bundesminister Bahr nimmt die Pflege immer wieder von der Tagesordnung – außer, wenn es um Beitragserhöhungen für die Pflegeversicherung geht. Er könnte aktiv werden, indem er dafür sorgt, dass das Bundesprogramm für mehr Pflegefachkräfte fortgesetzt wird. Initiativen der SPD, die auf Gesprächen mit und Empfehlungen aus Fachkreisen beruhen, werden mit schöner Regelmäßigkeit abgelehnt. Alternativen? Fehlanzeige!

Wir warnen davor, Ärzte und Pflegekräfte gegeneinander auszuspielen! Es geht vielmehr um eine gute und effektive Versorgung aller Patientinnen und Patienten. Dazu gehört, dass die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten attraktiv gestaltet werden und die Ausbildung modernisiert wird.

Mit einer solidarischen Bürgerversicherung lässt sich gute Pflege auch finanzieren. Es gibt viel zu tun für die Gesundheitsminister!

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 30.08.2011, 16:48 Uhr - 11995 Clicks - Nr. 866

#### **Großer Anklang auf dem Flohmarkt in Hollmühle**

Der Kreisvorstand Schleswig-Flensburg war am 28. August 2011 mit einem Informationsstand auf dem traditionellen Flohmarkt des Ortsvereins Struxdorf im Dörps- und Schüttenhuus in Hollmühle vertreten. Die Einnahmen und Spenden des diesjährigen Flohmarktes waren in diesem Jahr für die Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde vorgesehen. Der Stand des KV war direkt am Eingang des Gemeinschaftshauses gut platziert, sodass die Besucher von der SPD begrüßt wurden. Einen besonderen Anklang fand bei den Kindern das Glücksrad, wo sie kleine Geschenke ertreiben konnten.



Bei Grillwurst und leckeren Kuchen führten der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel, MdL Birte Pauls und andere KV-Mitglieder den ganzen Tag über im Dörps- und Schüttenhuus zahlreiche Gespräche mit den Besucherinnen und Besuchern, aber auch mit der OV-Vorsitzenden Carmen Albertsen und den Mitgliedern des Ortsvereins Struxdorf.

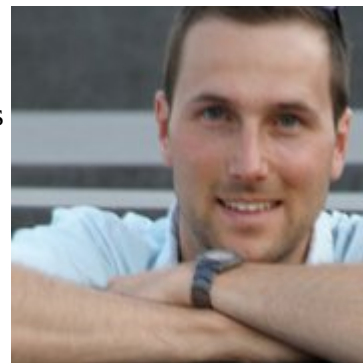
Foto: Georg Pietrowski/Anne Marxen

Auf dem Foto von links nach rechts: Ralf Wrobel, Carmen Albertsen, Thorsten Schacht

**Keine Kommentare**

#### **SPD-Wahlkreisversammlung in Handewitt**

Die erste Wahlkreisversammlung im Kreis Schleswig-Flensburg für die Landtagswahl 2012 findet am 8. September 2011 um 19.00 Uhr im Gasthof Handewitt, Osterstraße 2, 24983 Handewitt, für den Wahlkreis 4 (Flensburg Land), dem bisherigen Wahlkreis von Lothar Hay, statt. Bisher hat sich Dr. Jens Maßlo, langjähriger Kreistagsabgeordneter des Kreises Schleswig-Flensburg, als einziger Kandidat für diesen Wahlkreis beworben.



Dr. Jens Maßlo betont in seiner Bewerbung „Wir Sozialdemokraten haben die besseren Ideen: Konzentration auf die Bildung, erneuerbaren Energien und ein soziales Miteinander“.

Schwerpunkte in seiner Arbeit im Kreis setzte Maßlo als Vorsitzender des Regionalentwicklungsausschusses in der Wirtschaftsförderung, den Tourismus, den Natur- und Umweltschutz und in der deutsch- dänischen Zusammenarbeit. Maßlo ist im Kreis SL-FL herumgekommen und hat viel mit den Menschen gesprochen. „Ich weiß, wo den Menschen bei uns der Schuh drückt. Und ich weiß, wo unsere Stärken liegen“, so Maßlo.

**Keine Kommentare**

#### **Elke Henning: Danke für 40 Jahre SPD-Mitgliedschaft**

Landtagsabgeordnete Anette Langner hatte die große Freude, Elke Henning für 40 Jahre SPD-Parteimitgliedschaft zu ehren.

29. 8. 2011

Anette Langner hob in ihrer Laudatio hervor, dass Elke Henning an herausragender Stelle ihre Arbeit für die SPD mit viel Verantwortung und Kompetenz getan hat. Als Gemeindevertreterin in Martensrade, Kreistagsabgeordnete und Kreisrätin, als bürgerliches Mitglied im Bauausschuss der Gemeinde Schönberg hat sie viele Ideen und Impulse in die Arbeit eingebracht. An allen Stationen ihres Lebens hat sie Politik gemacht, hat sie Politik gestaltet. Engagiert, streitbar, beharrlich. In ihrer besonderen Art, ruhig und sachlich, mit einem hohen Maß an Verantwortung und Verlässlichkeit hat sie mit ihrem ehrenamtlichen Engagement zur einen positiven Entwicklung unserer Gemeinde beigetragen. Ihr besonderes Augenmerk gilt dabei der Wirtschaftspolitik und der Weiterentwicklung touristischer Konzepte.

Mit besonderem Engagement war sie Ortsvereinsvorsitzende in Schönberg und hat durch Ihren großen Einsatz die vielen Arbeiten in Wahlkämpfen erfolgreich organisiert. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität, diese Eigenschaften zeichnen sie aus, Vielen Dank Elke Henning für 40 Jahre SPD-Mitgliedschaft.

**Keine Kommentare**

### **Martin Habersaat bei der SPD Wentorf**

Ins „Café mit Herz“ hatte die SPD Wentorf Mitglieder und Interessierte eingeladen, um Martin Habersaat kennenzulernen. Er ist der SPD-Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Stormarn-Süd, zu dem Wentorf bei der Landtagswahl am 6. Mai 2012 ebenfalls gehören wird. Martin Habersaat war frisch von der Landtagssitzung aus Kiel gekommen, berichtete von sich und seiner Arbeit und diskutierte mit den Anwesenden vor allem über seine Arbeitsschwerpunkte: Bildungspolitik und die norddeutsche Zusammenarbeit.



In lebhafter Runde ging es aber auch um die Landesfinanzen, Verwaltungsstrukturen und bessere Zusammenarbeit unter den Städten und Gemeinden.

In Wentorf lassen sich die Folgen der schwarz-gelben Schulgesetzänderung gerade vor Ort beobachten, hierauf bezogen sich viele Wortmeldungen in der von der stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden Irmtraut Zilles moderierten Diskussion. Habersaat: „Das neue Schulgesetz hat viele Konflikte in die Schulen und die Kommunen getragen, in Wentorf sieht man das an den Konflikten um G8/G9, im Kreis Stormarn sahen wir das am Streit um die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten.“

Norddeutsche Zusammenarbeit muss besonders im Hamburger Umland zu spürbaren Verbesserungen führen, da waren sich die Wentorfer und ihr Gast einig. „Mit dem HVV kann man heute zwischen Lübeck und Lüneburg pendeln, von solchen positiven Beispielen brauchen wir viel mehr“, resümierte Habersaat. Grundsätzlich gelte: Zusammenarbeit solle besser von unten wachsen als von oben verordnet werden. Aber: sie müsse eben auch wachsen.

Am 23. September treffen sich die SPD-Mitglieder des Wahlkreises 31, also aus Wentorf, Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek, um 19.00 Uhr im Rathaus Reinbek, um ihren Kandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 zu wählen. Martin Habersaat möchte wieder in den Landtag einziehen und ist bisher der einzige Bewerber. Habersaat, Jahrgang 1977, lebt in Barsbüttel und war bis zu seinem Einzug in den Landtag 2009 Gymnasiallehrer in Hamburg (Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft). Sein Referendariat absolvierte er an der Sachsenwaldschule in Reinbek. Seit 2004 ist er Vorsitzender des SPD Kreisverbands Stormarn. Er ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und als Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur auch Mitglied des Fraktionsvorstands. Im Landtag gehört er dem Bildungsausschuss und der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ an.

Für den anstehenden Wahlkampf überreichte die Ortsvereinsvorsitzende Marlies Rothländer dem „neuen“ Abgeordneten ein Wentorf-T-Shirt. Dem Kennenlernen sollen viele gemeinsame Termine folgen.

**Keine Kommentare**

### **Landtag beschließt Neuregelung für Feuerwehr-Führerscheine**

Kompliziertes Wort, einfache Wirkung: Durch die Aufhebung des „Fahrberechtigungszuständigkeitsgesetzes“ hat der Landtag den Weg frei gemacht für den „Feuerwehrführerschein“. Bereits 2009 war der „kleine Feuerwehrführerschein“ eingeführt worden, der das Führen von Einsatzfahrzeugen bis 4,75 t ermöglicht. Nun ist dies auf Fahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen erweitert worden. Darauf weist der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat hin und ergänzt:



„Davon profitieren auch Rettungsdienste, das Technische Hilfswerk und andere Einrichtungen des Katastrophenschutzes.“

Habersaat weiter: „Ich begrüße diesen Beschluss, er bedeutet, dass durch ein vereinfachtes Verfahren Mitglieder der Feuerwehren und anderer Hilfsorganisationen die Fahrerlaubnis für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen erhalten können. Dadurch entstehen für die Kommunen geringere Kosten und den Ehrenamtlichen wird ihr Engagement erleichtert.“

Seit 1999 gilt aufgrund EU-Rechts der PKW-Führerschein Klasse B nur noch für Fahrzeuge bis maximal 3,5 Tonnen zulässiger Gesamtmasse, erläutert Habersaat. Eine Vielzahl von Einsatzfahrzeugen konnte seitdem nicht mehr mit dem PKW-Führerschein gefahren werden. Stattdessen musste dafür der teurere LKW-Führerschein erworben werden. Der Abgeordnete freut sich: „Mit der neuen Regelung wird die Lücke zwischen 4,75 und 7,5 Tonnen geschlossen. So wird sichergestellt, dass in ausreichendem Maße Fahrerinnen und Fahrer bei den Freiwilligen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den technischen Hilfsdiensten zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.“

Die Zuständigkeit und das Verfahren werden durch eine Fahrberechtungsverordnung geregelt. Wer einen Antrag auf Fahrerlaubnis stellt, muss mindestens seit zwei Jahren einen gültigen Führerschein der Klasse B haben. Es bedarf einer intensiven Einweisung samt abschließender Prüfungsfahrt. Vor allem jüngere Feuerwehrangehörige, die seit zwei Jahren ihren Klasse B - Führerschein haben, werden hiervon profitieren.

**Keine Kommentare**

### **RUNGHOLTPLATZ: NICHT NUR MEHR FARBE**

Nicht nur der neue Fassadenanstrich der Häuser Nr. 1 und 3 sowie die Bordsteinabsenkungen zeigen: am Rungholtplatz tut sich was. Jetzt haben in der letzten Ortsbeiratssitzung Stadtplanungsamt, Tiefbauamt und der Eigenbetrieb Beteiligungen (für den öffentlichen Nahverkehr zuständig) neue Ideen aufgezeigt. Sie könnten für die zukünftige Entwicklung des gesamten Platzes wegweisend sein. So sprach Stadtplanungsamtmitarbeiter Knut Baudewig auch von einer „Gesamtkonzeption“, die nicht nur einzelne Teile betrachtet.

Dreh- und Angelpunkt der Überlegungen ist die Verlegung der Busendhaltestelle von der jetzigen Wendeschleife in den Straßenraum zwischen Eckernförder Straße und dem Kreisverkehr. Der dann für den Endhaltepunkt nicht mehr benötigte Raum könnte für andere Zwecke, beispielsweise für eine Bebauung, zur Verfügung stehen.

Ob für eine Wohnbebauung, Einzelhandel, eine gemischte Nutzung oder vielleicht sogar für eine mit Räumen, die auch von den Bürgern genutzt werden könnten, ist noch völlig offen. Aus einem möglichen Verkauf der Flächen könnten jedenfalls Mittel erlöst werden, die in einem weiteren Schritt der Einkaufszeile zugute kommen könnten.



Für die Aufwertung der Anlage aus den sechziger Jahren gibt es reichlich Vorschläge, von der Begrünung bis zu der Schaffung von Sitz- und Ruhezonen.

Alles wird noch viel Zeit in Anspruch nehmen, nicht nur der klammen städtischen Kassen wegen. Auch sind noch eine Reihe von Fragen zu beantworten. Da die Haltestelle näher zur Wohnbebauung am Rungholtplatz rücken würde, müsste für die Anwohner der neuen Busendhaltestelle eine möglichst verträgliche Lösung gefunden werden. Dies scheint der Verwaltung auch sehr bewusst zu sein.

Für die SPD hat der neue Ansatz viel Charme. Er könnte der Schlüssel für die Entwicklung des Rungholtplatzes sein. Deshalb haben die SPD-Ortsbeiratsmitglieder der Bitte der Verwaltung zugestimmt, ihre Gedanken weiterverfolgen zu dürfen. Entschieden ist damit noch nichts. Es ist mit der Vorstellung der Ideen aber Bewegung in die Diskussion gekommen. Das ist gut so.

Ihr Thomas Wehner, Ratsherr  
SPD-Ortsverein Suchsdorf, Wolliner Weg 11,  
Telefon: 311836,  
E-Mail: [wehner.thomas.kiel@t-online.de](mailto:wehner.thomas.kiel@t-online.de)  
Internet: [www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf](http://www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf),  
[www.kiel-suchsdorf.de/spd.htm](http://www.kiel-suchsdorf.de/spd.htm)  
[www.spd-fraktion-kiel](http://www.spd-fraktion-kiel)

**Keine Kommentare**

## **STADTWERKE VERLEGEN FERNWÄRME**

Ausbau des Fernwärmenetzes in Suchsdorf

Wahrscheinlich hat jeder Suchsdorfer und jede Suchsdorferin schon einmal die Unannehmlichkeiten erfahren, die mit der Baustelle in dem Kreuzungsbereich Steenbeker Weg/Eckernförder Straße verbunden sind.

Ursächlich sind Fernwärmearbeiten der Stadtwerke. Die Verlegung der Leitungen wird sich nun über die Eckernförder Straße am Suchsdorfer Bahnhof Richtung Kronshagen und Hassee hinziehen.

Hierfür wird die Eckernförder Straße voraussichtlich teilweise nur halbseitig zu befahren sein. Die Beeinträchtigungen sollen mit Beginn der Heizperiode ihr Ende haben, wie ich aus der Verwaltung erfuhr. Die Bauarbeiten am Steenbeker Weg sollen hingegen schon sehr bald beendet sein.

Ihr Thomas Wehner, Ratscherr  
SPD-Ortsverein Suchsdorf, Wolliner Weg 11,  
Telefon: 311836,  
E-Mail: wehner.thomas.kiel@t-online.de  
Internet: [www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf](http://www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf),  
[www.kiel-suchsdorf.de/spd.htm](http://www.kiel-suchsdorf.de/spd.htm)  
[www.spd-fraktion-kiel](http://www.spd-fraktion-kiel)



**Keine Kommentare**

## **Selbstverwaltung gestalten, Bürgerbeteiligung stärken-**

Landtagsrede vom 24.08.2011 zu TOP 5, 6 und 8: Gesetzentwürfe zur Änderung von Kommunalgesetzen (Drucksachen 17/1660, 17/1663, 17/1693)

Mit den vorliegenden Gesetzentwürfen kommen wir der Umsetzung der Anforderungen des Urteils des Landesverfassungsgerichts vom 26.02.2010 zur Amtsordnung und dem Veränderungsbedarf bei weiteren kommunalrechtlichen Vorschriften ein großes Stück näher. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn dieses Gesetzesvorhaben mit einer umfassenden Reform der Verwaltungsstrukturen – einer Verwaltungsstrukturreform, die diesen Namen auch verdient - verbunden gewesen wäre, aber unsere verkürzte Landtagswahlperiode und auch die näher rückende Phase der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2013 machen das nicht ernsthaft möglich. In der kommenden Wahlperiode werden wir dann mit veränderten Mehrheiten die notwendigen Reformschritte auf den Weg bringen.

Wir beraten ja nun mehrere Gesetzentwürfe und der Gesetzentwurf meiner Fraktion ist auch eine

Reaktion auf die ersten Vorstellungen des Innenministers in diesem Bereich. Nun ist es zwar nicht ganz so schlimm gekommen wie befürchtet, aber es ist schon eine etwas seltsame Taktik, mal ganz tief in die Grabbelkiste des Ministeriums zu greifen und alle noch so schrägen Vorschläge in das Verfahren zu geben, um dann später vieles wieder einzusammeln. Das hört sich vielleicht kreativ an, deutet aber eher auf mangelnde Professionalität hin.

Es hat eine umfassende Beteiligung der kommunalen Seite durch das Ministerium geben – das stimmt und ist auch gut so - und das hat die Grenzen dann auch wieder etwas gerader gerückt. Dennoch gibt es unterschiedliche Auffassungen, die in mancher Hinsicht wesentlich sind. Gleichzeitig möchte ich Ihnen, Herr Minister, an der einen oder anderen Stelle ein Kompromissangebot machen. Und vielleicht kommen wir auch eher zusammen als Sie mit Ihrem innenpolitischen Sprecher, der ja gleich eine ganze neue Gemeindeordnung vorschlägt, die, um es vorsichtig zu formulieren, inhaltlich nicht immer ganz mit Ihrem Vorschlag zusammen passt.

Doch nun zur Amtsordnung: Wir sollten bei allen Neuregelungsversuchen nicht den Ausgangspunkt vergessen, dass die demokratische Legitimation der Amtsausschüsse vom Landesverfassungsgericht als unzureichend eingestuft wurde. Die naheliegende Möglichkeit, dies zu heilen, ist, die Übertragung von gemeindlichen Aufgaben nach Gewicht und Umfang mittels eines Katalogs zu beschränken.

Daher waren die ersten Versuche des Innenministers, trickreich Aufgaben dann einfach auf Zweckverbände zu übertragen doch ein wenig zu simpel gedacht, weil, das haben Rechtsgutachten bestätigt, diese Umgehung natürlich nicht zulässig ist – auch wenn die Zweckverbände eine andere verfassungsrechtliche Stellung haben als die Ämter. Zudem wären die Verhältnisse in den Kommunen zusätzlich durch viele Zweckverbandsgremien verkompliziert worden.

Die Gemeinden haben darüber hinaus die Pflicht zur Selbstverwaltung. Zu den der Gemeinde vorbehaltenen Selbstverwaltungsaufgaben zählen in erster Linie Planungsaufgaben. Und wenn Gemeinden diese Selbstverwaltung auch in einem qualitativ und quantitativ begrenzten Rahmen nicht mehr ausüben möchten, sollten sie eher über ihre Existenzberechtigung als über eine Aufgabenübertragung nachdenken.

Die nun vom Innenminister vorgeschlagene Regelung wird dem verfassungsrechtlich vorgegeben Gebot zur demokratischen Selbstverwaltung immer noch nicht gerecht. Über die Gestaltung der Kataloglösungen im § 5 der Amtsordnung kann man sich sicherlich konstruktiv streiten, ob nun die 5 aus 16-Lösung des Innenministers oder unsere sparsamere Nennung von fünf Aufgabenbereichen die sinnvollere und besser zu handhabende Variante ist. Darüber hinaus legen wir Ihnen unseren § 5a ans Herz, der eine Revisionsklausel für die erforderliche Flexibilität in einem sich verändernden Aufgabenspektrum vorschlägt.

Ganz unmöglich ist aus unserer Sicht aber die Schlie'sche Neuformulierung in § 2, Absatz 3 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Da soll durch die Hintertür doch wieder die Möglichkeit einer kompletten Aufgabenübertragung – wenn auch ohne zusätzliche Verbandsgremien – auf die Zweckverbände hereingenommen werden. Das geht schlichtweg nicht.

Und es ginge nur – und das ist ein Kompromissangebot, Herr Minister –, wenn durch einen Negativkatalog ähnlich der Regelungen in § 28 der Gemeindeordnung die Aufgabenübertragung begrenzt wäre. Diese Auffassung wurde – wenn Ihnen unsere Meinung nicht genügt – auch von Prof. Dr. Ewer beim letzten Schleswiger Forum zum öffentlichen Recht im Juni dieses Jahres vertreten.

Bei allen anderen Änderungen der Amtsordnung sind wir uns ja schon recht nahe gekommen.

Nun zur Gemeindeordnung: Gut ist, dass der Innenminister keine weitere Reduzierung oder Freigabe der Grenze für die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten vorsieht. Besser wäre es, wenn wir die alte Größe von 10.000 statt 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wieder in das Gesetz aufnehmen würden. Gleichstellung bleibt auch im 21. Jahrhundert ein zentrales Thema und sogar die neue Ministerpräsidentin des Saarlandes (CDU) bezeichnet sich selbst als Quotenfrau – das kann also eigentlich nicht alles Teufelinnenwerk sein, sondern gehört zu einer modernen Gesellschaft!

Der Liebe zur Verwaltungsvereinfachung darf die Bürgerbeteiligung – denn sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie – nicht geopfert werden. Daher sollten vom § 47 f, der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, auch von formalen Regelungen die Finger gelassen werden, Seniorenbeiräte gehören verpflichtend in die Kommunalverfassung, ehrenamtlichen Initiativen muss es erleichtert werden, Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen. Zu letzteren sieht unser Gesetzentwurf eine unentgeltliche Beratung, verlängerte Fristen, eine Unterschriftenstaffelung nach Einwohnerzahlen, die Streichung der Beschränkung auf wichtige Aufgaben und ein Anhörungsrecht in der Gemeindevertretung vor. Damit nehmen wir wesentliche Punkte der laufenden „Volksinitiative für mehr Demokratie“ schon jetzt in ein Gesetzesänderungsverfahren auf.

Zu einer weiteren Demokratisierung gehört auch ein Stück Kommunalisierung. Mit der Einführung einer „Großen kreisangehörigen Stadt“ in das Gesetz möchten wir eine bürgernähere und effizientere Aufgabenerfüllung ermöglichen. Wo die Einwohnergrenze für die Begriffsbestimmung gezogen wird, darüber lässt sich streiten. Aber es gibt außer Norderstedt weitere Städte, die einer solchen Aufgabenwahrnehmung sicher gewachsen sind.

Und zur Demokratisierung gehört auch das Recht, in Gemeinden von 4.000 – 8.000 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister direkt und nicht indirekt zu wählen. Eine Schlechterstellung gegenüber anderen Bürgermeistern – wie im Entwurf des Innenministers vorgesehen – würde Wahl und Funktion dieses Amtsträgers entwerten und bleibt unverständlich.

Im Gemeindefinanzrecht möchten wir die Kontrollrechte der Gemeindevertreter gegenüber kommunalen Betrieben und Beteiligungsgesellschaften stärken, denn diese vergessen leider nur allzu oft, wem die Unternehmen gehören, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern. Und deren gewählte Vertreterinnen und Vertreter fühlen sich oftmals nicht ausreichend informiert, was weniger an ihrer mangelnden Sachkunde, sondern im Verhalten der Geschäftsführungen und der hauptamtlichen Verwaltung begründet zu sein scheint. Daher dienen klare gesetzliche Berichtspflichten auch dem Frieden zwischen beiden Seiten.

Es ist gut, dass der Innenminister seine für das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz vorgeschlagene Reduzierung der Sollzahlen der Vertreterinnen und Vertreter zurückgenommen hat. Denn eine geringere Vertretungsdichte der Einwohnerinnen und Einwohner hätte zu weniger Chancen auf Vertretung in der Selbstverwaltung gerade für neue Gruppierungen geführt und eine deutlich Arbeitsmehrbelastung für alle zur Folge gehabt. Und im Bundesvergleich sind wir hier sowieso im unteren Bereich.

Die Veränderungen im Verhältnis Listen- zu Wahlkreisbewerbern, bei dem Zählverfahren, den Abweichungsgrenzen bei den Wahlkreisen sowie der Mindesteinwohnerzahl zur Bildung einer Gemeindevertretung sind richtig und stoßen wohl auf Zustimmung bei allen Fraktionen. Allerdings halten wir es für erforderlich, in die Gemeindeordnung eine Vorschrift über die Staffelung der Vertreterzahl zur Bildung einer Fraktion aufzunehmen. Das ist unser Vorschlag zu § 32 a der Gemeindeordnung. Denn nach dem Fortfall der 5 %-Hürde ist Bewegung in der politischen Landschaft der Kommunen entstanden. Das mag man je nach Betroffenheit unterschiedlich mögen. Es darf aber nicht dazu führen, dass nach Fraktionszerwürfnissen das Einnehmen von Fraktionszuwendungen der wesentliche Existenzzweck einer politischen Gemeinschaft wird. Da müssen Grenzen gesetzt werden.

Den Vorschlägen von Bündnis 90 / Die Grünen zur Förderung der freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen – mit dem Ziel, dass es weniger und nicht mehr Gemeinden werden - stehen wir positiv gegenüber. Über die Details müssen wir noch reden.

Trotz Vorwahlkampfzeiten macht es auch Freude, mal wieder Gemeinsamkeiten zu benennen. Das macht uns aber nicht frei davon zu vergessen, dass es erforderlich bleibt,

die Aufgabenverteilung zwischen dem Land und den Kommunen sowie den Kommunen untereinander mit dem Ziel größerer Effizienz grundlegend neu zu ordnen;  
die kommunalen Aufgaben und ihre Finanzierung in einem Leistungsgesetz zu beschreiben;  
eine umfassende kommunale Verwaltungsstrukturreform vor allem im kreisangehörigen Bereich vorzubereiten sowie  
das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt in der kommunalen Selbstverwaltung zu überprüfen  
und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den kommunalen Vertretungsgremien auf den Weg zu bringen.

Am 07. Mai 2012 fangen wir damit an!

**Keine Kommentare**

Artikelarchiv 2011

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 31.08.2011, 17:42 Uhr - 3334 Clicks - Nr. 874

**SPD Reinbek: Vorstandswahlen und Rathauskritik**

Reguläre Vorstandswahlen und aktuelle kommunalpolitische Fragen stehen auf der Tagesordnung der nächsten öffentlichen Mitgliederversammlung der Reinbeker SPD am Mittwoch,

den 14.09.11 um 19.30 Uhr im Reinbeker Rathaus.

Vorsitzender Klaus-Peter Puls: "Wir wollen uns mit einem starken Team auf die in den nächsten zwei Jahren besonders zahlreichen Wahlen in Land und Bund, Kreis und Stadt inhaltlich und organisatorisch einstellen und vorbereiten." Unter dem "Themenschwerpunkt Kommunales" erhofft sich Puls nicht nur Anregungen und Diskussionsbeiträge der Parteimitglieder: "Unsere Versammlungen sind generell öffentlich. Bürgerbeschwerden und kritische Anmerkungen zur Rathausarbeit von Politik und Verwaltung sind nicht nur zugelassen, sondern ausdrücklich erwünscht."

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 31.08.2011, 21:43 Uhr - 5365 Clicks - Nr. 875

#### **Besuch beim Gliner Bürgermeister**

Die letzte Station seiner Sommertour 2011 führte Martin Habersaat in diesem Jahr ins Gliner Rathaus. Habersaat nutzt die politisch etwas ruhigere Sommerzeit jedes Jahr für Hintergrundgespräche und gegenseitigen Austausch mit den Verwaltungschefs seines Wahlkreises. Mit Bürgermeister Rainhard Zug unterhielt sich der Landtagsabgeordnete über bildungspolitische Entwicklungen in Land und Stadt, Gemeinde- und Ländergrenzen überschreitende Zusammenarbeit sowie die in Glinde anstehenden Projekte.



Rainhard Zug berichtete vom aktuellen Stand der Angebote in der Kinderbetreuung für die kleinsten Glinerinnen und Gliner. Die neue Kita „Zwergenwache“ nahm 2011, früher als geplant, ihren Betrieb auf und ist bereits voll, eine weitere neue Einrichtung wird folgen müssen. Zug: „Es sieht danach aus, als bräuchten wir für 40-60 Prozent unserer Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze.“ Einig waren sich beide in der Prognose, dass die Bevölkerungszahlen in Südstormarn in absehbarer Zeit nicht zurückgehen werden. Umso wichtiger sei es, auch auf Landesebene faire Förderinstrumente zu entwickeln, um den Kommunen dabei zu helfen, die nötige Infrastruktur für Bildung und Betreuung zu schaffen.

Sanierungsprogramme für die Gliner Schulen sind abgeschlossen, laufen gerade oder sind, wie im Falle der Gemeinschaftsschule Wiesenfeld, in Planung. Zug: „Wenn wir das geschafft haben, ist Glinde gut davor. Mein Wunsch an Land und Bund wäre, nun dabei zu helfen, sozialpädagogische

Unterstützung an alle Schulen zu bringen." Gemeinsam geht es besser - diese Erkenntnis gelte auch für andere Bereiche, stellten beide fest. Mit dem e-Werk sei ein gemeinsames Südstormarner Projekt im Entstehen, das hoffentlich das Vertrauen für weitere Schritte bereite. Aus der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ berichtete Habersaat, dass die Kooperation von Ländern oft die gleichen Schwierigkeiten überwinden müsse wie die von Städten und Kommunen.

Insgesamt, stellte Habersaat fest, habe sich in Glinde in den vergangenen Jahren sehr viel getan, von Markt und Mühlencenter über das Schulsanierungsprogramm und den Neubau der Feuerwache bis hin zum Neubaugebiet „An der alten Wache“. „Glinde ist dadurch tatsächlich zu einer sehr jungen Stadt geworden, die für ihre Kinder und Jugendlichen auch die nötige Infrastruktur schafft. Südstormarn ist eine der wirtschaftlich stärksten Regionen des Landes, das sollte sich auch durch ein überdurchschnittliches Bildungsangebot abbilden!"

Foto: Martin Habersaat und Rainhard Zug

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 01.09.2011, 08:33 Uhr - 12710 Clicks - Nr. 876

**SPD-Antrag zur Kreisumlage**

**Die SPD-Kreistagsfraktion legt einen eigenen Antrag für die Zukunft der Kreisumlage vor**



„Es ist sicher löblich, dass die Verwaltung versucht, die Selbstverpflichtung zur Haushaltskonsolidierung mit einer mittelfristigen Planungssicherheit für Städte und Gemeinden zu verbinden.

Allerdings halten wir den Verwaltungsvorschlag, die Höhe der Kreisumlage direkt an die finanziellen Schwankungen des Kreishaushaltes zu koppeln, nicht für den geeigneten Weg,“ führt der Fraktionsvorsitzende Kai Dolgner aus.

„Wenn uns die Steuereinnahmen wieder wegbrächen, dann würde der Verwaltungsvorschlag dazu führen, dass wir die Kreisumlage erhöhen müssten. Wenn aber unsere Steuereinnahmen wegbrechen, tun sie dieses gleichzeitig auch bei den Städten und Gemeinden, so dass eine Erhöhung der Kreisumlage in dieser Situation, die Haushaltskrise vor Ort noch zusätzlich verschärft. Andererseits, wenn die Konjunktur besser lief, würden die Einsparungsbemühungen schnell erlahmen, da eventuelle Verbesserungen nicht zum Schuldenabbau in den Haushalt sondern in die Absenkung der Kreisumlage einfließen.

Wir wollen die Höhe der Kreisumlage nicht an die schwankende, unplanbare Konjunktur koppeln sondern daran, wofür die Kreise eigentlich da sind, an die Aufgabenerfüllung! Bleibt es bei der Aufgabenteilung dann bleibt auch die Kreisumlage gleich. Unser Vorschlag gibt in zwei kurzen Sätzen Planungssicherheit weit über das Jahr 2013 hinaus und vermeidet lange, hochgradig

interpretierbare Formulierungen, die bestenfalls sowieso nur für zwei Haushaltsberatungen wirksam wären.“

Der Antragstext im Wortlaut:

„1.) Kreis und kreisangehöriger Bereich halten bei gleich bleibender Aufgabenteilung eine Kreisumlage von 31% langfristig für angemessen.

2.) Wenn die Übernahme neuer Aufgaben oder die Erweiterung bestehender Aufgaben zu einer Erhöhung der Kreisumlage führen könnten, so wird vor der Aufgabenveränderung der kreisangehörige Bereich beteiligt.“

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 01.09.2011, 12:43 Uhr - 12208 Clicks - Nr. 877

**Gemeinsame Erklärung zum Anti-Kriegstag am 1.9.2011  
von F. Thönnies und W. Biermann vor dem Hintergrund der  
Anschläge vom Juli 2011 in Oslo und auf Utoya**

Am Anti-Kriegstag, dem 01. September 2011, denken viele deutsche Sozialdemokraten an den Beginn des 2. Weltkrieges vor fast 72 Jahren mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen. Während des Kalten Krieges kamen immer wieder die Sorgen vor Konfrontationen auf, die in einer neuen gewaltigen Auseinandersetzung unter Staaten münden könnten.

Es ist fast 40 Jahre her, dass Willy Brandt für seine Entspannungs- und Aussöhnungspolitik am 20. Oktober 1971 in Oslo – in weiser Voraussicht des Auswahlkommittees – den Friedensnobelpreis erhielt. Denn Willy Brandts Politik und dem unerschütterlichen Engagement freiheitsliebender Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland und Osteuropa haben wir es zu verdanken, dass bereits nach zwei Jahrzehnten konsequenter Ostpolitik die Mauer fallen und sich Europa friedlich vereinigen konnte. Norwegische und deutsche Sozialdemokraten hatten dabei stets eng zusammengearbeitet und die Prinzipien dieser Politik des friedlichen Ausgleichs nach außen, aber auch nach innen verfolgt.

Uns als deutsche Sozialdemokraten hatte die norwegische Demokratie beeindruckt, weil sie seit Jahrzehnten von gesellschaftlichen Reformen geprägt war und ist, die die politische Idee des friedlichen Miteinanders unterschiedlicher Kulturen, für Integration, gegen Gewalt und Ausgrenzung förderte.

Genau dagegen – sowie gegen die demokratische Zukunft Norwegens, die Sozialdemokratie und



den Islam, – war der vom kriegerischen Hass erfüllte Terroranschlag gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung und der Massenmord an sozialdemokratischen Jugendlichen gerichtet. Was niemand für möglich hielt, kostete 77 Menschen das Leben.

Viele unserer Freunde in Norwegen empfinden immer noch tiefe Trauer für Freunde oder deren Kinder, die am 22. Juli 2011 ermordet wurden. Die breite Anteilnahme aus der ganzen Welt hat sie fühlen lassen, dass sie dabei nicht allein waren.

Und erneut hat uns Norwegen beeindruckt:

Nach dem Tag der Anschläge in Oslo und auf Utøya war „mehr Offenheit, mehr Demokratie“ die Folgerung in Norwegen, wie es Ministerpräsident Jens Stoltenberg formulierte. Das erinnert an die erste Regierungserklärung des aus Norwegen nach dem Faschismus heimgekehrten Bundeskanzlers Willy Brandt im Herbst 1969 mit seiner Forderung: „Mehr Demokratie wagen“.

Während in Deutschland als Reaktion auf den Terroranschlag gleich wieder über eine Verschärfung der Gesetze diskutiert wurde, beantworteten König, politische Führung und Bevölkerung den erklärten Krieg gegen die soziale Demokratie mit der einfachen Demonstration von Zusammenhalt und Liebe.

Sie folgten dem spontanen Satz der 18jährigen Helle Gannestads von der AUF: "Når en mann kan forårsake så mye ondt – tenk hvor mye kjærlighet vi kan skape sammen?" (Wenn ein Mann so viele Schmerzen zufügen kann, stell Dir vor, wie viel Liebe wir gemeinsam schaffen können?).

Ihr Satz drückte aus, was die ganze norwegische Gesellschaft, voran Premierminister Jens Stoltenberg und Kronprinz Haakon, vereinte: „jetzt erst recht“ stehen Christen, Muslime, alle Glaubensrichtungen zusammen in konsequenter Solidarität miteinander – gegen Rassismus und Hass, für mehr Demokratie und Toleranz, für mehr Integration und Offenheit. Auf allen Plätzen, in Kirchen und Moscheen, mit Blumen und Liedern wiederholten die Menschen diese Botschaften.

Wir sind beeindruckt von der nationalen Gedenkveranstaltung am 21. August 2011, an der die Angehörigen der Ermordeten, König Harald, die politischen Spitzen des ganzen Landes, der Bischof und die Führer der Muslime, Juden, und der anderen religiösen Glaubensgemeinschaften teilnahmen. Als deutsche Sozialdemokraten fühlen wir uns ermutigt von König Haralds Worten: *„Die Tragödie hat uns an die Grundlagen erinnert, die uns alle verbindet in unserer multikulturellen und vielfältigen Gesellschaft. Wir kümmern uns um diese Anerkennung und wir kümmern uns um einander. Lassen Sie uns als Einzelpersonen in aller Klarheit ausdrücken, wofür wir stehen, und lasst uns unsere Chancen nutzen die Gesellschaft in der wir leben in einer positiven Weise zu beeinflussen“.*

Wir nehmen den Anti-Kriegstag am 1. September 2011 zum Anlass, unsere Hochachtung und Unterstützung für die Menschen im befreundeten Nachbarland Norwegen auszudrücken. Norwegen hat für Europa mit seiner Reaktion ein Vorbild gesetzt: In der politischen Kultur der europäischen Demokratien darf es nicht mehr akzeptabel sein, mit gedankenlosen oder aggressiven Sprüchen über die jeweils „anderen“ und mit Fremdenfeindlichkeit den Resonanzboden für Rassismus und

Konfrontation zum Schwingen zu bringen.

Die Erschütterung durch die schreckliche Tat und ihre noch unabsehbaren Folgen für die Menschen muss und wird der Einsicht weichen, dass wir gemeinsam in der Pflicht stehen für die demokratischen Ideale der jungen Menschen, die sich auf Utøya getroffen haben. Auch deshalb bitten wir um Spenden für den Wiederaufbau und Ausbau des Freizeit- und Fortbildungszentrums für die Jugend der norwegischen Arbeiterpartei AUF (siehe Textende).

Uns verbindet in Deutschland und Norwegen die Aufgabe, wirksamer und schneller Maßnahmen und Reformen durchzusetzen, um Schwächen und Defizite in unserer Gesellschaft zu korrigieren und solchen Verbrechen in Zukunft vorzubeugen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die volle Teilhabe an Bildung mit dem Ziel eigenständiger und gemeinschaftsoffener junger Menschen genauso dazu gehört, wie die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Miteinander.

Wir wollen unsere Unterstützung für die norwegische Sozialdemokratie bekräftigen und sie ermutigen, ihren Kurs fortzusetzen: Für mehr Dialog zwischen Staat, Gesellschaft und Minderheiten im Land – für mehr Integration, mehr Toleranz, mehr Bildung, Teilhabe und sozialen Ausgleich.

---

*In Norwegen: Kto.-Nr. 9001.08.84941 „22. Juli-Fondet til gjenreising av Utøya und in Deutschland: Deutsch\_Norwegische Freundschaftsgesellschaft e.V., Kto.-Nr. 8274901, Sozialbank BLZ 37020500, „Aufbau Utøya“.*

*Wolfgang Biermann ist Vorsitzender des SPD-Freundeskreises Norwegen; Außen- und sicherheitspolitischer Berater von Egon Bahr für das European Leaders Network (ELN).*

*Franz Thönnies, SPD-MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe, der Deutsch-Norwegischen Freundschaftsgesellschaft und Co-Vorsitzender der Deutsch-Norwegischen Willy Brandt Stiftung.*

**Keine Kommentare**

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 01.09.2011, 15:20 Uhr - 3761 Clicks - Nr. 878

**HSH: Gleichberechtigung der Standorte sichern!**

Nach dem Bericht der Landesregierung und der Debatte im Landtag über die Situation bei der HSH Nordbank bringt die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag in den Landtag ein, in dem sie Konsequenzen fordert. Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber: Der HSH Nordbank-Vorstandsvorsitzende hat angekündigt, dass bis 2014 rund 1.200 Stellen abgebaut werden sollen. Der Wirtschaftsminister hat die Zahl auf 354 Stellen allein für Kiel präzisiert. Das hätte zur Folge, dass die HSH Nordbank dann in Hamburg rund 1.070 Beschäftigte hat, in Kiel dagegen nur noch rund 780. Dieser große Unterschied ist mit der im Staatsvertrag zur

Fusionierung der ehemaligen Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein festgelegten Gleichbehandlung der beiden Standorte nicht vereinbar: Dort wird eine „auf Dauer angelegte ausgewogene Verteilung der Kompetenzen mit qualifizierten Dauerarbeitsplätzen...“ gefordert. In der Begründung hieß es damals, „die Arbeitsmarktsituation soll an beiden Standorten erhalten bleiben, und zwar auch dann, wenn die angestrebten Synergieeffekte unumgängliche Veränderungen mit sich bringen“.

Genau dies fordern wir in einem Antrag ein. Wir wollen zudem, dass das Parlament und nicht die Landesregierung entscheidet, ob eine Einmalzahlung von 250 Millionen Euro an das Land als Kapitalerhöhung an die Bank zurückgeführt wird.

Unser Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, der im Staatsvertrag vom 4. Februar 2003 vereinbarten Gleichrangigkeit der Standorte Kiel und Hamburg hohe Priorität einzuräumen und diese Forderung als Priorität in den Aufsichtsrat und seine Gremien einzubringen. Die von Minister de Jager in der Landtagssitzung am 26. August 2011 postulierte Gleichrangigkeit der Standorte Kiel und Hamburg soll mit Nachdruck eingefordert werden:

\* Der in der Vergangenheit überproportionale Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen am Standort Kiel muss im Zuge der Umstrukturierung ausgeglichen werden.

\* Der vom Vorstandsvorsitzenden Lerbinger im Interview in der WELT vom 27. August 2011 angekündigte Umstrukturierungsprozess soll dazu genutzt werden, Parität zwischen den Standorten herzustellen, das betrifft die Anzahl der Arbeitsplätze, die Qualifikationsprofile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bedeutung der an den jeweiligen Standorten vertretenen Unternehmensbereiche.

2. Über eine Erhöhung des Stammkapitals aus Landesmitteln entscheidet das Parlament.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 01.09.2011, 17:23 Uhr - 15144 Clicks - Nr. 879



Mit großer Mehrheit wurden die bisherige Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen und Stefan Bolln als Kandidaten für die beiden Steinburger Wahlkreise ins Rennen geschickt.

Birgit Herdejürgen, derzeit stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin, ging in ihrer Rede auf der Wahlkreiskonferenz auf Chancen und Probleme der zukünftigen Politik ein. Die schwierige finanzielle Lage des Landes sei der Ausgangspunkt für zukünftige Entscheidungen einer Regierung.

„Schleswig-Holstein leistet sich nicht mehr Lehrer oder mehr Polizisten, als andere Bundesländer, ist aber durch die Schulden stark belastet,“ so Herdejürgen. „Deshalb dürfen wir keine Versprechungen machen, die wir nicht halten können. Die SPD in Schleswig-Holstein hat Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeitet.“

Gleichzeitig gilt es, Schleswig-Holstein fit zu machen für Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung, bei technischen Herausforderungen und dem Klimawandel. „Reine Kürzungen helfen nicht weiter. Wir müssen Strukturen verändern, um Schleswig-Holstein zukunftsfest zu machen.“

Für Birgit Herdejürgen liegen im finanziellen Druck Chancen, sich von alten Zöpfen zu

verabschieden und damit Platz zu machen für neue Ideen. Dies mache eine moderne Partei aus.

„Den Menschen ist durchaus zu vermitteln, dass die Struktur der öffentlichen Haushalte ungesund ist. Kürzungen müssen aber als gerecht empfunden werden und dürfen nicht am grünen Tisch über die Köpfe der Beteiligten hinweg beschlossen werden. Für Steuersenkungsphantasien ist kein Platz.“

Oft genüge es, den gesunden Menschenverstand einzuschalten. Denn dass Investitionen in Infrastruktur nachhaltiger wirken als z.B. einzelbetriebliche Förderung, sei klar. Dass Investitionen in Bildung, in Suchtprävention, in Gewaltprävention nachhaltiger und auch kostengünstiger seien, als Aufwendungen für einen Reparaturbetrieb, sei auch nachvollziehbar. Die derzeitige Landesregierung habe dies nicht berücksichtigt.

Bezogen auf den Wahlkampf ist Birgit Herdejürgen optimistisch: „Was uns alle eint und durch den Wahlkampf tragen wird ist die Überzeugung, dass Menschen sich füreinander einsetzen müssen und dass wir in der Verantwortung sind, diese Solidarität zu organisieren. Und das können wir am Besten.“

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 01.09.2011, 20:33 Uhr:

**RE: Wir können es besser**

*Ich gratuliere zur erneuten Nominierung und wünsche Euch weiter viel Erfolg mit der eigenen Webseite bei SPD-NET-SH, der Internetkooperative der SPD-Kreisverbände.*

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 02.09.2011, 11:18 Uhr - 6920 Clicks - Nr. 880

**Führungswechsel bei der SPD-Fraktion nach 15 Jahren  
In der gestrigen Fraktionssitzung hat die SPD-Fraktion turnusgemäß den Vorstand neu gewählt.  
Mit einem einstimmigen Ergebnis wurde der Stadtvertreter Jürgen Lange zum neunten Vorsitzenden gewählt.**



In der gestrigen Fraktionssitzung hat die SPD-Fraktion turnusgemäß den Vorstand neu gewählt. Mit einem einstimmigen Ergebnis wurde der Stadtvertreter Jürgen Lange zum neunten Vorsitzenden gewählt. Johannes Paustenbach hatte sich nach 15 Jahren an der Spitze der Fraktion, aus beruflichen Gründen, entschieden nicht wieder für den Vorstand zu kandidieren. Die Fraktion hatte diesen Schritt sehr bedauert.

Jürgen Lange würdigte in der Sitzung die Arbeit seines Vorgängers. „Johannes Paustenbach hat über 15 Jahre die Arbeit unserer Fraktion maßgeblich geprägt. Sein Rückzug aus dem Vorstand ist ein Verlust für die Fraktionsarbeit“ ,so Lange. „Ich bin sehr froh darüber, dass er uns als Stadtvertreter und Fraktionsmitglied erhalten bleibt.“

Ebenfalls mit einer neuen Funktion betraut wurde die Vorsitzende der SPD-Norderstedt Katrin Fedrowitz. Gemeinsam mit der stellvertretenden Stadtpräsidentin Sybille Hahn wird sich Fedrowitz künftig als stellvertretende Fraktionsvorsitzende engagieren.

Ganz neu in den Vorstand wurde Tobias Schloo gewählt. Das bürgerliche Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr gehört dem Fraktionsvorstand künftig als Beisitzer an. An dieser Stelle wurden auch Uwe Engel, Bernd Kiehm und Nicolai Steinhau-Kühl in ihren Ämtern bestätigt.

### **Persönliche Erklärung von Johannes Paustenbach**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bei der geschäftsordnungsgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstandes - in der SPD-Fraktion geschieht das drei Mal während der fünfjährigen Wahlperiode - bin ich als Fraktionsvorsitzender nicht wieder angetreten.

Die Gründe sind beruflicher Natur. Ich bin in Hamburg-Niendorf Schulleiter der "Stadtteilschule Niendorf". Nachdem in Hamburg parteiübergreifend nach der Grundschule das sog. "Zwei-Säulen-Sytem" eingeführt wurde,

hat sich meine Schule, hervorgegangen aus der Gesamtschule Niendorf, grundlegend geändert:

wichtige Parameter:

- Aufbau einer voll gebundenen Ganztagschule,
- Fusion mit einer auslaufenden Haupt-und Realschule,
- Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe im Rahmen von G9 mit 70 - 80 Schülern pro Jahrgang in Jahrgang 11 und 12,
- Entwicklung von der integrativen zur inklusiven Bildung.

Diese strukturellen Veränderungen werden begleitet von weiteren inhaltlichen und konzeptionellen Entwicklungen und der Tatsache, dass in den nächsten zwei - drei Jahren für ca. 15.- 17 Mio € neue Unterrichtsgebäude nach modernen pädagogischen Gesichtspunkten an meiner Schule geplant und errichtet werden.

Mit Gründung der Stadtteilschule Niendorf im Sommer 2010 veränderte sich in Folge dieser Entwicklung die Schülerzahl gravierend von 700 auf heute ca. 1100, die Zahl der Lehrer und anderen tätigen Erwachsenen von ca. 70 auf heute ca. 140.

In den letzten Monaten wurde mir klar, dass ich den gewachsenen beruflichen Aufgaben und den Aufgaben als Fraktionsvorsitzender nicht mehr gleichzeitig und gleichwertig in den von mir selbst gestellten Ansprüchen und Erwartungen gerecht werden konnte. Die Veränderung meiner beruflichen Rahmenbedingungen fordern meine uneingeschränkte Kraft und

Engagement.

Nach 15 Jahren Fraktionsvorsitzender in der SPD-Fraktion Norderstedt habe ich mich deshalb entschlossen, anders als ursprünglich gewollt, die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden vor Ende der Wahlperiode aufzugeben.

Mit Jürgen Lange hat die Fraktion einen fähigen, kompetenten und politisch erfahrenen Nachfolger gewählt. Ich freue mich besonders über sein einstimmiges Wahlergebnis. Gleichzeitig ist es mit der Wahl von Tobias Schloo, als neuem Beisitzer, gelungen einen engagierten Nachwuchspolitiker in den Vorstand zu wählen.

Nach 15 Jahren als Fraktionsvorsitzender in der SPD-Fraktion werde ich jetzt als normales Fraktionsmitglied und Stadtvertreter weiter arbeiten und freue mich darauf, mich wieder mehr auf die politische Sacharbeit konzentrieren zu können.

Bei meiner Fraktion und bei allen, die mit mir in der Funktion des Fraktionsvorsitzenden zu tun hatten, bedanke ich mich für das erwiesene Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen  
Johannes Paustenbach

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 02.09.2011, 19:44 Uhr - 5501 Clicks - Nr. 881

**Schulze: Pumpspeicherwerk Geesthacht fit machen für die Energiewende**

*Zur Ankündigung der CDU- und der FDP-Fraktion, wonach das Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht ab dem 1. Oktober 2011 wieder wirtschaftlich arbeiten können soll, sagt der Geesthachter Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:*



"Angesichts der Bedeutung von Pumpspeicherkraftwerken als Energiespeicher und damit als Voraussetzung für die Energiewende hin zur ausschließlichen Nutzung erneuerbarer Energien muss auch das Pumpspeicherwerk in Geesthacht fit gemacht werden.

Darin besteht sicher bei allen Fraktionen im Landtag Einigkeit.

Nach dem Willen der Regierungsfractionen soll dafür das Gesetz zur Erhebung der Oberflächenwasserabgabe geändert und für das Pumpspeicherkraftwerk der bisherige Erhebungssatz auf nur noch ein Zehntel abgesenkt werden. Dieser Vorschlag einer gesetzlichen Änderung für lediglich ein - von Vattenfall betriebenes - Unternehmen muss sich natürlich den Anforderungen des Wettbewerbsrechts stellen, sonst wäre er willkürlich und würde zu Klagen anderer Unternehmen führen. Ich begrüße das Ziel der Gesetzesänderung, wenn diese das

Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht fit macht als Baustein für die Energiewende. Wir werden die vorgesehene Gesetzesänderung aber genau prüfen und hinterfragen, damit die Gerichte sie nicht einkassieren und zum Gesetzes-Flopp machen.

In diesem Zusammenhang werden wir auch klären, ob und wie sichergestellt werden kann, dass die Energie zum Hochpumpen des Elbwassers in Geesthacht durch erneuerbare Energien – am besten aus Windkraftwerken an der Ostküste – bereit gestellt wird. Wenn die Energie jedoch über Hamburger Leitungen aus Atom- oder Kohlekraft eingespeist werden soll, hätte dies einen bitteren Nachgeschmack angesichts der von allen Fraktionen gewünschten Energiewende."

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.09.2011, 22:25 Uhr - 6515 Clicks - Nr. 882

#### **SPD nominiert Tobias von Pein in Stormarn-Mitte**

Die SPD-Mitglieder des Wahlkreises 30 (Stormarn-Mitte) haben Tobias von Pein als Kandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 nominiert. Der 26jährige Großhandelskaufmann erhielt bei der Wahlkreisversammlung 33 Ja-Stimmen (4 Nein, 1 Enthaltung). Neben den stimmberechtigten Mitgliedern konnte der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat im Ahrensburger Peter-Rantzau-Haus 20 interessierte Gäste begrüßen.



Die vorgezogene Landtagswahl sei durchaus nötig, befand er. Und während die SPD ihren Spitzenkandidaten Torsten Albig basisdemokratisch nominiert habe, werde den CDU-Mitgliedern gerade in Zentralkonferenzen verkündet, warum ein Spitzenkandidat der richtige sei, der die Universität Lübeck abwickeln wollte.

„Wir lassen niemanden zurück!“ -Von dieser sozialdemokratischen Grundüberzeugung ausgehend entwarf von Pein sein politisches Programm. Von Chancen in der Bildung und der Notwendigkeit offener Hochschulzugänge kam er auf Chancen für Migrantinnen und Migranten zu sprechen, bevor er sich der Finanz- und Wirtschaftspolitik zuwandte: „Der Staat muss den Märkten Regeln setzen“ war eine seiner Thesen, eine andere: „Haushalte konsolidieren wir nur, wenn wir sagen: Der Staat braucht Steuereinnahmen.“ Er wolle den Erneuerungsprozess der SPD begleiten und ihm ein junges Gesicht geben. „Wir müssen die sozialdemokratischen Werte immer wieder in moderne Politik zu übersetzen.“ Diese solle auch vor Ort Präsent sein, beispielsweise mithilfe eines mobilen Wahlkreisbüros.

Jochen Proske, Vorsitzender der SPD Ahrensburg, lobte den Bewerber: „Er ist ein guter Kandidat, den es lohnt zu unterstützen.“ Die Stärke der SPD liege auch in der bunten Zusammensetzung ihrer Fraktion, neben erfahrenen Kandidaten müsse es auch jüngere geben, schließlich sei die SPD eine

Partei für alle Generationen. Dass Tobias von Pein mit seinen jungen Jahren schon einiges an beruflicher Erfahrung mitbringt, machte er im Rahmen der Aussprache deutlich: Dem Realschulabschluss in Trittau folgten die kaufmännische Ausbildung in Ahrensburg und Hamburg und ein Studium der Sozialökonomie, das er 2010 mit einem Bachelor abschloss (Thema: Arbeitsmarktpolitik). Es folgten das Masterstudium und eine Tätigkeit als Seminarleiter in einem Hamburger DGB-Bildungswerk. Eckart Kuhlwein hatte die Versammlung geleitet beendete sie zuversichtlich: Tobias von Pein werde es schaffen, prognostizierte der Ammersbeker und erinnerte an eine andere Politikerkarriere, die mit einer Landtagskandidatur in jungen Jahren in diesem Wahlkreis ihren Anfang genommen hatte - seine eigene.

Die Wahlkreiskonferenz in Stormarn Nord findet am 9. September ab 19.30 Uhr im Bürgerhaus Bad Oldesloe statt. Bisher einzige Bewerberin ist Susanne Danhier aus Bargtheide. In Stormarn Süd bewirbt sich Martin Habersaat am 23. September (19.00 Uhr, Rathaus Reinbek) erneut um die Kandidatur für ein Landtagsmandat.

Foto: Bald Kollegen im Landtag? Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat gratuliert Tobias von Pein zu seiner Nominierung.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 03.09.2011, 10:39 Uhr - 3488 Clicks - Nr. 883

#### **Richtfest für den neuen Bauhof**

Bei strahlendem Sonnenschein mit vielen Gästen konnte die Gemeinde Barsbüttel nun im Hanskampring 11 das Richtfest für den neuen Bauhof feiern. Im Stahlbausystem werden die neuen Gebäude derzeit im Barsbüttler Gewerbegebiet errichtet. Mit dabei waren zahlreiche Gäste aus Guipavas und Callington, die an diesem Wochenende das 25jährige Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Barsbüttel und Guipavas feiern.



Ein Vertreter der Baufirma übernahm den Richtspruch, dankte den fleißigen Handwerkern und wünschte dem Haus, dass es allzeit verschont bleibe von Unwetter und Feuer sowie Segen für die Menschen, die an diesem Ort in Zukunft arbeiten. Gesprochen wurden diese Worte von Dach eines der neuen Gebäude aus, das auch Bürgermeister Thmoas Schreitmüller erklommen hatte, „für einen ersten Stabilitätstest“, wie er augenzwinkernd mitteilte, und um die Gäste im Namen der Gemeinde zu begrüßen.

Mit dabei waren auch die SPD-Gemeindevertreter Hermann Hanser und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Hanser, Fraktionsvorsitzender der SPD Barsbüttel: „Der Umzug des Bauhofes ist erforderlich geworden, weil auf dem alten Gelände des Bauhofes „Am Akku“ ein neuer Supermarkt und ein Discounter errichtet werden.“ Unter dem Strich mache die Gemeinde durch den Umzug des

Bauhofs ein gutes Geschäft. Habersaat ergänzt: „Gleichzeitig gelingt es uns, den Ortskern Barsbüttels aufzuwerten und die Einkaufsmöglichkeiten der Größe der Gemeinde anzupassen.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 03.09.2011, 22:14 Uhr - 5005 Clicks - Nr. 884

#### **Osterrönfeld „line danced“ sich in die NOK-Romantika**

Bei herrlichem spätsommerlichen Wetter kamen weit mehr als 1000 Besucher auf das neue Osterrönfelder Hafenareal am Nord-Ostsee-Kanal (NOK). Die diesjährige NOK-Romantika, das Lichterfest zwischen Kiel und Brunsbüttel entlang des NOK, war Anlass für über 100 Line-Dancer, sich mit diversen tänzerischen Darbietungen den Besuchern am Kanal zu präsentieren. Die NDR 1 Welle Nord unterstützte das Ereignis mit zwei extra eingespielten Radio-Songs.



Mit viel Elan und Begeisterung schwungen die Line-Dancer des VfL Damp Vogelsang sowie weiterer Vereine das Tanzbein und sorgten damit für viel Begeisterung und Applaus am neuen Schwerlasthafen. Bis spät in die Nacht wurden immer wieder Darbietungen zu verschiedensten musikalischen Stücken präsentiert.

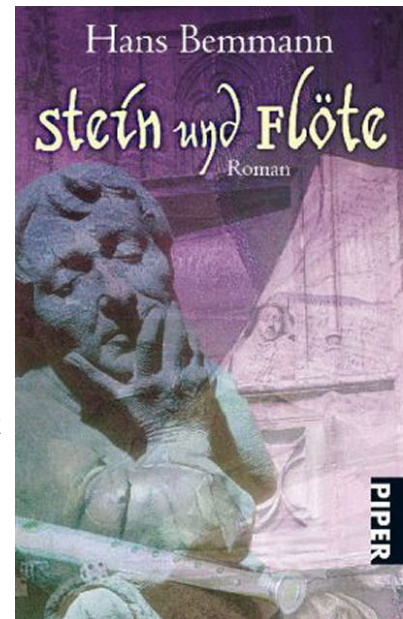
Der eigentliche Hintergrund der NOK-Romantika, den Kanal mit Fackeln, Taschenlampen und weiteren Lichtquellen zu illuminieren und in ein romantisches Lichtermeer zu tauchen, rückte dabei keinesfalls in den Hintergrund. Pünktlich um 21 Uhr waren alle Fackeln und Lichter am Ufer des Kanals versammelt. Die Rendsburger sowie Schacht-Audorfer Nachbarn sorgten ihrerseits für kleine Feuerwerke, die auch in Osterrönfeld gut zu beobachten waren. Dank der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, vorne an die Freiwillige Feuerwehr Osterrönfeld an Getränke- und Wurststand, wurde die NOK-Romantika zu einem Open-Air-Sommerfest der besonderen Art, von dem auch die anwesenden SPD-Vertreter aus Osterrönfeld sehr angetan waren.--

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.09.2011, 13:22 Uhr - 5348 Clicks - Nr. 885

**Rezension: Hans Bemann - Stein und Flöte**

Dieses Buch ist schwer zu fassen. Einerseits ein Märchen mit einfachen Mustern und eher flachen Charakteren wie bösen Wölfen und hübschen Prinzessinnen, andererseits ein Fantasy-Roman, der vielfältig mit seinen Grundmotiven spielt und in der zweiten Hälfte, wenn die einzelnen Mythen und Legenden zueinander in Bezug gebracht sind, doch die nötige Tiefe entwickelt, um den Leser in seinen Bann zu ziehen.



„Wenn einer in die Irre geht, heißt das noch lange nicht, dass er nicht auf dem richtigen Weg ist.“ - Um zu dieser Einsicht zu gelangen, muss Lauscher ein alter Mann werden und sich von den magischen Artefakten trennen, in deren Besitz er in jungen Jahren gelangte: Stein und Flöte.

Fortsetzung: [www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.09.2011, 13:37 Uhr - 5501 Clicks - Nr. 886

**Gastrezension: Geisler / Schultheis - Heile Welten**

**Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft**

**Von Tomas Unglaube** - Bereits seit einigen Jahren zeichnet sich im rechtsextremen Lager der Bundesrepublik eine gefährliche Doppelstrategie ab: Neben offen neonazistischem Gedankengut propagieren die NPD und ihre Nebenorganisationen verstärkt „traditionelle“ Werte, um so auch bürgerliche Wählerinnen und Wähler gewinnen zu können. Gleichzeitig öffnen sich Teile der National-Konservativen vermehrt faschistischem Gedankengut. Beiden Tendenzen spüren Astrid Geisler und Christoph Schultheis in ihrem lesenswerten Buch Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland nach.



Fortsetzung:

[www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de)

**Keine Kommentare**

### **Stark für Gute Pflege!**

*SPD-Kreisvorstand auf Klausurtagung diskutierte Pflegesituation und zog Halbzeitbilanz.*

„Wir brauchen 'Gute Leute' und 'Gute Arbeit', wenn wir 'Gute Pflege' wollen“, so SPD-Kreisvorstandsmitglied Andreas Fleck. „Das bedeutet auch eine bessere Anerkennung der Arbeit in Form besserer Arbeitsbedingungen bei angemessener Vergütung.“

Der angesichts des demographischen Wandels wachsende Bedarf an Pflegebetreuung und ärztlicher Versorgung hatte den Kreisvorstand dazu veranlasst vor rund einem Jahr eine „Werkstatt“ unter Leitung Flecks einzusetzen. Gemeinsam mit Sabrina Jacob, SPD-Vorsitzende in Schacht-Audorf und seit März 2011 ebenfalls Kreisvorstandsmitglied, präsentierte er dem Kreisvorstand während einer Klausurtagung am vergangenen Wochenende die Ergebnisse.

„Priorität muss die Abschaffung des Schulgeldes in der Altenpflegeausbildung haben“, so Sabrina Jacob. Der Zugang zu den Pflegeberufen müsse leicht und attraktiv sein. „Das Schulgeld schreckt junge Menschen von der Ausbildung in den dringend benötigten Berufen ab.“



**Sabrina Jakob**



**Andreas Fleck**

Der SPD-Kreisvorstand wird außerdem zu einer Informationsveranstaltung zur Entwicklung der „Pflege- und Wohnsituation im ländlichen Raum“ am 23. September in Schacht-Audorf einladen.

Der Kreisvorstand zog bei seiner Klausurtagung im Martinshaus Rendsburg eine positive Halbzeitbilanz seiner Amtszeit und plante die Wahlkampfaktivitäten im Landtagswahlkampf 2012.

„Ob Pflegesituation, Bildungsreform oder Energieversorgung – wir haben wichtige Themen für unseren Kreis in den letzten Monaten angepackt und werden auf dem Kreisparteitag im November 2011

entsprechende Beschlussvorschläge vorlegen“, kündigte der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix an.

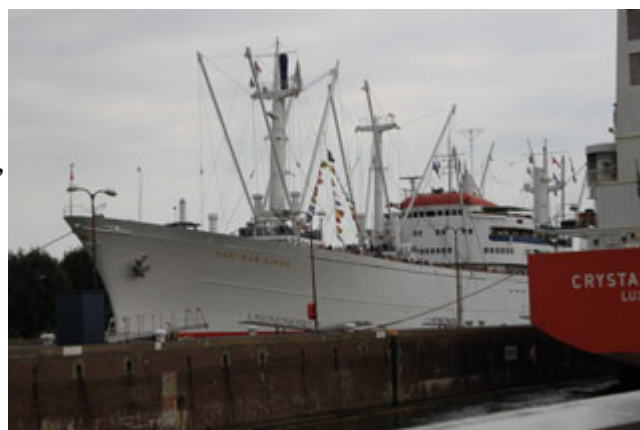
**Keine Kommentare**

### **Eine Zukunft für den NOK!**

*SPD-Kreisvorstand betont Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals für Nordeuropa*

Der Kreisvorstand der SPD-Rendsburg-Eckernförde unterstützt die Lotsenbrüderschaften, die Makler und die Gewerkschaft ver.di“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix. Der Investitionsstau an den Schleusen- und den Kanalanlagen in Kiel und Brunsbüttel sei gewaltig.

Seit Jahren würden sich die Ausfälle der



Schleusen häufen und es sei immer weniger Personal zur Unterhaltung vorhanden.

„Es ist eine verheerende Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung, den Ausbau des Kanals und den Bau einer 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel immer wieder aufzuschieben“, kritisiert der Bundestagsabgeordnete Rix. Damit gefährde die Bundesregierung auch Arbeitsplätze bei den Lotsen, in Maklerbetrieben, Hafengebieten und in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. „Der Besuch des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium Scheuerle (CSU) und dessen Aussage, er hätte sich noch um 450 ebenso wichtige Schleusen zu kümmern, zeigt vor allem eins: Keine Ahnung von der Bedeutung des Kanals“, so Rix.

Den Masterplan über Neubau- und Sanierungsmaßnahmen, den die Bürgermeister Torsten Albig (Kiel), Andreas Breitner (Rendsburg) und Stefan Mohrdieck (Brunsbüttel) verschlugen, begrüßte der SPD-Kreisvorstand. „Die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals geht über Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik weit hinaus. Er ist wichtiger Bestandteil des nordeuropäischen Wirtschaftsraumes und fördert somit auch die gesamte europäische Zusammenarbeit im Ostseeraum“, so Götz Borchert, Europabeauftragter im Kreisvorstand.

„Der Kanal kann nicht auf die Entscheidungen nach den Landtagswahlen warten – wir unterstützen daher den Vorschlag des Landesvorsitzenden Ralf Stegner ein breites Bündnis für den Kanal zu schaffen“, kündigte Sönke Rix an. Wichtig sei auch ein abgestimmtes Auftreten der nördlichen Bundesländer im Bundesrat, um die Bundesregierung an ihre Pflichten in Bezug auf die Bundeswasserstraße im Norden zu erinnern.

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 04.09.2011, 14:57 Uhr - 38810 Clicks - Nr. 889

**Moore sind weiter bedroht – mit Schutzkampagne werben!**

Zum Antrag der Grünen *"Umbruch von Grünland auf Moorstandorten wirksam unterbinden! / Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein "* erklärte Sandra Redmann im Landtag:

Moore haben in Schleswig-Holstein eine große Bedeutung. Das ist hier im Hause sicher unbestritten und bedarf nicht der vertieften Darlegung. Seit 2002 gibt es das Niedermoorprogramm der Landesregierung, das die Regeneration von Niedermooren und die Minimierung von stofflichen Einträgen in oberirdische Gewässer bewirken soll.

Aus ökologischer Sicht sind allerdings auch Hochmoore besonders wertvolle Lebensräume. Daher haben wir in der Großen Koalition gemeinsam mit der CDU die Aktivitäten für den Schutz und die Regeneration von Hochmooren in einem das Niedermoorprogramm ergänzenden eigenen Programm gebündelt.



Über das Ergebnis dieses neuen Moorschutzprogramms liegt uns nun der lesenswerte Bericht der Landesregierung vor, für den ich mich im Namen der SPD-Fraktion beim Umwelt- und Landwirtschaftsministerium bedanke. Unabhängig von den dargelegten Schwierigkeiten in der historischen Flächenerfassung und den unterschiedlichen Datengrundlagen bestehen auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen ca. 94.000 ha und insgesamt ca. 192.000 ha Moorboden, auf

denen Zielkonflikte durch die landwirtschaftliche Nutzung oder andere gesellschaftliche Ansprüche bestehen. Der auf den meisten Flächen bestehende Naturschutz ist daher zwingend erforderlich und darf nicht abgesenkt werden.

Aus diesem Grunde ist der zu diesem TOP vorliegende Sachantrag der Grünen in seiner Richtung nachvollziehbar und unterstützenswert. Legt man jedoch die Beantwortung der Kleinen Anfragen an die Landesregierung zu diesem Thema daneben, entsteht für mich kein klares Bild, ob die bestehenden Vorschriften ausreichend sind oder ob wir den Umbruch von Grünland auf Moorstandorten wirksamer verhindern müssen.

Ziel aller Projekte zum Schutz und zur Renaturierung von Mooren ist natürlich die Wiedervernässung und damit in der Regel die Anhebung des Wasserspiegels oder die Rücknahme von Entwässerungen. Für den Erfolg dieser Projekte spielen drei Faktoren eine wesentliche Rolle: Wasser, Flächenankauf und ausreichend Pufferflächen im Umfeld. Die Erfahrung mit der Umsetzung des Niedermoorprogramms zeigt, dass es wichtig ist, dass Vernässungsmaßnahmen nur im Einvernehmen mit den Eigentümern und betroffenen Anliegern erfolgen. Eine Wiedervernässung kann in der Folge erst dann eingeleitet werden, wenn alle betroffenen Flächeneigentümer zustimmt haben. Diesen Ansatz halte ich für richtig und zukunftsfähig. Neben diesem rationalen Vorgehen und den damit unwidersprochen verbundenen Vorteilen für Umwelt, Natur – als „Hotspots“ der Biodiversität - und Klimaschutz sollten wir nicht vergessen, dass Moore insgesamt weiter bedroht sind. Die Nutzung von Torf in Hausgärten und im Gartenbau und der Umbruch von Grünland auf Moorflächen sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Moore wirken sich in ihrer einzigartigen Faszination auf den Menschen aus, sie wirken geheimnisvoll und romantisch. Diese Faszination sollten wir in einer „Moorschutzkampagne“, wie es der NABU derzeit mit seinem Projekt „von Moorfröschen und Moorgeistern“ bereits vorbereitet, den Bürgerinnen und Bürgern stärker vor Augen führen, um Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen im Einvernehmen mit den Beteiligten noch besser voranzubringen. Dieses Thema sollten wir anhand des Berichts im Umwelt- und Agrarausschuss diskutieren und dann auch dort entscheiden, wie wir mit dem vorliegenden Sachantrag weiter verfahren.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.09.2011, 23:04 Uhr - 6676 Clicks - Nr. 890

#### **SPD diskutiert Inklusion**

Die Foren für Menschen mit Behinderung und Seniorenpolitik luden zu ihrer Sitzung in das Bürgerhaus in Barsbüttel. Als Gast konnte unter zahlreichen anderen der Bundestagsabgeordnete der SPD Franz Thönnies begrüßt werden. „Politik für Menschen mit Behinderungen und für Senioren/Innen war mir schon immer ein großes persönliches Anliegen. Ich freue mich sehr, dass sich diese Foren in der SPD Stormarn gegründet haben. Gemeinsam werden wir uns für unsere Ziele einsetzen,“ so Franz Thönnies.



Die Anzahl der behinderten Menschen und Senioren/Innen in unserer Gesellschaft nimmt stetig zu. Die UN-Behindertenkonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfalt aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert. Die Foren werden sich dafür einsetzen, dass die Inklusion aller Menschen auch und gerade auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Zu diesem Thema wird es im Frühjahr 2012 eine Veranstaltung mit Bettina Hagedorn und Sylvia Schmitt (Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion) in Reinfeld geben. Franz Thönnies sicherte umgehend zu, dass er eine weitere Veranstaltung mit Sylvia Schmitt im direkten Hamburger Umland initiieren wird.

In diesem Kontext wurde während der Sitzung ausführlich über die Barrierefreiheit des ÖPNV im Kreis Stormarn diskutiert. An anschaulichen persönlichen Beispielen wurde erläutert, dass es in unserem Kreis noch sehr viel Nachholbedarf bis zur Barrierefreiheit und somit Teilhabe von Behinderten und Senioren/Innen gibt. Jeder Leser möge sich bitte vor Augen führen wie schwierig es ist, als gehbehinderter Mensch, einen Bahnhof zu erreichen, der nur über lange Treppen erreicht werden könnte. Genauso schwierig ist es für einen Gehbehinderten aus einem Bus aus- oder einzusteigen, wenn der Abstand zur Bordkante immens ist und es gibt leider noch sehr viel mehr Beispiele. Inklusion bedeutet Teilhabe aller Menschen. Jeder Mensch ist einzigartig, jeder Mensch in seiner Behinderung ist einzigartig und wir können es uns als Gesellschaft nicht erlauben eine Vielzahl aus zu schließen.

„Es gibt noch viele Baustellen und somit viel für uns zu erledigen,“ verabschiedete Marion Janssen, „frei nach dem Motto: Nicht ohne uns über uns.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.09.2011, 23:41 Uhr - 6106 Clicks - Nr. 891

**Was Kinder brauchen**

**Montag 12.September, 19.00 Uhr, Schützenhof Bargteheide**

Im Rahmen der 11.Stormarner Kindertage laden der SPD Kreisverband Stormarn und der SPD Ortsverein Bargteheide ein zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Was Kinder brauchen“. Mit dabei sein werden der Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretär a.D. Franz Thönnies und der Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch, der sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ist.



Moderiert wird die Veranstaltung von der stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden Susanne Danhier. Sie sagt: „Die Stormarner Kindertage sind eine wichtige Institution. Leider ist es immer noch notwendig, regelmäßig auf die Bedürfnisse von Kindern in unserer Gesellschaft hinzuweisen. Ich hoffe, dass wir mit allen Gästen

und den beiden Abgeordneten in eine lebendige Diskussion eintreten. Kommunal-, Landes- und Bundesebene sind vertreten, es wird also für alle Themen zuständige Ansprechpartner geben.“

**Keine Kommentare**

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 05.09.2011, 11:42 Uhr - 3917 Clicks - Nr. 892

#### **SPD fordert Bericht zur Partikeltherapie-Anlage**

Die SPD-Landtagsfraktion bringt einen Antrag in den Landtag ein, in dem sie von der Landesregierung einen mündlichen Bericht über die aktuelle Situation am Partikeltherapiezentrum Kiel (NRoCK) fordert. Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber: Obwohl es in Heidelberg eine funktionierende vergleichbare Anlage im Patientenbetrieb gibt, hat die Siemens AG Mitte Juli erklärt, dass sie aus den Verträgen zur Errichtung von Anlagen für Partikeltherapie zur Krebsbehandlung in Marburg und Kiel aussteigen wird. Die Anlage in Marburg soll künftig als Forschungs- und Entwicklungsanlage dienen, das Projekt werde in Shanghai fortgeführt. In Presseberichten wird inzwischen darüber spekuliert, die bereits eingebaute und technisch funktionsfähige Anlage am North European Radiooncological Center Kiel (NRoCK) solle wieder demontiert und nach China verbracht werden. In unserem Antrag "Zukunft der Anlage für Partikeltherapie in Kiel" bitten wir die Landesregierung um einen mündlichen Bericht über die aktuelle Situation des Partikeltherapiezentrums in der nächsten Tagung.

Dabei sollen vor allem folgende Fragen berücksichtigt werden

1. Wie beurteilt die Landesregierung eine mögliche Stilllegung und Demontage der Anlage in Kiel unter gesundheitspolitischen Aspekten, vor dem Hintergrund,

- \* dass weltweit die Vorteile dieser Technologie zur Behandlung sonst kaum therapierbarer Krebserkrankungen in Studien nachgewiesen worden sind und deshalb aktuell zwei Anlagen in den USA von japanischen Herstellern errichtet werden?
- \* dass die Kieler Partikeltherapieanlage sowohl mit Protonen als auch mit Kohlenstoffionen behandelt und damit ein herausragendes Standortmerkmal besitzt?
- \* dass der Gemeinsame Bundesausschuss GBA auch in Deutschland Behandlungen für eine Reihe von Indikationen zugelassen hat und für weitere Indikationen Studien beauftragt hat?
- \* dass das NRoCK in Kiel mit dem Verband der Ersatzkassen (vdek) einen Versorgungs- und Vergütungsvertrag für derzeit 17 Indikationen abgeschlossen hat mit der Maßgabe, dass in Abstimmung mit den norddeutschen Ländern mit dieser einen Anlage Patienten aus ganz Norddeutschland versorgt werden und so Kosten treibende Überkapazitäten verhindert werden?

2. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen

- \* für das Gesundheitsland Schleswig-Holstein, wenn es mit dem Abbau der Anlage in Kiel auf lange Zeit kein vergleichbares Angebot einer bestmöglichen Therapie für bestimmte Krebserkrankungen in Norddeutschland geben wird?
- \* für die Ostseestrategie des Landes, wenn eine bereits begonnene Zusammenarbeit des NRoCK mit

Norwegen, Dänemark, Litauen und anderen Ostseestaaten abgebrochen wird?

\* auf die Vereinbarung mit Hamburg, nach der Hamburg auf die Errichtung einer Partikeltherapie-Anlage verzichtet und sich Schleswig-Holstein am XFEL von DESY finanziell beteiligt?

3. Wie beurteilt die Landesregierung den Ausstieg von Siemens unter technologischen Aspekten vor dem Hintergrund

\* dass die Entwicklung der Schwerionentherapie in Deutschland über viele Jahre mit erheblichen Steuergeldern gefördert worden ist?

\* dass Siemens die Arbeiten in Shanghai fortführen will und damit möglicherweise erneut in Deutschland entwickelte Technologie zur Verwertung ins Ausland abgegeben wird?

4. Wie beurteilt die Landesregierung Überlegungen, wissenschaftspolitische und gesundheitspolitische Interessen zu bündeln und die Anlage in Kiel in Zusammenarbeit von NROCK, PTB Braunschweig und GSI Darmstadt zu betreiben?

5. Wird die Landesregierung ihrer wissenschafts- und gesundheitspolitischen Verantwortung nachkommen und eigene Initiativen zur Sicherung der Nutzung dieser Technologie für Gesundheitsversorgung und Forschung in Kiel ergreifen?

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 05.09.2011, 14:13 Uhr - 89824 Clicks - Nr. 893

**„Landwirtschaft in SH präsentiert sich zukunftsfähig“**

**Norla-Besuch von Torsten Albig und Ulrike Rodust**

*Rendsburg:* „Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft ist im europäischen Vergleich gut aufgestellt.“ Davon haben sich die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust und der Kieler Oberbürgermeister und SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig am Sonntag nach einem gemeinsamen Norla-Besuch überzeugt gezeigt.



Der Kieler Oberbürgermeister und die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament besuchten mit dem Vorstand des Bauernverbandes die Agrar- und Verbrauchermesse in Rendsburg. Neben Gesprächen mit der Messeleitung und dem Präsidenten des Bauernverbands Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, standen unter anderem Besuche bei der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung, bei den Landfrauen und bei der Landwirtschaftskammer auf dem Programm.

Auch nach einem für viele Betriebe im Norden nicht einfachen Jahr habe sich die schleswig-

holsteinische Landwirtschaft bei der Norla vielseitig und zukunftsfähig präsentiert, so Rodust. „Jetzt ist es wichtig, dass sich alle Verantwortlichen weiterhin konstruktiv an der Diskussion um die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) beteiligen. Wir brauchen eine starke Landwirtschaft, die sich auf einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft verlassen kann.“

Gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein seien die wechselseitigen Abhängigkeiten offensichtlich: „Starke Städte sind auf einen intakten ländlichen Raum angewiesen und ein funktionierender ländlicher Raum braucht gesunde landwirtschaftliche Betriebe“, so Albig. Niemand wolle sich deshalb Schleswig-Holstein ohne einen lebendigen ländlichen Raum vorstellen.

**Keine Kommentare**

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 05.09.2011, 14:14 Uhr - 3508 Clicks - Nr. 894

#### **Ralf Stegner beim stimmungsvollen Sommerfest in Steinfeld**

Beim traditionellen Sommerfest der Ortsvereine des Amtes Süderbrarup in Steinfeld-Krock am 3. September 2011 freuten sich die über 130 Besucherinnen und Besucher über den Besuch vom SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner. Ralf Stegner nahm sich die Zeit von Tisch zu Tisch zu gehen, um sich mit den Anwesenden zu unterhalten.

Auch die Landtagsabgeordnete Birte Pauls, der Kreisvorsitzende und gleichzeitig Ortsvereinsvorsitzende Süderbrarup und Mitveranstalter Ralf Wrobel, der DGB-Kreisvorsitzende und stellvertretende Kreistagspräsident Holger Groteguth und Reinhard Vieth von der AfA Schleswig-Flensburg führten viele Gespräche bei Kaffee und leckeren Kuchen auf dem gelungenen Fest bei schönstem Sommerwetter.

Die Kinder – aber auch Erwachsenen – nutzten die vielen angebotenen Spielgeräte und beim SPD-Glücksrad winkten attraktive Preise. Abends konnten die Kleinen noch über das große Gelände auf Ponys reiten, die von einem benachbarten Ferien-Reiterhof bereitgestellt wurden.

Bis in die späten Abendstunden genossen die Anwesenden die laue Sommernacht und die vielen lukullischen Angeboten.

Foto: Andreas Walther

Auf dem Foto von rechts nach links: Ralf Stegner, Anne Marxen, Ralf Wrobel

Kommentar von [Dr. jur. Theodor von Campe](#) vom 06.09.2011, 13:35 Uhr:

#### **RE: Ralf Stegner beim stimmungsvollen Sommerfest in Steinfeld**

*Hat Jemand dem Genossen Stegner gesagt, er möge dafür eintreten, den Hartz-4-Mist im Sinne von Uwe Döring abschaffen und sich dafür einsetzen, die Gesetze der Nazis abzuschaffen, als anstatt mit denen zu regieren, was er als IM ja tat.....*

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 05.09.2011, 16:30 Uhr - 17674 Clicks - Nr. 895

#### **Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen von Autoliv und Norma**

SPD-Kreisverband erklärt sich mit den streikenden und demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen von Autoliv und Norma solidarisch.

Lieber Uwe Zabel, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
als Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Pinneberg möchte ich den streikenden und demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen von Autoliv und Norma solidarische Grüße übermitteln.

Ich finde, es ist nicht einzusehen, wenn Management-Fehler über eine Standortverlagerung ins Ausland zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebügelt werden sollen. Für mich und für die SPD im Kreis Pinneberg ist deshalb in dieser Auseinandersetzung klar: Autoliv muss alles dafür tun, die Werke in Rellingen und Norderstedt zu erhalten! Das Unternehmen muss sich dabei dazu verpflichten, so viele seiner Beschäftigten zu behalten, wie irgend möglich.



Und das Unternehmen muss sich an die Spielregeln der Sozialpartnerschaft halten. Das heißt: Jetzt ist nicht die Zeit für Management-Entscheidungen über die Köpfe der Belegschaft hinweg, sondern für ernsthafte Verhandlungen mit Gewerkschaft und Betriebsrat! Wenn Entlassungen unvermeidbar sind, darf dies nur in Verbindung mit Sozialplan und Sozialtarifvertrag der Fall sein – inklusive Abfindungszahlungen und Transfergesellschaft.

Die Kolleginnen und Kollegen in Rellingen und Norderstedt leisten unbestritten gute Arbeit – sie dürfen jetzt nicht Opfer einer Kostensenkungsstrategie und Standortverlagerung nach dem Motto „Geiz ist geil“ werden!

Die SPD im Kreis Pinneberg steht solidarisch an der Seite der Kolleginnen in Rellingen und Norderstedt. Wir wünschen viel Erfolg bei Streiks und Demonstrationen!

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.09.2011, 11:41 Uhr - 3980 Clicks - Nr. 896

#### **Bundessozialgericht stärkt Hartz IV Bezieher**

Das Bundessozialgericht in Kassel hat erneut Ende August 2011 die Rechte von Hartz IV Beziehern gestärkt. Wer rechtswidrig einer Ein-Euro-Job-Stelle zugewiesen wurde, kann künftig den vollen Lohn vom Leistungsträger verlangen. Durch das Urteil ist es nun leichter, einstweilige Ansprüche gegenüber den Jobcentern geltend zu machen.

Der 4. Senat des Bundessozialgerichts in Kassel hat ein wichtiges Signal gegenüber der rechtswidrigen Vergabe von Ein-Euro-Jobs gesetzt. In einem Grundsatzurteil stellten die obersten Richter klar, dass bei der Zuweisung von rechtswidrigen Arbeitsgelegenheiten (sog. Ein-Euro-Job), Hartz IV Empfänger einen Anspruch auf tarifliche Entlohnung haben. Demnach können Arbeitslosengeld II Bezieher künftig die Jobcenter auf Ausgleichszahlung drängen (Aktenzeichen.: B 4 AS 1/10 R), nicht jedoch den „Arbeitgeber“.

Gutachten: Hartz IV weiterhin verfassungswidrig

Zwei Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung bestätigen die Rechtsauffassung des DGB, dass die Regelbedarfe im Hartz-IV-System und in der Sozialhilfe weiterhin verfassungswidrig sind. Die Gutachten wurden am 5. September 2011 in Berlin vorgestellt.

Anlässlich der Vorstellung der Gutachten von Johannes Münder und Irene Becker zur Bewertung der Regelbedarfe im SGB II und SGB XII im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erklärte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am Montag in Berlin:

„Die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellten Gutachten bestätigen den DGB in seiner Rechtsauffassung, dass die Regelbedarfe im Hartz-IV-System und in der Sozialhilfe weiterhin verfassungswidrig sind. Das Anfang des Jahres im Vermittlungsausschuss gefundene Kompromissergebnis bleibt hinter den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts deutlich zurück.

Der DGB fordert den Gesetzgeber auf, die Regelbedarfe schnellstmöglich fehlerfrei zu ermitteln. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn erst erneut das Bundesverfassungsgericht eingreifen müsste. Unabhängig davon unterstützen wir über den DGB-Rechtsschutz Klagen betroffener Gewerkschaftsmitglieder. Mit ausgewählten Musterverfahren werden wir den erneuten Gang nach Karlsruhe vorbereiten.“

Der DGB fordert ein methodisch sauberes Verfahren der Regelbedarfsbestimmung. Dazu gehört vor allem der Ausschluss der Aufstocker und der verdeckt Armen aus der Referenzgruppe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und eine Begrenzung der Abschläge auf Verbrauchspositionen.

Eine unabhängige Expertenkommission soll eine Überprüfung der EVS als Datengrundlage vornehmen.

Größere einmalige Anschaffungen wie Haushaltsgeräte sollten zukünftig wieder als einmalige Leistung auf Antrag gewährt werden.

Beim Bildungspaket erneuert der DGB seine Forderung, primär in Bildungsinfrastruktur rund um Kitas und Schulen zu investieren, die dann allen Kindern, die darauf angewiesen sind, zur Verfügung stehen.

Die sechsmonatige Zeitverzögerung bei der Fortschreibung der Regelbedarfe muss verringert werden, um eine zügigere Inflationsanpassung zu erreichen.

Quelle: DGB

Die beiden Gutachten sind als Sonderheft der Fachzeitschrift „Soziale Sicherheit“ erhältlich.

Kommentar von [Dr. jur. Theodor von Campe](#) vom 06.09.2011, 13:29 Uhr:

**RE: Bundessozialgericht stärkt Hartz IV Bezieher**

*Bemerkenswert ist, daß sich die SPD nicht zu schade ist, ein solches Urteil auf eine ihrer Homes zu stellen und so zu feiern. Wenn ich mich recht erinnere ist der Hartz-4-Mist von Schröder und Fischer eingeführt worden und sowohl Stegner und Trost lehnen es ab, diesen Mist im Sinne von Uwe Döring und im Interesse der Menschen in die Tonne zu hauen - und daher lehne ich es ab, die SPD zu wählen, da zu trostlos.*

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 06.09.2011, 11:57 Uhr - 17202 Clicks - Nr. 897

**Gigaliner: Was droht dem Kreis Pinneberg?**

Gigaliner: Was droht dem Kreis Pinneberg? - SPD-Kreistagsfraktion will Informationen vom Landrat. Hannes Birke fordert Beteiligung der Kreispolitik.

Rollen Monstertrucks bald auch durch den Kreis Pinneberg? In dieser Frage will die SPD-Kreistagsfraktion jetzt Klarheit haben. „Ich habe das Thema für ein Gespräch von Landrat Oliver Stolz mit den Fraktionschefs angemeldet, das am Donnerstag, dem 8. September stattfinden soll“, teilte jetzt SPD-Chef Hans-Helmut Birke mit.

Den Sozialdemokraten interessieren insbesondere die Einzelheiten über die betroffenen Strecken im Kreis, den Abstimmungsprozess zwischen Land und kommunaler Ebene sowie Fristen. „Die Kreispolitik ist in den ganzen Prozess bisher überhaupt nicht einbezogen. Wir müssen jetzt zunächst einmal klären, was das Land beim Kreis angemeldet hat, wann das geschehen ist und welche Möglichkeiten wir überhaupt haben, die Sache politisch zu begleiten.“

Birke, der grundsätzliche Bedenken an dem Projekt hat, lässt dabei keinen Zweifel daran, dass die Sozialdemokraten die Freigabe von Straßen im Kreis für überlange LKW nicht einfach abnicken wollen. „Der Einsatz von Monstertrucks in unserer Region ist keine Bagatelle, die über einen Verwaltungsakt geregelt werden darf. Ich erwarte, dass eine etwaige Stellungnahme des Kreises ernsthaft diskutiert und in Kiel anschließend auch entsprechend behandelt wird“, macht der SPD-Fraktionschef deutlich.

Inzwischen hat der Politiker auch die SPD-Landtagsabgeordneten des Kreises, Siegrid Tenor-Alschausky und Bernd Schröder, alarmiert und gebeten in Kiel aktiv zu werden. „Wir erleben hier den ärgerlichen Fall, dass Bundesverkehrsminister Ramsauer und sein schleswig-holsteinischer Kollege de Jager eine wichtige verkehrspolitische Grundsatzentscheidung der demokratischen Willensbildung entziehen und die Parlamente der verschiedenen Ebenen aus der Sache heraushalten wollen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen“, fordert Birke.

**Keine Kommentare**

[Forum für Menschen mit Behinderungen Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.09.2011, 15:46 Uhr - 1419 Clicks - Nr. 898

**FfmB in Stormarn diskutiert über Inklusion**

Die Foren für Menschen mit Behinderung und Seniorenpolitik luden zu ihrer Sitzung in das Bürgerhaus in Barsbüttel. Als Gast konnte unter zahlreichen anderen der Bundestagsabgeordnete der SPD Franz Thönnies begrüßt werden. „Politik für Menschen mit Behinderungen und für Senioren/Innen war mir schon immer ein großes persönliches Anliegen. Ich freue mich sehr, dass sich diese Foren in der SPD Stormarn gegründet haben. Gemeinsam werden wir uns für unsere Ziele einsetzen,“ so Franz Thönnies in seiner B



Die Anzahl der behinderten Menschen und Senioren/Innen in unserer Gesellschaft nimmt stetig zu. Die UN-Behindertenkonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfalt aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert. Die Foren werden sich dafür einsetzen, dass die Inklusion aller Menschen auch und gerade auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Zu diesem Thema wird es im Frühjahr 2012 eine Veranstaltung mit Bettina Hagedorn und Sylvia Schmitt (Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion) in Reinfeld geben. Franz Thönnies sicherte umgehend zu, dass er eine weitere Veranstaltung mit Sylvia Schmitt im direkten Hamburger Umland initiieren wird.

In diesem Kontext wurde während der Sitzung ausführlich über die Barrierefreiheit des ÖPNV im Kreis Stormarn diskutiert. An anschaulichen persönlichen Beispielen wurde erläutert, dass es in unserem Kreis noch sehr viel Nachholbedarf bis zur Barrierefreiheit und somit Teilhabe von Behinderten und Senioren/Innen gibt. Jeder Leser möge sich bitte vor Augen führen wie schwierig es ist, als gehbehinderter Mensch, einen Bahnhof zu erreichen, der nur über lange Treppen erreicht werden könnte. Genauso schwierig ist es für einen Gehbehinderten aus einem Bus aus- oder einzusteigen, wenn der Abstand zur Bordkante immens ist und es gibt leider noch sehr viel mehr Beispiele. Inklusion bedeutet Teilhabe aller Menschen. Jeder Mensch ist einzigartig, jeder Mensch in seiner Behinderung ist einzigartig und wir können es uns als Gesellschaft nicht erlauben eine Vielzahl aus zu schließen.

„Es gibt noch viele Baustellen und somit viel für uns zu erledigen,“ verabschiedete Marion Janssen, „frei nach dem Motto: Nicht ohne uns über uns.“

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.09.2011, 15:55 Uhr - 4190 Clicks - Nr. 899

#### **Änderung des BDSG – ELENA durch die Hintertür?**

Noch immer ist ELENA nicht völlig vom Tisch, noch immer sind die Milliarden von Beschäftigtendatensätzen nicht gelöscht! Trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts 2011 soll nun die Vorratsdatenspeicherung wieder eingeführt werden!

Ein sogenanntes Beschäftigtendatenschutzgesetz (BDSG) ist auf dem Wege verabschiedet zu werden, das die Skandale von Telekom und DB in Zukunft nicht verhindern, sondern legalisieren soll! Das ist ungeheuerlich. Der Bundestag wird dieses Gesetz noch in diesem Herbst behandeln.

Forderungen der AfA sind unter anderen:

§ Abschaffung der flächendeckenden, grundlosen und verdachtsunabhängigen Erhebung biometrischer Daten  
(ELENA)

§ Abschaffung der massenhaften zentralen Sammlung von Beschäftigtendaten

§ Keine erneute flächendeckende Protokollierung der Telekommunikation, unserer Standorte und unserer Identität im Internet (Vorratsdatenspeicherung) – weder auf nationaler noch auf

europäischer Ebene, weder für sechs Monate noch für sieben Tage  
§ Schutz vor unnötiger Datensammlung und Bespitzelung am Arbeitsplatz durch einen effektiven  
Arbeitnehmerdatenschutz.

**Keine Kommentare**

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 06.09.2011, 18:10 Uhr - 3040 Clicks - Nr. 900

#### **Mitgliederversammlung 29. Juni 2011**

Protokoll der Mitgliederversammlung der SPD Husby vom 29.06.2011

1.) Frau Schümann begrüßte die erschienen Mitglieder:

Wolfgang Biegemann, Rainer Blaas, Günther Schmidt, Agnes Kuhrau, Heiko Splett, Horst Dibbern,  
Hanno Meins Jörg Manzke, sowie die Gäste:

Jens Maßlo, Frauke Kramer, Ingo Obst, Ralf Wrobel

Frau Schümann eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2.) Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 02. Februar 2011 wurde einstimmig genehmigt.

3.) Es folgt ein Bericht zur Neuordnung der Wahlkreise und eine Einschätzung...

Zur Landtagswahl 2012 möchten sich folgende Kandidaten melden :

Für Wahlkreis 4 möchte Herr Jens Maßlo antreten.

Für Wahlkreis 5 möchte Herr Ralf Wrobel antreten

Für den süden Wahlkreis 6 möchte Birte Pauls antreten.

Die Termine für den Mitgliederentscheid sind jeweils Donnerstag der 8/15/22 September um 19.00  
Uhr.

In diesem Rahmen stellt sich Herr Maßlo vor.....

Es werden Themen wie Biogasanlage, genveränderte Pflanzen, erneuerbare Energien,  
Kinderbetreuung, sowie Einsparungen im Bildungssektor behandelt.

5.) Agnes Kuhrau berichtet aus der Gemeindevertretersitzung vom 28.06.2011.

Antje Schümann erläutert das Geschehen um die Demenz Anlage in Hürup

Aus dem Kreis berichten Jens Maßlo und Ralf Wrobel

Auch die Landtagswahlen am 6. Mai 2012, sowie die Kommunalwahl 2013.....  
werden angesprochen....

Die Sitzung endet um 21. 40

Für die Richtigkeit :

-----  
Ortsvereinsvorsitzende: Antje Schümann Schriftführer Jörg Manzke

**Keine Kommentare**

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 07.09.2011, 15:44 Uhr - 3970 Clicks - Nr. 901

#### **UKSH-Privatisierung vom Tisch**

Zur Mitteilung der CDU-Fraktion zum UK S-H erklären der Lübecker SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch und der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Weber: Wir freuen uns, dass nach der FDP- auch die CDU-Fraktion zu der Einsicht gekommen ist, für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein das Asset-Modell zu präferieren und damit der Privatisierung eine Absage zu erteilen. Für uns ist wichtig, dass die Beschäftigten nicht weiter belastet werden. Nun kann der bauliche Masterplan umgesetzt werden - in einer Form, den auch das Klinikum favorisiert. Allerdings hätte man das auch schon vor drei Jahren haben können - das hätte dem Land und dem Klinikum viel Geld gespart! Wir erwarten nun von der Landesregierung ein klares Bekenntnis zum fusionierten UK S-H!

**Keine Kommentare**

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 07.09.2011, 21:32 Uhr - 17211 Clicks - Nr. 902

#### **Mit Gigalinern geht die Fahrt direkt in die Sackgasse**

Pinneberger Landtagsabgeordnete Bernd Schröder (SPD): Riesenlaster sind keine Lösung der zunehmenden Verkehrsprobleme im Zusammenhang mit Transport und Logistik.

Mit Gigalinern geht die Fahrt direkt in die Sackgasse Der Pinneberger Landtagsabgeordnete Bernd Schröder (SPD): Riesenlaster sind keine Lösung der zunehmenden Verkehrsprobleme im Zusammenhang mit Transport und Logistik.

Die SPD spricht sich gegen „Gigaliner“ aus. Riesenlaster von 25,5 m Länge und einem Gewicht von 40 Tonnen auf unseren Straßen sind keine Lösung der zunehmenden Verkehrsprobleme im Zusammenhang mit Transport und Logistik, so Bernd Schröder.

Um das festzustellen, brauchen wir keinen „Feldversuch“. Die Zulassung von Riesen-LKW würde zu einer massiven Verlagerung von Güterverkehr auf die Straße führen. Dadurch würde insgesamt auch die Umwelt mehr belastet, nicht weniger. Ganz zu schweigen von den größeren Sicherheitsrisiken und der zusätzlichen Belastung im Straßenverkehr sowie den notwendigen baulichen Maßnahmen, um Kreisverkehre, Brücken und Parkplätze an Gigaliner anzupassen. Die Infrastruktur des bundesdeutschen Fernstraßennetzes ist für solche Transporter nicht ausgelegt. Die sinnvolle, sichere und umweltfreundliche Alternative heißt: Verlagerung des Transports großer Mengen Güter über lange Distanzen von der Straße auf die Schiene und das Wasser. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und des zunehmenden Verkehrs auf den Straßen ist alles andere Augenwischerei. Industrienationen der Welt bauen ihr Schienennetz aus. Die Eisenbahn wird das Transportmittel der Zukunft sein.

Die Zulassung von Gigalinern hat mit Wirtschaftsförderung nichts zu tun! Bernd Schröder: Ich appelliere an den Landrat, sich aktiv auch gegen diesen unsinnigen Versuch im Kreis Pinneberg einzusetzen.

**Keine Kommentare**

**Peter Eichstädt: Warum gerade jetzt, Herr Kubicki?**

*Zur Erklärung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Kubicki, die Zustimmung zur Neuordnung der Rundfunkfinanzierung im 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag sei von Seiten der FDP fraglich, erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:*



"Die Erkenntnisse von Wolfgang Kubicki kommen zumindest zu diesem Zeitpunkt überraschend. Denn bereits am 15. Dezember 2010 haben die Ministerpräsidenten der Länder das Vertragswerk unterzeichnet.

Die FDP als regierungstragende Fraktion war seitdem voll im Bilde. Wenn der FDP-Fraktionsvorsitzende jetzt mit dem Scheitern des Vertrages droht, ist das eine massive Kritik an der Schleswig- Holsteinischen Landesregierung und vor allem am Ministerpräsidenten, dessen Unterschrift auf dem Vertrag steht.

Auch aus unserer Sicht enthält der Vertrag Schwachpunkte. Wir halten aber den Systemwechsel von der Gebühr zur Abgabe für dringend erforderlich und beabsichtigen, gleichzeitig mit der Beschlussfassung zum Gebührenstaatsvertrag eine Resolution in den Landtag einzubringen, die der Regierung aufzeigt, in welchen Punkten in den Verhandlungen mit den Ländern Korrekturen für den nächsten Staatsvertrag vorzunehmen sind. Das betrifft im Wesentlichen die Berücksichtigung von seh- und hörgeschädigten Menschen, die Verhältnismäßigkeit der Datenerhebungsvorschriften, die Beitragspflicht für Kraftfahrzeuge und die Heranziehung von Betrieben. Das entspricht auch den Vereinbarungen der Länder über eine zeitnahe Evaluierung, die möglicherweise zu Änderungen führen wird.

Warum Kubicki nach 9 Monaten dieses politische Feld plötzlich entdeckt, bleibt unklar – oder sucht er bewusst die Auseinandersetzung mit dem Ministerpräsidenten?"

**Keine Kommentare**

**Peter Eichstädt: ULD und Facebook nähern sich an**

*Zur Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss mit Vertretern des ULD und von Facebook erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:*



"Wir begrüßen die Bereitschaft von ULD und Facebook, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Insbesondere die Aussage des Facebook-EU-Policy-Chefs Richard Allan, dass keine identifizierbaren Daten von Facebook erfasst oder gespeichert werden, soll jetzt vom ULD geprüft werden.

Wichtig ist uns, dass Datenschutz auch bei sozialen Netzwerken garantiert ist, auf der anderen Seite

aber die gerade für junge Menschen bedeutsame neue Form der Kommunikation nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Wenn Allans Zusagen sich bestätigen, dürfte eine Lösung nicht fern sein. User sozialer Netzwerke müssen darüber informiert sein, was passiert, wenn sie Plugin-Buttons anklicken."

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 08.09.2011, 18:22 Uhr - 12037 Clicks - Nr. 905

**Expertenrunde bestätigt –  
zügige Erleichterungen in der Deutsch-Russischen Visapraxis  
sind dringend nötig**

Anlässlich der 2. Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages zur Visa-Liberalisierung mit Russland, die am 7. September 2011 im Deutschen Bundestag stattgefunden hat, erklärt der Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Russland, Franz Thönnies:



Der gestrige Dialog zwischen Abgeordneten aller Fraktionen aus den Bereichen Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und der Tourismusbranche macht einmal mehr deutlich, wie groß die Belastungen und Hindernisse durch die derzeitigen Visaregelungen auf deutscher und russischer Seite sind. Alle geladenen Experten unterstrichen den großen wirtschaftlichen Schaden und Imageverlust für Deutschland insbesondere durch das zeitintensive und umständliche Verfahren.

2010 besuchten nach Angaben der Zentrale des Deutschen Tourismusverbandes 1,5 Mio. russische Touristen Deutschland, bis jetzt sind es bereits 850.000 im Jahr 2011. Damit stellt Russland einen der größten Quellmärkte für den deutschen Tourismus dar. Und die Zahl der Beschwerden über die Praxis der Erfahrungen bei der Visabeantragung und -erteilung seien hoch.

Auch bei Austausch- und Förderprogrammen sowie bei internationalen Veranstaltungen können geladene russische Teilnehmer häufig nicht dabei sein, weil z.B. Visa aufgrund formaler Fehler nicht ausgestellt wurden, oder durch die große zeitliche Verzögerung bis zur Visaerteilung die Reise nicht angetreten werden konnte. Dies bestätigten die Vertreter des Deutsch-Russischen Forums und des Deutsch-Russischen Austauschs wie auch der Stiftung West-Östliche Begegnungen und des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften.

Insgesamt waren sich die Experten aus den zivilgesellschaftlichen Bereichen einig, dass dringend von deutscher Seite angemessene Schritte zu deutlichen Erleichterungen insbesondere in der Verfahrenspraxis in den deutschen Vertretungen unternommen werden müssten. In anderen Auslandsvertretungen wie z.B. der Finnlands oder Frankreichs ist dies deutlich unkomplizierter. Ziel muss deshalb eine einheitliche und bürgerfreundliche Handhabung des Schengener Visaverfahrens sein. Die Teilnehmer verständigten sich darauf, für die für den 28. September 2011

geplante

öffentliche Anhörung vor dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages einen gemeinsamen Forderungskatalog in Ergänzung zu den vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft formulierten Erwartungen vorzulegen.

Wir begrüßen ausdrücklich dieses Vorhaben. Denn Sinn und Zweck der Anhörung soll es sein, aus allen Bereichen der Gesellschaft Expertise für eine erleichterte Visapraxis zu erhalten. Wir wollen diesen Prozess so voranbringen, dass die Visaverfahren nicht weiterhin den Ausbau der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland behindern. Dabei gilt es die Bundeskanzlerin beim Wort zu nehmen, wenn sie im 11. Petersburger Dialog im Juli dieses Jahres einräumte: „Deutschland war hier bisher der Bremser, nicht Europa“ und es gleichzeitig als „wünschenswert“ bezeichnete, sowohl für Wirtschaftskontakte als auch für Touristen und Studierende, den Austausch zwischen beiden Ländern zu vertiefen.

In ihren weiteren Sitzungen wird sich die Interfraktionelle Arbeitsgruppe auch mit den wichtigen sicherheitsrelevanten Aspekten befassen. Dabei wird zu bewerten sein, ob die aufgewendeten Verwaltungskosten und die Bürokratie der Visapraxis im Verhältnis zur erwünschten und real erzeugten Sicherheit stehen und ob die berechtigten Sicherheitsinteressen gegen Kriminalität und die Bekämpfung terroristischer Risiken nicht auch mit anderen organisatorischen und technischen Mitteln wirksam erfüllt werden können.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 08.09.2011, 21:47 Uhr - 12031 Clicks - Nr. 906

**Resolution zu Investitionen des Bundes in den Nord-Ostsee-Kanal**

**Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt die Verabschiedung folgender Resolution im  
Kreistag:**

Mit großer Besorgnis und Unverständnis hat der Kreistag Rendsburg-Eckernförde die vorgesehene Verschiebung der Investitionen des Bundes in die Anpassung der Anlagen und Einrichtungen des Nord-Ostsee-Kanals zur Kenntnis genommen und fordert den Bundesverkehrsminister auf, die Investitionen im ursprünglich vorgesehenen Umfang und Zeitrahmen durchzuführen. Eine Verschiebung gefährdet die Funktionsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals in unvertretbarer Weise.

Der Nord-Ostsee-Kanal ist für den Kreis Rendsburg-Eckernförde eine der wichtigsten Verkehrs- und Lebensadern. Von der Funktionsfähigkeit des Kanals hängen für den Kreis Rendsburg-Eckernförde eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen und die wirtschaftliche Existenz vieler regionaler Unternehmen ab. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde selbst betreibt über seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Nord-Ostsee-Kanal den Kreishafen Rendsburg, der zentral in

der Mitte Schleswig-Holsteins gelegen ist. Die Existenz und zukünftige Entwicklung dieses Hafens ist entscheidend abhängig von der Funktionsfähigkeit und der Anpassung des Kanals an die heutigen und zukünftigen technischen Anforderungen.

Darüber hinaus hat der Kreis Rendsburg-Eckernförde gemeinsam mit der Stadt Rendsburg und der Gemeinde Osterrönfeld den „Neuen Hafen Kiel-Canal“ als Schwerlasthafen unmittelbar am Nord-Ostsee-Kanal mit einer Investitionssumme von rund Mio. € 46 errichtet. Von dieser Investition wurden ca. Mio. € 17 mit Fördermitteln des Bundes (GA Hafenstruktur) finanziert. Die restliche Investitionssumme ist von den beteiligten Kommunen kreditfinanziert. Die entsprechende Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung dieses neuen Schwerlasthafens an die BAB 7 und die Bundesstraße 202 wurde gerade fertiggestellt. Ein neues interkommunales Gewerbegebiet mit der Schwerpunktausrichtung auf den Windenergiemarkt ist hier im Entstehen. Mit der Verschiebung der Investitionen des Bundes wäre auch hier die zukünftige Auslastung des neuen Hafens und die Ansiedlung neuer Unternehmen erheblich gefährdet. Der Einsatz der Fördermittel des Bundes und die bereits erfolgten Investitionen in die Verkehrsanbindung des neuen Schwerlasthafens würden durch die Verschiebung konterkariert. Die beteiligten Kommunen würden im Hinblick auf ihre investierten Finanzmittel unvermeidbaren finanziellen Risiken ausgesetzt.

Die Verwaltung wird gebeten, diese Resolution auch dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, dem Landesverkehrsminister, allen schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten und dem zuständigen Ausschuss des deutschen Bundestages mit der Bitte um Unterstützung zu übersenden.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 09.09.2011, 10:22 Uhr - 15905 Clicks - Nr. 907

#### **Gute Arbeit gegen Rechts in Mecklenburg-Vorpommern – Prävention vor Reaktion**

Zum Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 04.09.2011 erklärt der Sprecher der SPD-AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ Sönke Rix:



In Mecklenburg-Vorpommern ist viel gute Arbeit gegen Rechtsextremismus gemacht worden. Insbesondere die

Landesregierung hat mit ihren Programmen für gute Rahmenbedingungen gesorgt und dazu beigetragen, dass die Zivilgesellschaft engagiert und präventiv arbeiten kann.

Im Kampf gegen Rechts braucht man einen langen Atem. Nicht nur, weil die NPD in Mecklenburg-Vorpommern viel Geld in Infrastruktur und Werbung steckt, sondern auch, weil Prävention eine Daueraufgabe ist. Zur Förderung von Demokratie und Toleranz müssen darum auch weiterhin die finanziellen Mittel auch vom Bund bereitgestellt und bei Bedarf angepasst werden. Auf keinen Fall aber dürfen sie um 2 Mio. Euro reduziert werden, so wie es CDU/CSU/FDP im Haushalt 2012 vorsehen.

Aber: Zivilgesellschaft muss nicht nur finanziell gefördert werden, sie braucht auch Vertrauen. Generalverdächtigungen wie durch die "Extremismusklausel" sind nicht hilfreich.

Und auch die Parteien in Land UND Bund stehen als Teil der Zivilgesellschaft in der Pflicht. Aber vor allem gilt: Prävention vor Reaktion.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 09.09.2011, 10:27 Uhr - 16078 Clicks - Nr. 908

**MdB Sönke Rix: Gesetze mit Augenmaß**

Die Anschläge des 11. September 2001 gelten als das Symbol der Bedrohung des Westens durch islamistischen Terrorismus. Doch die Bilanz von zehn Jahren »War on Terrorism« fällt ernüchternd aus: Auch in Deutschland müssen wir weiter damit leben, erklärtes Anschlagziel von al-Qaida zu sein.



Die Terrorismusbekämpfungsgesetze, die nach den Anschlägen in New York erlassen wurden, stehen nun vor ihrer Verlängerung durch die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. Ansonsten wären die Gesetze Anfang nächsten Jahres ausgelaufen. Bei den Anti-Terror-Gesetzen geht es vor allem um Auskünfte, die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste bei Banken oder Fluggesellschaften über Terrorverdächtige einholen können.

Was uns die Gesetze gebracht haben, lässt sich nicht sagen. Hundertprozentige Sicherheit kann keine gesetzliche Regelung bieten. Die Sauerland-Gruppe wurde rechtzeitig entdeckt und ihre Pläne kamen nicht zur Ausführung. Der Anschlagversuch ist gescheitert, weil die mutmaßlichen Terroristen technische Fehler gemacht haben. Bestehende und geplante Gesetze zur Terrorismusbekämpfung oder eine stärkere Videoüberwachung von Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen hätten einen solchen Anschlag nicht verhindern können.

Die Warnungen vom vergangenen November, es gäbe Pläne für einen terroristischen Anschlag auf das Reichstagsgebäude, führten zu massiven Einschränkungen in und um das Reichstagsgebäude. Einen Anschlag gab es nicht. Auch hier wissen wir nicht, ob die Terroristen durch die Absperrgitter oder das Bekanntwerden ihrer Pläne abgeschreckt wurden. Insofern lässt sich auch nicht beurteilen, ob unsere Anti-Terrorgesetze einen wesentlichen Einfluss auf die Verhinderung von Gewalttaten haben. In den letzten zehn Jahren hat es in Deutschland jedenfalls keinen terroristischen Anschlag gegeben.

Damit das so bleibt, müssen wir weiterhin das Notwendige tun und bestehende Gesetze ohne Aktionismus und Populismus der Gefahrenlage anpassen. Was wir aber vor allem dabei brauchen, ist Augenmaß. Denn natürlich ist nichts gewonnen, wenn wir freiheitliche Werte verteidigen wollen, indem wir sie massiv einschränken! Das sollte meines Erachtens dazu führen, einzelne Sicherheitsgesetze zu hinterfragen und gegebenenfalls auslaufen zu lassen. Was objektiv nichts gebracht hat, sollten wir nicht „auf Vorrat“ immer wieder verlängern.

Die Norweger mit Ministerpräsident Jens Stoltenberg gehen nach dem Anschlag von Utoya einen anderen Weg. Sie antworten auf Hass und Gewalt mit Zusammenhalt und dem Leitbild einer offenen und solidarischen Gesellschaft für alle Menschen - egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Ich finde: Das ist der richtige Weg, auch in Deutschland.

Veröffentlicht als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung vom 07.09.2011

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 09.09.2011, 11:25 Uhr - 12011 Clicks - Nr. 909

#### **SPD-Wahlkreisversammlung in Böklund**

Die zweite Wahlkreisversammlung im Kreis Schleswig-Flensburg für die Landtagswahl 2012 findet am 15. September 2011 um 19.00 Uhr im Böklunder Hof, Schleswiger Straße 5, 24860 Böklund, für den Wahlkreis 5 (Schleswig Nord), statt. Bisher hat sich Ralf Wrobel, SPD-Kreisvorsitzender Schleswig-Flensburg, als einziger Kandidat für diesen Wahlkreis beworben. Dieser Wahlkreis umfasst die Stadt Kappeln, die Kommunen der Ämter Arensharde, Oeversee, Mittelangeln, Geltinger Bucht und Teile des Amtes Südangeln. Ralf Wrobel setzt in seiner Bewerbung auf Schwerpunktthemen wie zum Beispiel Kommunal- und Ämterstrukturen, Finanzen in den Gemeinden, Erhaltung der Gemeinde- Kreis und Landesstraßen, Schulsituation im ländlichen Raum, Arbeitsmarkt in der Region und erneuerbare Energien.



Ralf Wrobel hat bei seinen vielen Besuchen in den Gemeinden im Kreis Schleswig-Flensburg viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt. „Ich weiß, wo den Menschen in unserer Region der Schuh drückt“, so Wrobel in seinem Bewerbungsschreiben.

**Keine Kommentare**

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 09.09.2011, 11:44 Uhr - 109780 Clicks - Nr. 910

#### **Säuft der Nord-Ostsee-Kanal jetzt ab?**

Zur heutigen Debatte im Bundestag zum Bundeshaushalt und den Berichten über die weitere Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen an den Wasserstraßen im Norden erklärt der verkehrspolitische Sprecher des SPD-Landesverbandes, Mathias Stein:

„Heute im Bundestag hat der Bundesverkehrsminister kein Wort zur Situation am Nord-Ostsee-Kanal verloren. Die meistbefahrenste künstliche Wasserstraße der Welt - dieser Minister hat sie nicht auf der Rechnung.“

Keine 3 % des Investitionshaushaltes im Bereich der Bundeswasserstraßen



sollen an den Nord-Ostsee-Kanal fließen. Nicht einmal die geplanten Einnahmen aus den Befahrungsabgaben von 26 Millionen Euro werden wieder in den Kanal investiert. Nach dem vorgelegten Entwurfes der Bundesregierung sollen nur 25 Millionen € in den Nord-Ostsee-Kanal investiert werden. Davon stehen lediglich 3,9 Millionen Euro für den kritischen Bereich der Schleusen zur Verfügung. Sollte es bei diesem Ansatz im parlamentarischen Verfahren bleiben, säuft der Nord-Ostsee-Kanal als Bundeswasserstraße ab!

Der Verkehrsweg Nord-Ostsee-Kanal benötigt dringend eine zuverlässige Investitionszuweisung für die kommenden Jahre. Zudem muss das Bundesverkehrsministerium schonungslos offenlegen, wie die bauliche Situation an den Anlagen und Bauwerken des Nord-Ostsee-Kanals ist. Nachdem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit sinnlosen „Reformmaßnahmen“ verunsichert werden, werden jetzt Beschäftigte am NOK, Unternehmen und Kommunen weiter verunsichert. Täglich gibt es andere Signale aus dem Ministerium und den Behörden.

Die Bundesregierung muss dringend nachbessern. Doch dafür muss auch die Landesregierung in Berlin deutlich offensiver auftreten. Außer einen lieblosen Besuch eines beamteten Staatssekretärs des Bundesverkehrsministerium hat die Landesregierung nichts erreicht. Schleswig-Holstein ist mit dieser Landesregierung ohne Lobby in Berlin.“

Kommentar von [Detlef Strufe](#) vom 09.09.2011, 16:32 Uhr:

**RE: Säuft der Nord-Ostsee-Kanal jetzt ab?**

*"Außer einen lieblosen Besuch eines beamteten Staatssekretärs des Bundesverkehrsministerium hat die Landesregierung nichts erreicht." .....Was will man denn von dieser Landesregierung anderes erwarten? Erst einen zweistelligen Millionenbetrag (aus Steuergeldern) in den Osterrönfelder Schwerlasthafen investieren und dann die eigenen Investitionen, durch "energisches Abwarten", bei der dringend notwendigen Sanierung der Schleusen, ad absurdum zu führen. Wie ich bereits eingangs sagte:" Was will man denn von.....)*

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 09.09.2011, 12:01 Uhr - 19018 Clicks - Nr. 911

**Landtagswahl: Die Mannschaft steht**

Auf zwei weiteren Wahlkreis Konferenzen hat die Kreis-SPD ihre Kandidaten für die Landtagswahl im nächsten Jahr aufgestellt. Stefan Weber und Marc-André Ehlers setzten sich durch.

Im Henstedt-Ulzburger Bürgerhaus setzte sich der Sievershüttener Bürgermeister Stefan Weber (48) durch gegen die Mitbewerber Tobias Köpke (z. Zt. Lübeck) und Dr. Andreas Achilles aus Hartenholm.

Im ersten Wahlgang stimmten 17 Delegierte für Weber, 15 gaben Köpke den Vorzug, 3 Stimmen erhielt Achilles.

Im entscheidenden zweiten Wahlgang setzte sich Stefan Weber mit 20 Stimmen durch und wurde damit Kandidat für den Wahlkreis Segeberg-West.



Weber hatte in seiner Vorstellung u. a. erklärt, er wolle sich dafür einsetzen, dass Bildung durchgängig kostenfrei und damit sozial gerecht werde. Ein weiterer Schwerpunkt ergibt sich aus seiner kommunalpolitischen Erfahrung. Er strebe eine Stärkung der Kommunen auf Landesebene an.

Sehr deutlich war das Ergebnis für den Wahlkreis Segeberg Ost. Auf der Wahlkreis-Konferenz in Wahlstedt setzte sich der 40jährige Marc-André Ehlers aus Nahe im ersten Wahlgang mit 30 Stimmen gegen die Mitbewerber Udo Fröhlich aus Bad Segeberg (16 Stimmen) und Diane Brüggemann aus Oering (10) durch.

Ehlers, der dem Segeberger Kreistag angehört und seine politischen Schwerpunkte bei Wirtschaft und Finanzen sieht, sagte für den Fall seiner Wahl in den Landtag zu, als erstes die Belastung der Eltern mit den Schülerfahrtkosten durch die schwarz-gelbe Landesregierung rückgängig machen zu wollen. Der Bildungsminister handle leider nicht so wie er heiße und habe durch seine Entscheidungen für Bildungsungerechtigkeit gesorgt.

Die sozialdemokratische Riege der Landtagskandidaten wird ergänzt durch die Norderstedterin Katrin Fedrowitz, die bereits im August mit einem deutlichen Ergebnis für den Wahlkreis Norderstedt gewählt worden war.

Kommentar von [T. Gellert](#) vom 16.11.2011, 15:19 Uhr:

**RE: Landtagswahl: Die Mannschaft steht**

*Das ist also die SPD im Kreis Segeberg. Mit profillosen Kandidaten schlingert die SPD auch hier in den Landtagswahlkampf... Das einzig Positive: der vermeintliche "Bestimmer" Beran tritt nicht mehr an. Toi, toi, toi!*

Kommentar von [Peter Cornelius](#) vom 09.09.2011, 12:30 Uhr:

**Segeberg Ost**

*Aus der Ferne aus Berlin verfolgt - interessant - aber es ist noch viel zu tun im Rahmen der innerparteilichen Demokratie und Meinungsfindung !*

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 09.09.2011, 14:41 Uhr - 5934 Clicks - Nr. 912

**Treffen der SPD-Kreistagsfraktion mit der SPD-Lütjenburg:**

9. 9. 2011

Treffen der SPD-Kreistagsfraktion mit der SPD-Lütjenburg:

Gemeinsamer Appell an die Bundesregierung: Bundeswehrstandort Lütjenburg muss erhalten bleiben!

Anlässlich eines Besuches der Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion Plön in Lütjenburg bei der SPD-Fraktion wurde über den Standort der Bundeswehr beraten.

Beide Fraktionen sprachen sie gegen einen Abzug aus, da es kaum zu verkraften wäre, wenn die

Bundeswehr Lütjenburg verlassen würde.

Es wäre ein schwerer Schlag, da viele Arbeitsplätze verloren gingen, die Kaufkraft sich verringern würde, da die Bundeswehr ein fester Bestandteil in Lütjenburg ist.

Die Entscheidung wird im Oktober fallen und beide Fraktionen appellieren an die Bundesregierung, in dieser ohnehin wirtschaftlich schwachen Region eine verantwortungsvolle Entscheidung für die Menschen zu treffen. Falls der Standort aufgegeben würde, müssten alle Beteiligten sich darüber im Klaren sein, dass die wirtschaftlichen Ausfälle kompensiert werden müssten. Dies wurde bereits in einem Brief der SPD-Lütjenburg an die Bundeskanzlerin am 21.1. 2011 verlangt, mit der Forderung, die Region nicht aus der sozialen und wirtschaftlichen Verantwortung für die Region zu entlassen, und es wird weiterhin als unabdingbar angesehen, die entstehenden Nachteile finanziell auszugleichen.

Ein weiteres Thema der gemeinsamen Beratungen bezog sich auf das Projekt: Mensch Energie Natur (MEN). Hier stellt sich heraus, dass es zu keiner Zeit Zusagen seitens der Landesregierung gegeben hat, das Projekt zu fördern, da die Gesamtfinanzierung nicht gesichert ist. "Die SPD lehnt eine von MEN geforderte Bürgschaft der Stadt über 3,9 Mio. konsequent ab und sieht für die Umsetzung des vorhandenen Konzeptes keine Chancen“, so der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtfraktion Matthias Treu.

Auch im Haushalt des Kreises sind seit einigen Jahren 120.000 € als Zuschuss für MEN etatisiert. Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen:

„Da das Geld bis heute nicht abgerufen wurde und das Projekt MEN bei den derzeitigen finanziellen Bedingungen keine Aussicht auf Umsetzung hat und es in der Region sehr umstritten ist, schlagen wir vor, diese Summe einzusparen und aus dem Haushalt herauszunehmen. Die Region wird es aufgrund von den eventuell bevorstehenden Strukturveränderungen schwer genug haben. Da wäre diese Summe bei guten anderen Projekten sicher sinnvoller eingesetzt.

Beim Thema "Notarztversorgung" für die Region waren sich beide Fraktionen einig, dass er von der SPD-Kreistagsfraktion eingebrachte Vorschlag, einen "Runden Tisch" einzurichten richtig und zielführend sei, da alle

Beteiligten an einem Tisch sitzen und in den Gesprächen eine gemeinsame Grundlage für das weitere Vorgehen insbesondere bei Analyse und Auswirkungen gefunden wurde. Wir wünschen uns, dass auf Grundlage der neuen Erhebungen die richtigen Schlüsse und Handlungsoptionen im Herbst 2011 gezogen werden. Die Kreistagsfraktion sicherte weiterhin ihre Gesprächsbereitschaft in dieser wichtigen Frage zu.

**Keine Kommentare**

### **Die Altenpflege muss zukunftsgerecht werden**

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) im Kreis Rendsburg-Eckernförde hat Birte Pauls, Landtagsabgeordnete und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, am Montagabend, 22.08.2011, in Flintbek über die Pflegesituation sowie die zukünftig zu erwartenden Veränderungen und die Möglichkeiten zur Verbesserung und Anpassung bestehender Regelungen referiert.

Auch Serpil Midyatli, ebenfalls SPD-MdL und die im Wahlkreis auch Flintbek betreut, war zu dem wichtigen Thema erschienen.



Heute sind 800.000 Menschen, davon 85 % Frauen, in der Pflege beschäftigt. Zukünftig werden viel mehr gebraucht. Die demografische Entwicklung beeinflusst die Altenpflege dramatisch. Während es heute 2,3 Mio. Pflegebedürftige gibt (davon 80.000 in Schleswig-Holstein) wird sich die Zahl bis 2050 nahezu auf 4,4 Mio. verdoppeln. Das bedeutet, dass bereits im Jahr 2020 rund 300.000 zusätzliche Kräfte benötigt werden.

Wegen schlechter Arbeitsbedingungen, geringer Bezahlung und teurer Ausbildung gibt es schon heute immer weniger Bewerbungen für die Altenpflege. Die Förderung des Landes ist gerade einmal um bescheidene 1,7 % angehoben worden. Die Bezahlung liegt im Niedriglohnbereich, erst seit kurzem gilt ein Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde. Der SPD-Antrag auf Reduzierung der übertriebenen Dokumentationspflicht, die Pflegezeit kostet, wurde von der schwarz-gelben Einstimmen-Mehrheit im Landtag gerade abgelehnt. Auch der Spagat zwischen den Bedürfnissen der zu Pflegenden und der vom Träger geforderten Wirtschaftlichkeit führt dazu, dass im europäischen Vergleich in Deutschland die meisten Pflegefachkräfte innerhalb von zehn Jahren ihren Beruf verlassen. Also "ein ständiger Spagat zwischen Menschlichkeit und Geld" so Pauls.

Sie forderte deshalb eine kostenfreie und verbesserte Ausbildung wie auch in fast allen anderen Bereichen sowie eine Berufsordnung für Pflegeberufe. Dies auch deshalb, um die Abwanderung von hier dringend gebrauchten Pflegekräften ins benachbarte Ausland zu verhindern. Leider hat Schwarz-Gelb jüngst diese Berufsordnung abgelehnt. Außerdem seien bessere Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Pflege, verlässliche Arbeitszeiten, Anhebung des Personalbemessungsschlüssels und eine Veränderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes - also weg von der Minutenpflege hin zur Patientenorientierten Pflege - erforderlich. Aber die Pflege braucht auch die ihr zustehende Anerkennung, also mehr Ansehen in der Gesellschaft.

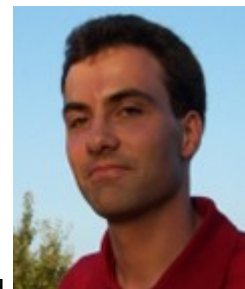
Den Vorstellungen von Pauls stimmten die rund zwanzig Teilnehmer/innen in reger Diskussion zu, für die Friederike Rupprecht von der AsF, die den Abend gut vorbereitet hatte, die vielen Wortmeldungen zu bewältigen hatte. Abschließend brachte Birte Pauls die Situation in der Pflege wie folgt auf den Punkt: " Stell' dir vor, du brauchst Hilfe und keiner kommt!"

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 10.09.2011, 15:46 Uhr - 8114 Clicks - Nr. 914

### **Kiel platzt aus allen Nähten**

Anlässlich des gemeinsamen Appells von Studentenwerk und Kieler Universität zum Wohnraumangebot für Studierende in Kiel:



„Zu recht beklagen Universität und Studentenwerk die im bundesweiten Vergleich dramatisch geringe Wohnheimquote in Kiel und ganz Schleswig-Holstein (6% zu 12%) und den damit verbundenen Mangel an Wohnraum für Studierende. Gerade Wohnheime des Studentenwerks, die sehr preisgünstige und für studentische Bedürfnisse optimierte Wohneinheiten bieten, fehlen in Kiel besonders.

Die Kieler SPD begrüßt die Unterstützung der Stadt und die Bemühungen des Oberbürgermeisters Torsten Albig, für neuen studentischen Wohnraum in Kiel zu sorgen.

Die Verantwortung für die dramatische Situation in Kiel liegt jedoch auf Landesebene: Die Landesregierung hat es versäumt, auf die absehbar steigenden Studierendenzahlen zu reagieren und das Studentenwerk beim Bau neuer Wohnheime zu unterstützen", so der hochschulpolitische Sprecher der Kieler SPD, Benjamin Raschke.

**Keine Kommentare**

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 10.09.2011, 20:50 Uhr - 115283 Clicks - Nr. 915

### **Hauptversammlung der Internetkooperative**

Die Hauptadministratoren sind bei der Neuwahl bestätigt worden. Die Alten sind die Neuen heißt die Devise. Als Sprecher wurde **Rudolf Riep** (Steinburg) wiedergewählt.

Als Hauptadministratoren erhielten **Gaby Lönne** (Nordfriesland), **Herbert Ohms** (Flensburg), **Andreas Pauls** (Schleswig-Flensburg), **Dirk Lerche** (Kiel), **Martin Preuschhoff** (Segeberg) und **Carsten Schröder** (Steinburg) den Auftrag weiter zu machen.

Die Mannschaft von SPD-NET-SH kann somit ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.



Die Betreuung von mehr als 350 Auftritten im Rahmen der Internetkooperative soll in der bisherigen Qualität fortgesetzt werden. Die letzten Verbesserungen betreffen hauptsächlich die Systemsicherheit und sind deshalb nicht nach außen sichtbar.

Sichtbare Veränderungen gibt es bei den neuen Angeboten:

1. [social.spd-net-sh.de](http://social.spd-net-sh.de)
2. beim Bilderdienst [spd-net-sh.de/bilder](http://spd-net-sh.de/bilder)
3. und beim WIKI für die Webmaster.

Durch Schulungen im Herbst werden die Seiten für den Wahlkampf vorbereitet und die LandtagskandidatInnen bekommen das Angebot sich am System zu beteiligen, damit sie ihre Informationen über die Ortsvereine verteilen können, die in ihren Wahlkreisen liegen.

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Riep  
Sprecher der Internetkooperative  
**SPD-NET-SH**

Kommentar von [Christian Reimer](#) vom 15.09.2011, 09:29 Uhr:

**RE: Hauptversammlung der Internetkooperative**

*Never change a winning team! Liebe Hauptadmins, es ist schön, dass Ihr alle weitermacht. Danke für Eure Arbeit. Viele Grüße Christian*

[SPD-Flintbek](#) - veröffentlicht am 10.09.2011, 21:13 Uhr - 5302 Clicks - Nr. 916

**Überraschender Besuch bei der SPD-Fahrradtour**

Die diesjährige Radtour der SPD Flintbek am 28.08.2011 ging über Molfsee, Rodenbek und Hohenhude nach Westensee. Im "Café Zeit" pünktlich ohne Regenschauer angekommen, gab es Mittagessen. Die Organisatoren Berndt Newe und Helmut Voss hatten erstmals ein italienisches Mittagsbüfett vorbestellt, das bei den rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut ankam. "Mal was anderes und dazu noch sehr preiswert" kommentierte einer der Radler.



Aber die eigentliche Überraschung war hier der Besuch von Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender und SPD-Fraktionschef im Landtag. Für die nächste Landtagswahl will er in dem Wahlkreis kandidieren, zu dem auch Flintbek gehört. Stegner hatte sich auf dem Weg zwischen zwei Terminen Zeit genommen, bei der Radfahrergruppe vorbeizuschauen. Neben einer kurzen Darstellung der landespolitischen Situation plauderte er dann an jedem Tisch auch über unpolitische Dinge. Dabei erfuhr man u. a., dass er früher selbst Fußball gespielt hat und noch heute Fußballfan ist.

Nach dem Mittagessen führte die Rückfahrt am Schierensee vorbei über Rumohr nach Flintbek zum Rathaus, denn hier warteten nach 35 km Radfahren Dörte Zander und Hans Joachim Thiem (beide SPD Flintbek) mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen. Vorher hatten sie während der Tour bei Zwischenpausen Getränke bereitgehalten.

Jüngste Teilnehmerin war Eliza Schönwetter mit ihren neun Jahren. Vielleicht hatte die Gruppe auch ihrem Nachnamen das relativ gute Wetter während der Tour zu verdanken. Auf der Rücktour vor einem langen Anstieg, an dem alle vom Rad abgestiegen waren und es schoben, wollte sie einmal fast aufgeben. Aber es fand sich ein allerdings 55 Jahre älterer Kavalier, der ihr Fahrrad mit

hinauf schob. Als es danach erneut bergab ging, fiel ihr alles wieder viel leichter. Nach einem Smalltalk mit Stegner, drei Stunden Radfahren und einem Ausflug von insgesamt fast sechs Stunden hatte Eliza sich den Kuchen denn auch besonders verdient.

Am Schluss freute sich Wulf Brieger (Vorsitzender SPD Flintbek) über den gelungenen Tag und kündigte weitere SPD-Veranstaltungen an: Mitgliederversammlung am 08.09., Bücherflohmarkt am 08.10. und Laternelaufen am 29.10.2011.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.09.2011, 00:42 Uhr - 6015 Clicks - Nr. 917

#### **SPD nominiert Susanne Danhier in Stormarn-Nord**

39 stimmberechtigte SPD-Mitglieder aus dem Wahlkreis 29 (Stormarn-Nord) konnte der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat im Bürgerhaus Bad Oldesloe begrüßen. Mit 37 Stimmen (1 Nein, 1 Enthaltung) wurde die 53jährige Bargteheiderin Susanne Danhier als Kandidatin für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 aufgestellt. Die Leiterin einer kirchlichen Erziehungsberatungsstelle im Kreis Segeberg war bereits 2009 für ihre Partei angetreten und ist aktuell erste Nachrückerin auf der Landesliste.



Susanne Danhier sprach in ihrer engagierten Bewerbungsrede eine ganze Reihe von Politikfeldern an, die sie jeweils auch mit ihrer eigenen Biografie in Verbindung brachte. In die SPD eingetreten ist die Mutter zweier Töchter nach einem humanitären Einsatz als Therapeutin für kriegstraumatisierte Kinder im Kosovo, der ihr die Bedeutung politischen Engagements vor Augen führte. Seit 1996 leitet sie eine Erziehungsberatungsstelle und trifft dort jeden Tag auf Schicksale, die ihr den Wert von Prävention, frühen Hilfen und Familienschutz zeigen. „Ich möchte Rettungsschirme für Menschen!“, forderte sie mit einem Blick auf aktuelle Bundestagsdebatten. Seit 30 Jahren ist Susanne Danhier gewerkschaftlich organisiert, sie war Synodale in der nordelbischen Kirche, leitete in Bargteheide den Schulausschuss und aktuell den Wirtschaftsausschuss, ist stellvertretende Vorsitzende der SPD Stormarn. Diese und viele andere Erfahrungen kann sie im Interesse der Menschen in Kiel einbringen, zeigten sich die Teilnehmer der Wahlkreisversammlung sicher. So wurde denn aus der Befragung der Kandidatin auch eher eine lebhaft diskutierte Diskussion unter allen Anwesenden über die Folgen der festen Fehmarnbeltquerung (Danhier: „Wenn wir es gut machen, bekommt Stormarn viel mehr als nur einen neuen Autohof an der A1!“), Inklusion und gemeinsames Lernen, die Zukunft der Energieversorgung, die Frage der Wahlbeteiligung und zahlreiche andere Themen.

Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat hatte bereits bei seiner Begrüßung die gute Stimmung im Saal bemerkt und ein „zuversichtliches Gemurmel“ zu vernehmen geglaubt. „Mit Torsten Albig werden wir den neuen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins stellen“, gab er sich optimistisch. Uwe Teut, der Vorsitzende der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) kündigte Unterstützung der AfA im Wahlkampf an - und nach ihrem tollen Wahlergebnis hatte Susanne Danhier dann auch nur noch eine sehr knappe Botschaft an die Versammlung: „Morgen fängt der Wahlkampf an!“

Bereits nominiert sind Katrin Fedrowitz im Landtagswahlkreis Norderstedt (Wk 28), zu dem die Stormarner Gemeinde Tangstedt gehört und Tobias von Pein im Wahlkreis 30 (Stormarn-Mitte). In Stormarn-Süd (Wk 31) bewirbt sich Martin Habersaat am 23. September (19.00 Uhr, Rathaus Reinbek) um die Kandidatur für den Wiedereinzug in den Landtag.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 11.09.2011, 12:11 Uhr - 8450 Clicks - Nr. 918

#### **SPD-Kiel an der Seite der HSH-Nordbank-Mitarbeiter**

Zur Ankündigung massiven Stellenabbaus in der Kieler Filiale der HSH-Nordbank:

„Der Kieler SPD-Kreisvorstand teilt die erhebliche Kritik von Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) an der Personalpolitik der HSH-Nordbank: Wir zeigen keinerlei Verständnis, dass der Bankenstandort Kiel weiter geschwächt wird. Schon bisher haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kieler Filiale durch einen überproportionalen Stellenabbau einen großen Teil zur Sanierung des Unternehmens beigetragen.

Nun wird Kiel zum zweiten Mal benachteiligt. Die Kieler SPD erwartet einen ehrlichen Dialog der Bankleitung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Betriebsrat sowie die Aussetzung der in Aussicht gestellten Personalmaßnahmen“, so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

**Keine Kommentare**



[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.09.2011, 15:20 Uhr - 14647 Clicks - Nr. 919

#### **Eher Zementierung der Altersarmut statt Vorsorge**

*SPD Senioren zur Mini-Reform der Bundesarbeitsministerin*

„Die Arbeits(Armut-)ministerin von der Leyen handelt unverantwortlich, wenn sie auch weiterhin die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohn verweigert“, so der Kreisvorsitzende der SPD-AG 60 plus Hans Peter Robin, „sie missversteht völlig, dass die Aufstockung von Renten an lebensfremde Voraussetzungen zu knüpfen, an den Problemen vorbeigeht.“

Die OECD bescheinigt der Bundesregierung, dass Deutschland bei der Alterssicherung von



Geringverdienern international zu den Schlusslichtern zählt.

Mit der geplanten Anhebung der Hinzuverdienstgrenze bei den Frührentnern verhindert die Ministerin zudem die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Ältere, fördert dadurch zusätzlich schlecht bezahlte Arbeit und öffnet einen neuen Niedriglohnsektor, ohne Rücksicht darauf, dass der Weg in die Alterarmut vorgezeichnet ist.

Die Bundesregierung vernachlässigt immer mehr die Menschen mit den höchsten Armutsrisiken: nämlich diejenigen, die lange arbeitslos waren und lange Zeit sehr wenig verdient haben.

Sollte die Bundesregierung die private Zusatzvorsorge und 45 Versicherungsjahre zur Bedingung für eine Form von Mindestsicherung machen, wäre das Ziel, Altersarmut zu vermeiden, eindeutig verfehlt.

„Die Zahl der Rentner, die nebenher jobben müssen nimmt ständig zu“, so Robin, „gering bezahlte Arbeit führt direkt in die Altersarmut.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 11.09.2011, 15:53 Uhr - 39937 Clicks - Nr. 920

#### **Jahr 2050 – Konflikte ums tägliche Brot?**

was können wir tun, damit unsere Welt im Jahr 2050 lebenswert und gerecht ist und alle Menschen genug Essen zum Leben haben? Was können wir gegen die Verschärfung der Nahrungsmittelknappheit ausrichten, die in Folge des Klimawandels und des Rückgangs der weltweit landwirtschaftlich nutzbaren Flächen droht?

Die Beseitigung des Hungers in der Welt gehört zu den dringendsten Herausforderungen unserer Zeit. Noch immer hungern weltweit knapp eine Milliarde Menschen. Wir sind von der Erreichung des ersten Millenniumsziels der Vereinten Nationen – der Halbierung des Anteils der Hungernden bis 2015 – noch weit entfernt. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen erheblich verstärken, um den Hunger nachhaltig zu bekämpfen. Auf der ersten Sitzung des neu gegründeten Forums Nachhaltigkeit der SPD Lübeck wollen wir dabei den Blick nicht nur in die Ferne richten, sondern ganz konkret diskutieren, was wir vor Ort anstoßen können, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Wahrscheinlich ist dies mehr, als wir uns vorstellen können. Die Sitzung findet statt **am Dienstag, den 13. September um 19 Uhr**

**im Infozentrum der SPD-Lübeck, Große Burgstraße 51.**

Referieren wird unser Genosse und Experte für Welternährung **Christoph Otte**. Anmeldungen bis zum 12. September im Wahlkreisbüro von Gabriele Hiller-Ohm, MdB unter der Telefonnummer 0451-384 68 95, wenn Ihr an der Sitzung teilnehmt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.09.2011, 19:07 Uhr - 12779 Clicks - Nr. 921

#### **Mittel für die Schulsozialarbeit sozial gerecht und effizient verteilen**

Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Förderung der Schulsozialarbeit. „Wir sollten dabei aber nicht vergessen, dass diese Mittel (820.000 Euro/Jahr) aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ zur Reform der Hartz IV-Leistungen für Kinder kommen

und für die strukturelle Förderung der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien gedacht sind“,

so der Fraktionsvorsitzende Kai Dolgner. „Die Arbeitsgruppe hat sich viel Mühe gemacht, die sozialen Belastungsfaktoren an den Schulen zu ermitteln, deshalb ist es für uns unverständlich, warum diese bei der Mittelverteilung nur zu 30% berücksichtigt werden sollen. Es kann hier nicht darum gehen, das Geld möglichst breit an alle Schulträger zu streuen, sondern das Geld muss dort eingesetzt werden, wo es am dringendsten gebraucht wird: An den Schulen mit den meisten sozialen Problemen! Wir fordern deshalb, dass mindestens 70% nach den Belastungsfaktoren verteilt werden.“

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Ulrich Kaminski, führt in der Pressemitteilung weiter aus, dass die jetzt zur Verfügung stehenden Gelder möglichst wirksam, effektiv und zielgerichtet eingesetzt werden müssten. Es müsse möglich sein, Fördergelder zu bündeln, um Mindeststandards umsetzen zu können. So müssten z. B. mehrere Schulträger einen Antrag auf Förderung gemeinsam stellen können. Eine Verteilung nach dem „Gießkannenprinzip“ würde die knappen Ressourcen versickern lassen. Es komme darauf an, so der sozialpolitische Sprecher, nachhaltige Strukturen zu schaffen, die möglichst dauerhaft die soziale Realität der Kinder und Jugendlichen verbessern, die in der Bildung benachteiligt seien.

„Die SPD-Fraktion wird in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14. September entsprechende Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Kreisrichtlinie einbringen.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 11.09.2011, 22:42 Uhr - 9876 Clicks - Nr. 922

#### **Kieler SPD zeigt beim Kiel.Lauf 2011 Farbe**

Über ein Dutzend Rot-Runners machten sich auf den verschiedenen Strecken auf den Weg und zeigten mit ihren roten Shirts symbolisch: In der SPD kämpft jede und jeder für den (Wahl-)Sieg.

Die Rot-Runner-Shirts wurden von den Kieler Landtagsabgeordneten Rolf Fischer, Bernd Heinemann und Jürgen Weber gesponsert, die zusammen mit vielen anderen Kieler Genossinnen und Genossen die Rot-Runners an der Strecke anfeuerten.



**Keine Kommentare**

**Stormarn macht gute Schule besser**

**Martin Habersaat - Kolumne für das Stormarner  
Tageblatt**



Dem letzten Landesbildungsbericht ließ sich entnehmen, dass 5,8% der Schulabgänger im Kreis Stormarn die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Dieser Wert muss für alle, die politische Verantwortung tragen, als zu hoch gelten. Dennoch ist es der niedrigste Wert im Land, der Kreis Schleswig-Flensburg hält hier mit 11,8% die rote Laterne.

34,8% der Schulabgänger Stormarns erreichen ihr Abitur.

Das ist der beste Wert im Land, den schlechtesten liefert der Kreis Dithmarschen mit 14,5% (Bundesschnitt: 25,5%). In unserem Kreis gibt es 16 gymnasiale Oberstufen, in Dithmarschen derer vier.

Zu verdanken hat Stormarn diese gute Ausstattung auch engagierten Eltern: Eltern, denen die Einrichtung von Gesamtschulen (heute Gemeinschaftsschulen) mit Oberstufen zu verdanken ist, die anderen Kreisen heute fehlen. Eltern, die durch ihr Anmeldeverhalten die Einrichtung von Regionalschulen verhindert haben, so dass es heute hier das zweigliedrige Schulsystem gibt, das Viele für das System der Zukunft halten. Auch der Streit um G8 und G9 ging an Stormarn vorüber und meine Empfehlung ist, die Energie weiterhin in die Entwicklung guter Schulen vor Ort zu stecken.

Ein immer wichtiger werdender Schulzweig sind die Beruflichen Schulen und die Beruflichen Gymnasien. In Neumünster beispielsweise werden heute mehr Abiturzeugnisse dort vergeben als anderswo. Der Kreis Stormarn wird, so hat es der Schulausschuss beschlossen, diesen Zweig weiter stärken und neben Bad Oldesloe nun auch für Ahrensburg die Einrichtung eines Beruflichen Gymnasiums ab 2012/2013 beantragen. Das wäre die Oberstufe Nummer 17 und ein wichtiger Schritt dahin, den Wert von 34,8% weiter zu verbessern. Weil die Köpfe unserer Kinder der einzige Rohstoff sind, den wir haben. Deswegen wird auch über die 5,8% weiter zu reden sein.

*Martin Habersaat ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Stormarn und der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.*

Kommentar von [Uwe Rasch](#) vom 15.09.2011, 10:00 Uhr:

**RE: Stormarn macht gute Schule besser**

*Guten Tag Herr Habersaat, Sie sollten sich von Ihren Vorurteilen trennen. Die FDP hat in vielen Bundesländern die Änderung des Schulsystems in ein zweigliedriges System unterstützt. Persönlich bin ich der Meinung, dass die Inhalte einer Schulform wichtiger sind als ein Türschild.*

Griechenland unterrichtet in Gemeinschaftsschulen wie auch Finnland steht aber in der Pisa Studie ziemlich unten. Der Name allein bringt noch keine Verbesserung! Uwe Rasch

Kommentar von [Martin Habersaat](#) vom 12.09.2011, 12:49 Uhr:

#### **Antwort auf Herrn Rasch**

*Sehr geehrter Herr Rasch, zunächst einmal freue ich mich über ihr Interesse an meiner Kolumne. Was ich nicht beabsichtigte, war eine erneute System-Diskussion. Stattdessen schrieb ich ja, ich wünsche mir die Energie für die Schulen vor Ort. Natürlich leisten die Gymnasien einen wichtigen Beitrag. Ich habe mein Referendariat an der Sachsenwaldschule absolviert und fühle mich daher "im Bilde". Neben den Gymnasien gibt es aber auch noch zwei andere Schularten, die zum Abitur führen können. Und die Botschaft des Bildungsberichts ist: Wo Kreise allein auf das Gymnasium gesetzt haben, ist die Abiturquote niedrig. Ich weiß, dass die FDP als letzte Partei am dreigliedrigen Schulsystem festhält, aber in diese Diskussion wollte ich gar nicht einsteigen...*

Kommentar von [Uwe Rasch](#) vom 12.09.2011, 12:39 Uhr:

#### **RE: Stormarn macht gute Schule besser**

*Die gute Abiturquote hat der Kreis Stormarn in erster Linie der guten Arbeit der Gymnasien zu verdanken. Diese Schulform, daran sei erinnert, soll nach dem Willen der SPD langfristig aus der Schullandschaft verschwinden. Ein klares Bekenntnis zum dauerhaften Erhalt der Gymnasien würde den Beitrag von Herrn Habersaat glaubwürdiger erscheinen lassen.*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.09.2011, 11:53 Uhr - 5594 Clicks - Nr. 924

#### **Besuch beim Institut für Humangenetik**

In unregelmäßigen Abständen besuchen die Lübecker Landtagsabgeordneten und Martin Habersaat, der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Universität Lübeck und das UKSH, um in verschiedenen Zusammenhängen den Zusammenhang von Krankenversorgung, Forschung und Lehre vor Ort zu erkunden, frei nach dem UKSH-Motto: „Wissen schafft Gesundheit“. Ihr jüngster Besuch führte sie in das Institut für Humangenetik zu Prof. Dr. med. Gabriele Gillesen-Kaesbach und PD Dr. Yorck Hellenbroich.



Das Institut für Humangenetik, das sowohl eine universitäre Einrichtung ist, als auch Teil des Medizinischen Versorgungszentrums am UKSH, bietet genetische Beratung für Patienten ebenso an wie die Labordiagnostik genetisch bedingter Erkrankungen. Gleichzeitig ist es in der Fortbildung von Ärzten und der Ausbildung von Studenten tätig.

Im Anschluss an einen Rundgang durch das Institut diskutierten Abgeordnete und Experten auch über vorgeburtliche Diagnostik und die umstrittene Präimplantationsdiagnostik. Die

Landtagsabgeordneten beneideten ihre Bundestagskollegen nicht um die Entscheidung, die dort zu treffen war, zeigten sich aber mit dem Ergebnis zufrieden. Wolfgang Baasch: „Wenn es eine Technologie gibt, ist es schwer, sie Menschen vorzuenthalten, die vor wichtigen Entscheidungen ihr ganzes künftiges Leben betreffend stehen.“

Hans Müller und Martin Habersaat, beide Mitglieder des Bildungsausschusses des Landtags zeigten sich zum wiederholten Male beeindruckt vom Leistungsspektrum der Universität Lübeck: „Es ist toll, eines der führenden Institute genetischer Forschung in Schleswig-Holstein zu haben. Solche Schätze müssen wir hüten, das nehmen wir als Botschaft mit.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.09.2011, 12:27 Uhr - 6403 Clicks - Nr. 925

### **Der Kreis Stormarn liest ein Buch**

Bis zum 28. September können die Stormarnerinnen und Stormarner abstimmen, welches Buch der Kreis im kommenden Jahr gemeinsam lesen möchte. Eine tolle Aktion, findet der SPD-Kreisvorsitzende und bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat. Er hat nun auch abgestimmt. „Für mich muss diese Wahl auch nicht geheim sein. Ich habe für Eugen Ruges „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ gestimmt, eine ostdeutsche Familiensaga.“

Wer sich auf Habersaats Webseiten umsieht, ahnt warum: „Die Buddenbrooks“ stehen auf der [persönlichen Hitliste](#) des ehemaligen Deutschlehrers ganz oben, eine der ersten Rezensionen seiner Literaturecke befasste sich mit Uwe Tellkamps „Der Turm“ - ebenfalls die Geschichte einer ostdeutschen Familie.



Der Favorit ist nach Auskunft der Kreisverwaltung jedoch ein anderes Buch. Der Regionalkrimi „Toter geht's nicht“ von Dietrich Faber liegt derzeit vorne. Das dritte Buch im Rennen ist „Painting Marlene“ von Sabine Ludwig, in dem es um das Erwachsenwerden und die Macht der Bilder geht. Alle Bücher werden im Reinbeker Rowohlt-Verlag erscheinen, der das Projekt als Kooperationspartner unterstützt.

Bis zum 28. September 2011 kann jetzt im Internet unter [www.kreis-stormarn.de/go/literatur](http://www.kreis-stormarn.de/go/literatur) darüber abgestimmt werden, welches Buch es sein soll.

Vom 30. April bis zum 13. Mai 2012 findet dann in Stormarn erstmals eine übergreifende Literaturaktion mit dem Titel „Der Kreis Stormarn liest ein Buch“ statt. Die Idee zu dem Projekt stammt von der neuen Kulturreferentin des Kreises Stormarn, Dr. Friederike Daugelat, die Wert darauf legte, drei möglichst unterschiedliche Bücher vorzuschlagen.

Alle drei Titel werden am 28. September 2011 um 19 Uhr im Reinbeker Schloss auch öffentlich zur Abstimmung gestellt.

**Keine Kommentare**

**„NOK – Wirtschaftsfaktor des Nordens!“ - Resolution der SPD Osterrönfeld**

Die durch das Bundesverkehrsministerium beabsichtigte Verschiebung von dringend erforderlichen Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal (NOK) löst bei der Gemeinde Osterrönfeld große Besorgnis aus. Seit dem Jahre 2007 wurde mit großen Kraftanstrengungen ein in Schleswig-Holstein einzigartiger Schwerlasthafen am NOK samt dazugehöriger Verkehrsanbindungen geplant und mittlerweile fertiggestellt („Neuer Hafen Kiel-Canal“). Die SPD Osterrönfeld bringt daher folgende Resolution ein.



Die Resolution ist als Dringlichkeitsantrag für die Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung am 22.09.2011 gestellt worden.

*"Die SPD-Fraktion Osterrönfeld beantragt die Verabschiedung der folgenden Resolution durch die Osterrönfelder Gemeindevertretung. Die Amtsverwaltung wird gebeten, die Resolution bei positiver Verabschiedung an den Bundesverkehrsminister, Herrn Dr. Peter Ramsauer (MdB), an den Ministerpräsidenten, Herrn Peter-Harry Carstensen (MdB), an den Landesverkehrsminister, Herrn Jost de Jager (MdB), sowie an die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten weiterzuleiten.*

*Die durch das Bundesverkehrsministerium beabsichtigte Verschiebung von dringend erforderlichen Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal (NOK) löst bei der Gemeinde Osterrönfeld große Besorgnis aus. Seit dem Jahre 2007 wurde mit großen Kraftanstrengungen ein in Schleswig-Holstein einzigartiger Schwerlasthafen am NOK samt dazugehöriger Verkehrsanbindungen geplant und mittlerweile fertiggestellt („Neuer Hafen Kiel-Canal“). Die Gemeinde Osterrönfeld sowie die Stadt Rendsburg und der Kreis Rendsburg-Eckernförde sind zu je einem Drittel an diesem öffentlichen Hafen beteiligt, der im Frühjahr kommenden Jahres betriebsbereit sein wird. Das Gesamtinvestitionsvolumen für Hafen und Straßenanbindung beläuft sich auf rund 50 Millionen Euro. Ein direkt angrenzendes interkommunales Gewerbegebiet mit einer Größe von ca. 80 ha wird durch die Gemeinde Osterrönfeld und die Stadt Rendsburg in diesem Zusammenhang vermarktet.*

*Neben den beiden Kommunen, dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und dem Land Schleswig-Holstein ist auch der Bund mit mehrstelligen Millionenbeträgen an diesem landesweit einmaligen Infrastrukturprojekt beteiligt. Dessen für das gesamte Bundesland so wichtiger Erfolg hängt dabei direkt von der Zukunftstauglichkeit des NOK ab! Hierzu gehört unweigerlich die dringend erforderliche Sanierung der bestehenden Schleusenanlagen, der Bau einer fünften Schleusenkammer sowie der Ausbau des NOK. Schon heute kann der Kanal durch die*

*Sanierungsbedürftigkeit der Schleusen von heute auf morgen seine Funktionsfähigkeit verlieren. Der NOK wird durch dieses unkalkulierbare Risiko zu einem Wagnis für die Nutzer des Kanals. Folge ist ein enormer Attraktivitätsverlust dieser Route, sodass selbst Umwege über Skagen wieder lukrativ werden. Für die Gemeinde Osterröfeld und den neuen Schwerlasthafen bedeutet dies ein enormes finanzielles Risiko, da hierdurch zu befürchten ist, dass der Hafen und die angrenzenden Gewerbeflächen nicht wie geplant vermarktet werden können! Das große und geschlossene Engagement der Region und der Gemeinde Osterröfeld bei der Errichtung des neuen Schwerlasthafens wird durch die geplante Verschiebung der oben genannten Maßnahmen durch den Bund massiv konterkariert!*

*Die meistbefahrene Wasserstraße der Welt als direkte Verbindung zwischen Nord- und Ostsee und Zubringer zum Hamburger Hafen ist Lebensader der gesamten Region, bietet allein im Raum Rendsburg Hunderten Menschen Arbeit und ist für den gesamten norddeutschen Raum unerlässlich. Diese Lebensader muss erhalten bleiben und durch den Bund zukunftsorientiert betrieben werden! Wir fordern daher den Bundesverkehrsminister, Herrn Dr. Peter Ramsauer (MdB), auf, die dringend erforderlichen Sanierungen der bestehenden Schleusenanlagen, den Bau einer fünften Schleusenkammer sowie den Ausbau des NOK wie bisher vorgesehen mit den finanziellen Mitteln und zeitlichen Plänen zu realisieren."*

Die SPD-Fraktion Osterröfeld bittet die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter um Zustimmung zu dieser Resolution. Ziel ist ein geschlossenes Auftreten im Sinne der Interessen der Gemeinde Osterröfeld sowie der gesamten NOK-Region. Aus diesem Anlass steht die SPD-Fraktion Änderungswünschen sowie Ergänzungshinweisen zu dieser Resolution offen gegenüber.

Im Hinblick auf die dringend erforderliche Sanierung der Schleusenanlagen sowie den Bau einer neuen fünften Schleusenkammer erklärt der Verfasser der Resolution und Osterröfelder Gemeindevertreter Jan-Niklas Potten: "Da sich der Bundestag sowie die Bundesregierung derzeit in den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr befinden, ist es aus Sicht der SPD-Fraktion Osterröfeld dringend erforderlich, dass die gesamte Kanal-Region geschlossen für die Zukunftsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals votiert und die erforderlichen Maßnahmen des Bundes dafür einfordert, die entgegen vorherigen Pläne nun aufgeschoben werden sollen. Ohne diese Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen ist zu befürchten, dass die gesamte Region in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung massiv beeinträchtigt wird, wovon Osterröfeld als Standort des neuen Schwerlasthafens sowie des angrenzenden interkommunalen Gewerbegebietes besonders betroffen wäre".

Mehr zum Thema Schwerlasthafen finden Sie hier [[mehr](#)]. --

**Keine Kommentare**

**Dr. Ralf Stegner zum Landtagskandidaten gewählt**

Ralf Stegner ist Landtagskandidat der SPD im neu gebildeten Wahlkreis 10 (Rendsburg-Ost). Auf einer Wahlkreis-Konferenz in Nortorf erhielt Stegner 35 Ja-Stimmen von den versammelten 41 Delegierten, es gab 5 Nein-Stimmen und eine Enthaltung.



„Wir konkurrieren nicht mit den Grünen um Platz 2, sondern mit der CDU um Platz 1“, machte Stegner in seiner Bewerbungsrede klar. Ziel sei eine rot-grüne Koalition, die Aussichten dafür seien gut. Wichtig sei, dass die SPD sich dabei nicht selbst ein Bein stelle. „Wir müssen den Menschen sagen, was wir anders machen wollen und wir müssen ihnen ehrlich sagen, was geht und was nicht geht.“

Bezogen auf die Situation nach dem Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur sagte Stegner: „Das Ergebnis war eindeutig.“ Er halte es mit Franz Müntefering, der gerne Vergleiche aus dem Fußball heranziehe: In jeder Mannschaft gebe es einen Linksaußen, einen Rechtsaußen und einen Mittelstürmer. Die brauche man auch alle um erfolgreich zu sein. Sie müssten nur alle auf ein Tor spielen – nämlich auf das des Gegners.

Geschlossenheit und Zusammenarbeit wünscht der Kandidat sich auch im Wahlkreis 10: „Gemeinsam können wir es schaffen, den Wahlkreis direkt zu gewinnen!“ Zum Wahlkreis 10 gehören die Ämter Aukrug, Bordesholm, Eiderkanal, Nortorfer Land, Achterwehr, Flintbek, Molfsee und die amtsfreien Gemeinden Kronshagen und Wasbek.

Inhaltlich hob Stegner in erster Linie die Bildungspolitik hervor. Die SPD wolle fairen Chancen für alle – unabhängig vom Portemonnaie der Eltern oder ihrer Herkunft. Dafür brauche es starke Gemeinschaftsschulen und eine hochwertige und auf Sicht auch kostenfreie Kinderbetreuung. Es werde viel Arbeit werden, die finanziellen und organisatorischen Stolpersteine, die die jetzige Regierung aufgetürmt habe, wieder aus dem Weg zu räumen, ohne die Bildungslandschaft wieder komplett auf den Kopf zu stellen.

Weitere Themen in der Diskussion waren die Energiepolitik, eine solide Finanzpolitik, die Stadtregionalbahn. Die Delegierten konnte Stegner mit seinen Antworten schon mal überzeugen.

Weitere Informationen: <http://www.ralf-stegner.de/>

**Keine Kommentare**

**Abfallcontainer unter der Erde: Eine saubere Stadt ist eine sichere Stadt**

Die Stadt wird sauberer, wenn wir den Abfall möglichst unter die Erde bringen – in unterirdische Container mit großzügigen Einfüllstutzen, in die leicht und bequem Müll einzuwerfen ist. Das ist besser, als ihn in den nicht sehr schönen Mülltonnen-Boxen der großen Wohnanlagen zu entsorgen,

die sehr oft für alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen nur schwer zu erreichen sind. Und es ist besser, wenn auf öffentlichen Plätzen ein einziger großer unterirdischer Container mit einem Einfüllstutzen steht als zwei kleine Abfalleimer, die rasch überquellen und aus denen Möwen und Krähen die Abfälle herauspicken und verstreuen. Eine saubere Stadt ist die Voraussetzung für eine sichere Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen.

SPD, Grüne und SSW begrüßen die Einführung der so genannten Unterflurbehälter in der städtischen Abfallwirtschaft und werden dem vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss und den Änderungen der Abfall- und der Abfallgebührensatzung zustimmen. Durch die vertragliche Bindung von Wohnungsgesellschaften an den Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) wird es eine langfristige Zusammenarbeit zwischen privater Wohnungswirtschaft und der Landeshauptstadt Kiel in der Abfallentsorgung bei großen Wohnanlagen geben: Der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb errichtet für die Wohnungsgesellschaften die Baugruben und Baucontainer, kauft die jeweiligen Container und stellt den Wohnungsgesellschaften die Benutzung dieser Container über eine besondere Gebühr in Rechnung.

Das ist sozial, denn es ist gut für die Mieterinnen und Mieter. Obwohl die zusätzliche Containergebühr anteilig auf sie umgelegt werden wird, tauchen dafür in ihren Betriebsnebenkostenabrechnungen nicht mehr die Kosten für die Reinigung der Mülltonnenstandplätze und die Nachsortierung des eingeworfenen Mülls in die früheren Mülltonnen auf – und die sind höher als die anteilige Container-gebühr.

Es ist wirtschaftspolitisch klug, denn der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb wird durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Kieler Wohnungsunternehmen in der Abfallentsorgung ein abfallpolitisches Signal setzen gegen den liberalisierten Preiskampf um die „kostenlose Tonne in attraktiven Groß-Wohnanlagen“.

Und: Es ist auch unter umweltpolitischen Aspekten vernünftig, die Intervalle, in denen die Sammelfahrzeuge die Behälter leeren, möglichst zu strecken. Das wiederum bedeutet, die Behälter zu vergrößern.

Dies erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zur vorgeschlagenen Einführung von Unterflurbehältern in der Abfallwirtschaft.

**Keine Kommentare**

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 13.09.2011, 15:51 Uhr - 4210 Clicks - Nr. 929

**Religionsferne LINKE**

Zur Presseinformation des Linke- Abgeordneten Björn Thoroer, in der er der SPD einen Gesinnungswandel bezüglich des Religionsunterrichts unterstellt, erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Wir möchten alle Konfessionen an einem Schulklassen-Tisch versammeln. Es geht also nicht um Religionskunde, sondern um echten, attraktiven Religionsunterricht. Die Religionsferne der Linken wird durch diese vereinfachte Darstellung deutlich und zeigt das gespaltene Verhältnis der Linken zu den Religionen ohnehin.

**Keine Kommentare**

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 13.09.2011, 16:12 Uhr - 5222 Clicks - Nr. 930

### **Öko'rönfeld – Nachhaltiges Energiesparen in der Gemeinde**

Steigende Energiekosten, Klimawandel und eine gesellschaftlich getragene Energiewende hin zu erneuerbaren Energien machen das Thema „Energie“ nicht erst seit gestern zu einer Zukunftsfrage unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund gibt es deutschlandweit in vielen Kommunen Projekte mit dem Ziel, Energie einzusparen und das Bewusstsein für nachhaltige Energieverwendung zu schärfen. Die SPD Osterrönfeld bringt nun eine Idee für ein nachhaltiges Energiekonzept für die Gemeinde auf die Tagesordnung.



*Die SPD-Fraktion Osterrönfeld stellt mit dem folgenden Antrag für die Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung am 22.09.2011 eine Idee für ein nachhaltiges Energiesparen in der Gemeinde unter dem Titel „Öko'rönfeld – Nachhaltiges Energiesparen in der Gemeinde“ vor und bittet hierfür um Zustimmung durch die Gemeindevertretung. Den Osterrönfelder Kindertagesstätten sowie der Aukamp-Schule wird das Energieeinspar-Konzept „Öko'rönfeld“ vorgeschlagen, wonach jede Einrichtung durch eigene Ideen und Konzepte den eigenen Energieverbrauch senken kann. Die dadurch eingesparten Energiekosten werden der jeweiligen Einrichtung zu 50 % zur freien Verfügung gestellt. Die anderen 50 % der geminderten Energiekosten senken durch einen geringeren KiTa-Betriebskostenzuschuss sowie eine entsprechend geminderte Schulumlage die finanziellen Belastungen der Gemeinde.*

*Die Gemeindevertretung Osterrönfeld möge nach entsprechenden Gesprächen mit den Kindertagesstätten sowie der Aukamp-Schule Osterrönfeld (über den Schulverband) beschließen, dieses Energieeinspar-Konzept auf den Weg zu bringen. Vorausgesetzt wird die Zustimmung durch die Kindertageseinrichtungen sowie die Aukamp-Schule bzw. des Schulverbandes. In diesem Zusammenhang ergibt sich möglicherweise auch eine gemeinsame Umsetzung dieses Vorhabens im gesamten Schulverband.*

### **Begründung:**

*Steigende Energiekosten, Klimawandel und eine gesellschaftlich getragene Energiewende hin zu erneuerbaren Energien machen das Thema „Energie“ nicht erst seit gestern zu einer Zukunftsfrage unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund gibt es deutschlandweit in vielen Kommunen Projekte mit dem Ziel, Energie einzusparen und das Bewusstsein für nachhaltige Energieverwendung zu*

schärfen.

*Die Gemeinde Osterrönfeld ist durch den Schulverband an der Aukamp-Schule sowie als Zuschussträger an den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen nicht nur finanziell beteiligt, sondern stellt den Bildungseinrichtungen auch Rahmenbedingungen in der Gemeinde zur Verfügung, die zukunftsweisende Bildungskonzepte ermöglichen sollen. Hierzu sollten auch Anreize für einen nachhaltigen Energieumgang gehören. Die Gemeinde Osterrönfeld kann hier eigene Anreize schaffen und das oben genannte Energieeinspar-Konzept „Öko'rönfeld“ mit der Aukamp-Schule sowie den Kindertageseinrichtungen auf den Weg bringen.*

*Neben den monetären Anreizen für alle Beteiligten ermöglicht es der Aukamp-Schule sowie den Kindertageseinrichtungen zusätzlich zu evtl. bisher gefahrenen Projekten, durch kindgerechte Aufklärung und Hinweise den energiesparenden Umgang im Alltag erlebbar zu machen. Den Bildungseinrichtungen wird es daher freigestellt, mit welchen Ideen und Konzepten sie den eigenen Energieverbrauch reduzieren. Hierdurch können gemeinsam mit den Kindern Vorhaben zu einem energiesparenden Zusammenleben entwickelt werden, was eine entsprechende Identifizierung sowie ein kindgerechtes Verständnis für die Materie „Energie“ ermöglichen sollte.*

*Die Gemeinde Osterrönfeld wird hierbei den Einrichtungen nach vorher vereinbarten zeitlichen Abständen den aktuellen Energieverbrauch darlegen. Entsprechend einer Minimierung des Energieverbrauchs findet dann eine 50 %ige Kostenerstattung für die jeweilige Einrichtung statt. Diese Mittel sollen zur freien Verfügung gestellt werden, könnten durch die Einrichtung z.B. für themenbezogene Ausflüge und Bildungsangebote genutzt werden.*

*Bei erfolgreichem Verlauf des Projektes ist ebenfalls eine Teilnahme an der „EnergieOlympiade“ der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein denkbar, die jährlich wegweisende Energiesparprojekte landesweit sucht und prämiiert. Den KiTas sowie der Schule eröffnen sich durch zahlreiche private wie öffentliche Initiativen zusätzlich zu dem gemeindeeigenen Projekt Möglichkeiten einer fachmännischen sowie unterstützenden Hilfe.*

*Die durch die nun vorgelegte Idee eines Energieeinspar-Konzeptes zu erwartenden Vorteile liegen vor allem in einem nachhaltigen Bildungsangebot für die Kinder. Es ist zu erwarten, dass der in Schule und KiTa ohnehin schon vermittelte Umgang mit einer energiesparenden Lebensweise auch in das private Leben der Kinder und Familien hineingetragen wird, was das Projekt gesamtgesellschaftlich zu einem interessanten Zukunftsprojekt werden lässt. Weitere und weiterreichende Ausweitungen dieses Projektes auch auf andere Einrichtungen der Gemeinde sind ebenso denkbar, wie eine Zusammenarbeit mit dem neuen Osterrönfelder Beruflichen Gymnasium für erneuerbare Energien.*

*Die Gemeindevertretung hat ggf. darüber zu diskutieren, inwiefern die Bildungseinrichtungen ein „Startkapital“ zum Beginn des Energieeinspar-Konzeptes zur Verfügung gestellt bekommen, um notwendige Anstoßinvestitionen bewältigen zu können.*

*Die SPD-Fraktion bittet die Osterrönfelder Gemeindeverterinnen und Gemeindevertreter um*

Zustimmung zu dem vorgelegten Antrag „Öko'rönfeld – Nachhaltiges Energiesparen in der Gemeinde“. Sollte der Antrag positiv beschieden werden, so empfiehlt sich ggf. ein überfraktioneller Arbeitskreis gemeinsam mit allen Beteiligten des Energieeinspar-Konzeptes.

--

Kommentar von [Jochen Bölsche](#) vom 16.09.2011, 15:25 Uhr:

**RE: Öko'rönfeld – Nachhaltiges Energiesparen in der Gemeinde**

Glückwunsch! Großartige Idee! Wunderbares Logo! Grüße aus der Partnergemeinde an der Oste-Schwebefähre Jochen Bölsche [www.oste.de](http://www.oste.de) --- [www.spd-osten.de](http://www.spd-osten.de)

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.09.2011, 22:08 Uhr - 15901 Clicks - Nr. 931

**Dr. Kai Dolgner tritt im Wahlkreis Rendsburg an**

Kai Dolgner ist Landtagskandidat der SPD im neu gebildeten Wahlkreis 11 (Rendsburg). Auf einer Wahlkreiskonferenz in Rendsburg stimmten alle versammelten Delegierten für den 42-jährigen Osterrönfelder, der seit zwei Jahren Landtagsabgeordneter ist. In der SPD-Fraktion ist Dolgner Mitglied des Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des Arbeitskreises Innen, Recht, Kommunales, Gleichstellung und Integration.



„Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass ich schon nach zwei Jahren wieder vor Euch stehe und mich um die Kandidatur bewerbe, lieber hätte ich fünf Jahre durchgearbeitet.“ Die vorgezogene Landtagswahl habe aber auch ein Gutes, denn jeder Tag, den diese Landesregierung noch im Amts sei, sei ein Tag zu viel.

Pleiten, Pech und Pannen – so charakterisierte Dolgner die zweijährige Regierungszeit der schwarz-gelben Koalition. „Arbeitszeiterlässe die nur einen Tag (am 1. April!) gültig waren, psychologisches Gutachten für G9-Schüler, Chaos beim Schulgesetz, keine Oberstufen bei den Gemeinschaftsschulen usw., usf.“ – einen ganzen Abend könne man z. B. über die Fehlleistungen im Bildungsministerium referieren.

Ein Skandal sei die Zustimmung der Landesregierung im Bundesrat zum letzten Steuersenkungspaket. Damit verzichte Schwarz-Gelb auf 130 – 140 Mio. Euro Einnahmen für Schleswig-Holstein. „Davon hätten wir eine komplett gebührenfreie KiTa locker bezahlen können, für die freie Schülerbeförderung hätte es auch noch gereicht und es wären sogar noch 30 Mio. übriggeblieben“, erklärte Dolgner.

Die Schwäche der anderen sei aber nicht automatisch die Stärke der SPD. „Bei allem, was wir den Bürgern als Programm anbieten, müssen wir uns zwei Fragen stellen: Ist das gerecht? Ist es glaubwürdig?“ Denn im Streben nach Gerechtigkeit unterscheide sich die SPD von CDU und FDP und in der Glaubwürdigkeit von der Linkspartei.

Die Delegierten sahen das genauso. Zum Wahlkreis 11 gehören die Städte Rendsburg und

Büdelndorf, die amtsfreie Gemeinde Hohenwestedt und die Ämter Fockbek, Hanerau-Hademarschen, Hohenwestedt-Land, Hohner Harde und Jevenstedt.

Weitere Informationen: <http://www.dolgner.info/>

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 13.09.2011, 23:23 Uhr - 5814 Clicks - Nr. 932

#### **Peter Eichstädt erneut zum Wahlkreiskandidaten gewählt**

Der seit elf Jahren amtierende Lauenburger Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt kandidiert für eine weitere Amtszeit. Die SPD-Wahlkreiskonferenz für den Wahlkreis 34 (Lauenburg Nord) wählte den 60-jährigen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion einstimmig zum Wahlkreiskandidat.

Eichstädt betonte in seiner Bewerbungsrede, die Kommunen müssten als "Keimzellen des Gemeinschaftslebens erhalten" bleiben. Vielmehr müsse man wieder über eine Kreisgebietsreform diskutieren, die Bürokratie abbauen und finanzielle Mittel für wichtige Projekte freischaufeln könnte. Dazu gehört vor allem gute Bildung in Kita und Schule. Die SPD steht aber auch weiterhin für den Mindestlohn, einen Schulfrieden und langes gemeinsames Lernen.

Außerdem müsse ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD angestoßen werden. "Die NPD ist ein Feind der Demokratie", so Eichstädt. Er sei froh, dass im Kieler Landtag kein NPD-Abgeordneter sitze. Anders in Mecklenburg-Vorpommern: "Nur ein einziger NPD-Abgeordneter ist nicht vorbestraft - und der ist Rechtsanwalt und Verteidiger der anderen!"

Peter Eichstädt macht sich zudem für eine Rot-Grüne Koalition stark: "Meine ersten fünf Jahre im Landtag waren stabile Jahre - mit Rot-Grün!", gab er den 34 stimmberechtigten Delegierten aus den SPD-Ortsvereinen zu verstehen. Er möchte dafür kämpfen, dass die SPD nach der Landtagswahl am 6. Mai 2012 wieder stärkste Kraft im Kieler Landtag wird - mit Torsten Albig an der Spitze als Ministerpräsident. "Albig geht auf die Menschen zu", konstatiert Eichstädt.

Eine vorgezogene Landtagswahl war nötig geworden, nachdem das Landesverfassungsgericht das Wahlrecht für verfassungswidrig erklärt hatte. Danach wurden drei sogenannte Übergangmandate der CDU nicht durch Ausgleichsmandate der anderen Parteien gedeckt - was die Mehrheitsverhältnisse im Landtag umgedreht hätte.



*Marc Schieren*

**Keine Kommentare**

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 14.09.2011, 11:22 Uhr - 3954 Clicks - Nr. 933

#### **UKSH-Sanierung: Patienten und Beschäftigte nicht vergessen!**

Zum Kabinettsbeschluss über den Sanierungsplan für das UKSH erklären der Lübecker SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch und der Kieler Abgeordnete Jürgen Weber:

Mit der Entscheidung für das sogenannte Asset-Modell greift die Landesregierung die Umsetzung des baulichen Masterplans auf. Das ist gut, es kommt aber leider mit fast dreijähriger Verspätung. Ein Verkauf des UKSH ist damit abgewendet. Wir begrüßen das eindeutige Bekenntnis der Landesregierung zum UKSH in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Die geplanten Investitionen sind erforderlich, um die Klinik effizient zu betreiben.

Was die Landesregierung leider nicht erwähnt, ist die Patientenfreundlichkeit - diese ist für uns genauso ein Kriterium wie hoher fachlicher Standard. Und: Es darf keine weiteren Belastungen für die Beschäftigten geben.

Die Herkules-Arbeit - die Wirtschaftlichkeitsberechnung - steht allerdings noch aus. Diese muss zeigen, dass die Privatisierung von Bau und Betrieb der Gebäude die Kriterien der Wirtschaftlichkeit erfüllt. Ebenso müssen die Rahmenbedingungen für das ÖPP-Modell geklärt werden. Eine Defusionierung der Standorte Kiel und Lübeck kommt für uns nicht in Frage.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 14.09.2011, 15:42 Uhr - 12325 Clicks - Nr. 934

#### **Gemeinsame Erklärung von Benny Engelbrecht und Franz Thönnies zu Grenzkontrollen Grenzkontrollen bedrohen die Zusammenarbeit und das Wachstum**

Im Jahr 1955 wurden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom dänischen Ministerpräsidenten H. C. Hansen (S) und dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in dem Geiste vereinbart, dass das dänische und das deutsche Volk zukünftig friedlich miteinander zusammenleben und ihre Zusammenarbeit ausbauen sollten.

In diesem Sinne setzten sich die Angehörigen der dänischen und deutschen Minderheit für Freiheit und soziale Sicherheit in einem friedlichen Europa ein. Werte, die besonders in den skandinavischen Ländern einen hohen Stellenwert haben. Es hat sich eine dichte kulturelle Zusammenarbeit entwickelt, die zu einer einzigartigen gemeinsamen Entwicklung in der Grenzregion geführt hat. Sie hat in den letzten Jahrzehnten davon profitiert. Es hat zu einer überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung für die Menschen und für die Betriebe geführt.

Für die zukünftigen Herausforderungen ist die Vereinbarung über Grenzkontrollen ein verkehrtes Signal. Wir richten unsere Kritik gegen die dänische Regierung und ihre Unterstützer, die Dänische Volkspartei, da sie den Einfluss Dänemarks auf eine Zusammenarbeit, die nach vorn blickt, begrenzt. Die Vereinbarung über die Grenzkontrolle widerspricht auch dem Geist des Abkommens



von Schengen, das auf Zusammenarbeit und auf sozialökonomischen Ausgleich in Hinblick auf die Erweiterung des Arbeitsmarkts ausgerichtet ist. Die sehr knappe Mehrheit, die diese Vereinbarung getroffen hat, offenbart das Peinliche an dem Symbolwert dieses Beschlusses, führt aber auch zu einer vollständig unnötigen schlechten Stimmung zwischen Dänemark und den übrigen europäischen Ländern – und dies, obwohl alle sich darüber im Klaren sein müssten, dass Dänemark wichtig ist für Europa und Europa wichtig ist für ein gut funktionierendes Dänemark.

Vielleicht haben sich einige Dänen über die massive Kritik von der deutschen Seite gewundert. Von Seiten der Parteien Venstre und Konservative wurde behauptet, es handle sich ja nur um ein paar Zöllner mehr. Die Grenzkontrolle führte in Deutschland zu heftigen emotionalen Diskussionen, insbesondere, weil man dies als einen Angriff auf die hervorragende grenzüberschreitende Zusammenarbeit empfand, auf die man zu Recht stolz ist. Die deutsche Kritik überraschte besonders die Dänische Volkspartei, die 10 Jahre lang die Hintermänner der Symbolpolitik der Grenzbarrieren waren. Für uns Sozialdemokraten war die Kritik in keiner Weise überraschend. Wir verstehen den Wert der engagierten Zusammenarbeit und der partnerschaftlichen Offenheit. Beides zusammen kennzeichnet den Weg zu einer guten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa. Deshalb sind wir gegen eine Grenzkontrolle, die die Entwicklung unserer guten Kooperation und unser gutnachbarschaftliches Verhältnis begrenzt.

In der jetzigen Krise hat Deutschland viel bessere Bewältigungsstrategien als Dänemark entwickelt. Das ist zurück zu führen auf die Verlängerung des Arbeitslosengeldes, bessere Ausbildungsmöglichkeiten und einen besseren Zugang zum Praktikum, ganz anders als in Dänemark und insbesondere Sønderjylland/Nordschleswig, das besonders hart von der Finanzkrise betroffen ist und jeden Tag Arbeitsplätze verliert. Die dänische Regierung hat nur zugesehen – außerstande, Jobs oder Praktikantenplätze für die Region oder Dänemark zu schaffen. Die Errichtung von Grenzbarrieren auf dänischer Seite ist eine symbolische Handlung, und die Bevölkerung vor Ort, hier in Sønderjylland/Nordschleswig, muss jetzt die Zeche dafür mit weniger Arbeitsplätzen bezahlen. Statt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu entwickeln, wird sie unterminiert.

### **Benny Engelbrecht, Mitglied des Folketing/Dänemark**

*Sprecher für Europa - Angelegenheiten*

*Sprecher für Verbraucher - Angelegenheiten*

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 14.09.2011, 16:22 Uhr - 16078 Clicks - Nr. 935

#### **Bitte keine taktischen Spielchen am Kanal!**

Zur Situation am Nord-Ostsee-Kanal erklären der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix und der Rendsburger Bürgermeister Andreas Breitner:

Der Investitionsstau an den Schleusen- und den Kanalanlagen in Kiel und Brunsbüttel ist gewaltig. Aber lediglich 25 Millionen Euro will die Bundesregierung im nächsten Jahr für den NOK

ausgeben.

26 Millionen Euro sind als Einnahmen aus Gebühren veranschlagt. Der Bund gibt damit weniger für den NOK aus, als er durch ihn einnimmt.

Insgesamt sollen die Baumaßnahmen am gesamten NOK über eine Milliarde Euro kosten. Am dringendsten ist der Sanierungsbedarf allerdings in Brunsbüttel. Seit Jahren häufen sich die Ausfälle der Schleusen und es ist immer weniger Personal zur Unterhaltung vorhanden.

Es ist verheerend, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung den Bau einer 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel immer wieder aufschiebt. 1,9 von benötigten 273 Millionen Euro will die Bundesregierung dafür im nächsten Jahr zur Verfügung stellen. Damit gefährdet die Bundesregierung auch Arbeitsplätze bei den Lotsen, in Maklerbetrieben, Hafengebieten und in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Die Aussage des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium Scheuerle (CSU), er hätte sich noch um 450 ebenso wichtige Schleusen zu kümmern, zeigt vor allem eines: An der Spitze des Ministeriums hat man keine Ahnung von der Bedeutung des Kanals.

Die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals geht über Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik weit hinaus. Er ist wichtiger Bestandteil des nordeuropäischen Wirtschaftsraumes und fördert somit auch die gesamte europäische Zusammenarbeit im Ostseeraum. Gleichzeitig ist er aber auch Rückgrat der regionalen Wirtschaft und Werftindustrie von Brunsbüttel über Rendsburg bis Kiel.

Von daher ist auch die relative Gelassenheit der schleswig-holsteinischen Landesregierung in dieser Frage verwunderlich. Es ist zu hoffen, dass die Verantwortlichen nicht ein ähnliches Spiel treiben, wie bei der Rettung der Lübecker Universität. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, dass der Ministerpräsident und der neue Spitzenkandidat erst nach Berlin reisen und sich dann nach einem erfolgreichen Gespräch mit ihrem Parteifreund Ramsauer als Kanalretter feiern lassen.

Der Kanal und alle, die wirtschaftlich von seinem reibungslosen Betrieb abhängen, brauchen solche Inszenierungen nicht. Und die vielen Familien, die mit ihren Arbeitsplätzen unmittelbar vom Kanal abhängig sind, auch nicht.

Wichtig ist dagegen ein abgestimmtes Auftreten der nördlichen Bundesländer im Bundesrat, um die Bundesregierung an ihre Pflichten in Bezug auf die Bundeswasserstraße im Norden zu erinnern. Die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten werden in der nächsten Sitzungswoche die Bundesregierung gezielt zu ihren Plänen zum NOK befragen. Damit wollen wir auch einer Inszenierung vorbeugen.

**Keine Kommentare**

**Rede: Linker Windmühlen-Kampf ohne Windmühlen**

**Landtagsrede vom 14. September 2011 zu Studiengebühren**

Bei der Lektüre des Gesetzentwurfes der Fraktion der Linken fiel mir ein anderes bedeutendes Werk der Weltliteratur ein, nämlich der Don Quijote. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied: Während Cervantes' Hidalgo gegen Riesen kämpfen will und auf Windmühlen einstürmt, die immerhin vorhanden sind, geht die Attacke des Kollegen Schippels völlig ins Leere, weil nicht einmal Windmühlen auf weiter Flur zu finden sind.



Spätestens seit der letzten Landtagswahl ist von allen Parteien nur der Satz zu hören, den wir in leicht abgewandelter Form in den letzten Wochen immer wieder zu hören bekamen: „Niemand hat die Absicht, in Schleswig-Holstein Studiengebühren zu erheben!“.

Insofern stößt Ihr Gesetzentwurf ins absolut Leere. Ein solches Gesetz wäre nicht mal eine Rückversicherung dagegen, dass sich eine künftige Landtagsmehrheit in dieser Frage anders entscheidet. Denn in einem solchen Falle wäre eine solche Bestimmung ebenso schnell aus dem Hochschulgesetz gestrichen, wie sie hineingekommen ist.

Ihr Entwurf wirft darüber hinaus noch weitere Probleme auf. Er kollidiert mit dem derzeitigen § 41 des Hochschulgesetzes, wonach die Hochschule sehr wohl für bestimmte Dienstleistungen angemessene Gebühren erheben kann. Wir haben bei der Verabschiedung des Hochschulgesetzes von 2007 sehr sorgfältig darauf geachtet, dass der dort genannte Katalog von Gründen zur Gebührenerhebung nicht ausufernd und nicht in Dimensionen gerät, die auf faktische Studiengebühren durch die Hintertür hinauslaufen.

Wenn Sie aber den Hochschulen nicht mehr das Recht einräumen wollen, Immatrikulationsgebühren, Gebühren für die Fristversäumnis bei der Rückmeldung, Kostenbeiträge für die Teilnahme am Hochschulsport oder die Nutzung von Hochschuleinrichtungen außerhalb des Studiums und einige Dinge mehr zu erheben, müssen Sie auch die Frage beantworten, wer für die Einnahmeausfälle der Hochschulen geradesteht. Ein Eintreten des Landes durch eine entsprechende Erhöhung der Zuweisung an die Hochschulen schließen Sie ja aus, weil Sie in Ihrer Begründung explizit sagen, Ihr Gesetzentwurf würde das Land keinen Cent kosten. Sie würden also die Hochschulen mit diesen Einnahmeausfällen schlicht und einfach allein lassen. Ich bin mir sicher, dass sämtliche Kanzlerinnen und Kanzler unser Hochschulen Ihnen dafür ein Dankschreiben zukommen lassen.

Wenn Sie uns allen viel sinnlose Arbeit ersparen wollen, seien Sie klüger als Don Quijote, der erst auf dem Totenbett zu Verstand kam, und ziehen Sie diesen Antrag zurück. Wenn Sie darauf bestehen, werden wir ihn selbstverständlich in den Bildungsausschuss überweisen.

(Redemanuskript; die Rede habe ich frei und in anderem Wortlaut gehalten)

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 15.09.2011, 10:05 Uhr - 5839 Clicks - Nr. 937

**27 Jahre Krebsberatung der AWO: Weiter so mit der praktischen und seelischen Unterstützung**  
Pressemitteilung

14. 9. 2011

27 Jahre Krebsberatung der AWO: Weiter so mit der praktischen und seelischen Unterstützung

Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich vehement für die weitere Unterstützung der Krebsberatung der AWO im Kreis Plön aussprechen. Im Sozialausschuss des Kreises hatte die AWO die Gelegenheit, die psychosoziale Beratungsstelle den Mitgliedern vorzustellen.

Seit über 27 Jahren ist Schönkirchen für alle Bürgerinnen und Bürger Anlaufstelle für Hilfesuchende. Rund 400.000 Bürgerinnen und Bürger erkranken im Jahr an dieser Krankheit, die das Leben verändert.

Diese Beratungsstelle wird sehr stark frequentiert und bedient den gesamten Kreis Plön. Mit Hausbesuchen, telefonischer Beratung und Gesprächen vor Ort wird den Ratsuchenden geholfen, sich in ihrer neuen Lebenslage zurechtzufinden. Neben der medizinischen Versorgung ist eine psychosoziale Beratung und Begleitung von fundamentaler Wichtigkeit sowohl für die Betroffenen als auch für ihre Angehörigen. Insbesondere die psychologische Beratung, die Hilfe beim Umgang mit Ängsten und die Bewältigung von Verlusten und Veränderungen sind von großer Bedeutung für die Patienten. Weiterhin geht es um Informationen und Beratung bei Schwerbehinderung, Reha, Vermittlung von ambulanter Hilfe, finanzielle Unterstützung.

„Das Team der AWO leistet einen großen Beitrag auch zur Wiedereingliederung nach dieser schweren Krankheit, denn es geht insbesondere auch darum, Perspektiven für ein Leben mit dem Krebs zu finden“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

Faktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Wir fordern die Mitglieder des Sozialausschusses auf, sich dafür einzusetzen, dass diese Beratung weiterhin mit 12.000 € pro Jahr unterstützt wird. Seit über 27 Jahren ist diese Beratungsstelle eine feste Institution, die erfolgreich arbeitet. In jedem Kreis, in jeder Stadt arbeiten Krebsberatungsstellen, das muss im Kreis Plön auch so bleiben, um zu informieren, zu ermutigen und zu entlasten

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.09.2011, 10:32 Uhr - 1613 Clicks - Nr. 938

**Partikeltherapiezentrum Kiel vor dem Aus**

Dass die Technik, die zur Verfügung steht, um Menschenleben zu retten, nicht genutzt werden soll, ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Das ist ein Schlag ins Gesicht nicht nur für die Landeshauptstadt, sondern vor allem für die Menschen, denen nun diese hochtechnologische Therapiemöglichkeit nicht zur Verfügung gestellt wird.

All das geschieht offenbar nur unter dem Aspekt der sogenannten Wirtschaftlichkeit – mit anderen Worten wird hier die Gewinnmaximierung über das Prinzip der bestmöglichen Versorgung schwerkranker Menschen gestellt.

Noch paradoxer wird der Rückzug von Siemens aus dem Partikeltherapiezentrum, wenn man berücksichtigt, dass ein gleichartiges Projekt an einem anderen Standort umgesetzt werden soll.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung auf, sich weiter für die Realisierung dieses Leuchtturmprojektes in Kiel einzusetzen.

Dies erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Kiel, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, zum drohenden Aus für das Partikeltherapiezentrum in Kiel.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 16.09.2011, 06:40 Uhr:

**RE: Partikeltherapiezentrum Kiel vor dem Aus**

*Kein Partikelzentrum in Kiel, kein Science-Center in Kiel, kein Ausbau des NOK und vielleicht keine SRB Kiel! Ich frage mich ob man unser Schleswig Hostein gezielt in ein Entwicklungsland herunterwirtschaften will!*

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 15.09.2011, 19:02 Uhr - 12605 Clicks - Nr. 939

**Thönnnes (SPD): Beteiligungsrechte für Kinder stärken!**

**Weltkindertag am 20. September 2011 unter dem Motto „Kinder haben was zu sagen!“**

Der diesjährige Weltkindertag am 20. September 2011 findet unter dem Motto ‚Kinder haben was zu sagen‘ statt. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes ist überzeugt, dass Kindern und Jugendlichen noch zu wenige Möglichkeiten der Mitbestimmung eingeräumt werden: „Das Beteiligungsgebot von Kindern und Jugendlichen ist ein fester Bestandteil unserer Gemeindeordnung in Schleswig-Holstein. Praktisch wird leider noch viel zu selten davon Gebrauch gemacht.“



Aber auch darüber hinaus gibt es weitreichende Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche bei Entscheidungsprozessen im Alltag einzubinden. „Es gibt beispielsweise vorbildliche Partizipationsmodelle bei Entscheidungsfindungen in der Kita oder Schule. Wenn Kinder in ihrem Umfeld beteiligt werden, lernen sie frühzeitig wichtige Prinzipien der Demokratie kennen“, so Thönnnes weiter.

Darüber hinaus begrüßt der SPD-Politiker das Engagement der ehrenamtlich und kommunalpolitisch Aktiven in Henstedt-Ulzburg, die in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen haben, um als anerkannte kinder- und familienfreundliche Gemeinde zahlreiche Betreuungs- und Freizeitangebote und eine gute Infrastruktur vor Ort bereit zu stellen. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses, wie es zurzeit schon in Kaltenkirchen besteht und sich dort bestens bewährt hat.

Kommentar von [Stefan Weber LT-Direktkandidat Segeberg West](#) vom 16.09.2011, 09:17 Uhr:

**RE: Thönnnes (SPD): Beteiligungsrechte für Kinder stärken!**

*Ich kann Franz nur zustimmen, die Rechte von Kindern und Jugendlichen finden in unserer Gesellschaft noch zu wenig Beachtung. Wir müssen sie immer wieder einfordern. Ein wichtiger, zu erreichender Meilenstein ist die Einbindung ins Grundgesetz.*

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 15.09.2011, 19:50 Uhr - 3474 Clicks - Nr. 940

#### **Neuer Vorstand der Reinbeker SPD will sich aktiv im Rathaus einmischen**

Die Mitgliederversammlung der SPD Reinbek hat für zwei Jahre einen neuen Vorstand gewählt. Erster Vorsitzender bleibt Klaus-Peter Puls. Neuer zweiter Vorsitzender ist René Wendland. Kassen- und Schriftführung bleiben bei Sabine Puls (1. Kassiererin), Marianne Cornehl (2. Kassiererin) und Borwin Baesecke (Schriftführer). Zu Beisitzern in den elfköpfigen Vorstand wurden gewählt: Anne Becker, Angelika Lütjens, Günther Heitmann, Alfred Rund, Björn Uhde und Tomas Unglaube.

Vorsitzender Klaus-Peter Puls: "Wir wollen als Vorstand auch künftig mit Grundsatzbeschlüssen aus der Mitgliederversammlung heraus vorrangig unsere Stadtverordnetenfraktion kommunalpolitisch begleiten und unterstützen."

Der Reinbeker SPD sei es 2010 gelungen, "gegen den anfänglichen Widerstand aller anderen Rathausfraktionen mit konstruktiven Anträgen das Freizeitbad vor der drohenden Schließung zu bewahren und für die Bevölkerung zu erhalten". Die Reinbeker SPD habe "mit Beharrlichkeit darauf hingewirkt, dass 2011 endlich finanzielle Vorsorge für die seit Jahren überfällige Sanierung der Uwe-Plog-Sporthalle getroffen werden kann".

Das kommende Jahr 2012, so Puls, werde die SPD zum "Jahr der Feuerwehr" machen: "Feuerwehr ist kommunale Grundversorgung und kommunalpolitische Grundverpflichtung. Die räumliche und technische Funktionssicherheit der Reinbeker Wehren darf nicht gefährdet werden. Was funktionell nötig ist, muss finanziell möglich gemacht werden."

Klaus-Peter Puls: "Wir werden uns mit unserem neugewählten Team aktiv in die Rathauspolitik einmischen. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, uns dabei zu unterstützen. Unsere Mitgliederversammlungen sind regelmäßig öffentlich."

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.09.2011, 21:26 Uhr - 5665 Clicks - Nr. 941

#### **Bereit für den Regierungswechsel am 6. Mai 2012**

„Diese Landesregierung hat gezeigt, dass sie es nicht kann“- Olaf Schulze, Landtagsabgeordneter aus Geesthacht, will den Wahlkreis 35 (Lauenburg-Süd) direkt für die SPD gewinnen. 30 Delegierte wählten den 44-jährigen Gewerkschaftssekretär einstimmig für die Kandidatur im Wahlkreis Lauenburg Süd.

Gewohnt kämpferisch warb der derzeitige energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für einen Politikwechsel: „Die jetzige



Landesregierung hat gezeigt, dass sie es nicht kann. Wir Sozialdemokraten können 2012 den Wechsel schaffen! Meinen Wahlkreis 35 will und werde ich direkt gewinnen. Kein hü und hott mehr, sondern klare Kante für unser Land Schleswig-Holstein. Mit mir hat unser Wahlkreis eine starke Stimme in Kiel. Unser erstes Ziel muss eine hohe Wahlbeteiligung sein.“



Politikverdrossenheit resultiere auch aus dem Verhalten vieler Politiker, einfach nicht richtig zuzuhören und aus unrealistischen Versprechen. So könnten Rechtspopulisten Fuß fassen: „Wir alle müssen gemeinsam gegen Rechts aufstehen und eine glaubwürdige Politik machen.“ Politik solle nur das versprechen, was sie auch halten könne.

Besonders erfreut zeigte sich Schulze am Rande der anschließenden Feier über das große Interesse der Presse an diesem Abend: „Der Auftrag der Medien ist ja nicht nur, spektakuläre Querelen der Politik in die Wohnzimmer der Bürgerinnen und Bürger zu transportieren.“ Sie könnten vielmehr mithelfen, die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger zu bekämpfen, indem sie auch über sonst schwer verständliche Zusammenhänge in der Landespolitik aufklären. „Eine starke Presse ist Garant für eine starke Demokratie. Schließlich ist sie Torwächter auf dem Markt der Meinungen“, so Schulze.

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.09.2011, 21:30 Uhr - 5634 Clicks - Nr. 942

**Ja zu Pumpspeicherkraftwerken nicht übers Knie brechen!**

Zur heutigen Beratung im Umwelt- und Agrarausschuss über die Änderung des Oberflächenwasserabgabegesetzes sagen die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann, und der energiepolitische Sprecher Olaf Schulze:



"Pumpspeicherkraftwerke haben eine wichtige Rolle bei der Energiewende, die auf die ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien abzielt: sie sollen Energie speichern. Dafür muss auch das Pumpspeicherkraftwerk in Geesthacht fit gemacht werden.

Hier sind wir mit den Regierungsfractionen grundsätzlich einer Meinung und befürworten deren Gesetzentwurf, der in dieser Plenartagung in 1. und 2. Lesung beraten werden soll. Allerdings können wir die Eile, die CDU und FDP an den Tag legen, nicht nachvollziehen. Auch hier geht für uns Gründlichkeit vor Schnelligkeit – wir haben noch Beratungsbedarf!

In der heutigen Beratung im Ausschuss wurde die Landesregierung für uns überraschend nicht durch die zuständige Umweltministerin, sondern durch den Wirtschaftsminister vertreten. Einige entscheidende Fragen blieben unbeantwortet:

Gibt es für die vorgesehene Senkung der Abgabe für Pumpspeicherwerke auf ein Zehntel der bisherigen Gebühren eine ausreichende ökologische Begründung?

Wie groß ist die Gefahr wettbewerbsrechtlicher Klagen anderer Unternehmen auf Gleichbehandlung?

Sind die vorgeschlagenen neuen Abgabesätze nicht zu sehr auf die betriebswirtschaftliche Situation des Pumpspeicherwerks Geesthacht ausgerichtet und somit das Gesetz willkürlich auf einen Einzelfall zugeschnitten?

Wie wird das Pumpspeicherwerk Geesthacht zur Speicherung des Windkraftstroms in die Energiewende eingebunden?

Dies alles ist unklar. Deshalb haben wir im Ausschuss eine – für uns ohnehin selbstverständliche - Anhörung zu diesen Fragestellungen mit den Verbänden des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Energiewirtschaft beantragt. Dies wurde jedoch von CDU und FDP mit dem Hinweis auf den Eilbedarf des Gesetzes abgelehnt. Das erstaunt uns, da derartig begünstigende Gesetzesänderungen auch rückwirkend in Kraft treten können. Diese Rückwirkung stand sogar ausdrücklich im vorgelegten Gesetzentwurf, aber den CDU- und FDP-Vertretern war wohl ihr eigener Gesetzentwurf nicht geläufig. Unser Eindruck ist, dass der Eilbedarf eher den laufenden Parteinominierungsverfahren und dafür benötigten Erfolgsmeldungen der Landtagskandidaten geschuldet ist.

Auch die SPD möchte das Pumpspeicherwerk Geesthacht und möglichst viele weitere für die Energiewende nutzen. Wir wollen aber kein Gesetz übers Knie brechen, das dann bei einer Klage von Konkurrenten vor Gericht keinen Bestand hat und wieder einkassiert werden muss."

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 16.09.2011, 00:12 Uhr - 19626 Clicks - Nr. 943

#### **Serpil Midyatli ist Landtagskandidatin im Wahlkreis 9**

Die Qual der Wahl hatten die Delegierten aus den SPD-Ortsvereinen im neu gebildeten Wahlkreis 9 (Eckernförde). Auf einer Wahlkreiskonferenz in Eckernförde setzte sich die Kieler Landtagsabgeordnete mit 31:20 Stimmen gegen die Schacht-Audorfer Ortsvereinsvorsitzende Sabrina Jacob durch.

„Ein Ergebnis, mit dem auch die unterlegene Kandidatin gut leben kann“, freute sich der Kreisvorsitzende Sönke Rix. Vorausgegangen waren fünf Vorstellungstermine im Wahlkreis, in denen die Delegierten sich ein Bild machen konnten. Serpil Midyatli ist seit 2009 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages und Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.



Ein weiterer Schwerpunkt ist die Integrations- und Migrationspolitik: „Es geht mir darum, durch verbesserten Zugang in unser Bildungssystem Barrieren abzubauen und damit den Zugang in die

Gesellschaft insgesamt zu erleichtern.“

Hin- und herreisen wird die Abgeordnete übrigens nicht: „Ihr wisst, dass ich viele Jahre in Kiel wohne. Sobald wir ein neues Haus und eine passende Schule für meine Kinder gefunden haben, ziehe ich hierher“, versprach Midyatli.

Zum Wahlkreis 9 gehören die Ämter Hüttener Berge, Schlei-Ostsee, Dänischenhagen, Dänischer Wohld, die Stadt Eckernförde und die amtsfreie Gemeinde Altenholz.

Weitere Informationen:

<http://www.serpil-midyatli.de/>

Kommentar von [Helge Carstensen](#) vom 16.09.2011, 20:01 Uhr:

**Glückwunsch und gleich Einladung zum 11.11.11**

*Hallo liebe Serpil, ganz herzlichen Glw. nochmals zu deinem gestrigen Erfolg von mir persönlich und von unserem Ortsverein aus AHZ. Die Einladung zum 11.11.11 um 18:00 steht! Wir freuen uns, dich im Wahlkampf zu unterstützen! Liebe Grüße - Helge*

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.09.2011, 13:34 Uhr - 2899 Clicks - Nr. 944

**Fridtjof-Nansen-Schule hat Rückendeckung für ihre gute Arbeit**

Die Kooperation ist mit der Verwaltung und den Schulrätinnen fortlaufend im Gespräch, ob und wie die Fridtjof-Nansen-Schule unterstützt werden kann. Wir sehen dabei den großen Beitrag, den die Schule als Ganztagschule zur Integration leistet und unterstützen die Bemühungen der Schule, der Schüler/innen und Eltern für ihre besondere Stellung zu werben.

Aber nur durch die Einrichtung von neuen 5. Klassen zum neuen Schuljahr 2012/2013, besteht die Möglichkeit, die Schule als eigenständige Regionalschule weiter zu erhalten. Sollte sich abzeichnen, dass dies nicht möglich ist, werde man gemeinsam mit der Schule, den Schüler/innen, Eltern, der Stadtverwaltung als Schulträger und dem Schulamt nach Lösungen suchen, an die bisher geleistete Arbeit der Schule anzuknüpfen und den betroffenen Schülern und Schülerinnen einen erfolgreichen Schulabschluss zu ermöglichen.

Dies erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, Andrea Hake, bürgerliches Mitglied der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Schule und Sport, sowie die Gaardener Ratsherren der Rathauskooperation Michael Schmalz und Wolfgang Schulz (SPD) zum heutigen Artikel in den Kieler Nachrichten.

**Keine Kommentare**

### **SPD-Wahlkreisversammlung in Ruhekrug**

Die dritte Wahlkreisversammlung im Kreis Schleswig-Flensburg für die Landtagswahl 2012 findet am 22. September 2011 um 19.00 Uhr im Hotel Ruhekrug, Post Lürschau, für den Wahlkreis 6 (Schleswig), statt. Bisher hat sich die Landtagsabgeordnete Birte Pauls als einzige Kandidatin für diesen Wahlkreis beworben.

„Gemeinsam für unsere Region“ mit diesem Motto tritt die erfahrene Kommunal- und Landtagspolitikerin im Wahlkreis 6 (vorher Wahlkreis 7) an. Der Wahlkreis 6 umfasst die Stadt Schleswig, die Ämter Haddeby, Kropp-Stapelholm, Süderbrarup und vom Amt Südangeln die Gemeinden, Brodersby, Goltoft, Nübel, Schaalby, Taarstedt, Tolk und Twedt.



Birte Pauls legt die Schwerpunkte ihrer vielfältigen Arbeit u. a. in die Bereiche der grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark für die Stärkung der Wirtschaft, für Betriebsansiedelungen und zur Schaffung von guten Arbeitsplätzen für junge Menschen, die für die Region wichtig sind. Die von Dänemark Wiedereinführung der permanenten Grenzkontrollen sind kontraproduktiv für die Entwicklung der Wirtschaft in der Region und entspricht nicht dem europäischen Gedanken. Weiterhin setzt Birte Pauls sich ein für gute Lebensbedingungen im Alter und legt ihr Gewicht auf eine gute wohnortnahe Pflege und Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. „Dies darf nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig sein“, so Birte Pauls. Berufliche Rahmenbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Aus- und Weiterbildung müssen so geändert werden, dass die Gesundheitsberufe für junge Leute müssen attraktiver gestaltet werden.

**Keine Kommentare**

### **Arbeitsgruppe Berufliche Bildung**

Liebe Genossinnen und Genossen,

fast 25% aller Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein besuchen die 33 Regionalen Bildungszentren und Beruflichen Schulen.

Mit der Umwandlung zu Regionalen Bildungszentren und immer neuen Anforderungen an das sogenannte Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf haben die Beruflichen Schulen besondere Herausforderungen zu bewältigen.

Wir haben in den letzten Jahren in der Partei viel über die Weiterentwicklung der allgemeinbildenden Schulen diskutiert und die Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein sind eine Erfolgsgeschichte.

Ich bin sicherlich mit vielen von Euch der Meinung, dass auch eine Positionierung der SPD in Schleswig-Holstein zur Weiterentwicklung und Aufgabe der Beruflichen Schulen notwendig ist. Es hat in der Vergangenheit eine Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“ in der Partei gegeben und ich bin mehrfach angesprochen worden, ob ich diese nicht wieder beleben möchte. Ich finde, das ist eine gute Idee und würde mich sehr freuen, wenn es viele Interessierte gibt, die diese Einschätzung

teilen.

Ich möchte Euch deshalb sehr herzlich zu einem ersten Treffen einladen, am:

21. September 2011

19.00h

Landesgeschäftsstelle, Walter Damm Haus

Kleiner Kuhberg 28 - 30

24103 Kiel

Über eine Rückmeldung zu Eurer Teilnahme würde ich mich unter der Email-Adresse [anettelangner@t-online.de](mailto:anettelangner@t-online.de) sehr freuen.

Mit den besten Grüßen

Anette Langner

Sprecherin für Berufliche Bildung der SPD Landtagsfraktion

An alle SPD Mitglieder

mit Email-Adresse

Arbeitsgruppe Berufliche Bildung

Anette Langner, MdL

Sprecherin für berufliche Bildung

Telefon 0431 988-1367

E-Mail [a.langner@spd.ltsh.de](mailto:a.langner@spd.ltsh.de)

[anettelangner@t-online.de](mailto:anettelangner@t-online.de)

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 17.09.2011, 15:13 Uhr - 5868 Clicks - Nr. 947

#### **Pflegeberuf aufwerten – ohne wahltaktische Manöver**

Nachfolgend die Rede von Birte Pauls, Sprecherin für Pflege- und Minderheitenpolitik im Kieler Landtag am 16. September 2011:

„Viele von Ihnen denken jetzt wahrscheinlich „Oh, schon wieder Pflege“. Ich will Sie auch nicht mit den Statistiken langweilen, wie viele Millionen Pflegebedürftige wir in Zukunft haben werden und wie viele hunderttausende Pflegefachkräfte dann fehlen. Ich hoffe, die Dramatik ist allen bekannt. Obwohl ich mir da nicht immer sicher bin.

Die regierungstragenden Fraktionen haben bisher jedenfalls wenig getan. Sie lehnen eher alle Anträge, die eine Verbesserung der Pflegesituation zum Ziel haben, ab. So auch diesen zur Berufsordnung.

Wir haben eine Anhörung durchgeführt. Die vielen Stellungnahmen ergaben eine durchweg positive Bewertung für unseren Vorstoß. Uns geht es nicht darum, die Pflege mit noch mehr Kontrollinstanzen und Bürokratie zu belasten; ganz und gar nicht. Wir wollen da ja reduzieren, aber die entsprechenden Anträge zum Bürokratieabbau in der Pflege haben CDU und FDP gerade erst abgelehnt.

Uns geht es darum, den Pflegeberuf aufzuwerten. Andere akademische Heilberufe haben

selbstverständlich seit Jahrzehnten erlassene Berufsordnungen. Die Fachverbände der Pflegeberufe erhoffen sich durch eine Berufsordnung, dass die Qualität der beruflichen Tätigkeit und damit auch die Qualität der Pflege gefördert wird, ethische Standards festgelegt werden und helfen, die Sicherheit für die Patienten zu erhöhen.

Eine Berufsordnung in Schleswig-Holstein fördert ergänzend die Vernetzung und Adaption der Pflegeprofession an den europäischen Standard. Nach Artikel 22 Buchstabe b der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen besteht für Gesundheits- und Krankenpflegerinnen / Gesundheits- und Krankenpfleger sowie für Hebammen / Entbindungspfleger eine Fortbildungspflicht. Diese Fortbildungspflicht und deren Nachweis gilt es nun umzusetzen, auch wir müssen ihr nachkommen. Eine Berufsordnung wird unter den Fachleuten als ein geeignetes Instrument gesehen, den Anforderungen dieser EU-Richtlinie nachzukommen.

Die Anforderungen an die Berufsangehörigen der Pflegeberufe werden insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung sowie der medizinischen und pflegewissenschaftlichen Erkenntnisse immer größer. Eine Berufsordnung ist daher ein geeignetes Instrument zur deutlichen Aufwertung und gesellschaftlicher Anerkennung der Pflegeberufe. Ein Faktor der Unzufriedenheit im Beruf ist auch die mangelnde Anerkennung durch die Gesellschaft. Ich meine nicht das freundliche Danke von Patienten oder Angehörigen, sondern hier geht es um die Anerkennung des Pflegeberufs auf Augenhöhe mit anderen Heilberufen.

Daher kann die Berufsordnung ein Baustein zur Attraktivitätssteigerung der Gesundheits- und Pflegeberufe sein. Allerdings nur einer von vielen, die noch bewegt werden müssen.

Pflege braucht auch Solidarität. Nett, dass Frau Klahn nach einem vierwöchigen bedauernden Aufenthalt in einer Klinik meint, ein besseres Verständnis für die Pflegesituation zu haben als die Pflegenden selber, aber trotzdem gegen jegliche Verbesserungsvorschläge stimmt. Frau Sassen scheint es zwar verstanden zu haben, beschränkt sich dann aber doch auf das, was der Minister möchte. Merkwürdig auch die Grünen, die unseren Antrag zwar unterstützt haben, aber jetzt, nachdem durch die Anhörung die Stellungnahmen auf dem Tisch liegen, in einer Veranstaltung fragen wollen, ob die Berufsordnung der richtige Weg ist. Da macht man sich echt mal vorher schlau. So wie wir es mit den Fachverbänden rechtzeitig getan haben, bevor wir diesen Antrag auf den Weg gebracht haben.

Ich muss gestehen, ich war fassungslos, dass Minister Dr. Garg sich vor dem demonstrierenden Krankenhauspersonal am 26. August hinstellt und ihnen vorschlägt, sie sollten lieber in München demonstrieren als hier. Kein Wort des Verständnisses für ihre schwierige Arbeitssituation! Und vor allem keine Entscheidungen, die ihren schwierigen Beruf attraktiver machen können. Und was haben Sie getönt, was Sie alles für die Pflege machen wollten! Eigentlich finde ich es sehr unpassend, Familien ins Plenum zu ziehen. Aber Sie hätten wirklich mal lieber auf Ihre von Ihnen selbst viel zitierte Mutter hören sollen!

Aber erst jetzt, nach zweieinhalb Jahren und so kurz vor der Wahl, rufen Sie, Herr Minister Garg, mal kurzfristig einen Beirat ein, der pünktlich zur Wahl Ergebnisse für die Sicherstellung der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Schleswig-Holstein vorlegen soll. Ein Schelm, der Böses

dabei denkt.

Ich finde es immer gut, Fachleute sektoren- und parteiübergreifend an einen Tisch zu holen. Und bedanke mich schon mal im Voraus bei allen Beteiligten, die daran mitwirken. Apotheker, Ärzte, Zahnärzte, private Einrichtungen, Krankenkassen usw. sind im erlauchten Kreis. Aber die Pflegefachkräfte sind nur minimal beteiligt. Das ist also Ihre Form der Wertschätzung. Das ist wirklich das allerletzte was Pflege gebrauchen kann, so eine durchsichtige Wahltaktik. Wir haben hier eine gesamtgesellschaftliche, fraktionsübergreifende Aufgabe zu erledigen und keine Veräppelung."

Herr Minister, Sie haben im Sozialausschuss gesagt, „Berufsordnung und Pflegekammer sind zu diesem Zeitpunkt viel zu früh“. Ich sage Ihnen, es ist schon reichlich spät!

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 17.09.2011, 15:24 Uhr - 5901 Clicks - Nr. 948

#### **Recht auf Reisefreiheit bleibt gewahrt**

Zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Neuregelung der Reisefreiheit im europäischen Schengen-Raum erklären Rolf Fischer und Birte Pauls, Europapolitiker der SPD-Landtagsfraktion:

„Die heute vorgelegten Schengen-Vorschläge der Europäischen Kommission sind eine gute Lösung, um die Reisefreiheit, eines der Grundrechte der Europäer, zu wahren. Mit der Regelung, dass die Mitgliedsstaaten bei unvorhersehbaren Ereignissen für fünf Tage Grenzkontrollen einführen dürfen, ist auch die notwendige Flexibilität gesichert. Dies wird an allen EU-Grenzen für Entspannung sorgen, die Reisefreiheit sichern und damit dem Geist von Schengen entsprechen. Grenzkontrollen zwischen EU-Mitgliedstaaten bleiben somit die Ausnahme.

Wir sehen darin auch eine neue Phase der Entspannung an der deutsch-dänischen Grenze und klare Vorgaben für die weitere Praxis.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 18.09.2011, 11:59 Uhr - 4179 Clicks - Nr. 949

#### **Wieder betreiben und auf Abriss verzichten**

**- SPD Russee-Hammer will ehemalige Wartehalle erneut beleben -**

Die ehemalige Wartehalle an der Gabelung Hamburger Chaussee/Speckenbeker Weg soll so schnell wie möglich wieder genutzt werden. Diese Forderung erhebt der SPD-Ortsverein Russee-Hammer. In einem auf der jüngsten



Mitgliederversammlung einstimmig gefassten Beschluss heißt es, die Stadt Kiel solle dazu ihren Einfluss auf den Eigenbetrieb Beteiligungen Kiel (EBK) als Eigentümer geltend machen.

„Seitdem der Kiosk-Betrieb aufgegeben worden ist, ist die zunehmende Verwahrlosung nicht nur des Gebäudes selbst, sondern auch seines Umfeldes unübersehbar. Schmierereien an der Rampe Speckenbeker Weg und an der Fahrradabstellanlage machen dies deutlich. Wir müssen schnellstens verhindern, dass sich diese Entwicklung fortsetzt und hier ein Angstraum entsteht. Auch die Tatsache, dass es sich an der Haltestelle Schulensee um einen Eingang zur Landeshauptstadt handelt, erfordert aus unserer Sicht eine nachhaltige Verbesserung“, sagten der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Winfried Jöhnk und der Ratscherr für Russee und Hammer Michael Wagner.

Die Sozialdemokraten schlagen vor zu prüfen, ob der Kiosk als Integrationsbetrieb durch die benachbarten Institutionen Jugendaufbauwerk und / oder die Stiftung Drachensee betrieben werden könnte. Auch eine Filiale des „Umsteigers“ sei zu überlegen. Einen Antrag mit diesen Anregungen hat die SPD in die nächste Sitzung des Ortsbeirates Russee/Hammer eingebracht.

„Wichtig ist, an diesem Ort wieder zu einer sozialen Belebung zu kommen, damit sich wieder eine Aufenthaltsqualität einstellt und die Abwärtsspirale gestoppt wird. Die auch unter stadtgestalterischen Gesichtspunkten erhaltenswerte ehemalige Wartehalle – sie steht seit 2008 unter Denkmalschutz – muss bestehen bleiben, repariert und wieder verpachtet werden“, betonten Jöhnk und Wagner abschließend.

[Anlage: Beschluss der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer vom 08.09.2011](#)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.09.2011, 15:30 Uhr - 5503 Clicks - Nr. 950

#### **KSV-Promi-Wandern 2011**

Jedes Jahr lädt der Kreissportverband Partner und Förderer, Vertreter aus Politik und Wirtschaft Stormarns ein zur „Prominentenwanderung“, um Stormarns reizvolle Natur zu erkunden und manche interessante Unterhaltung zu führen. 2011 ging es rund um Rolfshagen durch den Staatsforst Helldahl. Unter dem vom KSV-Vorsitzenden Frank Malner und der KSV-Geschäftsführerin Verena Lemm begrüßten Gästen waren auch der SPD-Kreisvorsitzende und Martin Habersaat, MdL, und Landtagskandidatin Susanne Danhier.



In diesem Jahr hatte KSV-Vorstandsmitglied Ina Gerber eine Strecke ausgearbeitet, die von Schachts Gasthof ins Rolfshagen ausging und dort mit einem leckeren Buffet auch wieder endete. In den knapp zwei Stunden dazwischen wurden so einige Kilometer zurückgelegt, die Süderbeste überquert, die alte kaiserliche Bahnverbindung zwischen Kiel und Berlin inspiziert und der Staatsforst Helldahl durchwandert. Ina Gerber hatte zu vielen Stationen Wissenswertes und Unterhaltsames vorbereitet und wusste viel über die Strecke zu erzählen.

Martin Habersaat: „Ich habe auf den KSV-Wanderungen schon viele tolle Strecken durch Stormarn kennengelernt. Auch den Helldahl kannte ich bisher nicht aus eigener Anschauung und muss sagen, dass sich ein Ausflug ins Beste-Tal absolut lohnt.“

Foto: Susanne Danhier (stv. SPD-Kreisvorsitzende), Benjamin Stukenberg (Kreisvorstandssprecher der Grünen), Martin Habersaat, MdL (SPD-Kreisvorsitzender), Horst Kummereincke (CDU, Bürgervorsteher Bargtheide)

[Fotoalbum: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 18.09.2011, 16:19 Uhr - 23771 Clicks - Nr. 951

#### **Klaus Albrecht verstorben**

In der Nacht von Freitag auf Samstag ist unser ehemaliger Kreisvorsitzender Klaus Albrecht verstorben. Er hatte bis zuletzt die Hoffnung und die Absicht wieder mit uns gemeinsam die Politik im Kreise zu gestalten. Leider hat er es nicht geschafft, seine Krankheit zu besiegen.

Wir werden ihn als Mann der klaren Worte und als aufrechten Sozialdemokraten in Erinnerung behalten. Wir trauern mit den Angehörigen.

Klaus Albrecht war nicht nur langjähriger Vorsitzender der SPD-Steinburg, sondern zuvor auch hauptamtlicher Mitarbeiter der Partei, Ortsvereinsvorsitzender in Oelixdorf und Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus.

Darüber hinaus war er für seine Gemeinde Oelixdorf politisch tätig und war viele Jahre in verschiedenen Ebenen im DGB aktiv, zuletzt als Kreisvorsitzender.



Kommentar von [Kristin Fuchs](#) vom 19.09.2011, 12:39 Uhr:

#### **RE: Klaus Albrecht verstorben**

*Mit unserem Klaus verlieren wir einen großartigen Sozialdemokraten, der über 40 Jahre für unsere Idee gekämpft hat. Mein Mitgefühl gilt seiner Gisela und der Familie. Ich werde seine freundliche und hilfsbereite Art nie vergessen!*

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 18.09.2011, 19:16 Uhr:

**RE: Klaus Albrecht verstorben**

*Ich bin einfach nur traurig!! mein Beileid an die Angehörigen. Klaus war ein Vorbild-Sozialdemokrat und ein toller Mensch!!*

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.09.2011, 15:53 Uhr - 1357 Clicks - Nr. 952

**Defizitsenkung als Hauptaufgabe – SPD, Grüne und SSW sind erfolgreich**

Das finanzpolitische Hauptproblem unserer Stadt ist unser Defizit. Je größer das Defizit, desto mehr nimmt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt ab, und es fehlt an Kapital für die dringend erforderlichen Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten, Straßen und Infrastruktur. Deshalb ist es eine gute Entscheidung der Kooperation gewesen, das ursprünglich geplante Defizit von 114 Mio. Euro auf 87 Mio. Euro zu senken.

Tatsächlich rechnet der Kämmerer nur noch mit 72 Mio. Euro Defizit. Wir werden diesen Weg weiter gehen. Die auch vom Rechnungsprüfungsamt als „radikal“ bewertete Kürzung der genehmigten Kreditaufnahme durch das Innenministerium ist aus unserer Sicht allerdings eine Investitionsbremse für die nachhaltige Modernisierung insbesondere unserer Schulen und Kitas. Sparen, koste es was es wolle, ist der falsche Weg, um als Stadt im Wettbewerb mit anderen Städten bestehen zu können.

Dies erklären der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Statusbericht 2010/2011 des Rechnungsprüfungsamtes der Landeshauptstadt Kiel für die unterjährigen Prüfungen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.09.2011, 16:44 Uhr - 1424 Clicks - Nr. 953

**Nachtragshaushalt 2011: Solide Politik gegen die Investitionsbremse des Landes!**

Die Vorlage der Verwaltung zum Nachtragshaushalt 2011 zeigt deutlich: Alle von der Rathauskooperation aus SPD, GRÜNEN und SSW bereits beschlossenen Investitionen werden auch verwirklicht werden. Es wird nichts gestrichen, da alle diese Investitionen sinnvoll sind und dazu dienen, die Landeshauptstadt Kiel klüger, sozialer und investitionsfreundlicher zu machen.

Allerdings müssen manche Vorhaben aufgrund der vom Innenministerium verhängten Investitionsbremse später realisiert werden als von der Rathausmehrheit beschlossen. Diese Investitionsbremse war und ist nicht im Interesse der Kielerinnen und Kieler, weil es die Landeshauptstadt im Wettbewerb um Innovationsfähigkeit, Standortqualität und Wirtschaftskraft mit anderen deutschen Großstädten zurückwirft. Der Entwurf des Nachtragshaushalts verteidigt dagegen das Interesse der in Kiel lebenden Menschen, die soziale Gerechtigkeit und die nachhaltige Zukunft der Stadt.

Und die Nachtragshaushalts-Vorlage zeigt auch: Das Defizit – die Schere zwischen Erträgen und

Aufwendungen – wird weiter geschlossen, von einem einst 114 Mio. Euro hohen Planbetrag auf nun rd. 72 Mio. Euro gesenkt. So sieht solide Politik für die Landeshauptstadt aus: Investitionen für die Zukunft und gleichzeitig das Haushaltsdefizit senken!

Dies erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS‘90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.09.2011, 14:49 Uhr - 6227 Clicks - Nr. 954

**Verstehen - Erleben - Begegnen**

### **Menschen mit Behinderung absolvieren Tagespraktikum im Landtag**

Politiker und Menschen mit Behinderung sollen sich begegnen. Dafür setzen sich die Lebenshilfe Schleswig-Holstein und der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung unter dem Motto „verstehen. erleben. begegnen“ ein. Die SPD-Landtagsfraktion beteiligte sich an der Aktion „1 Tag in der Politik“ und ermöglichte dafür zehn Menschen mit Behinderung, Einblicke in den Alltag von Landtagsabgeordneten zu gewinnen.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, wurde einen Tag lang von der 25jährigen Lena Struck aus Reinfeld begleitet.



Insgesamt hatte die Fraktion zwei Männer und acht Frauen zu Gast, die einen ganzen Tag lang jeweils einen Abgeordneten begleiteten. Für Martin Habersaat und Lena Struck begann der Tag in Kiel um 9.30 Uhr mit einer Sitzung des Arbeitskreises Energie, in der es um den künftigen Rückbau der Atomkraftwerke im Lande ging. Es folgten eine Besichtigung der Räume der SPD-Landtagsfraktion und Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dabei galt es auch, mit dem bildungspolitischen Referenten der Landtagsfraktion die nächste Sitzung des Bildungsausschusses vorzubereiten.

Mittags war dann Zeit für ein Mittagessen in der Landtagskantine, es folgte ein Besuch des Plenarsaals, wo Lena Struck das Rednerpult ebenso ausprobierte wie den Sessel Habersaats in der zweiten Reihe des Plenums. Andere Teilnehmer ließen es sich nicht nehmen, auch einmal auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. Ab 14 Uhr fand dann die wöchentliche Sitzung der SPD-Landtagsfraktion statt, geleitet von Ralf Stegner, der ebenfalls einen Tagespraktikanten an seiner Seite hatte. Zu besprechen waren Anträge der SPD für die Oktober-Sitzung des Landtags, außerdem wurde eine gemeinsame Sitzung mit der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft vorbereitet.

Martin Habersaat: „Dieser Tag hat mehr gebracht als nur spannende Begegnungen. Ich glaube, alle Beteiligten haben eine Menge gelernt.“ Zwar habe er beispielsweise als Lehrer schon manches über

‚adressatengerechte Kommunikation‘ gewusst. Es sei aber trotzdem enorm gewesen, an wie viel Stellen im Laufe einer Fraktionssitzung - aus gutem Grund- nachgefragt wurde, was genau es denn mit einzelnen Abkürzungen oder Fachbegriffen auf sich habe. Auch die Neigung vieler Politiker, sehr viel und sehr schnell zu sprechen, sei zu Recht hinterfragt worden. Lena Ruck freute sich, einen spannenden Tag in ungewohnter Umgebung erlebt zu haben. Eine Fahrt im Paternoster ebenso inklusive wie die Teilnahme an regulären Sitzungen. Noch auf der Rückfahrt gab es zahllose weitere Fragen zu klären und viele Eindrücke zu verarbeiten.

Foto: Lena Struck und Martin Habersaat am Rednerpult des Plenarsaals

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.09.2011, 22:15 Uhr - 5039 Clicks - Nr. 955

### **Bremst Kiel die Metropolregion aus?**

Im Rahmen einer Neufassung des fast 40 Jahre alten Flächennutzungsplans hat die Gemeinde Barsbüttel auch eine Erweiterung des Gewerbegebietes Barsbüttel ins Auge gefasst. Aktuelle Gutachten stützen das Anliegen, in der Perspektive bis 2025 dem örtlichen Gewerbe und externen Interessenten Perspektiven zu bieten. Das Innenministerium blockiert momentan wegen einer veralteten Regionalplanung. Grund genug für die Wirtschaftliche Vereinigung Barsbüttel (WVB) und Bürgermeister Thomas Schreitmüller, zu einem Informationsabend ins Rathaus zu laden.



Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, war an dem Abend dabei. Er sagt: „Im Hamburger Rand, entlang der A1 und mit der Telefonvorwahl 040 liegen die begehrtesten Flächen des Landes. Es wäre schade, wenn Barsbüttel hier nicht maßvoll wachsen dürfte, auch, um damit die gute soziale Infrastruktur in der Gemeinde, von Bildungsstätten über Sportanlagen bis zu Gemeinschaftshäusern, aufrecht zu erhalten. Von der finanziellen Lage des Landes gar nicht zu reden.“

Die Südstormarner Nachbarn unterstützen das Anliegen, der Kreis Stormarn und die Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH (WAS) ebenso. Deren Geschäftsführer Norbert Leinius war in Barsbüttel dabei und unterstrich: „Es gibt in Stormarn laut jüngsten Gutachten drei A-Lagen: Stapelfeld / Braak, Reinbek und Barsbüttel. Hier können neue Arbeitsplätze geschaffen werden, von denen die ganze Region profitiert.“ Nun gelte es, nicht die Hände in den Schoß zu legen.

IHK-Vertreter Nils Thoralf Jarck beschrieb die Perspektiven Stormarns im Zusammenhang mit der festen Querung des Fehmarnbelt und sprach von der „Wachstumsachse A1“. 2013 soll die Regionalplanung an die Kreise übergehen. Leinius warnte davor, bis dahin nicht zu tun: „Allein

2011 hatte die WAS in Barsbüttel Anfragen über 11,5 Hektar. Den Interessenten ist nicht damit gedient, wenn man ihnen dann freie Flächen in Steinburg oder Dithmarschen anbietet.“

„Es entspräche nicht dem bisherigen Wirken der Landesregierung, Fachkräfte aus Hamburg an die Westküste zwangsumzusiedeln. Deshalb habe ich Hoffnung, dass noch Bewegung in die Sache kommt“, war das Fazit von Martin Habersaat. Dabei dürfe es nicht darum gehen, 40 Hektar auf einmal umzuwandeln. Wichtig sei, in den kommenden Jahrzehnten aber passende Teilflächen in der Hinterhand zu haben. Hilfreich auf dem weiteren Weg wird sein, wenn Barsbütteler Unternehmen gegenüber der Verwaltung ihre möglichen Erweiterungsbedarfe bekannt geben.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 22.09.2011, 11:43 Uhr - 15965 Clicks - Nr. 956

#### **MdB Sönke Rix zum EEG: Handwerkliche Fehler**

Der beschleunigte Atomausstieg kann nur funktionieren, wenn gleichzeitig die Energiewende vorangetrieben wird. Mit der Novelle des Erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG) hat Schwarz-Gelb ein Gesetzespaket vorgelegt, das 700 Seiten umfasst und im Schweinsgalopp durch den Bundestag und den Bundesrat gebracht wurde. Handwerkliche Fehler waren dabei vorprogrammiert. Ein Beispiel dafür ist die Biomasse.



Biomasse ist mit einem Anteil von 70 Prozent der wichtigste Träger erneuerbarer Energien. Die bisherigen Erfahrungen mit Biomasseanbau haben aber gezeigt, dass sie häufig mit problematischen Entwicklungen einhergehen wie z.B. Monokulturen. Auch bei uns im Kreis Rendsburg-Eckernförde sind diese Auswirkungen deutlich zu sehen. Auf vielen Flächen wird nur noch Mais als Biomasse angebaut.

Insgesamt ist die Anzahl der Biogasanlagen in den letzten Jahren stark angestiegen. Fachleute beklagen schon länger, dass diese Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion mit einem höheren Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, einem Verlust von Artenvielfalt und dem potenziellen Einstieg in den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbunden ist. In den Regionen, wo die Nachfrage nach Pachtland in Folge der Biomasseproduktion steigt, kommt es zwangsläufig zur Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion. Und die Preise für Pachtland steigen.

Wir wollen attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum erhalten – Monokulturen führen aber zur Verschlechterung der Lebensqualität: Veränderungen im Landschaftsbild, Lärm- und Geruchsbelästigung sind unangenehme Nebenwirkungen der Biogasanlagen. Der zunehmende Verkehr wirkt sich zudem negativ auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Biomasse aus. Und unter allem leidet die touristische Attraktivität; ein nicht unerheblicher Aspekt für Schleswig-Holstein.

In vielen Gesprächen habe ich festgestellt, dass die Akzeptanz für neue Biogasanlagen drastisch gesunken ist. Mich wundert das nicht. Wir müssen mit vernünftigen Maßnahmen gegensteuern. Statt industrielle Biogas-Großanlagen zu fördern, die Flächenkonkurrenzen verschärfen, müssen Biogas-Kleinanlagen in bäuerlichen Familienbetrieben erhalten bleiben. Außerdem muss die Biomasse-Förderung im EEG nachhaltiger ausgerichtet werden. Dazu muss eine mindestens dreigliedrige Fruchtfolge verpflichtend vorgeschrieben und der Umbruch von Dauergrünflächen verboten werden. Die SPD hat diese Punkte im Bundestag gefordert, aber sie wurden von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht übernommen.

Die Bundesregierung verhindert mit den Schnellschüssen im EEG eine nachhaltige und von allen akzeptierte Sicherung der Biogasnutzung. Genau dies ist aber notwendig, um den Ausbau der Erneuerbaren Energie zukunftsfähig zu gestalten.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der "Eckernförder Zeitung" am 21.09.2011

**Keine Kommentare**

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 22.09.2011, 14:08 Uhr - 16416 Clicks - Nr. 957

#### **Keine „Monstertrucks“ auf den Straßen des Kreises Pinneberg**

SPD-Fraktionsvorsitzender Hannes Birke fordert gemeinsames Handeln aller Kreistagsfraktionen  
Keine „Monstertrucks“ auf den Straßen des Kreises Pinneberg. Fraktionsvorsitzender Hannes Birke fordert gemeinsames Handeln aller Kreistagsfraktionen

Keine Beteiligung des Landes an dem Feldversuch des Bundesverkehrsministeriums mit dem die Zulassung von so genannten Gigaliner (Lang-LKV) im Straßenverkehr erprobt werden soll. Das fordert die SPD-Kreistagsfraktion in einer Resolution, die der Kreistag am 28. September beschließen soll. Fraktionschef Hannes Birke setzt darauf, dass die anderen Fraktionen den SPD-Vorstoß unterstützen.

Für ihn gibt es gute Gründe eines gemeinsamen Vorgehens. Neben ganz grundsätzlichen Ablehnungsgründen wie der unerwünschten Verlagerung von Gütertransporten von der Schiene auf die Straße und die Gefährdung der Verkehrssicherheit, wäre der Kreis in besonderer Weise betroffen.

So hat der Kreis Pinneberg auf Grund seiner urbanen Lage in der Metropolregion Hamburg bereits jetzt ein hohes Verkehrsaufkommen, das an der Grenze der Belastbarkeit der Verkehrsteilnehmer liegt. Eine weitere Belastung mit den 25,5 m langen und 40 Tonnen schweren so genannten „Gigaliner“ stellt –so Birke- eine weitere nicht hinnehmbare Belastung durch eine erhöhte Schadenslast für die Straßen dar. In schwierigen Verkehrssituationen etwa bei Überholmanövern und der Begegnungen mit Fahrrädern oder Fußgängern ist die weitere Gefährdung der Verkehrssicherheit vorhersehbar.

An den im Kreis vorgesehenen Strecken für die „Monstertrucks“ wird für Birke die Auswirkungen deutlich. So soll in der Stadt Pinneberg eine typisch innerstädtische Straße mit einem erheblichen Verkehrsaufkommen, Querungsverkehr über die Straße, starkem Fußgänger- und Radverkehr und Schülerverkehr in den Versuch einbezogen werden. In der Gemeinde Tangstedt geht die Streckenführung durch eine geschlossene Ortschaft und die K 6 soll trotz ihres schlechten baulichen Zustandes für die Gigaliner freigegeben werden.

Der Klimawandel und der zunehmende Verkehr auf den Straßen verlangt sinnvolle, sichere und umweltfreundliche Alternativen fordert die SPD in ihrer Resolution wie z.B die Verlagerung großer Gütermengen über lange Distanzen auf die Bahn und die Wasserwege.

**Keine Kommentare**

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 22.09.2011, 15:40 Uhr - 105057 Clicks - Nr. 958

**Schleusen am Nord-Ostsee-Kanal: Bundesregierung darf nicht länger zögern!**

„Hier muss Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit gehen!“ so bewertet der SPD-Landesgruppensprecher Dr. Ernst Dieter Rossmann aus Schleswig-Holstein das Ergebnis der Fragestunde am Mittwoch im Bundestag.

Die sechs SPD-Bundestagsabgeordneten hatten dabei mit elf schriftlichen Fragen und weiteren mündlichen Nachfragen Klarheit in die Haltung der Bundesregierung zum Sicherungskonzept für die Kanalschleusen in Brunsbüttel bringen wollten.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke, musste dabei zu Beginn der Befragung einen dramatisch angewachsenen Betriebsausfall der Kanalschleusen in den letzten 3 1/2 Jahren präsentieren. Waren im Jahr 2008 noch 775 Betriebsstunden in Brunsbüttel entfallen, so waren dies im Jahr 2009 994, im Jahr 2010 2724 und im Jahr 2011 bis einschließlich 31.8.2011 1225 Stunden, in denen eine der beiden großen Kanalschleusen nicht benutzbar war. Für Kiel-Holtenau sind dem gegenüber die Zahlen deutlich niedriger mit 114 im Jahr 2008, 309 im Jahr 2009, 235 im Jahr 2010 und im laufenden Jahr bis jetzt 220 Stunden. Auch wenn der Staatssekretär für die Bundesregierung bei der Befragung Verständnis für die dringliche Bewertung dieses Projektes zeigte, mochte er sich auf eine konkrete Lösungsstrategie nicht festlegen und blieb hier „sehr wage“, so SPD-Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs zeichne sich allerdings ab, dass die Bundesregierung den schon planfestgestellten Neubau einer sogenannten dritten großen Schleuse nicht mehr vorrangig verfolgt.

Rossmann: „Es geht offensichtlich der Bundesregierung vor allen Dingen darum, wie sie eine kostengünstige Reparatur bewerkstelligen kann.“ Dies reicht nach Auffassung der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein allerdings nicht aus. Rossmann: „Die große Sorge muss doch sein, dass es ohne eine dritte neue Kanalschleuse zu Sperrzeiten für die beiden vorhandenen Schleusen kommt und der Nord-Ostsee-Kanal damit in Brunsbüttel dicht ist. Dies wäre der Gau für den NOK.“

Die SPD fordert deshalb jetzt, dass auch die Landesregierung beim Bundesverkehrsminister Ramsauer endlich massiven Druck macht, damit sich die Maßnahmen des Bundesverkehrsministers nicht im „Klein-klein“ erschöpfen, sondern es wirklich eine nachhaltige Lösung für den NOK und die Schleusen in Brunsbüttel gibt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 23.09.2011, 10:43 Uhr - 16882 Clicks - Nr. 959

#### **Keine zusätzlichen Schülerbeförderungskosten**

Für Grundschüler keine Elternbeiträge

Keine zusätzlichen Schülerbeförderungskosten. Für Grundschüler keine Elternbeiträge

Die Androhung des Kieler Innenministeriums, die Schülerbeförderungssatzung des Kreises sei mit der bestehenden Gesetzeslage nicht vereinbar, ist offensichtlich „vom Tisch“. Wie der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke erfahren hat, wollen das Bildungs- und das Innenministeriums den Kreis Pinneberg nicht länger auffordern, ihre Satzung mit dem Ziel zu ändern, zusätzliche Elterbeiträge für die Schülerbeförderung zu erheben.

Die bestehende Schülerbeförderungssatzung des Kreises bleibt damit weiter in Kraft. Für die Beförderung von Grundschulern wird auch zukünftig kein Elterbeitrag erhoben. Auch für Schüler, die keine Monatskarte des HVV in Anspruch nehmen, werden die Eltern nicht „zur Kasse“ gebeten, freut sich Birke.

Noch im Juni hatte das Innenministerium diese Regelungen für nicht gesetzeskonform mit dem bestehenden Schulgesetz gehalten. Für Birke ist die „Kehrtwende“ des Ministeriums nicht nur mit dem Verhandlungsgeschick der Verwaltung sondern auch mit der unmissverständlichen Ablehnung aller Kreistagsfraktionen erklärbar, sich den Forderungen aus Kiel zu widersetzen.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnes](#) - veröffentlicht am 23.09.2011, 11:48 Uhr - 11691 Clicks - Nr. 960

#### **Thönnes traf Duma-Präsidentin in Kaliningrad**

#### **Kooperation im Gesundheitsbereich entwickelt sich**

Im Vorfeld einer internationalen Konferenz zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in Kaliningrad wurde SPD-MdB Franz Thönnes von der Parlamentspräsidentin der Kaliningrader Duma, Marina Orgejeva, zu einem Gespräch empfangen.



Thönnes: „Bereits kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhanges hat Schleswig-Holstein enge Kontakte zum ehemaligen Königsberg geknüpft. Dies setzt sich inzwischen über Kooperationen im

Hochschulbereich und der Jugendbildung sowie im Gesundheitssektor fort“.

Dabei ist es auch erst vor Kurzem zu Treffen zwischen Vertretern des Klinikums Bad Bramstedt und der Kaliningrader Gebietsklinik gekommen. Wie Thönnnes von der Präsidentin der Duma erfuhr, entwickle sich der Ausbau der Kooperation im Gesundheitswesen gut und werde als sehr wichtig angesehen. Thönnnes unterstrich, dass während der derzeitigen Ostseeratspräsidentschaft Deutschlands der Modernisierung des südöstlichen Ostseeraumes und dabei gerade der Region Kaliningrad eine besondere Aufmerksamkeit zukomme. Die damit verbundenen Chancen sollten auf jeden Fall genutzt werden.

Ebenfalls sprachen beide Politiker über die aktuelle Visa-Praxis zwischen Russland und den EU-Mitgliedsstaaten. Diese bringe für die Bürger Kaliningrads gerade bei Besuchen im Kernland Russland erhebliche Aufwendungen mit sich. Dabei gehe es zum einen um die Visagebühren und zum anderen um Wartezeiten und den bürokratischen Aufwand. Thönnnes sagte zu, sich im Rahmen der Beratungen der von ihm mitgeleiteten interfraktionellen Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages zu Visa-Fragen für Erleichterungen einzusetzen.

Einen sehr persönlichen Bezug bekam das Treffen zwischen Marina Orgejeva und Franz Thönnnes, als sie hörte, dass der Großvater des SPD-Politikers 1898 im damaligen Mallwischken, dem heutigen Majschoje, geboren wurde. Dieser Ort gehöre heute zu ihrem Wahlkreis, erklärte die Duma-Präsidentin erfreut.

**Bildunterschrift: Marina Orgejeva und Franz Thönnnes in den Räumen der Kaliningrader Duma**

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.09.2011, 13:29 Uhr - 1535 Clicks - Nr. 961

#### **Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz**

Wir begrüßen jede Initiative der Landesregierung, die zur Stärkung der finanzschwachen Kommunen führt. Doch ist im Zusammenhang mit der derzeit diskutierten Gesetzesvorlage zunächst einmal festzuhalten, dass ein Großteil der Gelder auch bisher schon den Kommunen zugutekam. Dagegen müssen wir auf ein faires Verfahren und eine gerechte Verteilung der Mittel bestehen.

Es kann sicher nicht sein, dass ein neuer Verteilschlüssel dazu führt, dass die Landeshauptstadt Kiel benachteiligt würde. Denn wenn tatsächlich das Defizit einer Stadt das ausschlaggebende Kriterium bei der Zuweisung der Mittel wäre, würden Städte wie Kiel, die große Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, auch noch dafür bestraft. Das kann nicht im Interesse der Landesregierung sein.

Dies erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und die Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther zum Entwurf eines Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes der Landesregierung.

**Keine Kommentare**

### **Keine Gigaliner auf Kieler Straßen**

Mit unserem Ratsantrag fordern wir die Landesregierung auf, ihre Beteiligung am Feldversuch mit dem Einsatz von Gigalinern auf Kieler Straßen zurück zu ziehen. Gleichzeitig bitten wir den Oberbürgermeister gegenüber der Landesregierung klar zustellen, dass die LH Kiel keinen Gigalinerverkehr auf ihren Straßen will.

In Kiel sollen Gigaliner auf folgenden Straßen fahren: Theodor-Heuss-Ring, Neue Hamburger Straße, Edisonstraße, Barkauer Kreuz, Tonberg, Ratzeburger Straße, Ostring, Heikendorfer Weg, Grenzstraße, Ostuferhafen. Hinzu kommen Anfragen den Norwegenkai und auch den Schwedenkai anfahren zulassen. Weitere Streckenwünsche in Kiel sind Benzstraße, Wehdenweg, Preetzer Chaussee, Konrad Adenauer-Damm, Winterbeker Weg. Das Kieler Straßennetz ist besonders betroffen. Weder die Bevölkerung noch die OBR sind informiert.

Der geplante und von der Landesregierung befürwortete Einsatz von Gigalinern auf Kieler Straßen ist kein Beitrag zum Klimaschutz. Es besteht die Gefahr, dass Güterverkehre von der Schiene abgezogen werden. Mehr Güterverkehr auf Kiels Straßen kann kein vernünftiger Mensch wollen. Die 25,25 m langen Monstertrucks werden den Verkehrsfluss auf den hochbelasteten Straßen weiter erschweren. Ein dauerhafter Einsatz von Gigalinern wird große Investitionen nach sich ziehen, Kreisverkehre, Kurven und Brücken müssen angepasst werden. Irgendwann wird dann auch die Beschränkung von 44 t fallen und die Trucks mit einem Gesamtgewicht von 60 t werden die Straßeninfrastruktur erheblich schädigen.

Von den 16 Bundesländern wollen nur Bayern, Niedersachsen, Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein und Hamburg am fünfjährigen Feldversuch teilnehmen. Hessen hat kurzfristig seine Teilnahme zurückgezogen. Wenn die Riesen-LKW nicht von der dänischen Grenze bis zu den Alpen fahren können, ist der Feldversuch ohne Wert.

Es ist nicht akzeptabel, dass Verkehrsminister Ramsauer den Bundesrat trickreich umgehen will. Die Landesregierung beteiligt sich auch noch aktiv an der Schwächung der Länderkammer, das ist zutiefst unsolidarisch.

Eine moderne und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur geht nur über den Ausbau der Schiene, sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr. Umso wichtiger für Lebensqualität, weniger Verkehrsbelastungen, weniger Lärm und Klimaschutz ist die schnelle Realisierung der StadtRegionalBahn in der Kieler Region.

Dies erklären die verkehrspolitischen Sprecher von SPD und Grünen, Achim Heinrichs und Lutz Oschmann sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zu ihrem Antrag für die Ratsversammlung am 29. September 2011 zu dem Einsatz von Gigalinern.

**Keine Kommentare**

### **SPD hat ihre drei Landtagskandidaten nominiert**

Die SPD im Kreis Schleswig-Flensburg hat auf drei Wahlkreisversammlungen mit über 150 Teilnehmenden ihre drei Landtagskandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 gewählt.

Auf der ersten Wahlkreisversammlung für den Wahlkreis Flensburg Land in Handewitt wurde Dr. Jens Maßlo mit großer Mehrheit gewählt. Als Schwerpunkte seiner Arbeit nannte Maßlo, der Vorsitzender des Regionalentwicklungsausschusses ist, in der Wirtschaftsförderung, den Tourismus, den Natur- und Umweltschutz und in der deutsch-dänischen

Zusammenarbeit. Maßlo ist im Kreis SL-FL herumgekommen und hat viel mit den Menschen gesprochen. „Ich weiß, wo unsere Stärken liegen“, so Maßlo.



Ralf Wrobel trat bei der zweiten Wahlkreisversammlung im Wahlkreis Schleswig Nord in Böklund an und wurde mit einem überzeugenden Ergebnis ebenfalls gewählt. Ralf Wrobel setzte in seiner Bewerbungsrede seine Schwerpunkte auf die Kommunal- und Ämterstrukturen, Finanzen in den Gemeinden, Erhaltung der Gemeinde- Kreis und Landesstraßen, Schulsituation im ländlichen Raum, Arbeitsmarkt in der Region und erneuerbare Energien. „Ich weiß, wo den Menschen in unserer Region der Schuh drückt“, so Wrobel.

Auf der dritten Wahlkreisversammlung in Ruhekrug trat Birte Pauls wieder für den Wahlkreis Schleswig an, wo sie ein beeindruckendes Wahlergebnis erhielt. Birte Pauls legt die Schwerpunkte u. a. in die Bereiche der grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark, für die Stärkung der Wirtschaft, für Betriebsansiedelungen und zur Schaffung von guten Arbeitsplätzen für junge Menschen, die für die Region wichtig sind. Weiterhin setzt Birte Pauls sich ein für gute Lebensbedingungen im Alter und legt ihr Gewicht auf eine gute wohnortnahe Pflege und Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. „Dies darf nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig sein“, so Birte Pauls. Berufliche Rahmenbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Aus- und Weiterbildung müssen so geändert werden, dass die Gesundheitsberufe für junge Leute müssen attraktiver werden.

Auf dem Bild die Kandidaten Birte Pauls und Ralf Wrobel. Dr. Jens Maßlo war auf der Wahlkreisversammlung im Gasthof Ruhekrug verhindert.

Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 27.09.2011, 15:32 Uhr:

### **RE: SPD hat ihre drei Landtagskandidaten nominiert**

*Beiden Kandidaten für die kommende Landtagswahl am 6. Mai 2012 gratuliere ich ganz herzlich. Jetzt gilt es sozialdemokratische Grundüberzeugungen und sozialdemokratische Zielsetzungen für die kommende Legislaturperiode zu formulieren und den Menschen näherzubringen. Wir haben mit Torsten Albig einen sehr guten Spitzenkandidaten, der Ministerpräsident dieses Landes wird und in EUCH zwei Kandidaten, die in unserer Region verwurzelt sind.*

Kommentar von [Ingo Brüning](#) vom 25.09.2011, 18:56 Uhr:

**RE: SPD hat ihre drei Landtagskandidaten nominiert**

*Der SPD Amtsverband Stapelholm beglückwünscht Birte Pauls zu ihrem ausgezeichneten Wahlergebnis und wir sind sicher, Birte auch in der nächsten Legislaturperiode als unsere Landtagsabgeordnete in Stapelholm begrüßen zu können.*

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 23.09.2011, 15:49 Uhr:

**RE: SPD hat ihre drei Landtagskandidaten nominiert**

*Wie ein vormaliger Parteivorsitzender zu sagen pflegte: Glück auf!! Viel Erfolg wünsche ich den KandidatInnen und den wahlkämpfenden GenossInnen im Wahlkreis. Auch wenn die CDU diesmal offenkundig verlieren will, müssen wir die Wahl noch gewinnen. Überzeugt eure WählerInnen davon, dass wir die besseren Argumente haben.*

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 23.09.2011, 15:01 Uhr - 105749 Clicks - Nr. 964

**Kein CCS ohne Gesetz ist besser, als CCS mit unwirksamer Länderklausel!**

Zum Scheitern des CCS-Gesetzes im Bundesrat erklärt Stefan Bolln, energiepolitischer Sprecher des SPD-Landesverbandes:

"Das schwarz-gelbe CCS-Gesetz ist heute im Bundesrat gescheitert. Die Befürworter der Technologie konnten sich nicht durchsetzen, andere wollten das Risiko eines "Alleinganges" nicht eingehen. Die handwerklichen Fehler im Gesetz selbst waren zudem Ablehnungsgrund genug.

Der Kampf Schleswig-Holsteins - ob in Initiativen, Parlamenten und Parteien - gegen die Einlagerung von CO2 hat sich gelohnt. Wir haben im Land mit einer Stimme gesprochen! Nun können wir für den Moment feststellen: Kein CCS ohne Gesetz ist für unser Land immer noch besser, als CCS auf einer gesetzlichen Grundlage mit unwirksamer Länderklausel!

Es gibt innerhalb der SPD unterschiedliche Ansichten über CCS - genauso wie auch bei den Parteien CDU, FDP und den Linken. Die Einschätzung, dass die SPD für das Scheitern eines für unser Land schlechten Gesetzes verantwortlich ist, nehmen wir dankbar zur Kenntnis.

Die SPD ist und bleibt als Schleswig-Holstein-Partei dem Land und den Menschen, die hier leben und die CO2-Speicherung unter ihren Füßen ablehnen, verpflichtet."

**Keine Kommentare**

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 23.09.2011, 15:51 Uhr - 20190 Clicks - Nr. 965

**SPD Dithmarschen stellt Direktkandidaten auf**

Am 20.9.2011 haben die Wahlkreiskonferenzen für die Wahlkreise 7 (Dithmarschen-Nord) und 8 (Dithmarschen-Süd) ihre Kandidaten gewählt.

Für Dithmarschen Nord wird Thomas Bultjer (41) aus Büsum ins Rennen gehen. Michael Wolpmann (41, Meldorf) tritt für Dithmarschen Süd an.

In beiden Wahlkreisen stellten sich jeweils drei Kandidierende den Delegierten zur Wahl. In dem Auswahlverfahren wurden die Mitglieder Anfang Juni vom Kreisvorstand aufgefordert sich bei Interesse an einer Kandidatur entsprechend zu melden. Die sechs Bewerber besuchten fast alle Ortsvereine und stellten sich vor. Eine gut besuchte öffentliche Vorstellungs-Veranstaltung informierte über die Partei hinaus die Bürger.

Das offene Verfahren und die vielen Gespräche in den Ortsvereinen mit guten inhaltlichen Diskussionen wurde von den Mitgliedern sehr positiv aufgenommen

**Keine Kommentare**

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 23.09.2011, 16:31 Uhr - 3665 Clicks - Nr. 966

#### **Glinde gegen Rechts**

gemeinsam gegen Faschismus ....

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Mit Empörung und Wut reagiert die SPD Glinde auf die Eröffnung eines Klamottenladens für Neonazis. Unter dem Deckmantel „Mode“ versucht die rechte Szene, ihre vielerorts verbotene Kleidung der Marke Thor Steinar an ihre rechten Gesinnungsgenossen und Sympathisanten zu verkaufen. Hier wird auf üble Weise versucht, insbesondere Jugendliche für die verbotene, menschenverachtende Ideologie der Neonazis zu werben.

Die SPD Glinde fordert die sofortige Schließung dieses Ladens !

Die SPD Glinde fordert ein Verbot rechtsextremistischer Parteien !

Wir werden alle demokratischen Mittel einsetzen, um den braunen Spuk aus Glinde zu vertreiben. Wir freuen uns, viele Bürgerinnen und Bürger sowie die demokratischen Parteien und den Bürgermeister an unserer Seite zu wissen.

Schon am Samstag, 24.09.2011, findet eine gemeinsame Demonstration der Parteien SPD, CDU, Grüne und Linke unter

der Schirmherrschaft unseres Bürgervorstehers gegen den Laden statt.

Beginn: 10:30 Uhr Treffpunkt in der Marktpassage am Infostand. Ich hoffe auf große Beteiligung vieler Genossinnen und Genossen nicht nur aus Glinde. Lasst uns gemeinsam friedlich gegen den braunen Sumpf demonstrieren !

Frank Lauterbach

(1.Vorsitzender SPD Glinde )

P:S. Wer morgen keine Zeit hat; die Demo ist erst der Auftakt zu einer Reihe von Aktionen.  
Kommentar von [Oliver Sendzik](#) vom 24.09.2011, 00:02 Uhr:

**RE: Glinde gegen Rechts**

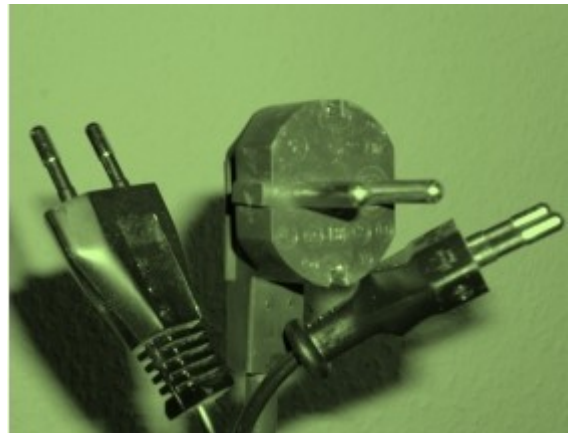
*Die Demo ist wichtig, ich hoffe das die Gliner zahlreich erscheinen. Dieser Laden muss verschwinden, sofort! Marietta und ich wurden heute für SAT.1 interviewt:*

*<http://www.hamburg.1730sat1.de/sendungen-hh.html> Der 2. Beitrag behandelt "unser Problem".*

[SPD-Osterröfeld](#) - veröffentlicht am 23.09.2011, 16:57 Uhr - 6083 Clicks - Nr. 967

**FiftyFifty - Global denken, lokal handeln**

Die Osterröfelder Gemeindevertretung hat bei ihrer gestrigen Sitzung über einen Antrag der SPD-Fraktion beraten, der ein Energiekonzept nach dem „FiftyFifty-Modell“ für drei örtliche Einrichtungen vorsieht. Danach sollen den beiden Kindertagesstätten sowie der Aukamp-Schule nach gemeinsamen Gesprächen ein Energieeinsparkonzept vorgeschlagen werden, bei dem die Bildungseinrichtungen mit eigenen Ideen und Konzepten den Energieverbrauch senken können.



Die dadurch eingesparten Energiekosten würden der jeweiligen Einrichtung zu 50 % zur freien Verfügung überlassen werden. Die anderen 50 % mindern die finanziellen Belastungen der Gemeinde, die durch Schulverbandsumlage und Betriebskostenzuschuss an der Finanzierung der Einrichtungen beteiligt ist. Die drei Bildungseinrichtungen haben bereits im Vorwege grundsätzliches Interesse an einem Energiekonzept bekundet.

Neben dem monetären Ziel der Kostenminimierung soll nach Vorstellungen der SPD-Fraktion vor allem der nachhaltige Umgang mit dem Energieverbrauch bei den Kindern verstärkt in den Vordergrund gerückt werden. Dazu erklärt der Verfasser des Antrages Jan-Niklas Potten (SPD):

„Der Charme eines solchen Konzeptes liegt darin, dass alle Seiten profitieren: die Gemeinde Osterröfeld, die Bildungseinrichtungen, die Kinder und die Umwelt. Wir müssen global denken und lokal handeln, indem wir mit kleinen Bausteinen zum Klimaschutz beitragen. Weil die in Schule bzw. Kita vermittelten Kenntnisse für ein energiesparendes Leben sicherlich nicht auf dem Nachhauseweg vergessen werden, werden die Kinder auch zu Hause bei ihren Familien mit einem nachhaltigen Energieumgang glänzen. Das macht das Projekt zu einem gesamtgesellschaftlich wichtigen Beitrag gegen den Klimawandel“, so Potten abschließend.

Die Osterröfelder Gemeindevertretung hat den Antrag der SPD-Fraktion geschlossen befürwortet. Als nächster Schritt soll nun ein im Antrag vorgeschlagener überfraktioneller Arbeitskreis gebildet werden, in dem das Energieeinsparkonzept weiter vorbereitet wird.

Den Antrag der SPD zum Nachlesen finden Sie hier [[mehr](#)].

--

**Keine Kommentare**

### **Geschlossenes Auftreten für Investitionen in den NOK**

Während der jüngsten Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung haben die Osterrönfelder Gemeindevertreter aller Fraktionen einstimmig eine Resolution auf den Weg gebracht, die die Bundesregierung auffordern soll, wie seit Jahren geplant in den bundeseigenen Nord-Ostsee-Kanal (NOK) zu investieren. Die SPD-Fraktion Osterrönfeld hatte bereits im Vorwege der Sitzung diese Resolution ausgearbeitet und der



Gemeindevertretung zur Abstimmung vorgelegt.

Diese Resolution wurde als Erklärung der Gemeinde Osterrönfeld gegenüber dem Bundesverkehrsministerium nun beschlossen. Darin fordern die Kommunalpolitiker den Bundesverkehrsminister unter anderem auf, die Schleusenanlagen des NOK wie geplant zu sanieren und vor allem eine fünfte Schleusenkammer zu bauen. Hintergrund sind die maroden Schleusenanlagen in Brunsbüttel, die bei einem Ausfall den gesamten NOK lahmlegen würden, mit weitreichenden Konsequenzen. Erst im letzten Jahr betrug die Ausfallzeiten an den Schleusen über 2700 Stunden, wie vor wenigen Tagen bekannt wurde.

„Sollten diese Investitionen, wie derzeit vom Bund vorgesehen, auf Eis gelegt werden, ist zu befürchten, dass der Kanal bald vom nationalen wie internationalen Schiffsverkehr abgeschnitten wird. Für Osterrönfeld als Standort des in Schleswig-Holstein einzigartigen Schwerlasthafens wäre dies ein herber Rückschlag bei der derzeitigen Vermarktung des Hafens und der angrenzenden Gewerbeflächen“, so der Osterrönfelder Gemeindevertreter Jan-Niklas Potten (SPD). „Interessierte Unternehmen werden ein unkalkulierbares Risiko an den Schleusen des NOK sicherlich nicht akzeptieren und könnten ihre Ansiedlungsplanungen am neuen Schwerlasthafen daher neu überdenken. Dass der Bund damit auch seine eigenen Millionenzuschüsse für den Hafen konterkariert, wäre ein zusätzlich trauriger Begleitumstand.“

Mit der nun verabschiedeten Resolution wird die Liste der an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) verschickten „Brandbriefe“ immer länger. Zuvor hatten bereits die Hafengesellschaften „Neuer Hafen Kiel-Canal“ sowie „Rendsburger Kreishafen“ in Briefen an Ramsauer auf die Dringlichkeit der Investitionen in den NOK hingewiesen. Die Bürgermeister der Kanal-Städte Stefan Mohrdieck (Brunsbüttel), Andreas Breitner (Rendsburg) und Torsten Albig (Kiel) hatten wiederum erst kürzlich auf die enormen Gefahren für die hiesigen Arbeitsplätze hingewiesen, die bei Lotsen, Reedereien, Makler- und Hafenbetrieben, Werften und in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf der Kippe stehen würden. Doch nicht nur aus Schleswig-Holstein wird der Druck auf den Bundesverkehrsminister immer stärker. Auch in Hamburg und Niedersachsen machen die Häfen Front gegen die Unterfinanzierung des Nord-Ostsee-Kanals, der als leistungstarker Zubringer zu ihren Häfen unerlässlich ist.

„Dass Osterröfeld nun auch noch eine Resolution auf den Weg bringt, wird dem Bundesverkehrsminister hoffentlich langsam klar machen, wie wichtig ein funktionstüchtiger Nord-Ostsee-Kanal nicht nur für die Kanal-Region, sondern für den gesamten nordeuropäischen Schiffsverkehr ist. Daran kamen in der letzten Zeit leider immer wieder Zweifel auf“, so Potten. „Es ist derzeit leider zu befürchten, dass die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt auf der Prioritätenliste des Bundesverkehrsministers noch hinter den ‚Klein-Kleckersdorf-Kanälen‘ rangiert und die Auswirkungen eines Investitionsstaus am Nord-Ostsee-Kanal nicht erkannt werden“, so der Osterröfelder Sozialdemokrat weiter. „Wir hoffen, dass es in den kommenden Wochen während der Haushaltsberatungen des Bundes noch zur Einsicht bei den Verantwortlichen kommt und die NOK-Region wieder optimistisch in die Zukunft blicken kann. Es muss endlich wieder heißen: volle Fahrt voraus für den NOK! Dabei wird hoffentlich helfen, dass es bereits einen Planfeststellungsbeschluss für den Bau einer fünften Schleusenkammer gibt, was den ganzen Vorgang beschleunigen könnte.“ Auf eine Frage des Bundestagsabgeordneten Sönke Rix (SPD) aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde während der jüngsten Fragestunde im Bundestag gab der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Jan Mücke (FDP) zu, dass es ein „vollziehbare Baurecht für den Neubau einer dritten großen Schleuse in Brunsbüttel“ gebe. Es hängt somit „nur“ noch von der Finanzierung ab.

**Hintergrundinfo:** der von der Bundesregierung an den Bundestag übersendete Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 sieht lediglich Ausgaben in Höhe von 25 Millionen Euro für den Nord-Ostsee-Kanal vor. Davon entfallen alleine rund 10 Millionen Euro auf die Sanierung des Rendsburger Autotunnels. Weitere 11,1 Millionen Euro sind für die Kanal-Brücken und Weichen vorgesehen. Nur 1,9 Millionen Euro sind für den „Bau“ einer fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel veranschlagt, 2 Millionen für Sanierungsmaßnahmen an den Kieler sowie Brunsbüttler Schleusen. Experten rechnen allerdings damit, dass für den Bau einer fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel rund 300 Millionen Euro benötigt werden, sowie erheblich umfangreichere Mittel für die Sanierung der bestehenden Schleusen erforderlich sind. Für die Sanierungsmaßnahmen werden rund 2 Jahre Bauzeit gerechnet, für den Bau einer fünften Schleuse werden mehr als fünf Jahre veranschlagt. Den 25 Millionen Euro an geplanten Ausgaben stehen 26 Millionen an vorgesehenen „Schiffahrts- und Befahrungsabgaben“ gegenüber, die der Bund als Einnahmen von den Kanal-Nutzern verbuchen kann (ähnlich einer „Maut“). Das Bundesverkehrsministerium erwägt dabei, die Befahrungsabgaben weiter zu erhöhen, was während der jüngsten Fragestunde im Bundestag auf Nachfrage vom Kieler Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels (SPD) herauskam.

Die Resolution zum Nachlesen finden Sie hier [[mehr](#)]. --

**Keine Kommentare**

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 25.09.2011, 11:03 Uhr - 5587 Clicks - Nr. 969

#### **Ein ganz besonderer Tag im Kieler Landtag**

Die SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls und Karin Prange beteiligten sich an der Aktion „verstehen.erleben.begegnen“ der Lebenshilfe Schleswig-Holstein und des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung.



"Ich finde die Veranstaltungsreihe „verstehen. erleben. begegnen“ eine tolle Idee und beteilige mich gerne an der Aktion „1 Tag in der Politik“. Karin Prange und ich haben uns bei meinem Besuch bei „Mittenmang“ kennengelernt, sie war sehr in Politik interessiert und glänzte mit viel Wissen um politische Geschichte. Deshalb fragte ich sie, ob sie Lust hätte, mich einen Tag im Rahmen des Projektes zu begleiten.

Wir verbrachten den ganzen Tag zusammen, Karin Prange nahm an Sitzungen teil und erfuhr im persönlichen Gespräch Hintergründe und Arbeitsweisen. Ein Rundgang durchs Haus und Plenarsaal, sowie ein Essen in der Kantine gehörten natürlich auch dazu.

Karin Prange liebt das Fotografieren. „Mir sind nicht die Parteien, sondern die Menschen die dahinter stehen wichtig“ so Frau Prange. Deshalb sind wir durchs Haus und haben auch neben allen SPD Abgeordneten auch in den anderen Fraktionen Fotos gemacht.

Johannes Callsen, CDU, begrüßte uns in seinem neuen Büro und stand uns dabei genauso zur Verfügung wie Anke Spoorendonk, SSW, und Wolfgang Kubicki, FDP.

Das ist eine gute Möglichkeit, sich mit Menschen mit Behinderung über verschiedene Themen auszutauschen, das gibt mir wertvolle Anregungen und Hinweise für meine politische Arbeit, wie z.B. bei der Sprache. Wir Politiker haben ja leider oft die Eigenschaft sehr blumig und mit Fremdwörtern gespickt zu reden, einfache klare Sätze in deutlicher Sprache, wären besser, damit uns auch alle verstehen.

„Für uns Beide war das ein wirklich toller Tag“.

**Keine Kommentare**

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 25.09.2011, 12:17 Uhr - 3524 Clicks - Nr. 970

#### **AGS-Vorstand neugewählt**

AfA-Landesvorsitzender beglückwünscht Guenther Hansen aus Kiel zur Wahl als Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen - AGS

Einen geschichtsträchtigen Ort hatte sich die AGS mit dem Elmshorner Industriemuseum für ihre Landeskongress ausgesucht. Neben dem Rechenschaftsbericht und der Verabschiedung von Anträgen stand die komplette Neuwahl des Landesvorstandes auf der Tagesordnung. In seinem Grußwort hob der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädels hervor, dass in den letzten 20 Jahren es

eine gute Zusammenarbeit zwischen beiden Arbeitsgemeinschaften gab, deren Intensivierung sich die AfA wünschen würde. "Wir haben inhaltlich viele Schnittpunkte in den Bereichen der Arbeitsmarkt und Industriepolitik bei denen es sich lohnen würde öfters abzuklären wo wir in der Partei gemeinsam auftreten könnten", so Wolfgang Mädels.

Erste Vereinbarungen wurden schon in der Konferenz verabredet. So sagte Mädels zu die beschlossenen Anträge zur Einführung einer Reichensteuer, zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Solo-Selbständige und die Forderung nach einer aktiven Industriepolitik in der Arbeit der Wahlprogrammkommission mit einzubringen.

Des weiteren wurde vereinbart gemeinsam mit der AFB eine Gesprächsrunde zum Thema: Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen und dafür erforderliche Unterstützungsmaßnahmen, durchzuführen. Mädels: "Es muss die Schuldverschiebung zwischen Jugendlichen, Elternhaus, Schule und Ausbildungsbetrieb beendet werden, jeder Jugendliche muss in Schleswig-Holstein die Möglichkeit einer Ausbildung bekommen. Schon der Anstand vor der Zukunft der jungen Menschen und des Landes erfordert eine gemeinsame Lösungsfindung."

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 25.09.2011, 13:21 Uhr - 5559 Clicks - Nr. 971

#### **Martin Habersaat nominiert**

Die vorgesehenen Stühle reichten nicht - ein guter Start für eine politische Veranstaltung. 59 stimmberechtigte Mitglieder waren zur Nominierung des SPD-Kandidaten in Stormarn-Süd ins Reinbeker Rathaus gekommen, dazu kamen einige interessierte Bürgerinnen und Bürger, die der SPD (noch) nicht angehören. Sie erlebten eine optimistische Versammlung und eine engagierte Bewerbungsrede des einzigen Kandidaten, die mit Applaus und einem deutlichen Ergebnis belohnt wurde (57 Ja, 1 Nein, 1 Ungültig).



Der 34jährige Barsbüttler Martin Habersaat, von Hamburg als Gymnasiallehrer für die Dauer seines Mandats beurlaubt, wird antreten, um nach 2009 zum zweiten Mal in den Landtag einzuziehen.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende Susanne Danhier, Landtagskandidaten der SPD in Stormarn-Nord, hatte die Versammlung eröffnet und lobende Worte für Martin Habersaat gefunden, der sich als momentan einziger SPD-Abgeordneter in Stormarn um alle Stormarner Wahlkreise und viele unterschiedliche Themen zu kümmern hatte. Gleichzeitig hatte er aber auch die Kraft gefunden, in Kiel durch gute Arbeit aufzufallen. Das berichtete Olaf Schulze. Der Geesthachter Landtagsabgeordnete war als stellvertretender SPD-Vorsitzender aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg nach Stormarn gekommen, um die anwesenden Wentorferinnen und Wentorfer besonders zu begrüßen. Wentorf gehört neu zu dem Wahlkreis, der ansonsten aus Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek besteht.

Klaus-Peter Puls, Vorsitzender der SPD-Reinbek und Habersaats Vorgänger im Landtag, leitete die Versammlung, die erstmals nicht als Delegiertenkonferenz stattfand, sondern als Mitgliederversammlung, zu der alle 400 SPD-Mitglieder des Wahlkreises eingeladen waren. Unter den 59 Mitgliedern, die dann erschienen waren, waren neben Puls auch die ehemalige Landtagsabgeordnete Marliese Alfken und Landrat Klaus Plöger. Die Mitglieder hatten vor allem Fragen zur Bildungspolitik, für die Habersaat seit Mai 2011 als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zuständig ist. Der warb als ehemaliger Lehrer dafür, behutsam mit den Schulen und den beteiligten Menschen umzugehen, aber langfristige Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren: Optimale Bildungschancen für jedes Kind im Interesse des Einzelnen, aber auch der Gesellschaft.

Martin Habersaat warb auch für eine intensivere Kooperation mit Hamburg: „Davon muss ich hier im Kreis niemanden überzeugen, weil wir das täglich erleben. In Kiel muss aber oft wiederholt werden, dass wir uns hier nicht in einer ‚Randlage‘ befinden, sondern im Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes!“ Das Schlusswort überließ der frisch bestätigte Kandidat Frank Lauterbach, dem Vorsitzenden der SPD Glinde, der von den Gliner Aktionen gegen einen Laden berichtete, der in Glinde Nazi-Klamotten verkaufen wolle. Er rief die SPD-Mitglieder aller benachbarten Gemeinden auf, die Gliner Bemühungen für ein „buntes und nicht braunes“ Glinde zu unterstützen.

Mit der Wahl von Martin Habersaat hat die SPD Stormarn ihre Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 abgeschlossen - und tritt mit einem sehr jungen Team an. Neben dem 34jährigen Martin Habersaat kandidiert im Wahlkreis 28 (Norderstedt, aber auch die Stormarner Gemeinde Tangstedt gehört dazu) die 38jährige Katrin Fedrowitz. Im Wahlkreis Stormarn-Nord wird die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier (53, Bargtheide) für die SPD ins Rennen gehen, in Stormarn-Mitte Tobias von Pein (25, Lütjensee).

[Fotoalbum](#)

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 25.09.2011, 13:54 Uhr - 14744 Clicks - Nr. 972

**SPD-AG 60 plus vor Ort**

**Informationsbesuch in der Seniorenwohnanlage in Schacht - Audorf**

Die Vorstandsmitglieder der Baugenossenschaft Mittelholstein eG hatte den Kreisvorstand der SPD AG 60 plus zu einem Informationsbesuch in die Seniorenwohnanlage nach Schacht-Audorf eingeladen.

„Das passt genau in das Konzept des Kreisverbandes,“ so der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin, „denn insbesondere Fragen der sozialen Versorgung und Betreuung und des seniorengerechten Wohnens stehen im Mittelpunkt der Zukunftsanforderungen kommunaler Planung und soziale Entwicklung“.

Stefan Binder, BGM, referierte über die Angebotspalette der Genossenschaft für Senioren und

stellte klar heraus, dass die Wünsche von der Einzel- bis hin zum Quartier mit Mehrgenerationenwohnung gehen. Die Anlage in Schacht-Audorf ist komplett ausgebucht, ein dritter Bauabschnitt ist geplant. Dort ist auch eine Betreuung durch die AWO möglich aber nicht vorgeschrieben. Ein Gemeinschaftsraum ist im Angebot, für private oder gemeinsame Feiern. Die Warmwasserversorgung erfolgt über Sonnenkollektoren. Nahversorgung ist im Umfeld vorhanden. „Hier hat eine gedeihliche Zusammenarbeit in der Planung von Kommune und Baugenossenschaft zu einem Schmuckstück geführt“, fasste der Vorstand zum Abschluss des Besuches seine Eindrücke zusammen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 25.09.2011, 14:39 Uhr - 5618 Clicks - Nr. 973

### **SPD - BürgerparteiTag**

Fünfehn Stationen hatte der „Demokratiesommer“ - Torsten Albig, Spitzenkandidat der SPD bei der Landtagswahl am 6. Mai 2012, war durchs Land getourt, um mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, Ideen für Schleswig-Holstein zu sammeln und einen Dialog zu beginnen, der weitergehen soll, wenn die SPD die nächste Landesregierung stellt. „Es war ein Sommer voller Menschen mit Lust auf Politik.



Und es war, trotz fehlender meteorologischer Höhepunkte, einer der schönsten Sommer meines Lebens“, bilanzierte Albig auf dem BürgerparteiTag in Rendsburg. Die SPD hatte eingeladen, um als Bürgerpartei mit allen die Ergebnisse zu vertiefen, die daran mitwirken wollten. Mit Blick auf die SPD stellte der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner fest: „Zukunft hat man nur, wenn man sich öffnet.“

Mit einem kurzen Film über den Verlauf des Demokratiesommers und einer kabarettistischen Einlage von Kai Fischer wurden die Teilnehmer auf den Arbeitsteil eingestimmt, der die Möglichkeit bot, sich in verschiedenen Workshops beispielsweise mit den Themen Bildung, Bürgerrecht oder Umwelt und Energie zu befassen. In den Workshops standen Thesen zur Diskussion, die sich aus den Sommerveranstaltungen ergeben und teilweise in einem Internetforum weiterbearbeitet worden waren. Als Gesprächspartner standen dort verschiedene Mitglieder der SPD-Schleswig-Holstein und der Landtagsfraktion zur Verfügung. Die Ergebnisse fließen ein in die Arbeit der Programmkommission, der auch der Stormarner Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat angehört.

Von den etwa 200 Teilnehmern, darunter viele Vertreter von Vereinen und Verbänden, aber auch zahlreiche SPD-Mitglieder, waren auch einige aus Stormarn nach Rendsburg gereist. In über 600

Gruppen diskutierten die SPD und ihre Gäste. Auch Spitzenkandidat Torsten Albig war in vielen Gruppen dabei, diskutierte mit und hörte. Am Rande der Veranstaltung wurde auch das erste Plakat mit Blick auf die Landtagswahl vorgestellt: „Mein Lieblingsland hat die tollsten Menschen“ - für Torsten Albig das Fazit aus seiner Sommertour 2011.

Foto: Tobias von Pein (Lütjensee), Gesa Tralau (Hamberge), Martin Habersaat (Barsbüttel), Torsten Albig (Spitzenkandidat), Delara Burkhardt (Siek), Eckart Kuhlwein (Ammersbek), Bärbel Bergner (Tangstedt).

[Fotoalbum](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 25.09.2011, 21:44 Uhr - 1885 Clicks - Nr. 974

#### **Bürgerwindpark für LUTTERBEK ? Antrag der SPD LUTTERBEK**

Die SPD Lutterbek möchte die Windenergie auch in unserer Gemeinde voranbringen. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung am Regionalentwicklungsplan SH kann die Gemeinde die Ausweisung von geeigneten Flächen bis zum 15. November 2011 beantragen. Näheres unter [www.wind-sh.de](http://www.wind-sh.de)  
Dazu haben wir für den Bürgermeister das folgende Schreiben entworfen.

Innenministerium Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg92

24109 Kiel

10. September 2011

Stellungnahme der Gemeinde LUTTERBEK zur Teilfortschreibung des Regionalplanes –  
Planungsraum III

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Gemeinde Lutterbek beabsichtigt, die im anliegenden Kartenausschnitt schraffiert hervorgehobenen Flächen als neues Eignungsgebiet für Windenergie in den Regionalplan für den Planungsraum III aufzunehmen.

Bereits seit den 90-er Jahren ist die Gemeinde Lutterbek bemüht, die Energiewende zu unterstützen und Flächen für einen Bürgerwindpark zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Ziel ist es, die finanzielle Not der Gemeinde durch neue Einnahmen aus der Pacht und einer Gewerbesteuer zu verbessern. Zuletzt hat die Gemeindevertretung im Frühjahr 2011 einstimmig einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst.

Aus der Sicht der Gemeinde sind die gekennzeichneten Flächen - südlich der B502 gelegen - für die Nutzung von Windenergie geeignet:

1. Diese Flächen liegen außerhalb des Küstenstreifens entlang der Ostsee.
2. Der notwendige Abstand von 800 m zu den nächsten Siedlungen wird eingehalten.
3. Der Abstand zu dem in der Gemarkung Barsbek gelegenen Adlerhorst liegt über 3.000 m entfernt.
4. Die Fläche wird von den bestehenden Hochspannungsleitungen begrenzt, ein gebührender Abstand wird nach Absprache eingehalten werden.
5. Eine Beeinträchtigung des Vogelzuges erkennen wir nicht.
6. In der Anzahl, Höhe, Größe und Ausrichtung der Anlagen sind wir flexibel.
7. Grundsätzlich könnte die Fläche Richtung Südosten in die Gemarkung Prasdorf erweitert werden.

Entsprechende Anträge der Gemeinde Lutterbek wurden bislang leider nicht vom Kreis Plön in das Windenergiekonzept für den Kreis aufgenommen.

Die in Frage kommenden Flächen umfassen insgesamt eine Fläche von ca. 30 ha. Eigentümer der betroffenen Flächen ist einerseits die Gemeinde selbst andererseits Private. Die grundsätzliche Bereitschaft, ihre Flächen für einen Bürgerwindpark zur Verfügung zu stellen, ist bereits bekundet worden.

Für eine Rückmeldung sind wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.09.2011, 09:52 Uhr - 1399 Clicks - Nr. 975

#### **HSH Nordbank AG: Standort Kiel stärken**

SPD, Grüne, FDP und SSW in der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordern die HSH Nordbank AG auf, den Personalabbau sozialverträglich so zu gestalten, dass auch weiterhin die Gleichberechtigung der beiden vereinigten Landesbanken im Doppelsitz der Standorte Kiel und Hamburg Ausdruck findet und die Geschäfte der HSH Nordbank AG gleichwertig an beiden Standorten geleitet werden.

Eine Überprüfung des Oberbürgermeisters hat ergeben, dass es seit der Fusion der beiden Landesbanken einen Stellenabbau am Standort Kiel und am Standort Hamburg gegeben hat, am Standort Hamburg jedoch nur einen Netto-Stellenabbau von 1,3%, am Standort Kiel dagegen von 22,4%. SPD, Grüne, FDP und SSW in der Ratsversammlung stellen fest, dass damit seit der Fusion der Landesbanken am Standort Kiel mehr als 17mal so viele Arbeitsplätze wie am Standort Hamburg abgebaut worden sind. Angesichts der Bedeutung der HSH Nordbank AG für die Landeshauptstadt Kiel und die Region sowie der eindeutigen Aussagen des Staatsvertrages lehnt die Ratsversammlung jeden weiteren Abbau von Arbeitsplätzen am Standort Kiel der HSH Nordbank AG ab.

Die HSH Nordbank AG ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Landeshauptstadt Kiel und eines der größten Unternehmen Schleswig-Holsteins. Die Stadt steht zur Bank und arbeitet mit ihr

zusammen, z.B. im Rahmen der „Kieler Woche“. Durch das Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Verschmelzung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – auf eine Aktiengesellschaft vom 07. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. 2003, 206) ist die HSH Nordbank AG aber rechtlich wie politisch verpflichtet, den Standort Kiel genauso wie den Standort Hamburg zu behandeln, nämlich gleichberechtigt und die Geschäfte der Aktiengesellschaft an beiden Standorten gleichwertig zu leiten. Diese Verpflichtungen müssen sich konkret in der Personalpolitik widerspiegeln – im Interesse der Beschäftigten der Bank und im Interesse der Landeshauptstadt Kiel und der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Dies erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Ratsherr Helmut Landsiedel, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zur Entschließung „HSH Nordbank AG: Standort Kiel stärken“, Ratsversammlung 29. September.

**Keine Kommentare**

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 26.09.2011, 09:54 Uhr - 5468 Clicks - Nr. 976

#### **Martin Habersaat nominiert**

Die vorgesehenen Stühle reichten nicht - ein guter Start für eine politische Veranstaltung. 59 stimmberechtigte Mitglieder waren zur Nominierung des SPD-Kandidaten in Stormarn-Süd in den Ratssaal des Reinbeker Rathauses gekommen, dazu kamen einige interessierte Bürgerinnen und Bürger, die der SPD (noch) nicht angehören.



Sie erlebten eine optimistische Versammlung und eine engagierte Bewerbungsrede des einzigen Kandidaten,

die mit Applaus und einem deutlichen Wahlergebnis belohnt wurde (57 Ja, 1 Nein, 1 Ungültig). Der 34jährige Barsbüttler Martin Habersaat, von Hamburg als Gymnasiallehrer für die Dauer seines Mandats beurlaubt, wird antreten, um nach 2009 zum zweiten Mal in den Landtag einzuziehen.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende Susanne Danhier, Landtagskandidaten der SPD in Stormarn-Nord, hatte die Versammlung eröffnet und lobende Worte für Martin Habersaat gefunden, der sich als momentan einziger SPD-Abgeordneter in Stormarn um alle Stormarner Wahlkreise und viele unterschiedliche Themen zu kümmern hatte. Gleichzeitig hatte er aber auch die Kraft gefunden, in Kiel durch gute Arbeit aufzufallen. Das berichtete Olaf Schulze. Der Geesthachter Landtagsabgeordnete war als stellvertretender SPD-Vorsitzender aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg nach Stormarn gekommen, um die anwesenden Wentorferinnen und Wentorfer besonders zu begrüßen. Wentorf gehört neu zu dem Wahlkreis, der ansonsten aus Reinbek, Glinde,

Barsbüttel und Oststeinbek besteht.

Klaus-Peter Puls, Vorsitzender der SPD-Reinbek und Habersaats Vorgänger im Landtag, leitete die Versammlung, die erstmals nicht als Delegiertenkonferenz stattfand, sondern als Mitgliederversammlung, zu der alle 400 SPD-Mitglieder des Wahlkreises eingeladen waren. Unter den 59 Mitgliedern, die dann erschienen waren, waren neben Puls auch die ehemalige Landtagsabgeordnete Marliese Alfken und Landrat Klaus Plöger. Die Mitglieder hatten vor allem Fragen zur Bildungspolitik, für die Habersaat seit Mai 2011 als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zuständig ist. Der warb als ehemaliger Lehrer dafür, behutsam mit den Schulen und den beteiligten Menschen umzugehen, aber langfristige Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren: Optimale Bildungschancen für jedes Kind im Interesse des Einzelnen, aber auch der Gesellschaft.



Martin Habersaat warb auch für eine intensivere Kooperation mit Hamburg: „Davon muss ich hier im Kreis niemanden überzeugen, weil wir das täglich erleben. In Kiel muss aber oft wiederholt werden, dass wir uns hier nicht in einer ‚Randlage‘ befinden, sondern im Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes!“ Das Schlusswort überließ der frisch bestätigte Kandidat Frank Lauterbach, dem Vorsitzenden der SPD Glinde, der von den Glinde Aktionen gegen einen Laden berichtete, der in Glinde Nazi-Klamotten verkaufen wolle. Er rief die SPD-

Mitglieder aller benachbarten Gemeinden auf, die Glinde Bemühungen für ein „buntes und nicht braunes“ Glinde zu unterstützen.

Mit der Wahl von Martin Habersaat hat die SPD Stormarn ihre Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 abgeschlossen - und tritt mit einem sehr jungen Team an. Neben dem 34jährigen Martin Habersaat kandidiert im Wahlkreis 28 (Norderstedt, aber auch die Stormarner Gemeinde Tangstedt gehört dazu) die 38jährige Katrin Fedrowitz. Im Wahlkreis Stormarn-Nord wird die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier (53, Bargtheide) für die SPD ins Rennen gehen, in Stormarn-Mitte Tobias von Pein (25, Lütjensee).

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.09.2011, 10:00 Uhr - 1703 Clicks - Nr. 977

#### **Bürgersprechstunde zum Sport- und Freizeitbad**

Am Mittwoch, 28. September 2011 von 17.00 bis 20.00 Uhr führt der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Torsten Stagars, eine Bürgersprechstunde zum geplanten Sport- und Freizeitbad an der Hörn durch. Er ist in dieser Zeit telefonisch erreichbar unter 0431 901-2527. Die Beschlussvorlage zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft Kiel und dem Bau eines Sport- und Freizeitbades liegt für die Ratsversammlung am 29.09.2011 vor. Damit wird der Weg zum Bau des

neuen Sport- und Freizeitbades freigemacht.

Der geplante Bau eines Sport- und Freizeitbades auf dem Gelände zwischen Adolf-Westphal-Straße und Gablenzbrücke ist in den Medien und in der Kieler Bevölkerung auf große Resonanz gestoßen.

Dazu Torsten Stagars: „Gerade im Vorfeld der Ratsversammlung tauchen viele Fragen auf: Warum benötigt Kiel überhaupt ein neues Schwimmbad? Wie werden die Eintritts-preise aussehen? Was geschieht mit den anderen Bädern?

All diese Fragen - und selbstverständlich auch andere um den Schwimmbadbau und den Sportbereich generell - können Sie uns selbstverständlich mit einem Brief oder per E-Mail stellen. Allerdings möchten wir Ihnen auch die Möglichkeit bieten, mit uns persönlich ins Gespräch zu kommen. Ich freue mich auf Ihren Anruf."

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 26.09.2011, 13:52 Uhr - 15699 Clicks - Nr. 978

**Großes Interesse am Thema „Älter werden im Dorf und Quartier“**

Veranstaltung der Kreis-SPD traf thematisch „den Nerv“

75 Gäste konnte SPD-Kreisvorsitzender Sönke Rix im Audofer Hof in Schacht-Audorf begrüßen: Gemeindevertreter, Seniorenbeiräte, gleich drei Landtags-abgeordnete und viele am Thema „Älter werden in Dorf und Quartier“ interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Moderiert von Dieter Schönfeld, Bürgermeister von Bad Segeberg, beleuchteten die sieben Referenten notwendige Vorkehrungen für eine „schon sehr nahe Zukunft“, in der sich die Zahl der Menschen über 70 in den Gemeinden verdoppeln wird. Schönfeld: „ Das ist eine Herausforderung für Planung und gute soziale Gestaltung vor Ort.“

Die Referenten aus dem Bereich Planung und Beratung (Rüdiger Waßmuth, KIWA) und Cornelia Plewa (Planungsgruppe Plewa, Flensburg) machten klar, dass radikal umgedacht werden muß. Ohne vorbehaltlose Kooperation der Gemeinden im ländlichen Raum, ohne Verknüpfung örtlicher Angebote, ohne Prioritäten und mutige lokale Lösungen, die bezahlbar bleiben, werde es nicht gehen. Auf den Zubau von Pflegeheimen sollte unbedingt verzichtet werden.

Selbst für den zukünftigen Mehrbedarf an Betreuung im stationären Bereich sei der Kreis Rendsburg gut gerüstet, so Ulli Kaminski, Vorsitzender des Sozialausschusses im Kreistag, und verwies auf das landesweit problematische Überangebot an Plätzen in Heimen.

Beispiele für Alternativen zum Pflegeheim zeigten Maren Mathiessen, Sozialstation Hürup und Susanne Jahn von der „Brücke“ auf: Haus- und Wohngemeinschaften mit ehrenamtlicher wie professioneller Begleitung der Bewohner, sogar für Menschen mit sehr hohem Betreuungsbedarf, wie Demenzkranke ermöglichen ein Leben in Selbstbestimmung, auch mit vielen altersbedingten Einschränkungen.

In die gleiche Richtung ging das Modell der Diakonie Rendsburg, das Hedwig Gebhardt vorstellte. Ältere Menschen in passende Gastfamilien zu vermitteln, sei gerade für kleine Orte und ländliche Regionen ohne Infrastruktur eine sehr individuelle Möglichkeit einer Betreuung, für die es aber beratende Hilfe geben müsse.

Von den Erfahrungen aus einer Gemeindevertretung, die seit 2008 daran arbeitet, ihr Dorf demografiefest zu machen, berichtete Andreas Fleck aus Felde, der gemeinsam mit der Vorsitzenden der SPD Schacht-Audorf, Sabrina Jacob, die Veranstaltung auch organisiert hatte.

Sein Fazit: „Gründlich schlau machen, gut zusammenarbeiten, Bürger beteiligen und einen langen Atem haben. Die Suche nach einem Konzept für Dorf und Quartier ebenso wie nach Partnern zu dessen Umsetzung ist eine Herausforderung.“ Auch in Felde sei man noch nicht am Ziel. „Aber wir arbeiten dran. Für Parteipolitik und lokalpatriotische Eitelkeiten ist das Thema ungeeignet.“ Überall müsse es „jetzt losgehen“.

Kommentar von [Andreas Fleck](#) vom 27.09.2011, 21:40 Uhr:

**RE: Großes Interesse am Thema „Älter werden im Dorf und Quar**

*Alle ReferentInnen waren sehr zufrieden und angetan von der Bandbreites des Abends. Herzlichen Dank an alle Mitwirkenden und an die vielen Gäste, insbesondere an die (Noch)Nichtmitglieder!*

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.09.2011, 16:49 Uhr - 1809 Clicks - Nr. 979

**Neuansiedlung Möbel Kraft**

**SPD, GRÜNE und SSW legen Ratsversammlung umfangreichen Änderungsantrag vor**

Die Landeshauptstadt Kiel als Oberzentrum hat die Aufgabe, ein überregional bedeutsames Angebot im Einzelhandel anzubieten, um den Wildwuchs beim Flächenverbrauch in der Region auf ein Minimum zu beschränken. Das Einzelhandelskonzept zeigt deutlich auf, dass die LHS Kiel in der Möbelsparte Nachholbedarf hat. Deshalb stellt die Ansiedlung von Möbel-Kraft eine enorme Stärkung des Einzelhandelsstandortes Kiel dar.

Es ist ein großer Ansiedlungserfolg, dass 250 bis 300 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. In einem großen Möbelhaus werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unterschiedlichen Qualifikationen gesucht – z. B. für den Fachverkauf, die Polsterei, das Lager, die Buchhaltung, den Vertrieb. Aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen fordern wir, dass die Verwaltung, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Kiel gemeinsam mit Möbel Kraft einen Weg finden, wie Arbeitssuchende aus der Landeshauptstadt Kiel für eine künftige Tätigkeit im neu anzusiedelnden Möbelmarktzentrum vermittelt und qualifiziert werden können.

Die detaillierte Untersuchung der Stadtverwaltung über mögliche Standortalternativen macht deutlich, dass bei allen anderen Standorten die Nachteile deutlich überwiegen. Wir sprechen uns nach eingehender Prüfung aller uns vorliegender Unterlagen und nach zahlreichen Gesprächen mit den Kleingärtnern, dem Investor, Anwohnern und Umweltschützern für ein geordnetes Verfahren zur Ansiedlung von Möbel Kraft aus. Wir werden zugleich sicherstellen, dass ökologisch

mindestens gleichwertige Ausgleichsflächen im gleichen Umfang als Grünflächen neu entstehen. Und wir werden sicherstellen, dass allen Kleingärtnern, die durch die Ansiedlung von Möbel Kraft ihren Garten verlieren, eine neue Fläche bereitgestellt werden kann.

Zwar gehen bei einer Ansiedlung von Möbel Kraft auf dem vorgesehenen Gelände „Prüner Schlag und Brunsrade“ in beträchtlichem Umfang Kleingärten und andere ökologisch wertvolle Grünflächen verloren. Mit ihrem umfangreichen Ergänzungsantrag stellt die Kooperation aus SPD, Grünen und SSW, die sich der nachhaltigen Stadtentwicklung und dem Umweltschutz verpflichtet weiß, aber sicher, dass der Flächenverbrauch für die Ansiedlung von Möbel Kraft auf das absolut Notwendige beschränkt bleibt. Die Fläche, die versiegelt werden soll, wird weiter minimiert, die Planung der Geschosse und der Parkplätze muss so Raum sparend wie möglich erfolgen. Ergänzend zu den ökologisch gleichwertigen Ausgleichsflächen beauftragen wir die Verwaltung, mit einem 7 Punkte - Programm „Grün in die Stadt“ den Arten- und Biotopschutz im gesamten Stadtgebiet auszubauen, aufzuwerten und durch ein ökologisches Grünflächenmanagement zu sichern.

SPD, Grünen und SSW ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Selbstverwaltung regelmäßig über die Entwicklung des Ansiedlungsverfahrens informiert werden. Wir beantragen darüber hinaus daher eine regelmäßige Berichterstattung in den Ausschüssen und den zuständigen Beiräten. Außerdem werden wir einen Sonderbeirat einrichten, in dem die betroffenen Kleingärtner, die Fachverwaltung und Ratsfraktionen sowie die betroffenen Ortsbeiräte das weitere verfahren eng begleiten, etwa bei der Konzeption von neuen Kleingärten. Damit und mit dem Internetangebot der Verwaltung ist eine umfangreiche BürgerInnenbeteiligung sichergestellt.

Wir sind zuversichtlich, auf diesem Weg die begrüßenswerte Ansiedlung eines großen Möbelgeschäftes in Kiel umwelt- und sozialverträglich zu gestalten.

Dies erklären erklären der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Dirk Scheelje, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Ergänzungsantrag zur Ansiedlung von Möbel Kraft .

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 28.09.2011, 14:49 Uhr - 86689 Clicks - Nr. 980

**Schwerpunktdebatte zur Lage der Europäischen Union**

**Als endlich mal kämpferisch beurteilte Ulrike Rodust den Auftritt von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.**

„Herr Barroso ist aufgewacht und hat erkannt, dass nicht nur das europäische Einigungswerk bedroht ist, sondern dass auch er mit dem Rücken zur Wand steht. Nationale Einzelinteressen höhlen das Gemeinschaftsprinzip der europäischen Idee aus und bedrohen das Gleichgewicht der europäischen Organe. Auch die Kommission muss um ihre Rolle bangen.“

Die Sozialdemokraten unterstützen den Kommissionspräsidenten in seiner Beteuerung, die Gemeinschaftsmethode gegen die nationalstaatlichen Absprachen der Staats- und Regierungschefs



verteidigen zu wollen: „Die Kommission ist die Hüterin der vergemeinschafteten europäischen Politik. Herr Barroso und sein Kommissionskollegium stehen in der Pflicht, dem galoppierenden Intergouvernementalismus endlich einen Riegel vorzuschieben. Hierbei kann sich die Kommission der Unterstützung der Sozialdemokraten und des Europäischen Parlaments sicher sein.“

Die Kommission habe zu lange den Butler von 27 Mitgliedstaaten gegeben und zugelassen, dass eine Hauptstadtdiplomatie demokratische Prinzipien und Kontrollen umgeht. Ulrike Rodust: „Wir müssen das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen, das die europäischen Nationalregierungen dabei sind, aufs Spiel zu setzen. Die europäische Idee darf nicht dem Egoismus der Nationalstaaten geopfert werden, wenn wir im globalen Maßstab weiter handlungsfähig sein wollen. Ansonsten begibt sich Europa und jedes einzelne Mitgliedsland ins bedeutungslose Abseits des 21. Jahrhunderts“.

[Rede zur Lage der Union](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 28.09.2011, 16:03 Uhr - 5578 Clicks - Nr. 981

### **Scheitern des schwarz-gelben CCS-Gesetzes als Chance für Schleswig-Holstein Profilneurose bei CDU-Fraktionschef im Kieler Landtag Callsen**

Zum Angriff von Johannes Callsen auf die SPD beim Scheitern des CCS-Gesetzes im Bundesrat am 23.9.2011 erklärt Bettina Hagedorn, MdB und stellv. Landesvorsitzende der SPD:

Wider besseren Wissens behauptet CDU-Chef Callsen als neuer Fraktionschef der CDU im Landtag, „die SPD und die Kohle-Lobby wollen CCS auch in Schleswig-Holstein durchsetzen“. Hagedorn: „Dieses ist nachweislich glatt gelogen.“



Hagedorn weiter: Das lässt vom Stil her Übles für den Landtagswahlkampf im Norden befürchten.

Meinungskonflikte offen auszutragen ist gut – aber dass Herr Callsen zum 2. Mal innerhalb von wenigen Tagen (Bezug: Entscheidung des Petitionsausschusses zur FBQ in Berlin am 21.9.) die Wahrheit bewusst verdreht und zur Schlammschlacht startet, kann nicht einmal mit seinem Wunsch nach Profilierung entschuldigt werden.“

Fakt sei – so Hagedorn – dass die nach seiner Lesart angeblich „wirksame Länderklausel“ schon am 6. Juni in der Sachverständigenanhörung zum CCS-Gesetzentwurf in den Augen der Experten - auch von denjenigen, die die Koalition selbst eingeladen hatte - als „Fake“ und in der gewählten Formulierung als wirkungslos beurteilt wurde.

Hagedorn: „Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein hat sich immer für eine Länderklausel samt Vetorecht eingesetzt, die diesen Namen auch wirklich verdient - die bisherige von CDU/CSU und FDP entworfene „Länderklausel“ war aber schlicht nichts wert, denn sie diente nur der Gesichtswahrung der CDU in Schleswig-Holstein, in Mecklenburg-Vorpommern und

Niedersachsen im dortigen Landtags- bzw. Kreiswahltagskampf mit der Folge absoluter Rechtsunsicherheit – was für die betroffenen Menschen vor Ort eben gerade KEIN Erfolg war. Genau deshalb hatten die SPD-Bundestagsabgeordneten geschlossen schon das CCS-Gesetz im Bundestag abgelehnt – im Übrigen gemeinsam mit Grünen und Linken.“

Die Anhörung hatte zusätzlich ergeben, dass ein verantwortbares CCS-Gesetz einhergehen muss mit einem gesetzlichen Rahmen für eine „Raumordnung unter der Erde“, weil sonst die Gefahr besteht, dass sich die Großkonzerne alle Optionen auf CCS-Speicherkapazitäten sichern und damit konkurrierende Nutzungen für die Energiewende – wie die Geothermie und für aus regenerativen Ressourcen gewonnene Speicherkapazitäten – mutwillig blockieren. Außerdem bestätigte die Anhörung, dass die CCS-Forschung keinesfalls das Ziel verfolgen dürfe, Kohlekraftwerke „ökologisch salonfähig“ zu machen, sondern dass man vorrangig zukünftigen Generationen nicht die Chance auf negative CO<sub>2</sub>-Bilanzen verbauen dürfe.

Hagedorn: „Ein schlechtes CCS-Gesetz mit nur 30jähriger Haftungsdauer für etwaige Betreiber ist vom Tisch und damit der weitere Versuch eines Klientelgesetzes für die großen Energieversorger – das ist ausdrücklich gut für die Menschen auch in Schleswig-Holstein!“

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.09.2011, 16:12 Uhr - 1514 Clicks - Nr. 982

#### **Stadtwerke auf dem richtigen Weg**

Wir begrüßen die Neuausrichtung der Kieler Stadtwerke. Die Abkehr von zentralen Erzeugungsstrukturen und die Neuentdeckung der dezentralen Erzeugung von Strom und Wärme sind der richtige Weg. Unsere Kieler Stadtwerke als Energiekümmerer werden zukünftig noch enger mit den Kunden zusammenarbeiten, als Verbraucher aber auch als Erzeuger von Energie.

Mit Energiedienstleistungen, mit Contractingmodellen, mit enger Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk sind neue Wertschöpfungen in der Kieler Region möglich und viele Menschen profitieren davon.

Die Stadtwerke Kiel haben mit ihrer neuen Strategie die richtige Lehre aus der unumkehrbaren Energiewende gezogen. Es galt für die Stadtwerke, eine Strategie zu entwickeln, die ihnen als lokalem Energieversorger eine Zukunft ermöglicht. Und es galt, eine Balance zwischen den wirtschaftlichen Interessen sowie der Wertschöpfung im Bereich der Energieerzeugung auf der einen und der Ökologie auf der anderen Seite zu finden. Das ist in unseren Augen sehr gut gelungen. Mit dieser strategischen Neuausrichtung bietet unser Kieler Energieversorger seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine berechenbare Perspektive, und zukünftig über die neuen Techniken der dezentralen Erzeugung sogar wieder Arbeitsplätze am Standort generiert werden.

Es ist bemerkenswert, dass wir von einem Unternehmen sprechen, das noch vor wenigen Jahren ein riesiges Kohlekraftwerk auf dem Ostufer errichten wollte. Der Vorstand der Stadtwerke hat seine Lehren aus dem breiten Widerstand gegen ein solches Projekt gezogen und aufgezeigt, wie

ökonomische und ökologische Interessen miteinander in Einklang gebracht werden können, ohne das Mitarbeiter und Kunden des Unternehmens Abstriche hinnehmen müssen.

Wir sichern den Stadtwerken mit der neuen Strategie unsere Unterstützung zu und versichern, dass die Stadt als Anteilseigner die nun anstehenden Prozesse konstruktiv begleiten wird.

Dies erklären der energiepolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner und der energiepolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann zu der Neuausrichtung der Kieler Stadtwerke.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 28.09.2011, 22:33 Uhr - 8202 Clicks - Nr. 983

#### **Positive Umfragewerte machen Mut!**

Zu den heute von Infratest Dimap veröffentlichten Umfrageergebnisse zur politischen Stimmungslage in Schleswig-Holstein:

„Die Kieler SPD nimmt die Ergebnisse der heute veröffentlichten Umfragewerte von Infratest Dimap zum Anlass, ihre Aktivitäten als Großstadtpartei zu verstärken.

Das heißt: starke kommunale Bildungspolitik trotz Spardiktat durch den CDU-Innenminister; Stärkung des Medizinstandortes Kiel trotz destruktiver Landespolitik gegenüber dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein; die Verwirklichung gerechter Sozialpolitik trotz Kürzungswut durch die schwarz-gelbe Landesregierung. Dies werden unsere kommunalpolitischen Schwerpunkte bleiben. Unsere Erfahrungen haben zudem gezeigt, dass wir die „Politik der Bürgerbeteiligung“ auch künftig fortsetzen werden“, so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.09.2011, 23:48 Uhr - 4268 Clicks - Nr. 984

#### **Kirche als Beispiel für intensive norddeutsche Zusammenarbeit**

Die Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ befasste sich mit den Erfahrungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche auf dem Weg zur „Nordkirche“. Zu Gast war Oberkirchenrat Prof. Dr. Peter Unruh. Martin Habersaat, SPD-Kommissionsmitglied, bilanziert:

Es gibt Erfahrungen der Nordkirche, von der auch die staatliche Ebene etwas lernen kann. Eine Erfolgsbedingung waren sicher die Gespräche auf Augenhöhe, untermauert beispielsweise durch paritätische Gremienbesetzungen statt proportionalen.



Auch die Gründung einer neuen Körperschaft, eines Verbandes zur Herbeiführung der Partnerschaft, ist ein wichtiger Punkt. Mit Blick auf die norddeutsche Zusammenarbeit könnte ein länderübergreifender Ausschuss hier hilfreich sein.

Auf dem Weg zur Nordkirche sind die einzelnen Kirchengemeinden intensiv in die Diskussion einbezogen worden; die Mecklenburger und die Pommern wurden nicht „überfahren“. Vielleicht können solche Berichte helfen, Ressentiments, beispielsweise des SSW, gegen eine intensivere norddeutsche Zusammenarbeit zu überwinden. Wichtiges Erkenntnis am Rande: Zur Bildung einer neuen Identität reichen allein finanzielle Gründe nicht aus.

Hintergrund: In Norddeutschland bahnt sich derzeit ein Zusammenschluss der Evangelisch-Lutherischen Kirche Mecklenburgs, der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Pommerschen Evangelischen Kirche zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland („Nordkirche“) an. Territorial werden im Wesentlichen die Gebiete der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg umfasst.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.09.2011, 23:50 Uhr - 4398 Clicks - Nr. 985

**Klarer Kurs auf Kooperation**  
**Gemeinsame Fraktionssitzung der SPD-**  
**Bürgerschaftsfraktion und der SPD-**  
**Landtagsfraktion Schleswig-Holstein**

Die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft haben in einer gemeinsamen Fraktionssitzung im Kaisersaal des Hamburger Rathauses konkrete Projekte und Initiativen beschlossen, die die Kooperation beider Länder und Parlamente voranbringen sollen.



Einige werden in die beiden Parlamente eingebracht, andere in gemeinsamen Arbeitskreissitzungen beraten und vorbereitet. Mit dabei war auch Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz. Er befand: „Wirtschaftliche Kraft entspringt dem Miteinander. Dass ist doch heute allen klar.“

Mit dabei war in Hamburg auch Stormarns SPD-Kreisvorsitzender Martin Habersaat, der in der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ viele Impulse für weitere Projekte gesammelt hat. „Wir setzen auf ganz konkrete Kooperationen messbar für die Menschen, aber auch messbar für den Haushalt. Gemeinsame Einrichtungen müssen Effizienzgewinne bringen das ist mit Blick auf die Finanzlage beider Länder unabdingbar. Hier wollen wir als Parlamentarier stärker

einen Daumen drauf haben", so die beiden Fraktionschefs Andreas Dressel und Ralf Stegner.

Vor diesem Hintergrund soll der erste Schritt ein gemeinsamer Ausschuss für die Zusammenarbeit beider Länder sein. Einen entsprechenden Antrag werden die Fraktionen in ihre Parlamente einbringen. Dieser Ausschuss soll aus je 13 Mitgliedern aus den beiden Ländern bestehen und durch institutionalisierte Zusammenarbeit sicherstellen, dass die gemeinsamen Einrichtungen einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden. Zudem wird damit auf Parlamentsebene ein Rahmen geschaffen, in dem Potenziale der weiteren Zusammenarbeit ausgelotet werden können.

Künftig sollen regelmäßige gemeinsame Fraktionssitzungen ebenso folgen wie gemeinsame Sitzungen der Arbeitskreise. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, traf hierzu bereits erste Verabredungen mit den Hamburger Bildungspolitikern wie dem schulpolitischen Sprecher Lars Holster, den er schon aus Studententagen kennt. Augenzwinkernd stellte er zudem fest: „Zu dieser gemeinsamen Fraktionssitzungen im Hamburger Rathaus hatte ich eine nicht einmal halb so lange Anfahrt wie zu den Sitzungen in Kiel. Schon deshalb können wir das von mir aus gerne öfter machen!“

#### Weitere Vorhaben

##### Korruptionsregister

Ein weiterer Antrag, der parallel eingebracht wird, ist eine EntschlieÙung für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg-Schleswig-Holstein. Dieses soll dazu beitragen, dass „schwarze Schafe“, denen bestimmte wirtschaftliche Verfehlungen vorgeworfen werden, nicht mehr an der Vergabe öffentlicher Aufträge beteiligt werden. Dressel: „Hamburg hat auf unseren Antrag ein entsprechendes Register bereits auf den Weg gebracht. Wir würden uns freuen, wenn Schleswig-Holstein hier mit einsteigt denn Korruption macht nicht an Ländergrenzen Halt.“

##### Verkehrspolitik

Daneben standen Verkehrsthemen im Mittelpunkt des Abends. Beide Fraktionen verständigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen zur Berücksichtigung der Interessen beider Länder im aktuellen Bundesverkehrswegeplan. Dressel: „Es darf nicht sein, dass ein CSU-Verkehrsminister die nächste Bayern-Wahl fest im Blick - mal wieder die Südprojekte bevorzugt und den Norden im Regen stehen lässt. Die Nordverkehrsprojekte sind von nationaler Bedeutung. Alle müssen hier an einem Strang ziehen.“ Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und die Elbvertiefung seien ebenfalls zentrale Projekte für beide Bundesländer, so das Ergebnis der Beratungen. Der Schienenpersonennahverkehr Schleswig-Holstein/Hamburg soll zudem schrittweise entlang von vier Achsen ausgebaut werden, um die steigenden Pendlerströme zwischen den beiden Ländern aufnehmen zu können und eine attraktive Alternative zum Individualverkehr darzustellen. Das bisherige Drei-Achsen-Konzept (Kaltenkirchen-Hamburg, Itzehoe/Elmshorn-Hamburg und Bad Oldesloe-Hamburg) müsse langfristig um die Strecke Büchen-Hamburg erweitert werden.

##### Hanse-Office

Abschließend wurde auch eine Verbesserung der Kooperation der Parlamente mit dem Hanse-Office

in Brüssel angemahnt. Stegner: „Vor allem die CDU-geführte Landesregierung lässt es hier am nötigen Engagement fehlen. Der Norden muss in Brüssel gut vertreten sein das geht nur mit einer guten Anbindung der gewählten Volksvertretungen.“

Foto:

Dr. Ralf Stegner (Fraktionsvorsitzender SH), Lars Holster (Schulpolitischer Sprecher HH), Andreas Dressel (Fraktionsvorsitzender HH), Martin Habersaat (Bildungspolitischer Sprecher SH), Dr. Kai Dolgner (Innenpolitischer Sprecher SH)

Die Beschlüsse im Wortlaut finden sich [hier](#).

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.09.2011, 11:47 Uhr - 5228 Clicks - Nr. 986

### **Sigmar Gabriel diskutiert über die Zukunft der SPD**

Vom 4.-6. Dezember 2011 findet in Berlin der nächste SPD-Bundesparteitag statt. Zu dessen Vorbereitung ist der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel derzeit unterwegs, um anstehende Projekte mit den Landesverbänden zu besprechen. In Lübeck kam er nun mit den Bundesparteitagsdelegierten, dem Landes- und den Kreisvorständen aus Schleswig-Holstein zusammen.



„Es ist eine Tour, die keine Krise zum Anlass hat“, freute sich Gabriel. Anders als vor seiner Wahl 2009 steht die SPD gut da. Einen Hinweis darauf konnte sich auch Ralf Stegner nicht verkneifen, der tagesaktuelle Umfragen aus Schleswig-Holstein hinter sich wusste: „Umfragen sind keine Wahlen“, sagte er, „aber sie sind ein gutes Zwischenzeugnis für uns. „

Die SPD liegt in den aktuellen Umfragen auf Platz 1 mit 34%, unter den Sonstigen stehen die Piraten vor SSW und FDP. Sigmar Gabriel führte den guten Wert auf die Arbeit der SPD Schleswig-Holstein zurück. Er lobte das Verfahren zur Nominierung des Spitzenkandidaten Torsten Albig, bei dem alle Mitglieder beteiligt wurden und die interessierte Öffentlichkeit bei gut besuchten Veranstaltungen dabei sein und mitdiskutieren konnte. Nun habe die SPD im Norden einen starken Kandidaten und stehe geschlossen da. Bei den inhaltlichen Diskussionen, die in nächster Zeit in Land (Regierungsprogramm 2012 - 2017) und Bund (Parteireform, Bundesparteitag) anstehen, mahnte er „kritische Debatten in Freundschaft“ an.

Gabriel machte einen Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein der letzten Jahre aus. Gemeinwohl, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit gewinnen wieder an Wert, mit dem Motto „Privat vor Staat“ hätten Viele in den vergangenen Jahren schlechte Erfahrungen gemacht und die Regierung

schlechte Politik. Gabriel kritisierte, dass sich schwarz-gelb zu häufig von privatwirtschaftlichen Lobby-Interessen leiten lasse und nannte als Beispiele das Steuergeschenk an die Hoteliers, Gesetze des Gesundheitsministers Rösler, die aus der Feder der Pharmalobby kamen und die nun wieder einkassierte Verlängerung der AKW-Laufzeiten. Aus Schleswig-Holsteiner Sicht kann die Irrfahrt des Landes in Sachen Glücksspiel hinzugefügt werden.

Der wichtigste Gegner der Sozialdemokratie, so ihr Bundesvorsitzender, sei das Ohnmachtsgefühl Vieler. Diesem müsse begegnet werden: „Engagement muss sich lohnen!“ Weitere Themen des Abends waren der Wert der Arbeit als „Kernbestand der Sozialdemokratie“, die drohende Ausweitung der Altersarmut und das Finanzkonzept der SPD. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Kreisvorsitzender der SPD-Stormarn, mahnte bundesweite Aussagen der SPD in der Bildungspolitik an, etwa mit dem Ziel eines Schulsystems, das auf vielen Wegen zum Abitur führen könne. Gabriel unterstützte diese Überlegungen, benannte eine finanzielle Beteiligung des Bundes an Bildungsaufgaben als Forderung der SPD und warb dafür, die duale Ausbildung nicht aus dem Blick zu verlieren, eine der großen Stärken Deutschlands.

**Keine Kommentare**

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 29.09.2011, 12:29 Uhr - 6651 Clicks - Nr. 987

**Regionalschule Garstedt – keine Schnellschüsse, Anmeldezahlen abwarten!**

**Vor der kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 5. Oktober hat die SPD-Fraktion ihre Position zur Zukunft der Regionalschule Garstedt klar gemacht.**

Vor der kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 5. Oktober hat die SPD-Fraktion ihre Position zur Zukunft der Regionalschule Garstedt klar gemacht.

Demnach sollen vor einer Beschlussfassung über einen Neubau bzw. eine Sanierung am Schulstandort der heutigen Regionalschule Garstedt am Aurikelstieg die Schüler-Anmeldezahlen im Jahr 2012 abgewartet werden.

Dazu erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katrin Fedrowitz:

„Über einen Um- bzw. Neubau am Schulstandort der heutigen Regionalschule Garstedt sollte zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden werden.“

Bei einer Entscheidung über derart hohe Investitionen in einzelne Schulgebäude beziehungsweise einen Neubau sind die Entwicklungen der Schülerzahlen an der Regionalschule Garstedt und die Schulentwicklung im gesamten Stadtgebiet zu berücksichtigen. Dieses Verfahren wurde in der Vergangenheit praktiziert und muss auch in dieser Situation Bestand haben.“

Der rund 17 Millionen Euro teure Neu- und Umbau der Regionalschule sei zudem absehbar aus dem städtischen Haushalt nicht ohne eine erhebliche Neuverschuldung zu bezahlen. Dieses wäre ein schwerwiegender Schritt, der vielen Stadtvertretern Sorge bereitet, so Katrin Fedrowitz.

Auch an weiteren Schulstandorten stünden in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen an. So laufen bereits entsprechende Gespräche zwischen der Stadtverwaltung und z.B. dem Schulzentrum Süd.

Der Ausbau sämtlicher Grundschulen zu Offenen Ganztagsgrundschulen sei bereits von der Stadtvertretung beschlossen worden. Hier seien ebenfalls umfangreiche und kostenintensive Um- und Ausbaumaßnahmen zu erwarten.

„Insofern ist im Sinne einer abgestimmten Schulentwicklungsplanung für das gesamte Stadtgebiet eine Entscheidung isoliert für den Schulstandort Aurikelstieg aus unserer Sicht nicht sinnvoll und sollte zunächst bis zum Vorliegen der Einschulungszahlung 2012 zurückgestellt werden. Wir müssen abwarten, ob der Trend der zu niedrigen Anmeldezahlen der Vorjahre anhält oder gebrochen werden kann.

Damit machen wir auch deutlich, dass wir im Kern nicht gegen Investitionen am Standort Aurikelstieg sind, sondern darauf bestehen auf einer soliden Datengrundlage eine Entscheidung für die Zukunft zu treffen – einen millionenschweren Schnellschuss wird es mit uns nicht geben.“, so Katrin Fedrowitz abschließend.

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 29.09.2011, 13:34 Uhr - 86381 Clicks - Nr. 988

„Europas Fischerei muss endlich nachhaltig werden“

### **SPD-Europaabgeordnete zur Berichterstatterin für Reform der EU-Fischereipolitik ernannt**

Straßburg: Die Schlacht um die hart umkämpfte Berichterstattung im Europäischen Parlament zur Grundverordnung über die Reform der EU-Fischereipolitik hat die sozialdemokratische Fraktion nach zähem Ringen für sich entschieden.

Die für Fischereipolitik zuständige Arbeitsgruppe der Sozialdemokraten in Europäischen Parlament benannte am Donnerstag in Straßburg die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust, fischereipolitische Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion, zur Berichterstatterin für die entscheidende Verordnung zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik.



Rodust ist damit seitens des Parlamentes die federführende Ansprechpartnerin für die anstehende Reform. Mit ihrem Bericht, den die SPD-Fischereiexpertin in den nächsten Monaten erarbeiten wird, reagiert das Europäische Parlament auf die Reformvorschläge, die Maria Damanaki, EU-Kommissarin für Fischerei, im vergangenen Juli vorgestellt hatte.

„Das Europäische Parlament ist erstmals gleichberechtigt mit dem Ministerrat an der neuen

Gesetzgebung für die europäische Fischereipolitik beteiligt“, erläutert Rodust, die verhindern will, dass sich am Ende des Reformprozesses die Gegner einer nachhaltigen Fischereipolitik durchsetzen.

„Angesichts des desolaten Zustandes unserer Meere und der schwierigen Situation in den meisten Küstenregionen geht es um viel – deshalb müssen wir dafür sorgen, dass uns eine wirklich umfassende Reform gelingt“, so Rodust weiter. Zu deren Inhalten zählt die SPD-Fischereiexpertin die intelligente Ausgestaltung eines Rückwurfverbots, eine stärkere Regionalisierung und Dezentralisierung der Entscheidungswege, das eindeutige Bekenntnis zur weltweiten Verantwortung für den Schutz der Fischbestände und eine deutliche Stärkung von Wissenschaft und Forschung im Fischereisektor.

„Wichtig wird es vor allem sein, wie wir mit den von der Kommission geplanten und bereits im Vorfeld heftig umstrittenen Vorschlägen zu handelbaren Fischereiquoten umgehen wollen“, gibt Rodust zu bedenken: „Einerseits sehe ich natürlich die Notwendigkeit einer sozialen Abfederung bei der Reduktion der vielerorts noch vorhandenen Flottenüberkapazitäten.“ Handelbare Quoten würden es den betroffenen Fischern gerade an südeuropäischen Küsten erlauben, mit einer Entschädigung aus ihrem Beruf aussteigen zu können. Es gelte dabei aber ebenso das Überleben der kleinen Küstenfischerei sicherzustellen, betonte die SPD-Politikerin. „Ohne die kleine Küstenfischerei möchte ich mir beispielsweise meine Heimatregion im Norden Deutschlands nicht vorstellen.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.09.2011, 23:08 Uhr - 5517 Clicks - Nr. 989

#### **Jetzt fleißig weiter!**

Nachdem die SPD Stormarn ihre Landtagskandidaten aufgestellt hat, freuen sich Susanne Danhier, Tobias von Pein und Martin Habersaat jetzt über den Rückenwind, den eine aktuelle Umfrage von Infratest Dimap für ihren Wahlkampf liefert. Am 6. Mai 2012 ist Landtagswahl, und die aktuelle Stimmungslage in Zahlen sieht so aus: Die SPD liegt bei 34%, die CDU bei 30%, die Grünen bei 21%.

Es folgen die Piraten mit 4% und alle sonstigen Parteien mit 3% oder weniger. Der SPD-

Kreisvorsitzende Martin Habersaat freute sich besonders über das gute Abschneiden Torsten Albig bei der Frage nach dem zukünftigen Ministerpräsidenten (45:27).



„Der Kreisvorstand der SPD Stormarn und die Arbeitsgemeinschaften werden diese erfreulichen Zahlen zum Anlass nehmen, ihre Anstrengungen zu verstärken“, kündigte Habersaat an. Mit einer Klausurtagung von Kreisvorstand und Arbeitsgemeinschaften, einer Ortsvereinskonferenz im Oktober und einem Kreisparteitag im November wollen die Stormarner Sozialdemokraten sich

inhaltlich stark aufstellen und diese Inhalte auch auf ungewohnten Wegen transportieren. Habersaat: „Wir sind gut gerüstet. Man darf gespannt sein.“

Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner sagte zu dieser Umfrage: „Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben uns ein erfreuliches Zwischenzeugnis ausgestellt. Dafür sind wir dankbar. Die Zahlen dieser Befragung zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind, am 6. Mai 2012 stärkste Kraft zu werden und eine SPD-geführte Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten Torsten Albig zu bilden.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.09.2011, 10:50 Uhr - 1685 Clicks - Nr. 990

#### **Mehr Schulsozialarbeiterstellen für mehr Bildung und Teilhabe**

Seit 2008 hat die Kooperation aus SPD, B90/Die Grünen und dem SSW zusammen mit dem Oberbürgermeister Torsten Albig die Zahl der Stellen für Jugendsozialarbeit an Schulen / Schulsozialarbeit kontinuierlich erhöht auf derzeit 17 SchulsozialarbeiterInnenstellen. Hinzu kommt die Finanzierung von drei weiteren SchulsozialarbeiterInnenstellen an den Regionalen Berufsbildungszentren.

SPD, Grüne und SSW stellen sicher, dass sich die Zahl der Schulsozialarbeiterstellen an den Schulen auch weiterhin erhöhen wird. Wir nutzen das Bildungs- und Teilhabepaket und intensivieren die Schulsozialarbeit an den Schulen. Ab 2012 sollen pro Schule durchschnittlich 0,5 Stellen zur Verfügung stehen. So verbessern sich die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen: für mehr Gemeinschaft, weniger Schulabbrüche und größeren Lernerfolg! – Und das nicht nur begrenzt bis zum Jahr 2013, in dem die Förderung aus dem Bildungspaket des Bundes endet, sondern auch darüber hinaus.

Ein weiterer Teil der Mittel aus dem Bildungspaket soll für sozialpädagogische Projekte an Schulen eingesetzt werden. Handlungsschwerpunkte hierfür können sich aus der Kieler Bildungskonferenz ergeben. Die freien Träger sollen mit ihrer Erfahrung in die Entwicklung von Projektideen eingebunden werden. Darüber hinaus können auch schon bestehende erfolgreiche Projekte weiterunterstützt werden.

Mit Unverständnis reagiert die Kooperation auf die Haltung von CDU und FDP, die eine Erhöhung der Stellen für Schulsozialarbeit in dem Umfang in der Ratsversammlung abgelehnt hat. Offensichtlich haben sie die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit an Schulen nicht erkannt.

Dies erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Volkhard Hanns, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Änderungsantrag Einsatz der Mittel für Schulsozialarbeiter und Mittagessen für Hortkinder – Bildung und Teilhabe.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.09.2011, 11:55 Uhr - 4077 Clicks - Nr. 991

### **Radtour durch Wentorf**

**Start: Sonnabend, 1. Oktober, 11.00 Uhr vor „Nur Hier“ im Casinopark**

Passend zum traumhaften spätsommerlichen Wetter dieser Tage bietet die SPD Wentorf eine Fahrradtour durch die Gemeinde an. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Martin Habersaat werden verschiedene Stationen besichtigt.



Da Wentorf dem Wahlkreis Stormarn-Süd neu angehört, kann Martin Habersaat so einerseits den neuen Teil des Wahlkreises kennenlernen, andererseits bietet sich für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihren neuen Abgeordneten kennenzulernen.

Die Route endet gegen 13.00 Uhr auf dem Spielplatz am Henkenhoop bei der roten Gummihängebrücke. Dort stehen einige Kinderspiele bereit und es gibt vieles zu gewinnen. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 30.09.2011, 14:11 Uhr - 6172 Clicks - Nr. 992

### **Ein Sieg der Vernunft – Zukunft des NOK gesichert?**

Zu den heute bekannt gewordenen Absichten der Bundesregierung, nun doch die erforderlichen Finanzmittel für den Bau einer fünften Schleusenanlage am Nord-Ostsee-Kanal (NOK) bereitzustellen, erklärt der Osterrönfelder Gemeindevertreter, Jan-Niklas Potten (SPD): „Es wäre ein Sieg der Vernunft. Wir müssen nun die abschließenden Abstimmungen im Bundestag abwarten, ob diese nun angekündigten Pläne auch eingehalten werden.



Dabei wäre es für die langfristige Zukunft des NOK enorm wichtig, wenn diese Entscheidung nicht aus wahltaktischen Gründen getroffen wird, sondern aus der wirklichen Überzeugung für einen leistungsstarken NOK, der auch über Wahltermine hinaus zukunftsorientiert betrieben werden muss“.

„Wir hoffen, dass die gesamte Kanal-Region nun wieder optimistisch in die Zukunft blicken kann, so auch der neue und landesweit einzigartige Osterrönfelder Schwerlasthafen. In den letzten Wochen haben viele Menschen entlang des NOK für dessen Zukunft gekämpft, auf vielfältige

Weise an die Vernunft der Bundesregierung appelliert und nun scheinbar gesiegt. Es zeigt, wie wichtig ein geschlossenes und überparteiliches Auftreten für eine so wichtige Sache ist und was man damit erreichen kann“, so Potten. "Dieses Engagement darf nun aber nicht abreißen und muss bis zum eigentlichen Baubeginn beibehalten werden, denn erst dann ist alles in trockenen Tüchern!" Gestern trafen sich im Rendsburger Martinshaus auf Initiative von Mathias Stein, verkehrspolititischer Sprecher der SPD Schleswig-Holstein, viele Aktive aus Lotsenschaft, Städten und Gemeinden, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und Häfen, um eine gemeinsame Initiative für den NOK zu begründen, darunter auch die SPD-Fraktion Osterrönfeld. Ob nun eine der zentralen Forderungen des Bündnisses umgesetzt wird, der Bau der fünften Schleusenammer in Brunsbüttel, werden die kommenden Wochen zeigen. Dann nämlich müssen die Ankündigungen auch in die Tat umgesetzt, ausreichende Finanzmittel im Haushalt bereitgestellt und entsprechend im Bundestag abgeseget werden! "Wir werden weiter an diesem wichtigen Thema dran bleiben, das für Osterrönfeld von ganz elementarer Bedeutung ist", so Potten abschließend.

Vor rund einer Woche wurde während der Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung (GV) mit den Stimmen aller Fraktionen eine Resolution auf den Weg gebracht, die die Bundesregierung aufforderte, wie seit Jahren geplant in den bundeseigenen Nord-Ostsee-Kanal (NOK) zu investieren. Diese Resolution hatte die SPD-Fraktion Osterrönfeld ausgearbeitet und in die GV eingebracht. Die Kommunalpolitiker forderten den Bundesverkehrsminister unter anderem auf, die Schleusenanlagen des NOK wie geplant zu sanieren und vor allem eine fünfte Schleusenammer zu bauen. Hintergrund sind u. a. die maroden Schleusenanlagen in Brunsbüttel, die bei einem Ausfall den gesamten NOK lahmlegen würden - mit weitreichenden Konsequenzen u. a. auch für die Vermarktung des neuen Osterrönfelder Schwerlasthafens samt naheliegender Gewerbeflächen.

Die Resolution zum Nachlesen finden Sie hier [[mehr](#)]. --

**Keine Kommentare**

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 30.09.2011, 18:45 Uhr - 6491 Clicks - Nr. 993

**Großes SPD-Postkartenrätsel auf der Norderstedter Herbstmesse**

**Der Höhepunkt wird am Sonntag um 15 Uhr die Ziehung der Gewinner sein. Als Hauptpreis winkt eine dreitägige Reise für 2 Personen nach Berlin.**

Im Rahmen der Leistungsschau der Norderstedter Unternehmen präsentieren sich neben einer Reihe weiterer Vereine und Verbände auch die Norderstedter Sozialdemokraten.

An der Seite der Norderstedter Landtagskandidatin und Vorsitzenden der örtlichen SPD, Katrin Fedrowitz, wird am Samstag ab 12:30 Uhr auch der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies über die Arbeit der SPD informieren.

Im Obergeschoss des Rathauses stehen die politischen Ehrenamtler an den beiden Messetagen allen interessierten Besuchern nicht nur Rede und Antwort, sondern laden auch zum Mitmachen beim großen SPD-Postkartenrätsel ein.

Der Höhepunkt wird am Sonntag um 15 Uhr die Ziehung der Gewinner sein. Als Hauptpreis winkt eine dreitägige Reise für 2 Personen nach Berlin.

**Keine Kommentare**